H
56

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IN CHEMNITZ UND DEM ERZGEBIRGE

VON ERNST HEILMANN

CHEMNITZ

VERLEGER: SOZIALDEMOKRATISCHER VEREIN FÜR DE
16. SÄCHSISCHEN REICHSTAGSWAHLKREIS · MAX MÜLLE
DRUCKER: LANDGRAF & CO., CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Tes D 400

II,

Bezirksbibliothek
Karl-Marx-Stadt
Hauptstelle
1 H 1656 V
I. Ex.

Erst den Willen . . . nun die Kraft . . .
und am Ende den Sieg!

Multatuli.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

VORREDE

Der vorliegende Versuch, die Geschichte der modernen Chemnitzer Arbeiterbewegung darzustellen, bedarf einer sehr nachsichtigen Beurteilung. Die knappe Zeit von drei Monaten, die dem Verfasser für die Abfassung dieser Skizze zur Verfügung stand, hat ihren Inhalt und ihre Form ebenso beeinträchtigt, wie die Lückenhaftigkeit des Materials. Innerhalb der Arbeiterschaft selbst sind fast alle Zeugnisse aus den Anfängen unserer Arbeit unter dem Ausnahmegesetz vernichtet worden, und das Chemnitzer Bürgertum war viel zu engherzig, als dass es irgend welches wissenschaftliche Interesse an den Lebensäusserungen des Proletariats gehabt hätte. So sind z. B. die „Sozial-republikanischen Blätter", die erste Chemnitzer Arbeiter-Zeitung, die 1848/49 erschien, abgesehen von einer einzigen Nummer, nicht mehr zu ermitteln gewesen. Ebensowenig gelang es, die Jahrgänge 1871 und 1872 der „Chemnitzer Freien Presse" aufzutreiben, während die übrigen sechs Jahrgänge halbwegs vollständig vorhanden sind. Für die sozialistengesetzliche Zeit wiederum blieb die Darstellung fast ganz ohne schriftliche zeitgenössische Unterlagen. Diese Unzulänglichkeit der Quellen wird manche Lücke und manchen Irrtum ohne weiteres erklären.

Wenn es trotzdem gelang, einigermassen umfangreiche Tatsachenkenntnis zu erlangen, so ist das hauptsächlich einer grossen Anzahl älterer Genossen zu danken, die aus den eigenen Lebenserinnerungen wertvolle Angaben zu machen wussten. Es sind solche Mitteilungen insbesondere den Genossen Hermann Albert, Otto Böttcher, Gerber-Kappel, August Heine, John-Reichenbrand, Gottschald-Lössnitz, Karl Demmler-Geyer, Bruno Irmscher, Hermann Krauss, Otto Leander, Ernst Lohse, Uhlmann-Einsiedel, den Brüdern Vieweg, Ehrenreich Wendler, Wolf-Altendorf, Robert

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

und Eduard Zeissig zu verdanken. Die Lebenserinnerungen von Johann Most, von Julius Vahlteich (erschienen in der Chemnitzer „Volksstimme“, August 1911) und Philipp Wiemer (handschriftlich übermittelt) gaben eine gute Uebersicht über die Chemnitzer Parteibewegung der siebziger Jahre. Karl Riemann, Bruno Mehnert und Emil Eichhorn trugen ausser den eigenen Erlebnissen Aktenstücke und Auszüge aus alten Schriften bei, die in ihrem Besitz waren, und Genosse Scherz-Friedenau sah im Partei-Archiv ältere Parteischriften auf Chemnitzer Berichte hin durch. Die Chemnitzer Rats- sowie die Stadtbibliothek schliessen sozialdemokratische Schriften aus ihrem Bestand so gut wie vollständig aus und wurden daher ohne Nutzen durchsucht. Viel besser steht es um die Bibliothek und die Schriften des Vereins für Chemnitzer Geschichte, auf denen unsere Darstellung namentlich der achtundvierziger Zeit in weitem Umfange ruht.

An der Abfassung des vorliegenden Buches selbst waren nach dem Auftrag der Parteileitung neben dem Verfasser der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Robert Krause und Landtagsabgeordneter Albin Langer beteiligt; der erstere sollte Material zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung sammeln, der letztere die Darstellung an der Hand seiner die Geschichte der Chemnitzer Arbeiterbewegung von Anfang an bis auf den heutigen Tag begleitenden Erinnerung kontrollieren.

Die Gesamtdarstellung ruht selbstverständlich auf Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, deren hoher Wert durch jede Einzeluntersuchung nur bestätigt werden kann. Es ist um so mehr Pflicht, das hier hervorzuheben, als wir Försterling und Most nicht so absprechend beurteilen können, wie Mehring das tut. Selbstverständlich ist auch Bebels „Aus meinem Leben“ eifrig zu Rate gezogen worden.

Und nun mag sich das Bild der Kämpfe der erzgebirgischen Arbeiterschaft entrollen! Die schlimmsten Schwierigkeiten hat sie schon durchgemacht, aber die grössten Leistungen hat sie noch zu vollbringen.

Ernst Heilmann.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

VORGESCHICHTE

Chemnitz ist seinem Ursprung nach ein altes Pfaffendorf. Hintersassen des Benediktinerklosters, an das noch heute alte Bauten oberhalb des Schlossteiches mit Kirche, Küche und Keller erinnern, haben seit 1136 die Niederlassung gegründet. Die ersten Jahrhunderte des neuen Gemeinwesens sind erfüllt von dem Streben der Bürger, sich der Ausbeutung der kleinen Despoten des Mittelalters zu entziehen und freistädtisch reichsunmittelbar zu werden. Aber nur kurze Zeit hat Chemnitz den Reichsadler im Schilde führen dürfen. Seit dem Anfange des 14. Jahrhunderts wird es von den wechselnden Kaisern an die verschiedenen Linien der Wettiner verpfändet und verschachert. Ritter und Heilige teilen sich nicht ohne Kampf in den Ertrag der städtischen Abgaben, bis endlich seit der Reformation das Landesfürstentum die unumschränkte Gewalt über die Stadt erobert.

Wirtschaftlich unterscheidet sich die Entwicklung von Chemnitz in jenen fernen Zeiten nicht erkennbar von der anderer dürftiger Marktflecken im Mittelalter. Es sei denn dadurch, dass die mässige Fruchtbarkeit des Bodens und des Hinterlandes ein Kunsthandwerk und eine liebevolle Pflege des Schmuckes der Gemeinde nicht aufkommen liess, sondern frühzeitig auf die Produktion für fremde Märkte hindrängte. Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts hat Chemnitz ein Bleichmonopol für einen weiten Umkreis und entwickelt im Anschluss daran in kräftigem Ausmass das Leineweberhandwerk, das indessen wohl stets nur bescheidene Nahrung bietet. Die Herrschaft in der Stadt liegt in den Händen einer eng umgrenzten Aristokratie des Stadtadels, grundbesitzender Bürger, gegen deren Bevormundung Zunft und Innung

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

oft vergeblich anstürmen. Die Herrschaft der Ratsgeschlechter, offenbar aus der Umgebung zugezogener grundbesitzender Freier, wird nie ernsthaft erschüttert, der Klassenunterschied von vornherein schroff festgehalten. Schon eine Urkunde von 1393 teilt die Bewohner der Stadt säuberlich in Arm und Reich. Im 15. Jahrhundert wird die Tuchbereitung und die Metallbearbeitung in Chemnitz eingeführt, wohl ausschliesslich durch Frankfurter und Augsburger Kaufleute, die hier mit ihren Waren nach Leipzig, nach Schlesien und Polen durchzogen und bemerkten, dass sie im Chemnitzer Gebiet besser als irgendwo anders als Verleger Profit aus der Arbeit anspruchsloser und ungenügend beschäftigter Handwerker ziehen könnten. Diese zuziehenden Vorläufer des künftigen Grossunternehmertums werden denn auch von den Chemnitzer Ratsgeschlechtern mit offenen Armen aufgenommen, und ihre Namen kehren alsbald häufig im Verzeichnis der Chemnitzer Bürgermeister wieder. Diese starke Differenzierung von Stellung und Vermögen gibt der Reformationsbewegung naturgemäss bereits einen starken proletarischen Einschlag — in Chemnitz wie in Thomas Münzers Zwickau. Die Folge davon war ein strenges Ausnahmegesetz, ein hartes Blutgericht, das der Landesherr, ein gewisser Herzog Georg der Bärtige, über die ausgebeuteten Chemnitzer Handwerker verhängte. Schon 1524 werden den Zünften, vor allem den Webern, ihre sämtlichen Privilegien genommen und ihre Vereine und Versammlungen verboten. So konnte der Jungkapitalismus ungestört weiterarbeiten und in der Beteiligung an den Bergwerken in Geyer, Schneeberg etc. sich ein neues Ausbeutungsfeld erschliessen. Wie gründlich er es abgraste, geht aus der landesherrlichen Erlaubnis hervor, ein Gefängnis neben der Grube zu errichten, „auf dass die Arbeiter desto gehorsamer, friedlicher und gemachsamer darinnen leben, fleissiger auf ihre Arbeit sehen und diese besser verrichten können“. In das Gefängnis soll man alle Arbeiter setzen, welche „Zwietracht, Aufruhr und Hader in und neben der Hütte erregen“. An dieser liebevollen Behandlung der Knappen und Gesellen ändert sich auch im folgenden Jahrhundert nichts. Vom Ende des 17. Jahrhunderts ist ein Streik der Posamentiere verbürgt, die nicht mehr um sieben Groschen Lohn im Tag arbeiten wollten. Als sie aber gar 13 Groschen Arbeitslohn und

Sonntags einen Trunk Bier verlangen, bricht der Rat ihren „Uebermut“, indem er jeden der widerspenstigen Gesellen mit zwei Tagen Gefängnis und Geld zu strafen droht.

Wie überall in Deutschland erleidet die Entwicklung dann durch den dreissigjährigen Krieg einen schweren Rückschlag, und die verrückte Grossmannspolitik der sächsischen Herrscher hält die Erholung des Landes möglichst gründlich und lange auf. Erst in den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts erreicht die Entwicklung mit der Einführung von Maschinen, insbesondere Spinn- und Krempelmaschinen, einen höheren Grad. Die Chemnitzer Unternehmer zeigten eine besondere Geschicklichkeit darin — die Not gab ihnen den Verstand —, die technischen Ideen aus England und Frankreich zu stehlen. Weswegen sie auch seither gewaltig über die Industrie-Spionage des Auslandes zetern. Schon vor der Kontinentalsperre Napoleons sind die ersten Baumwollspinnmaschinen, die ersten fabrikmässigen Färbereien und Kattundruckereien in Tätigkeit, und die Zeit des Ausschlusses der englischen Konkurrenz wird auf das eifrigste ausgenutzt, sodass 1812 schon 28 Fabrikspinnereien im Betrieb sind. Im unmittelbaren Anschluss an die Textilindustrie entwickelt sich dann der Maschinenbau, der zunächst nur Spinnereimaschinen hervorbringt, seit den vierziger Jahren aber auch Dampfkessel und Lokomotiven erzeugt. Sowohl der Textil- wie der Maschinenindustrie hat anfangs die Allgemeinheit, der Staat, mit reichlichen Subventionen aufhelfen müssen; doch daran liessen sich die Unternehmer in der Zeit des vollentwickelten laisser-faire-Kapitalismus nicht gern erinnern. An die Maschinenindustrie schloss sich wiederum naturgemäss der Werkzeugmaschinenbau, und das arme Erzgebirge war ein unerschöpflicher Reservoir für den Zufluss der gebrauchten proletarisierten Massen. Gewebstoffe und Maschinen aller Art sind unverändert bis auf den heutigen Tag die Erzeugnisse, mit denen Chemnitz und seine Umgebung auf dem heimischen und Weltmarkt konkurriert.

Das politische Leben der Chemnitzer Arbeitermassen wird zuerst erweckt, als das Fanal der Februar-Revolution am Horizont erscheint. Die Chemnitzer Unruhen vom September 1830 richten sich, gleich denen in Dresden und Leipzig, gegen den verpfafften sächsischen Hof und finden in der Plünderung von zwei Läden wohlhabender Katholiken

am Markt ihren bescheidenen Höhepunkt. Immerhin genügten sie, um mitzuhelfen an der Erringung der sächsischen Verfassungsurkunde von 1831 und der Städteordnung von 1832.

Der bald darauf erfolgende Anschluss Sachsens an den Zollverein lässt Industrie, Proletariat und Not weiter anschwellen. Die Hungerjahre 1847 und 1848 machen Kleinbürgertum und Arbeiterschaft rebellisch und führen sie gemeinsam in den grossen Kampf gegen Fürstentum und Militärgewalt, in dem sie nach dem Verrat Preussens an die Reaktion ebenfalls unterliegen sollten.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

DIE BÜRGERLICHE REVOLUTION 1848/49

„Hunger tut weh! Schafft Brot!“ Das war der Ruf, unter dem am 31. Juli 1847 die Chemnitzer Proletarier vor das Stadthaus zogen, Abhilfe gegen die unerträglich hoch gestiegenen Brotpreise zu verlangen. Die Leitung der ungestümen sozialen Empörung lag in den Händen einer Deputation, die sich aus Arbeitern der Hartmannschen Maschinenfabrik, der Pfaffschen Spinnerei und Kattundruckerei und der Götzeschen Maschinenfabrik zusammensetzte — auf dem Götzeschen Villengrundstück erhebt sich jetzt der Neubau der „Volksstimme“. Militär lag damals in Chemnitz, einer Stadt von knapp 30 000 Einwohnern, noch nicht, und die Bürgergarde wich dem Zusammenprall mit harten Proletarierfäusten gern aus. So ging der Tag unblutig vorbei, und das Zugeständnis vermehrter Brotbeschaffung beschwichtigte die Gemüter einer Menge, die ohne Verbindung mit dem übrigen Lande kein bestimmtes politisches Ziel verfolgte, sondern nur unwillkürlich ihrem tiefen Groll über die fortschreitende Verelendung Ausdruck gab. Wir besitzen über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Chemnitzer Arbeiter vor der deutschen Revolution wenig Material, aber wir kennen den Todeskampf der Hausweberei und anderer Handwerke aus dem England, das Friedrich Engels kurz zuvor gesehen hatte, und erleben dieselbe Katastrophe wieder 25 Jahre später in der weiteren Umgebung von Chemnitz, in Glauchau, Meerane und Hohenstein wie im Vogtland. In solchen revolutionären Zeiten des verheerenden Frühkapitalismus ertönt regelmässig der Notschrei der Hungerkrawalle. Werden die Bourgeoisie und der Staat ihrer Herr, so nehmen sie kaltblütig ausschweifende Rache. Auch in Chemnitz warf man jeden Teilnehmer der Hungerdemonstration, den man erwischen konnte, sobald der Sturm des Volkszornes verbraust war, ins Gefängnis. Und wie gründlich man die

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

ersten proletarischen Empörer die Geissel des Klassenstaates schmecken liess, beweist die Tatsache, dass noch nach 14 Monaten zwei angebliche Teilnehmer des Brotkrawalles ohne Urteil und Recht in Fesseln gehalten wurden. Ihre Freilassung wurde eine Hauptforderung der achtundvierziger Bewegung hier am Orte.

Schon Anfang März 1848, im ersten Frohlocken über den Sturz des Bürgerkönigtums hatten Rat und Stadtverordnete eine Adresse an den sächsischen König gerichtet, in der sie die Herstellung von Einheit und Freiheit in Deutschland kräftigen Tones forderten. Die Pressfreiheit und eine deutsche Volksvertretung nannten sie als Hauptgrundlage einer künftigen gesünderen Entwicklung der deutschen Lande. Ueber dieses Mindestprogramm der bourgeoisen Freiheit ging die Einwohnerschaft der Stadt weit hinaus, indem sie ein volles Register der demokratischen Forderungen aufstellte. Ihr Ultimatum an die Regierung umfasste die folgenden Punkte:

1. Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht.

2. Deutsches Parlament zur Wahrung der deutschen Selbständigkeit und Freiheit nach aussen und innen.

3. Unbedingte Pressfreiheit; Aburteilung der Pressvergehen durch Schwurgerichte; Sicherheit jedes literarischen Eigentums.

4. Polizeigesetz zur Steuer der Polizeiwillkür.

5. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Schwurgerichten.

6. Einkammersystem.

7. Vollständige Gewissens-, Religions- und Lehrfreiheit. Unabhängigkeit der Kirche vom Staate.

8. Bildung eines Ministeriums aus praktisch gebildeten Männern zur Regelung der industriellen Interessen.

9. Nach vernünftigen Grundsätzen geregelten Unterricht und Bildung für alle.

10. Freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht.

11. Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere. Verminderung des Militärs und Verwendung des Ersparten zur Steuer der Verarmung.

12. Wahlreform: unbeschränkte Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

13. Besteuerung geordnet nach dem Einkommen.

14. Einschränkung der übermässig teuren Landesverwaltung.

15. Wirkliche Verantwortlichkeit der Minister und aller Staatsbeamten sowie Beeidigung des Militärs auf die Verfassung.

Auch soziale Forderungen, die noch heute umkämpft werden, wie der Wegfall des Schulgeldes, die Feld- und Forstfreiheit und die Erhöhung der Löhne bei Notstandsarbeiten, wurden aufgestellt, und die Regierung erfüllte sie in der Angst vor dem Volksaufstand fast sämtlich. Der grösste und wertvollste Teil der Forderungen fand Aufnahme in die Märzversprechungen der Regierung und die Grundsätze, zu denen sich das Märzministerium bekannte. Das Bürgertum war vollauf zufriedengestellt, aber die Arbeiterschaft hungerte weiter. So kam es schon im September 1848 zu einem neuen Aufstand der Arbeitermassen, an deren Spitze der Techniker Oskar Kieselhausen und der Advokat Böttcher standen. Diese beiden waren auch die Führer des „Vaterlandsvereins", in dem hier wie anderwärts die ehrlichste Arbeiterdemokratie jener Zeit ihren Sitz hatte, während die Bourgeoisie und ihre Gefolgschaft im „Deutschen Verein" jene doppelzüngige Politik trieben, die Freiheit nur so weit wünschte, als sie ohne Entfesselung der „Arbeiterbestie" möglich war, und im übrigen in der einheitlichen Zollinie und Handelsgesetzgebung das oberste Ideal erblickte. Der Gegensatz, der seit 1866 nationalliberale und demokratische Stellungnahme schroff unterscheidet, keimt schon auf dem Boden von 1848 in der verschiedenen Betonung, die Vaterlandsvereine und deutsche Vereine oder Bürgervereine auf die einzelnen Forderungen legen. Organ des Vaterlandsvereins in Chemnitz waren die von Kieselhausen redigierten „Sozial-republikanischen Blätter", deren Name schon ihr ganzes Programm enthält. In einer Abonnementseinladung, die in der „Dresdner Zeitung" zum Jahreswechsel 1849 erschien, ist ihre Richtung mit vollster Klarheit dahin bestimmt:

„Das Blatt hält entschieden die sozialdemokratische Färbung und wird daher auch namentlich die Zustände der arbeitenden Klassen beleuchten."

In einem Leitartikel zum Jahreswechsel wird die tiefe Enttäuschung über den Lauf der Entwicklung seit der März-

revolution unverhüllt ausgesprochen. Die Erkenntnis, dass die Republik ein hohles Wort bleibe, wenn man nicht die materielle Lage der arbeitenden Klassen verbessere, sei noch auf einen viel zu kleinen Kreis des Volkes beschränkt. Aber die Anhänger der Demokratie und Republik gingen überhaupt schweren Zeiten entgegen. Der Stolz des Freiheitskämpfers werde sie aufrechterhalten, sei es beim Todeskampf auf der Barrikade, sei es in jahrelangem stillem und zähem Ankämpfen gegen die Wiederkehr der Willkür und Unterdrückung. Dieser Unglaube an die Versprechungen der Regierung und die Ehrlichkeit der Bourgeoisie muss offenbar im Chemnitzer Proletariat schon damals tief eingewurzelt gewesen sein.

Die Ereignisse des Herbstes von 1848 mussten ihn gerade in Chemnitz allerdings reichlich nähren. Die bittere Arbeitslosigkeit hatte in grossen Versammlungen der Turner, Volksvereinler und Arbeiter vom 10. und 11. September zu dem Verlangen nach rascher Fortsetzung des Chemnitz-Riesaer Eisenbahnbaues und der Eröffnung anderer umfangreicher Notstandsarbeiten geführt; politisch trat daneben die Forderung nach völliger Amnestierung der Gefangenen von 1847 und die deutsch-republikanische Tendenz hervor. Stadtrichter und Rat gaben zunächst dem Verlangen nach Freigabe der beiden noch in Chemnitz internierten Untersuchungsgefangenen von 1847 statt und lieferten sie den Massen aus, die sich bereits zum Bastillensturm vor dem Roten Turm in der Herrengasse versammelt hatten. Sobald die Stadtgewaltigen aber genügend Militär herbeizitiert hatten, schritten sie zur erneuten Verhaftung der Hungerdemonstranten vom Jahre zuvor und provozierten den Barrikadenkampf vom 12. September, der mit der Erstürmung der 10 aufgeworfenen Volksschanzen durch die bewaffneten Truppen endete. Immerhin hielten es die Herrschenden für geraten, die Verhafteten noch am gleichen Tage freizugeben und mit den Arbeitern zu parlamentieren. Waren sie doch der Bürgergarde nicht sicher, deren Arbeiterbataillone sich zum Teil auf die Seite der Barrikadenkämpfer geschlagen hatten. So gewann man einige Tage Zeit zur weiteren Verstärkung der Truppen, und am 15. September konnte man dann zum entscheidenden Schlag gegen die Führer der demokratischen Bewegung ausholen. An die 40 von ihnen

wurden verhaftet und nach Augustusburg fortgeschleppt, von wo aus sie dann später ein Kontingent zu den misshandelten politischen Gefangenen im Waldheimer Zucht- und Zwickauer Arbeitshaus stellten. Unter dem Schutze der Bajonette, die seitdem regelmässig in Chemnitz bereitstanden, fühlten sich Unternehmertum und Stadtbureaukratie sicher vor dem wilden Schrei des Volkes nach Brot. Dabei unterliess es die Bourgeoisie aber nicht, auch die Kirchturmsbeschränktheit der geistig rückständigen Arbeiter auszunutzen. Richard Hartmann, der nach den Märztagen sich geschäftstüchtig auf die Fabrikation von Gewehren für die Bürgerwehren und Milizen geworfen hatte — die Modelle entführte er aus seiner französischen Heimat — redete in fulminanten Ansprachen seinen Arbeitern ein, dass die Arbeitslosigkeit nur durch den Zuzug ortsfremden Gesindels verschuldet sei und führte seine „zuverlässigen“ Leute bewaffnet auf den Markt, um die auswärtigen Proletarier fortjagen zu helfen. Heute hetzt man die Arbeiter statt gegen die ortsfremde gegen die ausländische Konkurrenz, und dies bourgeoise Rezept wirkt immer noch. Immerhin müssen auch nach den Septemberkämpfen die Arbeiter in ihrer grossen Mehrzahl treu zur Fahne der Demokratie gestanden haben; denn als im Dezember 1848 das sächsische Volk zum erstenmal unter dem gleichen und allgemeinen Recht zum Landtag wählte, verlieh es dem verfolgten und geflüchteten Advokaten Böttcher mit gewaltiger Mehrheit die Bürgerkrone und die parlamentarische Immunität. Nicht ganz so entschiedene Republikaner und Demokraten waren die Vertreter von Chemnitz im Vorparlament und in der Frankfurter Nationalversammlung, der Webermeister Stadtverordneten-Vorsteher Rewitzer und der Stadtrat Bernhard Eisenstuck. Zur Frage der Republik gab Eisenstuck vor seiner Wahl in die Nationalversammlung nur die etwas undeutliche Erklärung ab, dass er einen dauernden und erblichen Oberherren Deutschlands nicht wünsche; hingegen scheint er nicht ohne gewisse für seine Zeit weitreichende soziale Einsichten gewesen zu sein. Wenigstens erklärt er in der Nationalversammlung in Frankfurt unumwunden, dass das Kapital nur die Arbeiter ausbeute und die alten und verbrauchten Kräfte auf die Strasse werfe. „Wenn sie ihm nicht mehr passt, wirft es die Arbeit auf die Seite.“ Darum

fordert er eine staatliche Pensionsversicherung aller Arbeiter, deren Kosten durch eine progressive Steuer auf die Unternehmer nach der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte zu decken seien.

Diese ersten Ermahnungen an die Pflicht der sozialen Gesetzgebung sind mit dem Werk der Reichsverfassung zusammen in der Konterrevolution untergegangen. Das preussische Volk hat bekanntlich einen offenen Widerstand gegen die Verhöhnung und Zertrümmerung des Reichsverfassungswerkes durch den Hohenzollern-Uebermut nicht mehr geleistet; anders Baden und Sachsen, das freiheitlichste und das industriellste Land Deutschlands, in denen erst die preussischen Bajonette und Kartätschen die Reaktion zum Siege führten. Nur im Vertrauen auf sie lehnte der damalige sächsiche König Friedrich August den Eid auf die Reichsverfassung ab und löste am 30. April 1849 die Kammer auf, die unter Hochrufen auf den Willen des Volkes und Deutschlands Einheit und Freiheit auseinanderging. Noch ehe die Chemnitzer Deputation nach Dresden gelangte, um im Namen der ganzen Stadt die Anerkennung der Reichsverfassung vom König zu fordern, war dieser nach Königstein geflüchtet und hatte die weitere Verhandlung mit seinem getreuen Volke den Säbeln und Kugeln der Strafpreussen überlassen. Sofort eilten die Mutigsten der Chemnitzer Demokraten, die Elite der Turner, nach Dresden auf den Kampfplatz, und ihr Führer ebenso wie der Chemnitzer Landtagsabgeordnete Böttcher starben auf der Barrikade den Heldentod. Eines der aus Chemnitz nach der Hauptstadt geeilten Opfer des Freiheitskampfes, der Turner Herrmann Weigand, hat übrigens auf dem Chemnitzer Friedhof seine Ruhestätte gefunden, wie er, schwer verwundet hierher verbracht, auch am Orte gestorben ist.

Unterdessen vertrödelte und verschlief das Chemnitzer Bürgertum die Tage der Entscheidung. Ruhig liess es am 4. Mai die Bataillone des in Chemnitz stationierten Infanterie-Regiments nach Dresden abmarschieren. Am 5. und 6. Mai verhandelte es durch den früheren Prediger Metzdorf, der jetzt an die Spitze der Bewegung getreten war, des langen und breiten mit dem Chemnitzer Rat über die Fürsorge für die Hinterbliebenen derer, die möglicherweise im Kampfe fallen könnten, w e n n die Bürgerwehr nach Dresden abmarschierte, und über den Ankauf von Gewehren, die man sich bei Hart-

manns rasch hätte holen können. Endlich am Morgen des 7. setzt sich die Chemnitzer Bürgergarde langsam nach Dresden zu in Bewegung und gelangt an einem Tage bis Oederan, am nächsten bis Freiberg. Dort wartete man, bis der Kampf in Dresden endgültig verloren war, um dann schleunigst in einem halben Tage nach Chemnitz zurückzuflüchten. In einer satirischen Zeitschrift hat ein unbekannter Verfasser den „Kriegszug der Kommunalgarde zu Schilda am 8. und 9. Mai, höchst lustige Historie“ dargestellt und das wüste Reissausnehmen unter dem wackeren Schlachtruf: „Ja, lasst uns zu unseren Weibern zurückkehren“ gebührend verherrlicht. An den Kosten des Witzes über die feigen Philisterseelen hat freilich die deutsche Freiheit bis auf den heutigen Tag zu zahlen.

Der Verrat des Bürgertums am deutschen Freiheitskampf vollendete sich in Chemnitz am 10. Mai. Von den Flüchtlingen der provisorischen Regierung, die sich in Dresden nach der Flucht des Königs gebildet hatte und aus Kreishauptmann Heubner, Regierungsrat Todt und Advokat Tzschirner bestand, waren Heubner und einige seiner Begleiter, darunter Bakunin, nach Chemnitz gekommen, um hier eine neue Revolutionsregierung einzusetzen. Aber die Chemnitzer Bourgeoisie hatte nicht nur nicht die mindeste Lust, die verspielte Partie der deutschen Freiheit fortzusetzen, sondern benutzte auch die Gelegenheit, um ihre frisch auflackierte Königstreue durch einen Akt niederträchtiger Hinterlist um so glänzender strahlen zu lassen. Heubner und Bakunin wurden, nachdem man die Turner irregeführt hatte, die zu ihrem Schutze herbeieilten, von den Gendarmen nach Altenburg geschleppt und dort an das preussische Militär ausgeliefert. Und um den Brand des Ekels über diese vollendete Treulosigkeit unauslöschlich zu machen, stritten nachher die städtischen Behörden wie das Kommando der Bürgerwehr hartnäckig ab, dass sie es gewesen seien, die die eigenen Vorkämpfer der Soldateska des Junkertums in die Hände gespielt hätten. Das schmutzige Werkzeug des Verrats war jedenfalls ein Dr. med. Becker, Schmiedbeckert genannt, der die Festnahme der Mitglieder der provisorischen Regierung im damaligen Hotel „Goldener Engel“, Ecke Kronenstrasse und Markt (jetzt „Fürstenhof“), leitete. Dieser Judas soll nebenbei ein tüchtiger Chirurg gewesen sein, seine

Büste steht vor dem Portal des Stadtkrankenhauses in der Zschopauer Strasse.

Das Rachegelüst der alten Mächte hatte nun freie Bahn, und auch mancher Chemnitzer Arbeiter musste jahrelang in Ketten schmachten, darunter auch der tapfere Klavierbauer August Dolge, der später beim Wiedererwachen der Arbeiterbewegung in Dresden für die Ideale seiner Jugend weiterkämpfte. Das Unternehmertum aber warf sich nun mit voller Kraft auf die Verfolgung seiner Profitinteressen. Unmittelbar nach der Niederwerfung der Revolution beginnt Johann Zimmermann, ein Ungar von Geburt, den Werkzeugmaschinenbau, erlebt die Chemnitzer Strumpfindustrie mit der Einführung der Rund- und Schlauchstühle den gewaltigen Aufschwung und vervielfachen sich die Metallgiessereien. In den 50er und 60er Jahren hat Richard Hartmann die Zahl seiner Maschinenbauer um nicht weniger als das Fünffache vermehrt. Wie die Pilze nach einem Sommerregen wuchs aus dem Boden, der mit Arbeiterblut gedüngt war, der grosse industrielle Profit hervor. Die „Wunderblume des März“ aber war fast spurlos verdorrt.

In solch schönen Profitchenzeiten war es der Bourgeoisie höchst unangenehm, wenn sie an ihre Sturm- und Drangperiode gemahnt wurde, in der sie die Arbeiter so wacker in den Kampf hineingehetzt hatte. Doch ist es gut, einmal daran zu erinnern. Vor uns liegt eine kleine Flugschrift aus dem Jahre 1848, die im Verlage des Chemnitzer Amtsblattes J. C. F. Pickenhahn & Sohn erschienen ist. Sie trägt den Titel: „Ein deutsches Rechenexempel“ und enthält das Resultat der mit „ärgerlicher Mühe“ angestellten Untersuchung, „wieviel fürstliche Müssiggänger beiderlei Geschlechts das deutsche Volk füttert und anbetet, um sich von ihnen mit hohen, höchsten und allerhöchsten Fusstritten begnadigen zu lassen“. Es kommen im ganzen 449 regierende und 1353 fürstliche „Individuen“ heraus, und ihr Einkommen wird so berechnet, dass man damit die ganze preussische Armee ohne weitere Kosten unterhalten könnte. Als Ideal wird dem die sparsame nordamerikanische Republik gegenübergestellt. Die Entstehung des Fürstentums wird dann auf die grossen Raubritter zurückgeführt und folgende kühne Schilderung des fürstlichen Lebens entworfen:

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

„Sie stehen nach einer durchschwärmten Nacht zu einer Stunde auf, wo die armen Arbeiter schon beginnen, matt zu werden. Sie machen Toilette, das heisst, sie lassen sich gähnend von Kammerdienern und Kammerfrauen die Kleider stückweise um die faulen Glieder ziehen. Sie frühstücken, verzehren Austern und Champagner, sie „empfangen", d. i. lassen irgend jemanden vor sich Bücklinge machen, welche sie mit einstudierten Manieren der Lächerlichkeit erwidern. Sie fahren spazieren. Sie mahlzeiten. Sie lassen sich vorlesen. Sie schlafen. Sie unterschreiben ein Todesurteil eines aus Not Verzweifelten oder geben einige Befehle zur Misshandlung des Volkes. Sie fahren ins Theater oder geben einen Ball oder verschleudern einige Tausende für ein komödienhaftes Abendessen. Sie werfen ihr Schnupftuch einer Favoritin hin und gehen zur Ruhe. Das ist die schwere Arbeit des Alltagslebens."

Nachdem so die Fürsten als Prasser und Faulenzer abgemalt sind — zum Kontrast werden dieser „Wirklichkeit" die schmeichelnden Worte gegenübergestellt, mit denen die Fürsten sich von ihren Knechten beweihräuchern lassen — kommt dann der Aufruf an das Volk, sie allesamt fortzujagen. Auswanderer, Soldaten, Verbrecher, Vagabunden und Dirnen werden angerufen, zu bezeugen, dass alles Elend von den Fürsten herkommt — — — —:

„Ihr armen Weber, die ihr mit einigen Groschen wochenlang die geliebten Gerippe eurer Angehörigen aufrecht erhaltet, die ihr als Leckerbissen das Fleisch krepierter Pferde verzehrt, die ihr hohläugig, stumpf, schlaff, verzweifelnd aus eurer kalten Hütte durch die trüben Scheiben in die trübe Welt hinausstiert . . ."

sie alle sollen bezeugen, dass die Fürsten, die mit den schlimmsten Schimpfnamen belegt werden, „unheilbare Menschenfeinde" sind. „Unheilbar? E i n Mittel der Heilung gibt es, und dies Mittel — i s t v o n E i s e n."

Nicht wahr, das ist eine Sprache, deren sich kein Marat und kein Robespierre zu schämen brauchte! Mit solchen Worten hat die Chemnitzer Bourgeoisie einst die mageren Leinen- und Baumwollweber in ihre Schlachten gehetzt, und heute greint sie sittlich entrüstet, nicht etwa wenn ein Sozialdemokrat solche verstiegenen Tiraden redet — so blind und geschmacklos hat nie ein Proletarier gepoltert —, sondern wenn irgendwer sich theoretisch zum Ideal der Republik bekennt. Sie ist sehr, sehr reich und sehr — vergesslich geworden, diese liebe Chemnitzer Bourgeoisie.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

DER BEGINN DES PROLETARISCHEN EMANZIPATIONSKAMPFES.

DER INNERE STREIT.

Die Weberstädte sind es gewesen, die für die Aufnahme der sozialistischen Lehren den günstigsten Boden abgaben. In der Textilindustrie, in der in wenigen Jahren Tausende von Handwebstühlen stillgesetzt wurden, zeigte sich die Macht des Grossbetriebes, die revolutionierende Wirkung des Kapitalismus am greifbarsten. Wohl waren im Maschinenbau die Betriebe von vornherein massiger, das angelegte Kapital organisch auf einer höheren Stufe. Aber die Metallgrossindustrie trat nicht so sehr an die Stelle vernichteter Klein- und Eigenbetriebe, weil sie im weiten Umfange Arten der Metallbearbeitung einführte, die man vorher überhaupt nicht gekannt hatte. Aber auch für die Streitigkeiten innerhalb der entstehenden Arbeiterbewegung ist der Unterschied von Textilindustrie und Metallindustrie von entscheidender Wichtigkeit: Die versinkenden Weberschichten mussten am ehernen Lohngesetz und damit an der Verwerfung der Gewerkschaften und der Streiks viel hartnäckiger festhalten, als das in der Metallindustrie bei dem bald offenbar werdenden Konflikt zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn möglich war. Die Betrachtung der Anfänge der sozialdemokratischen Bewegung in Chemnitz und im Erzgebirge wird die Richtigkeit dieser theoretischen Erwägungen praktisch erweisen.

Chemnitz und seine Umgebung haben der Sozialdemokratie zu ihrer ersten parlamentarischen Vertretung verholfen und auch lange Zeit nachher einen grossen Teil, vielfach die Hälfte der sozialdemokratischen Fraktion gestellt. Bei dem rein proletarischen Charakter, der grossen Armut und der unvergessenen achtundvierziger Tradition der Erzgebirgsorte kann das nicht wundernehmen. Zunächst frei-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

lich, als Lassalle seine Donnerfrage an die Arbeiterschaft richtete, ob sie reif sei zum Eintritt in den Befreiungskampf, antwortete ihm aus Chemnitz kein Echo. Unter der Beustschen Reaktionsperiode war hier alles eigene Denken der Arbeiter eingeschlafen; nur im Gefolge der Bourgeoisie führte die Arbeiterschaft den schwunglosen Kampf gegen das mehr auf Oesterreich als auf Preussen gestützte feudale Regiment. Aber das Unternehmertum war sich kraft seiner reiferen Klasseneinsicht bewusst, wie unzuverlässig diese Gefolgschaft für seine Interessen sein musste. Noch ehe daher der Weckruf des „Offenen Antwortschreibens“ zu den Ohren der Chemnitzer Arbeiter gedrungen war, suchte das Unternehmertum vorzubeugen. Anfang Mai 1863 rief einer seiner Beauftragten, der Herausgeber der damals erscheinenden Zeitschrift „Glocke“ — wahrscheinlich war es der spätere Redakteur der nationalliberalen „Chemnitzer Nachrichten“, A. Stark —, eine Arbeiterversammlung nach Türks Gasthaus an der Königstrasse zwecks Errichtung eines Bildungsvereins ein.*) Er spielte mit offenen Karten und erklärte den Anwesenden, dass in Leipzig ein Mann aus dem Rheinland aufgetreten sei mit der Absicht, die Arbeiter zu den grössten revolutionären Torheiten zu verführen. Solchen Verführungskünsten solle in Chemnitz durch eine wahre Arbeiterbildung vorgebeugt werden. Bei dem lebhaften Bildungsstreben der Arbeiter war das keine schlechte Lockspeise; mit heissem Wissenshunger stürzten sie darüber her, und bald hatte der Verein eine Mitgliederzahl erreicht, die die Hundert weit überstieg. Aber wie schnell sollte die steigende Flut der Arbeiterbewegung über dieses Wehr hinaussteigen! Am 17. Juni 1864 fand im Saale von „Stadt Mannheim“ eine Mitgliederversammlung dieses Arbeiterbildungsvereins statt, der ein Schreiben der Lassalleaner vorlag; sie boten, wohl nicht ganz im Ernst, an, dass Lassalle bereit sei, dem Verein einen Vortrag zu halten und ihm die Grundsätze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu erläutern. Mit

---

*) Bebel und Vahlteich datieren übereinstimmend den Chemnitzer Arbeiterverein zwei Jahre weiter zurück. Schulze-Delitzsch soll durch einen Vortrag in der „Linde“ den Anstoss zu seiner Gründung gegeben haben. Wahrscheinlich haben sie recht; doch können erst spätere genauere Einzeluntersuchungen feststellen, bis wohin sich die Spuren eines Chemnitzer Arbeitervereins zurückverfolgen lassen.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

etwas über 100 gegen 19 Stimmen lehnte der Verein es ab, Lassalle zu hören. Nun aber trat die Minderheit sofort aus dem bürgerlichen Arbeiterverein aus, sei es dass sie durch Lassallesche Schriften überzeugt war oder bereits Verbindungen mit Limbach besass, wo schon etwas zuvor von Leipzig aus der Grundstock zur sozialdemokratischen Bewegung gelegt worden war. Diese kleine Zahl von Jüngern trat denn auch sofort dem Lassalleschen Verein bei und der Webermeister Friedrich Julius Wendler wurde der erste Bevollmächtigte des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ in Chemnitz.*) Zu seinen eifrigsten und ersten Anhängern gehörte der Zeugschmied Lampe aus der Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik, damals Joh. Zimmermann, der unter seinen Arbeitskollegen bald Anhänger für die neue Lehre gewann. Thümmler, Lasch und vor allem Max Stöhr sind einige der eifrigsten Lassalleaner, die aus jenem Betriebe hervorgegangen sind. Eine andere Anhängerschar warb der Buchbinder Jäckel in Schlosschemnitz; zu seinem Kreise gehörte der Modelltischler Bonitz, der sich schon einige Jahre zuvor geweigert hatte, die neueingeführten brutalen Betriebsordnungen in den Chemnitzer Fabriken zu unterschreiben, und deshalb aus der Arbeit entlassen worden war, aber infolge seiner hervorragenden Tüchtigkeit Aufträge genug bekam, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Jäckel und Bonitz sind früh auch in den Schlosschemnitzer Gemeinderat eingetreten und haben dort eifrig und einsichtsvoll für die Interessen der ärmeren Bevölkerung gewirkt. Unter den Schlosschemnitzer Lassalleanern sind auch die Brüder Vieweg zu nennen, von denen damals zunächst der ältere eifrig Adepten gewinnen half. Aber die Hauptanhängerschaft der Lassalleaner kam

*) Auch hier ist noch ein Fragezeichen anzubringen. Es ist dem Verfasser nachträglich ein Brief von F. W. Fritzsche an den Vertrauensmann der Lassalleaner in Glauchau, Schneider Gernert, übergeben worden, in dem für den Juli 1865 die Zahl der Chemnitzer Lassalleaner auf 13 angegeben und als leitende Personen die Arbeiter Gustav Hiehle und Neukirchner genannt werden. Ihr Zusammenschluss wird in dem Brief als ein Ereignis der letzten Tage behandelt. Andererseits erinnert sich Bebel schon aus dem Jahre 1864 an Debatten mit den Lassalleanern in Chemnitz. Vielleicht ist 1864—1865 die Zahl der Lassalleaner in Chemnitz ganz gering gewesen und geblieben; darauf deutet der Spitzname „die zwölf Apostel“ hin, der ihnen anhing. Noch Försterlings Wahl in den Reichstag wird als die Zwölfapostelwahl bezeichnet.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

zweifellos aus den Reihen der Hand- und Fabrikweber, was schon darin seinen Ausdruck fand, dass die Gründungsversammlung wie die späteren Sitzungen im Webermeisterhaus in der Lohgasse selbst abgehalten wurden. Auch Bebel hat ja 1867, als er zuerst im 17. sächsischen Wahlkreis kandidierte, fast die ganze Glauchauer Weberinnung auf seine Seite gebracht, die damals von Franz und Albert geleitet wurde. Als viele Jahre später, unter dem Ausnahmegesetz, Franz der Partei den Rücken kehrte, wurde er auch sofort von seinem Posten als Obermeister der Weberinnung gestürzt. Aehnlich im 19. Wahlkreise, den Liebknecht bearbeitete. Dort hielt z. B., um auch das vorweg zu nehmen, im Juni 1869 in Lössnitz in einer Weberinnungsversammlung, nachdem die Lade geschlossen war, Karl Demmler einen Vortrag über die sozialistischen Ideen und erwirkte einen Beschluss der ganzen Innungsversammlung zugunsten des Arbeiterkandidaten.

Doch zurück zu Chemnitz! Aus dem Protokoll der Generalversammlung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ in Frankfurt a. M. am 30. November 1865 entnehmen wir, dass nach dem Bericht von Lassalles Nachfolger, Bernhard Becker, Chemnitz 41, Limbach 37 und Grüna b. Chemnitz 12 Mitglieder hatte. Chemnitz, Limbach, Glauchau, Hohenstein, Neustadt, Grüna und Kändler sind durch Weiss-Kändler vertreten. Bei der wenig sorgfältigen Kassenführung in dieser Diadochenzeit des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ wird man die Zahl der Chemnitzer Lassalleaner mit 40 sicherlich noch zu hoch veranschlagen. Viel grösser als die Mitgliederzahl des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ muss aber alsbald sein geistiger Einfluss auf die Chemnitzer Arbeiter gewesen sein, wie aus den Schwierigkeiten erhellt, auf die das Vordringen der Sächsischen Volkspartei hier stiess.

Der alte Chemnitzer Arbeiterverein hatte sich dem Verband Deutscher Arbeitervereine angeschlossen, ja er gehörte sogar zu den Miteinberufern des 1. Arbeitervereinstages in Frankfurt a. M., Juni 1863. Lag doch diese Veranstaltung ganz in der Richtung seiner Bemühungen, die Ausbreitung der Lassalleschen Lehre zu hindern. Aber je weiter der Arbeitervereinstag nach links rückte, je entschlossener er zunächst in allen praktischen Fragen Arbeiterpolitik zu

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

treiben gewillt war, desto weiter rückte der Chemnitzer Verein von ihm ab, desto lauer wurde seine Teilnahme an der Gesamtbewegung. Nur vorübergehend schien es, als sollte die Sturm- und Drangzeit des Jahres 1866 die sächsische Demokratie in einheitlicher Front aufmarschieren sehen. An den Massenversammlungen in Dresden, die gegenüber den bismärckischen und österreichischen Reformprojekten für den Deutschen Bund die Wiedereinberufung der Nationalversammlung von 1848/49, das allgemeine Wahlrecht und die allgemeine Volksbewaffnung forderten, nahmen Lassalleaner, Arbeitervereinler und bürgerliche Fortschrittler ohne Unterschied teil und einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen. Indessen schob der Bruderkrieg ihre Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage beiseite und die mit „Blut und Eisen“ herbeigeführte Entscheidung des Prager Friedens stellte die politisch denkende Demokratie vor eine neue Lage. Unmittelbar nach der Kriegserklärung, kurz vor dem Einmarsch der preussischen Truppen in Chemnitz, hat Wilhelm Liebknecht hier im „Tivoli“-Saale über das Thema gesprochen: „Was tut der Arbeiterschaft not?“ Ein Bericht über jene Versammlung ist uns nicht überkommen — die erste Tat der preussischen „Brüder“ bestand in der zwangsweisen Abführung des Redakteurs der liberalen „Chemnitzer Nachrichten“, August Stark, und des im Nebenamte als Redakteur des Amtsblattes tätigen Prof. Lambrecht nach Dresden sowie dem strengen Verbot, politische Nachrichten oder Notizen zu veröffentlichen — und auch im Gedächtnis der Zeitgenossen ist nichts davon haften geblieben. Man wird in der Annahme nicht fehl gehen, dass sie in der aufgeregten Zeit überhaupt wenig Beachtung gefunden hat. Wütete doch schon damals infolge des Kriegsausbruches in Chemnitz eine entsetzliche Wirtschaftskrise, sodass ein grosser Teil der schaffenden Kräfte arbeitslos war, der Rest nur eine stark verkürzte Arbeitszeit hatte. Aus der Einladung zur Liebknecht-Versammlung, die wir im „Chemnitzer Tageblatt“ fanden, ist auch nicht zu ersehen, ob etwa der Chemnitzer Arbeiterverein an ihrer Einberufung beteiligt war. Eine scharfe Trennung zwischen der Bebel-Liebknechtschen Leitung und ihm war jedenfalls damals noch nicht eingetreten; denn abgesehen davon, dass schon 1864 Bebel hier im Auftrage des Arbeitervereins gegen die Idee der Staats-

hilfe gesprochen hatte, haben noch 1866 am 25. und 26. März an einer Konferenz über die deutsche Frage in Dresden, wie Bebel in „Aus meinem Leben“ mitteilt, neben den Chemnitzer Lassalleanern auch die Vertreter des Chemnitzer Arbeitervereins teilgenommen.

Unmittelbar nach dem Krieg hat dann die sächsische Demokratie, gestützt auf die Arbeitervereine aber organisatorisch unabhängig von ihnen, sich als politische Partei zu organisieren versucht. Es war der erste Ring zu jener Kette, die 1869 die aufgeklärten Proletarier zur ersten sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach zusammenschloss. Am 19. August fand, noch unter dem „Schutz“ der preussischen Bajonette, in Chemnitz die sächsische Landesversammlung statt, die das Programm der sächsischen Demokratie aufstellte.*) Die sozialen Forderungen treten in ihm noch ziemlich weit zurück. Die Vorschläge zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse bewegen sich noch in erheblichem Umfange in den Bahnen des Liberalismus: Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Ausgleich des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Interessant ist die Forderung von Produktivgenossenschaften mit staatlicher Beihilfe, die indessen kaum aus Rücksicht auf die Lassalleaner mit aufgenommen ist, sondern eine alte Forderung der sächsischen Arbeiter darstellt. Wenigstens findet sie sich bereits in allen Resolutionen, die die sächsischen Arbeiter im Revolutionsjahre aufgestellt haben, und es ist damit in Chemnitz sogar zu praktischen Versuchen gekommen; es bildete sich eine Arbeiter-Maschinenbau-Genossenschaft, die ihren Betrieb auf dem später Reineckerschen Grundstück an der Oststrasse hatte. Auf ihren raschen Bankrott hat sich Dr. Max Hirsch in einer Rede im Magdeburger Arbeiterbildungsverein zur Widerlegung der Lassalleschen Vorschläge berufen. Bei der weiten Verbreitung, die die Forderung staatlicher Beihilfe für Genossenschaftsfabriken in Sachsen schon vor dem Auftreten Lassalles gewonnen hat, ist überhaupt der Gedanke erwägenswert, ob nicht vielmehr das Leipziger Komitee die Aufnahme dieses Ver-

---

*) Das Programm ist im Wortlaut abgedruckt in Bebels „Aus meinem Leben“, Seite 164—165, und (mit vollständiger Einleitung) in Mehring, „Die deutsche Sozialdemokratie“, Bremen 1879, Anhang.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

langens in das Arbeiterprogramm gewünscht hat, als dass Lassalle sie seinerseits angeregt hätte. Das Hauptgewicht legt das Chemnitzer Programm auf die rein politischen Forderungen, die einwandfrei demokratisch sind, unter denen aber wiederum als das Wichtigste die Haltung gegenüber dem Norddeutschen Bund hervorzuheben ist. Der zweite Absatz des Programms sagt darüber:

„Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt. Kein Kleindeutschland unter preussischer Führung, kein Grossdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistischen Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen, sind von der demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen."

Das Programm ist also rein protestlerisch, die Absage an den Norddeutschen Bund ganz unzweideutig. Noch schärfer als in den einzelnen Programmpunkten tritt das in der allgemeinen Programmeinleitung hervor, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Demokratische Partei hat den nunmehr beendeten, lediglich im Interesse dynastischer und partikularistischer Bestrebungen geführten Krieg von Anfang an als ein Nationalunglück beklagt und verdammt, weil derselbe nicht nur zum teilweisen Ruin des Wohlstandes des deutschen Volkes und zur Verbitterung der deutschen Volksstämme gegeneinander, sondern auch zur Teilung unseres gemeinsamen Vaterlandes, zur Unfreiheit und zur Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten führen musste.

Das Ergebnis dieses Krieges — ein durch gewaltsame Annexion vergrössertes Preussen unter einem mehr als je befestigten absoluten Königtum, das einstweilige Vasallentum der kleineren Staaten bis zu ihrer vollständigen Annexion durch Preussen und die Abtrennung der norddeutschen Staaten von Süddeutschland — hat jene Befürchtungen bewahrheitet.

Die Demokratische Partei wird trotz der veränderten Verhältnisse ihr altes Programm ungeschmälert aufrecht erhalten und für dasselbe einstehen. Da die Demokratische Partei sich für verpflichtet hält, die Feinde der deutschen Freiheit und Einheit unter allen Umständen und auf allen Gebieten zu bekämpfen, so wird sie, nachdem Sachsen durch die Gewalt der Waffen gezwungen worden ist, dem Norddeutschen Bunde beizutreten, bei der bevorstehenden Reichstagswahl sich beteiligen. Die Demokratie verlangt demnach von den von ihr zu erwählenden Kandidaten:

Dass sie die norddeutschen Staaten, wenn auch zeitweilig von Süddeutschland getrennt, nur als einen Teil Deutschlands betrachten und bei ihrem Eintritt in den Norddeutschen Reichstag gegen die Dreiteilung wie gegen jedwede Teilung und Verkleinerung Deutschlands protestieren.

Dass sie die Zusammenberufung eines konstituierenden Parlaments erstreben, das von allen deutschen Staaten selbstverständlich mit Einschluss Deutsch-Oesterreichs beschickt wird.

Und endlich, dass sie das (Chemnitzer) Programm als Richtschnur annehmen und energisch zu verfechten entschlossen sind."

—

Das Programm zieht also die Möglichkeit der Erweiterung des Nordbundes zum Deutschen Reich nicht in Betracht, während Schweitzer die spätere Art der Reichsgründung vorausgesehen und in seinen Willen aufgenommen hatte. Was Wunder, dass er den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die an der Chemnitzer Landesversammlung teilgenommen hatten — Bebel nennt Fritzsche, Försterling und Röthing —, die weitere Betätigung in der Sächsischen Volkspartei untersagte. Ueberwog doch in ihr der Gedanke des Kampfes gegen Bismarck und seine Gründung weitaus alle anderen Gedankeninhalte. Im Frühjahr des Jahres 1867 scheint sogar der Versuch gemacht worden zu sein, eine Vereinigung aller bismarckfeindlichen und fortschrittlichen Politiker Sachsens herbeizuführen. Wenigstens hat damals Liebknecht eine vom Professor Franz Wigard in Dresden unterzeichnete vertrauliche Einladung versandt, die unter Berufung auf die gemeinsame Feindschaft gegen den Norddeutschen Bund an folgende „Deputierte, Vorsteher demokratischer Wahlkomitees und Vereine in Sachsen" erging:

Baumann, Meerane.
Bebel, Leipzig.
Beck, Kamenz.
Meyer, Mülsen St. Niklas.
Bley, Geyer.
v. Dieskau, Plauen.
Dotzauer, Zwickau.
Eisenstuck, Annaberg.
Ettmüller, Neugersdorf.
Evans, Siebenhöfen.
Fahnauer, Grossboblitz.
Flechsig, Stangendorf.
Fränkel, Leipzig.
Franz, Glauchau.
Freytag, Leipzig.
Gottschald, Lössnitz.
Götz, Lindenau.
Gruner, Dresden.
Hering, Burgk.
Hering, Lugau.

Heubner, Reichenbach.
Knöfel, Dresden.
Krause, Mülsen St. Jakob.
Liebknecht, Leipzig.
Mammen, Plauen.
Mai, Polenz.
May, Löbau.
Mehlhorn, Stollberg.
Minckwitz, Dresden.
Motteler, Crimmitschau.
Otto, Stollberg.
Petermann, Dresden.
Reichardt, Döhlen.
Riedel, Kleinschönau.
Säuberlich, Glauchau.
Schaffrath, Dresden.
Schelle, Chemnitz.
Schraps, Dresden.
Schreck, Pirna.
Schubert, Werdau.
Stehfest, Crimmitschau.
Tempel, Oberrodewitz.
Vahlteich, Dresden.
Walter, Dresden.
Werner, Lichtenstein.
Wigard, Dresden.
Willkomm, Tharandt.
Wuttke, Reudnitz.

Diese Liste, die allerdings auch manchen Nichtangehörigen der Sächsischen Volkspartei, wie den nach 14jähriger Zuchthausqual befreiten Heubner, den Dresdner Fortschrittler Minckwitz und andere umfasst, gibt einen guten Anhaltspunkt zur Beantwortung der Frage, welche Männer es gewesen sein mögen, die sich damals am 17. August 1866 hier im Saale zur „Linde“ zur Aufstellung des demokratischen Programms zusammengefunden hatten. Sonst ist uns eine Teilnehmerliste nicht erhalten geblieben, ebensowenig wie ein genauer Bericht über den Gang der Verhandlungen. In der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ in Leipzig findet sich über sie nur die kurze Notiz, dass sie vertraulich waren und zu dem Beschluss führten, mit aller Kraft sich an den Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes zu beteiligen. Vorausgesetzt selbstverständlich, dass diese unter dem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht stattfänden. Gegen die Wahlbeteiligung hatte der alte Professor Rossmässler gesprochen, der sich darauf berief, dass er noch immer sein Mandat zur Frankfurter Nationalversammlung in der Tasche habe; ebenso wertlos würden die Mandate zum Bismarck-Parlament sein. Demgegenüber wiesen Bebel, Liebknecht, Vahlteich, Schraps darauf hin, dass man Bismarck gar keinen grösseren Gefallen tun könne, als sich schmollend in den Winkel zu stellen. Für sie entschied die grosse Mehrheit, aber Rossmässler blieb seiner Anschauung treu und lehnte eine Kandidatur für den Norddeutschen Reichstag ab.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Wir aber werden, rückschauend, gerade den Beschluss der Wahlbeteiligung für den halten, der die Entwicklung der demokratischen Partei Sachsens zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands am meisten beschleunigt hat.

Für das oben skizzierte Chemnitzer Programm hat sich freilich bis Ende der sechziger Jahre in Chemnitz selbst kein Boden gefunden. Ausserhalb des 17. und 19. Wahlkreises, auf deren Bearbeitung sich Bebel und Liebknecht alsbald mit grossem Eifer warfen, fand in der Erzgebirgsgegend das Mitte 1867 gegründete „Demokratische Wochenblatt“ Liebknechts nirgends Eingang; ja selbst dort hielten die reinen Weber- und Wirkerorte, insbesondere Thalheim und seine ganze Umgebung an den reiner sozialistischen, den wirklichen Verhältnissen in der Textilindustrie besser entsprechenden Lassalleschen Lehren fest, die im 16. und 15. Wahlkreis noch fast alleinherrschend bei der aufgeklärten Arbeiterschaft waren.

Das bewiesen auch die Wahlkämpfe zum Norddeutschen Reichstag, in denen die jungen Arbeiterparteien nun zuerst ihre Kraft erproben mussten. Die Probe auf das neue allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht fiel nicht gerade sehr ermutigend aus. Bei den Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag am 12. Februar 1867 siegten als Kandidaten der Arbeiterdemokratie bekanntlich nur Bebel und Schraps im 17. und 18. sächsischen Wahlkreise, Glauchau-Meerane und Zwickau, sonst unterlag die Sozialdemokratie überall im Bundesgebiet auf der ganzen Linie.

Im 19. Wahlkreise, wo Liebknecht kandidierte, brachte die Sächsische Volkspartei es nur auf 1918 Stimmen, welch ausserordentlich ungünstiges Resultat darauf zurückgeführt wird, dass Liebknecht selbst zu Beginn der Wahlzeit in Berlin gefangen gehalten wurde und erst später in den Wahlkampf einzugreifen vermochte. Im 16. Kreise (Chemnitz) bekam der Maschinenbauer Karl Friedrich Weiss aus Kändler bei Limbach 2586 Stimmen, während der angesehene fortschrittliche Webermeister J. X. Rewitzer, achtundvierziger Angedenkens, mit 9198 Stimmen siegte und Bismärcker wie sächsisch-monarchistische Partikularisten kleinere Stimmenzahlen aufbrachten. Von Weiss, dem ersten sozialdemokratischen Kandidaten in Chemnitz, wissen

wir lediglich, dass er im vorgeschrittenen Alter stand und zu den Barrikadenkämpfern aus den Dresdner Maitagen gehörte. Eine seiner Wahlreden ist unter dem Titel: „Zur Arbeiterfrage“ in einer kleinen Broschüre von 16 Seiten im Verlag von Wilhelm Kohlmann, Chemnitz-Kappel, erschienen und gibt uns wenigstens einen Einblick in seine Gedankenwelt, die rein sozialistisch ohne jede Verhüllung und ohne jeden Zusatz ist. Vom Norddeutschen Bund, von Bismarck und Beust ist darin überhaupt nicht die Rede, sondern nur von der wachsenden Konzentration des Kapitals, vom Zunehmen der Grossbetriebe und des Elends der Arbeitermassen und der Notwendigkeit des Klassenkampfes. In den Beispielen und auch vielfach in den einzelnen Wendungen auf das grosse Lassallesche Vorbild gestützt, gibt die Rede eine sehr wirksame Polemik gegen die Selbsthilfe des einzelnen, an deren Stelle sie die Selbsthilfe der Arbeiterklasse verkündet. Die Forderung nach staatlicher Unterstützung der Produktiv-Assoziation wird dahin erläutert: „Der besitzlose Arbeiter bildet im Staate mindestens 89 Prozent der Bevölkerung . . . Von wem käme (also) denn eigentlich die Staatshilfe, sie mag nun in Kredit oder barer Kasse bestehen? Von niemand anders als von den besitzlosen Arbeitern. Mithin wäre Staatshilfe für den Arbeiterstand nichts anderes, als Selbsthilfe des Arbeiterstandes.“ Dabei wird aber ganz scharf hervorgehoben, dass diese Selbsthilfe nur von dem demokratischen Staate gewährt werden könne und genommen werden solle. Zum Schlusse der Rede wird dem Einwand entgegengetreten, dass die Arbeiterschaft zu solch wirtschaftlicher Selbstregierung noch nicht reif sei: Wenn die Arbeiterschaft noch warte, ehe sie sich zum Kampf für ihre Befreiung organisiere, werde sie lediglich immer tiefer herabgedrückt werden.

„Darum Arbeiter, wollen wir uns, wie schon gesagt, nicht beirren lassen, wir wollen unseren eingeschlagenen Weg festen Schrittes vorwärts gehen, und sollten Verdächtigungen, Schmähungen und Verfolgungen aller Art gegen uns wüten; vorwärts gehen, und sollten alle Teufel und alle Geldsäcke der Welt uns sich entgegenwerfen!“

Bei den Augustwahlen des gleichen Jahres hat dann Weiss im 15. Kreise kandidiert, wo zuvor ein eigener Arbeiterkandidat noch nicht aufgestellt gewesen war und

dort 278 Stimmen, fast ausschliesslich aus Limbach und Burgstädt, auf sich vereinigt. In den späteren Kämpfen ist von ihm nicht mehr die Rede gewesen.

Jedenfalls war die Agitation der Lassalleaner in ihren verschiedenen Richtungen damals scharf auf den Klassengegensatz zugespitzt, während die Propaganda der Demokraten auf die bevorstehende Entscheidung der politischen Konflikte, also insbesondere auf den Gegensatz zum siegreichen Bismarck abzielte. Die Spaltung der proletarischen Bewegung beruht also, theoretisch gesehen, in jener Zeit darauf, dass das soziale und das demokratische Element noch nicht in eine Gleichgewichtslage zu einander in einer einheitlichen Sozialdemokratie gelangt waren.

Dass tatsächlich bei der Bebelschen und Liebknechtschen Agitation das rein Proletarische stark in den Hintergrund gedrängt war, lässt sich besser als an den bekannten Druckwerken, die für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, an dem uns erhaltenen Briefwechsel erkennen, den Liebknecht im Jahre 1867 mit seinem Vertrauensmann in Lössnitz, Hermann Gottschald, geführt hat. Immer wieder legt Liebknecht ihm ans Herz, in möglichst vielen Orten Volksvereine zu gründen, die alle demokratisch gestimmten Elemente oder die besten Demokraten aus allen Bevölkerungsklassen umfassen sollen und daneben besondere Arbeitervereine zu bilden, die den späteren ganz selbständigen Kampf der Arbeiter gegen das Kapital vorbereiten sollen. Das letztere ist aber meist nicht geschehen; es blieb zunächst fast überall bei den Volksvereinen, aus denen erst im Laufe der siebziger Jahre durch den mehr oder minder freiwilligen Austritt der den Arbeitern wenig freundlichen Elemente proletarische Kampforganisationen wurden. So sassen z. B. in dem von Liebknecht selbst gegründeten Demokratischen Verein in Geyer eine grosse Anzahl von Kleinbürgern, Expedienten, Gerichtssekretären und sonstigen preussenfeindlichen Elementen, die natürlich zur Arbeiterbewegung nie ein inneres Verhältniss gewannen. Die drei folgenden Briefe von Liebknecht, die sämtlich an den genannten und um die Parteibewegung im 19. Kreise sehr verdienten Genossen Gottschald in Lössnitz gerichtet sind, verbreiten eine Fülle

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

von Licht über die damalige Politik der Sächsischen Volkspartei.*)

10 Bayrische Strasse, Leipzig.

Geehrter Herr!

Wir sind erlegen! Ihre und meine Schuld war es nicht; wir haben unsere Schuldigkeit getan, und wo wir öffentlich auftraten und Zweigkomitees hatten, waren wir auch im Vorteil. Aber ich konnte nicht überall sein, an den meisten Orten gab es keine Zweigkomitees, und in Schneeberg, Hartenstein etc., das heisst gerade den Orten, welche den Ausschlag gegen uns gaben, hatten wir, wie Sie wissen, nicht einmal jemand, der uns eine Volksversammlung richtig angemeldet hätte. Diese Erfahrungen müssen wir uns zunutze machen; aus der Niederlage den Sieg lernen. Organisation, Organisation! lautet jetzt die Losung. Es gilt, überall Arbeiter- und Volksvereine gründen, und sich mit zuverlässigen Männern in Verbindung setzen. Auf Sie und die Freunde Lederer und Prussel rechne ich hierbei ganz besonders. Wirken Sie nach Kräften und erstatten Sie mir regelmässig Bericht. Bei Gelegenheit komme ich in den 19. Wahlbezirk, um eine Reihe von Vorträgen zu halten; und meine Freunde J. Vahlteich, 15 Seminarstrasse, Dresden, Karl Mendel in Gössnitz und Jul. Motteler in Crimmitschau werden von Zeit zu Zeit mit Vergnügen einen demokratischen Abstecher zu Ihnen machen.

Wenn ich mich nicht irre, haben Sie schon einen Arbeiterverein; flössen Sie diesem frisches Leben ein und stiften Sie daneben einen Volksverein, in den Sie aber bloss wenige Tüchtige zulassen.

Zum Schluss Ihnen und den Herren Lederer und Prussel herzlichen Dank für die Bemühungen zu meinem und der Sache Gunsten und demokratischen Gruss.

Der Ihrige
W. Liebknecht.

Schreiben Sie mir ja bald! Ich empfehle Ihnen folgende Zeitungen: 1. „Die Zukunft“ in Berlin, 1 Thlr. 8 Ngr. das Vierteljahr, und 2. das „Deutsche Wochenblatt“ in Mannheim, 18 Ngr. das Vierteljahr. Die Blätter sind auf der Post zu bestellen.

---

*) Die Auszeichnungen und Hervorhebungen rühren von Liebknecht selbst her.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Der Brief ist vom 19. Februar 1867, wie aus einem Vermerk Gottschalds hervorgeht, also schon eine Woche nach dem Wahltag geschrieben. Inzwischen hatte Liebknecht bereits seine Stichwahlparole herausgegeben, die bedingt zugunsten des sächsischen Partikularisten Graf Lippe gegen den freisinnigen Rechtsanwalt Minckwitz in Dresden lautete, den Liebknecht (mit Recht?) im Verdacht hatte, sich widerspruchslos auf den Boden der durch Bismarck geschaffenen Tatsachen stellen zu wollen. Auf eine Anfrage Gottschalds, der offenbar von der Aussicht nicht sehr entzückt war, den Reaktionär lediglich wegen seiner durch Bismarck gekränkten Wettinertreue zu wählen, antwortet Liebknecht am 22. Februar ausführlich wie folgt:

10 Bayrische Strasse.
Donnerstag abend.

Geehrter Herr!

Ihre zwei Schreiben sind mir zugegangen. Meine Privaterklärung (gegen deren Veröffentlichung ich jedoch nichts einzuwenden habe) lautete wörtlich: „Minckwitz muss um jeden Preis beseitigt werden. Da Graf Lippe gegen die Vergewaltigung durch Preussen und Advokat Minckwitz trotz aller freisinnigen Phrasen für die Bismarcksche Annexionspolitik ist (siehe seine Erklärung an das Lössnitzer Komitee), so fordere ich alle diejenigen meiner Parteigenossen, die sich der Abstimmunng nicht enthalten wollen, auf, bei der bevorstehenden engeren Wahl gegen Minckwitz zu stimmen. Von zwei Uebeln rät die Klugheit, das kleinere zu wählen."

Dies meine Worte; direkt für Lippe in die Schranken treten, wie man mich von Schneeberg aus gebeten hat, kann und werde ich nicht. Lippe ist ein sächsischer Partikularist, und reaktionär; Minckwitz stimmt in vielen Punkten mit uns überein, und unter gewöhnlichen Verhältnissen würde ich ihn unbedingt vorziehen, überhaupt nicht als Gegenkandidat gegen ihn aufgetreten sein. Aber wie die Dinge jetzt liegen, handelt es sich einfach um Bekämpfung der preussischen Annexionspolitik. Minckwitz ist aus Hass (und berechtigtem, aber unlogischem Hass gegen die sächsische Regierung) bis zu einem gewissen Grade mit dieser Annexionspolitik einverstanden, und erkennt z. B., wie aus der oben zitierten Erklärung erhellt, den Norddeutschen

Sonderbund an: von ihm ist also keine Opposition gegen Bismarck, im Gegenteil indirekte Unterstützung desselben zu erwarten. Betrachten Sie nur die Freunde des Mannes — es sind die Gothaner: Biedermann*) und Joseph**), die ächten Bismärckler. Graf Lippe ist allerdings kein Mann, der Bismarck gefährlich werden wird, allein er wird ihn wenigstens nicht unterstützen.

Die Lage ist so: Der Hauptfeind, gegen den wir kämpfen, ist das Bismarcksche Preussen. Gegen den nämlichen Feind, obgleich aus verschiedenen Motiven, kämpfen die sächsichen Partikularisten, die ebenfalls unsere Feinde sind. Wir sind geschlagen worden. Von dreien nun eins: Entweder sehen wir dem neuen Kampf als unbeteiligte Zuschauer zu, oder wir helfen dem stärkren Feind gegen den schwächren oder umgekehrt, dem schwächren gegen den stärkren. Das erste wäre unklug, das zweite Wahnsinn, das dritte ist das einzig richtige. Helfen wir Bismarck gegen die Partikularisten, so werden wir annektiert und mit Skorpionen gepeitscht statt mit Ruten; helfen wir den Partikularisten gegen Bismarck, so schmälern wir die Macht des Hauptfeindes, d. i. Bismarck. Gelingt es uns, ihn und das preussische Junkertum zu überwinden, so wollen wir mit den sächsischen Partikularisten bald fertig sein, während wir durch Unterstützung Bismarcks gegen die sächsischen Partikularisten die Torheit der Frösche in der Fabel begehen würden, die statt des Königs Klotz mit Gewalt den „starken" König Storch haben woliten.

Die Demokratie hat dies überall begriffen, und wo sie ihre eigenen Kandidaten nicht durchbringen konnte, für die Partikularisten gegen die sogenannten Nationalliberalen („national", weil für die Zerreissung Deutschlands, „liberal", weil für die Bismarcksche Säbelherrschaft) gestimmt — so in Hannover, Schleswig-Holstein und gestern hier in Leipzig.

Unter den hiesigen Demokraten waren allerdings einige für Enthaltung, jedoch nur wenige; **keiner** gab dem sogenannten liberal-nationalen Stephani seine Stimme!

---

*) Der führende Nationalliberale Sachsens, ein Leipziger Professor.

**) Der Dresdner ebenfalls nationalliberale Stadtverordnetenvorsteher Dr. Joseph.

Haben Sie noch Skrupel, so schreiben Sie mir sofort, wie ich überhaupt recht oft Briefe von Ihnen erwarte; und vergessen Sie nicht die Gründung von Arbeitervereinen. Statuten verlangen Sie von Mehlhorn, dem ich eine Anzahl Exemplare zugeschickt habe. Leben Sie wohl. Herzliche Grüsse an Sie, die Herren Lederer und Prussel und die übrigen Freunde.

Der Ihre
W. Liebknecht.

In der Stichwahl wurde bekanntlich Minckwitz mit grosser Mehrheit gewählt, wie denn überhaupt der sächsische reaktionäre Partikularismus als politische Erscheinung mit den Wahlen von 1867 verschwunden ist. Liebknecht hat aber einstweilen, wie ja auch aus der berühmten 1869er Rede bekannt ist, an seinem Standpunkte festgehalten. Am 31. August 1867, also an jenem Sonnabend, an dem zum ersten Male nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes der ordentliche Norddeutsche Reichstag gewählt wurde, hat er nach Lössnitz folgendes Schreiben gerichtet:

Werter Freund!

Ich hoffe, dass meine Briefe Sie noch rechtzeitig erreichen und an Ausführung eines voreiligen Entschlusses gehindert haben.

Es sind jetzt drei Fälle möglich:

Entweder wir haben gesiegt.

Oder wir sind durchgefallen.

Oder wir kommen auf die engere Wahl.

In den beiden ersteren Fällen haben wir absolut nichts zu tun; im ersten selbstverständlich, im zweiten, weil uns alle anderen Kandidaten gleich fern stehen, und Minckwitz durch sein **unehrenhaftes** Benehmen eine Unterstützung unsererseits für diesmal unmöglich gemacht hat.

Im dritten Falle, den ich für den wahrscheinlichsten halte, müssen meine Freunde sofort die mangelhafte Organisation bessern und ein Zentralkomitee bilden, sei es wo es sei, und zwar muss das auf einer Bezirksversammlung geschehen, die am besten nächsten Mittwoch in Stollberg abgehalten würde. Wenn Sie nicht anderweitig beschieden werden, kommen Sie an diesem Tage nach Stollberg; ich will an alle Freunde schreiben.

Gelingt es nicht in Stollberg (wo jetzt gar kein Komitee ist! — das machte mich so wütend), ein Zentralkomitee zu gründen, so muss das Geyerer oder Lössnitzer Komitee sich als Zentralkomitee konstituieren.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Und dann keine Knickerei für Annoncen und Plakate; und eine systematische Tätigkeit! . . .

Es bleibt endlich nur übrig, zur Illustrierung der rein politisch-demokratischen Propaganda der Sächsischen Volkspartei in jener Zeit den Wahlaufruf Liebknechts vom August 1867 abzudrucken. Er lautet kurz und bündig:

Wähler des 19. Wahlkreises!

Wer für die Einigung des ganzen Deutschland auf dem Boden der Freiheit ist und demgemäss fordert, dass der Abgeordnete zum Norddeutschen Reichstag mit Entschiedenheit eintrete:

gegen die unter täuschenden Redensarten verhüllte Zerreissung und Vergewaltigung Deutschlands durch den Norddeutschen Bund;

gegen die Vergeudung der Volkskraft durch das stehende Heer;

gegen jede Erhöhung und Vermehrung der Steuern,

der gebe bei der bevorstehenden Wahl seine Stimme unserem Kandidaten

Herrn Schriftsteller Wilhelm Liebknecht aus Leipzig!

Glücklicherweise wurde die in dem zuletzt wiedergegebenen Brief als wahrscheinlich angenommene Stichwahl nicht erst notwendig, sondern Liebknecht hatte gesiegt. Auch Chemnitz wurde bei der Augustwahl 1867 für die Sozialdemokratie durch den Lassalleaner Försterling erobert. Bei der Hauptwahl hatte er zwar nur 2089 Stimmen erhalten, 500 weniger als der Lassallesche Kandidat bei der Februarwahl des gleichen Jahres. Aber da die Wahlbeteiligung allgemein sehr gering war, genügte das, um in Stichwahl mit dem fortschrittlichen Advokaten Dr. Ludwig zu kommen, der 2831 Stimmen auf sich vereinigt hatte. Der Kandidat, den man für den Favoriten gehalten hatte, der bekannte nationalliberale Vulgärökonom Faucher, hatte nur 1353 Stimmen, der sächsische Konservative Hülsse 1156 erhalten. In der Stichwahl siegte Försterling mit 5512 gegen 4983 Stimmen des Ludwig. An diesem überraschenden Stichwahlzuwachs — für jene Zeit noch längst nicht vollbewusster Klassengegensätze nicht so wunderbar, wie es etwa heute wäre — haben sich sonderbare Erklärungsversuche geknüpft, denen auch Mehring in der „Geschichte der

deutschen Sozialdemokratie“ Raum gibt: Es seien sächsische Partikularisten gewesen, die Försterling aus Hass gegen den grossdeutschen Demokraten Ludwig ihre Stimmen zugeführt hätten oder Arbeiterfeinde, die den Sozialismus durch die vermutete Blamage Försterlings bei seinem Auftreten im Reichstage blosstellen wollten. Eine kühne Kombination! Faucher war mindestens so grossdeutsch wie Ludwig, und die Lassalleaner, namentlich so weit sie mit Försterling streng an Lassalles preussenfreundlichen Ideen aus seinem letzten Lebensjahr festhielten, alles andere eher als protestlerisch. Im übrigen schliesst die einfache Tatsache, dass die Wahlbeteiligung zwischen Haupt- und Stichwahl um 3200 Stimmen stieg, und dass Ludwig fast soviel Stimmen bekam, als für alle drei bürgerlichen Kandidaten in der Hauptwahl abgegeben wurden, solche Vermutungen wohl von vornherein aus. Der Vorwurf, dass Försterling das Mandat auf irgendeinem unsauberen Wege erschlichen habe, gehört in das Kapitel der Verdächtigungen, mit denen sich damals die einzelnen Fraktionen der Arbeiterbewegung allzu reichlich überschütteten.

Neben dem alten Gegensatz der Sächsischen Volkspartei zu den Lassalleanern war seit dem Ende des Jahres 1866 die Spaltung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein selbst zwischen den Anhängern Schweitzers und denen der Gräfin Hatzfeldt eingetreten. Zum überwiegenden Teile in persönlicher Rivalität wird man den Grund der Spaltung suchen müssen. Sachlich machte die Gräfin Hatzfeldt der von Schweitzer geführten grossen Mehrheit zum Vorwurf, dass der Vorstand eine von Lassalle kurz vor seiner letzten Fahrt nach der Schweiz ausgearbeitete Resolution nicht veröffentlicht habe, die sich für die Angliederung Schleswig-Holsteins an Preussen aussprach, und dass er in Fragen der Sozialreform und des Gewerkschaftswesens ebenfalls von den Prinzipien des grossen Toten abwiche und dadurch das eherne Lohngesetz verdunkele und preisgebe. Soweit Schleswig-Holstein in Frage kam, brauchte die Demokratie gewiss für einen neuen Dutzendfürsten, irgendeinen Augustusburger, ebensowenig zu schwärmen, wie für den Hohenzollerschen Länderhunger, und nachdem einmal die Entscheidung zugunsten Preussens gefallen war, hatte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gewiss besseres zu tun,

als die Arbeiter mit einer besonderen Genugtuung über den Sieg der Bismärcker zu erfüllen. In den sozialen Fragen aber bedeutete Schweitzers Entscheidung den grossen Fortschritt der von ihm geleiteten Richtung von einer theoretisch ersonnenen Sekte zu einer praktisch wirkenden Arbeiterpartei. In der Textilindustrie war freilich zunächst von Gewerkschaften und Lohnkämpfen keine Rede. Und deshalb konnten die Orte, in denen sie überwog und die proletarische Grundnote bestimmte, einstweilen noch einige Zeit am veralteten durch den Glanz von Lassalles Persönlichkeit glorienscheinumstrahlten Standpunkt festhalten. Im übrigen wird man in den Gruppierungen, die ja nur für eine kurze Zeit Bestand hatten, im wesentlichen ein Werk des Zufalles sehen müssen. Wenn von den bekannten auf seiten der Gräfin Hatzfeld stehenden Agitatoren Paul in Schlesien und Hillmann am Rhein gar keinen, Försterling in Sachsen dagegen einen ziemlich starken Erfolg hatte, so beruhte diese vorübergehende Erscheinung auf der Tatsache, dass es diesem gelang, die bekannteren und redetüchtigen Sozialdemokraten im Chemnitzer Gebiet fast vollzählig auf seine Seite zu ziehen. Gegen die Schweitzersche Richtung sprach in Sachsen auch ihre preussenfreundliche Tendenz, ihr Sitz in Berlin, während der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Gräfin Hatzfeldt entweder in Dresden oder in Chemnitz sass und im übrigen seine politischen Tendenzen ganz hinter die Lassalleverherrlichung zurücktreten liess. Von dem Geist, der die Chemnitzer Hatzfeldtianer beseelte, haben wir im Organ der Gräfin Hatzfeldt, der „Freien Zeitung“, ein getreues Spiegelbild. Grossen Beifall fand z. B. das Lassalleanische Glaubensbekenntnis, das, von einem gewissen Freundschuh verfasst, folgenden Wortlaut hat:

Ich glaube an Ferdinand Lassalle,
Den Messias des neunzehnten Jahrhunderts;
An eine sozialpolitische Wiedergeburt
Meines im Elend schmachtenden Volkes;
An die unumstösslichen Dogmen des Arbeiterstandes,
Gelehrt durch Ferdinand Lassalle,
Der geboren aus verachtetem Namen,
Gelebt im Herzen des Volkes,
Gelitten durch Bourgeoisie und Reaktion,

Gestorben durch meuchlerische Hand,
Auferstanden in der Brust treuer Jünger,
Aufgefahren in dem Geist des Arbeiter-Volkes,
Von dannen er kommen wird, zu richten
Alle Feinde seiner Lehre!

Dieselbe religiöse Verehrung für Lassalle atmet ein Lassalleanisches Vaterunser. Rührend liest sich die Klage des Präsidialbevollmächtigten für Chemnitz-Altendorf, Friedr. Theodor Bochmann, dass wegen Verbreitung dieser Gebete ein Verfahren wegen Gotteslästerung gegen ihn eingeleitet worden sei, und das Versprechen, dass durch solche „Prüfungen" der „Glaube" an Lassalle und seine Lehre so fest und unausrottbar werden solle, wie der Glaube der ersten Christen. (Bochmann ist übrigens später bald von diesen Verschrobenheiten abgekommen und hat in den siebziger Jahren, auch als erster sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Rabenstein, fleissig und erfolgreich für die Parteibewegung im 16. Kreise gearbeitet.) Feierliche Fahnenweihen, Umzüge und Vereidigungen gehörten bei den Hatzfeldtianern zu den ständigen Einrichtungen. Von der Geburtstagsfeier Lassalles im Jahre 1869 sind uns ein Programm und ein Bericht erhalten. Alle Lieder, die gesungen wurden, zehn an der Zahl, davon das erste mit dem Anfang „Eine feste Burg ist unser Bund, wie ihn Lassalle geschaffen", dienen der Anbetung oder Lobpreisung des Parteistifters, alle Reden feiern ihn, unzählige Hochrufe werden auf den Toten ausgebracht, und zum Schluss weiss der Bericht zu melden:

„Herr Klang nahm allen Anwesenden nach längerer Ansprache den Eid ab, treu festzuhalten an den Prinzipien Lassalles und der Organisation, die er uns gegeben, und in Glück und Unglück treu zu stehen zu unserem Präsidenten Fritz Mende. Und auch die Frauen liess er schwören, Hand in Hand mit ihren Männern zu wirken für die Sache der Arbeit, für das heilige Recht der Arbeiter."

Bei diesem Ueberschwang der Lassalleverherrlichung nahmen denn die sächsischen Arbeiter an der Preussenfreundlichkeit der Richtung weniger Anstoss als an der nicht so sehr unter dem Deckmantel der Heroenanbetung verborgenen politisch begründeten Entscheidung Schweitzers für den Nordbund. Wie orthodox die Bewegung der Hatzfeldtianer damals gerichtet war, lässt ihr Protest gegen jede

gesetzliche Sonntagsruhe erkennen, der mit dem geradezu rabulistischen Gedankengang begründet wird, nach dem ehernen Lohngesetz verdienten die Arbeiter doch in 7 Tagen nur das zum Leben Notwendigste, sie müssten also trotz des Verbotes am Sonntag und gerade wegen des Verbotes zu noch viel schlechteren Bedingungen arbeiten als zuvor! Dass diese Verschlechterung gar nicht möglich war, das eherne Lohngesetz einmal vorausgesetzt, störte die „Freie Zeitung", das in Leipzig erscheinende Organ der Hatzfeldtianer, nicht. Sie benutzte diesen Protest vielmehr zu einem wütenden Angriff gegen Schweitzer, der durch seinen Sonntagsruhe-Antrag die Arbeiter an die Reaktion verraten habe, welchen Verbrechens ihn ein gleichlautender konservativer Antrag überführe. So schiefe und für die Interessen der Fabrikarbeiter gefährliche Auslassungen gingen den Hatzfeldtianern widerspruchslos durch.

Dafür kam das religiöse und theatralische Wesen der Hatzfeldtschen Bewegung dem damals noch stärker als heute ausgeprägten besonderen Charakter der erzgebirgischen Arbeiterbevölkerung entgegen. Wenn die Gräfin Hatzfeldt selbst zu einer Fahnenweihe oder einem der grossen sommerlichen Lassallefeste nach Chemnitz kam und im „Römischen Kaiser" am Markte abstieg, dann streuten ihr wohl die Töchter der Parteigenossen Blumen auf den Weg, und ihrem Wagen, ihrer in weiss gekleideten Gestalt mit der roten Schärpe folgte zum Festplatz ein dichter Arbeiterzug, während staunend, aber meist nicht unangenehm berührt, grosse Volksmengen Spalier an den Strassenseiten bildeten. Bis endlich doch einmal den aufgeklärten Arbeitern die Widerlichkeit der Komödie einging und sie mit einem Schlage den ganzen Spuk ins Nichts zurückscheuchten!

Einstweilen freilich, in den Jahren von 1867 bis 1869, war die Hatzfeldtsche Richtung die weitaus stärkste in Chemnitz. Bebel und Liebknecht haben wiederholt in Reden und Briefen die Zahl der im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gräflicher Richtung organisierten Arbeiter für Chemnitz auf nicht mehr als 300 angegeben, während die Lassalleaner selbst von gegen 800 sprechen; die erstere Zahl steht der Wahrheit wahrscheinlich näher. Aber wenn es auch nur ein paar Hundert gewesen sind, so haben sie doch durch die Inbrunst, mit der sie ihrer Sache anhingen, ein

gutes Stück Agitationsarbeit geleistet. Insbesondere die Gewinnung der Vororte westlich von Chemnitz für den Sozialismus ist ihr Werk gewesen. Mittelpunkt der Tätigkeit wird hier Reichenbrand, wo Franz Lasch geschickt und eindringlich für die Partei wirbt. Hier können wir noch die Wege verfolgen, auf denen zuerst die Lassalleschen Ideen eindrangen. Einige Genossen von Grüna hatten persönliche Beziehungen zu Limbach und hatten schon frühzeitig Gelegenheit gehabt, dort Weiss und Försterling kennen zu lernen. Durch sie kamen die Lassalleschen Schriften in alle diese Chemnitzer Industrievororte, und im Sommer 1867 konnte Försterling in Schönau und in Reichenbrand zum erstenmal sprechen, nachdem freilich von den Behörden die Genehmigung zu einer Arbeiterversammlung erst hatte erkämpft werden müssen. Im Anschluss an seine Wahlreden bilden sich dann dort überall Filialen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, in Schönau unter dem Vorsitz von Schletter, in Grüna unter dem von Frenzel, in Reichenbrand unter Franz Lasch. Von dort sind uns auch die Namen der ersten Mitglieder erhalten; es sind durchweg Strumpfwirker — Puschmann, August Spindler, August John (Vater) und Anton Berthold — dazu die beiden Schneider Lehmann und Werner. In Lehmanns Wohnung war die erste Zusammenkunft; die erste Versammlung der Reichenbrander Lassalleaner jedoch in der „Schillereiche", dem Lokal, das seitdem in 45 Jahren, guten und schweren Tagen, der Partei stets zur Verfügung stand und in dem noch heute die Ortsgruppe Reichenbrand des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 16. sächsischen Reichstagswahlkreis ihren Sitz hat. Durch die Augustwahlen von 1867 hat auch sonst die Lassallesche Bewegung am Orte offenbar starke Anregung erhalten. Insbesondere die Reden von Faucher boten den Lassalleanern die erwünschte Gelegenheit, ihre theoretische Ueberlegenheit über die bürgerliche Oekonomie leuchten zu lassen. Als Faucher z. B. in einer Versammlung im „Gasthof Reichenbrand" die Ideale entwickelte, die Eugen Richter später zu dem lieblichen Bildnis der Sparagnes begeistert haben, antworteten ihm Schüffner aus Limbach und Lasch aus Reichenbrand mit einer wahrheitsgemässen Schilderung der Zustände, die damals in der Hausindustrie herrschten und an Grauenhaftigkeit der Not kaum überboten

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

werden konnten, und wiesen ihm nach, dass die Chemnitzer Handschuh- und Strumpfwirker nicht einmal bei Wasser und Brot in ungeheizter Stube sparen könnten, worauf dann freilich den gelehrten liberalen Herren die guten Ratschläge im Halse stecken blieben. Die Lassalleaner jener Zeit hatten auch das Verdienst, eine aussergewöhnlich grosse Zahl von Arbeitern zu Rednern auszubilden, wenn auch viele davon über eine freie Wiedergabe der Lassalleschen Reden nicht hinausgekommen sein mochten. Insbesondere Bruno Wendler, der älteste Sohn des ersten Lassalleschen Präsidialbevollmächtigten in Chemnitz, Franz Lasch in Reichenbrand, Wilh. Ufert in Schönau, Milzheimer in Chemnitz, sämtlich Textilarbeiter, der Schneider Willkomm, der Maschinenbauer Grosser, der Gastwirt Nötzold und der Vizepräsident des Hatzfeldtschen Vereins, der Schmied Heinrich Nendel werden in diesen Jahren häufig als Redner genannt. Auch die schon früher erwähnten Metallarbeiter Lampe und Stöhr stehen noch im Vordertreffen. Mit starker Leidenschaft stürzte sich vor allem in den Kampf der Buchdrucker Bernhard Uhle, der damals seinen Militärdienst in Zwickau ableistete, aber Sonntags im Zivilrock Lassallesche Propaganda trieb, und so scharf er mit den Volksparteilern zusammenstiess, und so viel Unrecht man sich gegenseitig tat, doch niemals verraten wurde. Dafür stand die demokratische Arbeiterehre!

Gegenüber dieser für jene Zeit gewiss ansehnlichen Zahl von Rednern stand für die Sächsische Volkspartei — niemand. Sie war ganz auf die Redner angewiesen, die von Leipzig oder aus den Bebel-Liebknechtschen Wahlkreisen herüberkamen, insbesondere auf Hermann Albert-Glauchau, Uhlig-Glauchau (später Gera) und Karl Demmler-Geyer. Dass diese einen grösseren Erfolg nicht erzielten, wird man ihnen um so weniger zur Last legen können, als sich vorher schon Bebel und Liebknecht vergeblich darum bemüht hatten. Wie Bebel angibt, hat er schon 1864, als er zum erstenmal in Chemnitz sprach, einen starken rednerischen Erfolg erzielt, ohne indessen an den Machtverhältnissen der verschiedenen Richtungen irgendetwas ändern zu können. Umgekehrt machten die Hatzfeldtianer lebhafte Vorstösse nach dem 17. und 19. Kreis bis herauf nach Geyer selbst, und im Liebknechtschen Kreis nicht

durchweg ohne Erfolg. Die Schweitzersche Richtung war wohl noch schwächer vertreten als die Volkspartei. Nur Schniebs und Stiegler sind schon damals als ihre Anhänger bekannt.

Die Beziehungen dieser drei Richtungen zueinander waren so feindselig wie nur irgend möglich. Ueberfälle der Versammlungen einer anderen Richtung waren an der Tagesordnung, wüste Lärmszenen alltäglich. Besonders über die Unduldsamkeit der Hatzfeldtianer wird laute Klage erhoben; man wird nicht anzunehmen brauchen, dass sie besonders gewalttätig oder leidenschaftlich waren — ihre Ueberzahl machte sie nur für die anderen Richtungen gefährlicher, als diese ihnen werden konnten.

Als einmal, vom Schweitzerschen Arbeiterverein entsandt, Schumann-Berlin zugunsten der Schweitzerschen Gewerkschaften in Chemnitz reden will und unverrichteter Sache wieder abziehen muss, versichert er nachträglich, dass die Anhänger der Gräfin Hatzfeldt „ihre Bruderliebe sogar mit blinkenden Messern, Tisch- und Stuhlbeinen betätigt“ hätten. Besonderes Aufsehen erregte ein Zusammenstoss zwischen den Hatzfeldtianern und den Mitgliedern der Sächsischen Volkspartei in Hohenstein-Ernstthal am 6. und 7. März 1869. Die Volksparteiler wollten dort eine Landesversammlung abhalten, und die Hatzfeldtianer glaubten aus irgendwelchen Gründen — besonders auch, weil ihres Leipziger Führers Jul. Röthing Name unbefugt unter der Einladung stand — ein Recht darauf zu haben, der Versammlung beizuwohnen. Ein Irrtum darüber war bei den Einladungen und Herausforderungen, die die Zeitungen und Redner der einen Richtung fortwährend an jede andere Gruppe richteten, sehr wohl möglich; auch hielt man an der Regel fest, dass, wenn eine öffentliche Volksversammlung einberufen war, jedermann das Recht des Erscheinens hatte und Bureauwahl stattfinden musste. Die Hatzfeldtianischen Chemnitzer Arbeiter stürzten sich schwarz, wie sie aus der Fabrik kamen, in die Eisenbahn und fuhren nach Hohenstein, um dort den Saal der „Zeche“ zu erstürmen. Die Volksparteiler verteidigten die Treppe, die zum Saale heraufführte, und wiesen in einem langdauernden Gefecht die feindlichen Sturmkolonnen immer wieder zurück, bis endlich Polizei und Feuerwehr alarmiert auf dem Platze erschien und die

erregten feindlichen Brüder mit der Bronsartschen Feuerspritze auseinander brachten. Bei dem Kampfe war Vahlteich ein Stockdegen entwunden worden, den irgendein Genosse mitgebracht und Vahlteich zu seinem Schutze gezogen hatte. Vahlteich wurde daraufhin unter der Beschuldigung des Landfriedensbruches verhaftet, aber nach einigen Tagen wieder freigelassen. Der Stockdegen oder wenigstens seine Reststücke blieben aber in den Händen der Hatzfeldtianer und dienten noch in mancher Versammlung als Trophäe und als Beweisstück für die Roheiten der Volksparteiler.

Doch damit war der Höhepunkt des Skandals noch nicht erreicht. Noch wüstere Szenen mussten die Chemnitzer Arbeiter durchmachen, als im Juni 1869 Mende und Schweitzer die beiden bis dahin getrennten Richtungen der Lassalleaner wieder zu vereinigen und zugleich mit diesem Staatsstreich sich die unumschränkte Präsidialdiktatur im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wieder zu verschaffen suchten. Zweifellos war das von seiten Mendes ein Verzweiflungsstreich, da die Hatzfeldtische Gründung, nachdem die alternde Freundin Lassalles sich von ihr zurückgezogen hatte, vor dem politischen, finanziellen und moralischen Bankrott stand. Ihr Unglück war auch gewesen, dass, während die anderen Organisationen, insbesondere aber die Volkspartei, stets mit der grössten Geldnot kämpften, die offene Hand und die grosse Kasse der Gräfin Hatzfeldt ihnen reiche Mittel eröffnete, die manche unwürdige Elemente anzogen. Zu diesen scheint vor allem auch der erwähnte Schriftsteller J. Klang gehört zu haben, von dem die Gräfin später in Antwort auf seine Angriffe Bettelbriefe veröffentlichte, die nicht mehr allzu weit vom Erpresserischen entfernt waren. Auch der Präsident des Hatzfeldtschen Vereins Fritz Mende war mindestens eine untergeordnete Persönlichkeit, deren Fähigkeiten mit dem Anspruch auf unumschränkte Herrschaft im Verein im schroffen Widerspruch standen; seine vollständige Abhängigkeit von der Gräfin musste auf die Dauer den Mitgliedern unerträglich werden. Noch am 3. April 1869 war Mende im Freiberger Wahlkreis nach einem ausserordentlich heftigen Wahlkampf, bei dem auch Vahlteich gegen ihn kandidierte, mit einer Mehrheit von über 1100 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden, und der Sieg

war im wesentlichen der Begeisterung zu danken, mit der seine Chemnitzer Anhänger dorthin in den Wahlkampf gezogen waren. Dutzende von ihnen waren zur Flugblattverbreitung und zur Agitation hinübergewandert und hatten den Kampf zu gutem Ende führen helfen. Es war eine verdiente Anerkennung für ihre Arbeit, dass Mende, der nun nach Berlin in den Norddeutschen Reichstag fuhr, das Präsidium an Nendel und das Sekretariat an Schultheiss nach Chemnitz gab, der in der Gartenstrasse das Hauptbureau der Hatzfeldtianer eröffnete. Mendes Verhaftung in München-Gladbach am Schlusse einer stürmisch verlaufenen Versammlung benutzte Schweitzer geschickt, um im Reichstag für seine Freilassung einzutreten und sich dadurch ihm zu nähern. Mende aber griff mit beiden Händen nach dem Rettungsball der Wiedervereinigung, weil inzwischen die Chemnitzer Mitglieder Einblick in das innere Getriebe des Vereins gewonnen hatten und offenbar gründlich ernüchtert worden waren. Die plötzliche Auflösung des Vereins und die Neubegründung einer gemeinsamen Organisation mit Schweitzer auf Grund des alten Lassalleschen Statuts rief daher die lebhafteste Opposition wach. Der Aufforderung, in Chemnitz zu erscheinen und sich zu rechtfertigen, leistete Mende keine Folge, und so vollzog sich denn die Loslösung der Chemnitzer Arbeiter vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein binnen wenigen Tagen in einem einzigen grossen Sturm des Unwillens. Hatten schon bei der Urabstimmung über die Auflösung des Haltzfeldtschen Vereins Reichenbrand und Ursprung (ein Bergarbeiterdorf im Liebknechtschen Kreis) mit Nein gestimmt, so schloss sich jetzt binnen wenigen Tagen Chemnitz mit seiner ganzen Umgebung der Protestbewegung gegen den unvermittelten Uebergang in das Lager eines so heftig bekämpften Gegners an. Aus einem Aufruf der Chemnitzer Lassalleaner vom 22. Juni 1869 gibt das „Chemnitzer Tageblatt“ folgenden Auszug:

„Das diktatorische Treiben des Herrn Mende und besonders seine unterwürfige Stellung unter die Gräfin Hatzfeldt führte in der letzten Zeit dazu, dass ein Gericht über ihn und seine Handlungsweise gehalten werden sollte. Es waren hinreichend alle Beweise für die Willkürherrschaft sowie das Oberkommando der Gräfin vorhanden, und Herr Mende wurde durch Beschluss vom 12. Juni d. J., gefasst von den Chemnitzer Mitgliedern des Lassalle-

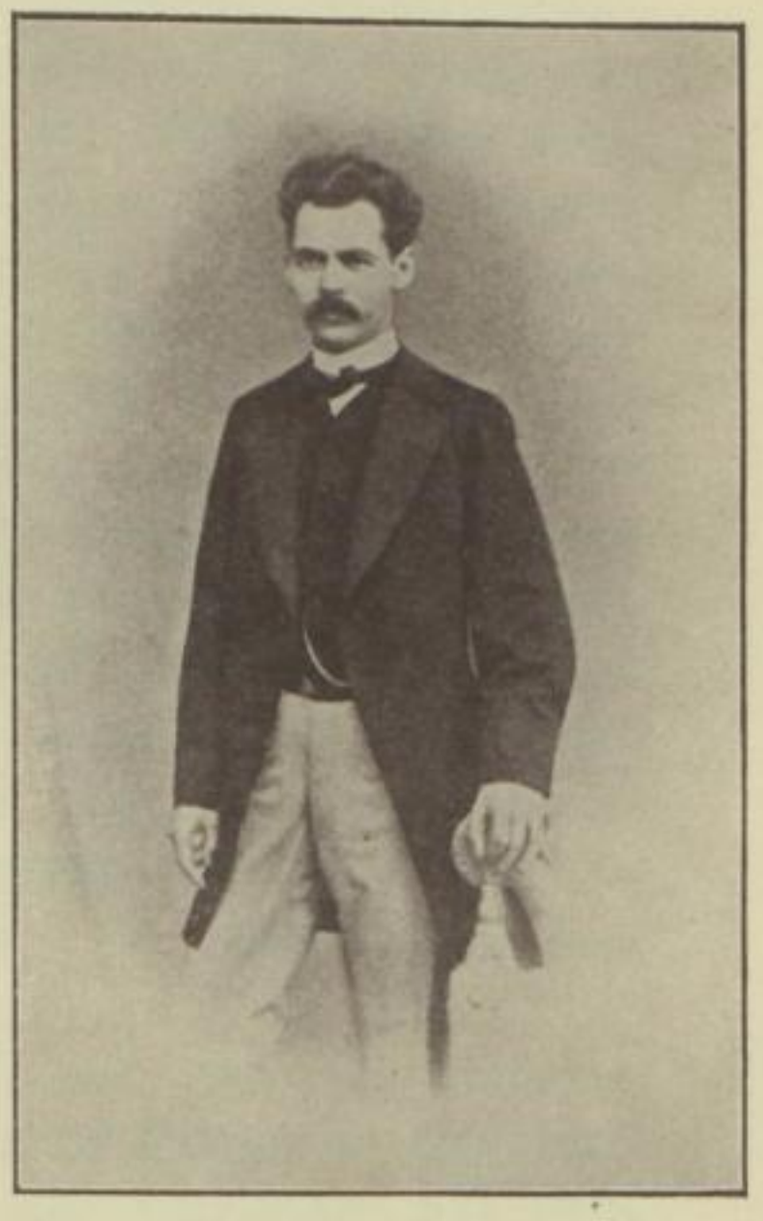
schen Vereins, verstärkt durch 50 Vertreter auswärtiger Mitgliedschaften, aufgefordert, über dieses Treiben sich in der Versammlung in Chemnitz zu verantworten. Herr Mende sah nun ein, dass er ein verlorener Mann sei, wenn er nicht anders manövériere — er sah ein, dass es auf alle Fälle mit dem „Präsidentenspielen“ sein Ende habe, und dass der Reichstagsabgeordnete, der, beiläufig gesagt, mit 1800 Talern erkauft werden musste, ebenfalls in die Brüche gehe —, darum ein Sprung in die Tiefe, darum seine Vereinigung mit Schweitzer. Wir haben nichts dagegen, wenn Mende sich mit Schweitzer vereinigt, denn „Pack schlägt sich und Pack verträgt sich“; aber deswegen erheben wir unsere Stimmen, dass die Arbeiter nicht noch länger von solch erbärmlichen, charakterlosen Menschen an der Nase herumgeführt werden und bringen daher diese oben angeführten Tatsachen hiermit zur Veröffentlichung.“

Die Chemnitzer Arbeiterschaft machte also in ihrer übergrossen Mehrzahl die Verschmelzung nicht mit, sondern gründete sich einen neuen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dessen Statuten nun — und das ist wichtig — unter dem 7. Dezember 1869 im „Volksstaat“ veröffentlicht werden. Wenn auch formell die Lassallesche Organisation in Chemnitz noch aufrecht erhalten wird, so schliesst sie sich doch tatsächlich der neuen sozialdemokratischen Arbeiterpartei an. Ueber deren Entstehung braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Es ist bekannt, dass im „Demokratischen Wochenblatt“ vom 17. Juli 1869 der Aufruf an die „deutschen Sozialdemokraten“ erschien, in dem zum 7. bis 9. August ein „Allgemeiner deutscher sozialdemokratischer Arbeiterkongress“ nach Eisenach einberufen wurde. Unter den Einberufern stehen an erster Stelle die deutschen Arbeitervereine, deren Verband Anfang September 1868 auf dem Nürnberger Vereinstag das Programm der Internationale angenommen hatte. Die nicht unbeträchtliche Minderheit war daraufhin ausgeschieden, und an der Spitze derer, die den Uebergang zu einer ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiterpolitik zu verhindern suchten, hatte der durch den Redakteur A. Stark von den „Chemnitzer Nachrichten“ vertretene Chemnitzer Arbeiterverein gestanden, der nach Ausweis des Protokolls damals 164 Mitglieder zählte. Bebel scheint das von Stark und seinem Chemnitzer Verein als eine schwere Treulosigkeit empfunden zu haben. Wenigstens findet sich in der „Chemnitzer Freien Presse“ von 1872 ein Brief Bebels an Most, in dem er Stark mit grosser Schärfe angreift, und

Friedrich Julius Wendler

Emil Förſterling

Bruno Wendler



Fritz Mende

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

einige Tage darauf noch einmal eine Erwiderung auf Starks Leugnen, in der er ausdrücklich feststellt, dass Stark als Vertreter des Chemnitzer Arbeitervereins noch auf dem Geraer Vereinstage von 1867 sich ihm als Demokrat und Sozialist bekannt habe, der nichts sehnlicher wünsche, als dass die Arbeitervereine ebenso scharf wie Lassalle den Klassengegensatz betonten. Wenn er nachher sich zum „Todfeind des Sozialismus“ gemausert habe, so schreibe er offenbar gegen seine bessere wissenschaftliche Ueberzeugung. Habe er sich doch sogar gerühmt, namentlich vom französischen und deutschen wissenschaftlichen Sozialismus mehr zu verstehen als Bebel selbst. Um so mehr sei es Sünde und Schande, wenn er jetzt in seinem Blatte den reinsten Unsinn über den Sozialismus produziere, bloss weil er seit 1867 in finanzielle Abhängigkeit von der Bourgeoisie geraten sei.

Wahrscheinlich hat Stark, der in Chemnitz als „der lange August“ allgemein bekannt war, schon vorher stets eine zweideutige Rolle gespielt und sich Bebel gegenüber anders ausgegeben, als er in Chemnitz wirkte. Dem Chemnitzer Arbeiterverein ging es jedenfalls wie allen denen, die sich von der grossen Klassenbewegung des Proletariats absplitterten, sie versandeten in Unbedeutendheit und siechten langsam dem Tode entgegen. Die „Chemnitzer Nachrichten“ gingen mit dem nunmehr nationalliberalen Arbeiterverein den Krebsgang und verschwanden mit Ende 1877 von der Bildfläche. Stark scheint nachher mit einem Buchverlagunternehmen erneut gescheitert und unbeachtet gestorben zu sein.

Hatte sich so der Chemnitzer Arbeiterverein von der Eisenacher Tagung ausgeschlossen, so hatten dafür die ehemaligen Hatzfeldtianer die Einladung nach Eisenach mit unterzeichnet und taten nun der ersten sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands so treue Dienste, wie sie vorher mit Hingabe und Aufopferung einer schlechteren Sache gedient hatten. Vorsitzender der neugegründeten Parteiorganisation in Chemnitz, die formell Lassallesches, tatsächlich Eisenacher Gepräge trug, wurde Franz Lasch in Reichenbrand, Vizepräsident Wilhelm Ufert, Chemnitzer Bevollmächtigter Bruno Wendler.

Es war die übergrosse Mehrzahl der Chemnitzer Lassalleaner, die sich an die Eisenacher Partei so unmittelbar bei ihrer Gründung anschloss. 629 Mitglieder aus dem

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

16. Reichstagswahlkreis hatte Franz Lasch auf dem Kongress vertreten; dazu kamen noch 15 Mitglieder der von Motteler in Crimmitschau kurz zuvor gegründeten internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, die W. Schenk nach Eisenach entsandt hatten. Aber von den alten Hatzfeldtianern zog es doch ein wenn auch kleiner Teil vor, die Vereinigung mit Schweitzer mitzumachen, und die Auseinandersetzung mit diesen erfüllte die Jahre 1869 und 1870 noch einmal mit dem heftigsten Streit. Einen Hauptschlag führten die Eisenacher am 21. August, als der Delegierte der Lassalleaner Zielowsky im „Tivoli“ von ihrem Eisenacher Kongress Bericht erstatten wollte. Die Eisenacher bemächtigten sich des Bureaus und setzten nach einer stürmischen Debatte durch, dass die Versammlung mit grosser Mehrheit folgenden von dem Schneider Fr. Fischer gestellten Antrag annahm:

„Die Chemnitzer Arbeiter sagen sich von Herrn Dr. von Schweitzer, Mende und der Gräfin von Hatzfeldt los und übergeben diese Personen dem Arbeiterstande zur gebührenden Verachtung.“

Um ihren Sieg auszunutzen, holten dann die Eisenacher am 18. September Bebel nach Chemnitz, der im Apollosaal, einer von der 1867er Chemnitzer Industrie-Ausstellung erhalten gebliebenen Halle, die man nach dem alten Schützenplatz versetzt hatte und als Tanzsaal und Varieteetheater oder auch Versammlungslokal benutzte, vor mehr als 3000 Arbeitern sprach. Der Einberufer war Nötzold, Vorsitzender wurde Grosser gegen den Schweitzerianer Püschmann. Zu Beginn der Versammlung machten die Lassalleaner einen kleinen Obstruktionsversuch; sie beriefen sich darauf, dass Bebel und Liebknecht vor mehr als Jahresfrist, als sie die Aufforderung Röthings zu einer Debatte in Chemnitz abgelehnt hatten, von einer Arbeiterversammlung für unwürdig erklärt worden waren, ferner vor Arbeitern zu erscheinen, doch entschied die Versammlung natürlich mit riesiger Mehrheit, Bebel zu hören. Im Anschluss an seine politischen Darlegungen sprach Motteler über die Gewerkschaften: „Die Arbeiterschaft muss den Streifen Boden, den man ihr noch unter den Füssen gelassen, benutzen, um sich zu organisieren und den Kampf gegen die organisierte Kapitalmacht aufzunehmen; die Gewerksgenossenschaften

sollen das Schwert sein, das der Arbeiter mit kräftiger Hand führen muss, um sich sein Recht zu erobern.“ Dann berichtete Franz Lasch über den Eisenacher Kongress, worauf in der Debatte Max Stöhr, der neue Hauptwortführer der Schweitzerianer, und Vogel-Limbach die Eisenacher scharf angriffen. Als Bebel gegen 12 Uhr das Schlusswort erhielt, antwortete er auf eine Anfrage von Schniebs, der das bekannte Märchen von den 600 Talern aufgewärmt hatte, die Bebel jährlich von dem Hietzinger Hof, den entthronten Welfen, erhalte, mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zur Republik und mit einer derben Charakterisierung Tölkes, auf den damals die Eisenacher besonders schlecht zu sprechen waren. Darüber entstand ein heftiger Zusammenstoss, weil die Mehrheit die Unterbrechung Bebels durch die Schweitzerianer nicht dulden wollte, und die Versammlung wurde polizeilich geschlossen. Ihr Verlauf bewies die ungeheure Ueberlegenheit, die nunmehr bereits die Eisenacher in Chemnitz hatten, und nicht mit Unrecht konnte der Bericht über sie im „Demokratischen Wochenblatt“ mit den stolzen Worten schliessen: „Chemnitz, das sächsische Manchester, ist unser. Wie die Hatzfeldt-Mende ihren Einfluss vollständig verloren, so wird es auch Schweitzer gehen. Sein Anhang in der Stadt zählt ganze 14 Köpfe. Ein paar kleine Dorfschaften in der Nähe, die ihm noch anhängen, werden wir nächstens erobern.“

Aber noch während der ganzen ersten Hälfte des Jahres 1870 leisteten die Lassalleaner erbitterten Widerstand. Am 28. August war Mende, der eine Woche zuvor in der „Tivoli“-Versammlung nicht erschienen war, sondern Albert und Demmler das Feld überlassen hatte, zu einer Versammlung im „Bellevue“ erschienen. Seine Anwesenheit steigerte die Erregung auf beiden Seiten zur Siedehitze, und es gab einen solchen Lärm, einen solchen Hagel von Bieruntersätzen und Biergläsern, dass der Polizeiinspektor Rodig die Versammlung alsbald auflöste und Militär zu requirieren drohte, wenn sich die Kampfhähne nicht sofort trennten. Mende war trotz wiederholter Versuche gar nicht zu Wort gekommen. Ebenso wild ging es später in einer Versammlung in „Stadt London“ zu, in der Ufert für die Eisenacher referierte und die Lassalleaner ihre gesamten Kräfte aufgeboten hatten, um an ihm Rache für eine Aeusserung

über Stiegler zu nehmen, die unfreundlich genug ungefähr gelautet hatte: „Der Handel mit Band und Zwirn sei für Stiegler Nebensache, und der Handel mit politischen Lügen die Hauptsache.“ Dafür wurde Ufert mit wütendem Pfeifen empfangen, und statt der Debatte kam es zu einer erbitterten Schlacht mit Stuhlbeinen und Gläsern, die zur Folge hatte, dass für einige Wochen die Erlangung von Versammlungssälen mit Schwierigkeiten verbunden war.

Schon vorher war in „Stadt London“ (jetzt „Hohenzollern“) das Schicksal Försterlings erfüllt worden. Auch er hatte noch einmal den Versuch gemacht, die Stimmung in Chemnitz zu seinen Gunsten zu wenden und den verlorenen Boden wieder zu gewinnen. Mit stürmischen Pfuirufen empfangen, stieg er auf das Podium. Aber als er dort seine früheren besten Freunde und treuesten Anhänger begrüssen wollte und alle sich von ihm abwandten, ohne seinen Gruss zu erwidern, verliess er die Versammlung, ohne das Wort ergriffen zu haben. Am 5. Januar 1870 legte Försterling das Reichstagsmandat für Chemnitz nieder. Er hat sich dann von der Bewegung vollkommen zurückgezogen und ist im Jahre 1872 in Dresden vereinsamt gestorben.

Trotz der schliesslichen Trennung, die unvermeidlich geworden war, haben die Chemnitzer Arbeiter das Andenken Försterlings stets in Ehren gehalten, und das mit gutem Grund. Friedrich Wilhelm Emil Försterling war am 3. September 1827 in Dresden geboren, von Beruf Kupferschmied, bereits 1848/49 Vorsitzender des Arbeitervereins in Clausthal und Zellerfeld. Beim Bau des Schweriner Schlosses wird er mit dem bekannten späteren Genossen Hofbaurat Demmler bekannt, der ihm die Mittel gibt, 1858 in Dresden eine eigene Werkstätte zu errichten. Dort beteiligt er sich eifrig am Arbeiterbildungsverein, dessen Vorsitzender er seit 1861 wird und dessen Mitgliederzahl er über 500 steigert. 1863 von Vahlteich für die Lassalleanische Bewegung gewonnen, wird er bald Vorstandsmitglied im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, schliesst sich bei der Spaltung den Hatzfeldtianern an, deren erster Präsident er wird, wird 1867 von Chemnitz in den Norddeutschen Reichstag gewählt, um 1870 auf sein Mandat zu verzichten. Seine letzten Lebensjahre sind durch schwere materielle Sorgen und durch den Verlust von Frau und Kind getrübt. Noch ehe sein Leich-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

nam erkaltet ist, legt der Gerichtsvollzieher Siegel an den geringen Rest seines Besitztums an.

Schon dieser Lebensgang beweist die grosse Uneigennützigkeit und Ehrlichkeit, mit der Försterling der Sache der Arbeiter anhing, so gut er sie eben zu vertreten wusste. Wenn Mehring in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ der Auffassung Ausdruck gibt, dass Försterling nur wegen des Geldes der Gräfin Hatzfeldt sich dieser Richtung angeschlossen hätte, so widerspricht diese Vermutung dem ganzen Lebenslauf des Mannes und dem Eindruck, den alle bezeugen, die ihn persönlich gekannt haben. Möglich, dass Försterling von der Gräfin Hatzfeldt Geld bekommen und genommen hat. Von dem Augenblicke an, da er sich der sozialdemokratischen Bewegung anschloss, hat die Bourgeoisie alles mögliche versucht, ihm Brot und Wohnung, Kredit und Arbeit abzuschneiden, sodass er mehr als einmal daran gedacht hat, nach Amerika auszuwandern. Wenn Försterling sich aber für Geld hätte verkaufen wollen, so hätte er das bequemer haben können und hätte nicht im grössten Elend zu sterben brauchen. Eine Anekdote von Försterlings persönlicher Anspruchslosigkeit hat sich noch lange erhalten: in einem Brief an seine Chemnitzer Freunde und Wähler hatte Försterling scherzend darüber geschrieben, wie er ohne Diäten und eigene Mittel sich in Berlin durchschlage; in der sitzungsfreien Zeit arbeite er fleissig als Kupferschmiedgeselle bei einem ihm bekannten Meister; sein regelmässiges Abendbrot sei ein Dreierkäse, ein Stück Brot und ein Glas Bier. Daher erhielt dieser billigste Käse in Chemnitz den Namen „ein Försterling“ und wurde noch lange so bestellt oder eingekauft. Das sieht jedenfalls nicht so aus, als ob Försterling vom Gelde der Gräfin hätte schlemmen können. Das Denkmal, das die Chemnitzer Parteigenossen 1896 über Försterlings Grab errichtet haben, ist durch keinen Makel entweiht, der an dem Namen des Mannes haftet.

Die Kämpfe des Jahres 1870 mussten den Lassalleanern die Ueberzeugung beibringen, dass die kompakte Majorität der Eisenacher in Chemnitz nicht mehr zu erschüttern sei. Die Erbitterung der beiden Richtungen gegeneinander ist denn hier auch bald mehr und mehr abgeflaut. Gelegentlich drangen noch die Eisenacher in die Versammlungen der

Lassalleaner ein, um dort Rache zu nehmen, wenn wieder einmal in Berlin das kleine Häuflein der „Ehrlichen“ Prügel bekommen hatte. Zuweilen wagten sich auch die Lassalleaner noch in die Versammlungen ihrer mächtigeren Gegner, wobei allerdings Max Stöhr sich vorsichtshalber seine schwarzen Locken vorher abscheren liess. Auch hässliche Manöver kamen noch von Zeit zu Zeit vor, so waren z. B. einmal in „Stadt Köln“ (jetzt „Kaiserkrone“) die Polster zerschnitten, angeblich von den Lassalleanern, die dadurch den Eisenachern das Abhalten weiterer Versammlungen in diesem Saale unmöglich zu machen suchten. Aber im allgemeinen schliffen sich doch die Gegensätze mit der Zeit ab, und besonders, nachdem Stöhr 1872 Chemnitz verlassen hatte, machte sich nach aussen hin die Lassallesche Bewegung kaum noch bemerkbar. Stöhr, dessen glänzendes Redetalent auch Laufenberg in seiner Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung rühmt, hat später von Kiel aus besonders den Wahlkreis Pinneberg-Elmshorn bearbeitet, in dem er für den Reichstag kandidierte. Das Ausnahmegesetz trieb ihn schliesslich nach Amerika. Die Reste der Lassalleaner von Chemnitz aber hatten sich gleichsam vor dem Ansturm der Eisenacher in die Berge zurückgezogen und hielten dort noch einige feste Punkte besetzt. So im 16. Kreise vor allem Einsiedel, wo der Bevollmächtigte der Lassalleaner, A. Müller, bald als Ansässiger in den Gemeinderat gewählt wurde, 1878 Gemeindekassierer wurde und von der öffentlichen Wirksamkeit für die Partei zurücktrat. So vor allem im 20. Kreise (Zschopau), wo der sehr redegewandte Schäfer seine Anhänger fest zusammenhielt und noch 1873 einem Vorstoss Auers in diesen Obererzgebirgskreis ein vorzeitiges Ende bereitete. So in Liebknechts Wahlkreis Burkhardtsdorf und Thalheim, wo Roscher und Ernst Schletter das Erbe Lassalles verteidigten. Ueberhaupt hielten die reinen Wirkerdörfer des Erzgebirges im 19. Kreise (Thalheim, Burkhardtsdorf, Auerbach, Jahnsbach, Meinersdorf und Gornsdorf) noch ziemlich lange zum „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, während Dorfchemnitz, Brünlos und Hormersdorf schon von Anfang an Liebknecht anhingen. Im 19. Kreise bewahrten jedenfalls von den Erzgebirgsbezirken die Lassalleaner noch am besten ihre Macht, und am Himmelfahrtstage 1870 mussten z. B. Ufert und Demmler aus Hormersdorf, wohin die Lassalleaner

in starker Zahl geströmt waren, schleunigst Reissaus nehmen, wenn sie sich nicht schlagenden Argumenten aussetzen wollten. Anfang der siebziger Jahre brachte dann Julius Röthing aus Leipzig, der hier einen starken persönlichen Anhang besass, die Lassalleaner auch im 19. Kreis ins Weichen, aber noch 1875, bei der Einigung, konnten sie eine beachtliche Anzahl von Mitgliedern der neuen gemeinsamen Organisation zuführen. Nach den Generalversammlungsprotokollen der Lassalleaner ist 1872 in Berlin Chemnitz mit 12 und Burkhardtsdorf mit 18 Mitgliedern vertreten, 1873 in Frankfurt a. M. Chemnitz mit 27, Zschopau mit 30, Einsiedel mit 20, Mittweida mit 13, Glauchau mit 33, Klaffenbach mit 10, Gornau mit 15, Adorf mit 14, Burkhardtsdorf mit 30 und Krumhermersdorf mit 19 Mitgliedern. Endlich 1874 in Hannover Chemnitz, Zschopau, Burkhardtsdorf und Glauchau mit zusammen 93 Mitgliedern. Tätigkeit und Fortschritt der Arbeiterbewegung in Chemnitz hatten aber namentlich nach Mosts Zeit, also etwa von Mitte 1872 an, unter Störungen durch die Richtungsunterschiede so gut wie garnicht mehr zu leiden, und es war schon nicht unrichtig, wenn der grosse Organisator der Eisenacher Partei, Theodor York, im Sommer 1871 iiber eine von ihm abgehaltene Gewerkschaftsversammlung in „Stadt London“ an den „Volksstaat“ berichtete, dass die Einheit der Arbeiterbewegung für Chemnitz nicht erst geschaffen zu werden brauche, sondern bereits Tatsache sei. In Chemnitz gebe es keine Eisenacher und keine Lassalleaner mehr, sondern nur noch Sozialdemokraten. Seine Genugtuung darüber war um so grösser, als er selbst ein Chemnitzer Kind, der Sohn eines Schlossers aus der Zimmermannschen Werkzeugmaschinenfabrik war. Nach Ueberwindung des inneren Streites nahm denn die Chemnitzer Arbeiterbewegung auch einen glänzenden Aufschwung. Durch Sumpf und Gestrüpp hatte man sich doch endlich auf die richtige Strasse gefunden: Das Arbeiterheer stand nun am Fusse des Berges und konnte den Aufstieg zum Gipfel beginnen, auf dessen Höhe das lockende Ziel der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht winkt.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

IM NEUEN DEUTSCHEN REICH.
DIE »CHEMNITZER FREIE PRESSE«.
MOST, VAHLTEICH, WIEMER UND KEGEL.

Die erste sächsische Landeskonferenz nach dem Eisenacher Begründungskongress der sozialdemokratischen Partei fand am 17. Juli 1870 in Chemnitz in dem noch heute bestehenden Lokal zum „Sächsischen Grenadier“ in der Wiesenstrasse statt.

Zu längeren Beratungen ist es allerdings nicht gekommen, weil inzwischen der deutsch-französische Krieg in unmittelbare Nähe gerückt war, sein Verlauf aber die Partei in Situationen bringen musste, die sich im voraus nicht übersehen liessen. So beschränkte sich denn die Landeskonferenz darauf, durch folgende Resolution Stellung zur Kriegsfrage zu nehmen:

„Die Landesversammlung protestiert gegen jeden nicht im Interesse der Freiheit und Humanität geführten Krieg als einen Hohn auf die moderne Kultur. Die Landesversammlung protestiert gegen einen Krieg, der nur im dynastischen Interesse geführt wird und das Leben von Hunderttausenden, den Wohlstand von Millionen auf das Spiel setzt, um den Ehrgeiz einiger Machthaber zu befriedigen. Die Versammlung begrüsst mit Freuden die Haltung der französischen Demokratie und insbesondere der sozialistischen Arbeiter, sie erklärt sich mit deren Bestrebungen gegen den Krieg vollständig einverstanden und erwartet, dass auch die deutsche Demokratie und die deutschen Arbeiter in diesem Sinne ihre Stimme erheben.“

Diese von Liebknecht und Bebel vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann beschloss die Landesversammlung noch, so lange wie es möglich sei, Protestversammlungen gegen den Krieg abzuhalten und die Bevölkerung darüber aufzuklären, wie wenig er mit dem wahren Wohle des Volkes zu tun habe. Diese Versammlungen fanden dann im Erzgebirge auch in grosser Anzahl

statt, bis nach Sedan die Verhaftung des Braunschweiger Ausschusses und Johann Jakobys im Verein mit dem gewalttätig ausbrechenden Chauvinismus die Fortsetzung der Aufklärungsarbeit aussichtslos erscheinen liess. Die Verhaftung von Bebel, Liebknecht und Hepner im Dezember 1871 war ein weiterer schwerer Schlag für die noch ungefestigte Organisation, um so mehr, als die Wahlen zum Reichstag bevorstanden. Aber wenigstens die Gewissheit konnten die Parteiführer mit ins Gefängnis nehmen, dass die Chemnitzer Arbeiter ihnen nicht untreu werden würden. Nachdem diese beiden im Reichstag am 26. und 28. November gegen die Fortsetzung des Krieges gesprochen und mit den Lassalleanern zusammen gegen die neue Kriegsanleihe gestimmt hatten, versuchte die Bourgeoisie, die Parteitreue der Proletarier in der Siedehitze des Chauvinismus zu schmelzen und eine Misstrauenskundgebung des Volkes gegen die sozialistischen Abgeordneten zu erwirken. Demgegenüber beschlossen die Chemnitzer Arbeiter nach einem Referat von A. Otto-Walster einstimmig folgende Vertrauenskundgebung:

„Die am 7. Dezember (1870) im Saale zu „Stadt London“ versammelten Chemnitzer Arbeiter erklären sich mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Arbeitervertreter im Norddeutschen Reichstage vollkommen einverstanden und ermächtigen dieselben, im Namen der Chemnitzer Arbeiter zu sprechen und zu stimmen, da diese durch die Mandatsniederlegung Försterlings gegenwärtig ohne Vertretung sind.“

Ebenso wacker hielten sich die Genossen in Bebels und Liebknechts Wahlkreisen, wie wir aus einem uns erhaltenen Brief der Vertrauensmänner des 19. Wahlkreises wissen, mit dem sie Liebknecht in das Untersuchungsgefängnis einen Weihnachtsstollen übersandten. Die Kriegsnot brachte übrigens die Schweitzerianer und die Eisenacher zu gemeinsamem Handeln zusammen. Nachdem am 16. Juli 1870, am Vorabend der Landeskonferenz, im „Apollo“-Saale Bebel und Vahlteich noch heftige Zusammenstösse mit dem Wortführer der Schweitzerianer, dem Handelsmann Stiegler, gehabt hatten, wurde am 22. November in einer von den Schweitzerianern einberufenen Versammlung im „Tivoli“ einstimmig folgende von Bebel vorgeschlagene Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt: Eine wirkliche Einigung ist nur möglich, wenn das Volk sein volles Selbstbestimmungsrecht ausüben kann.

Der Plan der deutschen Fürsten, unter Ausschluss der Deutsch-Oesterreicher und auf Grund der norddeutschen Bundesverfassung eine Verfassung für Deutschland zustande zu bringen, ist reaktionär und verwerflich und deshalb von jedem demokratischen Abgeordneten entschieden zu bekämpfen.

Die Versammlung verlangt ein konstituierendes Parlament, ausgestattet mit unumschränkter Machtvollkommenheit zur Entwerfung und Beschlussfassung einer deutschen Reichsverfassung, welche die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes befriedigt."

Es war das wohl eine der ersten Versammlungen in Deutschland, die in vollkommener Harmonie zwischen Lassalleanern und Eisenachern verliefen.

Freilich tat der Zusammenschluss auch dringend Not, denn die Lage der Partei war äusserst schwierig geworden. Am 26. Januar 1871 trafen sich die auf freiem Fuss befindlichen Parteigenossen — auch Wilhelm Ufert, Chemnitz, war damals auf sechs Monate in Hubertusburg eingekerkert — auf Anregung von Leipzig aus im Lokale von Dotzauer in Dresden. Walster, Karl Hirsch, Schraps, Freytag, Motteler und Stolle waren die hervorragendsten Stützen des kleinen Häufleins. Aber eine so traurige Landeskonferenz war nie zuvor und ist nie später abgehalten worden, selbst unter dem Ausnahmegesetz nicht. Entmutigung und Aussichtslosigkeit des bevorstehenden Kampfes hatten den an einem dunklen Tage in der düsteren Stube versammelten Genossen die Schwungkraft genommen. Die Klage über das Fehlen der Führer, die jetzt notwendiger waren als je, wechselte mit den Mitteilungen über die Interesselosigkeit der Arbeiter und die Feindseligkeit des Bürgertums. Geldmittel waren überhaupt nicht vorhanden; wie sollte man da in die Agitation zu den Reichstagswahlen eintreten?! Das einzige, was getan werden konnte, war der Druck eines Flugblattes, den im wesentlichen der Leipziger Rechtsanwalt Otto Freytag bezahlte, und das die Genossen sich verpflichten mussten, möglichst über ihren ganzen Kreis zu verbreiten, selbstverständlich unentgeltlich.

Dabei war gerade im Erzgebirge die wirtschaftliche Not, die schon sonst nicht gering war, auf den Gipfel ge-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

stiegen. Die für die Partei agitierenden Arbeiter hatten vielfach nicht ein Stück trockenes Brot. Schon im Jahre 1869 hatte Karl Demmler aus Geyer an den „Volksstaat“ berichtet:

Was die allgemeinen Arbeitsverhältnisse dahier anlangt, so werden die Zustände immer bedenklicher. Der Winter ist da, die Arbeiten auswärts immer mehr unmöglich, und die Ratlosigkeit nimmt überhand. In bezug auf den Verdienst ein Beispiel: Ich habe in ungefähr zwei Monaten sechs Taler verdient, die Hälfte davon mit Holzspalten. Das spricht Bände.

Den Parteiführern ging es aber in jener Zeit auch nicht besser. Obwohl Liebknecht viel zu stolz war, zu klagen, blickt doch aus jedem der erwähnten Briefe, die er mit dem Genossen Gottschald in Lössnitz wechselte, die schwerste finanzielle Bedrängnis heraus. Ueber ein Dutzend Mal findet sich darin die Mahnung, nun endlich wirklich an die Schaffung eines Diätenfonds zu gehen, da er sonst seine Tätigkeit im Reichstage und im Zollparlament vollkommen einstellen müsste. Aber wie sollte selbst beim besten Willen aus dem Heimarbeiterelend auch nur der 1-Pfennig-Beitrag pro Woche herausgeholt werden können, den Liebknecht für den Diätenfonds vorschlug. Alles, was die Erzgebirgler hatten tun können, war die dringende Bitte an den Stuttgarter Parteitag von 1870 — vor dem Kriegsbeginn —, dass die Parteigenossen in ganz Deutschland durch freiwillige Beiträge helfen möchten, Diäten für die Arbeitervertreter zu schaffen; im Erzgebirge sei es schlechterdings unmöglich. Ufert, als Vertreter der 491 Genossen von Chemnitz und Umgegend, hatte diese Angabe nur aufs nachdrücklichste bestätigen können.

Weiterhin war die Agitation im Erzgebirge stets durch den Mangel an Eisenbahnverbindungen und guten Wegen aufs äusserste erschwert. Harte Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit der agitierenden Genossen stellten die stundenlangen Märsche von einem Orte zum anderen, auf die man schliesslich angewiesen war und die im Sonnenbrand wie im Winterschnee oft selbst bei der grössten Anspannung der Kräfte nicht bewältigt werden konnten. Auch dafür haben wir in den Briefen von Liebknecht ein entzückendes kleines Beispiel, das wohl aufgehoben zu werden verdient. Auf eine dringende Bitte der Lössnitzer Genossen hatte Liebknecht — es war unmittelbar vor der

Augustwahl 1867 — ihnen geantwortet: dass es ihm unmöglich sei, irgendwelche weiteren Versammlungen abzuhalten, auch wenn er sie hundertmal zugesagt hätte und seine Wahl davon abhinge. „Denken Sie“, schreibt er, „am Montag hatte ich von Stollberg nach Geyer zu Fuss zu laufen, am Dienstag gar von Geyer nach Lugau! Und dabei die furchtbare Hitze, das unregelmässige Leben, kein Schlaf wegen der ungewohnten Betten und die geistige Anstrengung! Das halte ein anderer aus! Ich danke dafür . . . Jedenfalls haben meine Freunde nicht das Recht, zu den vielen Opfern, die ich gebracht habe und bringe, auch das meiner Gesundheit zu fordern.“ Noch mehrere Wochen später schreibt Liebknecht dann, dass er von seinen sieben Wahlversammlungen ganz tot gewesen sei und mehrere Tage lang nicht habe arbeiten können. — Jetzt aber, 1871, war es ein harter Winter. Da waren viele Orte des Gebirges überhaupt unzugänglich und jede Annäherung aufs äusserste erschwert. Blieben doch damals, wenn starker Schneefall war, selbst die Briefe tagelang im Rückstand. Und nun dazu der Kriegs- und Siegestaumel, das Massenelend infolge der durch den Krieg erzeugten Arbeitslosigkeit, und die Reichstagsneuwahlen vor der Tür! Es musste wie ein reines Wunder erscheinen und belebte in der Tat die Zuversicht der Genossen ganz ausserordentlich, dass es in solcher Zeit überhaupt noch gelang, Mandate zu behaupten und Tausende von sozialistischen Stimmen zusammenzuhalten. Bei den Neuwahlen am 3. März 1871, unmittelbar nach dem Präliminarfrieden, ging freilich das Mandat von Chemnitz ebenso wie das Liebknechtsche verloren. In Chemnitz brachte es W. Bracke-Braunschweig auf 2972, der Lassalleaner Klinkhardt aus Zeitz auf 987 Stimmen — wohl deshalb so viel, weil er in Chemnitz persönlich nicht so vollkommen unbekannt war wie Bracke — während der Fortschrittler Ludwig, derselbe, der 1867 gegen Försterling unterlegen war, mit 7761 Stimmen glatt siegte. Die sozialdemokratischen Stimmen waren bedeutend gestiegen, aber doch nicht im Verhältnis zu der wesentlichen stärkeren Wahlbeteiligung. Liebknecht hatte es im 19. Kreis auf 3981 Stimmen gebracht, Bebel siegte im 17. mit 7344. Ganz überraschende Fortschritte aber wiesen der 15. und der 20. Kreis auf. Im 15. Kreis bekam der Braunschweiger Spier, der mit Bracke und dem gesamten

Parteiausschuss nach Lötzen geschleppt worden war und am Wahltage noch dort sass, 3224 und in der Stichwahl sogar über 4000 Stimmen, womit er bis auf 1900 Stimmen an den siegreichen liberalen Kandidaten herankam. Das war, wie schon die Aufstellung der „Hochverräter“ Bracke und Spier an sich, eine wuchtige Protestkundgebung des arbeitenden Volkes gegen die Brutalitäten der herrschenden Militärdiktatur. Im 20. Kreis, wo bis dahin überhaupt noch keine sozialistische Kandidatur aufgestellt gewesen war, brachten jetzt die Lassalleaner nahezu 2000 Wähler für ihren Kandidaten an die Urne. Und jede Stimme, die unter so schwierigen Verhältnissen gewonnen war, versprach für die nächste Wahl in ruhigen Zeiten das Doppelte!

Unter dem Eindruck dieser moralischen Siege wich die Depression bald von den Gemütern, und als mit dem Milliardensegen der Kriegsentschädigung eine wenn auch nur kurze Periode industrieller Hochkonjunktur eingeleitet wurde, schlossen sich alsbald die Reihen der Arbeiter zu frischer Kampfesstellung. Dabei konnten die Chemnitzer Arbeiter eine neue Waffe schwingen, die sie sich mitten in der schwersten Zeit geschmiedet hatten: am 1. Januar 1871 war ihr neues lokales Parteiorgan, die „Chemnitzer Freie Presse“, ins Leben getreten. Bernhard Becker, den Lassalle in seinem Testament zum Vorsitzenden des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ empfohlen hatte, ohne dass Becker jedoch auf diesem schwierigen Posten sich hätte behaupten können, kam im Herbst 1870, aus Paris ausgewiesen, nach Chemnitz und verwirklichte rasch den Plan der Herausgabe eines eigenen Chemnitzer Parteiorgans, mit dem sich die Chemnitzer Genossen schon seit der Einigung getragen hatten. Der Buchdruckereibesitzer C. A. Hager, ein Mann, der der Partei vollkommen fernstand, übernahm den Verlag des von vornherein täglich erscheinenden Blattes, dessen drei erste Quartseiten für den redaktionellen Text, dessen vierte für die Anzeigen bestimmt war. So ging es mit einer sehr bescheidenen Leserzahl über die Reichstagswahlen hinweg. Kurz danach erschien aber, ohne dass die Redaktion auch nur eine Ahnung davon hatte, im Inseratenteil des Blattes folgende Bekanntmachung:

„Hiermit die Anzeige, dass ich mit dieser Nummer den Druck der „Chemnitzer Freien Presse“ einstelle. Ob es dem Zeitungs-

verein gelingt, eine andere Offizin für den Druck zu gewinnen, oder ob hierdurch das Eingehen des Blattes bedingt wird, hierüber wird derselbe wahrscheinlich durch seinen Vorsteher und Herausgeber dieses Blattes Bekanntmachung im hiesigen Amtsblatte erlassen.

Achtungsvoll C. A. Hager."

Das war eine schöne Ueberraschung! Irgendwelche Geldmittel besass das Blatt natürlich nicht; die geringen Beträge, die der Zeitungsverein bei den Genossen aufgebracht hatte, waren aufgezehrt, und Hager machte sich in späteren Jahren zur Reichstagswahl regelmässig das Vergnügen, die Forderungen, die er angeblich an die „Freie Presse" noch hatte, an den Säulen zum Verkauf auszubieten. Die Unverschämtheit, von dem Arbeiterblatte noch Geld zu fordern, das er mit seinem hinterlistigen Streich ruinieren wollte, hat die Arbeiter freilich wohl nicht zugunsten der liberalen Kandidaten beeinflusst. Aus der Not half, wie so oft, Rechtsanwalt Otto Freytag in Leipzig mit einem Darlehen von 500 Talern. Davon konnte eine kleine Handpresse angeschafft und für Druckerei, Redaktion und Expedition in der Zschopauer Strasse, in unmittelbarer Nähe des Gasthofes „Stadt Plauen", ein äusserst bescheidenes Lokal gemietet werden. Expedient und ausserdem auch je nach Bedarf Redakteur, Setzer und Drucker war Burmeister-Lyser aus Braunschweig, der mit leidenschaftlichem Arbeitseifer nicht nur für das Blatt, sondern auch für die Agitation nach besten Kräften sorgte. Die „Patrioten" waren wütend über das Misslingen ihres schlauen Plänchens, auf dessen Erfolg sie bestimmt gerechnet hatten, als es ihnen gelungen war, den Verleger des Blattes zur brüsken Einstellung des Druckes zu veranlassen. Als neuen Sturmbock gegen die verhasste proletarische Mauer schoben sie nun die Justiz vor, die ihnen in den folgenden Jahren noch so oft zu gleichem Zweck dienen sollte. Es regnete Klagen und Anklagen auf das Blatt, und nach einem knapp halbjährigen Erscheinen konnte es die ersten 8 Monate Freiheitsstrafe buchen, von denen Becker 2, Lyser 6 Monate Gefängnis zu tragen hatte. Am 5. Juli 1871*) standen die Redaktionsräume des Blattes leer, beide Redakteure sassen im „Roten Turm". In die Bresche sprang

*) So nach einem Artikel der „Freien Presse" aus dem Jahre 1874. Most gibt den 3. Juni als Anfangsdatum seiner Chemnitzer Redaktionstätigkeit an.

SLUB Wir führen Wissen. STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

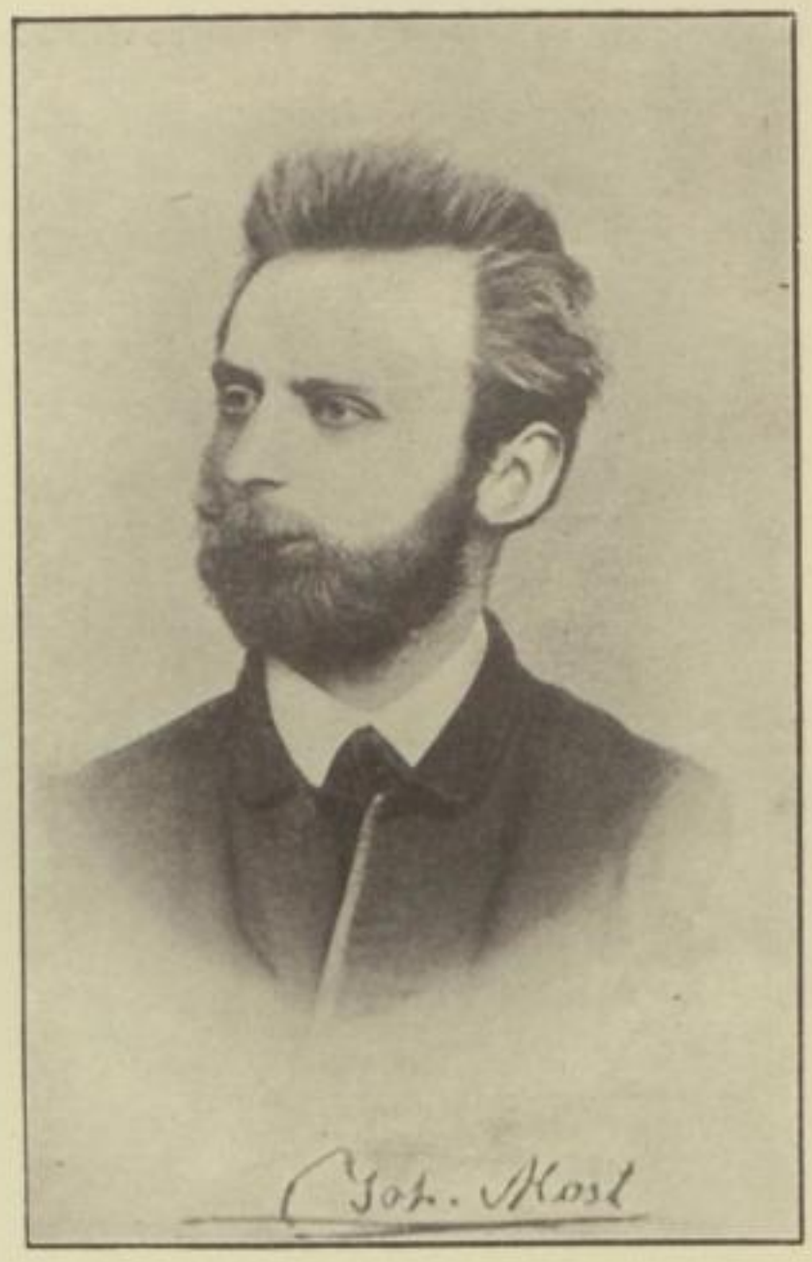
Johann Most, dessen gewaltige Arbeits- und Agitationskraft ein ganz neues, unvergleichlich stärkeres und regeres Parteileben in Chemnitz schuf.

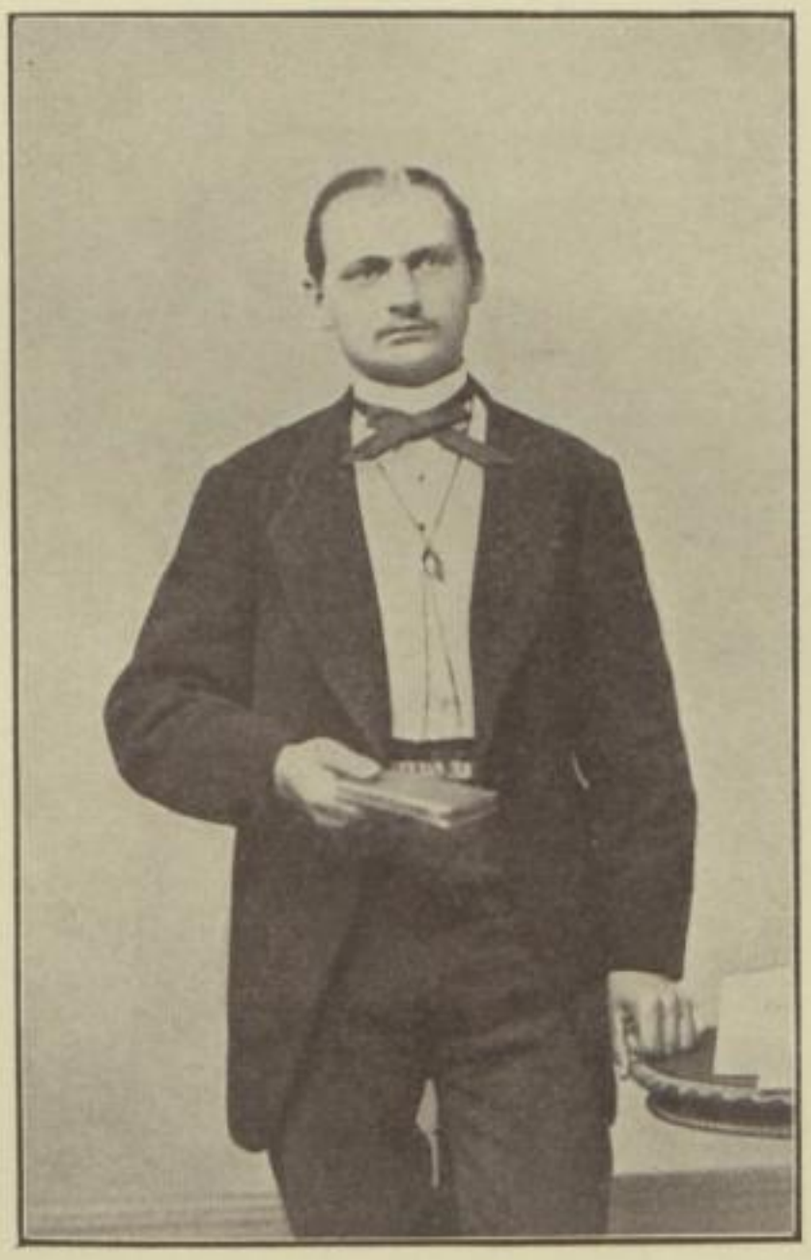
Most, der nun bis zum Sozialistengesetz mit der Chemnitzer Parteigeschichte aufs engste verbunden bleibt, war am 5. Februar 1846 zu Augsburg als Sohn eines kleinen Subalternbeamten geboren. In seinem 9. Lebensjahre hatte er infolge einer Verletzung am Unterkiefer, die bei nachlässiger Behandlung Knochenfrass nach sich zog, eine furchtbare Operation durchzumachen, bei der ihm ein erhebliches Stück des Unterkiefers samt den Zähnen herausgesägt werden musste. Die Operation gelang und die Wunde verwuchs so gut wie möglich, doch behielt Most zeitlebens eine schiefe verzerrte Mundstellung. Nach seiner Lehrzeit als Buchbinder wanderte er in den Iahren 1863 bis 1868 durch Deutschland, die Schweiz und Oberitalien, bis er endlich in Wien festen Boden fasste. Zuerst in der Schweiz war Most mit dem Sozialismus bekannt geworden, und in Wien stürzte sich der Zweiundzwanzigjährige mitten in den Strom der gerade damals dort recht lebhaften Arbeiterbewegung. Eine kleine Ansprache in einer grossen Volksversammlung unter freiem Himmel in der „Schönen Aussicht“ zu Fünfhaus bei Wien trug ihm im Sommer 1869 den ersten Monat Gefängnis ein. Ernster wurde es nach einer grossen Demonstration zugunsten der Press- und Versammlungsfreiheit, die am 13. Dezember 1869 vor dem Gebäude des Reichsrates stattgefunden hatte. Die Führer der demonstrierenden Arbeiter wurden nach langer Untersuchungshaft am 19. Juli 1870 des Hochverrates für schuldig erklärt und Oberwinder zu 6, Scheu, Most und Papst zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, während einige weitere Teilnehmer der Demonstration mit kurzen Gefängnisstrafen davon kamen. Ende September 1870 verwarf das Wiener Oberlandesgericht die Appellation unter Herabsetzung der Strafzeit für Most auf drei Jahre, aber ein liberales Ministerium, dessen Amtsdauer freilich nur ausserordentlich kurz war, öffnete im Februar 1871 93 politischen Gefangenen, darunter Most, durch eine allgemeine Amnestie die Tore des Kerkers, in dem sie übrigens verhältnismässig anständig behandelt worden waren. Most hat dann nur noch eine kurze Zeit in Wien und Oesterreich fleissig agitieren können, Ende April wurde er „für ewige Zeit“ aus

ganz Oesterreich ausgewiesen und Anfang Mai stellte er sich bei Bebel und Liebknecht in Leipzig ein und bot der deutschen Sozialdemokratie seine Dienste an.

Zu gelegener Stunde hat ihn dann Bebel nach Chemnitz geschickt. Die Chemnitzer Metallarbeiter waren damals in eine lebhafte Lohnbewegung eingetreten und hatten den Anspruch erhoben, ein wenig Teil zu haben an dem Goldregen, den die deutsche Einigung und die Kriegsentschädigung über das Land hatten niedergehen lassen. Waren sie es doch schliesslich gewesen, die ihre Knochen im Kriege zu Markte getragen hatten und auch jetzt wieder für den vielberühmten industriellen Aufschwung drangeben mussten. So machten sie sich denn ungesäumt an die gewerkschaftliche Organisation und unterbreiteten den Unternehmern ihre Forderungen. Am 23. April 1871 fand auf dem Neustädter Markt, der damals noch nicht durch die Bauten von Kirche, Theater und Museum eingeengt war, eine Riesenversammlung der Chemnitzer Arbeiterschaft zu dem Zwecke statt, an den neuen Reichstag eine Petition um Gewährung des zehnstündigen Normalarbeitstages zu schicken. Burmeister-Lyser hat im „Volksstaat“ die Zahl der Teilnehmer auf nicht weniger als 18 000 angegeben, und wenn das auch zu hoch ist, so erregte doch die Neuartigkeit von Versammlungen unter freiem Himmel, die seit 1848 in Chemnitz nicht mehr dagewesen waren, sicherlich schon die Neugierde im hohen Masse. Den Vorsitz der Riesenversammlung führte Ernst Grosser, als Referent wird ein später fortgemassregelter Arbeiter Seifert genannt. Hauptredner aber waren wohl Bernhard Becker und W. Ufert, der von Hubertusburg zurückgekehrt, vom liebenswürdigen Rate der Stadt Chemnitz mit einem Ausweisungsbefehl bedacht worden war, aber zunächst Beschwerde an die Kreishauptmannschaft eingelegt hatte. Der Forderung selbst stimmte die Versammlung einmütig zu. Als dann in der ersten Session des neuen Reichstages von einer Arbeiterschutzgesetzgebung überhaupt nicht die Rede war, wurde Ende Mai wiederum auf dem Neustädter Markt eine Protestversammlung dagegen einberufen. Der Ausweisungsbefehl gegen den „vorbestraften Ausländer“ Ufert, der natürlich ein Reichsdeutscher, wenn auch kein Sachse war, scheint inzwischen rechtskräftig geworden zu sein und es mangelte an Rednern, sodass von Leipzig aus Most

Wilhelm Ufert





Adolph Uhle

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Der zweite Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei · 12. bis 15. August 1871 in Dresden

(Das Bild wurde im sogenannten Naturtheater des Königl. Großen Gartens aufgenommen.)

Unterste Reihe (von links des Lesers nach rechts gezählt): 1. W. Ufert, Chemnitz. 2. Ferd. Richter, Geyer. 4. Hildemann, Xylograph, Leipzig. 5. Joh. Molt, Chemnitz. 6. Burkhardt, Xylograph, Leipzig. 7. O. Stölzer, Tischler, Leipzig (zurzeit Gastwirt in Dresden). 8. Gabriel, Zigarrenmacher, Leipzig. 9. J. Seifert †, Instrumentenmacher, Leipzig. 10. Otto Wallter †, Dresden. 11. W. Brake † L., Braunschweig. 12. K. Hirsch †, Crimmitschau. 13. Rübner †, Expedient, Leipzig. 14. Hempel †, Dresden. 15. H. Weiner, Dresden. 16. *Arnoldt †, Tischler, Dresden. 17. Hepner, Redakteur, Leipzig (zurzeit in Amerika). 18. Biedermann †, Messerschmied, Dresden.
Mittlere Reihe (von links nach rechts): 1. Knieling † L., Maschinenmeister, Dresden. 2. E. Müller, Maurer, Dresden (ging nach Amerika). 3. Leyendecker † L., Schneider, Mainz. 4. Th. Metzner L., Schuhmacher, Berlin. 5. Zündtner, Schneider, Dresden. 6. Kollak, Schneider, Dresden (ging nach Amerika). 7. Motteler, Kaufmann, Crimmitschau. 8. A. Bebel, Leipzig. 9. Imhof †, Erfurt. 10. Kühn, Braunschweig. 11. Ch. Hadlich †, Steindrucker, Leipzig (ging nach Amerika). 12. Josevicz, Berlin. 13. *Fritz Schäfer †, Löbtau. 15. Gäbler †, Maurer, Dresden. 17. Ernst Großer, Chemnitz. 18. Bohne, Ernstthal. 19. H. Albert, Glauchau.
Obere Reihe (von links nach rechts): 4. Linke, Kolporteur, Dresden (ging nach Amerika). 5. Eberlein †, Meerane. 6. Gleditzsch, Schuhmacher, Dresden. 7. *R. Knöfel †, Dresden. 8. *Frei, Uhrmacher, Dresden. 9. Robert Müller, Reichenbach i. V. 12. *Heide, Uhrmacher, Dresden. 13. *Feuerbach, Tischler, Dresden. 14. *Leichsenring, Schuhmacher, Dresden. 15. Wagner, Koburg. 16. *Schirmer, Schusmacher, Dresden. 17. Dittrich, cand. theol., Schandau. 18. A. Hille, Zigarrenmacher, Dresden (ging nach Amerika). 19. *Wolf, Schuhmacher, Dresden. 20. Ed. Köhler †, Weißwarenhändler, Dresden. 21. Thäder †, Schuhmacher, Dresden. 22. Thiele †, Buchdrucker, Leipzig. 23. *Fr. Heymann, Schuhmacher, Dresden. 24. P. Ullrich, Schuhmacher, Leipzig. 25. *Weißphal, Schuhmacher, Dresden. 26. Bremer † L., Magdeburg. 29. Th. York † L., Tischler, Harburg. 30. Heitbrink, Bielefeld. 31. *Grumpelt, Schuhmacher, Dresden. 33. Heinr. Scheu, Eßlingen. 34. Lottenburger †, Schuhmacher, Dresden. 35. *Ebert, Expedient, Dresden. 36. L. Eckstein, Waldheim (jetzt Zwickau). 37. *Evans, Dresden. 38. L. Schuster, Schneider, Dresden. 40. *R. Hille, Schuhmacher, Dresden. 42. *Grundig, Gelbgießer, Dresden. 43. *Ebert, Schriftsetzer, Dresden.

Ein † bedeutet: gestorben; ein * bedeutet: war kein Delegierter; ein L. bedeutet: Lassalleaner, d. h. ehemaliges Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Die Namen einiger konnten nicht festgestellt werden. Liebknecht war nur einen Tag auf dem Kongreß, er war abgehalten, da in dieser Zeit sein Sohn Karl geboren wurde. Kobitzsch, Dresden, war nicht bei der Aufnahme. Folgende Delegierte konnten auf dem Bilde nicht mehr erkannt werden: Salzmann, Neuschönefeld; Chr. Teichmann, Wilkau; Ernst Götze, Neustadt a. d. Orla; Rösing und Schilling, Leipzig; Karl Klein, Barmen; Herm. Reichel, Hannover. (Diese Angaben sind zum größten Teile dem Jahrgang 1901 des »Armen Teufels« aus der Oberlausitz entnommen.)

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

herübergeschickt wurde. Seine Rede in dieser, noch stärker als die erste besuchten Versammlung war ein ungeheurer Erfolg und ist den Teilnehmern unvergesslich geblieben. Schon seine ersten Worte weckten einen Sturm des Beifalls und der Heiterkeit: „Bürger von Chemnitz, ich muss mich Ihnen vorstellen. Ich bin der Hochverräter Most aus Wien und lebe erst seit einigen Tagen zwangsweise in diesem nagelneuen Deutschen Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte.“ Dann setzte Most den Zuhörern auseinander, dass es unsinnig sei, eine Besserung ihrer Lage von den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten zu erwarten; die Arbeiter würden den Zehnstundentag nicht eher bekommen, als bis sie ihn sich selbst erkämpft hätten.

Der Ruf von dieser begeistert aufgenommenen Rede drang bald durch ganz Sachsen, und eine Anzahl von Versammlungsverboten machte Mosts Namen in kurzer Zeit noch bekannter. So war es den Chemnitzern gerade recht, dass Most an die Spitze der „Chemnitzer Freien Presse“ gerufen wurde, zumal Bernhard Becker ohnedies das ungastliche Chemnitz mit Braunschweig zu vertauschen beabsichtigte. Most entfaltete denn auch in Chemnitz eine ganz gewaltige Tätigkeit und schürte mit dem Feuer der eigenen Begeisterung den glimmenden Funken der Unzufriedenheit der Arbeiter rasch zur hellen Flamme an. Sein stürmisches Temperament vertrieb die Gleichgültigkeit der Trägsten und die Zaghaftigkeit der Feigsten. Dass er der grosse Erwecker der breitesten Chemnitzer Arbeiterschichten war, haben ihm die Chemnitzer Genossen auch über die Fehler hinaus gedankt, die er ein Jahrzehnt später machen sollte. Auch seine Uneigennützigkeit und persönliche Anspruchslosigkeit sind ihnen stets in dankbarer Erinnerung geblieben. Für 6 Taler Wochenlohn arbeitete Most buchstäblich Tag und Nacht für die Partei, unermüdlich schrieb er für das Blatt und sorgte für seinen Absatz; fast ohne Pause hielt er Versammlungen für alle Berufe, in allen Stadtteilen und allen umliegenden Ortschaften ab. Unberührt von den früheren Fraktionsstreitigkeiten innerhalb der Arbeiterschaft, stand er doch fest auf dem Boden des Eisenacher Programms, und das unumwundene Bekenntnis zu ihm hatte schon den Wiener Richtern als Unterlage für seine Verurteilung herhalten müssen. Kräftiger als irgendein anderer Agitator jener Zeit

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

betonte er vor allem die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, und der ganze Sommer 1871 ist erfüllt von seinen angestrengtesten Bemühungen, die wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter auszubauen. So rief er Theodor York nach Chemnitz, der den Holzarbeitern in der schon erwähnten Versammlung in „Stadt London" Organisation und Zweck der Gewerksgenossenschaften und die Wichtigkeit der Erringung eines Normal-Arbeitstages auseinandersetzte. Schon am nächsten Tage sprach dann im überfüllten „Apollosaale" Bracke über das Haftpflichtgesetz und die Arbeiterversicherungskassen, ein Thema, das er einige Tage zuvor schon auf dem Dresdner Parteitag behandelt hatte, und das schon dort das lebhafteste Interesse der Chemnitzer Delegierten erweckt hatte. Beide, Wilhelm Ufert und Ernst Grosser, hatten zu dem Referat Brackes auch das Wort ergriffen und auf die vielen Unfälle in den grossen Chemnitzer Eisenwerkstätten hingewiesen, aber zugleich mit grösster Lebhaftigkeit dagegen protestiert, dass den Arbeitern von ihrem winzigen und schon an sich ganz unzureichenden Lohn noch Beiträge für eine Kasse zur Fürsorge für die Unfallverletzten abgezogen würden, zumal da die Verwaltung dieser Kassen in den Händen der Unternehmer bleiben sollte und bei den Arbeitern niemals Vertrauen erwecken konnte. Die unmittelbar an den Parteitag anschliessenden Agitationsversammlungen in Chemnitz sollten dann die Arbeiterscharen hier in diesen Ideen befestigen und zugleich ihren Zusammenschluss zum Lohnkampfe fördern; zählte die Metallarbeitergewerkschaft, die Grosser auf dem Parteitag vertrat, doch erst 311 Mitglieder! Als dann in raschem Zustrom ihre Mitgliederzahlen wuchsen, veranlasste Most die Bildung von Vertrauenskommissionen für jede einzelne der grösseren Fabriken und die Einberufung von Betriebsbesprechungen. Im Oktober unterbreiteten dann die Kommissionen den einzelnen Unternehmern die Forderung auf Einführung des 10-Stundentages und Lohnerhöhung. Most, der im September wegen seiner Rede auf dem Neustädter Markt und einiger Artikel in der „Freien Presse" in Untersuchungshaft genommen, aber freigesprochen worden war, organisierte und leitete wiederum die ganze Bewegung. Er sowohl wie die beteiligten Arbeiter scheinen sich dem Glauben hingegeben zu haben, dass die Chemnitzer Unter-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

nehmer bei dem glänzenden Geschäftsgang den Arbeitern im Frieden entgegenkommen würden. Darauf deutet schon der Wortlaut des Beschlusses hin, der z. B. von den Arbeitern der Sächsischen Maschinenfabrik ihrem Chef Richard Hartmann unterbreitet wurde.

„2000 vereinigte Arbeiter der Sächsischen Maschinenfabrik erklären sich mit der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und der Beibehaltung der bisherigen Löhne und der Feiertage sowie der Erhöhung der Entlohnung für Ueberstunden um 25 Prozent vollkommen einverstanden und verpflichten sich, ohne Unterlass für die Verwirklichung dieser Forderungen tätig zu sein, sowie auch solidarisch für die zur Regelung dieser Angelegenheit gewählten Delegierten einzustehen und dieselben unter allen Umständen auf das tatkräftigste zu unterstützen. Indem die Versammlung an die Humanität des Direktoriums appelliert, hofft sie, dass dasselbe diese gerechten und zeitgemässen Forderungen der Arbeiter berücksichtigen und die hierfür eingetretenen Delegierten nicht massregeln wird."

Aber diese optimistische Auffassung wurde durch die Ereignisse bald schmählich Lügen gestraft. Sowohl die Sächsische Maschinenfabrik wie die Werkzeugmaschinenfabrik von Zimmermann, die über 3000 und über 1000 Arbeiter beschäftigten, waren damals gerade in der Umbildung zur Aktiengesellschaft begriffen, und das Beispiel der Grossen ahmten die Kleineren eifrig nach. Natürlich war es bei diesen Gründungen hauptsächlich darauf abgesehen, die Aktien in dieser Zeit rosigster Profithoffnungen zu einem möglichst hohen Kurs an die Börse zu bringen und enorme Gründungsgewinne einzustreichen. Dazu mussten die Verhältnisse der Unternehmungen möglichst günstig, die Absatzgelegenheit glänzend und die Lohnverhältnisse recht bescheiden dargestellt werden. Eine Erhöhung der Löhne oder eine Verkürzung der Arbeitszeit musste diese Spekulationen aufs empfindlichste stören, sodass an ein friedliches Nachgeben der alten Chefs oder der neuen Unternehmungskonsortien garnicht zu denken war. Dem Streik aber sahen sie um so ruhiger entgegen, als sie längst eine Unternehmervereinigung geschlossen hatten und von vornherein entschlossen waren, alle Führer der Metallarbeiterbewegung zu massregeln und diese dadurch auf möglichst lange Zeit niederzuhalten. Von der Wirkung des Gründungsfiebers scheint sogar

die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine Ahnung gehabt zu haben, als sie zum Ausbruch des Streikes schrieb:

„Man hat bei dieser fast gewaltsam herbeigeführten Arbeiterbewegung die Frage aufgeworfen, ob dieselbe sich wohl zu der heutigen Gefährlichkeit hätte entwickeln können, wenn an der Spitze der grossen Hartmannschen, jetzt Sächsischen Maschinenfabrik noch der Besitzer statt wie jetzt eine Aktiengesellschaft gestanden, deren Interesse hauptsächlich in der Erzielung einer hohen Dividende liegt.“

Das Signal zum Kampfe gaben die Arbeiter der Weissbachschen Maschinenfabrik. Sie legten, durch Lohnabzüge und grobe Behandlung gereizt, schon am 30. September die Arbeit nieder. Nun fanden Abend für Abend grosse Fabrikversammlungen statt; besonders die Giesser und die Maschinenbauer brannten vor Zorn und Ungeduld; auch die Modelltischler formierten sich zur Schlacht — an der Spitze ihres Komitees standen Friedrich Telling, Karl Hertel und A. H. Beck. Am Freitag den 27. Oktober, dem Lohntage, fiel die Entscheidung. In den drei grössten Sälen, im „Apollosaal“, im „Schützenhaus“ und im „Hohenzollern“ traten die Metallarbeiter zusammen, um die Antwort des Unternehmertums entgegenzunehmen. Sie war nicht nur eine Ablehnung, sondern auch eine Verhöhnung der Arbeiterforderungen, und so liess sich denn der Zorn der Arbeiter nicht mehr zügeln. Vergeblich versuchte Most, den Metallarbeitern klar zu machen, dass ihre Organisation zu schwach und vor allem ihre Mittel viel zu gering seien, um auch nur für einige Zeit durchhalten zu können. Die Woge der Empörung rauschte auch über ihn hinweg, der Streik wurde beschlossen, und zwischen 8000 und 9000 Metallarbeiter, Fabrik- und Modelltischler kehrten am Sonnabend nicht wieder in die Werkstätten zurück. In Strellers Restauration in der Färberstrasse nahm die Streikkommission ihren Sitz, und Friedrich Husmann, der Kassierer, unterzeichnete die Aufrufe an die Chemnitzer Bevölkerung und die Arbeiter allerorts um Beiträge zur Streikkasse. Diese blieben denn auch nicht aus, zumal der Streik auch in weiten Kreisen des Kleinbürgertums gebilligt wurde. So erliess z. B. ein Bäckermeister folgendes Inserat:

„Zur Nachricht. In Anbetracht, dass die Forderungen der jetzt im Strike sich befindenden Arbeiter der hiesigen Maschinenfabriken

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

und Giessereien nur ganz gerecht genannt werden können, und in Erwägung, dass die Haltung der Arbeiterschaft als eine äusserst musterhafte und lobenswerte anerkannt werden muss, erklärt der Unterzeichnete, dass er alle Rückstände für Brot (im Betrage von ungefähr 400 Thalern) zu quittieren entschlossen ist.

C. G. Uhlig, Bäckermeister, Aeussere Rochlitzer Strasse 2.

Auch von den auswärtigen Arbeitern blieb die Hilfe nicht aus, trotzdem in Leipzig Sammlungen und in Crimmitschau Versammlungen zugunsten der Streikenden verboten wurden. Besonders die Staatsarbeiter der Eisenbahn hatten offene Taschen und Hände für ihre Klassengenossen. Most entfaltete für die Durchführung des Streiks wiederum seine ganze bewundernswerte Kraft und Fähigkeit. In der kurzen Zeit von 14 Tagen — länger hielten die unorganisierten Massen nicht Stand — half er die für jene Zeiten ausserordentlich bedeutende Summe von 2800 Talern zusammenbringen, fortwährend hielt er die Streikenden beieinander und ermahnte sie zum festen Zusammenhalten, und in der „Freien Presse“ schrieb er Artikel um Artikel, die von Kampfeslust und Zuversicht strotzten. Im ersten Augenblick schien es, als ob wenigstens die nichtorganisierten Unternehmer nachgeben wollten. Die Firmen C. G. Haubold jun., C. G. Beyer (Giesserei), Brauer & Ludwig, Rockstroh (Giesserei), August Schellenberg und Bernhard Philipp zeigten sich zum Entgegenkommen bereit. Aber die grossen Firmen blieben unentwegt hartnäckig und erklärten die ganze Bewegung für eine Mache fremder Agitatoren, eine dreiste Verleumdung, gegen die sogar der alte nationalliberale Arbeiterverein eine Protesterklärung erliess. Aber trotz der Gerechtigkeit der Arbeiterforderungen endete der Kampf mit einer vollständigen Niederlage. Als am nächsten Lohntage die grössten Unternehmer nicht die geringste Miene machten nachzugeben, gaben zwei Drittel der Arbeiter den Kampf verloren, und am 11. November strömten sie wieder in die Fabrik, gerade die mutigsten und ausdauerndsten Kämpfer preisgebend. Besonders entmutigt hatte sie das Ausbleiben der erwarteten Unterstützungsgelder aus England. Wer das unsinnige Gerücht davon — in Newcastle standen gerade damals Tausende englischer Maschinenbauer selbst im Kampf — ausgesprengt hatte, hat niemals festgestellt werden können. Nun begannen die Massenmassregelungen mit schwar-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

zen Listen, Geheimzirkularen und versteckten Zeichen auf den Arbeitspapieren, und welchen Umfang sie annahmen, geht daraus hervor, dass im Dezember die Metallarbeitergewerkschaft sich einen ganz neuen Vorstand wählen musste, da von dem alten kein einziger wieder eingestellt wurde und fast keiner in Chemnitz bleiben konnte. Während des Streiks hatten die Fabrikanten, da die Chemnitzer Garnison noch in Frankreich stand, durchgesetzt, dass längs der Bahnlinie von Leipzig nach Dresden das zweite Bataillon des 103. Regiments, das, von Leipzig kommend, sein Standquartier Kamenz aufsuchte, in Bereitschaft marschierte, um im Falle von Unruhen sofort nach Chemnitz verladen zu werden. Die anderen Bataillone des Regiments fuhren geradewegs nach Kamenz. Wie hier, so hat es später in Chemnitz nie eine grosse Arbeiterbewegung o h n e Militäraufgebot gegeben; hinter dem sicheren Schutz staatlicher Zwangsgewalt verziehen dann die Unternehmer den Arbeitern um so weniger, dass man sie schwach gesehen. Auch die Gerichte nahmen sich der Streikenden schon damals liebenswürdig an und verurteilten unter anderen den Monteur Eduard Linke, der gegen Most am leidenschaftlichsten für die sofortige Proklamierung des Streiks gesprochen hatte, zu einer längeren Gefängnisstrafe, wobei ihnen zum Vorwand diente, dass Linke Organisator eines Zuges der Streikenden gewesen sei, der zur Sächsischen Webstuhlfabrik gezogen war, um sich die Streikbrecher anzusehen, und diesen eine solche Furcht einflösste, dass sie das Werk nicht auf dem gewöhnlichen Wege zu verlassen wagten, sondern seitlings, durch die Chemnitz watend, auswichen.

Die Schuld an dem Misserfolg des Streikes ist vielfach ganz auf Most geschoben worden. Die Verdächtigungen der Kapitalisten, dass er die Arbeiter in den Streik gehetzt und sie dann im Stich gelassen habe, haben, so unsinnig, gemein und alltäglich sie waren, mehr im Gedächtnis der Späteren haften lassen, als gerecht ist. Aber auch die parteigenössische Darstellung, dass die Unternehmer zum Nachgeben geneigt gewesen seien, und dass Most alles verdorben habe, als er während des Streiks in der „Freien Presse“ schrieb, die Unternehmer sollten noch so zahm werden, dass sie den Arbeitern aus der Hand frässen, verkennt das wesentliche: dass nämlich die Unternehmer diesen Streik gewollt haben und ihn auch bei der mildesten Schreibweise nicht anders

als mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter vor ihrem kapitalkräftigen Beharrungsvermögen beendet hätten. Most tat sein bestes, um die Niederlage nicht in einer vollkommenen Zertrümmerung der Organisation enden zu lassen. Hatte er vor Ausbruch des Streiks an den von den Chemnitzer Delegierten mit beantragten Beschluss des Stuttgarter Parteitages erinnert, dass kein Streik begonnen werden solle, der nicht von einer Organisation genügend vorbereitet sei, um Aussicht auf Erfolg zu bieten, so hatte er während des Streiks unermüdlich davor gewarnt, sich zu Ausschreitungen oder Gewalttätigkeiten hinreissen zu lassen, und selbst ein Gerichtsurteil hat ihm zugestehen müssen, dass es ihm ernst damit gewesen sei, und dass die Arbeiter seiner Aufforderung gefolgt seien. Es handelt sich um die Anklage wegen eines Artikels mit der Ueberschrift: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“ der angeblich verschiedene Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgereizt haben sollte. Der Artikel fordere, so führt das freisprechende Urteil vom Januar 1872 aus, zwar die Klasse der Arbeiter zu einem Kampf gegen die Klasse der Kapitalisten auf. Aber der Einwand des Angeklagten, dass er nur an einen friedlichen Kampf gedacht habe, werde durch die sozialen und politischen Verhältnisse nicht zwingend widerlegt und finde überdem eine Stütze, „durch das allgemein bekannte weitere Verhalten des Angeklagten, namentlich durch seine während der am hiesigen Orte stattgehabten Arbeitseinstellung in öffentlichen Bekanntmachungen an die Arbeiter gerichteten Mahnungen zur Ruhe und Ordnung“. Nach Schluss des Streiks hat dann Most auf das lebhafteste zu unerschrockenem Aushalten gemahnt und mit dem Hinweis auf baldige Wiederaufnahme der Schlacht die Gewerkschaft zusammenzuhalten gesucht. Konnte davon auch nicht die Rede sein, so hat er doch wenigstens einer allzu tiefen Entmutigung wirksam vorgebeugt und bald darauf einen allgemeinen Tischlerstreik mit günstigerem Erfolg durchführen helfen.

Die internationale Metallarbeitergewerkschaft gibt ihre Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1871 auf 2117 an, aber selbstverständlich ist diese Zahl in den nächsten Jahren angesichts der Unmöglichkeit eines neuen Kampfes ausser-

ordentlich stark zurückgegangen. Auf dem Erfurter Gewerkschaftskongress vom Juni 1872 wird die Zahl der organisierten Metallarbeiter nur noch mit 862, die der Holzarbeiter mit 40, die der Textilarbeiter mit 400 angegeben. Ob die letztere Zahl zutrifft, muss fraglich bleiben. Gerade im Jahre 1872 begann in Chemnitz die grosse Auseinandersetzung zwischen den untergehenden Innungen der Hausweber und den langsam aufstrebenden Verbänden der Weber, Wirker, Drucker usw. Hatte zuvor die „Freie Presse“ zur lebhaftesten Beteiligung am zweiten Weberinnungstage in Berlin aufgefordert — die Hausweber waren ja die ältesten und besten Parteigenossen, die kraft ihrer Unabhängigkeit viel fester zur Demokratie standen als damals die Arbeiter in den Fabriken —, so erklärten nach dieser Tagung die Chemnitzer Textilarbeiter die Innungen und Innungstage für überflüssig und reaktionär und die Gewerksgenossenschaften für die einzige angemessene Interessenvertretung der schaffenden Bevölkerung. Mochten auch in zahllosen Chemnitzer Stuben noch die Webstühle klappern — noch ausgangs der achtziger Jahre werden 500 selbständige handwerksmässige Webereien gezählt —, so hatte sich doch die geistige Richtung der Chemnitzer Arbeiterschaft zuerst bei den Metall- und jetzt auch bei den Textilarbeitern ganz auf den Grossbetrieb eingestellt, hatte das Wachstum des Kapitalismus als Notwendigkeit durchschaut und die Befreiungsmöglichkeit nur noch in seiner Uebergipfelung erblickt. Diese schon bei der Loslösung vom Hatzfeldtianismus zutage getretene Erkenntnis des modernen Fabrikwesens und der daraus folgenden Notwendigkeiten für den Kampf gegen das Kapital waren durch die Lohnkämpfe zu Anfang der siebziger Jahre zum unverlierbaren Besitz der Chemnitzer Arbeiterschaft geworden. Die Unternehmerschaft gab sich denn auch redliche Mühe, diese Erkenntnis zu vertiefen. Die Metallindustriellen benutzten die Niederlage der Arbeiter zu rücksichtslosen Lohnkürzungen, und als später die Krise einsetzte, zwangen sie den Arbeitern Fabrikordnungen auf, die eher für Zuchthausinsassen als für „freie“ Arbeiter gemacht zu sein schienen. Ein unübertreffliches Vorbild darin hatten sie freilich in den Textilfabriken, die mit dem willigen und billigen Material der Kinder- und Frauenhände arbeiteten. So bestimmte

z. B. die Arbeitsordnung der „Chemnitzer Aktienspinnerei“, dass bei einer Arbeitszeit von 76 Stunden pro Woche die Arbeiter sich vor und nach der Arbeit noch mehrere Minuten zur Verfügung zu halten hätten, zum Beweis dafür, dass sie nicht vorzeitig weggegangen seien. Frühstücks- und Vesperzeit durften die Arbeit nicht unterbrechen. Schulkinder sollten „in der Regel“ nicht länger als 10 Stunden pro Tag beschäftigt werden. Zur Begründung von Geldstrafen und sofortiger Entlassung gab es 13 Gründe; sie sollten z. B. eintreten: 1. bei unehrerbietigem Betragen, Ungehorsam oder Widersetzlichkeit gegen das Aufsichtspersonal, oder bei Weigerung, eine aufgetragene Arbeit zu verrichten; 3. bei nachlässiger Bedienung der Maschinen, Lieferung mangelhafter Arbeit und Materialverwüstung; 4. bei Störung anderer Arbeiter; 5. bei Verspätungen und Versäumnissen; 10. beim Haaremachen, beim Anziehen, beim Tragen von Reifröcken während der Arbeit und schliesslich 13. bei jedweder Uebertretung der Fabrikordnung überhaupt. Solche Arbeitsordnungen waren denn doch selbst für die Zeit des Gründerschwindels und der ungeniertesten Ausbeutung so unerhört, dass die Fraktion sie bei Beratung der Gewerbeordnung im Reichstage durch Fritzsche am 7. Mai 1877 zur Sprache bringen liess.

Für die Arbeit unter solchen Bedingungen wurden dann natürlich die miserabelsten Löhne gezahlt. Am Höhepunkt der Gründungszeit, wo nach der bekannten kapitalistischen Fabel die Berliner Bauarbeiter Rotwein aus Weissbiergläsern tranken, berechnete die Unfallversicherungsgenossenschaft der Chemnitzer Industriellen den Durchschnitts-Tagelohn folgendermassen: In Maschinenfabriken Mk. 2.14, Giessereien Mk. 2.11, Spinnereien Mk. 1.26, mechanische Webereien Mk. 1.35, Strumpffabriken Mk. 1.51, Baugewerbe Mk. 1.36. Die Gesamtzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen wird auf 30 582 angegeben, Kinder und Jugendliche mit eingerechnet. Die Jahresunfallziffer für 1873 beträgt 1697 Entschädigungsfälle, darunter 199 für Frauen und Mädchen und 27 für Kinder unter 14 Jahren.

Es klingt wie Hohn, wenn man von solchen Verhältnissen sagen muss, dass sie für die Arbeiter der Erzgebirgsdörfer immerhin noch eine grosse Anziehungskraft bewährten. Gerade der fortdauernde starke Zuzug vom Lande und teilweise

sogar aus Böhmen schloss für Chemnitz selbst diejenigen gewerkschaftlichen Erfolge aus, die von der übrigen deutschen Arbeiterschaft damals erzielt wurden. Charakteristisch ist insbesondere, dass die Maurer und sonstigen Bauarbeiter, die anderwärts stets zuerst die Kampftruppe des Proletariats bildeten und den Unternehmern die Zähne zeigten, es in Chemnitz erst lange nach dem Fall des Ausnahmegesetzes zu einiger Stärke und Kampftestüchtigkeit gebracht haben; solange hatte der Zuzug ortsfremder und zum grossen Teil fremdsprachiger Berufsangehöriger die Schaffung gesunder Organisationsverhältnisse aufgehalten. Nur die unglaublich elenden Lebensverhältnisse im ganzen Erzgebirge, bei den Spitzenklöpplern, Posamentenmachern, Handschuhmachern, Strumpfwirkern, Webern usw. treiben die Arbeiter in die nächste Grossstadt, in der die Arbeit im Vergleich zum übrigen Deutschland doch auch noch ganz miserabel entlohnt war. Aus dem Erzgebirge aber dringen wahre Notschreie des nackten Elends und des physischen Hungers immer wieder in die Oeffentlichkeit. So wendet sich z. B. im Jahre 1874 ein Arzt aus dem oberen Erzgebirge in der bürgerlichen Presse mit einem Bekenntnis an die Oeffentlichkeit. Er hat da oben trotz 200 Talern Staats- und 100 Talern Gemeindezuschuss nicht leben können, weil die Arbeiter einfach nicht in der Lage sind, auch nur die bescheidensten Honorare für ärztliche Hilfe zu zahlen. Wenn er nach weitem Marsche für einen Krankenbesuch fünfzehn Groschen fordert, ruft er das lauteste Jammern der ganzen Familie hervor: das sei ja mehr, als sie alle an einem ganzen Tage verdienen könnten. So bringt er das Geld für ein Geschirr nicht mehr zusammen und läuft stundenlang zu Fuss durchs Gebirge. Eines Tages bleibt er in starkem Unwetter stecken, und unterdes verblutet an seinem Wohnort eine Frau bei der Geburt. Schon zermürbt durch eine ganze Anzahl von Fällen unzureichender Geburtshilfe, an denen er ebenfalls seine Schuldlosigkeit darlegt, flieht er aus diesem Sibirien der Unkultur in irgendeine menschlichere Gegend.

Die gewerkschaftliche Organisation begegnete also in Chemnitz den grössten natürlichen Hindernissen. Zieht man das in Betracht, so verdient die trotzdem erzielte Leistung die höchste Bewunderung. Unmittelbare Kämpfe gegen das Unternehmertum sind freilich selten. Abgesehen von dem

schon erwähnten Sieg der Tischler, der ihnen eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung einbringt, hören wir von grösseren Streiks nur noch von einem gleichfalls erfolgreichen Ausstand der Wolldrucker. Im übrigen aber erweitert und vertieft sich die Agitation für die Gewerksgenossenschaften von Jahr zu Jahr. Die Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter legt 1872 ihren Ausschuss, 1874 ihren Vorstand nach Chemnitz. Verbandsvorsitzender wird Karl Gustav Schubert, der erste Geschäftsführer der „Chemnitzer Freien Presse". Schriftführer der noch sehr jugendliche Karl Riemann, weitere Vorstandsmitglieder August Thümmler und der alte Seeler, alles zumeist gemassregelte Mitglieder des Streikkomitees von 1871. Hauptagitator für die Metallarbeiter ist der beredte Richard Wolf, der in den Jahren 1872 bis 1875, durch wiederholte Massregelungen ausser Arbeit gebracht, zugleich als eine Art Parteisekretär oder ständiger Agitator, wie man damals sagte, im ganzen Umkreis von Chemnitz lebhaft für die Sozialdemokratie wirkt. Auch Ernst Grosser, der auf den Metallarbeiterkongressen der siebziger Jahre fast regelmässig als Chemnitzer Delegierter erscheint, steht in der vordersten Kampfesreihe.

Gleich den Metallarbeitern legen auch die Schneider ihren Zentralvorstand 1872 nach Chemnitz und belassen ihn längere Zeit am Orte. Vorsitzender ist Erasmus Peter Willkomm, Geschäftsführer G. Schöffel, Hauptkassierer Friedrich Fischer.

Die erste grosse sächsische Bergarbeiterorganisation wird am 10. Januar 1876 in Chemnitz gegründet. Der Verband der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter, zu dessen Gründungsversammlung sämtliche Schächte des Reviers ihre Vertreter entsandt haben, lässt sich als rechtsfähiger Verein eintragen. Vorsitzender wird und bleibt bis zum Ausnahmegesetz Karl Ebert in Wilkau. Der Beitrag ist niedrig, wie damals üblich, auf 5 Pf. pro Woche angesetzt.

Daneben zeigen sich die Töpfer in Chemnitz von grosser Rührigkeit und heissen ihre Berufskollegen aus ganz Deutschland zu Pfingsten ebenfalls des Jahres 1876 am Orte willkommen.

An der Spitze der Bewegung der Textilarbeiter stehen Miltzheimer und Dietze, eifrig bemüht, dem Verbande, dessen Leitung von Anfang an Motteler in Crimmitschau hatte, neue

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Mitglieder zuzuführen. Pfingsten 1874 durften sie hier die Generalversammlung des Verbandes der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter willkommen heissen.

Auch die Schuhmacher und Zimmerer haben ein reges Verbandsleben, und nur die Buchdrucker stehen zumeist der Partei kühl, wenn nicht ablehnend gegenüber. Dafür stellen die Schriftsetzer der „Freien Presse“, vor allem in Adolf Uhle, die tüchtigsten Parteiagitatoren und die meisten verantwortlichen Redakteure des Blattes.

Vom Jahre 1874 an müssen sich auch die Gewerkschaften am Orte eine gemeinsame Organisation geschaffen haben; denn von dieser Zeit finden wir unter zahlreichen Anzeigen als Einberufer „Die Vereinigten Gewerkschaften von Chemnitz.“ Die allgemeinen sozialen Fragen und die Forderungen der Naturheilkunde werden fast regelmässig in Versammlungen behandelt, die von dieser Körperschaft einberufen werden. Ende des Jahres 1875 schaffen die „Vereinigten Gewerkschaften“, einem damals ergangenen Aufruf von C. W. Fritzsche folgend, sich auch den ersten Ansatz zu einem Gewerkschaftshaus, indem sie im „Weissen Adler“ eine allgemeine Arbeiterherberge verbunden mit einem Arbeitsnachweis einrichten. Die „Freie Presse“ tat denn auch ihr möglichstes, den Chemnitzer Arbeitern die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation klar zu machen. Wie Most mit seiner hinreissenden Wildheit die Arbeiter in sie hineingepeitscht hatte, so wurden auch seine Nachfolger in der Redaktion nicht müde, den Arbeitern zu predigen, dass sie nur mit Hilfe der Berufsorganisationen bessere Löhne und menschenwürdige Behandlung erreichen könnten. „Derjenige Arbeiter, der keiner Gewerksgenossenschaft angehört, steht ausserhalb des Kampfplatzes, auf dem die Rechte der Arbeiter vorläufig einzig und allein verfochten werden können. Auf in die Gewerksgenossenschaften! Massenbataillone müssen da sein, wenn gesiegt werden soll!“ — so steht am 14. Mai 1873 und ähnlich gar oft in der „Freien Presse“ zu lesen. Selten griff das Blatt die Lassalleaner an, weil die örtlichen Verhältnisse dazu keinen Anlass boten. Aber wenn im „Neuen Sozialdemokrat“ irgendein alter Lassalle-Theoretiker wieder einmal mit dem ehernen Lohngesetz die Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften allzu gering anzuschlagen, ihre Arbeit als Sisyphusarbeit hinzustellen suchte,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

verfehlte die „Freie Presse“ niemals, ihre gegenteilige Ansicht mit Nachdruck zu betonen. Blieben die unmittelbaren Erfolge der Gewerkschaften in Chemnitz, namentlich auch während der langdauernden Krise der siebziger Jahre, zunächst noch bescheiden, so wurden doch überall die Kaders geschaffen, die sich beim Beginn einer neuen Hochkonjunktur ausgefüllt und dem Unternehmertum manch offene Schlacht geliefert hätten, wenn nicht eben vorher das Ausnahmegesetz mit seiner rohen Polizeifaust dazwischengefahren wäre.

In den siebziger Jahren waren die Gewerkschaften, wenigstens in Chemnitz, mit Polizeischikanen halbwegs verschont worden. Gelegentlich lesen wir von aufgelösten Versammlungen oder verbotenen Kinderfesten, und die Holzarbeiter-Gewerkschaft in Gablenz wird im Sommer 1874 einmal aufgelöst und ihr Vorsitzender — wahrscheinlich der Genosse Gustav Bahner — zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, weil bei der Beerdigung eines Verbandsmitgliedes eine rote Fahne mitgeführt worden war, die übrigens garnicht den Holzarbeitern gehörte. Aber sonst hielt sich die Polizei, an deren Spitze damals der Polizeidirektor Dr. Urban stand, anständigerweise ziemlich zurück.

Um so wilder, ja geradezu verrückter tobten die Scharfmacher in der Chemnitzer Handelskammer. Noch heute empört sich jedes menschliche Empfinden, wenn man lesen muss, welche Zwangsgesetze die Chemnitzer Industriellen, die damals in kurzer Zeit Millionenvermögen erwarben, ihren geschundenen und geplagten Arbeitern angesonnen haben. Was damals in Chemnitz verdient wurde, hat an einem ihm besonders naheliegenden, durchaus nicht ungewöhnlichen Beispiel Theodor York auf dem Koburger Parteitag von 1874, dem letzten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vor der Vereinigung, ausführlich dargelegt. Danach hat die Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik, vormals Johann Zimmermann, im Jahre 1872/1873 einen Nettogewinn von 360 000 Talern gemacht, von denen 15 Prozent Dividende und riesige Tantiemen an Direktor und Aufsichtsrat verteilt wurden. Zimmermanns Jahreseinnahme wird auf etwas über eine halbe Million Mark berechnet, was der Jahreseinnahme der Hälfte seiner Arbeiter oder dem Jahreseinkommen von 1500 Chemnitzer Weberfamilien entsprach. Der Lohn der Metallarbeiter in der Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik Zimmermanns

beträgt dabei im Durchschnitt höchstens 15 Mark die Woche. Aehnliche Berechnungen werden an der Hand des Jahresberichts der vormals Münnichschen Maschinenfabrik angestellt. Musste also nicht ein Johann Zimmermann unter diesen Umständen die Sozialdemokratie hassen, unzählige Beleidigungsklagen gegen die „Freie Presse“ anstrengen und alle, die sie lasen, aus seiner Fabrik hinausmassregeln! Musste er nicht, obwohl er als Naturheilvereinler eine grosse Rolle spielte und sich ausgiebig huldigen liess, dem Redakteur der „Naturheilvereins-Zeitung“ den Brotkorb höher hängen, als sich dieser der Sozialdemokratie näherte! Und mussten nicht überhaupt die Chemnitzer Fabrikanten dafür sorgen, dass der Uebermut der Arbeiter nicht ins Grenzenlose wachse und die armen Kapitalisten nicht vollständig verelendeten?! Deshalb petitionierten sie schon 1872, während sie noch dabei waren, die Arbeiter, die im Kampf unterlegen waren, auszuhungern, um Wiedereinführung der Arbeitsbücher und strenge Bestrafung des Kontraktbruches. Ein Jahr später richtete namens des Vereins der Maschinenfabrikanten, Eisengiesserei- und Hüttenwerksbesitzer der inzwischen von der österreichischen Regierung geadelte Kommerzienrat Zimmermann an den Reichstag die Eingabe, 1. den Arbeitern die Verpflichtung aufzuerlegen, sich beim Eintritt in die Arbeit über seine Persönlichkeit und seine letzte Beschäftigung zu legitimieren. (Also eine Art Gesindebuch.) 2. In die neue Gewerbeordnung und das Reichsstrafgesetzbuch eine Bestimmung über den Kontraktbruch der Arbeiter einzuschalten. 3. Die Minimalstrafe aus § 153 der Gewerbeordnung zu erhöhen. 4. Die Zivilprozessvorschriften über den Nachweis des dem Arbeitgeber durch Kontraktbruch entstandenen Schadens sachentsprechend zu revidieren. 5. Die Einhaltung des Lohnes für den Schaden aus Kontraktbruch für zulässig zu erklären. Im nächsten Jahre nimmt die Handelskammer sich dieses Antrages an und empfiehlt besonders die Wiedereinführung der Arbeitsbücher. Aber dergleichen Unverschämtheiten richteten sich wenigstens gegen erwachsene kampffähige Arbeiter. Den Gipfel der Roheit erstiegen diese Ausbeuter erst mit der Forderung, Schulkinder schon vom zehnten Jahre an täglich sechs Stunden in den Fabriken beschäftigen zu dürfen und die Beschränkung der Arbeitszeit für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren auf zehn

Stunden aufzuheben. Zehn Stunden Fabrikarbeit für vierzehnjährige junge Menschen waren den Chemnitzer Kapitalisten nicht genug! Waren sie doch gerade dabei, die bisherige 11- bis 11½stündige Arbeitszeit der Metallarbeiter auf zwölf Stunden zu verlängern. Und in den Textilfabriken wurde wacker dreizehn Stunden geschuftet, bei den Hauswebern unbegrenzt lange. Wenn es je eine Ausbeutung gegeben hat, die die Arbeiter zur sozialistischen Erkenntnis geradezu zwingen musste, dann war sie hier in den Chemnitzer Industrieverhältnissen gegeben.

Doch kehren wir zu Most und zur „Chemnitzer Freien Presse“ zurück, die wir nach dem verlorenen Metallarbeiterstreik verlassen haben und die jetzt und in den folgenden Jahren in den empörten Arbeitermassen ein grosses Feld mit sozialistischer Aussaat zu bestellen hatte. Mosts populäre, schlagkräftige Schreibweise hatte dem Blatt eine einigermassen bedeutende Leserzahl zugeführt, die etwa im Anfang 1872 auf 1200 gestiegen war. Eine Schnellpresse war auf Abzahlung angeschafft worden und der Betrieb aus den stallähnlichen Räumen, in denen er anfangs hatte hausen müssen, in ein etwas besseres Lokal, Lindenstrasse Nr. 5, übergesiedelt. Aber nun ging es auch mit Mosts Chemnitzer Tätigkeit zu Ende. Nicht weniger als 43 Anklagen hatte er in dem einen Jahre bekommen, in dem er — von Juli 1871 bis Juni 1872 — das Blatt tatsächlich leitete. Er erzielte eine erstaunlich grosse Zahl von Freisprechungen, namentlich auch in den Privatklagen, die der „andere Johann“, der „grosse Johann“ — gemeint ist natürlich Johann Zimmermann — gegen ihn angestrengt hatte. Aber schliesslich und endlich blieb er doch in den Maschen der Strafjustiz hängen und im Juli—August musste er im „Roten Turm“ Quartier beziehen. Nach seinem eigenen Zeugnis ist es ihm dort ausgezeichnet gegangen. Er durfte lesen und für die „Chemnitzer Freie Presse“ schreiben, soviel ihm beliebte. Durfte in Begleitung eines Amtsdieners täglich mehrere Stunden in der Stadt spazieren gehen, sich mit den Freunden treffen und unterhalten, essen und trinken, was ihm beliebte und wozu das Geld reichte, kurz: er hatte es so gut, wie heutzutage nur noch Duellmörder. Der Grund für diese anständige Behandlung lag darin, dass ein Teil der sächsischen Beamtenschaft noch stramm partikularistische Neigungen

hatte und Bismarck, den Bezwinger des Landes, mehr hasste als die Sozialdemokratie. Auch die liberale Bourgeoisie, die für die Reichseinheit schwärmte und den sächsischen Treueid nur salva annexione leistete, das heisst unter dem Vorbehalt, dass Bismarck nicht etwa Appetit hätte, Sachsen nach Preussen einzuverleiben, schien ihr noch staatsfeindlicher als die Sozialdemokraten, die ihn salva revolutione, unter dem Vorbehalt der Revolution, leisteten. So liessen die Behörden der Partei damals eine grosse Bewegungsfreiheit; sie fanden selbst nichts dabei, wenn bei einem der grossen Arbeiter-Sommerfeste die Militärkapelle dem Umzuge durch die Stadt voranmarschierte und dicht hinter ihr das grosse rote Banner der Menschenverbrüderung flatterte. Je länger dann das Reich bestand, um so schwächer wurde dieser partikularistische Zug, und in den Monaten der Attentatshetze ist auch die letzte Spur davon verschwunden.

Ehe Most das Gefängnis verliess, waren schon einige neue Strafen gegen ihn rechtskräftig geworden. Aber er bekam noch einmal vier Wochen Urlaub und nutzte diese zu einer neuen Demonstration gegen den Sedanrummel aus, wie er eine gleiche schon im Jahre zuvor inszeniert hatte. Der Arbeiterprotest gegen die Sedanfeier war einer der amüsantesten Streiche Mosts, der freilich auch seine bedenkliche Seite hatte und bis in die jüngste Zeit hinein im Wahlkampfe gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt worden ist. Für den 2. September 1871 hatten die Chemnitzer liberalen Patrioten eine grosse Sedanfeier angesetzt, deren Höhepunkt am Abend ein Fackelzug vom Neustädter Markt aus, Festansprachen und Massengesang sein sollten. Schon zur Beflaggung der Stadt hatte Most den Arbeitern den Rat gegeben, alle Steuerzettel, mit denen sie im neuen Deutschen Reich gequält würden, aneinanderzukleben und zum Fenster hinauszuhängen. Er selbst aber hisste eine schwarze Trauerfahne zum Andenken der beim Völkermord von Sedan Gefallenen. Daraus ist dann die bekannte Reichsverbandsfabel entstanden, Most habe 1871 bei der Rückkehr der Truppen aus Frankreich in der Chemnitzer „Freien Presse“ geschrieben: „Steckt schwarze Fahnen heraus, die Mordbrenner kommen!“ Das schöne Märchen leidet daran, dass es nicht wahr ist. Mosts schwarze Fahne hatte einen ganz anderen Sinn, als die Reichsverbändler ihr beilegen möchten.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

№ 236. Montag, den 13. November 1871.

Dieses Blatt erscheint außer Sonntags und Feiertags täglich.
Preis vierteljährl. 15 Ngr., jedes einzelne Blatt kostet 5 Pfennige. Für Chemnitz und Umgegend monatliches Abonnement 5 Ngr.

Chemnitzer Freie Presse.

Alle Korrespondenzen und Leitartikel sind an die Redaktion zu adressiren: Lindenstraße Nr. 5.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgegeben.
Inserate sind an die Expedition einzusenden: Lispenstraße Nr. 5.
Insertionsgebühren für die gespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 5 Pfennige.

Motto: Ohne Gleichheit keine Gerechtigkeit; ohne Selbstregierung keine Freiheit; unerbittlicher Kampf den Ueberresten des Mittelalters.

Neuestes. Trotzdem, wie uns aus zuverlässigster Quelle bekannt gemacht wird, bereits nach einigen Tagen die Fabrikanten nachgegeben hätten, fing heute der größere Theil der Arbeiter wieder zu arbeiten an. Im letzten entscheidenden Momente schwankten $^2/_3$ der Bataillone, welche bisher so festgestanden haben. Die Uebrigen wanken nicht. Die Unterstützungen fließen mit jedem Tage reichlicher. Bis heute Früh trafen circa 2800 Thaler ein. Größere Summen folgen.

Der Strike.

Immer energischer wird allenthalben durch Wort und Schrift für die hiesigen Strikenden agitirt und sind es ganz besonders die Organe der Sozialdemokratie, welche ihr Möglichstes leisten. Der „Dresdner Volksbote", welcher schon seit Beginn der Arbeitseinstellung tagtäglich für dieselbe eintrat, ließ am vergangenen Sonnabend folgenden Aufruf an uns ergehen:

„Chemnitzer Maschinenbauer!

Hunderte von Thalern sind blos von Dresden allein an Euch gesendet worden zur Unterstützung für Euren Kampf, den wir als einen Kampf für die Rechte und für die Wohlfahrt aller deutschen Arbeiter ansehen. Tausende von Thalern dürft Ihr von Dresden allein noch erwarten und inzwischen tritt ganz Deutschland für Euch ein. Haltet aus! auf jeden Fall und um jeden Preis haltet aus! Ihr kämpft für uns, wir opfern Alles für Euch, seid stolz und stark.

Dresden, am 10. November 1871.

Für das Dresdner Unterstützungs-Komitee:
A. Otto-Walster."

Am gleichen Tage finden wir im „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" an der Spitze des Blattes folgenden Apell:

„Parteigenossen! Arbeiter! Freunde aller Unterdrückten! Wir fordern Euch auf, unterstützt unsere Vorkämpfer für den 10stündigen Arbeitstag in Chemnitz, bedenkt, daß dieselben nicht für sich allein, sondern für uns alle kämpfen. Zur Annahme von Beiträgen sind bereit die Expedition dieses Blattes und die Restauration zur deutschen Eiche."

Die Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-Fabrik- und Handarbeiter veröffentlichen im „Volksstaat" folgenden Aufruf:

An die Mitglieder der Internationalen Gewerks-Genossen der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter!

Arbeiter! Gewerksgenossen aller Länder! Ihr alle wißt, daß sich die Chemnitzer Maschinenbauer im Kampfe gegen das Fabrikantenthum befinden; auch ihre Forderungen kennt Ihr. Brüder, bedenket, daß sie für die wichtige Forderung des Normalarbeitstags von 10 Stunden kämpfen, also kämpfen für die gesammte Arbeiter-Masse nicht nur Deutschlands sondern aller Länder. Darum, Brüder, steht ihnen treu zur Seite, unterstützt sie durch unausgesetzte Geldsammlungen, zeigt Eure Opferwilligkeit, ja, Euren Heroismus! Versetzt Euch im Geiste in die Lage der Kämpfenden und Ihr werdet fühlen, daß Ihr rastlos, unausgesetzt, unermüdlich selbst den letzten Heller opfern müßt. Bedenkt, wie es den Muth unserer wackeren Chemnitzer stählen muß, wenn sie in diesem furchtbaren, aufregenden Kampfe, sich umblickend nach den Hilfstruppen, alle treu und fest an ihrer Seite erblicken; wenn sie sehen, wie Ihr ihnen in Masse zu Hilfe eilt. Freudig wird dann aus ihrer Mitte erschallen:

„Nicht einer, der die Schaar verläßt und ging's auch in den Tod!
„Wir stehen treu, wir halten fest, denn unsre Fahn' ist roth"

Nicht wankend, feststehend wie Mauern, werden sie die Position — den 10stündigen Normalarbeitstag — nehmen.

Für die Vorortsverwaltung E. Müller, II. Vors. Der Schriftführer. in Vertr.. A. Thierfelder.

Und so finden wir fort und fort in den verschiedensten sozialistischen Blättern, deren es gegenwärtig in Europa gegen 60 gibt, den größten Eifer für unsere heilige und gerechte Sache vor. — Die streikenden Maschinenbauer und Gießer hätten daher auch gewiß keine Ursache, den Muth sinken zu lassen, ihre Hoffnungen auf das endgiltige Gelingen des Werkes aufzugeben. Mögen auch die Gegner mit den abscheulichsten Waffen kämpfen, mögen sie mit den gemeinsten Intriguen vorgehen; es soll und darf denselben nicht gelingen die Arbeiter irre zu führen.

Mögen über unsere Sache die hiesigen feindseligen Blätter auch noch so sehr schimpfen, lügen, Thatsachen entstellen und verdrehen oder auch sanfte Sirenenklänge, Verlockungsarien anstimmen und mit schlechten Witzen und noch schlechteren Reimen Jene verdächtigen, welche es mit Euch ehrlich meinen; es wird keiner von unseren Kampfesbrüdern hierdurch zum Rückzuge bewogen werden können; Alles wird ausharren bis zum Aeußersten. — Recht glänzend wurde neuerdings durch die gestrige Massenversammlung konstatirt, wie fest und unerschütterlich die Leute stehen. — Es war wirklich erhebend, wie giftig die versammelte Menge den Rednern lauschte, wie feurig jedes Auge blitzte, die kühnste Entschlossenheit offenbarend, wie zorngeröthet jedes Antlitz war, wenn von der Hartnäckigkeit und dem Uebermuthe der Fabrikanten und der Korruption der „liberalen" Presse die Sprache war, wie erregt Alle die Hände, gleichsam wie zum Schwure emporstreckten, als die Abstimmung über folgende Resolution vorgenommen wurde: Die heutige Volksversammlung erklärt:

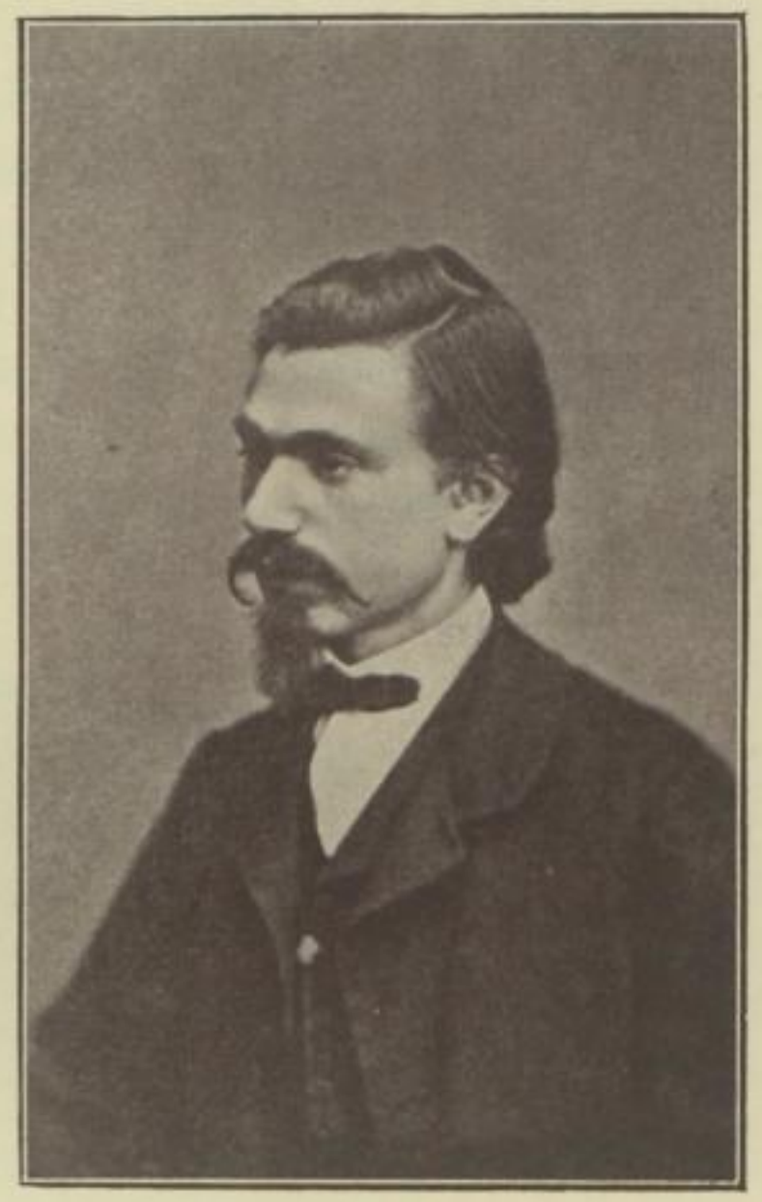
1) Die gegenwärtige Arbeitseinstellung ist eine natürliche Folge der bisherigen mißlichen Zustände in den hiesigen Maschinenfabriken und Gießereien und ist die Behauptung, als sei der Strike durch künstliche Agitationen gewaltsam hervorgerufen worden, als vollständig lügenhaft zu betrachten.
2) Das Vorgehen jener Arbeiter, welche bisher an den gefaßten Beschlüssen festhielten, wird vollständig gebilligt, indem mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der endgiltige Sieg unausbleiblich sein müßte, wenn die Gesammtarbeiterschaft mit derselben Energie und Ausdauer an der Sache hielte.
3) Selbst wenn die gegenwärtige Arbeitseinstellung ihrem Zwecke nicht entsprechen sollte — was nur dadurch geschehen könnte, daß die Mehrzahl der Strikenden, dem früher gefaßten Beschlusse entgegenhandelnd, vorzeitig die Arbeit wieder aufnimmt — ist das einmal gesteckte Ziel nicht außer Augen zu lassen und durch massenhaften Beitritt zu den Gewerksgenossenschaften die festere Organisation der hiesigen Arbeiterschaft anzubahnen, um so in geschlossenen Colonnen gegen die Tyrannei des Kapitals vorgehen zu können.
4) Das Gebahren der hiesigen s. g. „liberalen" Blätter wird hiermit der allgemeinen Verachtung preisgegeben.
5) Die bisherige Haltung der „Chemnitzer Freien Presse", welche am hiesigen Orte einzig und allein die Interessen der Arbeiter vertritt, ist vollkommen gerechtfertigt und wird genanntes Blatt neuerdings als das Organ der Arbeiterschaft von Chemnitz und Umgegend anerkannt."

Ueber jeden Punkt wurde einzeln abgestimmt und nicht eine Einzige Hand erhob sich bei den Gegenproben. Die Begeisterung war eine allgemeine und hatte ihren Höhepunkt erreicht als gegen Schluß der Versammlung von einem Redner ein dreifaches Hoch auf die „Chemnitzer freie Presse" ausgebracht wurde. Minutenlanger Beifall folgte diesem Vertrauensvotum. —

Auf die Einzelheiten der in der Versammlung behandelten Gegenstände kommen wir morgen zurück; für heute sei nur noch erwähnt, daß durch diese großartige Volkskundgebung jedenfalls eklatant konstatirt wurde, wen das Volk verachtet und wem es trotz aller Verläumdungen und Verdächtigungen das vollständige Vertrauen schenkt.

SLUB Wir führen Wissen. STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Julius Vahlteich



Auguſt Bebel

Max Kayſer

Auguſt Otto-Walſter

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Schon eine Stunde bevor die „Patrioten“ sich auf dem Neustädter Markt versammelten, hatte Most die Arbeiter zu einer Protestversammlung nach „Stadt Köln“ zusammenberufen; denn in den Fabriken war an diesem Tage — natürlich unter Lohnabzug — nicht gearbeitet worden. Die Arbeiterscharen, die sich dort versammelt hatten, zogen dann auf den Neustädter Markt, wo sie das kleine Häuflein bürgerlicher Demonstranten geradezu erdrückten, und als die Musik die „Wacht am Rhein“ intonierte, sang die ganze Arbeitermasse das Lied nach dem Text von Hermann Greulich mit:

Heran, heran, du kühne Schar!
Es bläst der Sturm, es fliegt das Haar.
Ein Ruf aus tausend Kehlen braust
Zum Himmel hoch ballt sich die Faust.
Es wirbelt dumpf das Aufgebot;
Es flattert hoch die Fahne rot; —
Arbeitend leben oder kämpfend den Tod!

Es ist das Lied, wegen dessen wohl später in der Tessendorfzeit August Heinsch zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden ist, obwohl er nachweisen konnte, dass es seit Jahren unbeanstandet in Mosts Arbeiterliederbuch gestanden hatte und verbreitet worden war. Nachdem man so den Chemnitzer Bourgeois die Festfreude gründlich verdorben hatte, ertönte von allen Seiten der Ruf: „Auf nach dem Schützenplatz! Most wird sprechen!“ Und so ordnete sich denn die Masse in einer grossen Marschkolonne. Vorangetragen wurde ihr ein grosses Transparent, auf dem zu lesen war:

„40 000 Tote auf deutscher Seite, mehr noch erschlagene Franzosen; die Verwundeten sind zahllos; und ihr feiert Feste zur Verherrlichung solcher Schmach! Nieder mit den Mordspatrioten!“

Als dieser mächtige Arbeiterzug durch die Strassen in den wohlhabenden Stadtteilen zog, glaubten die „Reichstreuen“, dass der Festzug komme, brannten bengalische Feuer ab und stimmten mit stärkster Lungenkraft in das Hoch auf die Internationale ein, das die einherziehenden Arbeitermassen ausbrachten. Auf dem Schützenplatze hielt dann Most noch eine kräftige Ansprache, in der er besonders das Schicksal der Veteranen beklagte, von denen sich einige dem Demonstrationszug angeschlossen hatten.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

„Dann wirds am Ende heissen:
Ein Vogel ohne Nest;
Drum Bruder, nimm den Bettelstab,
Soldat bist du gewest."

Diese Prophezeiung Mosts ist allerdings an den Kriegsteilnehmern bis zum heutigen Tage zur furchtbaren und empörenden Wirklichkeit geworden.

Die Sedandemonstration 1872 aber war der einstweilige Abschluss der Mostschen Tätigkeit in Chemnitz. In den nächsten Tagen fand der Mainzer Parteitag statt, an dem Most einen hervorragenden Anteil nahm. Von Mainz aus ging er nach Koburg zu dem alten Achtundvierziger Wintersberg, einem fleissigen Mitarbeiter der Chemnitzer „Freien Presse". Dort fand er den erwarteten Steckbrief vor, der ihn zur Verbüssung seiner stark aufgelaufenen Strafsumme unfreundlich einlud. Most dachte nicht daran, sich der Strafe zu entziehen, wollte sich aber auch nicht per Schub nach Chemnitz zurückbringen lassen und suchte sich deshalb mit Hilfe von Wintersberg möglichst unkenntlich zu machen. Trotzdem wurde er auf der Fahrt nach Chemnitz in Hof verhaftet und ins Chemnitzer Gefängnis abgeliefert, wo er zunächst eine achtwöchige Strafe wegen Beleidigung des Staatsanwalts und der Geschworenen im Leipziger Hochverratsprozess abbüsste; denn auch auf die Verurteilung Bebels und Liebknechts hatten die Arbeiter von Chemnitz und Umgebung mit mächtigen Protestversammlungen geantwortet, in denen zumeist Most referiert und eine Resolution zur Annahme gebracht hatte, in der die Versammelten erklärten, dass sie die Schuld von Bebel und Liebknecht auf sich nähmen und verlangten, gleichfalls wegen Hochverrats angeklagt zu werden. Von diesen Reden rührte der kleinere Teil der Mostschen Strafe her; der grössere Teil folgte wegen einer Festrede, die Most Ende August 1872 bei einem Arbeiterfest im „Elysium" gehalten hatte. Most hatte darin von dem Massenmord von Sedan gesprochen, und die Anklage daraus gemacht, er habe von Massenmördern gesprochen und damit den Höchstbefehlshaber des deutschen Heeres, den Kaiser, beleidigt. Mosts Entlastungszeugen waren der Schneider Willkomm, der Schriftsetzer Johannes Fischer und der Buchdrucker Reichert, der Leiter des Betriebes der „Freien Presse". Sie gaben vor der Vereidigung

die Erklärung ab, dass sie zwar bereit seien, die Schwurformel herzusagen, aber bemerken müssten, dass sie an einen persönlichen Gott nicht glaubten, worauf das Gericht beschloss, sie nicht zu vereidigen. Auch die oberen Gerichte fanden an dieser Praxis nichts auszusetzen, und so wurde Most auf Grund der Aussagen der Polizeibeamten zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, die er in der Landesstrafanstalt Zwickau verbüssen musste. Noch ehe er sie verliess, wies ihn der Chemnitzer Stadtrat aus und drohte, ihn im Fall seiner Rückkehr ins Arbeitshaus zu stecken. Auch sein Versuch, im benachbarten Schlosschemnitz Wohnung zu nehmen, hatte nur die Ausdehnung des Ausweisungsbefehls auf den Bezirk der Chemnitzer Amtshauptmannschaft zur Folge, und auch hier hatte man den Geschmack, ihm zu drohen, dass man ihn per Schub nach seiner Heimatstadt Augsburg bringen werde, wenn er nicht sofort aus der Chemnitzer Gegend verschwände. Diese Ausweisungsbefehle sind bis Mitte des Jahres 1876 in Kraft geblieben, und Mosts Wirksamkeit in Chemnitz hatte damit zunächst ein Ende erreicht.

Es bleibt von ihr nur nachzutragen, dass Mosts leidenschaftlicher Glaube an die Wahrheit und den Sieg der sozialistischen Prinzipien eine starke Wirkung nicht nur auf die Arbeiter, sondern auch auf eine Anzahl von Intellektuellen ausgeübt hat. Der schlechteste unter ihnen war ein Freidenker Raphael Schütz, mit richtigem Namen Emil Kästel, der freireligiöse Sonntagspredigten zu halten pflegte, die er aus den Schriften Dietzgens und anderer Denker wörtlich abgeschrieben hatte. Auch sonst ein Schwindler, der Mosts leicht zu gewinnendes Vertrauen missbrauchte, wurde er bald mit Schimpf und Schande aus der Partei fortgejagt, und so oft er auch versuchte, mit seinen oberflächlichen atheistischen Tiraden wieder Anschluss an die Arbeiterklasse zu gewinnen, streng von ihr ferngehalten, zumal er inzwischen mehrere entehrende Strafen erlitten hatte. Der bedeutendste unter Mosts Freunden aus dem Kreise der Geistesarbeiter war der Schauspieler Karl Weiser (Pseudonym: Siegfried), der spätere Dichter der Jesus-Tetralogie. Ihn hatte Most so fortgerissen, dass er gelegentlich selbst in den Volksversammlungen das Wort ergriff, um sich vor der Rache der Bourgeoisie zu schützen, mit einer schwarzen

Binde über das Gesicht. Trotzdem wurden seine Beziehungen zu Most bekannt und hatten den sofortigen Boykott Weisers durch alle Honoratioren und zahlenden Theaterbesucher zur Folge. Sogar eine Vorlesung seines Dramas „Napoleonische Sünde oder Maximilian von Mexiko“ in der Kasinogesellschaft wurde schleunigst abgesagt, worauf zum Trotz das Stück zuerst im Feuilleton der „Freien Presse“ erschien. Weisers Nachdichtung der Marseillaise mit dem Refrain: „Die neue Rebellion, die ganze Rebellion“, ist wohl allerorten schon gesungen worden.

Endlich bleibt noch zu erwähnen, dass sich Most in Chemnitz mit Klara Hänsch verlobte und später nach seiner Entlassung aus Zwickau mit ihr verheiratete. Die Ehe war unglücklich, da die Frau, die Tochter eines in der Umgegend von Chemnitz stationierten Gendarmen, lediglich durch Mosts Berühmtheit geblendet war, aber keinerlei tieferes Verständnis für seinen idealen Kampf und seine opfermutige Gesinnung besass. Während Mosts wiederholter langer Gefängnisstrafen hat Klara Most meist in Chemnitz gewohnt, und der Verkehr der auffallend schönen und unbefriedigten Frau mit anderen Führern der Arbeiterbewegung gab zu vielen Klatschereien und hässlichen Auseinandersetzungen in der Chemnitzer Parteibewegung Anlass. Im Jahre 1882 ist Frau Most, die von ihrem Manne seit längerer Zeit getrennt lebte, in London gestorben.

An die Stelle Mosts als Leiter der „Chemnitzer Freien Presse“ war im Juli 1872 Vahlteich getreten. Seine Lebensdaten hat er im Reichstagshandbuch für 1874 folgendermassen angegeben:

Vahlteich, Karl Julius, Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse“ in Chemnitz. Geboren am 30. Dezember 1839 zu Leipzig (Deutsch-Katholik). Besuchte die Ratsfreischule zu Leipzig. Reiste als Schuhmachergeselle durch einen grossen Teil Deutschlands. War zunächst für die kaufmännische Laufbahn bestimmt, wurde Schuhmacher, um das Geschäft des Vaters zu übernehmen. Als Schuhmacher in Leipzig etabliert von 1861 bis 1863, wandte sich später kaufmännischer und journalistischer Tätigkeit zu. Mitgründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, trennte sich 1864 von Lassalle, war seit 1861 in der Arbeiterbewegung tätig.

Einen stärkeren Gegensatz als den der beiden Naturen von Most und Vahlteich kann man sich kaum vorstellen. Die

Unterschiedlichkeit ihres Wesens ist so gross, dass der eine für den anderen niemals Verständnis gewonnen hat. Vahlteich gibt in seinen Memoiren der Auffassung Ausdruck, dass Most in Chemnitz mehr geschadet als genutzt habe, während Most in den seinen Vahlteich den grossen Einschläferer der Chemnitzer Arbeiterbewegung nennt. Beides ist gleich ungerecht. Wenn Most der grosse Aufrüttler der Chemnitzer Arbeiter aus faulem Schlafe war, so war Vahlteich ihr grosser Erzieher. Die Liebe und Verehrung, die Most noch heute unter den alten Genossen geniesst, hat Vahlteich sich gerade deshalb niemals im gleichen Masse erringen können. Mit Absichtlichkeit und Nachdruck beseitigte er alle die agitatorischen Aeusserlichkeiten, mit denen Most unbedenklich gearbeitet hatte. Es fielen die österreichischen Mützen, die Most eingeführt und Genosse Schneider Willkomm, auch vom Vorstandstisch aus, kräftig vertrieben hatte. Abgetan wurden alle äusseren Zeichen der Parteizugehörigkeit, mit denen die jüngsten Genossen bis dahin am stolzesten umherspaziert waren. Vahlteich verschmähte das akzentuiert Proletarische in der eigenen Lebensführung. Er ging zuweilen lieber in das Theater als in die Parteilokale und verschmähte ein Glas Bier in den bürgerlichen Kneipen nicht, wenn es dort besser schmeckte und sauberer gehalten war. Er fehlte nicht in den Zusammenkünften der Genossen, wenn eine wichtige Frage zu beraten war, aber er versuchte nicht, die Mostsche Allgegenwärtigkeit durchzuführen, das ununterbrochene Reden Abend für Abend, das schliesslich doch nur auf Kosten der eigenen Gesundheit und Kultur durchgeführt werden konnte. Er galt weiten Kreisen der Parteizugehörigen als wohlbezahlter und auf seinen Vorteil bedachter Angestellter, aber insgeheim riskierte er wiederholt seine bescheidenen Ersparnisse für das Unternehmen und lebte wie ein Einsiedler, während er nach aussen hin den vornehmen Rock trug. Aber abgesehen von diesem äuserlich Greifbaren, welch ein Unterschied in der ganzen Agitationsweise, in der ganzen Parteiauffassung! Vahlteich war von allen Sozialdemokraten der damaligen Zeit sicherlich am meisten von Illusionen frei. Ein nüchterner klarer Kopf, täuschte er sich nicht im gleichen Masse wie die heisseren Naturen über die Nähe des proletarischen Sieges, sondern sah die Längen und Mühen des Weges voraus.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Darum schätzte er die Begeisterung gering, die Mosts hoffnungsfrohe Schwärmerei weckte und die ja natürlich keine Heringsware war, die man einpökeln konnte für viele Jahre. Nicht auf Leidenschaft, sondern auf unterscheidende Erkenntnis wies er immer wieder die Arbeiterschaft hin, wie er selbst auf ihr fusste. Hatte Most mit Feuer und Schwert wie ein Muslim unter den Feinden der wahren Lehre gewütet, so versuchte Vahlteich gerecht zu sein, den Beamten, die die Gesetze anwenden mussten, wenn sie es vernünftig und ohne Gehässigkeit taten, nicht deren Inhalt zur Last zu legen, das Wahre auch aus den Worten des Gegners herauszuhören. Wie abgeklärt Vahlteich schon damals war, zeigt am besten seine Stellung gegenüber den Lassalleanern. Man könnte glauben, dass er, der sich zuerst von Lassalle losgesagt, und Bitteres von ihm erfahren hatte, der fanatischste Bekämpfer des Lassalleanismus gewesen wäre. Aber weit gefehlt! Seine Artikelserie aus dem Jahre 1872 über den Parteikampf zwischen den Sozialisten in Deutschland würdigt Vorzüge und Schwächen des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ mit fast genau denselben Worten, die zwei Jahre später Schweitzer in seinem berühmten Einigungsbrief wählt. Und in einer Zeit, wo es unter den Anhängern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei noch als eine ausgemachte Sache galt, dass Schweitzer ein Polizeispitzel sei, der sich wie ein Sechsgroschen-Junge an Bismarck verkauft hätte, erklärte Vahlteich doch schon kurz und bündig: „So berechtigt der Verdacht gegen Schweitzer ist, so wenig tatsächliche Beweise sind für seine Schuld vorgebracht worden.“ Kurz, Vahlteich vermied jegliche Demagogie und sogar alles, was als Demagogie hätte ausgelegt werden können. Das trug ihm bald den Titel Bourgeois-Sozialist und mancherlei Feindschaft ein, hat aber doch bis zum heutigen Tage in Chemnitz seine Früchte getragen, indem es die Herrschaft des Schlagwortes und der Phrase brach und das kritische Unterscheidungsvermögen für Wort und Wahrheit weckte.

Um den ganzen Unterschied Mostscher und Vahlteichscher Art plastisch herauszuheben, seien hier die Danksagungen an ihre Wähler nach dem Wahlsiege von 1874 vorweggenommen. Most schrieb begeistert, begeisternd und hoffnungsfroh:

An die sozialdemokratischen Wähler von Chemnitz und Umgebung!

Freunde und Parteigenossen!

Das Resultat der Abstimmung in Eurem Wahlkreise hat mich in grossartiges Erstaunen versetzt, denn Ihr habt einen Sieg erfochten, der gewiss die kühnsten Erwartungen eines jeden übertraf.

Für das mir in so grossem Massstabe entgegengebrachte Vertrauen danke ich hiermit bestens und verspreche zugleich, mich in jeder Hinsicht desselben würdig zu zeigen.

Im Verein mit den übrigen sozialdemokratischen Volksvertretern werde ich jederzeit energisch gegen die Vergewaltigung des arbeitenden Volkes protestieren. Den politischen Heuchlern will ich die Larve vom Gesicht reissen und den Vorhang lüften, welcher das Komödienspiel verhüllt, das zu Berlin aufgeführt wird.

Wohl wird die sozialdemokratische Minderheit, welche im kommenden Reichstage sitzen wird, nicht in der Lage sein, gegen den Willen der vereinigten Volksfeinde die ganze Gesetzgebung umzugestalten, allein sie wird immerhin manchen nicht würdigen Plan zu vereiteln vermögen. Mindestens wird sie bei jeder Gelegenheit den Herren Volksvertretern die ungeschminkteste Wahrheit ins Gesicht schleudern. Und dies wird gewiss nicht ohne Wirkung bleiben.

So lange mich die bekannten kleinlichen Polizeischikanen verhindern, persönlich in Eurer Mitte zu erscheinen, werde ich durch die „Chemnitzer Freie Presse“ Bericht über mein Verhalten nach jeder Session des Reichstages erstatten. Ist aber der Bann Eurer Polizei einmal von mir gewichen, dann werde ich stets mündlich über mein Tun und Lassen Rechenschaft ablegen.

Was ich Euch jetzt noch zu sagen mich gedrungen fühle, das ist die Ermahnung, Euch nicht dem Wahne hinzugeben, als sei nun genug getan. Ich fordere Euch vielmehr auf, unablässig an der Organisation weiter zu bauen, um gegen jedwede Eventualität gewappnet zu sein.

Je stärker die Wogen der Arbeiterbewegung anschwellen, desto heftiger werden die Kapitalisten und deren Helfershelfer gegen dieselbe ankämpfen. Die Fabrikantenbünde schiessen wie Pilze aus der Erde und die Unterjochung der Arbeiter wird immer systematischer betrieben.

Darum muss der Bruderbund der Proletarier aller Länder fort und fort weitere Ausbreitung erlangen, die Sozialdemokratie muss ihre Reihen Tag für Tag vermehren können, neue Streiter müssen ihr ununterbrochen zuströmen. Also müsst Ihr Mann für Mann der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beitreten, damit Ihr imstande seid, mit vereinten Kräften gegen Eure Widersacher einzuschreiten.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Nochmals meinen herzlichsten Dank für Euer einmütiges Auftreten am Wahltage; ich werde meine Pflicht zu erfüllen wissen!

Mainz, den 15. Januar 1874.

Mit sozialdemokratischem Brudergruss und Handschlag

Euer Johann Most.

Und unter diesen feurig flammenden Worten standen die folgenden kühlen, nüchternen, gemessenen Zeilen von Vahlteichs Hand:

An die Wähler des 15. Wahlkreises!

Indem ich mich der angenehmen Pflicht entledige, den Wählern, welche mir am 10. Januar ihre Stimme gaben, für das mir geschenkte Vertrauen zu danken, spreche ich die Hoffnung aus, dass es mir gelingen werde, mich dieses Vertrauens vollständig würdig zu zeigen.

Aber mein Bestreben wird nicht bloss darauf gerichtet sein, die Freunde zu befriedigen, sondern einen Teil der Gegner zu gewinnen. Nachdem die hitzigen Gefechte der Wahlkampagne beendigt sind, wird so mancher Wähler geneigt sein, ruhiger zu prüfen, was denn wohl Wahres an den zahllosen Beschuldigungen und Verdächtigungen ist, welche in den letzten sechs Wochen gegen meine Freunde und mich geschleudert worden sind, und ich fürchte nicht, dass solche Prüfung zu unseren Ungunsten ausfallen werde.

Ueber die Tätigkeit des Reichstages werde ich nach Einberufung desselben täglich in der unter meiner Leitung stehenden „Chemnitzer Freien Presse“ Berichte erstatten, und es sollte mir angenehm sein, wenn dieses Blatt im 15. Wahlkreis einen recht zahlreichen Leserkreis erwerben könnte, weil auf diese Weise am leichtesten die geistige Verbindung zwischen meinen Wählern und mir sich herstellen liesse. Daneben werde ich nicht ermangeln, auch mündlichen Bericht zu erstatten.

Nicht unterlassen will ich, den engeren Parteigenossen im Namen unserer Partei Anerkennung für ihre unermüdliche Tätigkeit und musterhafte Haltung während des letzten Wahlkampfes zu zollen. Eine grossartige Kraftanstrengung, die nur möglich war als Folge der Begeisterung für eine gute Sache, liegt hinter uns. Zeigen wir nun auch, dass wir nicht minder Bedeutendes zu leisten vermögen durch zähe Ausdauer im ruhigen, besonnenen Streben, dann wird uns der nächste Wahlkampf leicht werden.

Chemnitz, am 19. Januar 1874.

Julius Vahlteich.

Vahlteich fand zunächst die grosse Aufgabe vor sich, die „Chemnitzer Freie Presse“ gesund zu machen; denn die

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

praktische Fähigkeit, ein Druckunternehmen finanziell gut zu erhalten, hatte der stürmische Most natürlich nicht gehabt, wenn er auch für ein noch so niedriges Gehalt arbeitete und dem Blatte noch so viele Versammlungseinnahmen zuwandte. Jetzt jedenfalls machte sich Vahlteich ans Werk und half eine Kommanditgesellschaft C. G. Schubert & Ko. gründen, die die Genossenschaftsdruckerei betreiben sollte. Anteilscheine zu 10 Talern wurden ausgegeben, die in Bons a 25 Pf. eingezahlt wurden, und so der Betrieb ein wenig von den drückendsten Schulden entlastet. Sobald Vahlteich sich dann überzeugte, dass Schubert nicht der richtige Mann für die Verwaltung des Unternehmens sei, setzte er seine Entfernung durch und übernahm nach einer kurzen Zwischenzeit, in der Rübner die Verwaltung führte, selbst ausser der Redaktion auch die geschäftliche Leitung des Unternehmens. Dabei kam es namentlich aus Anlass der Entfernung Schuberts durch Kündigung von Krediten zu Krisen, die die Gefahr des Eingehens für das Blatt unmittelbar heraufführten. Doch gelang es stets, einmal durch Rübner in Leipzig beim Genossen Rechtsanwalt Freytag und ein anderes Mal durch Vahlteich in Berlin, die nötigen Summen aufzubringen, um die Fortsetzung des Druckes zu ermöglichen, und im Jahre 1877 erzielt die „Chemnitzer Freie Presse“ zum erstenmal bei 25 000 Mark Umsatz 800 Mark Ueberschuss, wovon 6 Prozent Dividende zur Verteilung gelangten. Dabei verschlangen freilich die vielen Prozesse — die Geldstrafen wurden abgesessen — ungeheure Summen, und die Versorgung der zu Freiheitsstrafe verurteilten Redakteure machte stetig Sammlungen für den Inhaftiertenfonds nötig, dem auch der Ertrag der Feste, Wettgelder und Spielgewinne reichlich zuströmten. Sogar einen Polstersessel stifteten die Chemnitzer Arbeiter für Most und die Redaktionszelle im „Roten Turm“.

Diese geschäftliche Tüchtigkeit machte Vahlteichs Stellung sicherer, als sie sonst vielleicht geworden wäre, und half ihm auch über die schwere Krise hinweg, die im Frühjahr 1873 Vahlteichs Chemnitzer Tätigkeit ein Ende zu setzen drohte. Der Streit entstand aus einem Artikel Lysers über die Anfang 1874 bevorstehende Reichstagswahl, in dem ziemlich unumwunden empfohlen wurde, nicht Most aufzustellen, der ja an der Agitation doch nicht teilnehmen könnte, sondern eine Persönlichkeit, die nicht so sehr die erbitterte

Feindschaft aller nicht schon auf die Partei eingeschworenen Bevölkerungselemente herausfordern müsste. Dieser Artikel rief die grösste Empörung unter den Chemnitzer Arbeitern hervor. — Sie sollten Most aufgeben, weil die Bourgeoisie ihn hasste oder weil irgendein Stadtrat, Poltrack hiess der kleine Geist, einen Ausweisungsbefehl gegen Most geschleudert hatte?! Niemals! So erliessen sie denn im „Volksstaat“ eine Erklärung, die sich die Redaktion der „Freien Presse“ allerdings nicht hinter den Spiegel stecken konnte. Sie warfen ihr persönliche Gehässigkeit, unerhörte Beschimpfungen Mosts und Mangel am einfachsten Anstandsgefühl vor und versicherten, dass eher die gegenwärtigen Redakteure des Blattes sich die Finger krumm schreiben könnten, als dass die Arbeiter von Chemnitz Most im Stiche liessen. Unterzeichnet war der hahnebüchene Artikel von Richard Wolf (Chemnitzer Maschinenbaugesellschaft vorm. Münnich & Ko.), Heinrich Renk und Karl Moritz Riemann (Sächsische Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann), Johann Sirkal und Gustav Fischer, Tischler, E. Willkomm, Hermann Weck, Doberenz und Georg Schöffel, Schneider, Adolf Geilhof (Werkzeugmaschinenfabrik „Vulkan“). Das waren Namen, die in der Chemnitzer Parteibewegung jeder kannte, waren die berufenen Vertreter der grössten Betriebe. Vahlteich zog aus dem Schreiben die notwendigen Folgerungen und verlangte eine Entscheidung der Chemnitzer Parteigenossenschaft, ob er noch ferner ihr Vertrauen geniesse, oder ob sie diesem Angriff, der, aus Feindseligkeit und Misstrauen geboren, ihn nach aussen hin diskreditiere, auch ihrerseits beitreten wolle. In einer stürmischen Versammlung der Parteigenossenschaft erhielt Vahlteich mit 41 gegen 29 Stimmen ein halbes Vertrauensvotum. Der Beschluss bedauerte, dass die Auseinandersetzung zwischen „Volksstaat“ und „Freier Presse“ in offene Feindseligkeit ausgeartet sei, erklärte indessen den Streit für erledigt. Zwischen der Redaktion und den Chemnitzer Genossen bestehe kein Zerwürfnis, insbesondere geniesse Vahlteich noch das volle Vertrauen. Die Reichstagskandidatur würden die Chemnitzer Genossen in Gemeinschaft mit der Landesversammlung nach gründlicher Prüfung dem Würdigsten übertragen.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Trotz dieser Entscheidung zitterte der Streit noch eine Zeitlang nach, und bald bekam Vahlteich vom Aufsichtsrat der Genossenschaftsdruckerei sogar eine formelle Kündigung. Daraufhin erklärte auch Burmeister-Lyser, der den anstössigen Artikel verfasst hatte, nicht länger in Chemnitz bleiben zu wollen. Sein Scheiden aus der Redaktion scheint die Versöhnung Vahlteichs mit den Chemnitzer Genossen vollends herbeigeführt zu haben. Es stellte sich nämlich plötzlich heraus, dass Lyser heimlich mit den Lassalleanern Beziehungen angeknüpft hatte und der Eisenacher Parteitag von 1873 sah sich daher gezwungen, ihn auf Wunsch der Chemnitzer Parteimitgliedschaft aus der Partei auszuschliessen. An sich hätte man gerade in Chemnitz sicherlich am allerwenigsten Anstoss daran genommen, wenn ein Parteigenosse für die Einigung der streitenden Fraktionen wirken wollte. Hatte doch schon im Jahre 1870 ein Chemnitzer Genosse, der Schneider Aug. Kühn, derselbe, der mit dem Braunschweiger Ausschuss nach Lötzen geschleppt wurde, einen offenen Brief an die deutschen Arbeiter erscheinen lassen, der die Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien wenigstens zum Zweck der Wahlagitation forderte, und den Vorschlag mit längerer Begründung dazu auf Kosten der Bremer Mitgliedschaft des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ als Broschüre erscheinen lassen. Lyser aber hatte sich, während er Redakteur an einem Blatte der Eisenacher Richtung war, bei den Lassalleanern um eine Stellung beworben, und als ihm dies von dem Zeugschmied Lampe, einem der treuesten Lassalleaner in Chemnitz, in einer Versammlung vorgehalten wurde, das einfach abgestritten und es darauf ankommen lassen, dass er erst in einem Beleidigungsprozess vor Gericht durch Vorweisung seines eigenen Briefes überführt wurde. Sonach konnte ihn die Partei unmöglich länger in ihren Reihen dulden, und Lyser ist dann nach einem kurzen Zwischenspiel in Braunschweig, wo er gegen Bracke wühlte, nach den Vereinigten Staaten gegangen und dort in kapitalistischen Pressdienst getreten. Die endgültige Wiederherstellung der Einigkeit in Chemnitz brachte die im Auftrage der Genossen von der Redaktion der „Freien Presse“ einberufene Landesversammlung vom 13. Juli 1873, die ebenso wie die des Jahres zuvor in Chemnitz stattfand. Sie besetzte 22 sächsische Kreise mit Kandidaten und bildete mit

ihren 96 Delegierten aus 58 Ortschaften ein hoffnungsvolles Vorzeichen für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf. Für Chemnitz wurde Most einstimmig nominiert, und der Widerspruch, den einige grollende Chemnitzer noch gegen die Aufstellung von Vahlteich als Kandidaten für Frankenberg-Mittweida (Sachsen 15) erhoben hatten, wurde auch zurückgezogen, sodass auch hier der Nominierung nichts mehr im Wege stand.

An die Stelle Lysers trat in die Redaktion der jugendliche Max Kegel aus Dresden (geb. 1850), ein formgewandter Plauderer und Dichter, dem das Wort leicht und glatt aus der Feder floss, so schwer es ihm in grosser Versammlung vom Munde gehen wollte. Schon Most hatte zur „Freien Presse“ eine wöchentliche humoristische Beilage unter dem Titel „Der Nussknacker“ geschaffen; in der bedrängtesten Zeit war sie wieder eingegangen, aber Anfang 1873, seitdem das Blatt in vergrössertem Format erschien, unter dem Titel „Chemnitzer Raketen“ von Lyser neu ins Leben gerufen worden. In diesen „Raketen“ entfaltete Max Kegel die glänzendsten Seiten seines frischen Formtalents und schuf Kampf- wie Spottgedichte, die sich zum grossen Teile bis auf den heutigen Tag in der Wertschätzung des arbeitenden Volkes behauptet haben. Zusammen mit A. Otto-Walster, der damals den „Dresdner Volks-Boten“ leitete und ebenso beliebt als Festredner wie als Romanschriftsteller („Am Webstuhl der Zeit“, „Braunschweiger Tage“) war, schuf Max Kegel die Anfänge einer proletarischen Dichtung und erweiterte die Agitation auf den Kreis derer, die einer feuilletonistischen Beeinflussung leichter zugänglich waren als einer rein politischen. Freilich wurden diese „Raketen“, die 1876 wieder in „Nussknacker“ umgetauft wurden, für die Redaktion eine Quelle dauernder Verfolgung, denn ihr Witz störte die Verdauung der Bourgeoisie. Von den Strafen, die auf die „Freie Presse“ und die „Raketen“ niederknatterten, soll noch weiterhin versucht werden, ein Verzeichnis zu geben.

Einstweilen haben wir ein Ereignis nachzuholen, das Anfang des Jahres 1873 die Aufmerksamkeit der Parteigenossen im höchsten Masse fesselte und der ganzen Parteibewegung neue Frische brachte — wir meinen die Nachwahl im 17. Kreis, die dadurch notwendig geworden war, dass Bebel ausser der Festungsstrafe im Leipziger Hochverratsprozess

auch wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Zwickau und Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte verurteilt worden war. Mit leidenschaftlichem Eifer stürzten sich die Parteigenossen nicht nur von Glauchau-Meerane, Chemnitz und Sachsen, sondern von ganz Deutschland in die Nachwahlschlacht. Die Berliner sandten Ignaz Auer, der kurz darauf zum erstenmal auch in Chemnitz sprach und bis zum Ausnahmegesetz oft und gern hierher zurückkehrte, die Hamburger York, die Dresdner Walster, die Leipziger Fink, die Crimmitschauer Motteler und Stolle und die Chemnitzer Lyser in den Wahlkreis, und nicht weniger als 17 Versammlungen wurden in den letzten drei Tagen vor der Wahl abgehalten. Am 20. Januar 1873 fiel die Entscheidung: mit gewaltig gestiegener Mehrheit wurde Bebel von den Wählern in den Reichstag zurückgesandt. Der Kampfruf: „Befreit unsern Bebel aus dem Gefängnis!“ hatte wahre Wunder bewirkt. Nie zuvor und bis auf den heutigen Tag nicht wieder hat im 17. Kreis ein sozialdemokratischer Kandidat eine so ungeheure Mehrheit auf sich vereinigt, wie Bebel in jenen Tagen, da er mit 10 470 Stimmen den bürgerlichen Verlegenheitskandidaten Bezirksgerichtsdirektor Petzold schlug, der es auf ganze 4240 Stimmen brachte. Dass aber der Sieg nicht durch unlautere Mittel errungen war, bezeugte folgendes Inserat, das am Tage nach der Schlacht der besiegte Gegner veröffentlichte:

„Bei der soben beendeten Reichstagswahl im hiesigen Wahlbezirk haben mich die Freunde wie die Gegner meiner Wahl verpflichtet, ihnen zu danken, die ersteren durch das Vertrauen, welches sie bestimmte, ihre Wahl auf mich zu richten, die letzteren durch die Art und Weise, wie sie bei der Wahl Person und Sache trennten, beide aber durch die Gesinnung, welche sie aus Anlass der Wahl in Beziehung auf meine Person und meine amtliche Tätigkeit kundgegeben haben. Persönlich vom Ausgange der Wahl, die ich nicht gesucht habe, nicht weiter berührt, ist es mir eine wohltuende Pflicht, diesen Dank hiermit öffentlich auszusprechen.

Glauchau, den 21. Januar 1873.

Ernst Petzold, Bezirksgerichtsdirektor.“

Die bürgerlichen Parteien fanden freilich, dass sie mit diesem anständigen Kandidaten nicht sehr glänzend abgeschnitten hätten, und sind seitdem wenigstens bei uns nie

wieder rückfällig geworden — — in die Anständigkeit. Das Echo, das Bebels Wiederwahl in der liberalen Presse weckte, klang denn auch erheblich unfreundlicher als die Bekanntmachung seines Gegenkandidaten. So schrieb z. B. im „Leipziger Tageblatt“ ein journalistischer Gemütsathlet, der Weihrauch der Stimmzettel werde dem sozialen Heiland in Hubertusburg gar süss duften, aber freizulassen brauche man ihn deshalb nicht. Und so entschied denn auch wirklich der „liberale“ Reichstag!

Diese Nachwahl war ein ausgezeichnetes Symptom für die allgemeinen Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874, bei denen dann allerdings die bürgerlichen Parteien viel grössere Anstrengungen machten. In Chemnitz hatten sie zu ihrem Kandidaten den Breslauer Handelskammersekretär Eras ausersehen, der ehemals den grossen Arbeiterfreund gespielt hatte, aber seit ihn die Bourgeoisie in Brot und Lohn genommen hatte, mit Begeisterung deren Lied sang und vor den grössten Scharfmachereien nicht zurückschreckte, ja schon im Jahre 1873 in einer Broschüre die Massregelung der „Kathedersozialisten“ forderte. Kurz, er war ein echter Liberaler von jenem Schlage, den Byrons Verse kennzeichnen:

Sie haben Königsmördern Ruhm verliehen
Und später alle Könige gelobt.
Sie haben „Hoch die Republik!“ geschrien
Und später gegen Republik getobt.
Jetzt sind sie liberal, doch stets erbötig,
Den Rock zu wechseln, und die Haut, wenn nötig.

Sein Wahlkomitee eröffnete den Kampf mit einer Reihe wüster Beschimpfungen Mosts, dem sie unter anderem nachsagten, dass er die Chemnitzer „niederträchtige, feige, elende Mastbürger“ genannt habe. Ein Ausdruck, der allerdings auf die ausgemergelten Gestalten der Chemnitzer Weber und Wirker nicht gut hatte gemünzt sein können. Gegen diese hässliche persönliche Kampfesweise wandte sich ein offener Brief an die „Freie Presse“, der anonym erschienen ist, aber sicherlich von niemand anderem als von Bebel aus Hubertusburg geschrieben sein kann. Er erinnerte daran, dass Eras 1865 Redakteur der „Industriezeitung“ in Chemnitz gewesen war und in jener Zeit an seine Freunde nach Leizpig, wo er in der „Mitteldeutschen Zeitung“ als Demokrat gearbeitet hatte,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Briefe geschrieben hatte, worin er sich aufs lebhafteste über den Kastengeist, die Roheit und Unbildung der Chemnitzer Fabrikanten beklagte. Chemnitz sei — so hatte der Eras von 1865 geschrieben — das elendeste Nest in ganz Deutschland für einen geistig regsamen Menschen. 1866 aber hatte Eras eine Gefängnisstrafe erlitten, weil er gar zu stürmisch für die Befreiung Sachsens vom Wettiner Königshaus und seine Einverleibung nach Preussen plädiert hatte. Danach hielten es die Liberalen freilich nicht mehr für angebracht, auf die persönliche Stellung der beiden Kandidaten zu Chemnitz und Sachsen näher einzugehen. Sie rächten sich für ihre erste moralische Niederlage durch einen Wahlaufruf, der noch heute als Muster für sämtliche Reichsverbandsflugblätter dienen könnte. Da war von den Peterspfennigen der Arbeiter die Rede, die von prassenden Demagogen verschlemmt würden — Most hatte 6 Taler Wochenlohn gehabt! —, von Leuten, die einmal Arbeiter gewesen seien, jetzt aber eine Unternehmung betrieben, nämlich die Sammlung und Ausraubung von Agitationsfonds. Die Sozialisten seien heimliche Verbündete der Jesuiten, Verherrlicher der Mordbrenner der Pariser Kommune, eine Gefahr und Schande für das deutsche Vaterland.

Unsere Gegenagitation war in hohem Masse durch das Fehlen der besten Agitatoren gehemmt. Bebel und Liebknecht sassen in Hubertusburg, Most war ausgewiesen, Auer wurde in Mittweida und Uhle in Freiberg festgenommen und in Untersuchungshaft behalten, der erstere nach einigen Tagen gegen eine hohe Kaution und das Versprechen, Dresden nicht zu verlassen, wieder freigegeben, letzterer schliesslich, aber zu spät, bedingungslos entlassen. In Chemnitz selbst erfolgten freilich keine Verhaftungen, weil die Gefängnisse ohnedies überfüllt waren und der verantwortliche Redakteur der „Freien Presse“, der gerade eine kleine Strafe abzumachen hatte, schon nach Mittweida überführt werden musste.

Trotzdem endete die Wahlschlacht mit einem Sieg der Partei auf der ganzen Linie. In Chemnitz wurde Most mit 10 084 gegen 7479 bürgerliche Stimmen im ersten Wahlgange glänzend gewählt, während der Lassalleaner Tölke, den seine Freunde unsinnigerweise als Sonderkandidaten nominiert hatten, volle 119 Stimmen auf sich vereinigte. Noch über-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

raschender und glänzender war aber Vahlteichs Sieg im 15. Kreise, ebenfalls im ersten Gange mit 7197 Stimmen gegen 6744 des nationalliberalen Handelskammersekretärs Dr. Gensel erfochten. In dem ganzen weitausgedehnten Kreise gab es nur noch zwei Dörfer, in denen keine sozialistische Stimme abgegeben worden war. Selbstverständlich war auch Bebel wiederum im 17. Kreis gewählt, und den 19. Kreis hatte sich überlegen Liebknecht zurückgeholt. Endlich hatte August Geib den Freiberger Wahlkreis erobert, in dem die Agitation auch von Chemnitz aus betrieben wurde und in dem Adolf Uhle kräftig vorgearbeitet hatte. Fünf sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von neun überhaupt Gewählten waren somit allein aus dem Chemnitzer Bezirk hervorgegangen, ein Resultat, mit dem sich zu jener Zeit keine andere Gegend auch nur entfernt vergleichen konnte. Die sächsische Bourgeoisie bekam darüber wüste Wutanfälle, und in den „Chemnitzer Nachrichten“ erschien ein Gedicht in wahren Knüppelversen mit dem lieblichen Schluss:

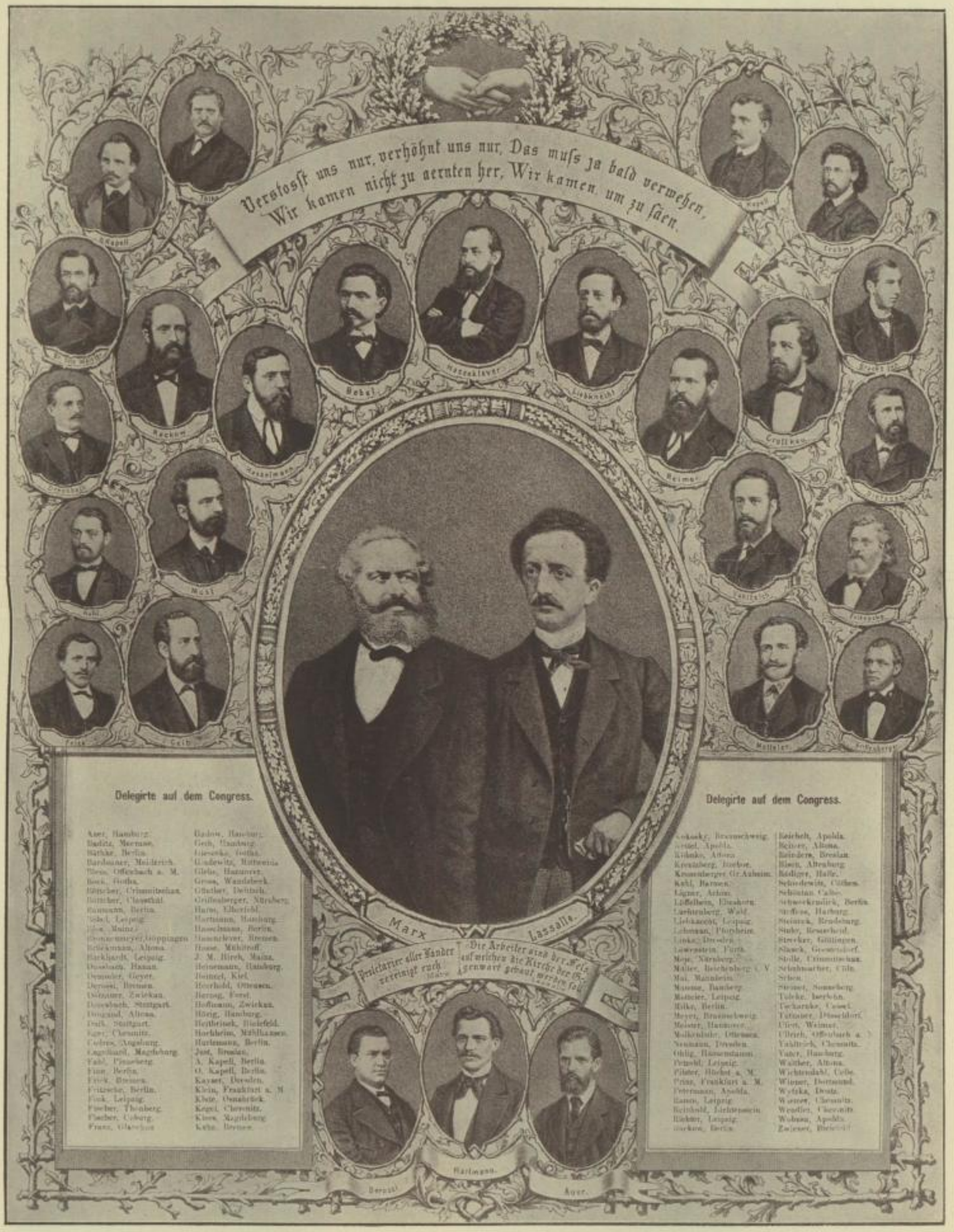
„Knüppel aus dem Sack
Auf das Lügenpack,
Auf das Lumpenpack!“

Getragen von dieser Sehnsucht nach der Alleinherrschaft des Polizeiknüppels nahm denn der Chemnitzer Liberale Verein auch schleunigst eine Resolution an, dass das Reichstagswahlrecht geändert werden müsse, es solle zum mindesten die Wahlpflicht eingeführt werden.

Der grosse Wahlerfolg war nicht zum wenigsten auf die Verbesserung der Parteiorganisation zurückzuführen. Der alte Lassallesche Verein, der auch nach der Gründung der Eisenacher Partei formell zunächst fortbestanden hatte, war schon Ende April 1871 durch einen Sozialdemokratischen Wahlverein ersetzt worden. Jetzt ging man fleissig daran, Volks- und Wahlvereine auch in den Industrie-Vororten zu gründen, die inzwischen ja längst eingemeindet worden sind. Am 20. Juli 1873 wurde nach einem Vortrag von Lyser der Lokalverein Schlosschemnitz gegründet, am 23. Februar 1874 die Parteiorganisation in Gablenz, und ungefähr um dieselbe Zeit gründete Vahlteich den ersten Wahlverein in Kappel mit anfangs nur 14 Mitgliedern, dessen Vorsitzender der von Limbach herübergekommene Genosse Gerber, Schriftsetzer in der „Freien Presse“, wurde. Noch fleissiger wurde die

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Tableau zum Gothaer Einigungskongreß 1875



Chemnitzer Freie Preſſe 1871, Lindenſtr. 5

Schwarzinger Kiehaupt Moſt

Redaktion der Chemnitzer Freien Preſſe 1875

Max Kegel Philipp Wiemer Julius Vahlteich

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Organisationsarbeit betrieben, nachdem auf dem Gothaer Einigungskongress der alte Zwist der Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung auch formell beigelegt und die Parteieinheit in ganz Deutschland hergestellt worden war. Der 13. sächsische Wahlkreis Leipzig-Land gab aus dem Zorn über den Verlust des von Jakoby verschmähten Mandats heraus den Anstoss zur Bildung einer den ganzen Wahlkreis umfassenden Organisation, die zunächst durch Wahlkreiskonferenzen aufrecht erhalten wurde, und bald darauf setzten die Chemnitzer Parteigenossen ein Agitationskomitee insbesondere zur Bearbeitung des 9. und 20. Wahlkreises ein, dessen erster Vorsitzender der Gastwirt Karl Hickethier, ein gemassregelter Metallarbeiter vom 71er Streik, wurde. Auch die Agitation für die Presse wurde nicht vergessen und die Leserzahl der „Freien Presse“ auf über 3000 gesteigert. Das Blatt siedelte 1875 in neue Geschäftsräume in der Poststrasse 27 über. Ebenfalls in der Poststrasse wurde von Hickethier ein mit Schankbetrieb verbundenes Lesezimmer eingerichtet, um den Parteigenossen die gesamte Parteiliteratur bequem zugänglich zu machen.

Eine Anzahl neuer Kräfte trat nunmehr lebhaft in die Agitation ein. In der ersten Versammlung der geeinigten Partei ergriff zum erstenmal der jetzige Reichstagsabgeordnete Richard Fischer das Wort, der Setzer in der „Freien Presse“ war, aber zur politischen Tätigkeit von Vahlteich erst wiederholt gedrängt werden musste. Mehr als durch seine Agitationsarbeit blieb der Plaid-Fischer — so nannte man ihn, weil er nie einen Mantel besass, sondern alles verfügbare Geld für den Theaterbesuch ausgab — den Chemnitzer Parteigenossen dadurch in Erinnerung, dass er einer der Urheber des ersten und einzigen Streiks wurde, der im Chemnitzer Parteiorgan stattgefunden hat. Irgendeine Anordnung Vahlteichs war den Schriftsetzern in der „Freien Presse“ unbillig erschienen, und ehe sie sich an irgendwelche Parteiinstanz gewandt hatten, legten sie die Arbeit nieder, sodass das „Chemnitzer Tageblatt“ sich das Vergnügen einer Extraausgabe mit der Ueberschrift: „Schriftsetzerstreik in der Chemnitzer Freien Presse“ machen konnte. Die Streitigkeiten wurden rasch beigelegt, und in einer erregten Parteiversammlung nach einer deutlichen Aussprache beschlossen, den Fall als erledigt anzusehen. Richard Fischer ist ja wohl

in seinem späteren Leben mit dem, was er damals in Chemnitz als Schriftsetzer gesündigt hat, durch die Schriftsetzer reichlich bestraft worden.

Bedeutungsvoller für die Chemnitzer Parteibewegung wurde die Anstellung Philipp Wiemers als dauernder Agitator, der an Stelle des nach dem Rheinland zurückkehrenden Richard Wolf trat. Wiemer wurde nicht nur einer der fleissigsten Agitatoren in den bisherigen Chemnitzer Agitationsbezirken, sondern auch Bahnbrecher der Partei im oberen Erzgebirge, im 20. und besonders im 21. Kreis. Im Kreise Annaberg-Buchholz hatte es in den mehr als zehn Jahren, die seit dem Auftreten Lassalles verflossen waren, stets nur ganz vereinzelte Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegeben. Bei der Wahl von 1871 war noch keine, 1874 erst 319 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Jetzt endlich drang die Partei planmässig in die dortigen Bezirke vor, und 1876 gründete Wiemer in Annaberg den ersten sozialdemokratischen Leseverein. Er sprach auch dort am Sonntag den 9. April 1876 in der ersten sozialdemokratischen Versammlung, die im 21. Kreis stattgefunden hat. Zu seiner freundlichen Begrüssung erschien im „Annaberger Wochenblatt“ damals das folgende Inserat:

Es riecht nach Petroleum. Also auch auf unsere Berge versteigen sich jetzt die Herren Sozialdemokraten, um mit ihren hundertfach schon gehörten, starmatzartig angelernten Phrasen Hass und Zwietracht in die Schichten der Bevölkerung zu tragen! Wahrscheinlich sucht man nach dem Motto: „Die Dummen werden nicht alle!“ neue Winkel auf, da sie in vielen Bezirken, in denen sie bisher festsass, im Rückgang begriffen ist und die Pfennige der vielfach geleimten Arbeiter nicht mehr reichlich genug fliessen, um einem Dutzend Müssiggänger, welche man „Agitatoren“ nennt und die, weil meistens aus verdorbenen Schriftstellern bestehend, von „Arbeit“ fast soviel verstehen als der Esel vom Posaunenblasen, einen leichten und bequemen Lebensunterhalt zu schaffen. — Und über Bismarck soll's also hergehen? — jedenfalls deshalb, weil er mit seinem klaren Verstande wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen und den Herren des Petroleums ins Gesicht gesagt hat, dass sie den grössten Teil der Schuld an der gegenwärtigen miserablen und geschäftslosen Zeit mit tragen und durch ihre unsinnigen Wühlereien uns in die Lage gebracht haben, nicht mehr mit dem Auslande konkurrieren zu können. — Man darf

von dem gesunden Sinn unserer Bevölkerung hoffen, dass man jene Phrasenhelden vor tauben Ohren und leeren Wänden predigen lassen wird.

Einige Bürger.

Im Ton und Stil dieser Proklamation ist denn dort oben jahr- und jahrzehntelang der Partei entgegengearbeitet worden. In der ersten Versammlung mit Wiemer versuchten die Gegner noch, sachlich zu diskutieren, aber bald fanden sie es wirksamer, Sprengkolonnen zu organisieren und den Sozialdemokraten die Säle abzutreiben. Als nach Wiemer Vahlteich in Annaberg sprechen sollte, war ein Saal nur noch in einem der nahe gelegenen Dörfer zu bekommen, und ebenso erging es späterhin Karl Demmler, der unser Kandidat für den Reichstagswahlkreis wurde und es auf 800 Stimmen brachte. Die Mehrzahl der Versammlungen wurde von den Arbeitern der Firma Adler, denen der Unternehmer eine für ihn billige, für die Proletarier ruinöse Art Gewinnbeteiligung eingeräumt hatte, unter Führung des Lithographen A. Klein, eines wichtigtuenden Wiederkäuers der Eugen Richterschen „Irrlehren", auseinandergesprengt. Erst viel später, nach dem Fall des Ausnahmegesetzes, als Ernst Grenz Parteikandidat geworden war, hat sich auch dort auf den Höhen des Erzgebirges die Parteibewegung gesund ausgebreitet und allmählich durchgesetzt.

Mehr äusseren Erfolg hatte Wiemer im 20. Kreis, der leichter zugänglich war und in dem sich die Anhängerzahl der Partei bald nach Tausenden bemass.

Die Erringung aller dieser Erfolge kostete freilich viele und schwere Opfer, mehr Opfer, als zu jener Zeit irgendwo anders verlangt wurden. Von den vielen Prozessen, mit denen die „Freie Presse" zu Mosts Zeit verfolgt wurde, ist bereits oben die Rede gewesen. Aber weit gefehlt, dass Vahlteichs absichtlich gemässigte Tonart eine Besserung hierin herbeigeführt hätte, wurde es mit den Verfolgungen von Jahr zu Jahr schlimmer. Wandte sich doch 1873 die Chemnitzer Staatsanwaltschaft sogar an den Reichstag, um die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen die „Freie Presse" und Demmler-Geyer wegen Beleidigung des hohen Hauses zu erwirken, womit sie freilich beim Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechts keinen Erfolg hatte. Umsoweniger zierten und sperrten sich die guten Bürger von

Chemnitz, die bis auf den heutigen Tag eine sehr leicht verletzliche Ehre haben, dem erhabenen Vorbilde des „Blut- und Eisen"-Kanzlers folgend, die „Freie Presse" mit Strafanträgen zu überschütten. Sogleich an die Ausweisung von Most durch den Chemnitzer Stadtrat knüpfte sich ein neuer Prozess an. Most hatte in kräftigen Worten das empörende Verfahren gegeisselt, durch das er verhindert war, sich seinen Wählern vorzustellen. Flugs fühlte sich der hohe Rat der Stadt beleidigt und erwirkte für Most 6, für Uhle, der verantwortlich zeichnete, 2 Monate Gefängnis, die später auf 2 bezw. 1 Monat herabgesetzt wurden. Die Wut der Bourgeoisie über den Wahlsieg von 1874 äusserte sich naturgemäss in neuen Strafverfolgungen. Franz Rohleder, jetzt in Elsterberg, bekam 3 Monate Gefängnis, weil er in einer Rede gesagt hatte, dass am siebziger Krieg der „Eigensinn zweier Herrscher" mit schuld gewesen sei. Uhle bekam 6 Monate ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung und 4 Wochen wegen einer Kritik der Dresdner Gefängnisse. 6 Monate bekam auch Rübner wegen Abdruckes eines Artikels aus der „Frankfurter Zeitung" über den König Johann von Sachsen. In Frankfurt war natürlich eine Anklage nicht erhoben worden. Das war umso weniger wunderbar, als schon 1873 Daschner, der verantwortliche Redakteur des „Dresdner Volksboten", von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen wurde, während Geilhof in Chemnitz für den Abdruck des Artikels 3 Monate Hubertusburg erhielt. Er war der letzte, der zu Festungshaft verurteilt wurde, von da an wurde immer auf Gefängnis erkannt. Bald darauf wurde sogar bei jeder Anklage, gleichviel, ob gross oder klein, Untersuchungshaft verhängt, zum Teil aus Aerger darüber, dass sich zwei Redakteure der „Freien Presse" „der Strafverfolgung entzogen hatten". Es waren Rübner, der im jugendlichen Alter von 26 Jahren im Januar 1874 in Dresden starb, ohne, wie die „Dresdner Zeitung" beklagte, seine Strafe abgebüsst zu haben, und Ferdinand Nietsch, ein Oesterreicher, der ebenfalls unter Hinterlassung unbezahlter Strafschulden der schönen Welt der Staatsanwälte Lebewohl sagen musste. Aber alles das war nur ein Vorspiel gegen die Aera der Verfolgungen, die mit dem Jahre 1876 einsetzte. Es brachte zuerst den Genossen K. H. Müller — unlängst in Amerika als treuer Parteigenosse, aber in grosser Not

gestorben — 8 Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung, Vahlteich 2 Monate Gefängnis wegen Bismarckbeleidigung in Altona, Sävecke 2 Monate Gefängnis wegen Beleidigung der sächsischen Geistlichkeit, Max Kayser aus Dresden 3 Monate wegen Richterbeleidigung, Sävecke 3 Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung, Looff 1 Jahr 4 Monate wegen Religionsschmähung, Max Kegel 1 Monat Gefängnis wegen Beleidigung des Chemnitzer Rats, weil er die Pfändung eines Leichenhemdes kritisiert hatte, Looff 1 Monat Gefängnis wegen des gleichen Artikels, endlich Wiemer 8 Wochen und Vahlteich anderthalb Jahre wegen Kritik des Urteils an Sävecke, durch die sie die Majestät des Königs und der Richter beleidigt haben sollten. Wiemer hatte nämlich die Bemerkung gemacht, dass in den Hundstagen die Verurteilungen sozialdemokratischer Redakteure zuzunehmen pflegten, und Vahlteich hatte dagegen protestiert, dass man gegen Sävecke das Höchstmass angewendet hätte und einige Beispiele von Majestätsbeleidigung angeführt, in denen das wohl angebracht wäre und ihnen zum Unterschied die harmlosen Aeusserungen Säveckes gegenübergestellt. Insgesamt machte Kegel, nachdem im Jahre 1876 gegen die Redakteure der „Freien Presse“ auf 8 Jahre 2 Monate 3 Tage Gefängnis und 795 Mark Geldstrafe erkannt worden war, folgende Aufstellung für das Strafregister der Chemnitzer „Freien Presse“ in den ersten 6 Jahren ihres Bestehens: Becker 2 Monate, Lyser 6 Monate, Most 15 Monate, Uhle 11 Monate, Weck 4½ Monate, Dietze 4 Monate, Geilhof 15 Monate, Franz 2 Monate, Rohleder 3 Monate, Götze 4 Monate, Rübner 6 Monate, Müller 13 Monate, Rudolph 1 Monat, Looff 1½ Jahre, Petzold 5 Wochen, Wiemer 8 Wochen, Kegel 1 Monat, Kayser 4 Monate, Meyer 3 Jahre, Sävecke 3½ Jahre, Vahlteich 2 Jahre. Summa summarum seit 1871 17 Jahre 10 Monate 20 Tage. Um die Ungeheuerlichkeiten dieser Strafen voll zu erkennen, muss man sich die Art der Straftaten vergegenwärtigen, derentwegen sie in solcher Höhe verhängt wurden. Bruno Looff hatte geschrieben, „dass zur Ehre der Menschheit die religiöse Gesinnung entschieden im Rückgang sei“ und hatte in der Kritik eines Zeugniszwangsverfahrens bemerkt, der Zeugniszwang laufe auf die Erpressung von Geständnissen hinaus. Diese beiden Be-

merkungen wurden mit einer Gefängnishaft von 16 Monaten gesühnt. Und die beiden Artikel, auf die hin Sävecke zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, seien im Wortlaut hierher gesetzt, und dazu bemerkt, dass man in der Leugnung der leiblichen Auferstehung Christi, die man heute aus dem Munde von Hunderten Geistlichen hören kann, eine mit 2 Jahren zu sühnende Gotteslästerung sah, und in der Beschreibung des Korsos, an dem der König garnicht teilgenommen hatte, eine Majestätsbeleidigung von gleicher Schwere. Die beiden Artikel lauteten:

Himmelfahrt.

Da hat nun am Donnerstag die ganze Christenheit ihr Feiertagsgewand angezogen und hat den Erinnerungstag an die Himmelfahrt Jesu gefeiert. Der Geschäftsverkehr ist unterbrochen worden, die Pfaffen haben Gottesdienst und die Schankwirte Tanzmusik gegeben, die Männer sind von der Berufsarbeit abgehalten worden und manche Frauen haben ihr neues Sommerkleid in die Kirche getragen und einen neuen falschen Zopf mehr aufs Haupt gesteckt, um im Antlitz des Herren Wohlgefallen und in dem Nachbar Neid zu erwecken.

Und wozu dies alles? — Wer glaubt heutigen Tages, dass der Glaubenslehrer Jesu wirklich in den Himmel gefahren ist? — Gewiss nur wenige, und die wenigen aus Gedankenlosigkeit, denn dass es möglich sei, es könne jemand so ohne Luftballon und ohne Strickleiter der Anziehungskraft der Erde Trotz bieten und gerade in die Höhe fahren, das lässt sich kaum ein kleines Kind vorsagen. Wenn aber nun die Luftreise wirklich vor sich gegangen ist, wohin ging sie?

In den Himmel. Gut; wo ist der Himmel? — Oben, über der Erde, heisst es. Gut, aber was ist oben? — Die Erde ist kein Eierkuchen, wie die Alten glaubten, sondern eine Kugel. Und sie dreht sich daher: was am Tage über uns ist, das ist nachts unter uns. Wo ist nun der Himmel, oben oder unten? Nehmen wir an, der Himmel drehe sich auch mit und sei immer „oben". Wo steckt er dann? In den Wolken? — Die Wolken sind nur eine wasserhaltige Luftschicht, und wenn der Himmel nicht eine Art Neptunsgrotte ist, dann kann er schwerlich in den Wolken sein. Auch ist man schon manchmal, wenn auch nicht aus freier Hand, so doch mittels Luftballon oder Alpenstock, in die Wolken gestiegen und hat nichts von den himmlischen Heerscharen gesehen, keine Engelsposaunen, nicht einen einzigen Trompetentusch vernommen. Der Himmel muss also noch etwas höher sein. So hoch zu steigen ist aber schwierig, denn die Luft verdünnt sich da oben immer

mehr, es wird kälter, man bekommt Nasenbluten, wird vom Schwindel erfasst und fällt herunter. Wie soll man also als Mensch in den Himmel fahren können? — Hat man aber eine Pferdenatur, steigt man auf einer unsichtbaren Leiter immer und immer weiter empor, ohne das Nasenbluten zu beachten, und ohne sich vom Schwindel überwältigen zu lassen, hat man Milliarden von Stufen zurückgelegt, wo befindet man sich dann? — In dem grossen Urnichts, durch welches die Weltenkörper ihre Bahnen ziehen, durch welches Kometen wandern, und durch welches die Sonne ihre Strahlen zur Erde herniedersendet. Wo ist nun der Himmel?

Man sieht, die Wissenschaft hat die alten Märchen zuschanden gemacht. Die Himmelfahrt Jesu ist eine Sage von keiner anderen Bedeutung, als die ganz ähnliche Sage von der Verbrennung und Vergöttlichung des Herkules in der griechisch-römischen Mythologie. Ja, dieser älteren Sage ist die christliche vielleicht nur nachgebildet.

Um an die Sage von der Himmelfahrt zu glauben, muss man wegleugnen, dass die Erde rund ist, und dass sie sich dreht. Die Alten wussten das nicht, und nur aus ihrer Unkenntnis in diesen Dingen konnte die Sage entstehen. Sie wussten es ferner nicht, dass es Weltkörper ausser der Erde gäbe. Sie glaubten, das blaue, mit der Sonne und den Sternen geschmückte Zelt über den Wolken sei der Himmel, in welchem Gott mit seinem Hofstaat wohne. Wer an die Himmelfahrt glaubt, muss sich auf denselben Standpunkt stellen und muss das ganze übrige Weltall wegleugnen. Er muss ferner die unbedingte Anziehungskraft der Erde und die Notwendigkeit normaler Luft zum Leben wegleugnen.

Kolumbus, Galilei, Kopernikus u. a. haben umsonst gelebt für jeden Menschen, der an die Wahrheit der Sage von der Himmelfahrt glaubt.

Sollte es wirklich auch nur einen solchen Menschen noch geben, der die ganze Wissenschaft im stockblinden Glaubensdusel in den Makulaturkorb wirft?

Einen Menschen? — Mehr, unendlich mehr. Unser ganzer heutiger, hochgebildeter zivilisierter Staat ist, wie wir schon im Eingang bemerkten, ein stockblinder Ignorant. Er kultiviert den Glauben an die Himmelfahrtssage, stempelt den Himmelfahrtstag als einen Festtag und lässt in vielen tausend Kirchen und Schulen dem Volke das widersinnige Märchen neu als Wahrheit aufbinden.

Soweit sind wir mit den glänzenden Erfolgen der Wissenschaft gekommen. Sie sind nicht einmal imstande, ein Märchen zu verdrängen, welches der Wissenschaft und ihrer Logik ins Gesicht schlägt. Die Gelehrten der Theologie lehren es, und die übrigen Gelehrten schweigen dazu. Sie schweigen, weil sie müssen, denn es liegt im Interesse der Macht, dass das Volk in Unwissenheit

gelassen, zu Gedankenlosigkeit erzogen wird, und diesem Interesse müssen alle anderen weichen. Die Wissenschaft ist die Magd der Gewalt, sie muss ihr dienen, sonst könnte ihr selbst Gewalt angetan werden, sonst könnte es sich wiederholen, was mit Galilei geschah.

Es wird von oben angeordnet, und der ganze Staat feiert den Festtag der Himmelfahrt.

Man sagt, an diesem Tage regne es in der Regel, und merkwürdigerweise trifft dies sehr oft zu. — Vielleicht weint der „Himmel" selbst über die unendliche — Harmlosigkeit der himmelfahrtsfestfeiernden Menschen.

-l. (Kegel.)

Man mag diese Kritik der Himmelfahrtslehre platt und oberflächlich nennen, aber eine Gotteslästerung oder Religionsschmähung wird kein vernünftiger Mensch darin erblicken. Dazu musste man schon eine so junge Betschwester sein wie die alte Vettel, die Bourgeoisie.

Und nun die Majestätsbeleidigung:

Korso.

-n. Dresden, 25. Mai (1876).

Während sich von Tag zu Tag die Krachs mehren und der arbeitende Mann kaum noch weiss, wie er sich und seine Familie durchbringen soll; während der Kleingewerbetreibende, um die vielen Steuern und sonstigen Verpflichtungen abzuwickeln, seine Habseligkeiten Stück um Stück nach dem Pfandhause schaffen muss und die Exekutoren und Exekutionssoldaten von der Strasse nicht mehr wegkommen, veranstaltet unsere Haute volee und Haute finance Korsofahrt auf Korsofahrt. Kaum sind acht Tage seit dem letzten Korso ins Land gegangen, so veranstaltet man schon wieder einen neuen. Voran der Hof, darauf das Gefolge und sonstige Chargen und Prinzen, Lohnkutscher, Gründer, Barone, Grafen und Pferdeverleiher wetteifern, um sich mit ihren Pferden, Geschirren, Toiletten usw. gegenseitig auszustechen, sich zu neiden, anzulächeln und voll Strassenstaub zu machen. Und in langen dichten Reihen stehen die Zuschauer aus allen Ständen, beseelt von Neugierde und Missgunst und um die höchsten und allerhöchsten Herrschaften von Angesicht zu Angesicht kennen zu lernen. — Wie natürlich besteht das zuschauende Publikum meist aus Faulenzern, die nicht wissen, was es heisst, sein Brot kümmerlich verdienen zu müssen. Vertreter aus den arbeitenden Klassen erblickt man wenige, und diejenigen, welch müssig zuschauen, sind auch nur dort, weil die jetzige schlechte Zeit für sie keine Arbeit hat. Während die Tiergartenstrasse — wo der Korso stattfindet — in ihrer vollen Breite von den Wagen und Reitern eingenommen wird und

das Publikum zuweilen in Gefahr kommt, von dahergaloppierenden Herren und Damen überritten zu werden und daher oft zurückdrängen muss, sind Diener der Wohlfahrt emsig bemüht, hinten diejenigen Unglücklichen mit einer Mark in Strafe zu nehmen oder im Falle des Unvermögens in Haft zu behalten, welche im Gedränge ein oder zwei Schritte weit einmal flüchtig den Rasen betraten. So waren wir Zeuge, wie ein Wohlfahrtsdiener im Schnellschritt einen jener Grasbetreter am Kragen packte und ihm eine Mark Strafe abnahm, die der junge, armselig gekleidete Mensch — zum Tode erschrocken — denn auch nach einigem Zögern blank aus der Tasche brachte. Vielleicht war es das letzte Geld, was ihm für lange Zeit übrig geblieben war, und traurig entfernte er sich aus dem Gedränge. Einen anderen armselig gekleideten Mann, den der Diener der Wohlfahrt zugleich mit packte und der ausserstande war, die Mark Strafe zu zahlen, behielt er eine lange Weile interniert, bis ein plötzlicher Andrang des Publikums ihm seine Freimachung ermöglichte. Das Publikum war höchst empört über die ausserordentliche Geschwindigkeit der Wohlfahrtswächter, dem Publikum seine letzten Pfennige abzunehmen, und wir hörten dahingehende laute Bemerkungen fallen, ob denn der Stadtrat durch diese Art Strafabnahme den Ausfall an diesjährigen und vorjährigen Steuern — welche infolge der Unmöglichkeit der Bürger, ihre Steuern zu zahlen, eingetreten ist — etwa zu decken gedenke. Man rief laut, das sei schon mehr Geldschneiderei, und der Luxblick einiger Wohlfahrtsdiener, Uebertreter des stadträtlichen Gebotes zu entdecken, harmoniere nicht mit der Rücksicht, welche die ausübende Gewalt bei Zusammendrang von grossen Volksmassen auf die einzelnen zu nehmen habe.

Wir unterschreiben diese Urteile vollkommen und fügen hinzu, dass der Stadtrat, wenn er den Uebertritt aufs Gras beim Gedränge auch nur teilweise verhüten will, wenigstens dafür zu sorgen verpflichtet ist, dass Rasenbarrieren angebracht werden, was an der Tiergartenstrasse vollkommen fehlt. Ueberdies: wer entschädigt denn das Publikum dann und wer zahlt dann Strafe, wenn irgendein Pferd der Korsoteilnehmer das Publikum gefährlich verletzt? Warum bringt man nicht auch vor den Reitwegen Barrieren an? Gilt denn dem Hof und dem Stadtrate die Sicherheit des Publikums nichts? Und wenn man etwa einwenden sollte, ja, dann besuche man den Korso nicht, so wäre darauf zu erwidern, dass solche Einwände lächerlich sind, da der Zug der Menschen nach öffentlichen Schaustellungen, Paraden etc. seit je ging und stets gehen wird, schliesslich auch erstürben die Korsoteilnehmer — kaum hundert an der Zahl — ohne das zuschauende Publikum an ihrer eigenen Lächerlichkeit und langen Weile.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Die Korsos sind ein trauriges Zeichen der Zeit und geben von der vollständigen Teilnahmslosigkeit der höheren Stände für das Volkswohl Kunde. Hier Hoffeste, Bälle, Festessen, Korsofahrten, dort Elend, Hunger, schlechte Gesetze, Ungezogenheit, und wenn es wahr ist, dass immer einige Zeit vor Anbruch einer neuen, die Gesellschaftsluft reinigenden Aera die Gewissenlosigkeit, Ungerechtigkeit, Schlemmerei und Hochmütigkeit der herrschenden Klasse ihre höchste Stufe erreichte, so dürfen wir angesichts der jetzigen Verhältnisse wohl annehmen, dass wir uns jener „höchsten Stufe" mehr und mehr nähern und dass bei der fortgesetzten Kritik und Anbahnung zum Besseren von seiten der sozialistischen Partei der Erfolg unser sein muss. Abneigung aber, tiefe Abneigung müssen wir gegen alle solche Schau- und Prunkstellungen aussprechen, welche nur möglich sind, weil man dem arbeitenden Volke das Geld abnahm und es in den Wagen, Pferden und bunten Hanswürsten anlegte.

Mögen sie Korso fahren, wir aber — seien tätig inzwischen!

Wegen der drei Worte: „voran der Hof" glaubte das Gericht, eine Majestätsbeleidigung feststellen zu müssen und mit Gefängnis nach Dutzenden von Monaten strafen zu sollen. Ob einer dieser Blutrichter sich wohl noch einbildete, gerecht zu sein?

Zu diesen grossen Strafen kam dann noch eine Fülle von kleinen Prozessen, die sich unaufhörlich an die Scherze der „Raketen" und des „Nussknackers" anhingen. Kegel hatte hier eine Reihe sehr populärer Figuren geschaffen oder fortgebildet, so die „Gespräche zweier Eisensklaven", den nationalen Bürger Schnüffelilke, den Leutnant von Nasenbrenner und vor allen Dingen den Naturesel mit seinem markdurchdringenden Y—a. Durch alle die Weisheiten, die diesen Erscheinungen einer kräftigen Spottlust in den Mund gelegt wurden, fühlten sich alsbald gute dicke Bürger beleidigt, bald die nationalen Redner, bald die Redakteure der Amtsblätter, vor allem der „Tageblatt"-Redakteur Thenius, bald irgendwelche Offiziere, bald sonstwer aus der herrschenden Klasse bis herauf zum Reichskanzler. Bismarck klagte unter anderem, weil die „Freie Presse" sein eigenes Wort zitiert hatte, dass anständige Leute nicht für ihn schrieben. Den angebotenen Beweis, dass Bismarck sich selbst so geäussert habe, lehnte das Gericht mit der Begründung ab, der Strafantrag beweise ja zur Genüge, dass sich Bismarck beleidigt fühle. Nach dieser Logik wurde

immer verurteilt. Endlich erschien eines Tages der berühmte Esel ohne allen weiteren Text nur mit der Unterschrift: „Wozu noch viele Worte, man weiss ja, wer ich bin", worauf prompt Verurteilung wegen Beleidigung erstens der Chemnitzer Richter und zweitens des Redakteurs Dr. Herrmann Thenius in zwei gesonderten Prozessen erfolgte und nur wegen Beleidigung des Stadtrates, der sich auch getroffen gefühlt hatte, Freisprechung erzielt wurde. Daraufhin hat dann freilich selbst dieser Naturesel in Verzweiflung Selbstmord verübt, und ob die sächsische Jusitz sich durch seinen Selbstmord nicht wiederum beleidigt fühlte, ist nicht bekannt. Im übrigen dachte die „Freie Presse" nicht daran, zu verzweifeln, sondern über jede neue Strafe dichtete Max Kegel eine neue kräftige Strophe. Und als er endlich allein auf der Redaktion zurückgeblieben war, da reimte er des „Redakteurs Klagelied", nach der Melodie zu singen: „Du hast ja die schönsten Augen":

Es sind, ach, so ungleich die Güter
Des Lebens verteilt auf der Welt.
Der eine bekommt immer alles,
Der andere garnichts erhält.

Es wanderten meine Kollegen
Auf Sommerferien hinaus.
Ich sitze am Redaktionstisch
Und hüte allein noch das Haus.

Der Müller eilte nach Zwickau,
Wo Meyer schon lang sich ergötzt,
Im preussischen Zeitz hat der Vahlteich
Sich endlich zur Ruh' auch gesetzt.

Der Most in der roten Villa
Am Plötzensee langweilt sich bald,
So lange währet sein stiller
Gemütlicher Aufenthalt.

Ich schmiede indessen Raketen
Und kenne nicht Ruhe, noch Rast,
Bis endlich auch mich bei dem Schopfe
Einmal noch die Nemesis fasst.

Dann will ich gemütlich mich pflegen,
Wie andere schon lange getan,
Hoch steht die Sonne am Himmel —
Wann brechen die Ferien mir an?

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Der trotzige Scherz darf indesen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Menschenleben waren, die hier der Klassenjustiz geopfert werden mussten. Im Januar 1878 kam Bruno Looff nach Chemnitz zurück, aus dem ihn am 10. August 1876 die Schergen der Staatsanwaltschaft weggeschleppt hatten. Der Sechsundzwanzigjährige war vom Tode gezeichnet, er litt an einer unheilbaren, im Gefängnis erworbenen Rückenmarkschwindsucht. Nachdem ihn der Zwickauer Gefängnisdirektor d'Alinge, der manchem Genossen gegenüber Wohlwollen gezeigt, mit der Vermahnung entlassen hatte, er solle sich hüten, „zu stehlen, zu betteln, sich zu betrinken und in fremden Häusern zu schlafen", begrüsste ihn in Chemnitz ein Ausweisungsbefehl, und während er schwer krank darniederlag, pfändete man ihm für die verfallenen Gerichtskosten Kleidungsstücke und Wäsche bis fast auf das letzte Stück ab. Schwer krank und nicht reisefähig musste er sich nach seiner Heimat Langensalza transportieren lassen, wo ihn der Tod am 14. März von den erduldeten Leiden und Strapazen erlöste.

Gleich schweres Los traf Sävecke, als er nach mehr als dreijähriger Gefangenschaft endlich wieder in die Freiheit — unter dem Ausnahmegesetz — zurückkehrte. Er war völlig gebrochen, und hat in Hamburg und von dort vertrieben in Neuyork ein elendes Leben geführt, bis er es 1899 durch Selbstmord endete. Nicht weniger als fünf Tote hatte die Redaktion der „Freien Presse" in den acht Jahren ihres Bestehens zu beklagen, und keiner von ihnen war über 30 Jahre alt geworden. Auch Richard Wolf starb 1878 in Untersuchungshaft eines geheimnisvollen Todes, und selbst vor dem weissen Haar des Greises machte diese Barbarenjustiz nicht halt: der mannhafte Ludwig W ü r k e r t aus Dresden, ein altes Mitglied der „Fraktion Waldheim", starb zur höheren Ehre der beleidigten Gottheit im Gefängnis. Danach wird man den Scherz zu würdigen wissen, den die Behörden bei der Erbauung des neuen grossen Chemnitzer Gefängnisses auf dem Kassberg machten. Die Bewohner dieses Villenviertels hatten gegen seinen Bau Einspruch erhoben, wurden aber in allen Instanzen mit der Bemerkung abgewiesen, dass das Gefangenhaus einer Villa gliche. Wer darin gesessen hat, wird sich über diese sozialdemokratische Villa seine eigenen Gedanken gemacht haben.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Nur die „Frankfurter Zeitung“ hat gelegentlich ihre Stimme gegen die Parteilichkeit dieser sächsischen Wut- und Rachejustiz erhoben. Die übrigen bürgerlichen Blätter schwiegen dazu, soweit sie nicht noch schürten und denunzierten. Ein liberales Blatt verstieg sich sogar zu der bodenlosen Gemeinheit, zu den vielen und langen Freiheitsstrafen zu bemerken, sie hätten wenigstens das Gute, „dass so ein Bengel einmal im Leben ordentlich abgelaust und mit Seife abgerieben wird“. Auch die Justiz hat jedes Volk so, wie es sie verdient!

Ueberflüssig, zu sagen, dass die Reichstagswahl von 1877 und das folgende Jahr des Attentatsschreckens die Zahl der Opfer noch vergrösserte. Ein genaues Verzeichnis der in diesen beiden Jahren verhängten Strafen gegen das Chemnitzer Parteiblatt lässt sich nicht geben, weil viele Prozesse noch schwebten, als das Ausnahmegesetz ihm das Lebenslicht ausblies. Die Zahl der Anklagen betrug 1877 in Chemnitz 58 (gegen 28 in Dresden und 24 in Leipzig), 1878 nicht weniger. Ueber ein Jahr hatte Petzold, fast 1½ Jahre Lauschke zu verbüssen. Aber jede Verfolgung spornte die Genossen nur zu verdoppelter Tätigkeit an. „Proletarier! Entblösst euer Haupt an der Gruft dieses Toten und schwört, treu bis zum Tod wie der Verblichene auszuharren im Kampf gegen die Zustände, denen die Verteidiger der Volksfreiheit zum Opfer fallen!“ hiess es im Nachrufe der Redaktion auf Bruno Looff, und der Schwur wurde geleistet und erfüllt. Inmitten der Verfolgungen wuchs die Leserzahl des Blattes unausgesetzt, und am 1. Januar 1878 erschienen, nachdem der 17. Kreis sich schon zwei Jahre zuvor ein eigenes Blatt in den „Glauchauer Nachrichten“ geschaffen hatte, zwei neue Parteiblätter, das „Erzgebirgische Volksblatt für Stadt und Land“ für den 19. Wahlkreis und das Obererzgebirge, und der „Volksfreund“ für den 15. Wahlkreis, die es beide bald auf weit über 1000 Leser brachten. Auch die Chemnitzer „Freie Presse“ vergrösserte ihr Format und erschien nun vierseitig in dem Umfang, den heute unsere „Volksstimme“ hat. Keine Verfolgung und Quälerei der Vorkämpfer durch die Justiz vermochte die geschlossenen Reihen der Parteigenossen zu erschüttern; erst nachdem man die Sozialdemokraten vollständig ausserhalb des Gesetzes gestellt und für vogelfrei erklärt hatte, erst als der Klassenstaat seine ganze

Gewalt gegen ein paar Arbeiterzeitungen und ein paar Arbeitervereine aufbot, gelang es ihm, sie für eine Reihe von Jahren zu unterdrücken.

Ein Blatt, das solchen Verfolgungen ausgesetzt war, wie die „Chemnitzer Freie Presse“, hätte ohne weiteres vor der Nachrede geschützt sein sollen, von bürgerlichen Kapitalisten abhängig zu sein. Trotzdem trug Frohme aus altlassalleanischer Verärgerung eine solche Anschuldigung vor den Gothaer Parteitag von 1876, was Vahlteich zu einer scharfen Erwiderung veranlasste und folgende Erklärung im Blatte selbst zur Folge hatte:

Nachdem infolge der Behauptung des Herrn Frohme während den Kongressverhandlungen zu Gotha, „dass sozialistische Blätter von Herrn Sonnemann subventioniert und beeinflusst würden“, auch die „Chemnitzer Freie Presse“ in Mitleidenschaft gezogen worden ist, erklären wir hiermit:

1. Wir haben im April 1874 von Herrn Sonnemann 50 Taler empfangen; dieser Betrag ist Herrn Sonnemann als Darlehn quittiert und als solches von uns gebucht worden.

2. Anderweite Geldbeträge, unter irgend welcher Form, haben wir von Herrn Sonnemann nicht empfangen und seine diesbezügliche Erklärung beruht auf Irrtum.

Die Redaktion und Expedition der „Chemnitzer Freien Presse“.
Kegel. Vahlteich.

Vahlteich liess sich aber durch diesen Zwischenfall nicht verführen, nun mit besonderer Gehässigkeit auf Sonnemann, den demokratischen Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“, loszuhauen. Er blieb vielmehr seiner Auffassung treu, dass ein gelegentliches Zusammengehen mit den fortgeschrittensten bürgerlichen Elementen der Arbeiterklasse nur nutzen könne, wie er denn auch auf dem Gothaer Einigungkongress in verschwindender Minderheit tapfer dagegen angekämpft hatte, dass die Phrase von den bürgerlichen Parteien als einer reaktionären Masse Aufnahme in das Parteiprogramm fände. Erst viel später ist die Mehrheit der Partei auch in ihren Beschlüssen über diese einer vernünftigen Taktik hinderliche Redensart hinweggekommen, nach der sie sich in der Praxis freilich nie gerichtet hat. Die „Chemnitzer Freie Presse“ hatte jedenfalls das Verdienst, den richtigen Standpunkt auch theoretisch behauptet zu haben.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Wie die Presse allen Verfolgungen zum Trotz seit der Einigung der Partei immer schöner aufblühte, so eroberte sich auch auf anderen Gebieten die Arbeiterbewegung neues Terrain. An den Landtagswahlen, die unter dem gleichen Wahlrecht, aber mit 3 Mark Zensus stattfanden, hatte sich die Partei Anfang der siebziger Jahre ebenso wenig beteiligt wie an den Gemeindewahlen in der Stadt. Noch zu den Landtagswahlen von 1873 hatte die „Freie Presse“ ausdrücklich Wahlenthaltung als Parteipflicht proklamiert, weil es unwürdig sei, zu wählen, wo der Taler und nicht der Mensch das Wahlrecht hätte. Ausserdem führe ganz Sachsen nur ein Schattendasein von Bismarcks Gnaden, und der Landtag sei gleichgültig im guten wie im bösen. Aber schon bei der nächsten Drittelneuwahl 1875 erliess die Redaktion die Aufforderung, im Kreise Mittweida-Frankenberg für den Demokraten Wigard gegen einen Nationalliberalen zu stimmen, und als sich dagegen Widerspruch erhob, erklärte Vahlteich sofort, es solle diese Wahlparole nur das Vorspiel zur eigenen Beteiligung an den Landtagswahlen sein. Die Gelegenheit dazu bot sich 1876, als der Landtagswahlkreis Chemnitz I, links des Gablenzbaches, durch eine Mandatsniederlegung frei wurde. Ueberraschend für die Gegner erschien nicht allzu lange vor dem Wahltag in der „Freien Presse“ ein Aufruf zu allgemeiner Beteiligung an der Stimmenabgabe für A u g u s t B e b e l a l s L a n d t a g s k a n d i d a t e n. Am 18. Februar, drei Tage vor der Wahl, sprach Bebel selbst zum erstenmal über die besonderen Fragen der sächsischen Landespolitik und erntete in der Diskussion mit dem Vorsitzenden des Liberalen Vereins, Kaufmann Roth, jubelnden Beifall. Bebel hatte die Kandidatur nur unter der Voraussetzung angenommen, dass er nicht gewählt werden würde, da er neben dem Reichstagsmandat aus geschäftlichen Gründen ein Landtagsmandat unmöglich noch hätte übernehmen können. Aber beinahe wäre das Unerwartete geschehen, dass die erste Beteiligung an der Landtagswahl gleich einen vollen Sieg gebracht hätte; denn Bebel erhielt 1086, der Liberale Zeuner 1141 Stimmen, und auch diese knappe Mehrheit von 55 Stimmen hatten die Liberalen nur dadurch errungen, dass Dutzende von Arbeitern aus Liederlichkeit in die Wählerlisten nicht mit aufgenommen worden waren. Ueber dieses Korrigieren des Wahlglücks quittierte die „Freie Presse“ mit dem folgenden Plakat:

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Dank
und
Huldigung Sr. Wohllöblichkeit
dem
Stadtrat zu Chemnitz
für die
zweckmässige Führung der Wählerlisten.

Glück und Ordnung läg' am Boden,
Und der Lorbeer schmückt' die Roten
Wütend träte Atheismus
Arm in Arm mit Kommunismus,
Ueber unsres Landtags Schwell',
Hättest du nicht kühn und schnell
Uebergangen Sozialisten
In den Landtagswählerlisten,
Dass geschmolzen ihre Zahl,
Und dass wir nun bei der Wahl
Ihnen waren überlegen
Zu des Deutschen Reiches Segen.

55. 55. 55.

Die „Ordnungs"partei.

War auch somit der Einzug der Sozialdemokratie in die Landtagsstube noch einmal vereitelt, so war doch der Erfolg um so höher anzuschlagen, als Chemnitz I die eigentliche Innenstadt umfasste und nach der wirtschaftlichen Schichtung der Bevölkerung für die Partei an sich viel weniger Aussichten bot, als der andere Chemnitzer Wahlkreis. Daher strengten auch, als 1877 die Landtagswahl in Chemnitz II war, die bürgerlichen Parteien alle Kräfte an, um nicht die befürchtete Niederlage zu erleiden. Ihr Kandidat war diesmal der Kaufmann Roth selber, während von unserer Seite Vahlteich aufgestellt wurde, der kurz vor der Wahl zur Verbüssung seiner 1½jährigen Strafe nach Zwickau abgeführt worden war.

Ein kräftiger Aufruf ermannte die Landtagswähler von Chemnitz, Vahlteich den gleichen Ehrendienst zu erweisen, den die Arbeiter Bebel und Liebknecht in Hubertusburg, Most und Hasenclever in Plötzensee erwiesen hätten, ihn aus dem Kerker in die gesetzgebende Körperschaft zu führen. Für Vahlteichs Wahl sprachen in drei mächtigen stimmungsvollen

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Beilage zu Nr. 66 der „Chemnitzer Freie Presse".

Chemnitzer Raketen.

Preis für Nicht-Abonnenten: 1 Ngr. — Für Abonnenten der „Chemnitzer Freie Presse": gratis.

Nr. 12. | Sonntag den 21. März. | 1875.

Zum Gedächtniß der Pariser Commune.

Bei des Lenzes erstem Gruße
Denken wir der großen Zeit,
Da am fernen Seineflusse
Sich das arme Volk befreit,
Da die Göttin der Commune
Auf die Weltenbühne trat,
Freiheit bringend, fordernd Sühne
Für der Mächtigen Verrath.

„Gleiche Pflichten, gleiche Rechte!"
Diese Losung stolz und klar
Rief in's Toben der Gefechte
Kampfbereit den Proletar,
Seines rothen Banners Falten
Flatterten im Pulverdampf,
Treu die Fahnenwacht gehalten
Hat er im Verzweiflungskampf.

Nicht gedrillte Söldnerschaaren
Kämpften hier, weil sie gemußt,
Die Communestreiter waren
Ihres Zieles sich bewußt;
Und es kämpften auch die Frauen
Von der Mordschlacht rings umloht,
Erst in hoffendem Vertrauen,
Dann um ihren Heldentod.

Und Ihr wolltet sie verdammen,
Weil, als die Commune sank,
Sich ein Purpur, Blut und Flammen,
Noch um ihre Schultern schlang?
Weil des Volksheers letzte Reste
Euch nicht ließen leichtes Spiel,
Weil gesunken ihre Veste,
Stolz, wie einst Karthago fiel?

Nein, die Helden muß man ehren,
Die so treulich hielten Stand,
Ihrem Ziele, ihrem hehren,
Bleibt das Streben zugewandt,
Und wenn einst die Fahnen fliegen
Wiederum im Frühlingsweh'n,
Wird der Volksgeist nicht erliegen,
Die Commune wird ersteh'n!

J. K.

Das rechte Mittel.

Ihr habt die Priester ausgepfändet,
Ihr habt in Bande sie gelegt;
Ihr meint, daß ihr Gehorsam fändet,
Wenn ihr die Polizei bewegt!
Was hat's gefrommt! Seht, wie sie zahlen!
Sie lassen Rock und Tisch und Buch,
Sie stehen aufrecht ohne Prahlen,
Sie dulden standhaft ohne Fluch.

Sie lassen sich zur Veste führen,
Sie legen willig sich auf's Stroh;
Es kann kein Strafantrag sie rühren,
Ihr Geist ist auch in Fesseln froh.
Allmählig so hat sich gewoben
Ein gold'ner Heil'genschein um sie;
Und andachtsvoll zu Gott erhoben
Sinkt rings das gläub'ge Volk in's Knie.

Nun, da kein Mittel sich bewährte,
Und keiner folgsam sich bezeugt,
Nun suchet ihr auf andrer Fährte,
Wie man der Priester Nacken beugt:
Ihr wollt der Atzung sie entheben,
Ihr wißt, daß weh der Hunger thut;

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Sonntags-Beilage zu Nr. 140 der „Chemnitzer Freie Presse".

Der Nussknacker

Nussknacker-

In bewegten Zeiten, wisse: Gibt's zu knacken harte Nüsse. Und ich will mich d'rum verpflichten, Diese Arbeit zu verrichten.

Motto:

Du, o Volk, dem ich so gerne Bienen will, erhältst die Arme, Doch die Schöpfer Deiner Qualen, Die traktir' ich mit den Schalen.

№ 15. | Sonntag den 17. Juni 1877. | II. Jahrgang.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Versammlungen Max Kayser, Bebel und Most. Aber das Resultat entsprach nicht ganz den hochgespannten Erwartungen: Roth wurde mit 2151 Stimmen gegen 1680 auf Vahlteich und 502 Stimmen auf einen konservativen Mitbewerber gewählt. Die Wahlbeteiligung war also beinahe doppelt so stark gewesen wie das Jahr zuvor in Chemnitz I, und das erklärt mühelos, warum es diesmal noch nicht gelingen konnte, von hier aus den Eintritt in den Landtag zu erzwingen. Aber am gleichen Tage, an dem alle mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausgang des Wahlkampfes in Chemnitz II erwarteten, hatte Liebknecht ganz überraschend im 36. ländlichen Kreis das Landtagsmandat erobert. Bei einer ausserordentlich geringen Wahlbeteiligung war er an diesem 23. September 1877 mit 606 Stimmen gegen die 429 des bisherigen konservativen Abgeordneten Zumpe und 282 des Fortschrittlers Uhlmann gewählt worden. Irren wir nicht, so war Liebknecht damit der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete in Deutschland überhaupt. Freilich sollte er es nicht lange bleiben. Die sächsische Regierung entdeckte, dass er noch nicht die nötigen drei Jahre lang sächsischer Staatsbürger und deshalb garnicht wählbar gewesen sei. Sie ordnete eine Nachwahl an, in die sich nun die Partei, die den Preis des Ueberraschungssieges nicht fahren lassen wollte, mit leidenschaftlichem Eifer stürzte. Liebknecht selbst hielt 5 Versammlungen ab, darunter 3 mit unserem neuen Kandidaten, dem Rechtsanwalt Otto Freytag gemeinsam, Hasenclever sprach viermal, Max Kayser einmal und die Agitation hatte den Erfolg, dass Freytag mit 902 gegen 474 liberale und 508 konservative Stimmen gewählt wurde — es entschied damals in Sachsen noch die relative Majorität —, also mit einer an sich und im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien wesentlich verbesserten Stimmenzahl. Der liberale Kandidat, Ziegeleibesitzer Voitel aus Oelsnitz, klagte nach der Wahl beweglich über den unglaublichen Stumpfsinn des sächsischen Philistertums: kein Mensch habe auch nur einen Pfennig auf die Wahl verwenden wollen, und die Flugblätter, die er habe drucken lassen, habe er noch ganz allein austragen müssen. Den neuen sozialdemokratischen Abgeordneten aber ehrten die regierungsoffiziellen Blätter, indem sie mitteilten, dass der Landtag „durch Seine Majestät den König Freiytag“, den soundsovielten, eröffnet werden würde.

In den letzten Jahren hat man oft die Redensart gebraucht, die Partei sei in die Breite gewachsen, aber verflacht. Als ob das überhaupt möglich wäre! Wie wenig es den Tatsachen entspricht, mag man aber an der Hand der damaligen Landtagswahlagitation beurteilen. Die ganze Propaganda für Liebknecht beschränkte sich 1877 auf die kurz vor dem Wahltag erfolgte Verbreitung des folgenden Flugzettelchens in Oktavformat:

An die Wähler des 36. ländlichen Landtagswahlbezirks.

Bürger, Landleute und Arbeiter! Am 19. September soll in unserem Bezirk, den bisher Herr Gerichtsamtmann Zumpe vertreten hat, eine Neuwahl zum Landtag stattfinden.

Da tritt an uns die Frage heran: wählen wir und wen wählen wir?

Jahrelang haben sich die meisten Wähler von der Wahl ferngehalten, einmal, weil man seit dem Bestehen des Reichstages glaubte, dem sächsischen Landtag keine Bedeutung mehr zusprechen zu dürfen; dann, weil ein Wahlgesetz besteht, das viele mündige Männer ausschliesst, und weil der hohe Wählbarkeitszensus von 30 Mark Staatssteuer es sehr schwer machte, Männer zu finden, welche für das arbeitende Volk das Herz auf dem rechten Flecke haben.

Die Bedeutung des sächsischen Landtages ist unterschätzt worden. Was er bedeutet, das sehen wir in erster Linie an den jährlich höher lautenden Steuerzetteln, trotz zunehmender Verdienstlosigkeit.

Der Landtag hat nicht nur über die jährliche Erhebung der Landessteuern zu beschliessen, seiner Wirksamkeit unterliegt auch das so wichtige Schul- und Bildungswesen, die Feststellung der Verwaltungsgrundsätze für das Gemeinde- und Kirchenwesen, das gesamte innere Verkehrswesen, wie Eisenbahnen- und Chausseebau, und namentlich auch das besonders für unseren Bezirk so ausserordentlich wichtige Bergbauwesen. Nicht der Reichstag hat über das letztere zu entscheiden, sondern der sächsische Landtag, und die Bevölkerung unseres Bezirks, deren Wohl und Wehe so eng mit dem Bergbau verknüpft ist, hat also ein grosses Interesse, dass ein passender Mann diesen Bezirk vertritt.

Herr Gerichtsamtmann Zumpe ist dieser Mann nicht. Dass er wenig oder nichts von der Lage der Bevölkerung unseres Bezirks und ihrer Bedürfnisse weiss, hat er klar bewiesen, als er 1873 bei Beratung der Lehrergehalte äusserte, in seiner Heimat könne ein 20jähriger Bergarbeiter jährlich 600 Taler verdienen. Durch diese Aeusserung hat Herr Gerichtsamtmann Zumpe gezeigt, dass er

Vertreter unseres Bezirks nicht sein kann. Ein anderer Hauptgrund, der gegen Herrn Zumpe spricht, ist der, dass er Beamter ist.

Ein Beamter gehört nicht in die Kammer. Wie kann ein Beamter gegen die Regierung auftreten, von der er abhängt! Der Volksvertreter soll alle Handlungen der Regierung genau prüfen und sie, wenn nötig, entschieden tadeln, er soll gute Gesetze für das Volk verlangen, auch wenn sie der Regierung nicht gefallen. Kann das ein Beamter? Nie und nimmer.

Darum keinen Beamten gewählt, sondern einen Mann, der mitten im arbeitenden Volke steht, seine Wünsche und seine Lage genau kennt und sich nicht scheut, seine Meinung offen und rückhaltlos auszusprechen.

Als solchen schlagen wir euch den Vertreter unseres Bezirks im Reichstag,

Schriftsteller **Wilhelm Liebknecht** in **Leipzig,**

vor.

Wir haben nicht nötig, zur Empfehlung unseres Kandidaten viele Worte zu machen. Liebknecht hat als unser Vertreter im Reichstag seine volle Schuldigkeit getan und wird sie, wenn gewählt, auch im Landtag tun. Er wird dafür eintreten, dass die Volkslasten vermindert, die Volksrechte erweitert werden, dass Recht und Gerechtigkeit im Lande herrschen, Unterdrückung und Ausbeutung aufhören.

Die Bürger, Landleute und Arbeiter unseres Bezirks können keine bessere Wahl treffen, als indem sie

Schriftsteller **Wilhelm Liebknecht** in **Leipzig**

wählen.

Wer jährlich wenigstens drei Mark direkte Staatssteuer, sei es an Grund-, Gewerbe-, Personal- oder Einkommensteuer, bezahlt, oder an mehreren oder an allen diesen Steuern zusammengenommen drei Mark bezahlt und 25 Jahre alt gewesen ist, ist wahlberechtigt. Ebenso ist jeder Wähler, welcher ein mit Wohnsitz versehenes Grundstück im Orte besitzt, wahlberechtigt. Die Wahl findet Mittwoch den 19. September, von vormittag 10 bis nachmittag 3 Uhr, in denjenigen Wahllokalen statt, welche durch die Behörden bekannt gemacht werden.

Wähler! Auf zur Wahl und wählt alle am 19. September

Schriftsteller **Wilhelm Liebknecht** in **Leipzig.**

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Man wird wirklich nicht sagen können, dass in einem solchen Aufruf unsere Grundsätze und unsere unerbittliche Feindschaft gegen den Klassenstaat scharf herausgearbeitet

sind. Je stärker unsere Partei wurde, desto rascher hat sie den Verzicht auf erreichbare Vorteile als unklug erkannt, im übrigen ist aber unser Programm und unsere Agitation im Geiste des Klassenkampfes und des Sozialismus immer mehr vertieft worden. So musste es sein, und so wird es bleiben; alle Befürchtungen, dass unsere Bewegung an grundsätzlicher Schärfe verlieren könne, was sie an Macht gewinnt, sind grundlos und unüberlegt.

Neuland machte sich das Proletariat auch in den Gemeinden urbar. Am 26. Dezember 1874 war, wohl wiederum auf Anregung von Vahlteich, für Chemnitz ein Städtischer Verein gegründet worden, der sich zur Aufgabe machte, „den Kleinbürgern und Arbeitern eine Vertretung in den städtischen Kollegien zu erringen". Hauptprogrammpunkte waren im übrigen eine bessere Verteilung der Gemeindesteuern, die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts und die Uebernahme der öffentlich notwendigen Betriebe in Gemeinderegie. Die Gemeinderatswahlen, die damals unter einem für alle Gemeindebürger gleichen Wahlrecht alljährlich vor sich gingen, beschränkt nur durch die eine Bestimmung, dass die Mehrzahl der Gewählten Hausbesitzer sein müssten, brachten im Dezember 1874 für die Liste von Vahlteich und Genossen 400, für die siegreichen Liberalen 2000 Stimmen. An diesem Verhältnis hat sich auch in den nächsten Jahren nicht viel geändert, weil die zuziehenden Arbeiter zum grössten Teil nicht Gemeindebürger waren, während bei der Bourgeoisie die Bestimmung nachhalf, dass wer wenigstens 9 Mark Staatssteuer zahle, nach zweijährigem Aufenthalt am Orte Gemeindebürger werden m ü s s e. Der Städtische Verein blieb nichtsdestoweniger recht tätig — Vorsitzender war Genosse Webermeister Baldauf — und besprach alle Fragen der Gemeindepolitik in öffentlichen Versammlungen. Erst 1877 schlief er allmählich ein, und von da an war es die Parteiorganisation selber, die unsere Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung aufstellte. Grössere Erfolge bei den Gemeindewahlen wurden in den Vorstädten und Landorten erzielt. Schon 1874 siegte die Partei bei den Gemeindewahlen in Schlosschemnitz, Hilbersdorf, Wittgensdorf, Burgstädt und Oelsnitz, bald danach auch in Reichenbrand, Gablenz und Kappel. In den letzteren beiden Orten errang die Partei sogar die Mehrheit im Gemeinderat und erklärte die „Freie

Presse“ für das Amtsblatt des Ortes. Standesamt und Gemeindevertretung von Gablenz und Kappel erliessen von da ab ihre Bekanntmachungen in der „Freien Presse“ und, was komischer war: da wir auch im Kirchenrate von Gablenz die Mehrheit hatten, erkor auch die Kirchengemeinde die „Freie Presse“ zu ihrem Publikationsorgan.

Schon oben anlässlich der Landtagswahl hatten wir erwähnt, dass Most wiederum Gelegenheit hatte, in Chemnitz zu sprechen. Most war im Juni 1876 nach 26monatiger Gefängnisstrafe in Plötzensee wieder freigekommen, und Max Kegel hatte ihm die Glückwünsche und Grüsse der Chemnitzer Genossen überbracht. Schon vom Gefängnis aus hatte Most erneut Beschwerde gegen seine Ausweisung aus Chemnitz erhoben, die indessen vom Rat wie von der Kreishauptmannschaft in Zwickau zurückgewiesen wurde. Ueberraschenderweise hatte aber das Ministerium des Innern inzwischen seinen Standpunkt geändert. Es hielt zwar immer noch an der sehr anfechtbaren Theorie fest, dass auch nach der Reichsgründung gemäss dem sächsischen Freizügigkeitsgesetz von 1834 jeder Vorbestrafte aus allen Orten, an denen er nicht Bürger sei, ausgewiesen werden könne, gab aber endlich zu, „dass, da der Beschwerdeführer in dem die Stadt Chemnitz umfassenden Wahlkreise zum Abgeordneten für den deutschen Reichstag gewählt sei, es als eine Unzuträglichkeit erscheinen würde, wenn ein Reichstagsabgeordneter, so lange er seines Abgeordnetenmandats nicht verlustig gegangen sei, am Aufenthalt innerhalb seines Wahlkreises behindert werden sollte, das Ministerium deshalb geschehen lassen wolle, dass von der beschwerlichen Massregel abgesehen werden solle, wodurch die Beschwerde selbst sich erledige“. So beeilte sich denn Most, mit seinen Wählern wieder in persönliche Beziehung zu treten und traf schon Ende Juni 1876 in Chemnitz ein, um in einer Anzahl von Versammlungen zu referieren. Er wurde von der Chemnitzer Arbeiterschaft mit grossem Jubel aufgenommen und war namentlich bei einem Sonntagsausflug nach Grüna von Tausenden von Proletariern umgeben, an die er mangels einer Rednertribüne von einem Baumast herunter eine seiner von Leidenschaft durchglühten Ansprachen hielt. Ueberhaupt stand 1876 und 1877 die Parteitätigkeit auf dem Höhepunkt ihrer Regsamkeit. Aus einem Berichte des Agitationskomitees geht zum

Beispiel hervor, dass von Januar bis Mai 1875 in den acht Wahlkreisen des Chemnitzer Agitationsbezirkes 52 öffentliche Versammlungen abgehalten worden sind, und beim Herannahen der Wahlen stieg die Zahl der Versammlungen natürlich noch ganz erheblich.

Die Landesversammlung von 1876, die die Reichstagsneuwahlen vorbereiten sollte, fand im Januar wiederum in Chemnitz statt, was bei den Behörden solchen Schrecken erregte, dass sie das Militär in den Kasernen konsignierte und 72 000 scharfe Patronen — für 156 Delegierte! — bereitstellen liess. Dabei nahm die Landesversammlung den glattesten und ruhigsten Verlauf, den man sich überhaupt nur wünschen kann. Landesversammlungen der Partei für Sachsen haben in Chemnitz in ausserordentlich grosser Zahl stattgefunden, während die Abhaltung von Gesamtparteitagen hier niemals zustande kam. Schon 1870 hatte Chemnitz sich darum beworben, dass der nächste Parteitag der Eisenacher hierher kommen möchte, war aber gegen Dresden unterlegen. 1874 hatte dann der Koburger Parteitag beschlossen, dass man im nächsten Jahre nach Chemnitz gehen wolle, aber inzwischen war die Vereinigung erfolgt und zum Ort für den Vereinigungsparteitag nach Uebereinkunft der beiden Richtungen Gotha erwählt worden. Bis in die jüngste Zeit hat es dann die sächsische Polizeipraxis nicht geraten erscheinen lassen, Parteigenossen ohne zwingende Not ihren Schikanen auszusetzen, und auch der Gerichtsstand Chemnitz für den Fall etwaiger Anklagen hatte wenig Verlockendes. Die Landesversammlung von 1876 in Chemnitz brachte ausser der Stellungnahme zur Reichstagswahl eine interessante Debatte über die Wahlrechtsfrage. Vahlteich, der ein recht grosses Ansehen genoss und fast stets zur Parteileitung oder zum Vorstand des Parteitages gehörte, hatte angeregt, eine allgemeine Agitation für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Sachsen einzuleiten. Der Antrag stiess merkwürdigerweise auf lebhaften Widerspruch, vor allem auch Bebels, der erklärte, dass eine solche Agitation zur Ueberschätzung des Parlamentarismus auf Kosten des Sozialismus führen müsse, und wurde mit grosser Mehrheit durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Es ist tatsächlich auch nachher keinerlei Bewegung im Lande eingeleitet worden, als Freytag kurz nach seinem Eintritt in den Landtag das

allgemeine Wahlrecht für Sachsen forderte und sämtliche bürgerlichen Parteien einschliesslich der Freisinnigen es gegen die Stimme des Antragstellers in der verletzendsten Form durch Uebergang zur Tagesordnung abwiesen.

Die Reichstagswahl von 1877 stellt an die Kraft der agitatorischen Genossen keine besonders hohen Anforderungen, da sich zu jener Zeit alle der Partei hier zur Verfügung stehenden Redner in Freiheit von Justiz- und Polizeifesseln befanden. Most, der wiederum in Chemnitz kandidierte, hatte als Gegenkandidaten neben einem Konservativen, namens Böttcher, den fortschrittlichen Verleger der „Berliner Volkszeitung“, Franz Duncker, den in einer Rede im Vorjahre Schulze-Delitzsch den Chemnitzern empfohlen hatte. Eine auffallend grosse Rolle spielte in den Wahldebatten der Impfzwang, da die Impfgegner in jener Zeit in Chemnitz ihren Vorort hatten. In grossen Plakaten forderten sie auf, entweder Most oder Böttcher, aber keinesfalls Duncker, einen „Verbreiter des Impfgifts“, zu wählen. In der Partei machte sich eine kleine Gruppe von Anhängern der Bräuerschen Sondergründung störend bemerkbar, durch die der begabte Franz Lasch-Reichenbrand der Partei dauernd verloren ging; sonst hat diese um ein Jahrzehnt verspätete Sekte nicht viel auszurichten vermocht. In der Agitation gegen Duncker erwies sich am zugkräftigsten sein angebliches Wort beim Berliner Buchdruckerstreik von 1873: „Wir müssen die Leute aushungern“. Duncker hat den Ausspruch bestritten, aber jedenfalls hat er an der Aussperrung der Buchdrucker mit teilgenommen, und eine solche Aussperrung war damals noch etwas so Neues und erschien dem natürlichen, noch nicht abgestumpften Empfinden der Arbeiter als etwas so Ungeheuerliches, dass allein diese Tatsache die stärkste Missstimmung gegen den fortschrittlichen Kandidaten erweckte. „Wir werden diese Leute aushungern, ist der Wahlspruch der Gegner, Johann Most ist der Wahlspruch der Arbeiter“, setzte die „Freie Presse“ an den Kopf des Blattes, und unter diesem Zeichen wurde die Wahlschlacht geschlagen, in der Most und Vahlteich wiederholt auch persönlich mit Duncker erfolgreich diskutierten. Most wurde mit 12 118 Stimmen — 2000 mehr wie vor drei Jahren — gegen 6812 freisinnige und 3154 konservative Stimmen im ersten Wahlgange wiedergewählt, und mit Jubel nahmen

die Chemnitzer Arbeiter in der „Linde“ die Verkündigung der Wahlresultate entgegen.

Nicht so glücklich schnitt Vahlteich im 15. Kreise ab, zwar stieg auch seine Stimmenzahl auf 7328, aber die Nationalliberalen brachten es auf 9031 Stimmen, nachdem der Handelskammersekretär Gensel diesmal persönlich mit einem grösseren Stab von Helfern den Kreis bearbeitet hatte. Besonders geschadet hatte Vahlteich der Versuch, eine nicht sehr glücklich formulierte Auslassung des „Volksstaat“ über die aus Frankreich gestohlenen Pendulen aufrecht zu erhalten. Man hat ihm daraus den Strick gedreht, dass er alle deutschen Krieger von 1870 als Diebe hingestellt hätte und mit dieser frommen Lüge die „nationalen“ Wähler an die Urne getrieben.

Verloren ging auch der 9. Kreis, in dem Geib eine neue Kandidatur abgelehnt hatte und ein wenig bekannter Genosse, der Leipziger Xylograph Burckhardt, damals Parteikassierer, an seine Stelle getreten war. Im 17. Kreis hatte Bebel mit 5000 Stimmen Mehrheit und im 19. Liebknecht allerdings nur mit knappem Vorsprung gesiegt. Den grössten Fortschritt aber wies der 20. Kreis auf, wo Wiemer mit 4928 Stimmen in Stichwahl mit dem Liberalen Brockhaus kam, der nur 3838 Stimmen auf sich vereinigt hatte. In der Stichwahl vermochte dann allerdings Brockhaus mit noch fast 3000 Stimmen Mehrheit zu siegen, da die säumigen Wähler nun zahlreich für ihn antraten.

Im ganzen zeigte der Wahlausfall wie alle Erscheinungen der letzten Jahre ein kräftiges Wachstum der Parteibewegung in die Breite und Tiefe. Mit einer gewissen Krafthuberei verkündete die „Freie Presse“ an einem Tage, wo fünf ihrer Redakteure hinter Schloss und Riegel sassen, man habe Wiemer auf eine Agitationstour nach Bayern geschickt, weil er hier nicht nötig sei — nebenbei bemerkt sprang rednerisch für ihn in Chemnitz für diese Zeit Vollmar ein, der am 16. November 1877 zum erstenmal hier sprach und rasch eine grosse Zahl von Freunden gewann — und in ähnlicher Zeit war schon 1876 Max Kegel zur Eröffnung des Festspielhauses nach Bayreuth gefahren mit der Begründung, dass auch das künstlerische Streben des Proletariats von der Klassenjustiz nicht im mindesten beeinträchtigt werden könnte. Zu alledem gab es noch rasch einen Nachwahl-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

sieg, indem Bebel, der auch in Dresden-A. gewählt worden war, auf das Glauchauer Mandat verzichtete und Bracke an seiner Stelle gewählt wurde. Die Meeraner Genossen hatten zwar eigentlich Hasselmann aufstellen wollen, sich aber durch Bebels heftigen Einspruch davon abbringen lassen. Die bürgerlichen Parteien hatten sich nach Bebels Mandatverzicht die grösste Hoffnung gemacht, der Partei den Kreis abzunehmen und den Leipziger Professor Birnbaum als Kandidaten ins Feld gestellt, der ein ganzes Schock wüstester Demagogen mit sich führte. Aber wie das Glauchauer Wahlkomitee nach dem Siege gleichmütig bekanntgab, sorgen auch die sächsischen Weber dafür, dass die Birnbäume nicht in den Himmel wachsen; es seien ohnedies schon genug Gründer in Berlin. Die Mehrheit für Bracke betrug noch immer fast 2000 Stimmen, und was die Kampfmethode anging, so blieb es vielleicht auch auf die anständigen bürgerlichen Elemente nicht ohne Eindruck, als folgende Erklärung in der „Freien Presse“ und in den „Glauchauer Nachrichten“ erschien:

„Es sind uns von verschiedenen Seiten aus dem 17. Wahlkreise Aufforderungen zugegangen, dem Beispiele unserer Gegner zu folgen und alle jene gerichtlich zu verklagen, welche sich im letzten Wahlkampfe Beleidigungen oder Verleumdungen unserer Personen haben zuschulden kommen lassen. Wir lehnen dieses Verlangen entschieden ab. Soweit solche Angriffe von Gegnern ausgingen, deren persönlichen Charakter wir verachten müssen, können uns diese nicht verletzen, soweit sie von Gegnern ausgingen, die sonst ehrenwert sind, aber in der Hitze des Kampfes sich zu unbedachten Aeusserungen hinreissen liessen, die sie später vielleicht selbst bereuten, halten wir es für Männer, die im öffentlichen Leben stehen, für unwürdig und sie selbst verächtlich machend, solche Angriffe gerichtlich zu ahnden.

Leipzig und Braunschweig, 29. März 1877.

A. Bebel. W. Bracke.

Das war die würdigste Antwort auf die Verfolgungen, die insbesondere der Glauchauer Parteiredakteur, Genosse Hohlfeldt, über sich ergehen lassen musste.

Kurz, die Partei schien auf glatter Fahrt über die graue Wasserwüste zur lachenden Zukunft, als das schwere Unwetter des Attentatsschreckens losbrach und neue unvorhergesehene Gefahren über das wackere Schiff heraufbeschwor.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

DIE ATTENTATSWAHLEN UND DAS JAHR DES SCHRECKENS

Nach den fröhlichen Gründerjahren waren auch für die Chemnitzer Bourgeoisie magere Jahre voll Absatzschwierigkeiten und Bankrotten gekommen. Unmittelbar nach der Reichstagswahl von 1874 hatten sie hier mit voller Schwere eingesetzt und zunächst drei grosse Unternehmungen, die Chemnitzer Maschinenfabrik (Münnich), den Maschinenbauverein (C. F. Schellenberg) und die Eisengiesserei-Aktiengesellschaft in Konkurs getrieben, während mehrere Chemnitzer Banken bedenklich wackelten und eine Genossenschaftsbank, der Chemnitzer Vorschussverein", sogar durch den Zusammenbruch der Bayerschen Maschinenfabrik krachen ging. Seitdem litt die Chemnitzer Industrie schwer unter der Wirtschaftsstockung, die so schlimm war, dass nicht nur die Arbeiterlöhne mit Hilfe des wachsenden Heeres der Arbeitslosen auf das niedrigste Mass herabgedrückt wurden, sondern selbst die Profite im Durchschnitt sich erhebliche Kürzungen gefallen lassen mussten. Die Gründe dieser Erscheinung waren überaus einfach und leicht genug zu finden. Neben der Ueberproduktion, die die anarchische Wirtschaftsweise des Kapitalismus besonders in dieser Zeit seiner raschesten Ausweitung erzeugen musste, lagen sie in der Ueberkapitalisation vieler Gründungen, dem ausgesprochen schwindelhaften Treiben, das im weiten Umfange an den Aufschwung der Industrie sich angeschlossen hatte. Auch in Chemnitz war der „kleine Mann" gründlich um sein Erspartes beschwindelt worden, und die Göttin Justitia war demgegenüber so blind, wie gegenüber sozialdemokratischen Redakteuren hellsüchtig: eine Strafanzeige wegen der ungeheuerlich plumpen Lügen im Gründungsprospekt der Werkzeugmaschinenfabrik von Sondermann & Stier wurde von Ende 1873 an zunächst ein paar Jahre lang hingezogen und endete schliesslich mit der Einstellung des Verfahrens,

weil die Betrugsabsicht angeblich nicht genügend nachgewiesen sei. Aber die Kapitalisten schlossen krampfhaft die Augen vor der Wirklichkeit und schickten für den geschäftlichen Niedergang zwei Sündenböcke in die Wüste: die übermächtige ausländische Konkurrenz und die angeblich fortdauernden Arbeitsunruhen, die jede geregelte Wirtschaftsführung unmöglich machten. Und das, nachdem nahezu fünf Jahre lang selbst nicht der kleinste Streik im Chemnitzer Gebiet stattgefunden hatte! So kam die Bourgeoisie ganz von selbst auf die Parole, die Bismarck alsbald zur Richtschnur seiner Politik in den letzten zwölf Kanzlerjahren nehmen sollte: Schutz der nationalen Arbeit, das heisst Einführung von Bereicherungszöllen für Land- und Stadtkapitalisten und Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, das heisst Wehrlosmachung der nationalen Arbeit gegen jedwede Ausbeutung.

Besonders das Jahr 1878 begann in Chemnitz für die Bourgeoisie mit einer Reihe von neuen Skandalen und Zusammenbrüchen. Die ersten Tage des Januar brachten den Prozess gegen den Gerichtsassessor Böhmer, einen der unerbitterlichsten Blutrichter, die damals auf dem Kassberg thronten. Nach der alten sächsischen Strafprozessordnung wurden die Anklagen zunächst vom Einzelrichter ohne Zuziehung von Schöffen oder Geschworenen in einer Art schriftlichen Verfahrens erledigt, und erst auf Einspruch fand eine mündliche Verhandlung statt, die, soweit Sozialdemokraten in Betracht kamen, stets mit der vollen Bestätigung des Urteils des Erstrichters endeten, so sicher, dass die „Freie Presse“ sich wiederholt den Scherz leisten konnte, die Verwerfung des Einspruchs mitzuteilen, ehe das Urteil wirklich gefällt war. Der meist beschäftigte Einzelrichter in den politischen Anklagesachen war eben jener Assessor Böhmer gewesen, dessen Verhaftung am 11. August 1877 die grösste Genugtuung bei allen Parteigenossen weckte. Der weise und gerechte Richter hatte in einer unglaublich kleinlichen und kindischen Weise Protokolle gefälscht, um sich ein paar Taler erhöhte Reise- und Vernehmungsgebühren zu verschaffen. Zu faul, die Angeklagten wirklich zu vernehmen, hatte er Geständnisse von ihnen in die Akten hineingeschrieben und mit dem „vorgelesen, genehmigt und unterschrieben“ versehen, von denen die Angeklagten keine

Ahnung hatten und die abzugeben ihnen nie in den Sinn hatte kommen können. Zwei der Unglücklichen, die Böhmer mit Diebstahlsgeständnissen hineingelegt hatte, wurden ermittelt; wie viele vorher hatten unschuldig leiden müssen, konnte natürlich nicht mehr an das Tageslicht kommen. Nachdem Böhmer vor seinen Richtern gefrömmelt hatte, sie möchten so milde sein, wie er an Gott einen milden Richter zu finden hoffe — das brachte dieser Schuft über die Lippen — wurde er zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die gleiche Strafe traf den Direktor des Chemnitzer Theaters, Haberstroh, der die Weihnachtsaufführung von „Schneewittchen" dazu benützte, die mitwirkenden Kinder alten Lustgreisen und Stadthonoratioren zuzuführen. Und schon knitterte es wieder ganz verdächtig im Bau der Wirtschaftstätigkeit; bald sollte es einen Zusammenbruch geben, wie ihn gleich folgenreich Chemnitz noch nicht erlebt hatte. Mitte des Jahres brach das Bankhaus Haase & Sohn zusammen, das bis dahin das grösste Vertrauen genossen und bei der Finanzierung aller grossen Chemnitzer Industrieunternehmungen hauptbeteiligt gewesen war. Natürlich zog es eine ganze Reihe vornehmlich kleinerer und mittlerer Unternehmungen in seinen Sturz mit hinein. So krachte das Gründertum im ganzen Reiche zusammen. Sollte nicht die Empörung der breitesten Volksschichten ins Grenzenlose wachsen, so musste um jeden Preis eine Ablenkung gesucht werden, und sie fand sich in den Schüssen von Hödel und Nobiling.

Am 11. Mai 1878 gab bekanntlich der Klempnergeselle Hödel in Berlin Unter den Linden einige Revolverschüsse auf den Kaiser ab, die infolge der Minderwertigkeit der Waffe glücklicherweise keinen Schaden anrichteten. Mit der Sozialdemokratie hatte der verkommene Idiot nicht das mindeste zu tun, und die Partei zögerte nicht einen Augenblick, das mit der unzweideutigsten Klarheit zu betonen. Schon am Tage nach dem Attentat schrieb die „Chemnitzer Freie Presse" einfach, anständig und bestimmt:

„Es müssen wohl alle vernünftigen Menschen darüber einig sein, dass eine Tat wie diese nur in dem Gehirn eines Wahnsinnigen reifen kann. Denn es gibt kein Motiv, weder ein individuelles, noch ein gesellschaftliches, welches irgendeine Beziehung haben könnte mit dem frevelhaften Entschlusse, dem greisen Monarchen nach dem Leben zu trachten. In diesem Punkte

ist kein Unterschied der Parteien, denn der unversöhnlichste Republikaner ist über die Unverletzlichkeit der Person des Monarchen und der Achtung vor seinem ehrwürdigen weissen Haar gleicher Meinung mit dem ergebensten Anhänger der Hofpartei. Wir würden daher über die politische Beurteilung der Freveltat kein Wort verlieren und uns einfach den Aeusserungen der allgemeinen Entrüstung anschliessen, wenn nicht das widerliche Ereignis bereits von einigen rüden Gesellen in der nationalliberalen Presse ausgebeutet und daraus eine willkommene Gelegenheit gemacht würde, der Oppositionspartei etwas am Zeuge zu flicken.

Um dieser schmutzigen Waffe die Spitze zu bieten, verweisen wir einfach auf die Stellung, welche wir stets den Taten der rohen Gewalt gegenüber eingenommen haben. Dass wir in dem speziell vorliegenden Falle das allgemeine Urteil völlig teilen und den Schuss nach dem ehrwürdigen Haupte des 82jährigen Greises für eine der schlechtesten Handlungen halten, welcher ein einzelner Mensch vollbringen kann, das haben wir schon oben konstatiert; wie wir im allgemeinen zu allen Attentaten stehen, ist ebenfalls bekannt. Wir sind der Ueberzeugung: Das herrschende System kann man nicht erschiessen, ebensowenig, wie man den Freiheitsdrang des Volkes ins Gefängnis und von da auf den Friedhof schleppen kann. Systeme und Ideen leben und sterben nicht mit den einzelnen, sondern wurzeln in der Gesellschaft. Gewalttaten gegen einzelne Träger einer Idee oder eines Systems sind daher Verbrechen oder Torheit, meist beides zugleich.

Es ist deshalb geradezu unsinnig, eine selbst verfolgte Partei für derartige verbrecherische Angriffe verantwortlich machen zu wollen."

Die gleichen Gedankengänge wurden in den nächsten Tagen hier wie in der ganzen Parteipresse bis zum Ueberdruss wiederholt, und schon das hätte jeden halbwegs ehrlichen Menschen davon abhalten müssen, das verhängnisvolle Nobilingsche Attentat vom 2. Juni der Sozialdemokratie zur Last zu legen. Aber als Bismarck am 11. Juni den Reichstag auflöste, sah die Bourgeoisie sofort nur noch das politische Geschäft, das ihrem beschränkten Verstande winkte, und darüber liess sie seelenruhig Wahrheit und Scham vor die Hunde gehen.

Die Partei verkannte die Gefahr nicht, die aus der Situation für sie erwuchs. Schon im ersten Flugblatt, mit dem die Sozialdemokraten des 16. Wahlkreises an die Wähler herantraten, kennzeichneten sie die Situation vollkommen zutreffend folgendermassen:

„Am 30. Juli findet die Wahl zum Deutschen Reichstag statt. Das ist keine gewöhnliche geschäftsmässige Reichstagswahl, wie wir sie bisher hatten, nein: das ist eine Abstimmung über Freiheit oder Sklaventum, über Elend oder Wohlfahrt, über Vorwärts oder Rückwärts!

Denn — wenn das Volk jetzt den Verteidigern der Attentatsgesetze zustimmte, wenn es durch Wahl von Reaktionären sein Einverständnis mit der Notwendigkeit der Beschränkung seiner Rechte ausspräche, so würde es damit sagen: „Ja, wir sind ein Volk von Meuchelmördern, wir sind der politischen Ehrenrechte nicht würdig und liefern sie zur Vermeidung von Meuchelmord hiermit reumütig aus."

Nur wer auf alle seine politischen Rechte Verzicht leisten und dabei enorme Summen an Steuern zahlen will, der kann für den Kandidaten der Reaktion stimmen. Wer gar nicht wählt oder wer sich für einen etwa noch auftretenden Zählkandidaten der „Fortschrittspartei" entscheidet und dadurch zur Stimmenzersplitterung beiträgt, der leistet der Reaktion denselben Dienst, als wenn er Vopel gewählt hätte.

Gegenüber den riesenhaften Anstrengungen, welche die Reaktion macht, gegenüber den Machtmitteln, welche sie besitzt, kann nur der rastloseste Eifer, die grösste Energie jedes einzelnen volksfreundlichen Wählers den Sieg ermöglichen.

Der Kampf ist ungleich!

In diesem Kampf zu siegen, ist schwer, es ist dem Volke aber möglich, wenn es mutvoll kämpft. Der Sieg wird dann um so glorreicher sein.

Ein Irrtum nur war in diesen Auslassungen noch enthalten, die Annahme, dass die Chemnitzer Freisinnigen den Feldzug der Heuchelei und Niedertracht nicht mitmachen, sondern selbständig vorgehen könnten. Sie stellten sich im Gegenteil an seine Spitze und halfen mit den unanständigsten Mitteln nach, die besinnungslose Wut gegen die Sozialdemokraten zu erzeugen, die sich in diesem Wahlkampf austoben sollte.

Die Sozialdemokratie von Chemnitz trat trotz der fleissigen Vorarbeit in den letzten Jahren fast wehrlos in den schweren Kampf. Most war nach dem Hödelschen Attentat sofort nach Chemnitz geeilt, um auch seinerseits in offener Rede der schmutzigen Verleumdung entgegenzutreten, als ob die Sozialdemokratie diesen oder einen anderen Mordversuch gewünscht oder gebilligt oder auch nur irgendwie entschuldigt hätte. Aber gerade die Abgabe dieser Erklärung sollte

um jeden Preis vereitelt werden. Ueber das Thema: „Attentate und Sozialdemokratie“ zu sprechen, wurde ihm verboten. Einen Tätigkeitsbericht aus dem Reichstage abzustatten, wurde ihm gleichfalls verwehrt. Nach langem Verhandeln genehmigte der neue Leiter der Chemnitzer Polizei, Siebdrat — Polizeidirektor Urban war im Juli 1877 gestorben —, eine Versammlung mit dem Thema: „Das Reichsgesundheitsamt“. Unter einem ungeheuren Polizeiaufgebot fand die Versammlung am nächsten Sonntag vormittag im „Hohenzollern“ statt. Als gegen Schluss des Referates Most die Bemerkung machte, dass das Reichsgesundheitsamt den Reichstag entlasten könne, weil verrückte Verbrecher wie Hödel mehr die Aerzte als die Politiker beschäftigen müssten, erfolgte die sorgfältig vorbereitete Auflösung. Wegen des Hochs auf die Sozialdemokratie, mit dem Most schloss, wurde er verhaftet und in der Droschke, die seit Beginn der Versammlung am Seiteneingang gewartet hatte, auf das Polizeiamt geführt. Er erhielt sechs Wochen Gefängnis wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz und wurde dann, mit einem neuen Ausweisungsbefehl versehen, nach Plötzensee zur Erledigung einer Berliner Anklage überführt. Erst am 9. Dezember 1878 wurde er wieder entlassen und aus Berlin ausgewiesen und ging, da ihm neue Strafanklagen drohten, über Hamburg nach London. Wie er dort die „Freiheit“ gründete und die Partei in schwerer Zeit bitter schädigte, wie er für unsinnige Mordartikel erst in England und dann in den Vereinigten Staaten harte Strafe erlitt und 1896 als gehasster Feind der Arbeiterschaft starb, das gehört der allgemeinen Parteigeschichte an und kann hier nicht näher ausgeführt werden. Es hat umso weniger mit der Chemnitzer Parteibewegung zu tun, als der Most von 1879 nicht mehr derselbe war, wie der Most von 1871. Das Uebermass der Freiheitsstrafen, das manchem anderen den Körper zerstörte, hatte bei ihm eine unzweifelhafte Geistesstörung hervorgerufen. Um Most gerecht zu werden, muss man bedenken, dass er von den sieben Jahren seiner Parteitätigkeit in Deutschland weit über vier Jahre im Gefängnis gesessen hat. Es gibt keinen Parteigenossen, der das gleiche in so kurzer Zeit zu ertragen gehabt hätte, und es gibt wahrscheinlich kaum einen Menschen, der das ohne Schaden ertragen hätte. Most war von vornherein eine stark

nervöse Natur, wie sich in seiner angeblichen „Feigheit“ deutlich zeigte. Er, der an Kühnheit gegenüber den herrschenden Gewalten und an Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst kaum von einem anderen übertroffen wurde, besass, einfach weil seine Nerven versagten, nicht den physischen Mut, einer körperlichen Gefahr entgegenzugehen. Der grosse Organisator wirkungsvoller Strassendemonstrationen konnte sich nicht zwingen, sie selber mitzumachen. Der Witz darüber ist billig und kann doch den moralischen Mut des Mannes nicht antasten. Zu dieser längst vorhandenen Nervenschwäche kamen die Wirkungen wiederholter langer Freiheitsstrafen. Wer einmal Mosts „Bastille am Plötzensee“ gelesen hat, wer seine Memoiren durchblättert, kann sich leicht ein Bild davon machen, wie schwer Mosts fiebriger Kopf unter dem Druck der Einsamkeit und Untätigkeit gelitten hat. Wenn man nacheinander etwa liest, was Bebel und Most über die neun Monate geschrieben haben, die sie in der Strafanstalt Zwickau zubringen mussten, so greift man mit Händen, wie viel schwerer Most durch eine Freiheitsstrafe mitgenommen wurde. Als er 1876 nach den 26 Monaten Plötzensee nach Chemnitz zurückkam, war er nicht mehr imstande, länger als eine halbe Stunde hintereinander zu sprechen. Im ganzen Wahlkampf 1877 begleitet ihn in die Versammlungen ständig ein zweiter Redner, der sein Referat zu Ende führt und ihm eine Erholungspause bis zum Schlusswort gibt. Mosts Schuld gegen die Partei mag objektiv gross genug sein, sein subjektives Verschulden aber liegt wohl nur darin, dass er sich übernommen, dass er seine eigene Kraft überschätzt und sich mehr Qualen zugefügt hat, als er ohne Schaden zu überdauern imstande war. Es ist indessen bitter ungerecht von Mosts späteren gewissenlosen Hetzereien auf seine früheren Chemnitzer Jahre zu schliessen. Seine Rede über die Pariser Kommune und besonders seine Verteidigungsrede im Kommune-Prozess enthalten eine geradezu meisterhafte Darstellung der Auffassung der Sozialdemokratie über den Wert und die Zulässigkeit der Gewalt. Und wenn man einer Verteidigungsrede vor Gericht nicht glaubt, so werfe man einen Blick auf Mosts Rechenschaftsberichte an seine Chemnitzer Wähler, in denen er den Wert des Parlamentarismus durchaus vernünftig anerkennt und umgrenzt. „Es gilt nicht zu feilschen und zu handeln oder gar mit sich handeln zu lassen;

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

es gilt vielmehr die Prinzipien der Sozialdemokratie bei jeder passenden Gelegenheit den Grundsätzen der Vertreter der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung entgegenzuhalten und die modernen Zustände zu geisseln. Weiteres kann v o r l ä u f i g (das Wort „vorläufig“ hat Most selbst unterstrichen), solange die Sozialdemokratie nur so wenige Vertreter im Reichstage hat, von keinem sozialistischen Volksvertreter unternommen werden.“ Und daran schliesst sich eine längere Darlegung darüber, wieviel besser positiv die Fraktion werde arbeiten können, wenn sie erst Fraktionsstärke oder gar wenn sie eine Mitgliederzahl erreicht habe, die bei den parlamentarischen Abstimmungen entscheidend ins Gewicht fallen könnte. Diese durchaus zutreffende und reale Beurteilung der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratie beweist wohl am deutlichsten, ein wie anderer Most fünf Jahre später geworden war, als er in der „Freiheit“ die Partei aufs gehässigste anzugreifen begann. Der Most, dem die Chemnitzer Arbeiter Treue gelobt, und der, von dem sie sich in ihren Versammlungen später in aller Form lossagten, waren zwei verschiedene Personen, und heute darf nur noch das Bedauern zurückbleiben, dass ein so glänzender und edler Geist in der Moderluft preussisch-sächsischer Gefängniszellen so elend zerstört wurde.

Unmittelbar an Mosts Verhaftung knüpften in Chemnitz weitere Verhaftungen an. Die beiden Wendlers, der Vater und der älteste Sohn, wurden unter der Beschuldigung festgenommen, dass sie den Polizeidirektor Siebdrat, den Polizeiinspektor Carius und den Staatsanwalt Schwerdtfeger in einem anonymen Brief mit Mord bedroht hätten. Der Brief, der so unorthographisch geschrieben war, dass er nur von einem vollständigen Trottel herrühren konnte, wenn es nicht ein absichtsvoller „Scherz“ eines „Reichstreuen“ war, war mit einem Stück Holz auf grobes Papier gemalt und liess nicht entfernt irgendeinen Schluss auf die Handschrift des Absenders zu. Trotzdem hielt man die beiden Wendlers — der alte war krank und konnte nicht mehr gehen — in Untersuchungshaft, Bruno Wendler über drei Wochen, und entliess sie erst, nachdem man sicher sein konnte, dass sie ihre Arbeit verloren hätten und so leicht keine neue finden würden. Bruno Wendler hat denn auch später infolge der ungesunden Arbeit, die er in der Not annehmen musste,

sich eine bösartige Verschlimmerung seines rheumatischen Leidens zugezogen, das ihn bald arbeitsunfähig machte. Trotz der Geldnot in den harten Zeiten des schmachvollen Ausnahmegesetzes haben ihn die Parteiverbände und Fachvereine nach Kräften unterstützt, bis er nach 14 Jahren bitterer Schmerzen 1895 starb. Ein Menschenleben mehr, das der teuflischen Wut jener Sozialistenverfolger geopfert wurde! Tatsächlich war er aber nur der erste unter den vielen Hunderten, die in dieser Zeit die furchtbare Brutalität des liberalen Chemnitzer Mastbürgertums und der wildgewordenen Spiesser auskosten mussten.

Ausser Most fehlte der Chemnitzer Parteibewegung in dieser Stunde der Bedrängnis vor allem die gezügelte Kraft Vahlteichs, der schon fast seit einem Jahre in der Zwickauer Strafanstalt sass. So lag die ganze Last der literarischen und rednerischen Führung des Wahlkampfes auf Wiemer und Kegel, die denn auch alles taten, was in ihren Kräften stand. Aber der Gegner war übermächtig. Recht und Gesetz schien schon vor dem Ausnahmegesetz aufgehoben und die nackte Polizeiwillkür proklamiert. Die Versammlungen des Wahlvereins wurden fast sämtlich aufgelöst, die eine, weil Kegel die Religion als „Gängelband“ bezeichnet hatte, die andere, weil ein Redner das Wort „Parallele“ gebraucht hatte. Je weiter der Wahlkampf vorrückte, desto rücksichtsloser verbot man die sozialdemokratischen Versammlungen von vornherein. Schliesslich gelang es nur noch mit Not und Mühe, eine geschlossene Konferenz der Parteimitglieder genehmigt zu erhalten, zu der aus jedem Bezirk der Stadt und jedem Ort des Kreises nicht mehr als zwei Vertreter erscheinen durften. Um so mehr befreit von allen hemmenden Gesetzesschranken war die Agitation der Bürgerlichen, die sich unterschiedslos zu einem Reichstreuen Verein zusammengeschlossen und in einer vollständigen Null, einem politischen Nichtswisser schlimmster Art, dem Kürschnermeister Stadtrat Vopel, einen ihrer würdigen Kandidaten gefunden hatten. Eine Lieblingsbeschäftigung dieser „Reichstreuen“, die sich in der „Chemnitzer Zeitung“ ein eigenes Organ unter dem Motto: „Hie guet reichstreu allerwege“ gegründet hatten, war das Sprengen der sozialistischen Versammlungen im ganzen 16. und 15. Kreis durch festorganisierte Sprengkolonnen, die durch ihre Roheit sich bei den Arbeitern den

Namen „Versammlungshunnen“ erwarben. An die Spitze dieser tobenden Scharen stellten sich ohne Scheu der Chemnitzer Lokaldichter Professor Ohorn, der Vahlteich einen Zuchthäusler nannte, der Führer der Freisinnigen Professor Kellerbauer, der nationalliberale Oberlehrer Professor Rühlmann, der später in Döbeln dem Wahnsinn verfiel, der Strumpfwarenfabrikant Friebel-Reichenbrand, der Metallwarenfabrikant Albert Wagner, damals Ingenieur in der Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik, der Schlossermeister Reinhold Philipp und eine ganze Reihe anderer Leute, die später in Zeiten der Besonnenheit sich selbst eines solchen Betragens schämten und es noch heute bereuen. Die Arbeiterschaft aber wagte in Furcht vor grossen Landfriedensbruchprozessen oder gar einem von der Bourgeoisie ersehnten Blutbade nicht, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Die ausserordentliche Ungunst der Wirtschaftslage, die zur Erzeugung der Wutstimmung bei den Besitzenden nicht wenig beigetragen hatte, lähmte auf der anderen Seite die Kraft des Proletariats in der schlimmsten Weise. Auf dem Werkstättenbahnhof, wo ein grosser Teil der besten Parteigenossen arbeitete, flog erbarmungslos jeder hinaus, der die „Freie Presse“ las oder sonst irgendwie als Sozialdemokrat festgestellt wurde, und die Privatindustrie folgte gern diesem würdigen Beispiele des Klassenstaates. In den grossen Betrieben der Metall- und Textilindustrie und ebenso in der Offizin des „Chemnitzer Tageblattes“ wurde allen Arbeitern ein Revers vorgelegt, in dem sie sich verpflichteten, aus der Partei auszutreten, sie in keiner Weise mehr zu unterstützen und ihre Versammlungen nicht zu besuchen. Wer sich weigerte zu unterzeichnen, lag am nächsten Tage auf dem Pflaster. Jeder Geschäftsmann, der in der „Freien Presse“ inserierte, und jeder Gastwirt, der sie in seinem Lokale auslegte, wurde rücksichtslos boykottiert, und der Gegenstoss, mit dem die Parteileitung antwortete, die Aufforderung, nur in Lokalen zu verkehren, die die „Freie Presse“ unterstützten, und alle Geschäftsleute planmässig zu schädigen, die sich an den reichstreuen Lümmeleien beteiligten, verpuffte wirkungslos. Ein Flugblatt, in dem die Partei die Wähler darauf hinwies, dass die Regierung für 78 Millionen Mark neue Steuern einführen wolle, wurde konfisziert und der Maschinenmeister Robert Reichert, der es verantwortlich zeichnete, wegen

wissentlich unwahrer Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Behörden nach § 131 des Strafgesetzbuches zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Richter erklärten, dass die Regierung garnicht daran denke, neue Steuern einzuführen, und wenn auch nachher auf ihren Antrag der Reichstag mehr als halbmal soviel neue Steuern beschloss, wird doch wohl heute niemand so frivol sein, an der Gerechtigkeit auch dieses sächsischen Wahrspruches zu zweifeln. Das schönste leistete sich aber das Chemnitzer Polizeiamt. Die „Freie Presse“ hatte darauf aufmerksam gemacht, dass das Kaufen von Wählerstimmen durch Gewährung reichstreuen Freibieres und durch Gewährung oder Verweigerung von Arbeitsgelegenheit strafbar sei; daraufhin erzwang das Polizeiamt die Aufnahme der folgenden „tatsächlichen“ Berichtigung“:

Der Inhalt des § 109 des Reichsstrafgesetzbuches ist in Nummer 156 der diesjährigen Chemnitzer „Freien Presse“ auf der dritten Seite insofern unrichtig wiedergegeben, als dieser wörtlich lautet: „Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängnis etc. bestraft“ und daher von Versprechungen, von Androhung von Entlassung aus der Arbeit, von Verabreichen von Getränken als Mitteln zum Kauf oder Verkauf einer Wahlstimme nichts besagt.

Chemnitz, am 8. Juli 1878.

Das Polizeiamt.
Siebdrat.

Das liessen sich dann die Chemnitzer Arbeitgeber, denen die Achtung vor den Menschenrechten des Arbeiters noch nie Beschwerden verursacht hatte, nicht zweimal sagen und arbeiteten doppelt eifrig mit den Mitteln, auf die eine hohe Obrigkeit sie durch das Versprechen der Straffreiheit geradezu hinwies. Der weisse Schrecken des Hungers durch Brotlosmachung wetteiferte im Zusammenwirken mit dem roten Schrecken einer Blutgerichtsbarkeit. Die Denunziationen wegen Majestätsbeleidigung und die Höhe der wegen harmloser und vielleicht nie gesprochener Worte verhängten Strafen wuchsen ins Grenzenlose. Das Gemeinderatsmitglied Peukert in Wittgensdorf erhielt wegen Beleidigung des sächsischen Königs, weil er gegen eine Glückwunschadresse an ihn gestimmt hatte, 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Ein anderer Wittgensdorfer Genosse, Uhle mit Namen, 3 Jahre. Der

Tuchmacher Karl August Büttner aus Bernstadt 2 Jahre, der Handarbeiter Karl August Dietrich aus Borna 2 Jahre, der Trödler Greffen aus Orla 1½ Jahre Gefängnis, der Weber Kosterlatzky aus Oederan 2 Jahre Gefängnis und so fort bis ins Unendliche. Die Verfolgung der Sozialdemokraten nahm schliesslich so ungeheuerliche Form an, dass auch aus den Kreisen des Bürgertums inmitten der fanatischen Hetze ein leiser Widerspruch geflüstert wurde. Der „Chemnitzer Arbeiterverein", der sein stilles Dasein seit den Tagen der Trennung vom klassenbewussten Proletariat im nationalliberalen Schlummerbett und am nationalliberalen Schlemmertische bis hierher gefristet hatte, raffte sich auf und trat zum letzten Male mit folgendem Beschluss vor die Oeffentlichkeit:

„In Erwägung, dass ein grosser Teil der Arbeiter nur durch die Vorspiegelungen und frechen Lügen sozialistischer Führer und ihrer Presse verführt, ein anderer Teil nur in Not und durch zu geringen Verdienst der Sozialdemokratie zugetrieben worden ist, und in Erwägung, dass die Entlassung solcher Arbeiter ihrer sozialistischen Gesinnung halber zugleich Jammer und Elend über deren schuldlose Familien bringen oder die Arbeiter zu Heuchelei oder zu geheimen Verbindungen drängen würde, wonach es unmöglich wäre, sie durch Ermahnung und Belehrung von ihrem verderblichen Wèg wieder abzuführen, will der Chemnitzer Arbeiterverein, der von jeher den Sozialisten und ihren für die bürgerliche Freiheit und die wirtschaftliche Entwicklung verderblichen Bestrebungen entgegengetreten ist, die Herren Arbeitgeber bitten, ihre Arbeiter, sofern sie nicht agitatorisch aufreizend und hetzend unter den Mitarbeitern vorgehen, nicht ihrer politischen Gesinnung halber zu verfolgen."

Aber der Terrorismus der Reichstreuen hielt selbst diese weitgesteckten Grenzen nicht inne, sondern zielte auf die Aushungerung a l l e r Sozialdemokraten ab. Eines jener infamen Gewissenszwangsplakate lautet:

Bekanntmachung.

Dass die sozialdemokratischen Agitatoren nicht die Verbesserung des Loses der Arbeiter auf friedlichem Wege anbahnen, dass sie vielmehr durch Verbreitung falscher Irrlehren zu Gewalttaten und Verbrechen aufreizen, haben die beiden meuchelmörderischen Angriffe auf unsern deutschen Kaiser, dem wir so zu Dank für die Neuerrichtung des Deutschen Reiches verpflichtet sind, dargelegt und die dabei bekannt gewordenen Umrisse offenbart,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

welche hinter jenen Irrlehren verborgen waren. Es ist daher eines jeden Pflicht, dieser Agitation entgegenzuwirken, und wir erwarten von unserem Arbeitspersonal, dass es diese Ansicht teilt. Indem wir unsere Arbeiter auffordern, das Ihre dazu beizutragen, geben wir gleich bekannt, dass alle die, welche einem sozialistischen Verein angehören, willens sein sollten, zu demselben zu steuern, deren Zeitungen lesen oder verbreiten, Versammlungen besuchen oder in sonstiger Weise die Zwecke der sozialdemokratischen Partei zu fördern suchen, werden ferner nicht mehr in unserer Fabrik beschäftigt werden können und vom 1. Juli aus derselben entlassen.

Chemnitz, den 18. Juni (1878).

Das Direktorium der Chemnitzer Aktienspinnerei.

Umso gewalttätiger wurde die Taktik der „Reichstreuen", je näher man dem Wahltage kam. Wenige Tage vor der Entscheidung sprach Liebknecht im „Elysium" noch einmal für die Sozialdemokratie. Zu seiner Begrüssung hatten die Reichstreuen sein und Bebels Bild mit einem Strick um den Hals an einen Baum genagelt. Im Saale empfing ihn wüstes Gebrüll, aber es gelang ihm troztdem noch, seine Rede zu vollenden. Den tobenden Gegnern prophezeite er, dass sie sich auch an der aufgelösten roten Schlachtlinie den Schädel einrennen würden, wie die Russen im Krimkrieg an der red thin line der Engländer in der Schlacht bei Inkermann. Gegenüber der Säbelherrschaft, die ihre Alleingewalt über Deutschland aufs neue proklamieren wollte, verteidigte er das Milizideal der Demokratie, und als bei Erwähnung der preussischen Landwehr von 1812 die Reichtreuen lachten, erwiderte er ihnen schlagfertig: „Ich konstatiere, dass Sie gelacht haben über das schönste Blatt der deutschen Geschichte." In der Diskussion wurde der Lärm alsbald so gross, dass Wiemer, der den Vorsitz hatte, die Versammlung schloss. Einige Tage später hielten die Reichstreuen im gleichen Saale ihre letzte Versammlung ab. Als sie mit dem üblichen Kaiserhoch schlossen, brachten einige Arbeiter Hochrufe auf Most aus. Sie wurden sofort am Kragen gepackt und auf die Bühne geschleift, und der Polizeidirektor Siebdrat, der mitten im reichstreuen Komitee sass, legte selbst Hand mit an, die „Verbrecher" möglichst derb zugreifend

festzunehmen. Mit Stricken gebunden schleppte man sie durch die Strassen nach dem Polizeiamt, und prompt verurteilten die Gerichte wegen groben Unfugs zu Haftstrafen. Prügel bekam in den Versammlungen freilich auch manch ein Spiessbürger von den eigenen Gesinnungslosigkeitsgenossen, wenn er an falscher Stelle Bravo schrie. Dann sausten Fäuste und Stöcke auf ihn nieder, bis ein Bekannter ihn rekognoszierte und die fanatisierte Löffelgarde mit dem Rufe von ihm abliess: „Herr Jehses, das is ja ä Reichsdreier!“

Auch am Wahltage selbst liessen die Reichstreuen alle Mittel der Lüge und Gewalt spielen. An allen Plakatierungsplätzen und Strassenecken wurden Handzettel angeschlagen, die in gewaltig grossen Lettern die Worte enthielten: „M o s t i s t t o t !“ Zwischen „ist“ und „tot“ war ganz klein das Wort „moralisch“ gedruckt, sodass möglichst viele Wähler es übersehen sollten. Aber wenn dieser gemütstiefe Witz nur wenige irreführte, so verhinderten die Gewaltmassregeln der Polizei viele Hunderte an der Stimmenabgabe für unseren Kandidaten. Eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Stimmzettelverteiler wurde verhaftet oder von den Wahllokalen fortgewiesen, weil das Polizeiamt die geniale Erfindung gemacht hatte, man müsse zum Stimmzettelverteilen das wahlfähige Alter erreicht haben. In den Wahllokalen selbst standen Meister und Aufseher Spalier und beobachteten die zur Wahl gehenden Arbeiter. Dazu die Drohung, dass jeder entlassen würde, der an der Sozialdemokratie festhielte, dass aber durch die Wahl von Vopel „Brot und Arbeit“ für alle Nationaldenkenden gesichert werden würde.

Danach konnte eine Niederlage der Sozialdemokratie nicht mehr zweifelhaft sein, und in der Tat siegte Vopel mit der ungeheuren Mehrheit von 4000 Stimmen mit 13 842 gegen 9899. So erklärlich dieser Wahlausgang ist, so niederschmetternd wirkte er auf die, die treu zur Fahne der Partei gestanden hatten. Und mit Tränen in den Augen hörten alte, erprobte, feste Genossen, die kein soziales Elend erschüttert hatte, die Ziffern aus den einzelnen Wahlbezirken an. Der siegreichen Reichstreuen aber bemächtigte sich eine wüste Hurrastimmung, die an allen „reichstreuen Stammtischen“ in der Vertilgung von Rekordmengen von Alkohol ihren Ausdruck fand. „Chemnitz, die Hochburg der Sozialisten, ist nicht mehr, der Sozialismus hat sein Grabgeläute klingen

hören!“ verkündete ein Redner jubelnd in der Siegesversammlung der „Versammlungshunnen“. Tiefste Niedergeschlagenheit bei den Arbeitern, unmässiger urteilsloser Jubel bei der Bourgeoisie, das war das Ende der Hauptwahlschlacht am Abend des 30. Juli 1878. In der Gedenknummer des „Vorwärts“ zum 25. Jahrestag der Verhängung des Sozialistengesetzes hat uns Eduard Bernstein den niederschmetternden Eindruck geschildert, den selbst in Berlin diese gewaltige Niederlage von Most hervorgerufen hat. Auch die Chemnitzer „Freie Presse“ konnte am Tage nach der Wahl nichts anderes niederschreiben, als das unumwundene Eingeständnis: „Die Sozialdemokratie des 16. Wahlkreises ist auf der ganzen Linie geschlagen.“ Nur das hob sie noch hervor, dass nicht die Verbreitung der gefälschten Zitate, die tendenziösen Lügen und persönlichen Beschimpfungen Mosts oder die Gassenbubenmanier, mit welcher unsere Versammlungen gesprengt wurden, die Entscheidung herbeigeführt hätten, sondern das Aufgebot und der skrupellose Missbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht der Bourgeoisie. In der Tat, politisch aufgeklärt ist die Chemnitzer Arbeiterschaft stets und stark vor vielen anderen gewesen; nur wirtschaftlich war sie durch die elenden Löhne und die endemisch gewordene Arbeitslosigkeit jetzt und Jahrzehnte vorher und nachher so schwach, dass sie Angriffen auf diesem Gebiete nicht die genügende Widerstandskraft hatte entgegensetzen können. Erst in jüngster Zeit, man kann beinahe sagen erst seit zwei Jahren ist auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Machtverteilung ein entscheidender Umschwung eingetreten.

Die Bestürzung und der Schmerz über die Wahlniederlage fesselten die Geister und Kräfte der Arbeiterschaft nur für einen Tag, nur für wenige Stunden, dann bissen die proletarischen Kämpfer die Zähne aufeinander und stürzten sich mit verdoppeltem Eifer in die Stichwahlen, die rings um Chemnitz auszufechten waren. Im 9. Kreis war die Stichwahl am frühesten angesetzt. Max Kayser hatte sich noch einmal mit seinem konservativen Gegner zu messen, vor dem er einen kräftigen Vorsprung voraus hatte. Die Dresdner und Chemnitzer Genossen, beide besiegt und schon in der Hauptwahl ausgefallen, säumten nicht mit ihrer Wahlhilfe und mit 1200 Stimmen Mehrheit wurde der Wahlkreis geholt.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Dann ging's hinüber in den 15. und 20. Wahlkreis, wo Vahlteich gegen Gensel, und Wiemer, nachdem der Liberale ausgefallen war, mit dem konservativen Staatsanwalt von Mangold in Stichwahl stand. Zu Hunderten zogen die Chemnitzer Genossen in die Kreise hinaus. Hatte das Kapital ihnen die Arbeit für ihr Brot entzogen, so wollten sie wenigstens gegen das Kapital für die Sozialdemokratie arbeiten. Offene Ohren fanden die Appelle Kegels in seinen rollenden Kampfesstrophen:

Schliesst die Reihen!

Und haben wir diesmal verloren die Schlacht,
Und fielen zweitausend Soldaten,
Und mussten wir weichen der Uebermacht
Und der Tücke, die uns verraten —
Wir schliessen die Reihen, das Banner weht,
Es ruft uns zum Kampf, nicht zum Frieden.
So lange noch Einer zur Fahne steht,
So lang' ist der Streit nicht entschieden.

Der Kampf war selbst für diesmal noch nicht entschieden. Die Stichwahlarbeit wurde von einem Erfolg gekrönt, der alles Erwarten überstieg. Zunächst nahmen die Arbeiter gründliche Rache an den Versammlungssprengern, deren Terrorismus sie im Chemnitzer Kreise hatten dulden müssen. Die Wahlleitung hatte ihnen die Fäuste freigegeben und mit wahrem Jubel strömte alles am Sonntag vor der Stichwahl nach Wittgensdorf zur Wahlversammlung. Auch die Genossen des 15. Kreises waren unter Führung der beiden Engelmann aus Frankenberg, die später nach Amerika gingen, massenhaft angetreten. Pünktlich erschien der Omnibus der Reichstreuen, und programmässig setzte nach den ersten Worten des Parteiredners der gewohnte Radau ein. Darauf hatten die Arbeiter bloss gewartet; sie griffen zu, und in der kürzesten Zeit fand sich das ganze „reichstreue" Gesindel mit schmerzenden Knochen im Strassengraben wieder. Natürlich gab es ein grosses Geheul und eine lange gerichtliche Untersuchung, und die abgestraften Versammlungsstörer hatten die bescheidene Genugtuung, dass ein Dutzend Parteigenossen zu ein paar Tagen Gefängnis verurteilt wurden, was ihnen in diesen Zeiten der erzwungenen Arbeitslosigkeit um so weniger machte. Aber der Bann der reichstreuen Radauherrschaft war gebrochen, der Omnibus wurde

nicht wieder gebraucht und die reichstreuen Pferde konnten künftig im Stalle stehen bleiben. Sprach man aber künftig statt von Wittgensdorf von „Wichsmichdurch“, so konnte man die reichstreuen Männer schwer kränken. Die letzten Wahlversammlungen gingen ungestört vorüber, und am Stichwahltage waren zwei weitere wichtige Siege zu verzeichnen. Vahlteich hatte mit 8484 Stimmen den Nationalliberalen geschlagen, der es auf 7013 Wähler brachte, und Wiemer mit 7070 Stimmen den Herrn Staatsanwalt, der mit 6145 Stimmen guter Zweiter wurde. Zum erstenmal war der 20. Wahlkreis erstürmt und auf die Höhen des Erzgebirges die rote Fahne gepflanzt. Muterneuernd und kraftstählend winkte sie ins Land herunter als ein Zeichen für die Tatsache, dass die Sozialdemokratie zwar eine Niederlage erleiden, aber in ihrem grossen Kampf nicht dauernd besiegt werden kann. Die Ehre der Parteibewegung im Erzgebirge war trotz der Niederlage in Chemnitz glänzend gewahrt worden.

Die politischen Folgen der 78er Wahl sind bekannt. Sie brachte uns die ernste Zeit des Ausnahmegesetzes, in dessen Feuer unser Eisen zu Stahl geschmiedet wurde, und dem Liberalismus für mindestens ein Menschenalter den politischen Tod. Am Tage der 78er Wahl schrieb das letzte klardenkende Organ der Fortschrittler in Sachsen, die „Leipziger Volkszeitung“: „Wir streichen die Segel vor jenem Indifferentismus, dem das Bürgertum verfallen ist, seit die deutsche Einigung dem Jugendtraum unserer Besten Erfüllung gespendet hat. Es ist kein berechtigtes Verlangen, dass neben unserer unermüdlichen, aus dem Herzblut unserer Ueberzeugung schöpfenden geistigen Tätigkeit fort und fort die Sorge für das materielle Wohl und Wehe des fortschrittlichen Organs uns aufgebürdet sein soll.“ So beging, noch ehe das Ausnahmegesetz dem ersten Parteiblatt zuleibe ging, der sächsische Freisinn, der diesen Namen wirklich verdiente, den Selbstmord aus Verzweiflung. Vergebens hatte, wie die übrigen Parteiorgane, so auch die „Freie Presse“ den bürgerlichen Liberalismus gewarnt, die Hetze gegen die Sozialdemokratie mitzumachen. Mit jener klaren politischen Erkenntnis, die die Parteipresse früherer Jahrzehnte vielfach auszeichnete und in unserer korrespondenzengesegneten Zeit auf den Redaktionen bald vollkommen verschwunden sein

wird, hatte sie die politische Situation in das Bild von dem Sack und dem Esel zusammengefasst: Bismarck schlägt auf den Sack Sozialismus, aber er meint den Esel Liberalismus, und dieser Esel ist auch richtig so dumm, dass er garnicht merkt, wem eigentlich die Schläge gelten. Ein zitterndes Fragezeichen während der Wahl, wurde die nationalliberale Partei nach ihr zu Bismarcks willenlosem Werkzeug. Der Liberalismus in Sachsen war tot, aber die Sozialdemokratie erblühte auf neuer Grundlage zu neuem Leben.

Das Ausnahmegesetz rückte näher. Mitte August wurde der Entwurf des Ausnahmegesetzes veröffentlicht und am 19. Oktober vom Reichstage endgültig beschlossen. Zwei Tage später trat es in Kraft. Die Partei hatte sich auf den Kampf unter dem gemeingefährlichen Gesetz schon soweit eingerichtet, als das im voraus ohne Kenntnis der Art seiner Anwendung möglich war. Mit dem 20. Oktober 1878 stellte die Chemnitzer „Freie Presse“ ihr Erscheinen ein. Die Genossenschaftsdruckerei, die nach Vahlteichs Verurteilung von den Genossen Kluttig und Weigert geleitet worden war, wurde in den Privatbesitz eines der bisherigen Angestellten übergeführt, um den Versuch zu machen, auf diese Weise das angelegte Kapital zu retten. Das Broschürenlager war schon zuvor grösstenteils verkauft, der Rest am Sonntag vor dem Ausnahmegesetz an die Genossen verschenkt worden. Auch die Parteiorganisation war aufgelöst. Am 12. Oktober sollte in „Stadt London“ die Abschiedsversammlung stattfinden, sollte zum letztenmal Heerschau gehalten werden über die Schar der Getreuen. Aber die Polizei kontrollierte, wie schon seit dem Nobilingschen Attentat, am Eingang die Mitgliedskarten und schrieb die Namen der Genossen auf, um sie dem Arbeitgeber mitzuteilen und die Entlassung herbeizuführen, die in diesen Zeiten ein besonders harter Schlag war. Dachte doch die Bourgeoisie garnicht daran, das Wahlversprechen von „Brot und Arbeit“ in die Wirklichkeit umzusetzen — sie hätte es auch beim besten Willen gegenüber den blinden Kräften nicht durchzusetzen vermocht, die unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ihre Herren sind und unsere. Tausende von Arbeitern irrten ohne Nahrungsmöglichkeit umher, und über allen schwebte das Schwert der Entlassung. Um nicht unnütz Opfer fallen zu lassen, eröffnete der letzte Parteivorsitzende vor dem Ausnahme-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

gesetz, Schneider Willkomm, die Versammlung bereits, als erst wenige Genossen im Saale waren, und schloss sie sofort, ohne in die Verhandlungen einzutreten. Im engeren Kreis wurde dann bei Türks in der Königstrasse, wo 14 Jahre zuvor der Grundstein zum Bau der Chemnitzer Parteiorganisation gelegt worden war, die Auflösung beschlossen und vollzogen. Auch die Parteivereine in den Vororten lösten sich zur gleichen Zeit freiwillig auf, da an ein Weiterbestehen natürlich nicht zu denken war. Ebenso warteten die Gewerkschaften nicht erst ab, bis Bismarck ihnen das Wort brach, dass sie als rein wirtschaftliche Gebilde fortbestehen dürften. Hatte man in dem Attentatsfieber schon den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein in Mittweida aufgelöst, so brauchten sich die freien Gewerksgenossenschaften keinen Illusionen hinzugeben: die freiwillige Auflösung rettete den Arbeitern wenigstens das geringe vorhandene Vermögen. Auch war man im Augenblick viel zu entmutigt, um zusammenzubleiben. Die Ungewissheit des bevorstehenden Schicksals im Verein mit der alles zermalmenden Krise lähmte selbst die Tapfersten. Als am 14. August die Genossen von Rabenstein, deren Organisation den Sitz in Rottluff hatte, einen Demonstrationszug nach einem nahen Ausflugort anregten, erschienen aus Chemnitz knapp dreissig Mann, aus Altendorf, Rottluff und Rabenstein kaum zwanzig. Selbst von der Redaktion der „Freien Presse“ war niemand mehr gekommen, nur der Gastwirt Geilhardt, ein unerschrockener Mann, mahnte in einer kurzen Ansprache zu treuem Zusammenhalten. Schliesslich aber konnte auch er nichts anderes sagen, als was die Studenten nach den Karlsbader Beschlüssen sangen: „Das Haus mag zerfallen, was hat's denn für Not, der Geist lebt in uns allen. . . .“ So unterstrich er denn die letzte Mahnung der Parteileitung: so unmöglich die Aufrechterhaltung eines organisatorischen Bandes im Augenblick sei, um so fester das geistige Band um die Proletarier zu knüpfen. Die stolze rote Fahne des Altendorfer Vereins wanderte ins Feuer — die alten Formen mussten restlos zerbrochen werden, neues zu schaffen. Und die alten Führer mussten ausnahmslos verschwinden, um neuen Platz zu machen, denen aus dem Mutterboden des Sozialismus, dem Fabrikraum und der Werkstatt, frische Kraft zuströmte.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Max Kegel war mit Beginn des Ausnahmegesetzes nach Dresden gegangen, um dort ein politisch möglichst unanstössig gehaltenes Witzblatt, den „Hiddigeigei“, herauszugeben. Wiemer und nach seiner Entlassung Vahlteich harrten noch aus und versuchten das Erscheinen eines neuen Arbeiterblattes unter dem Namen „Chemnitzer Beobachter“ durchzusetzen. Es brachte es auf 18 Nummern — am 15. November verbot es die Kreishauptmannschaft „auf Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Die Begründung hatte man sich so leicht gemacht wie möglich. Der „Chemnitzer Beobachter“ ginge aus derselben zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen gegründeten Druckerei und Expedition, in demselben Format und mit derselben Einteilung, wie die Chemnitzer „Freie Presse“ hervor“, setze sogar den dort erschienenen Roman fort und wolle nach eigenem Geständnis die Lücke ausfüllen, die das Verschwinden dieses Blattes gelassen habe. Offenbar hinge das Blatt nach wie vor dem sozialistischen Glaubensbekenntnis an und operiere nur vorsichtiger, um eine Kollision mit dem Gesetze zu vermeiden. Hauptsächlich trete diese sozialistische Tendenz in einem Artikel hervor, der über „die geschlossene Versammlung der sogenannten Reichstreuen referiere“.

„Wohlgemeinte Vorschläge zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, zur Milderung der Klassengegensätze werden verhöhnt, als leerer Wortkram hingestellt und die ernste Absicht der Besitzenden, Anstalten ins Leben zu rufen, durch welche derartige Zwecke erreicht werden können, wird in frivoler Weise lächerlich gemacht und den Arbeitern gegenüber verdächtigt. Dass aber durch solche Darstellungen der Klassenhass geschürt und der öffentliche Frieden gefährdet wird, dass eine derartige Zeitungstaktik lediglich darauf ausgeht, dem Sozialdemokratismus bezw. dem Kommunismus Dienste zu leisten und auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hinzuwirken, bedarf einer weiteren Auseinandersetzung nicht.“

So war denn ein Angriff auf den Reichstreuen Verein und auf das elende Geschwätz seiner Führer glücklich in eine gemeine Gefahr für das Wohl des Staates umgedichtet und den Arbeitern die Möglichkeit eines eigenen Organs völlig abgeschnitten. Nur um die Genossenschaftsdruckerei zu halten, versuchte der neue Inhaber, Genosse Eduard Böttger,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

ein ganz unpolitisches Blatt, das „Chemnitzer Abendblatt“, herauszugeben. Es hielt sich bis zum 6. März 1879, Nr. 50 dieses Jahrganges, dann verfiel es trotz aller Vorsicht dem Ausnahmegesetz. Ein dritter Versuch mit den „Chemnitzer Nachrichten“ glückte nicht besser. Zunächst beschlagnahmte die Polizei die Probenummer und gab sie erst nach zwei Monaten wieder frei. Dann erklärte sie einen Aufruf zur Landtagswahl in Nr. 82, der nichts als den Namen Vahlteich enthielt, für ausnahmegesetzwidrig und untersagte auch diesem Blatte das Weitererscheinen. Damit war im Anfang September 1879 die Genossenschaftsdruckerei endgültig zugrunde gerichtet, sie ging in Konkurs und die Maschinen erwarb der Buchdruckereibesitzer A. Wiede, ein schlimmer Scharfmacher, der zunächst den Schein zu wahren suchte, als ob er mit seinen „Stadtboten“ und „Landboten“ ein Blatt für die Arbeiterschaft herausgeben wollte, bald aber mit wüstem Schimpf über die mundtot gemachte Sozialdemokratie herfiel und damit seiner Gründung das Fussfassen in den Chemnitzer Arbeiterkreisen unmöglich machte.

Nach dem endgültigen Untergange der Genossenschaftsdruckerei war auch für Wiemer und Vahlteich, der inzwischen wieder freigekommen war, des Bleibens in Chemnitz nicht mehr. Wiemer versuchte eine Buchhandlung zu eröffnen. Aber das Verbot der Schriftenverbreitung zerstörte sie rasch wieder und eine zweite Geschäftsgründung, eine Werkstatt für die Herstellung von Federhaltern aus Schilfrohr, wurde mit Hilfe der Briefsperre erdrosselt. Ebensowenig konnte sich Vahlteich in Chemnitz halten. Wohl war Liebknecht herübergekommen, um in einer vertraulichen Besprechung mit den Genossen die Grundlagen zu schaffen, auf denen eine weitere Tätigkeit Vahlteichs in Chemnitz möglich wäre, da man seine besonnene Festigkeit jetzt weniger missen mochte als je. Wohl stellte er in Aussicht, dass die Parteileitung für die nötigen Mittel sorgen würde, um Vahlteich die Gründung eines Schuhwarengeschäfts möglich zu machen. Aber dieser traf doch wohl das Richtige, indem er ablehnte. Es war mit Sicherheit vorauszusehen, dass auf irgendeinem gesetzlichen oder ungesetzlichen Wege die Chemnitzer Polizei das Unternehmen in kurzer Zeit ruinieren würde. Stellte sie doch z. B. dem Genossen Balduin Schreiber in Schloss-Chemnitz, der bis dahin in der Partei-

bewegung noch wenig hervorgetreten war, einen Schutzmannsposten vor seine Materialwarenhandlung und liess die Frauen, die zu ihm kaufen kamen, solange mit Fragen schikanieren, ob man ihnen auch keine verbotenen Schriften gegeben hätte, bis die Käufer wegblieben und das Geschäft zugrunde ging. Dieses Schicksal erwartete in Chemnitz jeden Genossen, der nicht in der Fabrik bei einem Arbeitgeber stand, den die politische Gesinnung seiner Angestellten weniger kümmerte als ihre Leistung. Man hat es Vahlteich sehr übel genommen, dass er nach den Vereinigten Staaten ging und hier gleichsam fahnenflüchtig wurde. Aber wie Wiemer von Chemnitz nach Nürnberg getrieben wurde, so hätte sich wenigstens in Chemnitz Vahlteich auf die Dauer doch nicht halten können. Und den Weg über das grosse Wasser schlugen mit ihm eine fast unzählbare Schar von Genossen ein. Hatten schon vorher infolge der elenden Lohnverhältnisse die Chemnitzer Arbeiter starke Neigung gehabt, ihr Stiefvaterland zu verlassen, so begann jetzt, nachdem man ihnen auch noch das letzte, die politische Freiheit, geraubt hatte, eine wahre Massenflucht in die neue bessere Welt. Auswandererervereine bildeten sich z. B. in Schloss-Chemnitz unter dem Vorsitz des Kesselschmiedes Schulze und ganze Kolonien zogen herüber nach Michigan, angelockt von dem strahlenden Licht, mit dem die Fackel der Freiheit den Einwanderern winkte. Die „nationale“ Bourgeoisie aber klagte nicht um den ungeheuren Verlust an Nationalkraft, den Deutschland erlitt — gelangten doch ein nicht geringer Prozentsatz dieser Ausgewanderten drüben zu Wohlstand oder Ansehen —, sondern gab sich dem lockenden Wahne hin, dass der Sozialismus so aussterben und aus Deutschland verschwinden werde. Noch sagten sie mit ungetrübter Freude ihr Spottverslein auf den „rabiaten Buchbinder“ Johann Most her:

Ueber allen Wipfeln ist Ruh'!
Von Hasselmann spürest du
Kaum einen Hauch.
Vahlteich schustert im Walde,
Warte nur, balde
Kleisterst du auch.

Die kindische Illusion, mit dieser Ausschaltung einiger Führer die Arbeiterbewegung vernichtet zu haben, bar jeder

Einsicht in die Triebkräfte weltgeschichtlichen Geschehens, beherrschte die Chemnitzer Bourgeoisie wohl an die drei Jahre. Bei der Reichstagswahl von 1881 brach sie kläglich zusammen; denn schon lange zuvor hatte die Arbeiterschaft insgeheim sich von der Lähmung befreit, die die ersten Schläge des Ausnahmegesetzes erzeugt hatten, und sich gerüstet zu neuem Kampf, zur Abrechnung, zur Rache, zur Ueberwindung.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Chemnitzer Freie Presse

Organ des arbeitenden Volkes von Chemnitz und Umgebung.

Die „Chemnitzer Freie Presse“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen und wird vom Nachmittags ½6 Uhr an mit dem Datum des folgenden Tages ausgegeben. Der Abonnementspreis beträgt durch die Expedition und Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mark 40 Pfg., durch die Postanstalten und Filialen 3 Mark 50 Pfg., bei freier Lieferung in's Haus durch die Expedition vierteljährlich 3 Mark 70 Pfg., durch die Postanstalten 3 Mark 80 Pfg. Monats-Abonnements bei der Expedition und den Ausgabestellen 60 Pf., bei freier Lieferung in's Haus 80 Pf., bei den Filialen 65 resp. 95 Pf. — Inserate finden durch die „Chemnitzer Freie Presse“ weite Verbreitung und wird die 6gespaltene Zeile mit 10 Pfg. berechnet. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. — Schluß der Annoncen-Annahme für die nächste Nummer Nachm. 2 Uhr.

Redaktion und Expedition: Poststraße 27.

№ 246. | Sonntag, den 20. Oktober 1878. | 8. Jahrgang.

An unsere Freunde und Leser!

Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie wird bereits nächsten Montag in Kraft treten. Die „Chemnitzer Freie Presse“, ein sozialdemokratisches Partei-Organ, kann unter diesem Gesetz nicht weiter bestehen, sie weicht deshalb der Macht der reaktionären Gesetzgeber und nimmt hiermit Abschied von ihren Lesern.

Wir danken unsern Freunden herzlich für das Wohlwollen, welches sie unserm Unternehmen stets entgegenbrachten und für die Treue, mit welcher sie in guter und schlechter Zeit zu uns standen. Mögen sie auch unter der neuen, traurigen Aera, die jetzt über das unglückliche deutsche Volk hereinbricht, im Stillen der großen Sache gedenken, für welche wir gemeinsam gekämpft, für welche viele der Unsrigen schwer gelitten haben oder gar noch leiden.

Wir verlieren nicht den Glauben an den Sieg dieser Sache, wenn auch gegenwärtig die Reaktion triumphirt. Sobald der Bann, welcher über das öffentliche Leben verhängt wird, wieder gefallen ist, werden die alten Kämpfer der Freiheit vollzählig wieder auf dem Platze sein, um die jetzt unterbrochene Thätigkeit mit neuem Muthe fortzusetzen.

Bezüglich der Verbindlichkeiten, welche wir noch an unsere Abonnenten zu erfüllen haben, verweisen wir auf die in der heutigen Nr. ds. Bl. befindliche Anzeige, betr. ein neues Zeitungs-Unternehmen, welches wir dem Chemnitzer Publikum auf's Wärmste empfehlen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Redaktion und Expedition der „Chemnitzer Freie Presse.“

Die Gewerbetreibenden und das Sozialistengesetz.

Rede des Abgeordneten Wiemer im Reichstage am 15. Oktober.

[illegible] ...ahischen Bericht.

[illegible]

Spiritus betreiben, in vielen Fällen überhaupt gar nicht in der Lage sind, mit Sicherheit verhindern zu können, daß in ihrem Lokal solche Bestrebungen sich bemerkbar machen. Ich hatte vorhin schon auf diese undeutlichen Begriffe, die in Bezug auf Sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische [illegible] handen sind, hingewiesen. [illegible] Schankwirth ist [illegible]

über die Bedeutung des Wortes „zum Geschäft machen“. Diese Worte sind ebensowenig genau definirbar, als wie die Worte „sozialistische, sozialdemokratische und kommunistische Bestrebungen“. Ein Gast- oder Schankwirth, der sich die erdenklichste Mühe giebt,

in Mitleidenschaft gezogen. Wird z. B. eine Buchdruckerei geschlossen, also dem Buchdrucker sein Gewerbebetrieb untersagt, so hat er nicht allein für seine Person darunter zu leiden, sondern sein ganzes Personal wird mit ihm [illegible] nicht allein [illegible]

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

UNTER DEM AUSNAHMEGESETZ DES REICHES

Waffenlos und führerlos stand die Chemnitzer Sozialdemokratie dem Ausnahmegesetz gegenüber. Die Presse unterdrückt, die Organisationen aufgelöst, die Versammlungen verboten, die Wortführer entweder schon fortgezogen oder im Begriff, in die Ferne zu gehen, jeder Zusammenhalt der Genossen aufgelöst. Ein trauriges Bild, das nach den ersten Monaten des Ausnahmegesetzes die alte stolze Parteiburg bot.

„Doch ob auch müde Streiter
Sinken im mutigen Strauss,
Es kommen frische Geschlechter
Und fechten es ehrlich aus."

Oft hatte die „Freie Presse" diese Eichendorffschen Verse zitiert, wenn wieder einen der Wackeren Polizeiwillkür oder Gerichtsunbill in einen frühen Tod getrieben hatten; jetzt sollten sie ihre Wahrheit erweisen.

Die ersten, die unter dem Ausnahmegesetz wieder vorwärts gingen und die innere Kraft der Bewegung bewährten, waren die Genossen von Altendorf, die schon im Dezember 1878 sich den Eintritt in die Gemeinderatsstube erzwangen, die ihnen bis dahin verschlossen gewesen war. Ohne jede Möglichkeit und ohne jeden Versuch einer Agitation wurden die Genossen Georg Bauer und Richard Wolf von der Mehrheit der Unansässigen in den Gemeinderat gewählt, und diese Position wurde dauernd behauptet. Auch in anderen Landgemeinden schloss sich der engere Kreis der festesten Genossen bald wieder wenigstens im persönlichen Verkehr zusammen, nachdem die übertriebensten Vorstellungen von den drohenden Gefahren durch die Wirklichkeit korrigiert worden waren.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Schwieriger war es in der Stadt, wo die Polizei mit ihren stärkeren Kräften unter dem Polizeidirektor Siebdrat, dem Polizeiinspektor Carius, dem Wachtmeister Beckert und den Kriminalschutzleuten Resch, Kempe und Schubert einen unrühmlichen Eifer darin entfaltete, jeden bekannteren Genossen auf Schritt und Tritt zu überwachen und zu verfolgen. Wo immer ein solcher in Arbeit trat, erschien sie am nächsten Tage, um dem Arbeitgeber seine Entlassung nahezulegen, und mancher Genosse nahm wohl ein halbes Dutzend mal Arbeit an, nur um am nächsten Tage wieder auf die Strasse gesetzt zu werden. Entliess ihn aber der Arbeitgeber nicht auf der Stelle, so half die Polizei noch ein wenig nach, indem sie den Verfolgten zu irgendeiner Vernehmung auf das Polizeiamt bestellte. Diese Zitationen wurden niemals in die Wohnung des Arbeiters gerichtet, sondern während des grössten Teils des Ausnahmegesetzes in die Fabrik oder die Werkstatt, in der das gejagte Wild Zuschlupf gefunden hatte. Um nicht immer wieder die Polizeiuniform in seinem Betriebe zu haben, kündigten dann selbst die persönlich weniger gehässigen Arbeitgeber und Meister in der Regel dem „Gemeingefährlichen“ die Arbeit auf. Dieses System immer wiederholter Brotlosmachung erwies sich anfangs als so wirksam, dass nur die wenigsten noch mit den früheren Genossen zusammenzutreffen wagten. Nur in der Gastwirtschaft von Geilhardt, dem man nach einer Haussuchung im Sommer 1879 die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt hatte, traf sich am Sonnabend abend noch gelegentlich ein kleiner Kreis, der sich als Rauchklub oder Schachklub ausgab und miteinander zu Rate ging, wie man wohl den politischen Befreiungskampf des Proletariats fortsetzen oder neu beleben könne. Manchmal gingen wohl auch Wiemer oder Vahlteich noch in die Versammlungen der Liberalen, um in den 10 Minuten Redezeit wenigstens ein schwaches Lebenszeichen vom Dasein der Partei zu geben, und wenn zufällig einmal ein anständigerer Liberaler hier sprach, etwa Heinrich Rickert oder Albert Träger, sorgte er wohl auch dafür, dass unsere Genossen sich freier aussprechen konnten. Aber die Arbeiter waren grösstenteils in diesen Versammlungen garnicht zugegen; verschüchtert und in der Sorge ums tägliche Brot hielten sie sich von allem öffentlichen Leben fern und speicherten den Groll der Unterdrückten nur in ihrer Seele auf.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Den Antrieb zu einer etwas entschlosseneren und tatkräftigeren Haltung gaben die Führer der Partei von Leipzig aus. Bebel und Liebknecht schrieben an alle die ihnen persönlich bekannten Vertrauensleute und ermahnten sie, nicht in hasenherziger Aengstlichkeit die Parteiagitation einschlafen zu lassen, sondern wie früher offen, so jetzt versteckt, mit doppeltem Eifer die Aufklärungsarbeit fortzusetzen und die zersplitterten Kräfte wieder zusammenzufassen. Einer dieser Briefe Bebels wäre beinahe trotz der am Schlusse jedesmal angefügten Aufforderung, sie sofort nach Empfang zu vernichten, in die Hände der Chemnitzer Polizei gefallen. Bei einer der unzähligen Haussuchungen, die damals alltäglich waren, kam die Polizei gerade in das Geschäft des Genossen Schreiber, als er eben einen dieser Briefe geöffnet und gelesen hatte. Zum Glück gelang es noch rasch, ihn in das Schnapsfass zu stecken, wo der Spiritus sein Zerstörungswerk an der Schrift verrichtete. Bald waren auch Bebel und Liebknecht selbst zur Stelle. Bebel rief die Vertrauensmänner seines 17. Wahlkreises in den fürstlich Schönburgschen Rümpfwald zusammen und schalt zornig auf das Angstmeiertum, das durch Untätigkeit der herrschenden Reaktion in die Hände arbeite. In Chemnitz rief Liebknecht die Vertrauensmänner wiederholt zusammen, „unter dem Birnbaum“ hinter Baums Restaurant, ins „Grüne Tal“ in Gablenz und etwas später in den „Anker“. Dort ging er, obwohl die Kriminalpolizei in stattlicher Stärke mit anwesend war, von Tisch zu Tisch, bald mit diesem, bald mit jenem beredend, wie in zweckmässiger Weise die Parteiarbeit fortgeführt werden könne. Trotz der Späherblicke wurde sogar für die Familien der Ausgewiesenen gesammelt, und dem Kriminalwachtmeister Beckert — „Wurst-Beckert“ oder kurz „die Wurst“ nannten ihn die Arbeiter unter sich, weil man sich die Geschichte von einer Wurst erzählte, die er hatte verschwinden lassen — blieb nur übrig, in der Wut über seine Ohnmacht, den Genossen Gerber zu verhaften, der an Beckerts Tische die Bemerkung gemacht hatte, mancher ehrliche Arbeiter sei zu delikat für ein solches Staatsamt. Wie stets behielt man den Sünder mit gewohnter Willkür über Nacht in Polizeigewahrsam, aber die sonst beliebte Klage wegen Beleidigung der Polizei liess sich an die unverfängliche Aeusserung doch nicht anknüpfen, und da Gerber

sich weigerte zu widerrufen, musste man ihn schliesslich auch ohne das gehen lassen. Bei alledem kam die Parteibewegung indessen nicht wieder in Schwung, weil noch die Aufgaben fehlten, denen sie sich unmittelbar von Tag zu Tag hätte widmen können. Unter diesen Umständen wurde das Näherkommen der Landtagswahlen mit grösster Freude begrüsst. Die Genossen, die in der Geilhardtschen Wirtschaft zusammenkamen, verständigten sich für die beiden Wahlkreise, die am 9. September 1879 zur Wahl standen, den ersten Chemnitzer Wahlkreis, in dem 1876 bei der Nachwahl Bebel kandidiert hatte, und den 30. ländlichen Wahlkreis (Gablenz, Kappel, Altchemnitz, Schönau, Einsiedel und eine Menge anderer Vororte), Vahlteich als Kandidaten aufzustellen, da die anderen Genossen den nötigen Steuerzensus von zehn Talern nicht erreichten. Eine öffentliche Versammlung, die Vahlteich einberufen sollte, wurde von der Polizei ohne weiteres mit Hinweis auf Vahlteichs notorische sozialistische Ueberzeugung und das mutmassliche Fehlen eines bürgerlichen Erwerbs bei ihm verboten. Auch das Anheften eines Plakats wurde nicht gestattet, das nichts als die Worte enthielt:

Landtagswähler! Gebt am heutigen Tage, Dienstag den 9. September, eure Stimmen Karl Julius Vahlteich, Reichstagsabgeordnetem für den 15. sächsischen Wahlkreis.

Chemnitz, am 9. September 1879.

Das Komitee für volkstümliche Wahlen.

Die „Chemnitzer Nachrichten“ wurden wegen der Aufnahme eines gleichlautenden Inserats auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, und selbst das Amtsblatt, das „Chemnitzer Tageblatt“, das diese Anzeige aufgenommen hatte, wurde erbarmungslos konfisziert. Alle Flugblätter, deren man habhaft werden konnte, wurden mit Beschlag belegt unter dem Vorwand, dass Wiemer, dem die Befugnis zum Schriftenvertrieb entzogen sei, nicht als Herausgeber verantwortlich zeichnen dürfe. Den Höhepunkt aber erreichte die Polizeiwillkür mit der „Leinenaffäre“, einer Massenverhaftung im Geilhardtschen Lokal. Am Sonnabend den 6. September war eine Anzahl von Genossen im Geilhardtschen Lokal in der Martinstrasse zusammengekommen, in der Hauptsache, um die Flugblätter in Empfang zu nehmen,

die in der Küche vom Genossen Robert Zeissig, dem eigentlichen Leiter der Parteiarbeit in den ersten beiden Jahren des Ausnahmegesetzes, gefalzt wurden. Sie hielten sich meist in einem Nebenraum auf, dessen Verbindungstür zum eigentlichen Wirtslokal weit geöffnet blieb. Gegen 9 Uhr trat die Polizei ein, liess zunächst die Unterhaltung eine Zeitlang ruhig weitergehen und erklärte dann plötzlich alle im Nebenraum Anwesenden für verhaftet. Um sie nach der weit entfernten Polizeihauptwache in der Poststrasse zu bringen, liess der Anführer der Polizeimannschaften, der Carius, eine lange Wäscheleine holen und diese um die im Hausflur aufgestellten Missetäter ziehen; jeder der Verhafteten musste rechts oder links an der Leine anfassen und hinten hielt die beiden Enden der Herr Polizeiinspektor höchstselbst in der Hand. In diesem komischen Aufzug ging es dann durch die Augustusburger Strasse und Hospitalgasse nach der Kriminalabteilung im Rathaus an der Poststrasse. Inzwischen hatten Robert Zeissig, Karl Walther und die anderen, die entkommen waren, die Arbeiter in den nächstliegenden Lokalen und auf der Strasse alarmiert, sodass eine grosse Menschenmenge dem seltsamen Transport zuschaute. Auf dem Polizeiamt wurden die wie Verbrecher behandelten Genossen von Carius und dem rasch herbeigeholten Siebdrat vernommen und das Wahlmaterial, soweit man es fand, beschlagnahmt. Die meisten Verhafteten musste man nach einigen Stunden wieder laufen lassen, Wiemer, Geilhardt und zwei weitere Verhaftete kamen am nächsten Morgen, Vahlteich erst nach dem Wahltag frei. Anklage konnte lediglich wegen Verletzung des Vereinsgesetzes erhoben werden. Diese Anklage hat für uns das Erfreuliche, dass wir noch heute die Namen der Genossen feststellen können, die sich damals mit einigen anderen zufällig Abwesenden zusammen — auch die im Vorderraum der Gastwirtschaft versammelten Genossen waren ja unbehelligt geblieben — als erste wieder zur Parteiarbeit zurückgefunden hatten. Die Angeklagten waren, abgesehen von Vahlteich und Wiemer, die Genossen Friedr. Wilhelm Götze, Anton Heinrich Rudolph, Gustav Theodor Müller, Johann Georg Geiger, Karl August Klotz, Friedrich Hermann Lissner, Friedrich Bernhard Eidam, Heinrich Robert Reichert, Robert Hermann Walther, Otto Moritz Spindler, Julius Herm. Hoppe.

Eduard Rudolph Thomas, Karl Moritz Riemann, Herm. Friedrich Lippmann, Johann Karl Gottlob Fleischer, Joh. August Seifert, Friedrich Theodor Voigt, Richard Otto Matthes und Erdmann Louis Albert Geilhardt, von denen unseres Wissens heute ausser Wiemer und Vahlteich noch die Genossen Karl Riemann (jetzt in Lugau), Lissner (Holzarbeiter, jetzt Lagerhalter), Eidam (Tischler), Voigt (Metallarbeiter, jetzt Krankenkassenangestellter), Rudolph (Schneider), Walther (Weber), Klotz (Zigarrenfabrikant in Thum) und Lippmann (Zigarrenfabrikant in Wolkenstein) am Leben sind. Spindler gehörte überhaupt nicht zum Kreise der Genossen, sondern war erst aus Neugier mit der Polizei in das Lokal hineingekommen. Die Verhandlung vor der Strafkammer fand am 28. Juni und 3. Juli 1880 im Schwurgerichtssaale statt. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Freytag-Leipzig, der in glänzender Rede scharf mit Siebdrats provokatorischer Polizeiwirtschaft ins Gericht ging und erklärte, nach Recht und Gerechtigkeit sollten nicht die Verhafteten, sondern die schuldigen Polizeibeamten, besonders Siebdrat, auf der Anklagebank sitzen. Das Urteil lautete gegen Vahlteich wegen Vergehens gegen das Ausnahmegesetz, angeblich begangen durch das Flugblatt, auf einen Monat Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, gegen Reichert wegen des gleichen Vergehens auf 20 Mark Geldstrafe; alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen, da ihnen irgendwelche versammlungsartige Verhandlung nicht nachgewiesen werden konnte. Auf eingelegte Revision wurden schliesslich auch die beiden verhängten Strafen in Wegfall gebracht und die ganze „Leinenaffäre“ mit einer ungeheuren Blamage der Polizei beschlossen, die umso grösser war, als der Polizeiinspektor Carius kurz vor Weihnachten 1879 Selbstmord begangen hatte, weil seine beträchtlichen Unterschlagungen in der Kleiderkasse der Schutzmannschaft nicht länger zu verheimlichen waren; hatten doch die Ueberschüsse vor dem Feste verteilt werden sollen. Der stark überschuldete Mensch hatte die ganze „Leinenaffäre“ nur inszeniert, um durch seinen Polizeihundeifer eine Beförderung zu ergattern und sich damit neuen Kredit zu eröffnen. Das Fehlschlagen des sauberen Plänchens zog die Leine zusammen, die ihm schon lange um den Hals hing.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Das Wahlergebnis war, äusserlich betrachtet, eine Niederlage für die Partei. Bei schwacher Wahlbeteiligung — die Angst hielt die unsicheren Kantonisten fern — erhielt in Chemnitz I der Liberale Ruppert 1008, Vahlteich 729 Stimmen, während 3441 Wähler sich der Wahl enthielten. Aber der Stimmenrückgang von reichlich 300 Stimmen, den die Sozialdemokratie erlitten hatte, war doch so gering, dass er gegenüber den ungeheuerlichen polizeilichen Anstrengungen, die Sozialdemokratie zu vernichten, garnicht in Betracht kam. Auch der 30. ländliche Kreis, in dem der Konservative Möbius mit 942 gegen Vahlteich mit 686 Stimmen gewählt wurde, hatte sich für einen ersten Versuch der Wahlbeteiligung wacker geschlagen. Hätten nicht Liberale und Konservative in jener Verbrechersolidarität, die einstweilen die Schuldigen am Ausnahmegesetz zusammenhielt, fein säuberlich die Stadt den Liberalen und das Land den Konservativen zugeteilt und sich zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtet, so wäre selbst ein unmittelbarer Wahlerfolg nicht ausgeschlossen gewesen.

Für Chemnitz-Stadt legten die Genossen Wahlprotest ein, um der Sächsischen Kammer Gelegenheit zu geben, Stellung zu der skandalösen Chemnitzer Polizeiwirtschaft zu nehmen. Die wahlprüfende Abteilung beantragte einstimmig, die Wahl zu beanstanden und Auskunft darüber zu verlangen:

a) ob und auf Grund welcher Bestimmungen seitens der Polizeidirektion zu Chemnitz eine von Vahlteich einberufene Wählerversammlung verboten worden ist;

b) ob und auf Grund welcher Bestimmungen seitens der nämlichen Behörde das Anschlagen des im Protest näher bezeichneten Plakates verboten worden ist;

c) ob und auf Grund welcher Bestimmungen die im Protest bezeichnete Beilage des „Chemnitzer Tageblattes“ beschlagnahmt worden ist;

d) ob und auf Grund welcher Bestimmungen die mit dem Namen des Reichstagsabgeordneten Vahlteich versehenen Stimmzettel konfisziert worden sind;

e) ob und in welchem Umfange und auf Grund welcher Bestimmungen das von Johann Philipp Wiemer verlegte, zur Wahl Vahlteichs auffordernde Flugblatt beschlagnahmt worden ist;

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

sowie endlich f) über die Vorgänge in der Geilhardtschen Wirtschaft in Chemnitz am Abend des 6. September dieses Jahres Erörterungen anstellen zu lassen und das Resultat derselben der Kammer mitzuteilen.

In der Plenarverhandlung der Kammer versuchte der Chemnitzer „liberale“ Abgeordnete Roth, die Beeinflussungen als bedeutungslos hinzustellen und die Beweisaufnahme möglichst einzuschränken, wurde aber von Liebknecht und Freytag so fürchterlich zugedeckt, dass er selbst seinen Antrag schleunigst zurückzog. Mit allem Nachdruck wies Liebknecht darauf hin, dass, wenn eine solche unerhörte Beeinträchtigung der Wahlfreiheit geduldet werden sollte, die Sozialdemokratie einen gesetzlichen Boden unter den Füssen überhaupt nicht mehr hätte. „Wenn wir nicht die freie Ausübung des Wahlrechtes haben — und freies Wahlrecht haben wir bloss, wenn die Wahlen wirklich für a l l e frei sind —, dann haben wir keine Grundlage mehr für eine gesetzmässige reformatorische Entwicklung unseres Staatswesens. Dann haben wir den Absolutismus, welcher uns von dem Ministertische aus vor wenigen Tagen in Aussicht gestellt worden ist.“ In der Debatte bewährte sich der neugewählte konservative Abgeordnete für Chemnitz-Land, Kreissekretär M ö b i u s, als ein unfreiwilliger Spassmacher ersten Ranges, indem er zur Entschuldigung des inzwischen entlarvten Polizeidefraudanten Carius ausführte, dass „er in seiner Stellung jahrelang durch sozialistische Widersetzlichkeiten gereizt und gleichsam misshandelt worden ist“. Dass er die Verhafteten mit einer Wäscheleine wie ein Bündel Zigarren zusammengeschnürt habe, könne man ihm überhaupt nicht zum Vorwurf machen, denn es sei das im Augenblick die einzige Möglichkeit gewesen, um die Arretierten — — — vor Misshandlungen durch das erboste Volk zu schützen. Das Chemnitzer Volk habe sich für ewige Zeiten von der Sozialdemokratie abgewandt, und die Nationalen würden bei der Landtagswahl mit einer ganz ungeheuren Mehrheit gesiegt haben, wenn sie nicht noch auf den „Lorbeeren“ ihres übermächtigen Reichstagswahlsieges geruht hätten. Damit waren denn die tatsächlichen Verhältnisse so gründlich wie möglich auf den Kopf gestellt und die Einleitung zu einer Rechtsverdrehung von ungeheuerlichster Grösse gegeben.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Am 17. Februar 1880 kam die Wahlprüfungssache nach erfolgter Beweiserhebung zur Schlussberatung vor die Zweite Kammer. Die Chemnitzer Polizei hatte die Darstellung des Wahlprotestes einfach bestätigen müssen und zur Entschuldigung nur ein paar Redensarten darüber machen können, dass sie geglaubt habe, das Sozialistengesetz nach den Anweisungen und dem Sinne der Zwickauer Kreishauptmannschaft anzuwenden. Darnach hätte die Ungültigkeitserklärung der Ruppertschen Wahl selbstverständlich sein müssen, und der Freisinnige Dr. Minckwitz sagte ganz mit Recht, dass, wenn man trotz der bewiesenen Ausschreitungen der Staatsgewalt die Wahl für gültig erkläre, bei allen künftigen Wahlen an Stelle des freien Wahlrechts die Polizeiwillkür treten würde. Dem entgegneten die liberalkonservativen Mehrheitsparteien, dass man den Behörden im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht in den Arm fallen dürfe; sie traten lieber das Recht mit Füssen, als dass sie der Polizei den Freibrief für alle Gewalttaten gegen die Sozialdemokratie entzogen hätten. So beschlossen sie denn mit 45 gegen 26 Stimmen die Gültigkeit der Wahl des Chemnitzer Handelskammersekretärs — beide Präsidenten stimmten für Ungültigkeit — und es blieb dem genannten freisinnigen Redner nur übrig, sein Urteil über diese unverhüllte Rechtsbeugung in die Worte zusammenzufassen:

„Nach meiner Wahrnehmung und objektiven Anschauung hat heute der Herr Abgeordnete Liebknecht in seiner Rede mehr Sinn für Recht und Ordnung bekundet, als der Herr Abgeordnete Günther (konservativ) seinerseits an den Tag gelegt hat. Wenn wir der Ordnungspartei dienen wollen, müssten wir vor allen Dingen dem entgegentreten, dass gegen Gesetz und Ordnung gehandelt wird."

Die „Leinenaffäre" und ihre Verhandlung vor dem Parlament fand noch ein komisches Nachspiel. Der Züricher „Sozialdemokrat" kennzeichnete in einem, offenbar von Liebknecht geschriebenen Artikel die Gültigkeitserklärung der Ruppertschen Wahl als „eine parlamentarische Schandtat", durch die die Kammer ihre Gemeinschaft mit den schlechtesten Polizeischergen erklärt und den Rest ihrer politischen Ehre verloren hätte. Der eingehende und sehr scharfe Artikel brandmarkte weiter die Chemnitzer Polizeiwirtschaft mit aller notwendigen Deutlichkeit. Wer aber beschreibt

das Entsetzen der bürgerlichen Landtagsabgeordneten, als sie eines schönen Morgens sämtlich das verpönte Blatt mit dem anstössigen Artikel fein säuberlich auf ihren Platz gelegt fanden. Die Ordnungsretter gerieten in die grösste Aufregung, und als sie festgestellt hatten, dass die ominöse Sendung von Chemnitz ausgegangen sei, setzte Siebdrat alle Hebel in Bewegung, die Schuldigen zu ermitteln. Ein Arbeiter konnte die Adresse nicht geschrieben haben, das bewies die ausgeschriebene, geglättete Handschrift. Wer also konnte der Schuldige sein? Bei allen Genossen, die nicht unmittelbar Fabrikarbeiter waren, wurde gehaussucht und beschlagnahmt, über Dutzende wieder die Briefsperre verhängt und besonders das Geschäft von Wiemer nicht aus dem Auge gelassen. Selbst seine bürgerlichen Geschäftsfreunde wurden auf das Polizeiamt geholt, um Schriftproben abzugeben, und bei allen Papierwarenhändlern wurde nach der Herkunft der Kuverte geforscht. Natürlich bekam man den Schuldigen nicht heraus, und der „Sozialdemokrat“ höhnte, die Kuverte seien aus Frankreich bezogen und die Adressen in Italien geschrieben. In Wahrheit kamen sie nicht von ganz so weit her. Max Kegel hatte die Briefe in Dresden fertig gemacht und war dann nach Chemnitz herübergefahren, um sie aufzugeben. In einem gemeinsamen Paket waren die adressierten Kuverte an das Archivariat des Landtages geschickt worden, das sie seinerseits, ohne den Inhalt zu ahnen, auf die Plätze der Abgeordneten gelegt hatte. Die eingeweihten Genossen machten sich bei den Schriftproben auf dem Polizeiamt den Spass, statt der richtigen Adresse „Archivarisalat“ oder ähnliche schöne Worte zu schreiben, und Herr Siebdrat musste betrübt nach Dresden melden, dass seine Schlauheit in die Geheimnisse der „Roten Feldpost“ nicht einzudringen vermöge. Auch die Briefsperre konnte er nach drei Wochen nicht mehr aufrecht erhalten, da die Genossen von auswärts die Liebenswürdigkeit besassen, an die gesperrten Adressen anonyme Pakete mit einem unsauberen und wenig angenehm duftenden Inhalt zu schicken, deren Oeffnung die Gerichtsbehörden schliesslich nicht mehr vornehmen wollten. So musste sich denn Siebdrat auf die Rache beschränken, den ersten Schub Ausweisungen von ganz unbeteiligten Ausländern vorzunehmen, unter denen eine den Schneider Haugk, den Vater einer

zahlreichen Familie, traf. Bei einer der Haussuchungen — vor der Landtagswahl hatten etwa 40 und nachher noch mehr stattgefunden — hatte man bei ihm Bebels „Frau“ gefunden, und da das Buch verboten war, darauf den Ausweisungsbefehl gestützt. Sonst hatte die Polizei bei den Haussuchungen, die sie insbesondere bei Geilhardt, Robert Zeissig, Karl Riemann, Ernst Billig, dem Schuhmacher Walther und Wiemer unaufhörlich vornahm, und bei der Briefsperre über mehr als 20 Genossen nicht das mindeste herausbekommen. Diese Hilflosigkeit der Polizeigewaltigen in Verbindung mit der in der ganzen Stadt lebhaft besprochenen „Leinenaffäre“ und der glänzenden Verteidigungsrede Freytags im Leinenprozess gegen die Polizeiwillkür trugen ein gutes Teil zur Ueberwindung der Furcht vor dem Ausnahmegesetz in Chemnitz bei.

Das Erscheinen des „Sozialdemokrat“ im Oktober 1879 in Zürich stellte dann die Parteigenossen in höchst glücklicher Weise vor neue bestimmte und dauernde Aufgaben, zu deren Erfüllung sie sich nun wieder fest zusammenschlossen. Selbstverständlich hatte schon vorher die Mostsche „Freiheit“ Eingang in Chemnitz gefunden gehabt. Hatte doch Most zu Chemnitz mehr Beziehungen gehabt als zu den meisten anderen deutschen Orten. Seine Schreibweise war gewiss unvernünftig und passte bald nicht mehr im mindesten zu den sich neu entwickelnden Formen der Arbeiterbewegung, aber im Augenblick entsprach sie der verzweifelten Stimmung, die sich in den ersten Monaten der Geltung des Ausnahmegesetzes der temperamentvollen Genossen bemächtigt hatte. In Schlosschemnitz z. B. fanden sich Anfang 1879 eine Anzahl von Genossen zusammen, um sich gemeinsam im Revolverschiessen zu üben, und das ehrwürdige Instrument, mit dessen Hilfe sie den Klassenstaat töten wollten, ist in Erinnerung an jene ernste Zeit bis auf den heutigen Tag aufbewahrt worden. Selbst einige Monate später, als von Zürich der „Ungeziefertod“ kam, ein Witzblatt zur Verhöhnung der übermütigen Polizeigewaltigen, und die Genossen Balduin Schreiber, Wilhelm Bonitz, Bade und Köhler es am Hause der Polizeiwache in Schlosschemnitz, zwei Treppen hoch, anklebten, gestanden sie sich nachher gegenseitig, dass, wenn in jener Nacht die Polizei sie überrascht hätte, sie ihr Leben so teuer wie möglich verkauft

hätten. Und Bonitz holte unter seinem Ueberrock ein scharfgeschliffenes Tischlerhobeleisen hervor, zum Zeichen dafür, dass er ernsthaft an die Möglichkeit eines blutigen Kampfes gedacht hätte. Wer könnte selbst unter unseren Gegnern heute mit solchen Stimmungen unter dem Schandgesetz rechten?! Musste doch Genosse Köhler, ein Buchhändler, wenige Wochen darauf Selbstmord verüben, nachdem ihm die Polizei die Existenzmöglichkeit abgeschnitten hatte, und auch Balduin Schreiber fand in diesen Jahren in Deutschland keine Stätte, sondern musste wenigstens vorübergehend nach den Vereinigten Staaten wandern.

Bei der Verbreitung der Mostschen „Freiheit“ verhaftete die Polizei die Genossen Geilhardt, Haase und Steinborn; überführen konnte sie freilich nur den ersten, der dann zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Bei der Entlassung traf ihn, einen geborenen Chemnitzer, die Ausweisung, die natürlich seine Wirtschaft, den „Reichsadler“, endgültig ruinierte. Er musste sich späterhin längere Zeit mühselig mit Maschinenstricken als Arbeiter in Kappel durchs Leben schlagen, hat aber, auch als er später Werkführer wurde, bis zu seinem Tode, am 4. Februar 1897, treu zur Partei gestanden.

Sobald nach der Landtagswahl von 1879 die Verzweiflung einer ruhigeren Auffassung der Lage Platz machte, verschwand die „Freiheit“ vollständig aus Chemnitz. Die Jahre der Vahlteichschen Erziehung trugen ihre Frucht, und die vernünftige Ueberlegung unter den Chemnitzer Arbeitern war viel zu stark, als dass sie bei aller persönlichen Verehrung für Most auf die Dauer an seinen neuen blutrünstigen Phrasen und an seinen gewissenlosen Angriffen auf die Parteileitung Gefallen gefunden hätten. Den letzten Trennungsstrich zwischen sich und ihm zogen die tätigen Genossen von Chemnitz wohl in dem Augenblick, als er seine wahllosen Vorwürfe gegen den Rechtsanwalt Freytag richtete, ihren unerschrockenen und beispiellos uneigennützigen Verteidiger vor Gericht. In einer Zuschrift an den „Sozialdemokrat“ erinnerten sie Most daran, wie Freytag im Jahre 1873 mit einer sehr erheblichen Summe die Chemnitzer „Freie Presse“ gerettet und ihm dadurch zum Siege in Chemnitz verholfen habe, und sprachen ihre Entrüstung über Mosts masslose Ungerechtigkeit aus. Tatsächlich haben

sie seitdem nicht einen Augenblick geschwankt, sich gegen Most auf die Seite der Parteileitung und der Vernunft zu stellen.

So begann denn die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und damit die Neuorganisation der Partei unter Missachtung ausnahmegesetzlicher Ordnungsvorschriften, aber unter getreuer Befolgung der allgemeinen Strafgesetze, auf denen das gesellschaftliche Zusammenleben zum guten Teile ruht. Leicht war die Verbreitung des „Schlipses“ — so wurde in den hiesigen Parteikreisen das Blatt genannt — von Anfang an nicht; sie begann in Chemnitz mit der dürftigen Zahl von 9 Abonnenten und stieg bis zur 81er Wahl nur ganz langsam an. Schlimmer als das Ausnahmegesetz hielt eben der wirtschaftliche Notstand das Proletariat nieder, und es war ein guter Griff, dass das erste von Zürich aus versandte Flugblatt den Titel: „Der schlechte Arbeitslohn“ trug und ausgiebig das eherne Lohngesetz und die wachsende Ausbeutung klarlegte. Seinen Höhepunkt hatte der Notstand in den Weberbezirken, in Glauchau-Meerane und im Vogtland erreicht. Aus einer vom sächsischen Landtag vorgenommenen Untersuchung von Ende 1879 sind wir darüber unterrichtet, wie masslos das Elend in jenen Bezirken wütete, wo die Hände so billig waren, dass die Maschine mit ihnen nicht mehr konkurrieren konnte. Die sicherlich nicht schwarzfärbende Enquete hatte im Mülsener Grund und in der ganzen Amtshauptmannschaft Glauchau einen Durchschnittswochenlohn von brutto 4,58 Mark festgestellt, wovon für Zutaten noch annähernd 15 Prozent in Abzug zu bringen waren. Dabei stand die Hälfte der Webstühle vollkommen still, den Gemeinden drohte der Bankrott, und die Fabrikbetriebe gingen zurück, weil die unbegrenzte Anspruchslosigkeit und Bedürfnislosigkeit der letzten Handweber ihnen die Absatzgebiete wegnahm. In diesen Zeiten verging selbst den bürgerlichen Landtagsabgeordneten die Lust, vom Segen der Heimarbeit und der Rettung des Handwerks zu schwätzen. Will man aus bürgerlichem Munde die Lehren der Sozialdemokratie über die wirtschaftlichen Gesetze und die gesellschaftliche Entwicklung Punkt für Punkt bestätigt hören, so braucht man bloss die Debatten über den Notstand der sächsischen Weberbevölkerung in der Zweiten sächsischen Kammer vom Januar 1880 nachzulesen.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Und gerade diese Notstandsgebiete sahen sich jetzt vor die schwierige Aufgabe gestellt, eines der neun sozialistischen Mandate in einer Nachwahl zu behaupten, nachdem Bracke, seit Jahren krank und vollkommen überarbeitet, es niedergelegt hatte und bald nach dem Mandatsverzicht starb. Es gelang mit Ignaz Auer im März 1880, trotz aller Nöte und Schwierigkeiten mit 1000 Stimmen Mehrheit zu siegen. Auch bei den Gemeindewahlen zeigten gerade die hungernden Weber des 17. Kreises ihren aufrechten Mut. So konnte denn ohne Furcht vor einem Versagen der Massen die Parteileitung zu Pfingsten 1880 eine sächsische Landeskonferenz nach Mittweida einberufen, wo einige Zeit zuvor Bebel mit dem „Demokraten“ Findel, der die „Leipziger Volkszeitung“ gekauft hatte und am Feuer des Sozialistengesetzes sein demokratisches Parteisüppchen zu kochen versuchte, vernichtend abgerechnet hatte. Man traf sich im „Schillergarten“, wo die Mittweidaer Genossen, besonders Eduard Eims, Löwe und Karl Fischer, die Genossen in Empfang nahmen und ging dann allmählich in kleinen Trupps nach der Lauenhainer Mühle zu, wo im Walde die Besprechung unter Vorsitz von Hasenclever vor sich ging. Wiemer, den die Gendarmen besonders ins Auge gefasst hatten, zog sie inzwischen mit nach Waldheim, um am Abend, gefolgt von der genasführten Schar, in den „Schillergarten“ zurückzukehren, wo sich auch die übrigen Genossen, froh der geglückten Verständigung, aber von einem tüchtigen Gewitterregen bis auf die Haut durchnässt, wieder eingefunden hatten. Die Vorbereitung für den Wydener Parteitag und für die Reichstagswahlen von 1881 waren damit in Angriff genommen.

Noch ehe der Wahltermin, der 27. Oktober 1881, in die Nähe kam, war im ganzen 16. Kreis der Grundstock für die geheime Organisation geschaffen. In Schlosschemnitz hatten die Genossen mit Beginn des Ausnahmegesetzes einen Konsumverein gegründet, der im Hause des alten Parteilokals bei Beyerlein in der Färberstrasse seinen Sitz nahm. Da sich nicht vermeiden liess, dass auch parteifremde Elemente ihm beitraten, gründeten sie einen Sparverein „Gemütlichkeit“, in dem sie einen Wochenbeitrag von 25 Pf. zahlten, der restlos den Parteizwecken zugeführt wurde; Ausflüge oder Vergnügungen hat der Verein niemals veranstaltet, es sei denn, dass er dadurch der Partei noch mehr Mittel verschaffen

wollte. Der führende Kopf in ihm war der Eisendreher Ernst Pötzsch, der leider in den neunziger Jahren sich von der Partei abgewandt hat und Frömmler in irgendeiner Methodistengemeinde geworden ist. Ebenso schufen sich die Genossen in Gablenz sehr rasch unter wechselndem Namen nach aussen unanstössige Verbindungen, die in Wahrheit dem Zwecke dienten, Geld für die Partei aufzubringen. Hier liess man im Sparverein absichtlich bürgerliche Elemente, weil auch sie sich nicht weigerten, auf den Sammellisten zur Unterstützung der Ausgewiesenen oder anderer Opfer des Ausnahmegesetzes ihren Teil beizutragen. Unter den Tätigsten nennt man hier den Metallarbeiter Prautsch, einen alten Achtundvierziger, der lahm ging, seit er im Zuchthaus zu Waldheim die Kette am Bein getragen hatte, den Monteur Stein, den Dreher Ludwig, den Giessereiarbeiter Theodor Hähle und die noch jetzt lebenden Genossen Viertel, Hempel und Schüffner. Auch der Steinmetz Weichert gehörte zu diesem Kreise; er verunglückte einige Jahre später tödlich, und die Genossen geleiteten ihn mit der roten Fahne zu Grabe; weil auch die Mitglieder des Militärvereins mitgezogen waren, verfiel dieser der Auflösung, und auf ähnliche Weise ist vor und unter dem Ausnahmegesetz mancher Militärverein zugrunde gegangen. In Reichenbrand hatten die Genossen den Zusammenhalt überhaupt nie aufgegeben und trafen sich jeden Mittwoch reihum in der Wohnung eines Genossen. Vorsitzender der kleinen, aber geschlossenen Gruppe war während der ganzen ausnahmegesetzlichen Zeit und nachher bis vor wenigen Jahren der noch jetzt tätige Genosse Bruno John, daneben Anton Berthold und Leonhardt Müller, die sämtlich noch heute in der Parteiorganisation mitarbeiten. Ein wenig später, erst nach der 81er Reichstagswahl, organisierten die Genossen Hermann Löbel, Hermann Krauss, Emil Baum und Hermann Schuster die Parteiangehörigen von Kappel, deren Organisation bald die festeste wurde und sich an Bedeutung mit der Organisation in der Stadt wohl messen konnte. Auch Einsiedel und Bernsdorf liessen den Ring der Parteigenossenschaft durch das Ausnahmegesetz nicht sprengen. In Chemnitz selber lag die Leitung bis über die einundachtziger Reichstagswahl hinaus in den Händen der Genossen Robert Zeissig und Karl Walther. Die Quittung dafür bekam Zeissig von der königlichen

Staatseisenbahn- und Reparaturwerkstätte, auf der er seit dem Tischlerstreik von 1872 beschäftigt war, in Gestalt des folgenden amtlichen Entlassungszeugnisses:

„August Robert Eduard Zeissig ist vom 21. Mai 1872 bis 12. November 1881 als Tischler hier beschäftigt gewesen, und hat sich stets als tüchtiger, tätiger und gewandter Arbeiter in seinem Fache bewährt, wie denn seine Führung auch stets eine gute gewesen ist. Die Arbeitsaufkündigung erfolgte nur seiner politischen Parteistellung wegen. Solches wird hiermit wahrheitsgemäss bescheinigt.

Chemnitz, den 29. Oktober 1881.

Zimmermann, Oberwerkführer."

Zeissig gründete nach seiner Entlassung ein Zigarrengeschäft, das bald der Sammelpunkt aller Genossen wurde. Nach langem Beschwerdegange setzte er auch die Erlaubnis zum Papierhandel durch, aber die Kolportage und damit der Buchhandel blieben ihm und fast allen bekannten Genossen auf Grund des Ausnahmegesetzes versagt.

An Walther suchte man sich zu rächen, indem man dem Gastwirt in dem Hause, in dem er wohnte, eine frühe Polizeistunde erteilte. Um ihn nicht zu ruinieren, zog Walther aus, konnte aber geraume Zeit nur aus Gnade und Barmherzigkeit einen stallähnlichen Schuppen als Obdach finden. Auch sonst veranlasste man schon seit Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes die Hausbesitzer vielfach, bestimmten „gefährlichen" Personen keine Wohnung zu vermieten. Neben Zeissig und Walther taten sich besonders der Schmied Heine und Karl Riemann hervor. Das Parteileben selbst war in Chemnitz ganz still. Die Aufmerksamkeit und Rücksichtslosigkeit der Polizei waren so gross, dass nur das allerwichtigste erledigt werden konnte. Die notwendigsten Briefe schrieb man gern mit chemischer Tinte oder in einer verabredeten Geheimschrift. Zuweilen hörte aber auch das auf, wenn, wie zum Beispiel im April 1881, wieder eine allgemeine Haussuchung vorgenommen und die Briefsperre über eine ganze Anzahl von Genossen verhängt wurde. Besonders aufgeregt wurde die Chemnitzer Polizei jedesmal, wenn irgendeiner der führenden Genossen nach Chemnitz kam. So war zur Zeit des warmen Jahrmarktes am 19. Juli 1881 Bebel auf der Geschäftsreise mit seinem Musterkoffer nach Chemnitz gekommen und im „Sächsischen Hof" abgestiegen. Sofort

bekamen die Spitzbuben beim Jahrmarktsrummel freie Hand, und die Polizeimannschaft stellte sich unter Führung des Kriminalwachtmeisters Beckert vor dem „Sächsischen Hof“ auf. Kaum hatte Bebel das Hotel verlassen, so schleppten die Polizisten Bebels Kleiderkoffer zur Polizei, und als Bebel am Mittag in Wiemers Wohnung kam, hielten sie ihn auch selbst an und trugen auch seinen Musterkoffer auf das Polizeibureau. Nachdem sie Wäsche, Papiere, Fensterbeschläge und Türklinken genügend durchschnüffelt hatten, mussten sie Bebel bescheinigen, dass sie nichts gefunden hätten und seine Sachen wieder freigeben. Irgendeinen Verdachtsgrund, der sie zur Durchsuchung berechtigt hätte, vermochten sie nicht anzugeben. Trotzdem verfolgten sie ihn weiter bis Mittweida, wo der Bürgermeister selbst an der Spitze seiner Getreuen die Ueberwachung fortsetzte, aber schliesslich doch irregeführt, nichts davon erfuhr, dass Bebel mit einem ihm bekannten freisinnigen Fabrikanten wegen einer Beihilfe für die Familien der Ausgewiesenen mit Erfolg verhandelt hatte. Bebel selbst hat später im sächsischen Landtage diese Ausübung einer willkürlich verhängten Polizeiaufsicht ebenso nachdrücklich wie humorvoll geschildert, ohne dass natürlich deswegen die Chemnitzer Polizei ihre gewalttätige Praxis zunächst geändert hätte.

So mussten die Reichstagswahlen von 1881 unter dem schwersten Druck durchgefochten werden. Wie in ganz Sachsen, so war auch im 16. sächsischen Reichstagswahlkreis nicht eine einzige Wahlversammlung erlaubt worden, und alle Sammlungen zu Wahlzwecken hatten die Amtshauptmannschaften auf Grund des Ausnahmegesetzes verboten. Unter diesen Umständen war es natürlich unmöglich, die nötigen Mittel für eine intensive Wahlagitation aufzutreiben. Als Kandidaten hatten die Chemnitzer Genossen auf Vorschlag Wilhelm Liebknechts dessen Schwiegersohn Bruno Geiser, den Redakteur der „Neuen Welt“, aufgestellt, die damals so stark zurückgegangen war, dass sie ihm keine Existenz mehr bot. Zur Bestimmung des Kandidaten war eine Wahlkreiskonferenz ins „Eichhörnchen“ an der Stollberger Strasse berufen worden; man wagte aber doch nicht, so nahe der Strasse zu tagen, und so ging es hinauf in den Neukirchener Hochwald, wo unter Heines Vorsitz die Aufstellung Geisers beschlossen wurde. Dass der Kandidat am Orte

ziemlich unbekannt war und auch während der Wahlbewegung anfangs nicht in Chemnitz sein konnte, war ein weiteres Hindernis unserer Propaganda. Dafür traf es sich glücklich, dass die „Reichstreuen“ in einen erbitterten Kampf untereinander geraten waren. Von den Nationalliberalen hatten sich die Sezessionisten abgetrennt, die sich mit der Bismarckschen Zollpolitik nicht befreunden konnten und gegen das Ausnahmegesetz eine, wenn auch nicht ganz folgerichtige und zuverlässige, ablehnende Haltung einnahmen. Zwischen ihnen und den Liberal-Konservativen herrschte tödliche Feindschaft, und man war mit Vorwürfen übertriebenster Art gegeneinander nicht sparsam. In Chemnitz hofften beide Parteien in die Stichwahl zu kommen und dann zu siegen, die einen mit sozialdemokratischer Hilfe, die anderen durch Stimmenthaltung der Arbeiter. Darum liessen beide Parteien in ihren Versammlungen die Sozialdemokraten zu Worte kommen, und die Genossen machten von dieser, wenn auch beschränkten Erlaubnis reichlichen Gebrauch. Neben Riemann und Heine waren es zwei Leipziger Genossen, der Steindrucker Christian Hadlich, der später nach Amerika ging, und der frühere „Volksstaat“-Redakteur Preisser, die für uns das Wort führten. Einige andere, besonders Liebknecht, waren wie aus Leipzig so auch aus Chemnitz ausgewiesen worden und dadurch am Eingreifen in die Wahlbewegung verhindert. Doch kam Liebknecht gelegentlich nach Einsiedel, wo er bei dem Genossen Tischler Paul wohnte, und bereitete dort dem konservativen Kandidaten eine unangenehme Ueberraschung, indem er plötzlich in seiner Versammlung das Wort ergriff. Die beiden bürgerlichen Kandidaten waren Schwäher, Fabrikbesitzer Hecker für die Konservativen und der bekannte Kaufmann Roth, der schon 1878 hatte kandidieren sollen, aber den Reichstreuen damals noch zu anständig gewesen war, für die Liberalen. Der Sieger von 1878, Vopel, der im Reichstag eine wahre Jammerrolle gespielt hatte und an seine Wähler nur zu berichten wusste, wie huldvoll ihn der Fürst Reichskanzler bei den parlamentarischen Bierabenden — angesehen hätte, war verkommen und spurlos verschwunden. Aber aus der 78er Taktik der Gegner hatten die Genossen eine jetzt wertvolle praktische Lehre gezogen: Während die bürgerlichen Parteien ihre erste grosse Wahlversammlung im Elysium ab-

hielten und dorthin, um die Polizei einzuschläfern, auch die bekannteren Genossen gegangen waren, schwärmten die übrigen aus und überschütteten den ganzen Kreis mit kleinen gummierten Anschlagzetteln, auf denen die Kandidatur Geisers für die Arbeiterpartei allen Wählern bekanntgegeben wurde. Währenddem sprachen Karl Riemann und Preisser in der Wahlversammlung im „Elysium“ für unsere Sache und verkündeten dort Geisers Kandidatur, die von den zum grössten Teile proletarischen Versammlungsbesuchern begeistert aufgenommen wurde. Zwei Tage vor der Wahl kam endlich Bruno Geiser selbst. Die Konservativen hatten für den Abend eine grosse Versammlung nach „Stadt London“ einberufen, die schon eine Stunde vor Beginn ungeheuerlich überfüllt war, da die Arbeiter vom Kommen Geisers unterrichtet waren. Vergeblich versuchten die Bürgerlichen die Saaltüren zu sperren, auf allen möglichen und unmöglichen Wegen verschafften sich immer neue Arbeiterscharen Eingang in den Saal, um dort in qualvoll fürchterlicher Enge auf ihren Kandidaten zu warten. Die liberalen Heisssporne, wie Professor Rühlmann, wollten nun die Versammlung ohne weiteres schliessen, weil sie die Anwesenheit so vieler Arbeiter „lebensgefährlich“ fanden, aber der Versammlungsleiter, Justizrat v. Stern, hielt es gerade deshalb vom Standpunkte der Konservativen aus für taktisch klüger, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Als er für die Diskussionsredner die übliche Redezeit von 10 Minuten bekanntgab, entstand eine so grosse Unruhe im Saale, dass die Weiterverhandlung gefährdet war. Nach langem Hin und Her gab er endlich zu, dass er Geiser so lange würde weitersprechen lassen, bis aus der Versammlung Schlussrufe laut würden, und Genosse Heine beruhigte die Arbeitermassen darüber, dass Geiser, der noch immer nicht anwesend war, bestimmt erscheinen würde. Er kam denn auch wirklich, von einer Erkältung, die er sich auf der Reise geholt hatte, stockheiser, und sprach an dreiviertel Stunden unter dem jubelnden Beifall der Genossen. Sezessionisten und Konservative fochten dann einen ihrer wütenden Hahnenkämpfe aus, und Geiser kam noch einmal zu Wort und sprach für die Partei, bis ihm die Stimme vollkommen versagte. Währenddem war die Verbreitung des Wahlaufrufes für ihn in der ganzen Stadt in promptester Weise erledigt worden. Der Wahltag brachte

10 652 Stimmen für Geiser, 6301 für den Kommerzienrat Hecker und 5350 für Roth. Roth war also ausgefallen, und seinen Wahlmacher, einen Wachstuchfabrikanten Schwander, ärgerte diese ganz unerwartete Niederlage ins Grab. Unser Sieg in der Stichwahl musste ziemlich sicher erscheinen und den Genossen, die so wacker gearbeitet hatten, hüpfte das Herz vor Freude. Aber so stark war der Druck der Polizei, dass an jenem Wahlabend nicht der leiseste Laut des Beifalls kund wurde. Totenstill nahmen die enttäuschten Bürgerlichen wie die glücksgefühlerfüllten Arbeiter die Bulletins vom Kriegsschauplatze entgegen. Nur in der verdoppelten Kraft und Begeisterung, mit der die Genossen an die Stichwahlarbeit gingen, drückte sich ihr Triumph darüber aus, dass sie allen Schwierigkeiten zum Trotz weitaus an die erste Stelle gerückt waren. Umgekehrt konnten sich die Konservativen selbst keine allzu grossen Hoffnungen auf einen Stichwahlerfolg machen. So verzichteten sie denn auf weitere Versammlungen und beschränkten sich darauf, in einer Reihe von Flugblättern das bürgerliche Gemeinschaftsgefühl gegen die Partei des Umsturzes und der Revolution wachzurufen. Unsere Genossen, denen Säle nicht zur Verfügung standen und Versammlungen nicht erlaubt wurden, hätten natürlich gern die Gelegenheit wahrgenommen, sich in neuem Redekampf mit ihren Gegnern zu messen. So schrieb denn Geiser an seinen Gegenkandidaten und forderte ihn zur öffentlichen Diskussion in drei Versammlungen heraus. Die Ablehnung war selbstverständlich vorausgesehen und der Brief so abgefasst, dass er sich zu späteren Veröffentlichungen im Flugblatt eignete.

„Ich werde", schrieb Geiser, „vor dem Volke des Chemnitzer Wahlkreises den zwingenden Beweis führen, dass die Partei des arbeitenden Volkes die einzige politische Partei in Deutschland ist, welche nicht Staat und Gesellschaft untergräbt, die einzige, welche Staat, Gesellschaft und Kultur vor furchtbarem Unheil und dem schliesslichen Untergange zu schützen geeignet ist; während gerade die politische Tätigkeit der konservativen Partei das Volkswohl am empfindlichsten beeinträchtigt und Staat und Gesellschaft am schnellsten zur Revolution und zum Ruin treibt.

Ferner gedenke ich zu beweisen, dass eine ganze Reihe politischer Einrichtungen im Deutschen Reiche, die Sie und Ihre politischen Freunde erhalten wollen, volksschädigend und staatsfeindlich sind, hauptsächlich das meiner Ansicht nach auf völlig fal-

scher Grundlage aufgebaute Militärwesen, an dessen Stelle das viel wehrkräftigere und unvergleichlich weniger kostspielige Volksheer zu treten hat; des weiteren alle indirekten Steuern mit den Zöllen auf die Artikel des Volksbedürfnisses, die von einer alle wirklich Reichen im Volke sehr viel mehr als bisher belastenden progressiven Einkommensteuer abgelöst werden müssten; dann alle die Meinungs- und Willensäusserungen des Volkes hemmenden Gesetze und Massregeln, die baldigst von unbeschränkter Press-, Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit aufgehoben werden sollten."

Zum Schluss deutete der Brief an, dass ein Versagen der Diskussionen hierüber auf das Bewusstsein der Minderwertigkeit der eigenen Grundsätze bei den Konservativen zurückgeführt werden müsste. Die Antwort des konservativen Wahlkomitees war einerseits nicht ungeschickt, indem sie hervorhob, dass Hecker sich seinen Wählern oft genug vorgestellt habe und dass es nicht Sache der Konservativen sein könne, Bruno Geiser besser als bisher in Chemnitz bekannt zu machen. Auf der anderen Seite konnte sie aber die Enttäuschung über den Wahlausfall nicht verbergen. „Das Gros der Chemnitzer Arbeiter hat die zu gemeinsamer Arbeit am Wohle des Volkes von unserem Kandidaten dargebotene Hand zurückgewiesen." Diese Feststellung war natürlich nicht geeignet, dem bürgerlichen Kandidaten in der Stichwahl eine vermehrte Anzahl von Arbeiterstimmen zuzuführen.

Neben diesem Briefwechsel, den Geiser geschickt zu einem Flugblatt verarbeitete, erwies sich als ein sehr wirksames Agitationsmittel ein Wahllied, das erste, das in Chemnitz unsererseits zur Verteilung gelangte, nachdem 1878 auch hierin die bürgerliche Wahlagitation vorausgegangen war. Es hatte Max Kegel zum Verfasser und führte den ansprechenden Titel: „Neues Heckerlied". Es schilderte die Enttäuschung der Arbeiter nach der Vopelwahl und die neuen Bedrückungen, die eine Wiederkehr der Mehrheit von 1878 nach sich ziehen müsste. Damit aber waren Geld und Kredit endgültig erschöpft und als letzten Clou der Wahlagitation mussten die Genossen etwas erfinden, was sie ohne beides leisten konnten. So schnitten sie denn gewaltige Schablonen: „Wählt Bruno Geiser!", nahmen einen grossen Topf Eisenlackfarbe zur Hand und zogen im Dunkel der Novembernacht durch die Stadt, um überall ihre Parole anzumalen. Vor den Augen

der Nachtwächter und Polizisten selbst fiel der Genosse Gustav Schreiber, der mit grosser Geschicklichkeit einen Betrunkenen spielte, der Länge nach auf die Erde und fuhr rasch mit dem Pinsel über die bereitgehaltene Schablone, dann bückten sich die beiden Genossen, die ihn begleiteten, den Ausgeglittenen aufzuheben, und torkelnd zogen alle drei an den schlafenden Augen des Gesetzes vorbei. Am Wahltage war dann die Polizei in regster Tätigkeit, die Trottoirs zu scheuern, oder, da die Eisenlackfarbe nicht weichen wollte, sie mit Kalkfarbe zu überstreichen. Worauf unsere Genossen für ein paar Pfennige die Schulkinder veranlassten, die Kalkfarbe wieder abzukratzen, damit die verpönten Zeichen von neuem ans Licht traten. Und durch die ganze Stadt zogen die Buben aus der Schule und sangen das schöne Lied von „Lott' ist tot" nach dem neuen Text:

Roth ist tot, Roth ist tot,
Hecker liegt im Sterben,
Geiser kommt, Geiser kommt
Und wird alles erben.

Grosse Mühe hatte schon am Hauptwahltage die Besetzung der Wahllokale mit Stimmzettelverteilern gemacht. So gross war denn die Zahl der Genossen, die offen Parteiarbeit zu leisten wagten, doch noch nicht, dass man sie sämtlich mit eigenen Kräften hätte versehen können. Man hatte sich damit geholfen, eine Reihe Handwerksburschen aus den Herbergen anzuwerben, aber einmal hatte mancher von ihnen im Laufe des Tages dem Alkohol zu sehr zugesprochen, als dass er bis zum Schlusse der Wahlhandlung hätte feststehen können, und ausserdem war die Partei jetzt ein so armer Teufel geworden, dass sie selbst diesen wandernden Arbeitslosen nichts mehr bieten konnte. Da sprangen denn die wackeren Weber von Mittweida in die Bresche, bei denen die Krise mehr Kräfte freigesetzt hatte, als man zur Wahlarbeit brauchen konnte, und verteilten die Geiser-Stimmzettel, deren sich am Abend in den Urnen 14 567 vorfanden, während auf Hecker nur 11 418 lauteten. Geiser hatte 2½ Tausend Stimmen mehr erhalten, als jemals vor dem Ausnahmegesetz für die Sozialdemokratie in Chemnitz aufgebracht worden waren, und alles waren rein parteigenössische Stimmen, da Hecker noch mehr Stimmen erhalten

hatte, als er und Roth im ersten Gange zusammengenommen; die Wähler der Schwäher hatten also ihre Stimmen restlos miteinander verschwägert und das Wachstum der Geiser-Stimmen zwischen Haupt- und Stichwahl um weit über 4000 war nur eine Folge der Begeisterung, die der glückliche Verlauf des ersten Ganges in den Arbeitermassen geweckt hatte. Als sie sahen, dass über Zehntausend zum Arbeiterkandidaten standen, da waren auch die Tausende Furchtsamer zu dem Entschluss gelangt, ihrer Ueberzeugung wenigstens mit dem Stimmzettel Ausdruck zu verleihen. Jetzt nach der endgültig gewonnenen Schlacht war man auch wieder in der Stimmung, Feste zu feiern. Ein Kegelklub „Sand“ empfand das Bedürfnis, sein Stiftungsfest im Saale zur „Stadt Mannheim“ zu begehen. Es waren unsere Genossen, die sich unter diesem Deckmantel zusammenfanden und zum ersten Male seit Jahren wieder einige frohe Stunden miteinander verlebten. Ungestört und anregend für die weitere Parteiarbeit verlief dieses intime Siegesfest und brachte reichen Ertrag für die Parteikasse.

Das Wahlkomitee von 1881, das den Sieg organisiert hatte, bestand aus den Genossen Robert Zeissig, Karl Walther, E. Heine, Julius Hoppe und E. Billig. Hohes Verdienst um den Wahlsieg hatte sich auch eine proletarische Jungmannschaft erworben, in der sich der Messerschmiedelehrling Emil Eichhorn, der Tischlerlehrling Bruno Mehnert und der Schuhmacherlehrling Fritz Reichert auszeichneten. Plakate anzukleben, den „Sozialdemokrat“ in die Zeitungshalter der Gastwirtschaften zu praktizieren, Flugblätter auszutragen, rote Fahnen auf unzugänglichen Höhen aufzustecken oder sonst irgendeine Parteiarbeit zu verrichten, war ihnen ein Vergnügen, und mit Recht würdigten sie die alten Genossen bald des Vertrauens, zu den wichtigsten Konferenzen hinzugezogen zu werden. Sie haben die Erwartungen auch in Zukunft meist nicht getäuscht; denn bekanntlich ist Bruno Mehnert unser jetziger Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter für Chemnitz, und Emil Eichhorn der langjährige Reichstagsabgeordnete und gegenwärtige Leiter des sozialdemokratischen Presse-Bureaus. Reichert freilich ist politisch und moralisch Wege gegangen, die ihn weitab führten vom klassenbewussten Proletariat. Diese Jugendlichen-Organisation war nur die Wiederaufnahme

einer Gemeinschaft, die ihren Ursprung schon bis auf den Anfang der siebziger Jahre zurückleiten konnte. Mosts faszinierende Beredtsamkeit hatte damals natürlich auch unter der Jugend gezündet und bewirkt, dass eine ganze Anzahl junger Leute sich unter der Führung von Heinrich Renk und Karl Riemann zu einem „Kleisterklub“ zusammengeschlossen hatten, der seine Hauptaufgabe in der unentgeltlichen Verbreitung der Versammlungsanzeigen erblickte. Unter verschiedenen Namen — „Vorwärts“, Dramatischer Verein „Heinrich Heine“ — hatte dann diese Jugendlichen-Vereinigung bis zum Ausnahmegesetz fortbestanden, wie sie unser Bild aus dem Jahre 1873 zeigt, das von den zurückbleibenden Freunden den auf die Wanderschaft fortgezogenen Begründern dieser ursprünglichen Jugendorganisation gewidmet worden war. All die jugendlichen Arbeiter, die es darstellt, sind später tüchtige Parteigenossen geworden, wenn auch allgemeiner bekannt nur Emil Riemann wurde, der langjährige, vor einem Jahre plötzlich verstorbene Vorsitzende der Presskommission für die „Volksstimme“. In die Fusstapfen dieser Vorgänger war nun mit der fleissigen Wahlarbeit die neue Jugendgemeinschaft getreten. Freilich hatte auch ihre unentgeltliche Bemühung nicht verhindern können, dass aus diesem Wahlkampfe in Chemnitz eine Menge Schulden zurückblieben, deren Höhe als „Wasserstand“ im nächsten Jahre auf einer schwarzen Tafel im Zeissigschen Geschäft verzeichnet stand, bis allmählich der Spiegel herabgedrückt wurde. Ein wesentliches Mittel zur Verbesserung der Finanzen war die Verbreitung von Photographien der bekanntesten und beliebtesten Genossen, und wer von ihnen nach Chemnitz kam, wurde, ob gern oder widerwillig, zum Photographen geschleppt, damit sein Bild ein neuer Handelsartikel für die Parteikasse werde. Waren doch diese Bilder neben der wörtlichen Wiedergabe der Parlamentsverhandlungen, die Wörlein-Nürnberg in Broschüren besorgte, das einzige, was die Polizei nicht auf Grund des Ausnahmegesetzes verbieten konnte. So sind unter anderem die Bilder von Geiser und Bebel aus dem Jahre 1881 damals ein beliebter Handelsartikel und ein wichtiges Hilfsmittel zur Austrocknung des Wasserlaufes der Schulden gewesen.

Ebenso glücklich wie in Chemnitz war die Wahlschlacht im 15. Kreise beendet worden. Auch hier hatten die säch-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Kleisterklub 1873

Vordere Reihe (von links nach rechts): Richard Löffler, Metallarbeiter †; Emil Riemann, Metallarbeiter †; Brüstel, Metallarbeiter; Höfer, Metallarbeiter; Louis Nagel, Kernmacher. — Obere Reihe (von links nach rechts): Franz Rohleder, Weber; Max Uhlemann, Metallarbeiter; Theodor Dietrich, Schreiber; Emil Börner, Maschinenbauer; Herrmann Walther, Weber.

Aus der Parteijungmannschaft 1881

Emil Eichhorn Bruno Mehnert Fritz Reichert

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

sischen Konservativen entsprechend dem Charakter ihrer Partei in den Industriebezirken einen textilindustriellen Kommerzienrat, den vor einigen Wochen verstorbenen Voigtländer-Tetzner, aufgestellt, die Freisinnigen den Rechtsanwalt Harnisch aus Chemnitz und unsere Genossen Georg v. Vollmar, der freilich am Wahlkampfe garnicht teilnehmen konnte, da er damit nur der Staatsanwaltschaft in die Arme gelaufen wäre, die mit ihm noch mehrere alte Hühnchen zu rupfen hatte. Der Hauptwahlkampf spielte sich infolgedessen fast ausschliesslich zwischen dem konservativen und dem fortschrittlichen Kandidaten ab, die beide unendlich lange Flugblätter über Schutzzoll und Freihandel, parlamentarische oder monarchische Regierungsform gegeneinander warfen. Als dann am Hauptwahltage Voigtländer-Tetzner 5057, Harnisch 2998 und Vollmar 4283 Stimmen erhalten hatte, änderte sich das Bild vollkommen. Nur die Beteuerungen der Kandidaten, unter allen Umständen gegen das Tabakmonopol zu stimmen, blieben — mit Rücksicht auf die Frankenberger Tabakindustrie — die gleichen wie vordem. Sonst aber verschwanden die gründlichen theoretischen Untersuchungen der Konservativen und an ihre Stelle trat eine ziemlich grobschlächtige Hetze gegen den sozialdemokratischen Kandidaten. Von ihm, der im Wahlkreise ja persönlich nur wenig bekannt war, hatte das erste Flugblatt unserer Genossen gesagt:

„Der Mann, den wir euch zum Kandidaten vorschlagen, gehört von Geburt und Stellung den sogenannten höheren Gesellschaftskreisen an. Georg v. Vollmar, Schriftsteller in Löbtau bei Dresden, einer adligen Familie Bayerns entsprossen, trat gleich seinen Vorfahren in den bayrischen Militärdienst, machte als Leutnant in einem bayrischen Kürassierregiment den Feldzug von 1870—71 mit, wurde dabei sehr schwer verwundet und musste infolge erhaltener Blessur und Verstümmelungen den Militärdienst quittieren. Vollmar setzte jetzt die früher begonnenen Studien fort und warf sich mit Eifer und Energie auf das Studium der Sozialökonomie, das ihn zu der Partei der Unterdrückten, der Sozialdemokratie, führte. Die Sozialdemokratie, aus dem Volke hervorgegangen, im Volke wurzelnd, ist die einzige Partei, welche keine Standes- oder Klassenherrschaft will, welche vielmehr auf die vollständige Beseitigung derselben und auf die Einrichtung einer Volksgemeinschaft ausgeht, in der es nur gleiches Recht und gleiche Freiheit für alle gibt.“

Darauf erwiderten nun zur Stichwahl die Konservativen:

„Es ist nicht unmöglich, dass, wenn die Ordnungsparteien bei den Stichwahlen fest zusammenhalten, in dem kommenden Reichstag kein sächsicher Wahlkreis von einem Sozialdemokraten vertreten sein und das Königreich Sachsen sich des schlimmen Rufes, ein Hauptherd für die Umsturzbestrebungen zu sein, mit Glanz entledigen wird. Ueberdies ist die Person des von der sozialdemokratischen Partei für unseren Wahlkreis auserkorenen Kandidaten für die gesamte Wählerschaft eine schwere Beleidigung. Wie das unterzeichnete Komitee von massgebender Seite erfahren hat, ist der Schriftsteller v. Vollmar, welcher als Unterleutnant (Sekondeleutnant) im 3. bayrischen Infanterieregiment diente, im Jahre 1867 wegen Desertion aus dem Offiziersstande ausgestossen, im Jahre 1877 aber wegen Majestätsbeleidigung und Schmähung der christlichen Religion mit 10 Monaten Gefängnis bestraft worden. Offenbar ist v. Vollmar, welcher schon seines körperlichen Zustandes wegen an den Arbeiten des Reichstages nicht würde teilnehmen können, lediglich ein vorgeschobener Kandidat, welcher der Partei den Wahlkreis sichern soll. Würde v. Vollmar gewählt, so ist zu erwarten, dass er das Reichstagsmandat ablehnt und damit den Parteiführern Bebel oder Liebknecht, welche ihre bisherigen Sitze verloren haben, beziehungsweise noch zu verlieren fürchten, Gelegenheit verschafft, sich um die Vertretung unseres Wahlkreises zu bewerben. Dann stünden wir nach Wahl und Stichwahl abermals vor einer neuen Wahl mit all ihren Aufregungen, Zeit- und Geldverlusten.“

Es ist gewiss ein bemerkenswertes Zeichen für die Reife der Wählermassen, dass dieses unseres Wissens unbeantwortet gebliebene Flugblatt mit seinen Entstellungen und Unterstellungen gar keinen Eindruck machte. Auch im 15. Kreis stieg die Wählerzahl bei der Stichwahl um ein ganz Bedeutendes, und Vollmar siegte mit 7603 gegen 7330 konservative Stimmen.

Endlich war als dritter Stichwahlsieg der von Max Kayser-Dresden in Freiberg erfochtene zu zählen, der genau daseslbe für diese Wahl so überaus charakteristische Bild bot, dass die Wahlbeteiligung in der Stichwahl sich um 10 bis 15 Prozent hob; offenbar überall deswegen, weil eine Anzahl seit 1878 vereinzelter und entmutigter Genossen aus den Tausenden sozialistischer Hauptwahlstimmen neue Zuversicht geschöpft und sich wenigstens mit einem stillen Votum wieder in Reih und Glied gestellt hatten. Die Wahl Max Kaysers wurde in Chemnitz mit um so grösserer Freude

begrüsst, als er bei einem Versuche, hier in einer bürgerlichen Versammlung zur Diskussion zu sprechen, verhaftet und wegen irgendeines Strafverfahrens auf drei Monate hinter Schloss und Gitter gesetzt worden war.

Das waren aber auch die drei einzigen Wahlkreise, in denen das Resultat Genugtuung hervorrufen konnte. Im übrigen war der 17. Wahlkreis verloren gegangen, in dem Auer mit einer Minderheit von 700 Stimmen dem nationalliberalen Textilindustriellen Leuschner unterlag. Und im 19. Wahlkreise hatte es sogar Liebknecht nur auf 4653 Stimmen gegen 8588 des konservativen Bergwerksbesitzers Friedrich Ebert in Leubnitz gebracht. Einen Teil der Schuld, aber den allergeringsten, trug daran die Durchbrechung des Wahlgeheimnisses durch die ganz besonders grossen und leicht erkenntlichen Stimmzettel der Ordnungsleute. Die Hauptschuld aber lag bei den Arbeitern, deren Verbindung gänzlich auseinandergesprengt war und die noch immer unter einer wahrhaft panikartigen Furcht litten. So fand sich z. B. bei dieser Reichstagswahl in ganz Zwönitz kein Mensch, der bereit gewesen wäre, ein Flugblatt für unsere Partei auszutragen. Irgend welche Verbindung unter den Genossen der einzelnen Orte zu schaffen, war Liebknecht, trotzdem er wiederholt Zusammenkünfte, insbesondere an der einsamstehenden „Tabakstanne“ zusammenzubringen versucht hatte, nicht gelungen. Erst als Balduin Schreiber aus Amerika zurückkehrte und in Tannenberg die Zigarrenfabrikation aufnahm, gelang es ihm, die zersplitterten Kräfte allmählich wieder zusammenzufassen, Lokale und Einberufer wieder zu beschaffen und die Organisation einigermassen wieder herzurichten. Frühestens vom Jahre 1886 an kann man davon reden, dass Ordnung und Fluss in die Parteiarbeit des 19. Kreises zurückkehrte. So nachhaltig wie unter den wirtschaftlich allzusehr bedrückten Proletariern des eigentlichen Erzgebirges hat das Ausnahmegesetz wohl in wenigen industriellen Gegenden Deutschlands gewirkt.

Auch im 20. Kreise war für die Partei einstweilen fast garnichts zu holen. Von 7000 Stimmen in der Stichwahl 1878 sank die Stimmenzahl auf 2149 herunter, und nur Gelenau und Zschopau behaupteten eine einigermassen ansehnliche Stimmenzahl und wiesen einen Stamm aufrechter Genossen auf. Ueberraschen konnte der Rückgang schon deshalb nicht,

weil bereits 1878 die „Berliner Freie Presse“ mit Recht unseren Sieg im 20. Kreise als einen lediglich durch die Lauheit der Gegner errungenen charakterisiert hatte.

Im 21. Kreise endlich bewegte sich während des ganzen Ausnahmegesetzes die Stimmenzahl unseres Parteikandidaten zwischen 1000 und 1500, und die Nationalliberalen brauchten sich um das Mandat garnicht erst gross zu bemühen. Erst als die Kraft des Ausnahmegesetzes schon im Erlöschen war, trug auch dieser steinige Boden für die Partei der Arbeit reichere Früchte.

Im ganzen genommen, war der Kampf unter den erschwerenden Verhältnissen erfolgreich genug geführt worden. Sandte der Bezirk statt bisher 5 nur 3 Reichstagsabgeordnete nach Berlin, so hatte er doch wesentlich dazu beigetragen, dass bei Freund und Feind die Ueberzeugung erwuchs, es sei die Arbeiterbewegung eine Naturgewalt, die auch mit den dicksten Polizeifesseln nicht eingeschnürt werden könne. Vor allem die Rückeroberung von Chemnitz rief überall lauten Jubel hervor, bannte die Furcht und ermutigte die Parteigenossen, nun auch wieder offen als engverbundene Gemeinschaft hervorzutreten. Wenn es noch eines Beweises für die Grösse des Erfolges bedurft hätte, so liefert ihn hier die Wut der Polizei, die am Abend der Stichwahl den Genossen Bruno Geiser aus der Mitte seiner Freunde heraus verhaften liess. Es ist selbstverständlich, dass eine so aufreizende Massnahme in diesem Augenblick leicht zu erregten Szenen und Ausschreitungen hätte führen können, und das Vorgehen der Polizei gegen den Reichstagsabgeordneten des 16. Kreises war um so skandalöser, als sie es auf eine wirklich lächerliche Lappalie stützte: Auf dem letzten Flugblatt für Geisers Wahl war fälschlich ein Berliner Verleger angegeben, während es in Wahrheit hier in der Kutzschbachschen Druckerei hergestellt worden war. Nicht einmal die Verurteilung zu einer geringfügigen Strafe konnte dabei erzielt werden, weil sich natürlich nicht mehr feststellen liess, wer die falsche Angabe veranlasst hatte. Immerhin gefiel diese kleinliche Gehässigkeit der Polizei so ausgezeichnet, dass sie sie wenige Wochen später bei der Stadtverordnetenwahl wiederholte. Die Genossen hatten eine „Freie Bürgervereinigung“ gebildet, deren Aufgabe die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen sein sollte. Als

Kandidaten hatten sie die Genossen Tischlermeister Wilhelm Anton Bonitz, Restaurateur Karl Anton Rottluff, Glaser und Fabriktischler Julius Hermann Hoppe, Schuhmacher C. August Walther, Zigarrenhändler Ed. Robert Zeissig und Gastwirt Johann Gottlieb Merkel aufgestellt, die 729 bis 750 Stimmen auf sich vereinigten, eine Stimmenzahl, wie sie vor dem Ausnahmegesetz von uns niemals auch nur annähernd erreicht worden war. Sie musste um so ansehnlicher erscheinen, als die Agitation aus einem ganz seltsamen Grunde in empfindlichster Weise gestört worden war. Unsere Genossen hatten ihrem Vorschlagszettel einen kleinen roten Handzettel beigelegt, in dem sie die Bürger aufforderten, zahlreich und pünktlich an der Wahl teilzunehmen. Nicht auf der Vorschlagsliste, wohl aber auf diesen Zetteln fehlte die Angabe des Druckers und Verlegers, und diesen Umstand benutzte die Polizei, um das ganze Wahlkomitee am Tage vor der Wahl festzunehmen und die fertiggestellten Kuverte, in denen die Wahlaufforderung verschickt werden sollte, zu beschlagnahmen. Dann machte sich die Polizei an die Arbeit, jedes Kuvert wieder aufzumachen und die rote Einlage herauszunehmen, worauf das übrige den Genossen am Tage der Stadtverordnetenwahl selbst wieder zugestellt wurde. Dass das Material nun keine Verwendung mehr finden konnte, hat der Polizei sicherlich sehr leid getan.

Diese neueste Gewalttat der Chemnitzer Polizei fiel bereits in die Zeit nach der Botschaft Wilhelms I., die die mildere Praxis des Ausnahmegesetzes im übrigen Reiche einleitete, nachdem die eben beendeten Reichstagswahlen die Ohnmacht der rohen Polizeigewalt bewiesen hatten, die Sozialdemokratie zu vernichten. Aber von der milderen Praxis haben die Chemnitzer Arbeiter unter dem Siebdratschen Regime ausserordentlich wenig gemerkt. Wenn trotzdem alsbald auch in Chemnitz die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung hervortraten, wenn die Partei als solche offener und freier wieder auf dem Kampfplatz erschien, so lag das am Wachstum ihrer eigenen Stärke und an dem frischen Elan, den besonders auch die Berliner und Leipziger Ausgewiesenen in die Bewegung gebracht hatten. Ihre Namen und den Zeitpunkt ihres Eintreffens in Chemnitz vollzählig festzustellen, ist nicht möglich gewesen. Ausser dem aus

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Berlin ausgewiesenen Schneider Benzin traten in den Jahren 1882 bis 1886 eine Anzahl Metallarbeiter in den Vordergrund. Ebenfalls aus Berlin kamen Fedor Siegrist, Max Lücke und später Karl Schultze und blieben längere Zeit hier am Orte, bis Siegrist 1883 ausgewiesen wurde, Karl Schulze nach Königsberg ging, um dort an Stelle von Godau die Leitung der Agitation und die Reichstagskandidatur zu übernehmen, und Lücke zuletzt nach Köln zog, wo ihm ebenfalls die Genossen die Reichstagskandidatur übertrugen. Später kamen von Leipzig Franz Zuckschwerdt und Ernst Grenz, von denen der erstere bis über das Ausnahmegesetz hinaus eine führende Rolle in der Metallarbeiterbewegung spielte, der letztere bis zum heutigen Tag mit Chemnitz in enger Fühlung geblieben ist. Von Angehörigen anderer Berufe seien noch der Schneider August Kühn genannt, ein geborener Chemnitzer, der um die Mitte der achtziger Jahre hier mit der lebhafteste Agitator der Partei wurde, und seit Herbst 1887 der Zigarrenmacher Franz Hofmann, der spätere Reichstagsabgeordnete für Reichenbach-Auerbach, der mit seinem virtuosen Bass eine Hauptanziehungskraft aller künftigen Arbeiterfeste in Chemnitz wurde. Auch Kleemann-Leipzig war einige Tage hier gewesen, aber schon um die Zeit der Reichstagswahl von 1881 nach Zwickau weitergewandert. Noch später kamen, ebenfalls nur auf kurze Zeit, Steinbrist-Stötteritz und Werner-Leipzig, der jetzige Hauptkassierer des Metallarbeiterverbandes, die auch hier ausgewiesen wurden. Alle diese Ausgewiesenen brachten reiche Erfahrungen in den Mitteln mit, mit denen die Genossen an anderen Orten den täglichen Kleinkampf gegen die Polizeiwillkür führten, und boten den hiesigen Genossen eine gern entgegengenommene Anregung. Dafür musste freilich auch Chemnitz ständig gute und erprobte Kräfte dem Orte den Rücken kehren sehen, da auch ohne Belagerungszustand die hiesige Polizei nicht aufhörte, auf Grund des sächsischen Heimatgesetzes alle Genossen auszuweisen, die in irgendeine Strafe, und wäre es auch nur eine kleine Polizeistrafe gewesen, verfallen und nicht durch das Bürgerrecht vor dieser Ausweisungswillkür geschützt waren. Einer dieser Gehetzten war z. B. der letzte verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse“, der Stukkateur Lauschke, der 16 Monate in Zwickau gesessen hatte und von

dem gegen manchen seiner früheren politischen Gefangenen recht entgegenkommenden Direktor d'Alinge in der abscheulichsten Weise misshandelt worden war. Nicht nur, dass d'Alinge ihn patriarchalisch mit Du anredete und ihm in Kleidung und Nahrung jeden Vorzug vor den anderen Gefangenen verweigerte, erlaubte er sich mit ihm auch die demütigendsten Spässe. So liess er ihn zu sich kommen und seinen prächtigen Ulmer Doggen ein Stück Brot hinhalten, das nicht anzunehmen die Hunde dressiert waren; woran er die moralische Lehre schloss, dass von einem Kerl wie Lauschke kein Hund mehr ein Stückchen Brot nehmen wolle, und dass es also höchste Zeit zur Besserung sei. Lauschke war nach seiner Freilassung nach Leipzig gegangen und dort mit ausgewiesen worden. Jetzt jagte ihn die Polizei von Chemnitz und seinen sämtlichen Vororten weiter, und die Amtshauptmannschaft bestätigte jede einzelne dieser Ausweisungsverfügungen, von denen die aus Gablenz hier im Wortlaut folgen mag:

„Am 20. September 1882 erscheint an Expeditionsstelle der Stukkateur Herr Paul Oswald Lauschke aus Pirna und wird wegen der, nach der vorstehenden Zuschrift der Königlichen Amtshauptmannschaft zu Chemnitz, auf Grund einer in Leipzig wegen Einsammelns von Beiträgen zur Unterstützung ausgewiesener Sozialdemokraten erlittenen sechswöchigen Gefängnisstrafe und im Hinblick auf seine hervorragende agitatorische Tätigkeit für sozialdemokratische Bestrebungen, sowie in Betracht, dass in seiner Vergangenheit und in der grossen Anzahl hier zusammenwohnender Anhänger der Sozialdemokratie Umstände zu befinden sind, welche seinen Aufenthalt gerade in Gablenz bedenklich machen und die Befürchtung erwecken, dass er seine Tätigkeit hier leichter und wirksamer entwickeln kann, als an einem anderen Orte und auf Grund von § (?) Abt. 1 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867, aus Gablenz bei Chemnitz ausgewiesen und bedeutet, den hiesigen Ort binnen vier Tagen und längstens am 24. September 1882 zu verlassen zur Vermeidung fernerer Festnahme und Ablieferung an die Königliche Amtshauptmannschaft zu Chemnitz behufs Androhung der Haftstrafe.

Weiter ist pp. Lauschke noch vor unerlaubter Rückkehr zur Vermeidung derselben Massregel verwarnt worden."

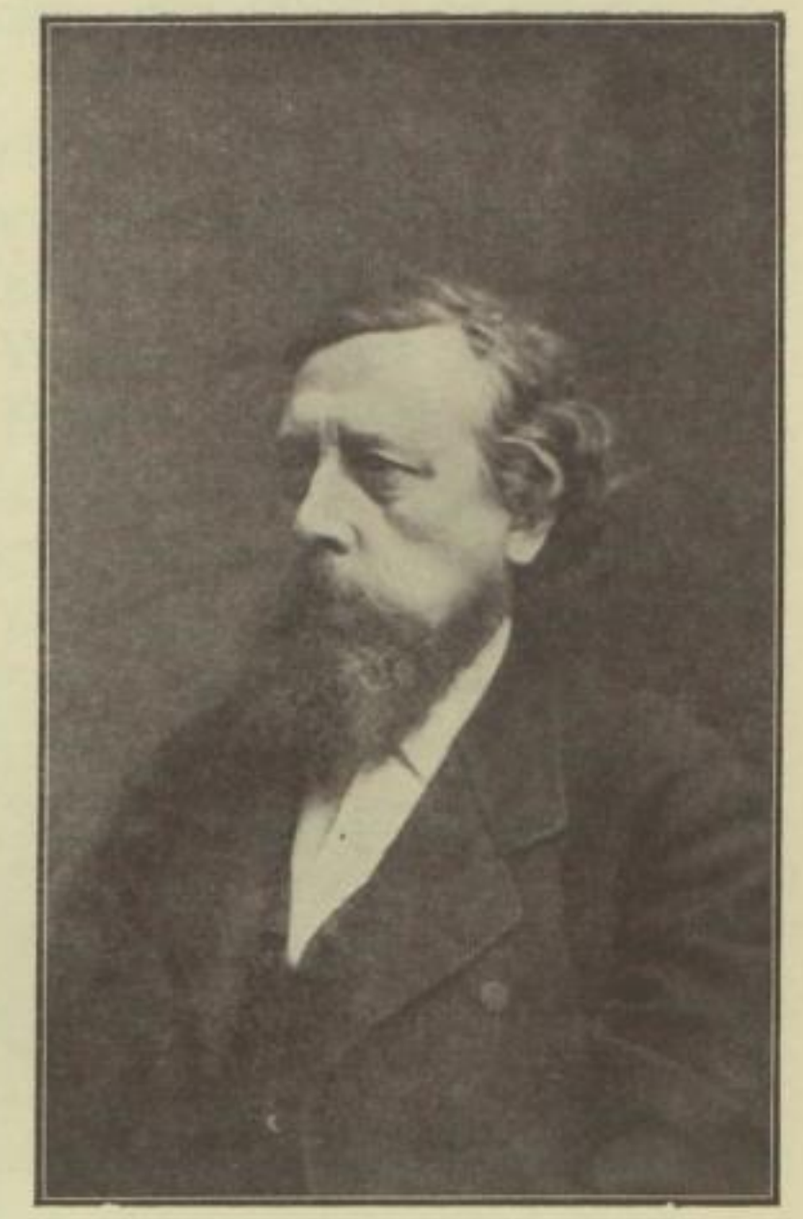
Lauschke ist schliesslich nach Oesterreich gegangen, hat sich dort verheiratet und ist auch dort gestorben. So wechselten in bunter Reihe zuziehende und abziehende Ausgewiesene, und diese barbarische Praxis sorgte wenigstens

dafür, dass die Genossen der verschiedenen Industriezentren auch, abgesehen von den Kongressen, in Fühlung miteinander blieben und die an einem Orte gewonnenen Erkenntnisse sich überall zunutze machen konnten.

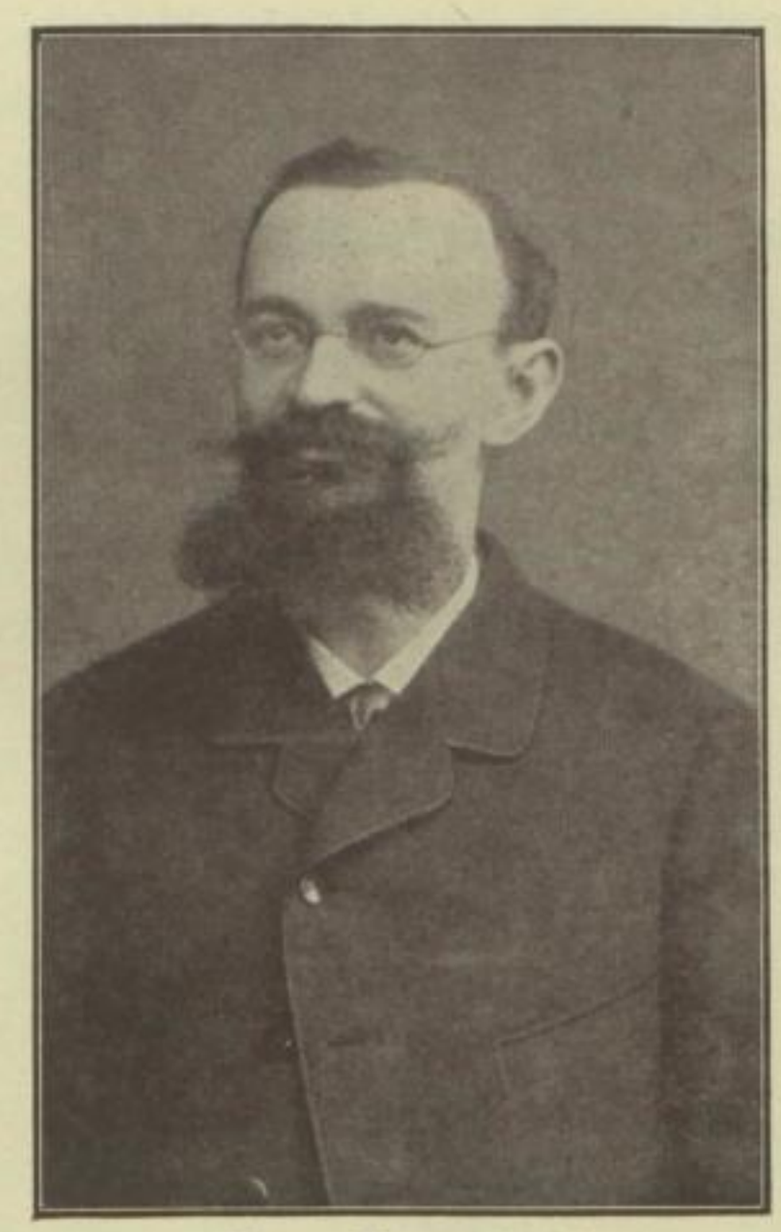
Uebrigens hing in diesen Jahren das Damoklesschwert der Verhängung des Belagerungszustandes über Chemnitz, für den natürlich Herr Siebdrat sehr eingenommen war. Nur der entschiedene Einspruch des Oberbürgermeisters André verhinderte, dass es dazu kam. Als die hohen Herren der Ersten Kammer den Belagerungszustand für Chemnitz stürmisch verlangten, erwiderte dieser weisse Rabe unter den hohen Chemnitzer Staats- und Gemeindebeamten: „Die Arbeiter von Chemnitz sind ehrenwerte, anständige, ruhige Leute, die zu keiner Klage Veranlassung geben, nur sind ihrer etwas viel.“ Später hat er dann gelegentlich zu einem unserer Genossen gesagt: „Ich bin ja mit meinen Sozialdemokraten immer ganz gut ausgekommen, nur etwas weniger könnten es sein.“ Es sind seitdem noch ein gut Teil mehr geworden. Aber deswegen brauchen wir dem gerecht denkenden Manne nichts Uebles nachzusagen. Er entstammte übrigens natürlich nicht der sächsischen Bourgeoisie, sondern war erst in vorgerücktem Alter aus Osnabrück hierher gekommen.

Entscheidend für die Neubelebung der Parteiagitation wurde indessen die Besserung der allgemeinen Geschäftslage, die im naturgemässen Wechsel der Konjunkturen eingetreten war, von den Bismärckern aber gern auf die Schutzzollpolitik zurückgeführt wurde. Den Hauptnutzen von dem Aufschwung des Wirtschaftslebens zogen natürlich die Unternehmer — dafür sorgte schon das Ausnahmegesetz. Aber wenn auch z. B. bei Hartmanns in der Sächsischen Maschinenfabrik die Dividende im Geschäftsjahr 1881/82 auf 9 Prozent statt der 6½ Prozent des Vorjahres stand, während die Arbeiterlöhne nur um 1½ Pfennig pro Stunde gestiegen waren, so war doch jedenfalls von den Arbeitern der lähmende Druck der drohenden Arbeitslosigkeit genommen, und das gab ihnen die Möglichkeit kräftigeren Auftretens. Dazu kam, dass vom Jahre 1882 an öffentliche Arbeiterversammlungen nicht mehr unbedingt verboten wurden, zuweilen sogar die Erhebung eines Eintrittsgeldes gestattet wurde, sodass die Partei mit grösseren Einnahmen und mit freierer Agitation rechnen konnte. Sie benutzte das aufs

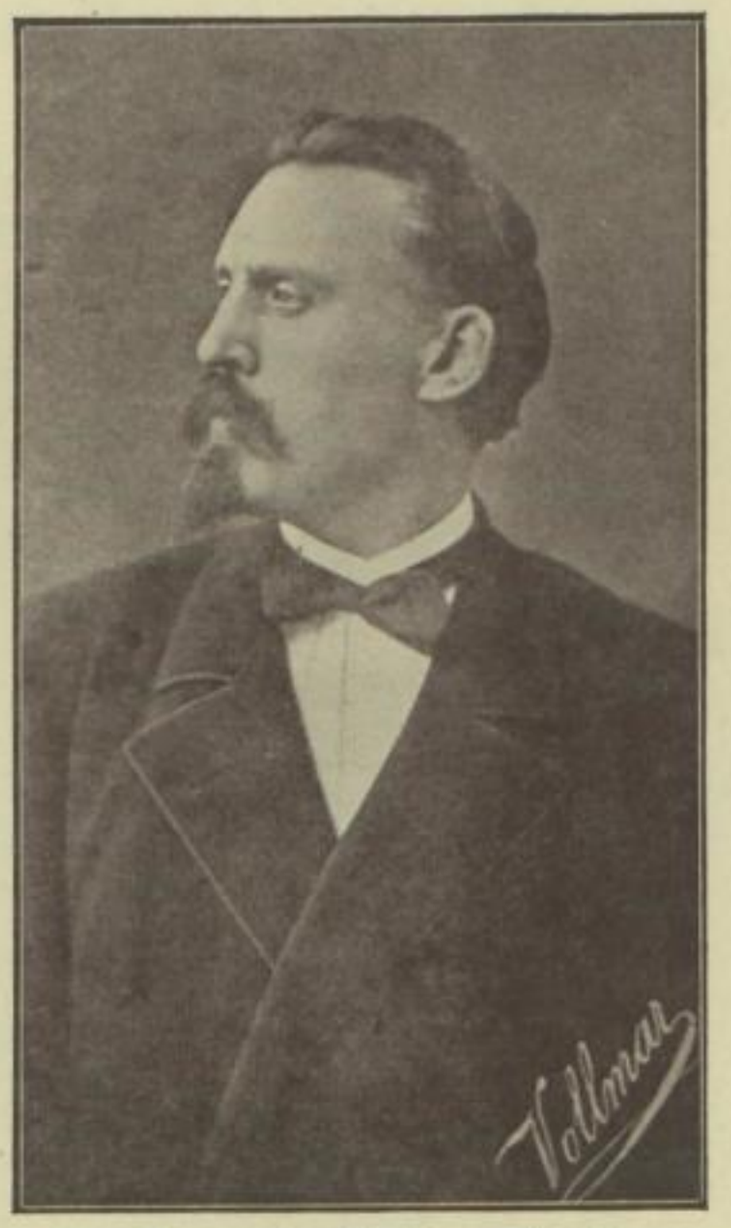
Bruno Geiser 1881



Wilhelm Liebknecht 1884



Fritz Geyer 1885



Georg v. Vollmar 1883

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

ausgiebigste, um die Fühlung zwischen der Masse und ihren hervorragendsten Führern wieder herzustellen. Die erste grosse öffentliche Versammlung hielt im Sommer 1882 Vollmar ab, und ihm folgten in kurzen Abständen Geiser mit einem Vortrag über Volks- und Weltwirtschaft und Wilhelm Liebknecht mit einer Rede über Wesen und Art der englischen Gewerkvereine. Geisers Referat gab den Anstoss zur Gründung eines Vereins zur Belehrung über Volks- und Weltwirtschaft, in dem nun die Parteigenossen wieder einen öffentlichen Sammelplatz fanden. Daneben arbeitete selbstverständlich die geheime Organisation weiter, zu der in erster Reihe die Leser des „Sozialdemokrat“ zugezogen wurden. Die erste Konferenz dieser Geheimorganisation fand unter dem Vorsitz von R. Zeissig und im Beisein des Genossen J. H. W. Dietz-Stuttgart 1882 im Markersdorfer Wäldchen statt. Hier wurden Karl Riemann, Otto Böttcher, Otto Leander, Notnagel, Georgi und Geilhardt als Kreisparteileitung gewählt. Riemann blieb von jetzt ab Vorsitzender bis zum Herbst 1889, führte die Korrespondenz mit dem „Olymp“, arrangierte und leitete die Zusammenkünfte. Dafür musste er in dieser Zeit auch der Polizei und den Gerichten die meisten Besuche abstatten. Den Generalvertrieb des „Sozialdemokrat“ übernahm eine höchst unverdächtige Persönlichkeit, ein sächsischer Eisenbahnbeamter. An seine Stelle trat dann, als die Polizei ihm auf die Spur zu kommen drohte, der Schmied Otto Böttcher, damals einer der unabhängigsten Genossen deshalb, weil er in der Maschinenfabrik von Bernhard & Philipp beschäftigt war und der alte Philipp zu den ganz seltenen Arbeitgebern in Chemnitz gehörte, die der politischen Betätigung ihrer Angestellten keine Hindernisse in den Weg legten. Böttcher wurde Ende des Jahres 1883 von dem Schmied August Börner, den er als Deckadresse benutzt hatte, dadurch verraten, dass Börner, bei dem ein Paket „Sozialdemokrat“ beschlagnahmt wurde, nicht auf der Aussage stehen blieb, dass er nicht wisse, wieso es ihm zugegangen sei, sondern Böttcher als den Auftraggeber angab. Eine Haussuchung bei Böttcher förderte weiteres Belastungsmaterial zutage, aber glücklicherweise blieb das in einer Weste steckende Notizbuch unentdeckt, in dem die Namen der Abnehmer des „Schlips“ aufgezeichnet waren.

Böttcher wurde nach 17 Tagen Untersuchungshaft zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, und an seine Stelle trat Fritz Reichert, bis ihn 1885 das gleiche Schicksal mit 4 Wochen Untersuchungshaft und 3 Wochen Gefängnis ereilte. Worauf bis zu seiner Militärdienstzeit Bruno Mehnert den Generalvertrieb der süssen verbotenen Frucht leitete. Er kam ohne Strafe davon, weil die Militärbehörden die Untersuchung nur widerwillig führten. Sonst aber musste noch mancher Arbeiter für die Verbreitung des „Schlips“ auf den Kassberg wandern, darunter die Genossen Gutzschebauch, Berthold, Zinke, Neumeister und Steinborn. Parteikassierer aber war in jener Zeit der Weber Hermann Otto Georgi, den später und bis zum Schluss des Ausnahmegesetzes Genosse Böttcher ablöste.

An Liebknechts Vortrag knüpfte sich die Gründung der ersten neuen gewerkschaftlichen Organisationen. Anfang des Jahres 1882 haben die Metallarbeiter, später die Textilarbeiter, Holzarbeiter, Schuhmacher und Schneider sich wieder zusammengeschlossen, und so oft auch ihre Vereine aufgelöst wurden, fanden die Berufskollegen doch immer neue Formen der Vereinigung, bis vom Jahre 1889 ab die Organisation wieder festere und dauernde Gestalt annahm und statt der Arbeit für die Partei wieder die eigentlich gewerkschaftlichen Aufgaben mehr in den Vordergrund traten. Das Statut des ersten neugegründeten „Vereins der Metallarbeiter für Chemnitz und Umgegend“ — 1. Vorsitzender war der Mechaniker Thomas — ist vom November 1882 datiert und sieht ein Eintrittsgeld von 20 Pfennigen und einen ebensolchen Monatsbeitrag vor. Die stärkste Klammer für den Zusammenhalt war auch hier wie überhaupt in den Fachverbänden Karl Riemann, Kassierer des Metallarbeiterfachvereins aber lange Jahre hindurch sein Bruder Emil Riemann, der gewissenhaft dafür sorgte, dass die gesammelten Beiträge restlos der Partei zuflossen. Hauptsächlich von hier aus wurde die Chemnitzer Parteibewegung unter dem Ausnahmegesetz finanziert. Selbstverständlich blieb aber die Mitgliederzahl sowohl in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Organisation noch mehrere Jahre hindurch auf wenige Dutzende beschränkt.

Das Jahr 1883 sah dann auch wieder die ersten mit Kampf verbundenen Lohnbewegungen in der Chemnitzer In-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

dustrie. In der Chemnitzer Aktienspinnerei traten etwa 1000 Arbeiterinnen in den Streik, um ihrer Empörung über die niedrigen Löhne und besonders über die niederträchtige Behandlung Ausdruck zu geben. Da sie sämtlich unorganisiert waren, nahm sich die Partei ihrer an und gründete aus den Genossen Karl Riemann, Robert Zeissig und Bruno Sommer — letzterer war von Dresden herübergekommen und hatte hier eine Buchhandlung und einen Bildungsverein gegründet — ein Unterstützungskomitee, das innerhalb von 14 Tagen die ansehnliche Summe von 2158,45 Mark aufbrachte, davon etwa 400 Mark durch Beihilfen von ausserhalb. Nach 14 Tagen ging der Kampf verloren, aber mit Ende des Jahres schied der bisherige Direktor aus dem Betrieb aus, und die neue Verwaltung stellte wenigstens die grössten Beschwerden einigermassen ab.

Den bescheidenen Ueberschuss, der von den Sammlungen zurückgeblieben war, schickten die Chemnitzer Genossen nach Stuttgart, wo die Tischler unter Leitung von Karl Kloss ihren Meistern einen besonders hartnäckigen Kampf lieferten. Der Wunsch, die dortigen Kämpfe ausgiebiger zu unterstützen, rief die Tischlerorganisation auch hier am Orte hervor, und als die Stuttgarter gesiegt hatten, waren auch die hiesigen Tischler nicht mehr zu halten, sondern traten in den Streik, den ein Berliner Ausgewiesener namens Hertel leitete. Streiklokal und Versammlungslokal auch für die meisten anderen Gewerkschaften in jener Zeit war „Stadt Köln“, wo manche enthusiasmierte Versammlung abgehalten wurde. Schliesslich ging auch dieser Streik verloren und bewirkte erst nachträglich ein allmähliches Steigen der Löhne. Richard Hertel ist schon im April 1885 infolge eines Gehirnschlages plötzlich gestorben.

Inzwischen hatte sich die Partei auf einen neuen grossen Schlag vorbereitet. Für den Herbst 1883 standen wieder Landtagswahlen bevor, an denen der 2. städtische Wahlkreis, in dem 6 Jahre zuvor Vahlteich trotz lebhafter Agitation gegen Roth unterlegen war, und der 31. ländliche Kreis (Borna, Furth, Grüna, Hilbersdorf, Reichenbrand, Siegmar, Wüstenbrand etc.) beteiligt waren. Als Kandidat für beide Bezirke war Vollmar in Aussicht genommen, der damals seinen Wohnsitz in Mittweida hatte und den Chemnitzern wohl vertraut war. Half er ihnen doch vor allen anderen

den Kampf gegen die antisemitische Demagogie führen, die sich von Berlin aus allmählich über das Reich ausdehnte und bei dem stets verhältnismässig sehr zahlreich gebliebenen Kleinbürgertum in Sachsen einen starken Anklang fand. So war in jener Zeit S t ö c k e r auch nach Chemnitz gekommen, um im „Thalia-Theater“ gegen das übliche Entree von 50 Pfennigen und unter Ausschluss jeder Debatte seine gesalbte und geschmalzte Redekunst hören zu lassen. Eine Anzahl unserer Genossen hatte sich mit nachgemachten Eintrittskarten, die ein hiesiger Strumpfwarenfabrikant liebenswürdig zur Verfügung gestellt hatte, Eingang verschafft, und als der Hofprediger auf die Sozialdemokratie zu schimpfen begann wie ein Fuhrknecht, ihm mit Trillerpfeifen ein gründliches Katzenkonzert dargebracht, für das einer von ihnen vier Wochen Haft wegen groben Unfugs einstecken musste. Die Partei aber antwortete mit einer Riesenversammlung in „Stadt London“, in der Vollmar ausserordentlich wirkungsvoll mit dem Pseudochristentum des christlich-sozialen „Unsinns“ abrechnete. Auch bei den grossen Sommerausflügen der Chemnitzer Genossen, die sich von jetzt ab, dem Ausnahmegesetz zum Trotz, wieder einbürgerten, war Vollmar der umjubelte Mittelpunkt, wie insbesondere auf dem ersten grossen Sommerfest 1882 auf dem Hoppberg bei Rabenstein. Weniger leicht war er zu den vertraulichen Konferenzen hinzuzuziehen, die seine auffallende Erscheinung der Polizei verraten konnte; dafür tagten sie um so sicherer, wenn Vollmar mit nach Chemnitz kam und dann in einer dem wirklichen Versammlungsort entgegengesetzten Richtung durch die Stadt fuhr. Mit der grössten Sicherheit heftete sich Beckert mit seinen Getreuen an Vollmars Fersen, und wenn sie die Irreführung merkten und umkehrten, waren unsere Genossen mit ihren Beratungen längst zu Ende. Jetzt, um die Landtagswahlarbeit nicht zu erschweren, wurde von einer langausgedehnten Wahlagitation vollkommen Abstand genommen. Eine Versammlung, in der Stolle über das Krankenkassengesetz sprach, diente dazu, Vollmar noch einmal öffentlich vorzustellen und ihn sein Landtagswahlprogramm entwickeln zu lassen. Dann wartete man bis unmittelbar vor der Wahl, um das Wahlflugblatt zu verbreiten, das restlos in den Händen der Wähler war, ehe die Polizei von der Absicht unserer Genossen auch nur die geringste Kennt-

nis hatte. Nicht eine einzige Sistierung war ihr gelungen, und ein nachträgliches Verbot oder eine Konfiskation hätte das Gelächter unserer Genossen über den gelungenen Streich nur vergrössert. Die Taktik, bis drei Tage vor der Wahl sich schlafend zu stellen und dann plötzlich mit aller Wucht hervorzubrechen, war den damaligen Ausnahmegesetzeszuständen trefflich angepasst. Die Gegner hatten die Existenz der Sozialdemokratie vollkommen vergessen und mit ihrer Wahlbeteiligung nicht im mindesten gerechnet. Das Auftreten unseres Parteikandidaten rief bei ihnen nur masslose Verblüffung, aber keinen Widerstandsversuch mehr hervor. Das Ergebnis der Wahl war somit ein überwältigend grosser Sieg Vollmars, der Herrn Roth das Mandat mit 2523 Stimmen gegen bloss 1181 des bisherigen Mandatsinhabers abnahm. Auch im 31. ländlichen Kreise hatte Vollmar die schöne Stimmenzahl von 570 erhalten, während der Fortschrittler mit 880 Stimmen siegte und der Konservative mit 305 letzter der drei Kandidaten wurde. Der Sieg in Chemnitz-Stadt hatte um so volleres Gewicht, als die bürgerlichen Parteien sich sämtlich auf die Wiederwahl Roths geeinigt hatten, der mit seiner neuen Niederlage aus dem politischen Leben verschwand. Anders als 1881 wurde diesmal der Sieg, als er durch ein Extrablatt in der „Linde“ bekannt wurde, mit lautem Jubel aufgenommen, was die Polizei veranlasste, die Versammlung, die gar keine gewesen war, aufzulösen, das heisst alle Anwesenden aus dem Lokale hinauszutreiben. Siegrist wurde dabei verhaftet und nach der Polizeiwache geschleppt, weil er den Beckert beleidigt haben sollte. Die Genossen gingen dann zumeist in den „Anker“, wo erneut die Polizei ihren Aerger austobte, indem sie auch Karl Riemann wegen einer Bemerkung über Fedor Siegrists Verhaftung festnehmen liess. Nachdem man die Verhafteten nachts über auf der Wache behalten und am Morgen in Gemeinschaft mit den aufgegriffenen Dirnen und Zuhältern von der Herren- nach der Poststrasse geschleppt hatte, liess man Riemann wieder los, während Siegrist noch längere Zeit in Untersuchungshaft behalten wurde. Die Beleidigungsklage endete mit der Verurteilung Riemanns zu drei und Siegrists zu vier Wochen Gefängnis, woran sich für diesen noch drei Monate wegen Richterbeleidigung schlossen, weil er offenherzig den Richtern erklärt hatte, dass sie ihn nicht wegen seiner Tat,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

sondern wegen seiner Tendenz und Parteizugehörigkeit verurteilten. Und endlich schloss sich an diese Strafe der übliche Ausweisungsbefehl, der den kecken Siegrist freilich nicht hinderte, sich noch nach seiner Entlassung geraume Zeit in Chemnitz bei Freunden aufzuhalten, ehe er nach Dresden ging.

Ins Groteske erhob sich die Ausweisungspraxis, als sie sich gegen den Schneider Kühn, einen geborenen Chemnitzer, richtete. Ohne dass man ihm einen Prozess hätte anhängen können, wies man ihn wegen seiner regen gewerkschaftlichen Agitation mit der Begründung aus Sachsen aus, dass er durch die lange Abwesenheit im Preussischen die sächsische Staatsangehörigkeit verloren hätte. Da Kühn aber auch die preussische Staatsangehörigkeit nicht besass, wurde er als „Reichsausländer" deklariert, und der künftige Bismarcksche Expatriierungsgesetz-Entwurf auf diese höchst einfache Weise in der Praxis vorweggenommen. Die Abreise Kühns nach Nürnberg gab Gelegenheit zu einer grossen Demonstration auf dem Chemnitzer Bahnhof, und als nach drei Monaten das Ministerium die Ausweisung aufhob, wurde zu seinem Empfang ein Ausflug nach Siegmar unter noch grösserer Teilnahme veranstaltet.

Wie die Chemnitzer Genossen den Kaufmann Roth mit seiner wiederholten Wahlniederlage abgetan hatten, so halfen sie auch den grössten der Leipziger nationalliberalen Worthelden, den Kaufmann Bruno Sparig, politisch unmöglich zu machen. Im Februar 1883 war in der „Fränkischen Tagespost" eine Notiz erschienen, in der Gabriel Löwenstein mitteilte, dass die Leipziger Polizei bei ihren Ausweisungen eine Liste von mehreren hundert „notorischen Sozialdemokraten" benutze, die ihr der Kaufmann Sparig geliefert hätte. Dieser klagte, wurde aber durch das Zeugnis des Chemnitzer Branddirektors Weigand überführt, dass er sich nicht nur selbst dieser schäbigen Denunziation gerühmt, sondern auch versucht hätte, den unbequemen Zeugen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Damit war er denn freilich selbst in dieser Denunziationsära politisch vollkommen erledigt. Und wie in diesem Nürnberger Prozess, so spielte auch in einer Verhandlung in München, die beinahe zur gleichen Zeit stattfand, Chemnitz eine wichtige Rolle. Die „Süddeutsche Post", deren Leiter zu dieser Zeit Max Kegel war, hatte eine Notiz über Soldatenmisshandlungen im Chemnitzer 104. Infanterie-

Regiment gebracht, auf die hin es der Regimentskommandeur für geraten hielt, Beleidigungsklage in München anzustrengen. Aber Münchner Geschworene können sich an sozialistenfresserischen Leistungen mit dem Chemnitzer Gerichtsassessor Böhmer doch nicht messen, und so erlebte das königlich sächsische Infanterieregiment den tiefen Schmerz, dass der Wahrheitsbeweis für geführt erachtet und Kegel freigesprochen wurde. Alle solche Vorkommnisse wurden damals rasch durch Broschüren verbreitet und trugen nicht wenig zur Erhöhung der Freude an der Partei bei.

So sehen wir denn im Jahre 1884 das regste Partei- und Gewerkschaftsleben in Chemnitz, das unter dem Ausnahmegesetz, wenigstens bis zur Zeit seiner völligen Ueberwindung, überhaupt erreicht wurde. Aus dem „Recht auf Arbeit“ sind wir über die Tätigkeit der Berufsorganisationen, der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Tischler, Schneider etc. in diesem Jahre gut unterrichtet. Einen breiten Raum nimmt der Kampf um die Krankenkassenversicherungen und die Pflege der freien Hilfskassen in Anspruch. Eine Krankenkasse für Wirker, Weber, Spinner und Färber findet nach langen Bemühungen die behördliche Genehmigung für ihr Statut, die Maler und Fabrikarbeiter gründen neue Organisationen, die Töpfergesellen führen im wesentlichen friedlich eine Lohnbewegung durch und die ganze Tätigkeit sucht ein Fachverein vereinigter Berufsorganisationen unter dem Vorsitz des Bürstenmachers J. Fromm, später des Kleiderhändlers Paul Thieme zusammenzufassen und zu systematisieren. Arbeitsnachweise werden, zumeist im „Annengarten“ beim Genossen Hickethier, eingerichtet, öffentliche Versammlungen in beinahe sämtlichen Sälen der Stadt in grosser Zahl abgehalten. Auch die Partei geniesst eine gewisse Versammlungsfreiheit und hat im Reichstagswahlkampf 1884 eine ziemlich bedeutende Anzahl grösserer Säle zur Verfügung. Gegenkandidaten Geisers sind diesmal ein konservativer Landgerichtsdirektor Schreber und der freisinnige Rechtsanwalt Wilh. Harnisch, ein begeisterter Eugen-Richterianer, der politisch freiheitlich gesinnt dem Sozialismus ebenso fremd und ablehnend gegenüberstand wie jener. Zwischen ihm und Geiser gedieh der Wahlkampf zu einer lebhaften Erregung, weil die Fortschrittler unserem Kandidaten sein häufiges Fehlen im Reichstage zum Vorwurf machten, worauf

unsere Genossen entgegneten, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten immerhin fleissigere Reichstagsbesucher seien als die bürgerlichen Abgeordneten und bei ihrer Armut und Diätenlosigkeit dadurch schon grosse Opfer im Dienste der Allgemeinheit brächten. Die Wahlarbeit wurde von den Genossen aufs beste besorgt. Wenn bei der Wahl von 1881 der 16. Kreis noch nicht in der Lage gewesen war, mit den eigenen Kräften auch nur die dringendsten Wahlarbeiten zu erledigen, so war die Bewegung bis 1884 wieder so erstarkt, dass von Chemnitz aus der 9., 15., 20. und 21., ja sogar vor der Stichwahl drei Tage lang der 22. Wahlkreis mit zehn Genossen unterstützt werden konnte. Bei den späteren Wahlen dehnte Chemnitz sein Arbeitsfeld auch auf den 10., 19. und 23. Wahlkreis aus. Der Sieg Max Kaysers in Reichenbach-Auerbach bei der 84er Wahl kam grossenteils auf das Konto der Chemnitzer Wahlhelfer. Ebenso waren 1886 bei Geyers Nachwahlsieg im 19. Kreise die Chemnitzer Genossen tagelang oben, unermüdlich im Ankleben der Plakate und Austeilen der Flugblätter. Sonst waren 1884 in Chemnitz Wahlkampf und Wahlbeteiligung lau, weil man nicht ernsthaft am Siege Geisers zweifeln konnte, der denn auch mit der gewaltigen Stimmenzahl von 14 512 über 5762 konservative und 4123 freisinnige Stimmen siegte und damit einen Prozentsatz sozialdemokratischer Stimmen erreichte, wie ihn selbst Most in seiner besten Zeit nicht erzielt hatte. Um so überraschender war Vollmars knappe Niederlage im 15. Kreise gegen einen ausgesprochenen Reaktionär, und der glatte Verlust des 9. Kreises, der zu dieser Zeit allerdings schon durch die Abnahme des Bergbaues immer ungünstiger für die Partei zu werden anfing. Er scheidet aus unseren weiteren Betrachtungen auch deswegen aus, weil seine Bearbeitung künftig mehr von Dresden als von Chemnitz aus geleitet wurde, auch dann, als Karl Riemann wiederholt dort Parteikandidat war. Er ist später nur noch 1903 und 1912 durch einen parteigenössischen Abgeordneten vertreten gewesen.

Von den beiden ältesten Sitzen der Partei hatte Auer seinen 17. Wahlkreis mit bedeutendem Vorsprung zurückerobert, während Liebknechts früherer Wahlkreis noch einmal durch groben Wahlschwindel dem Konservativen Ebert zufiel, der zwei Jahre später sein Mandat vor der Ungültig-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Aus dem Wahlkomitee von 1884

Franz Kragl
Eisenhobler

Benzin
Schneider

Max Lücke
Klempner

Karl Riemann
Eisendreher

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

keitserklärung durch den Reichstag niederlegte, worauf es von Friz Geyer für die Partei zurückgewonnen wurde. Zu der grossen Stimmensteigerung, die die Partei im übrigen Deutschland erzielte, hatte der Chemnitzer Bezirk nur in sehr bescheidenem Masse beigetragen. Immerhin zeigte auch hier der Wahlausfall deutlich genug, dass die Bismarckschen Sozialreformen die Arbeiter ebensowenig von der Partei fortlocken konnten, wie der schärfste Polizeiterror sie von ihr fortgeschreckt hatte.

Unter den Wahlsiegen ist schliesslich noch die Landtagswahl von 1885 aufzuzählen, bei der im 30. ländlichen Kreise Fritz Geyer gewählt wurde. Geyers Tätigkeit trug in einem ganz ausserordentlichen Masse zur Verbesserung der Organisationsverhältnisse in Chemnitz-Land bei. Zu Beginn der Wahlagitation, die zum grossen Teil die Chemnitzer Genossen führten, hatten die Genossen dieses Landtagswahlkreises weder Geld noch Vereine gehabt, abgesehen von einigen bescheidenen Bildungsvereinen, die nicht recht leben und sterben konnten. Am Ende der Landtagswahlschlacht, die 1710 Stimmen für uns gegen bloss 1081 konservative ergab, waren in fast allen Orten unter diesem oder jenem Namen Vereine gegründet oder zum mindesten Vertrauensmänner eingesetzt und ausserdem ein barer Ueberschuss von 600 Mark vorhanden. Gerade von dieser Zeit an zeichnete sich Kappel durch seine Leistungen für die Partei vielfach vor der Stadt aus und wurde dauernd mit wichtigen Aufgaben betraut. In Chemnitz selbst war die Organisation bekanntlich schon seit 1882 wieder fester geworden, und in den nächsten Jahren arbeiteten die Vertrauensmänner von Chemnitz-Land mit denen der Stadt gut zusammen, vielfach auch in gemeinsamen, zumeist in Privatwohnungen abgehaltenen Konferenzen.

Konnte so der Fortschritt der Partei nach aussen hin im allgemeinen befriedigen, so sah es im Innern nicht ebenso gut aus. Die Möglichkeit freierer Betätigung auf der einen Seite, die Unmöglichkeit einer wirklich gründlichen Erörterung der Streitfragen andererseits, das Wachstum des Parteiumfanges und die Unmöglichkeit einer ehrlich demokratischen Ausgestaltung der Parteiverfassung führten zu Cliquenbildungen und hässlichen, unaufhörlichen, persönlichen Streitigkeiten, von denen Chemnitz übrigens nicht mehr wie die

meisten anderen Parteiorte in der gleichen Zeit heimgesucht wurde. Da gab es Differenzen zwischen Heine, Haase und Hoppe auf der einen Seite und dem Werkführer Götze, einem besonders tapferen und verdienten Genossen andererseits, zwischen Karl Riemann und der Mehrheit der Genossen einerseits, einer Gruppe Fromm, Sommer, Kühn andererseits etc. In die Einzelheiten dieser Kämpfe einzudringen ist heute ebenso unmöglich geworden wie es nutzlos wäre — sie knüpften sich an organisatorische Fragen, wie die Stellung zu den Kranken- und Hilfskassen oder die beste Form gewerkschaftlicher Organisation, beruhten aber in der Hauptsache auf persönlichen Missverständnissen und Abneigungen und verletzter Eitelkeit. Parteitaktischer Natur waren sie jedenfalls durchweg nicht. Anfang 1884 hatte eine Versammlung des Vereins zur Belehrung über Volks- und Weltwirtschaft eine Resolution angenommen, die folgendermassen lautete:

„Die heutige öffentliche Versammlung erklärt: In Erwägung, dass die sozialdemokratische Arbeiterpartei keine revolutionäre, sondern eine radikale Reformpartei ist, welche ihr Ziel auf dem Wege der gesetzlichen Propaganda zu erreichen sucht, weist dieselbe alle Gemeinschaft mit der sogenannten Anarchistenpartei zurück, weil deren Ziele unausführbar und deren Mittel unmoralisch und abscheulich sind."

Dagegen wendete sich ein Protest aus Chemnitz im „Sozialdemokrat", dessen Redaktion indessen sofort hinzufügen konnte, dass die Resolution lediglich aus der Protessstimmung gegen die anarchistischen Attentatsversuche jener Wochen hervorgegangen sei und keineswegs eine Verwässerung der Parteiprinzipien bedeuten sollte. Jedenfalls machte niemand aus der unglücklichen Formulierung eines Satzes in einer an sich nicht wichtigen Versammlung einen grossen Richtungsprozess. Damals konnte man eben noch nicht auf eine bessere Zensur rechnen, wenn man zur richtigen Richtung schwur; in den ernsten Zeiten galt der Mann nach seinem wahren Wert. Darum bekannte man auch ehrlich, wenn man mit einem anderen Genossen in Streit geriet, dass es ein persönlicher Streit sei, was ihn freilich für die Parteibewegung damals nicht weniger gefährlich machte. So mussten denn gar oft von der Parteileitung angesehene Genossen herkommen und schlichten, vergleichen,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

zum Frieden mahnen, im äussersten Notfalle — aber auch nur dann — wohl auch einmal richten. So waren 1883 Vollmar, Dietz und Kräcker nach Chemnitz gekommen, um in einer Zusammenkunft bei Rendlers, dem Versammlungslokal der Kappeler Genossen während des ganzen Ausnahmegesetzes, unter den Kampfhähnen Frieden zu stiften, und waren nur mit grosser Mühe der polizeilichen Verfolgung über einen nassen Sturzacker nach der Stollberger Strasse zu entkommen, in deren Nähe sie dann unter einem Lärchenbaum die halbe Nacht hindurch ihre Konferenz abhielten. Vollmar war glücklicherweise schon auf der Fahrt nach Kappel von den Genossen angehalten, gewarnt und in Sicherheit gebracht worden.

Ernster und beschämender verlief eine andere solche Schlichtungssitzung im Restaurant „Schlachthof", an der der alte Liebknecht teilnehmen sollte. Um eine vollständige Beweisaufnahme zu erzielen, waren am Abend des 24. Juli 1884 nach dem damals neueröffneten Schlachthoflokal neben den erprobten Parteigenossen auch eine ziemlich grosse Anzahl von denen eingeladen, die sonst nicht zum engeren Kreise gehörten. Deshalb beschloss man, doppelte Vorsicht walten zu lassen und holte Liebknecht nicht von dem stets bespitzelten Chemnitzer Bahnhofe, sondern bereits von Oberlichtenau ab und brachte ihn unbemerkt zum vereinbarten Treffpunkt. Unglücklicherweise aber kannte der Wirt des Lokales, ein Leipziger namens Lorenz, den Genossen Liebknecht bereits von dort her und beeilte sich, zur Polizei zu laufen und anzumelden, dass in seinem Lokale eine Unmenge Sozialdemokraten sässen und sich berieten. Sofort rückte Beckert mit dem Aufgebot seiner gesamten Mannschaft gegen das „Verschwörernest" vor, umstellte es sorgfältig und „stürmte" dann die Eingänge. Drinnen hatte die erfolgte Meldung von seinem Anrücken ganz unmotiviert einen panischen Schrecken hervorgerufen. Statt ruhig sitzen zu bleiben und die Unterhaltung an den einzelnen Tischen fortzuführen, wie es sonst geschah, sprang alles auf, stürzte zu den Türen und Fenstern und lief oder sprang geradeswegs den von Beckert aufgestellten Posten in die Arme. Diese Flucht gab Beckert den willkommenen Anlass, eine grössere Anzahl der Anwesenden festzunehmen. Doch musste er sie natürlich, da es sich um reine Privatangelegenheiten gehandelt

hatte, nach Feststellung der Personalien sämtlich unbehelligt vom Schlachthoflokal nach Hause gehen lassen. Nur Liebknecht, der eine lange Reise hinter sich hatte und sehr müde war, hatte das Vergnügen, die Nacht und den halben folgenden Tag in den ungastlichen Räumen des Polizeiarresthauses zubringen zu dürfen. Unglücklicherweise hatte Liebknecht noch den Brief bei sich, in dem Götze zu dieser Sitzung einlud, und obwohl ihn Liebknecht auf dem Gange nach der Polizeiwache in kleine Stückchen zerriss und hinter sich warf, gelang es doch der Polizei, noch soviel davon zu retten, dass sie Götze als Einberufer ermitteln und mit 20 Mark Geldstrafe belegen lassen konnte.

Ein Schritt vom Lächerlichen zum Tragisch-Erhabenen! Streitigkeiten in Schlosschemnitz und andere Parteiangelegenheiten hatten eine vertrauliche Zusammenkunft der Genossen notwendig gemacht, die am 12. Juni 1886 im Restaurant zum „Heiteren Blick“ in der Limbacher Strasse stattfand. Ganz überraschend wurden die anwesenden 13 Genossen von 5 Kriminalbeamten überfallen und festgenommen. Otto Böttcher, der gerade die Monatsrechnung vorgelesen hatte, steckte das Papier, das er auf andere Weise nicht mehr fortschaffen konnte, in den Mund und schluckte es, wenn auch mit einigen Beschwerden, hinunter. Beim Genossen Wilhelm Götze aber fand man ein Notizbuch, in dem eine Reihe von Genossen aufgezeichnet standen, die rote Strümpfe gekauft hatten. Die Verhafteten wurden zur Hälfte nach der Hauptwache, zur Hälfte nach der Schlosswache transportiert, aber nach gründlichster Durchsuchung am frühen Morgen wieder entlassen, da sie übereinstimmend verabredetermassen ausgesagt hatten, sie hätten einen Konsumverein gründen wollen. Nur Götze wurde in Haft behalten, und an der Hand seines Notizbuches schon am frühen Morgen bei allen darin Verzeichneten gehaussucht. Nur ein Teil von ihnen hatte von den inzwischen entlassenen Genossen rechtzeitig benachrichtigt werden können, da diesen Kriminalbeamte nachgeschickt wurden, die aufpassten, dass sie geraden Wegs nach Hause gingen. Das Sonderbare ist nun, dass diese „roten Strümpfe“ diesmal wirklich rote Strümpfe und keine „Sozialdemokraten“ waren. Ein Parteigenosse in Einsiedel, der sonst stets seine Pflicht getan hatte, hatte in grosser Not geringe Summen Parteigeldes für sich verwandt,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

und um ihm die Möglichkeit zu geben, den Schaden wieder zu ersetzen, hatten eine Anzahl von Genossen ihm einen Posten roter Strümpfe abgekauft, die er in seinem Heimarbeitsbetrieb hergestellt hatte. Aber natürlich waren die Abnehmer eben jener engere Kreis von Genossen, bei denen auch am ehesten etwas sozialistengesetzlich Anstössiges gefunden werden konnte, und so trugen denn diese Haussuchungen reichere Frucht als alle früheren Massnahmen der Polizei. Eine grössere Anzahl von Genossen konnte der Verbreitung verbotener Schriften überführt und verurteilt werden, darunter der aus Stollberg hierher gekommene, in hervorragendem Masse mitarbeitende Genosse Otto Leander zu drei Monaten. Götze selbst wurde nach einiger Zeit aus der Untersuchungshaft entlassen, und da die anderen mit ihm festgenommenen oder in seinem Notizbuch aufgeschriebenen Genossen als Zeugen darüber geladen waren, ob sie den „Sozialdemokrat“ von Götze bezogen hätten, so versuchte man auf einer Konferenz in Grüna sich darüber zu einigen, wie man die Aussage einrichten solle. Götze selbst hatte bereits in der Voruntersuchung zugeben müssen, dass er den „Sozialdemokrat“ verbreitet habe und empfahl eindringlich, dass alle Genossen zugeben sollten, das Blatt durch ihn bezogen zu haben. Andere, besonders Karl Riemann, rieten, die Aussage lieber zu verweigern, mit der Begründung, dass man sich sonst selbst einer Straftat bezichtigen müsse. Sie fürchteten, dass sonst die Aussage die Unterlage für die Einleitung eines grossen Geheimbundprozesses abgeben könnten. Zu einer Entscheidung kam es nicht, man wollte vielmehr am Tage vor dem Prozess — Götze war inzwischen wieder in Untersuchungshaft genommen worden — noch einmal in einer Wirtschaft bei Hussmann zusammenkommen. Als man sich dort versammelte, war die Polizei schon da, und es blieb nichts weiter übrig, als ohne ein Wort der Verständigung wieder auseinanderzugehen. Am Verhandlungstage ereignete sich das Unglaubliche, dass drei der Zeugen trotz aller Vorhaltungen dabei blieben zu leugnen, dass sie von Götze den „Sozialdemokrat“ bekommen hätten, während Götze selbst das schon angegeben hatte und auch die anderen Zeugen es bekundeten. Offenbar hatten die drei Genossen sich durch die unter dem Ausnahmegesetz allgemein übliche Taktik, vor Gericht überhaupt nichts zuzugeben,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

allzuweit fortreissen lassen. Die notwendige Folge war ein Meineidsprozess, in dem der Genosse Albin Reichelt zu 1½ Jahren, die Genossen Schirmhändler Reichel und Dörr zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Unzweifelhaft wäre es aber zu dieser Verurteilung nie gekommen, wenn nicht der Untersuchungsrichter Irmer, ein missgestaltetes Scheusal, es stets direkt darauf angelegt hätte, unsere Genossen meineidig zu machen. In der Voruntersuchung leistete sich dieses Ungeheuer gegenüber dem Schirmmacher Reichel die liebevolle Bemerkung: „Den Eisendreher K. Riemann bringe ich noch an den Galgen!“ Auch der Strafkammervorsitzende Jaspis, ausgezeichnet durch eine bunte Riesennase in Faustgrösse, und der Staatsanwalt Böhme, der später nach rascher Karriere Leipzig beglückte, haben sich in jenen Zeiten den bitteren Hass der verfolgten Proletarier zugezogen.

Am gleichen Tage, an dem das Zuchthausurteil gefällt wurde, konnten die Chemnitzer Genossen eine Reihe hervorragender Parteiführer in Empfang nehmen, die 6 Monate im „Roten Turm“ in Chemnitz zugebracht hatten. Es waren die Opfer des Chemnitz-Freiberger Sozialistenprozesses aus den Jahren 1885 und 1886. Auf der Rückkehr vom Kopenhagener Parteitag 1883 waren an verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins eine Anzahl Genossen verhaftet worden, die mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse ihre Seereise etwas verzögert hatten. Man versuchte zunächst beim Reichsgericht ein Hochverratsverfahren gegen sie anhängig zu machen, doch lehnte die Reichsanwaltschaft es ab, ohne irgendwelches einigermassen beweiskräftige Material die Anklage zu betreiben. So kam man auf eine Geheimbundsanklage und wählte sich zur Verhandlung ein sächsisches Gericht, weil in Preussen ähnliche Anklagen schon mehrfach gescheitert waren. Zunächst wollte man das Leipziger Landgericht mit der Verfolgung betrauen, aber auch die dortige Staatsanwaltschaft versprach sich von der Anklage keinen Erfolg und lehnte das Einschreiten ab. In dem Oberstaatsanwalt Schwabe in Chemnitz fand endlich die preussische Polizei und der sächsische Justizminister Abeken ein williges Werkzeug, und wie man Leipzig als Wohnort Bebels (Borsdorf) zum zuständigen Gericht hatte erklären wollen, so konnte man die Verhandlungen ja auch nach Chemnitz legen, da Vollmar in Mittweida seinen Wohnsitz hatte. Anklage wurde erhoben

gegen Vollmar, Bebel, Dietz-Stuttgart, Auer-Schwerin, Frohme-Hanau, Ulrich-Offenbach, Viereck-München, den Gastwirt Philipp Heinrich Müller aus Darmstadt und den Schneider Stefan Heinzel-Kiel. Das Anklagematerial bestand, abgesehen von ungeschickten Aeusserungen Heinzels, die dieser wieder zurückgenommen hatte, in einer ganzen Unzahl von Notizen aus dem „Sozialdemokrat", in denen von der Organisation der Partei die Rede war. Insbesondere auch die Hinweise auf die sächsischen Landesversammlungen mussten dazu dienen, das Vorhandensein einer Organisation zu beweisen, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden und die deren Anordnungen durchkreuzen solle. Demgegenüber erklärten in der Verhandlung Bebel und Auer, denen die übrigen Angeklagten übertragen hatten, das Wort zu führen, dass die Partei zwar nach wie vor bestehe und dass der geistige Zusammenhang unter den Genossen aufrecht erhalten sei, leugneten aber entschieden das Vorhandensein einer allgemeinen zentralen Organisation. Vertrauensmänner seien die Genossen, die schon vor dem Sozialistengesetz die Organisation geleitet oder sich sonst hervorgetan hätten und an die man sich in allen Parteifragen zunächst wende. Um die Art des Zusammenhanges unter den Parteiangehörigen zu charakterisieren, bemerkte Bebel auf eine Frage des Vorsitzenden:

„Es besteht ein Zusammenhang. Bestünde er nicht, dann würden wir ihn schaffen. Das beweist aber noch keineswegs die Unterhaltung einer geheimen Verbindung. Es würde mir z. B. ein leichtes sein, morgen abend hier in Chemnitz eine Versammlung von 3000 Personen zustande zu bringen, und zwar ohne die geringste Zeitungsanzeige, und ohne dass die geringste Organisation besteht. Ich brauche bloss die Absicht laut werden zu lassen, morgen abend in einer Versammlung zu reden und wie ein Lauffeuer würde sich diese Nachricht durch alle Fabriken verbreiten."

Im übrigen bot die Verhandlung politisch wenig Bemerkenswertes, da die Anklagebehörde sich bemühte, den Prozess auf dem rein formal juristischen Gebiete zu halten und unsere Genossen natürlich keinen Anlass hatten, darüber hinauszugehen. Die Anklagerede des Oberstaatsanwaltes beschränkte sich denn auch auf etwa folgenden Gedankengang:

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

„Bebel sagte selbst, dass nach Zertrümmerung der geschlossenen Organisation die Genossen doch noch vereinigt blieben. Es ist auch anzunehmen, dass Männer, die mit solcher Energie und Intelligenz ausgestattet sind, die schwer errungene Organisation nicht preisgeben werden. Man sieht ja auch im allgemeinen die Entwicklung dieser Organisation, obwohl wir über die Einzelheiten derselben keine Klarheit besitzen und nicht wissen, was dort unten gebraut wird. Wir wissen aber, dass die Führung dieser neuen Organisation von einer aus den Reichstagsabgeordneten zusammengestellten Parteileitung gebildet wird, welche mit den weitgehendsten Machtvollkommenheiten und mit dem Mandat zur Fassung bindender Beschlüsse betraut ist. Die Fälle, wo Bescheinigung eines Beamten oder Vertrauensmannes verlangt werden, zeigen, dass eine feste Gliederung und ein Beamtentum existiert, welches sogar feste Besoldungen erhält. Die neue Organisation hat Kongresse und Landesversammlungen, gewissermassen die Blüten einer festgegliederten Verbindung. Charakteristisch sind in dieser Beziehung die Kongresse zu Wyden und Kopenhagen."

Demgegenüber führte der Verteidiger Otto Freytag aus, dass es sich bei all den angeführten Stellen und Einrichtungen um rein ideelle Zusammenhänge handele, dass es fest angestellte Beamte seit Beginn des Ausnahmegesetzes nicht mehr gebe, und dass alle Parteibeiträge durchaus freiwilliger Natur seien. Im übrigen glossierte er die Sonderbarkeit des Verfahrens, die Verlegung des Prozesses aus Preussen heraus in eine an dem Fall fast gänzlich unbeteiligte sächsische Stadt. Seine Ausführungen ergänzte der berühmte fortschrittliche Verteidiger August Munckel durch den Hinweis auf die ungeheuerlichen juristischen Konsequenzen einer etwaigen Verurteilung. Seien die Landesversammlungen und Kongresse das Organ einer geheimen Verbindung, so müssten ihre sämtlichen Teilnehmer unter Anklage gestellt werden. Ausserdem hätte die Polizei die Pflicht, diese Verbindung nicht zu dulden, sondern sie aufzulösen, was ihr wiederum unmöglich sei, da sie eine solche Organisation ja eben nicht kenne und niemanden wisse, an den sie das Verbot richten könne. Das am 7. Oktober verkündete Urteil — Vorsitzender Landesgerichtspräsident Brückner — lautete auf Freisprechung. Zu einer Verbindung sei Voraussetzung eine die Willensfreiheit einschränkende Erklärung oder Zusage, auf der die Zugehörigkeit zur Organisation beruhe. Dafür, dass eine solche hier gegeben sei, sei aber der Beweis nicht er-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

bracht. Die freiwilligen Beiträge und die Konferenzen und Kongresse seien zwar Aeusserungen des politischen Parteilebens, bewiesen aber nichts für das Bestehen einer Verbindung innerhalb der Partei. Solche Versammlungen hielten auch andere Parteien ab, ohne dass sie ihre Angehörigen durch eine Verbindung innerhalb der Partei organisiert hätten.

Gegen das Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein, weil es sich ja in der Tat um den guten Ruf der sächsischen Justiz handelte, dass sie zu allen Rechtsauslegungen gegen Sozialdemokraten bereit war. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob schon am 23. Dezember das Chemnitzer Urteil auf und verwies den Prozess zu erneuter Verhandlung an das Freiberger Landgericht. Es ging dabei von der Anschauung aus, dass eine ausdrückliche Willenserklärung nicht nötig sei, um einer Verbindung anzugehören, sondern dass konkludente Handlungen dazu genügten, die Annahme des Beitritts zu rechtfertigen. So kam denn der Prozess am 26. Juli 1886 zu erneuter Verhandlung vor das Freiberger Landgericht, das nun endlich der Polizei die geforderten Dienste leistete. Die trefflichen Richter, die hier ihren Namen durch unparteiische Gerechtigkeit erhöhten, waren der Landgerichtsdirektor Vollert und die Landgerichtsräte Oeser, Riebold, Dr. Gosian und Jacob. Ankläger und Verteidiger waren die gleichen wie im Chemnitzer Prozess. Auch die Verhandlung wich von der Chemnitzer nur insofern ab, als ein neuer Polizeizeuge, der Kriminal-Oberwachtmeister Döbler aus Leipzig, der mit vielen anderen Polizeigrössen der Chemnitzer Verhandlung beigewohnt hatte, vernommen wurde und die organisierte Verbreitung des „Sozialdemokrat“ in Leipzig schilderte. Das rasch gefällte Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis für Bebel, Auer, Vollmar, Viereck, Frohme und Ulrich und auf 6 Monate Gefängnis für Dietz, Müller und Heinzel und wurde mit der kühnen Deduktion des Reichsgerichts begründet, dass aus den Handlungen der Angeklagten auf das Bestehen einer geheimen Organisation und ihre Zugehörigkeit zu dieser geschlossen werden müsse. Die sächsische Justiz hatte ihre Schuldigkeit getan, und die Partei antwortete darauf, indem zum Trotz die Einladung zum St. Gallener Kongress von den Fraktionsmitgliedern mit Namen unterzeichnet wurde.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Diese grossen Prozesse sind indessen nur der Rahmen, den eine Unmenge von Lappalienanklagen füllen. Ganze Stösse von Akten sind noch heute vorhanden, in denen allerlei vereinsgesetzliche Uebertretungen bald in den Fachvereinen, bald in den politischen Verbänden abgehandelt und abgeurteilt wurden. Besonders die Zulassung von Minderjährigen zu den Vereinen und Versammlungen gab fortwährend Anlass zu polizeilichem Einschreiten, Strafverfügungen und Verurteilungen. Bis zum Herbst 1884 hatte sich die Polizei nie um das Alter der Versammlungsteilnehmer oder Vereinsmitglieder gekümmert. Die „junge Garde“ der siebziger und ebenso die der achtziger Jahre hatte ungestört allen Versammlungen beiwohnen, sich in allen Vereinen betätigen können. Erst kurz vor der Reichstagswahl von 1884 wurde das anders; jetzt forderte plötzlich die Polizei, dass in Wahlversammlungen nur wahlfähige Männer erscheinen, bei politischen Vereinen nur grossjährige Personen eingeschrieben werden dürften. Die Neuerung traf die „junge Garde“ schwer, und die Uebertretung der neuen Polizeivorschriften hatte manches Strafmandat zur Folge. Am härtesten verfuhr man im ersten Fall der Zuwiderhandlung: der Weltwirtschaftsverein und der Fachverein der Metallarbeiter bekamen wegen der Zugehörigkeit des jugendlichen Bruno Mehnert eine Strafverfügung über je 60 Mark. In späteren Fällen wurde ein solches „Verbrechen“ mit 30 Mark, 20 Mark und zuletzt 10 Mark gesühnt. In den Versammlungen war die Polizei darauf angewiesen, den Erschienenen vom Gesicht abzulesen, wie alt sie seien. Dabei fiel sie natürlich oft arg hinein. So wurde sie z. B. einmal im „Elysium“ kräftig ausgelacht, als sie den mindestens dreissigjährigen Genossen Weber Walther durchaus nicht als wahlfähig gelten lassen wollte. Aber noch ärger trieb es die Polizei mit dem Versammlungsrecht. Die Zahl der verbotenen Versammlungen war Legion. Insbesondere wurden fast alle Vorträge von Leipziger oder Berliner Ausgewiesenen von vornherein untersagt. Der Verein zur Belehrung über Volks- und Weltwirtschaft wurde aufgelöst und an seine Stelle trat in den Jahren 1885 bis 1887 der Verein zur Förderung volkstümlicher Wahlen, 1888 bis 1889 der Volksverein, aus dem nachher der Sozialdemokratische Wahlverein hervorging. Dazwischen gab es einen Arbeiterwahlverein und andere derartige Vereinigungen, deren gewöhn-

lich zu gleicher Zeit zwei bestanden, die eine in Tätigkeit, die andere als Reserve, damit, wenn die erste aufgelöst wurde, die alten Mitglieder gleich einen Sammelpunkt in der neuen hatten. Zuweilen freilich folgten die Auflösungen einander so rasch, dass in der Stadt eine Organisation nicht mehr vorhanden war, und dann mussten die Parteigenossen den Organisationen beitreten, die etwa in den Vororten im Augenblick vorhanden waren, zumeist dem Wahlverein in Kappel.

Diese Vereinigungen waren jetzt umso unentbehrlicher geworden, als mit Schluss des Jahres 1885 die öffentliche Versammlungsagitation fast vollkommen aufhörte. Hatten die Versammlungsverbote und Vernehmungen sich in den Jahren 1884 und 1885 so gehäuft, dass unsere Genossen allesamt der Polizei erklärten, sie solle sich nicht mehr unnütz bemühen, man werde ihr in Zukunft keinerlei Auskunft, gleichviel worüber, geben, so gelang es nunmehr dem Druck der Behörden und Kapitalisten, der Sozialdemokratie alle grösseren Versammlungslokale in der Stadt selbst abzutreiben. Vom Jahre 1886 an steht unseren Genossen kein Saal mehr zur Verfügung; von 1889 bis über den Schluss des Ausnahmegesetzes hinaus nur der Saal des „Schützenhauses", und zeitweilig war auch der wieder in Gefahr, verloren zu gehen, weil die bürgerliche Presse sich nicht entblödete zu behaupten, dass der Verkehr der Sozialdemokraten in dieser Strasse die Wirte hindere, Mieter zu finden und den Preis der Häuser herabdrücke.

Zu den letzten öffentlichen Volksversammlungen, die im „Elysium" hatten stattfinden können, gehörte eine, in der die Genossin Guillaume, geborene Gräfin von Schack, gesprochen hatte. Eine Frauenversammlung, die sie eine Woche später in „Stadt London" abhalten sollte, wurde dann vom Polizeiamt der Stadt Chemnitz mit der folgenden schönen Begründung verboten:

„Die von Carl Riemann und Wilhelm Götze zum 7. September dieses Jahres (1885), abend 8½ Uhr, nach „Stadt London", hier, einberufene, am 5. September dieses Jahres bei dem hiesigen Polizeiamt angemeldete öffentliche Volksversammlung, in welcher Frau Guillaume geb. Gräfin von Schack über die gegenwärtige Lage der Arbeiterinnen in wirtschaftlicher Beziehung zu sprechen beabsichtigt, wird hiermit, weil die Einberufer der Versammlung notorischerweise nicht nur der sozialdemokratischen Partei angehören, sondern hier an der Spitze der sozialdemokratischen Be-

wegung stehen und zu den Hauptagitatoren dieser Partei gehören, weil ferner die Frau Guillaume geb. Gräfin von Schack nach ihrem Vorleben sowie nach ihrem Auftreten in der hier am 31. August dieses Jahres in der Restauration zum „Elysium“ abgehaltenen Volksversammlung und nach ihrem hiesigen Umgang mit anerkannt zu den eifrigsten Beförderern der Sozialdemokratie gehörenden Personen, als dem Tischler Theodor Bruno Mehnert und dem Schneider Benzin, sowie endlich nach ihren eigenen Angaben der sozialdemokratischen Partei angehört und somit die Annahme als vollständig gerechtfertigt erscheint, dass die zu Anfang erwähnte Versammlung zur Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen bestimmt ist, auf Grund § 9, Abs. 2 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.“

So gefährlich es der Chemnitzer Polizei nun auch erscheinen möchte, dass auch die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in den Befreiungskampf des Proletariats hineingezogen werden sollten, die in Chemnitz zahlreicher als irgendwo anders im Reiche in den Fabriken schaffen mussten — nach der amtlichen Zählung vom 1. Mai 1884 gab es in Chemnitz neben 18 008 männlichen bereits 8277 weibliche Arbeiter in insgesamt 453 Betrieben, davon 7136 Arbeiterinnen in der Textilindustrie und über 10 000 Arbeiter in der Metallindustrie —, verhindern haben die Feinde des arbeitenden Volkes sie doch nicht können! Die Frauenbewegung in Chemnitz greift bis auf das Jahr 1871 zurück. Vor dem grossen Metallarbeiterstreik hatte Most am 2. Oktober die erste grosse Frauenversammlung abgehalten, damit nicht die Arbeiterinnen ihre Männer vom Kampfe abhielten, und hatte wie stets eine begeisterte Anhängerschar geworben. Rednerisch betätigte sich bei den Frauen vor allem eine junge, auffallend hässliche Textilarbeiterin, Frl. Misselwitz, die den Vorsitz führte und die Versammlung mit den Worten schloss: „Lösen Sie Ihr Versprechen ein, das Sie heute gegeben haben, treten Sie zu Ihrem eigenen Schutze ein in die internationalen Gewerksgenossenschaften! Stimmen Sie ein mit mir in den Ruf: „Lieber den Tod, als in der Knechtschaft leben!“

Die nächste Frauenversammlung, die festzustellen ist, hat die sozialdemokratische Parteiorganisation am 11. September 1873 nach „Stadt London“ einberufen. Vor zahlreichen weiblichen Zuhörern sprach Richard Wolf über die

Behandlung der Frauen und Mädchen in den Fabriken und geisselte insbesondere die vierzehn- bis sechzehnstündige Arbeitszeit, die noch fast allgemein in Uebung war. Auf Antrag der Genossin Misselwitz, die während der ganzen siebziger Jahre sehr fleissig für die Partei gearbeitet hat — unter dem Ausnahmegesetz ging auch sie nach Amerika —, nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Da die heutige Produktionsweise und die dabei stattfindende Ausbeutung der Frauen und Mädchen energisch zu bekämpfen ist, haben diese die Pflicht, sich der Manufakturarbeiter-Gewerkschaft anzuschliessen."

Im Jahre 1875 hat Vahlteich vor einer grossen Versammlung über die Frauenemanzipation gesprochen und auf dem Gothaer Einigungskongress ist er dann in Gemeinschaft mit Max Kegel auch für die Aufnahme der Forderung des Frauenwahlrechts in das Parteiprogramm lebhaft eingetreten. Diese seit dem Ausnahmegesetz zerstörten Keime einer besonderen Propaganda unter dem weiblichen Proletariat wurden jetzt um die Mitte der achtziger Jahre aufs neue gepflanzt. Schon bei den ersten Wahlen unter dem Ausnahmegesetz hatten die Frauen der tätigen Parteigenossen fleissig helfen müssen, die Anschlagzettel tagsüber zu gummieren und auszuteilen, damit sie in der Nacht im ganzen Kreise angeklebt werden konnten. Besonders die Genossin Berta Riemann hatte ihrem Manne treulich zur Seite gestanden, und während er in der Fabrik schaffte, schreibgewandt eine Fülle schriftlicher Arbeiten für ihn erledigt. Jetzt kam auch die allgemeine Agitation unter den proletarischen Frauen wieder in Fluss. Frau Schack-Guillaume führte die Offenbacher Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen und das von ihr herausgegebene Blatt „Die Staatsbürgerin" hier ein, aus dem später die „Arbeiterinnen-Zeitung" und die „Gleichheit" erwuchsen. Die Zahl der aufgeklärten Frauen, die sich unter und nach dem Sozialistengesetz um Berta Riemann scharten, war freilich klein genug, aber sie genügte, um die Polizei als Hüterin der guten Sitte und der von Gott gesetzten weiblichen Untertänigkeit in Raserei zu bringen und von da an in sämtlichen Versammlungen der für politisch erklärten Vereine zum eifrigsten Nachschnüffeln zu veranlassen, dass ja keine Frau anwesend sei und ihr Charakter durch die Politik verderbt werde.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Auch sonst wurden die Vereine nach Möglichkeit schikaniert. Eine Massenanklage folgte der Auflösung einer Tischlerversammlung in „Stadt Köln“: während der Pause nach dem Referat hatte Wurst-Beckert die Auflösung ausgesprochen, die natürlich in der Unruhe für einen grossen Teil der Anwesenden verloren ging. Nach wenigen Minuten liess er alle im Saal Anwesenden oder zur Bezahlung der Zeche oder zur Mitnahme von Stöcken und Ueberröcken in den Saal zurückgekehrten Arbeiter aufschreiben und Anklage gegen nicht weniger als 79 Verletzer des Versammlungsrechts erheben. Die grosse Aktion ging aus wie der Leineprozess. Schon die erste Instanz sprach die meisten Angeklagten frei, und die übrigen zu 15 Mark Verurteilten erzielten die Aufhebung dieser Strafe in der Berufungsinstanz, da keinem von ihnen nachgewiesen werden konnte, dass er die Aufforderung zum Verlassen des Saales gehört habe und mutwillig in ihm geblieben sei. Nur einige Zimmerer, die sich beim Urteil der ersten Instanz beruhigt hatten, waren bei der Affäre zu Schaden gekommen — das Ansehen der Chemnitzer Polizei nicht, denn das konnte schon seit geraumer Zeit nicht mehr sinken.

Ein weiterer Auflösungsgrund war die Teilnahme von Nichtvereinsmitgliedern an Vereinsversammlungen. Mit der sächsischen Polizeihirnen eigenen Genialität hatten es Poltrack und Siebdrat herausbekommen, dass in Vereinsversammlungen auch kein Referent sprechen dürfe, der nicht Mitglied des Vereins sei. Die redenden Genossen mussten infolgedessen Mitglied in unzähligen Vereinen werden, bis schliesslich die Polizei auch das als einen Verstoss gegen die Vereinsstatuten inhibierte, dass ein Schneider Mitglied bei den Formern oder ein Redakteur Mitglied bei den Holzarbeitern werde. Danach ernannte man jeden Vortragenden bei Uebernahme eines Referats zum Ehrenmitglied des Vereins. Und auch auf diese Ehrenmitglieder verwandte die Polizei eine höllische Aufmerksamkeit. Es sind noch eine ganze Reihe von Verfügungen vorhanden, in denen die Organisationen mit Auflösung bedroht werden für den Fall, dass sich solch ein Ehrenmitglied noch einmal in die inneren Vereinsangelegenheiten mische.

Ebenso musste die Polizei auf die Redner in den öffentlichen Versammlungen dauernd die grösste Aufmerksamkeit

verwenden. Wurde doch z. B. eine Versammlung, in der der Dresdner Bankier Schuster, ein treuer Freund Bebels und der Partei in der schlimmsten Zeit der Verfolgung, sprechen sollte, deshalb verboten, weil der Referent sich über seine Befugnis zur Führung des Bankiertitels nicht ausgewiesen habe. Ebenso ging es bei einer Versammlung zu, in der Oberlehrer Manfred Wittich aus Leipzig sprechen sollte; sie durfte erst stattfinden, nachdem in der ganzen Stadt auf den Plakaten das Wort „Oberlehrer“ überklebt worden war. Nach diesen Mustern kann man ermessen, welche Schwierigkeiten den Wirten gemacht wurden, wenn sie den Arbeitern ihre Säle zur Verfügung stellten. Und diese brutale Schikanierung der Wirte blieb ja schliesslich das einzige Mittel, mit dem in diesem Kleinkrieg die Polizei Erfolge von einiger Dauer erzielen konnte.

Bei der weitgehenden Einschränkung der Versammlungs- und Vereinsfreiheit war es natürlich von der allergrössten Bedeutung, dass die Arbeiter wieder ein eigenes Blatt bekamen, wenn es auch technisch noch so bescheiden ausgestattet war und die Schreibweise noch so vorsichtig. Schon 1884 hatte der Schneider August Kühn den Versuch gemacht, ein neues Arbeiterblatt in Chemnitz ins Leben zu rufen, hatte aber die Zustimmung der Genossen zu seinem Projekt nicht erlangen können, und als er trotzdem zur Gründung schritt, Streit mit ihnen bekommen. Er musste das Blatt dann bald an Bruno Sommer verkaufen, der es seinerseits an die Annoncenexpedition von Voigt weitergab, ohne dass diese indessen es längere Zeit hätte halten können. Kühn ist verärgert abseitsstehend am 2. August 1893 in Chemnitz gestorben. Aussichtsreicher war das Angebot, das 1885 der alte Demokrat Theodor Sust und der Verleger C. G. Ludwig den Chemnitzer Parteigenossen machten. Sust gab in Glauchau den „Glauchauer Beobachter“ heraus, ein dreimal wöchentlich erscheinendes demokratisches Blatt, das die Unterstützung des Rechtsanwalts Schraps und einer Anzahl anderer wohlhabender alter Demokraten genoss, aber sich trotzdem nicht mehr recht behaupten konnte. Ludwig bot jetzt den Chemnitzer Genossen an, ein in seinem Verlag erscheinendes Blättchen mit dem „Beobachter“ zu verschmelzen und in verschiedenen Ausgaben für die einzelnen Wahlkreise erscheinen zu lassen. Für den 17. Wahlkreis wurde

der Titel „Beobachter“ beibehalten, in Chemnitz hiess es „Die Presse“, und zwei weitere Köpfe waren für den 19. Kreis und das obere Erzgebirge bestimmt. Im allgemeinen wurde bei dem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatt wohl nur der Titel geändert, während Text und Inserate im wesentlichen dieselben blieben. In einer langen und bewegten Konferenz, die bei Buschmann in Gablenz stattfand, stimmte die Chemnitzer Organisation dem Projekt zu, und Sust übersiedelte nach Chemnitz. Das Blatt, das bis zum Schlusse des Ausnahmegesetzes in seinen verschiedenen Ausgaben auf 6000 Abonnenten stieg, erwarb sich bei aller vorsichtigen Zurückhaltung um die Chemnitzer Arbeiterbewegung ebenso grosse Verdienste wie sein Redakteur. Denn der alte Sust, dem sehr zu statten kam, dass er der Partei offiziell nicht angehörte — den formellen Beitritt vollzog er im Einverständnis mit den Genossen erst vor der Reichstagswahl 1887 — wurde bald ein unermüdlicher Versammlungsredner, der ausserordentlich viel zur Ausbreitung der Arbeitervereine beitrug. Wir besitzen das Protokoll des Ortsvereins Altendorf von seiner Neugründung im Jahre 1885 an fortgeführt bis zur Gegenwart. Wir sehen, wie ursprünglich der Verein alle Einwohner des Ortes ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit aufnahm, damit auf diese Weise nur die Arbeiter Gelegenheit bekamen, einmal zusammenzukommen und allgemeine Fragen miteinander zu besprechen; dann beginnt allmählich Sust mit ausserordentlicher Sachkenntnis Vorträge über Fragen der Gemeindepolitik zu halten oder die Arbeiterversicherungsgesetze zu erläutern. Bei irgendeiner Gelegenheit — in Altendorf bei einem Fest, bei dem Franz Hofmann seine Proletarierlieder sang — treten alle die bürgerlichen Mitglieder aus, und die Vereine bildeten sich alsbald immer offener und zielbewusster zu den örtlichen Parteiorganisationen um. Sie geben dabei der Polizei möglichst keine Gelegenheit zum Eingreifen, und diese bemüht sich auch nicht besonders darum, einen Anlass dazu zu finden, da die Erfahrung sie gelehrt hat, dass solche Arbeitervereine nachwachsen wie die abgeschlagenen Köpfe der lernäischen Hydra. In dieser Weise haben sich in allen Industrievororten von Chemnitz unter dem Ausnahmegesetz die Parteiorganisationen entwickelt und fast durchgängig auch bedeutenden Einfluss auf die Gemeindeangelegenheiten erreicht, während

in der Stadt selbst unsere Stimmenzahl bei den Stadtverordnetenwahlen nicht recht wachsen wollte. Diese Ueberlegenheit des Landes in Verein mit der Schwierigkeit, Vertreter der Landgemeinden vor allen wichtigen Entscheidungen für den Kreis zu Rate zu ziehen, führte insbesondere nach dem Landtagswahlsiege in Chemnitz-Land und der gleichzeitigen Niederlage in Chemnitz I zu tiefen Zerwürfnissen, die schliesslich ihren Ausdruck darin fanden, dass Chemnitz-Stadt und Chemnitz-Land zwei vollkommen getrennte Verbände bildeten, die erst nach wiederholten Konferenzen in Berbisdorf und Euba wieder vereinigt wurden. Auch der Zwist mit der Richtung Fromm-Sommer frass immer tiefer und fand eine Art offizieller Anerkennung dadurch, dass beide Gruppen unabhängig von einander den „Sozialdemokrat“ bezogen. Erst 1886 legte Götzes Gewandtheit den Konflikt einigermassen bei. Das Zusammenarbeiten bei wichtigen Anlässen wurde durch diese Streitereien nicht gestört, wohl aber gab die Erörterung der Zwistigkeiten und die doppelte Arbeit der Polizei auch doppelte Chancen, etwas zu erfahren, und vergrösserte dadurch die mit der Existenz des Ausnahmegesetzes verknüpften Gefahren. So ist die Trennung ein Ausdruck der Sorglosigkeit und Unbekümmertheit um die Polizei, die sich der Genossen gegen Ende des ersten Jahrzehnts des Ausnahmegesetzes bemächtigt hatte. Nach der übertriebenen Furcht der ersten Jahre war jetzt das gerade Gegenteil eingetreten: man nahm das Gesetz und seine Handlanger nicht mehr recht ernst. Es wurde ein Hauptspass, die Polizei in den April zu schicken, sie mit allerhand Witzchen zum besten zu haben. Aengstlich schlich man mit einem grossen Paket unter dem Arm an der Polizeiwache vorbei, und sowie ein Schutzmann danach zu äugen anfing, welche verdächtige Ladung da wohl wieder transportiert würde, fing man aus Leibeskräften an, davonzulaufen. Nun machte sich natürlich die gesamte verfügbare Polizeimannschaft auf die Verfolgung, und wenn sie schweisstriefend den Verdächtigen eingeholt hatte, enthüllte sich aus dem Paket ein Hobel, eine Bibel oder irgendein anderer unanfechtbarer Gegenstand. Allerhand Ulk verband man auch mit den grossen Sommerausflügen, die vom Jahre 1886 an regelmässig in Gemeinschaft mit dem 19. Wahlkreis nach den Greifensteinen gingen. Die Einladungskarten verhöhn-

ten mit grober Satire die Polizei, und der ganze Verlauf des Ausfluges war auf den gleichen Ton gestimmt. So lauteten z. B. einige Ausflugsprogramme:

Grossartige Einladung
zum
kolossalen Ausflug nach Einsiedel
Sonntag den 10. August 1884
Chor der Rache.

Tagesordnung:
½2 Uhr: Abmarsch von Baumanns Menagerie und Milchgarten.
½3 Uhr: Versteuerung des mitgeführten Rindviehs an dem Chausseehaus zu Erfenschlag.
Teilnehmer mit roten Abzeichen haben Vorsicht zu beobachten.
¼4 Uhr: Ankunft auf dem Festplatz. Ungeheurer Empfang von der ganzen Bevölkerung.
Vorführung einer Truppe Zulukaffern. Dieselben werden sich unter der Menge bewegen und dürfen nicht gereizt werden.
6 Uhr: Anschneiden der grossen Wurst, verbunden mit Festrede.
Abends: Rückmarsch. (Für persönliche Sicherheit ist gesorgt.)

Und zwei Jahre später:

Gnädige Einladung
der
wahren Jünger für rote Mission
aus Nr. 19
zu einer grossen
Wall- und Pilgerfahrt, Sonntag den 4. Juli 1886
nach dem
weltberühmten granitköpfigen Greifenstein.

Am Schlusse des Programms der Veranstaltung heisst es dann: „Zur Wohlfahrt und Sicherheit aller wird die versteinerte Gräfin Greifenstein eine Schar Landsknechte hervorzaubern, die rot- und lichtscheu sind. Es wird aber gebeten, dieselben nicht zu stören, weil man sonst leicht in Ungnade der Gräfin fallen könnte.“

An diese Ausflüge schlossen sich dann mit schöner Regelmässigkeit Prozesse an, so an den eben erwähnten von 1886 eine Anklage gegen den Landtagsabgeordneten Geyer, den Redakteur Sust, Karl Riemann und Otto Böttcher, den Materialwarenhändler Noost, den Feuermann Zinke und den Eisenhobler Kragl wegen Mitführung eines roten Regenschirmes und Veranstaltung eines öffentlichen Auszuges ohne

obrigkeitliche Genehmigung. Schliesslich konnte man aber den Veranstalter des Ausfluges nicht feststellen und für den roten Regenschirm, aus dem Inventar des Genossen Schirmhändlers Reichel ein Familienstück, dessen Vorführung vor Gericht Stürme des Lachens entfesselte, mussten Gerechte und Ungerechte mit 15 Mark büssen. Ein andermal kostete ein ähnlicher Spass K r a g l, der die Verulkung der Polizei mit wahrer Leidenschaft als Sport betrieb, freilich einen Monat Gefängnis. Wie wenig ihm das aber die Laune verdarb, geht daraus hervor, dass er sofort nach seiner Entlassung wieder mit einem grossen leeren Koffer vor den Polizeiaugen herumspazierte und die Hüter der ausnahmegesetzlichen Gesetzlosigkeit zu einer ebenso wilden und verwegenen wie aussichtslosen Jagd nach verbotenen Schriften verleitete. Im nächsten Jahre führte man eine grosse Puppe mit, bestehend aus einem gewaltigen Kopf, zwei langen Armen und einem herabfallenden Kleid, die ein Chemnitzer Metallarbeiter namens Pfund sich übergestülpt hatte; da er nicht sehen konnte, führten ihn rechts und links Kragl und Balduin Schreiber, und während vom Balkon der Greifenstein-Schenke herab die benachbarten Ortsgewaltigen den Revolutionszug betrachteten, fuhr ihnen die lange Puppe mit einer höflichen Verbeugung ins Gesicht. Das gab natürlich wieder ein hochnotpeinliches Verfahren wegen Beamtenbeleidigung, aber diesmal hatte man es ganz schlau angestellt, dass keine Verurteilung erfolgen konnte. Pfund hatte nachweisbar nicht sehen können, vor wem er sich verbeugte, und Kragl und Schreiber stritten erbittert ab, dass sie ihm das Zeichen zu einer solchen Verbeugung gegeben hätten, wobei jeder die Schuld auf den anderen schob. Verurteilt wurde vom Amtsgericht Ehrenfriedersdorf nur Balduin Schreiber, die übrigen Angeklagten, auch Karl Riemann und der Brunnenbauer Türk, wurden sofort freigesprochen; Schreiber wurde seine Strafe in der Berufung von dem Chemnitzer Landgericht los. Nur Kragl musste drei Tage Haft wegen Ungebühr vor Gericht absitzen, weil er den Richtern irgendein Ausweispapier nicht höflich überreicht, sondern mit einer alles andere als Hochachtung ausdrückenden Gebärde auf den Tisch geworfen hatte. Eine Spezialität der Chemnitzer Polizei blieb, solange Beckert bei ihr das Regiment führte, die Verfolgung des harmlosen Wortes „Wurst“. In Uhligs Restaurant „Zum

Forsthaus“ verhaftete Beckert selbst einmal den Genossen Buchbindermeister Müller, weil er bei der Kellnerin Brot und Wurst bestellt hatte. Da Müller auf der Polizeihauptwache nicht gestehen wollte, dass er mit der „Wurst“ nur Beckert habe sticheln wollen, liess man ihn freilich wieder zum Verzehr seiner Wurst in das Lokal zurückkehren. Aber des früheren Leinewebergesellen Beckert Abneigung gegen oder Vorliebe für dieses Nahrungsmittel blieb unüberwindlich.

Mitten in diese vergnügte Stimmung, die das Ausnahmegesetz und die Polizeiverfolgung mehr und mehr zu einer Vogelscheuche und zum Kindergespött machte, platzte die Reichstagsauflösung und die Faschingswahl von 1887 hinein. Schon seit geraumer Zeit waren die Chemnitzer Genossen auf ein paar ganz dürftige, versteckte Kneipen beschränkt, und selbst dort wurden sie meist ausgewiesen oder garnicht erst eingelassen, sobald sie als Sozialdemokraten erkannt worden waren. Eine Zeitlang fand man in „Stadt Weimar“ in der Unteren Georgstrasse Aufnahme, dann musste man weiterwandern zur „Vogtländischen Bahn“ in der Fritz-Reuter-Strasse, immer weiter nach dem Restaurant Rottluff in der Bretgasse, und während des Wahlkampfes von 1887 stand nur der „Taubenschlag“ in der Hospitalgasse zur Verfügung. Irgendwelche Debatte in den gegnerischen Versammlungen wurde nicht zugelassen, und die Flugblatt-Agitation versagte gegenüber den Unmengen gedruckten Papiers und den einschüchternden Bildern, mit denen die „nationalen“ Parteien die Wähler überschütteten. Ihr Kandidat war der Kommerzienrat Claus, dessen Persönlichkeit von seinen Wahlmachern in alle Himmel hineingelobt wurde, während man Geiser der grössten Gleichgültigkeit gegenüber den Aufgaben des Parlaments zieh, ein Vorwurf, der g a n z unberechtigt nicht war. Entscheidend aber wirkte die Parole, dass die Wahl von Claus den Frieden, die von Geiser den sofortigen Kriegsausbruch bedeute. Je friedliebender die Arbeiterschaft war, desto mehr musste diese Aussicht bei ihr verfangen. Als Beispiel für die Agitation bei diesen Faschingswahlen sei das Flugblatt abgedruckt, mit dem zuletzt die Kartellparteien — die Freisinnigen waren längst ausgestorben und wussten es selber kaum — auf den Wählerfang ausgingen. Es lautet:

An die Wähler!

116 Millionen Franken hat die französische Deputiertenkammer jetzt als erste Extraausgabe für das Kriegswesen und die Marine ohne Debatte zu den jährlichen Heereskosten bewilligt! Um 30 Millionen, die der deutsche Reichstag auf sieben Jahre zu verwilligen sich weigerte, musste er aufgelöst werden!! Graf Moltke sagte im Reichstag am 11. Januar (Wortlaut nach stenographischer Niederschrift): „Würde die Forderung der Regierung abgelehnt, meine Herren, dann glaube ich, **haben wir den Krieg ganz sicher.**“ Trotzdem lehnen Geiser und seine Genossen die Forderung der Regierung ab und verweigern jeden Groschen!!

Wer den Krieg will, wähle Geiser!

Wer den Frieden will, wähle Claus!

Ströme von Blut kostet auch ein glücklich geführter Krieg, ein unglücklicher aber bringt unsägliches Elend. Tretet ein für den Frieden: Wählt Claus! Fürst Bismarck sagte im Reichtag (Wortlaut nach stenographischer Niederschrift): „Die Regierungen haben durch ihre Vorlage der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass die Wehrkraft des Deutschen Reiches so, wie sie augenblicklich beschaffen ist, dem deutschen Volke nicht diejenige Bürgschaft für die Verteidigung des Reichsgebietes gewährt, auf welche die Nation ein unverjährbares Recht hat. Diese Ueberzeugung der verbündeten Regierungen ist begründet durch das Urteil, durch das einstimmige Urteil aller militärischen Autoritäten in Deutschland.“ Trotzdem verweigern Geiser und seine Genossen das zum Schutze des Landes Nötige. Wer mit ihnen den Franzosen in die Hände arbeiten will, der wähle Geiser! Wer ein Deutscher ist, der wähle Claus!!

Lüge ist, dass die militärische Dienstzeit sich ändern solle, unsinnige Lüge. Septennat heisst nur Geldbewilligung auf sieben Jahre für das Heer, wie wir sie seither schon gehabt haben. Lüge ist, dass das Wahlrecht sich ändern solle. Bismarck hat das Wahlgesetz sein Kind genannt, das er vertrete und hat am 23. Januar die Erklärung abgegeben (Wortlaut nach stenographischer Niederschrift): „Ich gebe die Versicherung voll und unumwunden: Im Schosse der verbündeten Regierung ist von einer Anfechtung des gültigen Wahlrechts in keiner Weise die Rede.“ Wer dem deutschen Reichskanzler, unserem Bismarck glaubt, wähle Claus! Wer sich von den Lügen der Wortemacher beschwatzen lässt, wähle Geiser! Unser Kaiser, der so viel für Deutschland getan, hat seinem tiefen Schmerz über die Ablehnung der notwendigen Regierungsvorlage Ausdruck gegeben. Wer unserem neunzigjährigen Kaiser weh tun will, wähle Geiser! Wer das zu tun sich schämt, wähle Claus! Zeiget den äusseren Feinden, dass das deutsche Volk es noch vermag, den inneren Streit zur rechten Stunde einmal ruhen zu lassen

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

und sich zu erheben, einig und stark, den Frieden gebietend! Wählt Claus, den Mann unserer Heimat, den Mann unseres Vertrauens!

Darauf antworteten unsere Genossen, in der Sache ohne die nötige Vertiefung, in der Form viel weniger stark das Gefühl der Wähler bewegend:

Frecher Wahlschwindel der Reichstreuen!

Die sogenannten reichstreuen Parteien haben es nie genau mit der Wahrheit genommen. Soweit in der Lüge wie diesmal, haben sie es aber noch nie gebracht! Der Krieg stände vor der Tür, wenn nicht ihr Kandidat gewählt würde, behaupten sie, obgleich jetzt in den Regierungskreisen anerkannt wird, dass in nächster Zeit von keiner Seite ein Krieg droht und obgleich ein jedes Kind weiss, dass immer ein grosser Kriegslärm losbrach, wenn die Regierung von neuem grosse Geldsummen fürs Militär verlangte. Die Ablehnung des Septennats habe Fürst Bismarck zur Auflösung des Reichstages gezwungen, behaupten sie ferner immer noch, obwohl jetzt schon allgemein bekannt ist, dass Fürst Bismarck nur drei bis vier Tage hätte zu warten brauchen, um durch die endgültige Abstimmung der dritten Lesung nicht nur jeden Mann und jeden Groschen, sondern auch das Septennat bewilligt zu erhalten. Die Sozialdemokraten wollten Deutschland wehrlos machen, indem sie keinen Mann und keinen Groschen bewilligten, lügen sie, obgleich die Sozialdemokraten tausendmal bewiesen haben, dass sie durch Einführung des besten Wehrsystems, das es gibt, der allgemeinen Volksbewaffnung wie in der Schweiz, die Wehrfähigkeit Deutschlands bei viel geringeren Kosten noch viel höher entwickelt sehen möchten, als es jetzt der Fall ist. Wer Geiser wähle, der stimme für den Krieg, lügen sie weiter, obgleich er der einzig wahren Friedenspartei angehört, der Partei der friedlichen Arbeit und der Völkerverbrüderung. Geiser habe Chemnitz im Reichstag nicht genügend vertreten, lügen sie endlich wiederum und stellen in grundfalscher Beleuchtung ein paar namentliche Abstimmungen zusammen, obgleich sie wissen, dass die angeführten Abstimmungen nur einen sehr kleinen Teil aller Abstimmungen und den unbedeutendsten Teil der Tätigkeit eines Abgeordneten umfassen, und trotzdem Geiser diesen Vorwurf öffentlich als total unbegründet zurückgewiesen hat. Wähler! Diesem tollen Lügengewirr gegenüber geziemt sich nur eine Antwort: Eine riesige Stimmenmehrheit für Bruno Geiser, Redakteur in Breslau."

Der Wahlausgang entsprach der wüsten Boulangerhetze und der blossen Verteidigungsstellung, in die sich die Partei hatte drängen lassen. Zum letztenmal ging der 16. Wahlkreis der Sozialdemokratie verloren: Claus siegte mit 18 221

gegen 15 356 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war um fast 20 Prozent in die Höhe geschnellt und betrug rund 85 Prozent der eingeschriebenen Wähler. Wie einst 1878 ein bürgerliches Blatt geschrieben hatte: „Wenn es den bürgerlichen Parteien gelingt, alle trägen Philister an die Urne zu bringen, mag Herr Most sich nach einem anderen Kreise umsehen", so hatte noch einmal der Heerbann der trägen Philister, der Wahlfaulen und politisch Unwissenden über die klassenbewusste Arbeiterschaft gesiegt.

Milderte oder verschärfte es den Schmerz über den harten Verlust, dass in ganz Sachsen im wilden Tarantellatanz des Faschingskriegsrummels die Partei ihre Mandate eingebüsst hatte? Glauchau-Meerane war mit 4000 Stimmen, Stollberg-Schneeberg gar mit mehr als 6000 Stimmen Minderheit verloren gegangen, im 20. Wahlkreis und im 21. war unsere Stimmenzahl zurückgegangen und im 15. Wahlkreis, wo diesmal Wilhelm Liebknecht aufgestellt war, hatten die Gegner gar eine Mehrheit von über 8000 Stimmen!

Wie jede Niederlage, so spornte auch die auf der ganzen Linie verlorene Schlacht der Reichstagswahl 1887 die Genossen zu verdoppelter Tätigkeit an. Zahlreicher und stärker besucht werden die Konferenzen der Parteigenossen, und die Landesversammlungen werden von jetzt an dauernd in Chemnitz abgehalten. In der Not der Zeit waren die Wahlkreiszusammenkünfte in die entferntesten Schlupfwinkel gelegt worden. So hatte man in Ebersdorf, in Russdorf, einer altenburgischen Enklave, in Stelzendorf, beim „Eichhörnchen", in den „Sechs Ruten" im Glösaer Wald, in der „Barmühle" bei Borna von nachts 2 Uhr an und an zahlreichen anderen abgelegenen Stellen die Zusammenkünfte abgehalten. Bei Oswald Roscher in Berbisdorf, einem steinalten Lassalleaner, der 1893 im Alter von 91 Jahren gestorben ist, hatte man mehrfach geheime Zusammenkünfte ungestört durchführen können. Auch die Landeskonferenz für Sachsen, die der Vorbereitung der 1884er Reichstagswahl gedient hatte, war in der „Jagdschenke" in Stelzendorf als harmloser Stenographenklub unangefochten beieinander gewesen. Die Polizei hat nachher lange nach dem Stenographenklub gesucht, der in dem der Stadt Chemnitz gehörenden Etablissement getagt hat — „vergebens spähen wir umher, wir finden seine Spur nicht mehr, o jerum, jerum, jerum". Im nächsten

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Jahre war man dann in Altmittweida gewesen, 1885 tagte man in Russdorf bei Limbach, 1886 zum erstenmal bei Rendlers in Kappel. Damals hatte man noch alle Vorsichtsmassregeln beobachtet. Man hatte die Teilnehmer einzeln nach Bahnhöfen und Lokalen bestellt und nur eine winzige Anzahl von Einberufern mit dem eigentlichen Ort der Tagung vertraut gemacht. Jetzt konnte man dreister vorgehen: man meldete die Landesversammlung, die 1888 wiederum bei Rendlers in Kappel stattfinden sollte, einfach als eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins an, in der über das Thema: Reichs- und Landtagswahlen verhandelt werden sollte. So kam man am dritten Osterfeiertag 1888 dort zusammen und stellte ohne jede Störung die Reichstagskandidaten für die bevorstehende Rachewahl von 1890 auf, nur der 15. und 16. Kreis blieben einstweilen unbesetzt. Als Ueberwachender war in der Versammlung der Schutzmann Meckel, dem zunächst der starke Besuch garnicht auffiel und der erst stutzig wurde, als Kaden den Vorsitz übernahm und nacheinander Bebel, Geyer, Liebknecht, Stolle etc. in die Debatte eingriffen. Jetzt wollte er fort, um schleunigst Hilfe von einem seiner hohen Vorgesetzten zu holen, aber die Kappler Genossen, die zufällig in einem ganz dichten Kreis um ihn herumsassen, machten ihm klar, dass er sich strafbar machen würde, wenn er eine solche Versammlung verliesse, er könne ja als Ueberwachender garnicht weggehen, da in der Zeit, wo es an Polizeiaufsicht fehle, das grösste Unglück geschehen könnte. Und Meckel blieb bis zum Schluss sitzen, die Chemnitzer Polizeiobersten erfuhren erst nach Schluss der ganzen Zusammenkunft, mit welch leichter Mühe man sie hintergangen hatte. Von da an tagte einige Jahre hintereinander die Landesversammlung regelmässig im „Feldschlösschen“ in Kappel, auch unter dem Sozialistengesetz schon als Landesversammlung angemeldet. Die Polizei hatte auf weitere Störung Verzicht geleistet, sie wollte nicht von neuem gemeckelt werden.

Das „Feldschlösschen“ hatten sich die Kappler Genossen durch einen mit grosser Schärfe durchgeführten Boykott erobert: sie hatten den Wirt, einen gewissen Slesaczek, vor die klare Wahl zwischen Nachgeben und raschem Bankrott gestellt. Da war er mit seinem Bierbuch auf die Amtshauptmannschaft gegangen und hatte einer hohen „unparteiischen“ Behörde nachgewiesen, dass bei so geringem Bierumsatz,

Theodor Suft

Frau Guillaume geb. Gräfin v. Schack

Die Staatsbürgerin.

Organ für die Interessen der Arbeiterinnen

und der

Central-Kranken- und Begräbniß-Kasse für Frauen und Mädchen in Deutschland.

Erscheint wöchentlich einmal. Der Abonnementspreis beträgt per Quartal excl. Post-Aufschlag 75 Pfg.
Inserate werden mit 20 Pfg. per Petitzeile berechnet. Versammlungs-Annoncen kosten per Petitzeile 5 Pfg.

Die „Staatsbürgerin" ist in der Zeitungspreisliste im zweiten Nachtrag unter Nr. 5021a eingetragen.

Nr. 16. **Sonntag, den 18. April** **1886.**

Ein böser Feind der Arbeiterklasse.

Die gegenseitige Konkurrenz wird mit Recht von jedem denkenden Arbeiter als einer seiner schlimmsten Feinde angesehen, und durch seine Organisation versucht er dieselben aufzuheben, ihren verderblichen Einfluß zu bekämpfen. Gemeinsame-Verbind[illegible], welche die gemeinsamen [illegible] an ihre Stelle setz[illegible]

sich Arbeit zu suchen, ob sie wollen oder nicht, und diese Zustände könnten nur viel tiefer eingreifende Reformen ändern als z. B. das Arbeiterschutzgesetz, daß, so weit es die Frauen speziell betrifft, nur versucht die Wirkungen unserer wirthschaftlichen Verhältnisse zu unterdrücken, ohne die zugrundliegenden Ursachen zu berühren. Unsere [illegible] welche die [illegible] denen

mit jede ihr Auskommen und jede Arbeit hat; grade wie es die Männer schon machen. Genau dasselbe Verhältniß, das zwischen Arbeiter und Arbeiter, Arbeiterin und Arbeiterin besteht, besteht aber auch zwischen den beiden Geschlechtern, und daher ist es unumgänglich nothwendig, daß dieselben sich verbinden und sich gegenseitig unterstützen, anstatt sich als feindliche Konkur[illegible] zu betrachten [illegible]

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

wie er infolge des Boykotts habe, selbst der beste Patriot nicht bestehen könne. Und acht Tage darauf sprach Fritz Geyer zum ersten Male dort vor einer riesig überfüllten Versammlung. Der Saal ist uns nicht wieder verloren gegangen.

Leider liess sich in der Stadt der Kampf um Lokale nicht mit dem gleichen Nachdruck führen. Eine vom Wahlverein 1889 eingesetzte Kommission wurde, weil sie „unsittliche und dem Gesetz zuwiderlaufende Zwecke“ verfolge, aufgelöst und ihre Mitglieder, besonders Franz Hofmann und Eduard Zeissig für mehrere Wochen auf dem Kassberg eingesteckt. Zum ersten Male hatte in diesem Prozess ein sächsisches Gericht den Boykott für „groben Unfug“ erklärt, ein grober Unfug, der die Parteiarbeiten in ganz Sachsen später noch jahrelang störte. In solchen Dingen gehen die herrschenden Kreise von Chemnitz gern bahnbrechend voran. Aber der Boykott erwies sich in der Stadt auch nicht als wirksam genug, man blieb noch lange Jahre ohne genügende Lokale.

Eine viel schwierigere Aufgabe wurde hingegen im Chemnitzer Bezirk mit einem restlos glücklichen Erfolg gelöst.

Seit die Redaktion des „Sozialdemokrat“ nach London übergesiedelt war, stellten sich der Versendung der fertigen Zeitungen unüberwindliche Hindernisse entgegen. So wurde denn das Manuskript nach Nürnberg gesandt, wo Grillenberger die Matern anfertigen liess. Der Druck wurde dann einige Wochen lang in Altenburg, später in Burgstädt besorgt. In Burgstädt gab in dieser Zeit, seit dem Jahre 1885, Robert Walther, der frühere Herausgeber des Crimmitschauer „Bürger- und Bauernfreundes“, ein kleines demokratisches Blatt, die „Burgstädter Zeitung“, heraus. Die Druckerei befand sich in nächster Nähe des Marktplatzes im Zentrum des stärksten Verkehrs, lag aber hinter einem breiten Hof durch grosse Gärten vor unberufenen Augen geschützt. Hier wurden nun die Jahre hindurch wöchentlich 8000 bis 9000 Exemplare des „Schlips“ ausgedruckt und versandt. Nur ganz wenige Genossen hatten Grillenberger und Walther, ein ebenso verschlagener Kopf wie stets opfermutiger Genosse, ins Vertrauen gezogen. Es waren neben dem Mitbesitzer der Druckerei, dem Genossen Christian Köhler, die führenden Genossen von Limbach, voran der Vertrauensmann Gustav Semmler, seit Beginn des Ausnahmegesetzes ein unermüd-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

licher Arbeiter für die Partei. Ferner die Genossen Vieweg, Kalkhorst, Alban Landgraf und Emil Landgraf, der jetzige Geschäftsführer der „Volksstimme“. Selbstverständlich hatten die Chemnitzer Genossen die Parteileitung auf diesen Ausweg gewiesen, und die Korrespondenz und das gesamte Material gingen hier wie sonst meist durch die Hand von Karl Riemann und seine Frau. Besonders grosse Verdienste um die glatte Abwicklung der Transporte erwarb sich auch Genosse Albin L a n g e r, der seit Gründung seiner Volksbuchhandlung sich freier der Parteiarbeit widmen konnte. Auch ihn hatten bei den Attentatswahlen die Carius und Konsorten aus der Arbeit zu drängen gesucht, aber der Chef, ein Chemnitzer Stadtrat, hatte ihn nicht gemassregelt, sondern nur um grösste Vorsicht gebeten, damit er nicht noch mehr Ungelegenheiten bekomme. Jetzt konnte er sich in umfassender Weise den Parteigeschäften widmen, insbesondere auch einer besonders schwierigen Aufgabe, der Herbeischaffung der Matern, die natürlich nicht direkt nach Burgstädt geschickt werden konnten, sondern bald an diese, bald an jene Deckadresse kamen. Dort mussten sie dann abgeholt und, oft auf Rücken und Brust gebunden, unbemerkt an ihren Bestimmungsort gebracht werden. Eine Entdeckung wurde immer glücklich vermieden, selbst eines Tages, als Langer, mit den Matern umschnürt, in Altenburg den inzwischen dorthin versetzten „Wurst-Beckert“ auf der Strasse traf. Flugs machte er kehrt und stieg in ein Birkenwäldchen auf eine kleine Anhöhe, von der aus man den Bahnhof überblicken konnte, um festzustellen, dass unser alter Freund dort bereits auf der Lauer stand. Nun ging es hurtig zu Fuss nach dem Bahnhof in Schmölln, von wo aus die kostbare Fracht sicher nach Chemnitz und Burgstädt gebracht wurde. Langer hatte dabei den grossen Vorzug, dass bei ihm als Buchhändler die häufigen Reisen nicht weiter auffielen. In Burgstädt gab es dann wieder reiche Arbeit. Besass doch die Druckerei für ihre Schnellpresse noch keinen motorischen Antrieb, sondern musste mit der Hand gedreht werden. Manche Nacht hindurch haben die genannten Genossen den schweren Drehling herumgewälzt und manchen Schweisstropfen vergossen. Walther spionierte inzwischen vor dem Haus, in den Nachbarkneipen und sogar auf der Wachtstube herum, dass nicht etwa irgendeine verdächtige Bewegung

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

sich zeige. Die Fenster waren so sorgfältig verhängt, dass selbst Köhler, der im Vorderhaus wohnte, niemals auch nur das Geringste von der Arbeit gemerkt hat. In der Druckerei wurde mit der grössten Vorsicht geschafft. Jedes Stück Makulatur wurde sofort verbrannt, und wenn die Auflage ausgedruckt war, die Platten sofort eingeschmolzen. Dann galt es einen Weg zu finden, auf dem man die Zeitungspakete ungefährdet expedieren konnte. Die Adressen mussten möglichst immer mit verschiedener Hand geschrieben sein, und die Pakete reihum auf den Postämtern der nächsten Orte in nicht zu grossen Mengen aufgegeben werden. Dabei musste man, wenn man nicht bis Leipzig, Dresden oder Zwickau gehen konnte, sorgfältig darauf achten, dass sie nicht anderes Gewicht hatten als Wirkwaren, das einzige, was in diesen Orten in grossen Mengen fabriziert wurde. In einem Webereidistrikt wäre die Gewichtsfrage einfacher zu lösen gewesen, so aber musste man in die Pakete, je nach der Zahl der verschickten Exemplare, gewaltige Mengen Stroh oder Dachziegel und Schiefer hineinstopfen, um ein richtiges Verhältnis zwischen Umfang und Schwere herzustellen. Dann endlich konnte die Expedition vonstatten gehen. Zum Adressenschreiben und Packen der Blätter mussten eine grösere Anzahl von Genossen herangezogen werden, meist Arbeitslose, deren man ja im Winter an den Bauarbeitern genug hatte, im Sommer wohl auch Frauen zuverlässiger Parteimitglieder. Aber selbst diese ahnten selten, welchem Zweck ihre Arbeit diente; nur die Maurer Fritz Päplow, Bernhard Müller und noch einige wussten, worum es sich handelte, und waren eingeweiht. Sonst aber ist das Geheimnis von allen Beteiligten bis in die jüngste Zeit hinein aufs strengste bewahrt worden. Die unvermeidlichen Gefahren wurden noch stets glücklich vermieden. Eines Tages brachte Genosse Walther mit Geschirr nicht weniger als 25 Kisten „Sozialdemokraten“ — drei Nummern, deren Absendung sich verzögert hatte — nach Chemnitz in den „Anker“ an der Dresdner Strasse. Wer konnte die unterbringen?! Man liess sie schliesslich aufs Geratewohl bei einigen Webern und einem Bäcker in den Hausflur stellen, von denen man hoffen durfte, dass sie nicht denunzieren würden, und richtig ging nicht eine einzige Kiste verloren! Freilich kannte keiner den Inhalt und Besitzer der Kisten. Das gefährlichste war das

Zurückkommen unbestellbarer Pakete. Eine solche unbestellbare Sendung kostete dem Genossen Emil Landgraf seine Stellung als Werkführer in einer Textilfabrik. In einem anderen Falle kam durch ein solches an den Aufgabeort zurückkehrendes Paket auf komische Weise ein schwedischer Student in Mittweida in Ungelegenheiten. Der Amtsrichter, mit dem er in der Gesellschaft einen Streit gehabt hatte, wollte in der Adresse seine Handschrift erkennen und liess ihn sofort nach Chemnitz in Untersuchungshaft abführen. Unsere Genossen beeilten sich aber, sobald sie durch die Braut des Verhafteten von dem Vorfall Kenntnis erhielten, einige weitere Pakete, deren Adresse von derselben Person geschrieben war, wie die vorher beschlagnahmten, an Phantasie-Adressen abzusenden. Selbstverständlich kamen auch diese Sendungen wieder zurück, und da auch nun, wo der angebliche schwedische Sünder in Haft sass, solche polizeiwidrigen Pakete angehalten wurden, musste man natürlich den Verhafteten wieder freilassen. Er hat aber mit seiner Braut das ungastliche Deutschland auf dem raschesten Wege verlassen. So wurde unter mancherlei Abenteuern in Burgstädt der Druck des „Sozialdemokraten“ bis zum Fall des Ausnahmegesetzes fortgeführt. Die beteiligten Genossen konnten stolz zurückblicken auf eine ebenso tapfere wie gescheite Arbeit, die sie uneigennützig im Dienste der Gesamtpartei getan hatten. Ihr einziger Lohn dafür war die Genugtuung, dass Limbach von allen deutschen Orten prozentual die höchste Zahl Leser des „Schlips“ stellte und auch in Chemnitz seine Abonnenten ständig zunahmen und bedeutende Ziffern erreichten. Seit der Reichstagswahl von 1887 sind uns die Monatsabrechnungen der Chemnitzer Parteiorganisation erhalten, und für die Jahre 1889 und 1890 liegen sie vollständig vor. Wir entnehmen daraus, dass 1889 von Chemnitz nicht weniger als 1692,77 Mark für Abonnements des „Sozialdemokraten“ nach London geschickt wurden, während die Gesamteinnahme bereits die stolze Höhe von 5840,40 Mark erreichte. Es sind in der Tat unter dem Ausnahmegesetz von Anfang bis Ende an die Opferwilligkeit der Genossen Anforderungen gestellt worden, denen gegenüber der jetzige Zehn-Pfennig-Beitrag verschwindend gering erscheint.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Eine wesentliche Kräftigung erfuhr die Partei dadurch, dass sie in den letzten Jahren des Ausnahmegesetzes eine Anzahl von Genossen in Stellungen bringen konnte, in denen sie von der Unternehmerwillkür nicht mehr abhängig waren. Schon seit alter Zeit hatte das Konsumvereinswesen in Chemnitz festen Fuss gefasst. Der Allgemeine Konsumverein für Chemnitz und Umgegend bestand schon seit dem Jahre 1866, wo er von Arbeitern der Chemnitzer Aktienspinnerei unter dem Namen „Konsumverein des Aktienspinnerei-Personals“ mit 34 Mitgliedern begründet wurde. Die geistige Anregung dazu dürfte aus den Kreisen des alten Arbeitervereins gekommen sein, die ja fleissig die Selbsthilfe nach Schulze-Delitzschen Rezepten propagierten. Seine Beschränkung auf den engen Kreis einer Fabrik hat er bald aufgegeben, und schon im Jahre 1868 konnte er hier die Gründungsversammlung des Verbandes Sächsischer Konsumvereine willkommen heissen. Entgegen den Lassalleanern müssen Bebel und Liebknecht damals schon dem Genossenschaftsgedanken freundlich gegenübergestanden haben, da sie dem Programm dieser Tagung in ihrem „Demokratischen Wochenblatt“ einen beträchtlichen Raum eingeräumt haben.

Der Allgemeine Konsumverein ist Jahrzehnte hindurch von bürgerlichen Elementen verwaltet worden, hat aber stets auch zahlreiche Arbeiter zu Mitgliedern gehabt. Seit man den Chemnitzer Arbeitern die freie politische Tätigkeit zerstört hatte, hatten sie sich wie alle sächsischen Genossen selbst der Errichtung von Konsumvereinen zugewandt. Insbesondere das Verhalten der Krämer bei der 1884er Reichstagswahl, bei der sie sich in ihrer Verblendung als die erbittertsten Feinde der Arbeiterschaft hervortaten, stachelte die Arbeiter an, zu ihrer Bestrafung und zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage überall mit der Gründung von Produktenverteilungsvereinen zu beginnen. Die Waren wurden gemeinsam bezogen, in den Abendstunden abgewogen und an die Mitglieder abgegeben. Jahrelang wurde diese Arbeit im Nebenamt verrichtet, ohne dass von ihrer Bezahlung eigentlich die Rede sein konnte. In Chemnitz gab es damals acht bis zehn solcher Produktenverteilungsvereine, und ebensolche wurden von den über die letzte Wahl erbosten Genossen des Landes bis hinauf in die entlegensten Orte des oberen Erzgebirges

gegründet. Am rührigsten arbeitete für die Produktenverteilungsvereine der später nach Amerika ausgewanderte Genosse Adolf Kund. Ende der achtziger Jahre wurden die meisten der in Chemnitz bestehenden Produktenverteilungsvereine zentralisiert und zu einer Organisation unter dem Namen „Vorwärts“ verschmolzen. Nach der Auswanderung ihres ersten Leiters, eben des Genossen Kund, führte Heinrich Lorenz die Verwaltung des „Vorwärts“ bis zu seinem Eintritt in den Allgemeinen Konsumverein im Frühjahr 1894. In diesen Jahren stritt man sich in den Reihen der Parteigenossen darüber, ob es besser sei, für die weitere Ausbreitung des „Vorwärts“ zu agitieren oder durch Masseneintritt in den Allgemeinen Konsumverein diesen im Sinne der Arbeiterschaft umzuformen. Der letzteren Ansicht waren besonders Hermann Albert, Paul Enders, Hermann Lissner und Karl Riemann. Ihre Anschauung drang durch, und mit dem Eintritt des Jahres 1894 kam die Leitung des Allgemeinen Konsumvereins in sozialdemokratische Hände. Den Vorstand bildeten die obengenannten Genossen, die in der ersten Zeit ihre Arbeiten im Nebenamt verrichteten, was allerdings nicht leicht war und zahllose Nachtstunden kostete. Immerhin wurde hier ein Boden bereitet, auf dem eine allmählich steigende Zahl von fähigen und aufrechten Genossen arbeiten konnte, ohne wirtschaftlich von dem Unternehmertum abhängig zu sein.

In derselben Weise ermöglichte es die Eroberung der Krankenkasse, dass dort von den Beamtenstellen niemand um deswillen ausgeschlossen wurde, weil er Arbeiter gewesen war und seine Schuldigkeit im Dienste der Arbeiterpartei getan hatte. Schon seit dem Anfang der achtziger Jahre hatten Parteigenossen im Vorstand der „Allgemeinen Krankenkasse für Maschinenfabriken und Giessereien“ die Mehrheit; insbesondere gehörten ihm Karl Fleischer, Wilhelm Götze, Robert Hauschild, Otto Leander, Max Richter und Karl Riemann, später auch sein Bruder Emil Riemann, Clemens Stöhr, Theodor Voigt und andere an. Wohl der erste Parteigenosse, der in dieser Allgemeinen Krankenkasse für Maschinenfabriken und Giessereien bezahlte feste Anstellung fand, war im Jahre 1886 Oskar Beyer, der nach wenig mehr als einem Jahre am Typhus starb. Mit den Genossen Otto Leander, Otto Böttcher etc. stieg dann all-

mählich die Zahl der Krankenkassen-Angestellten, die in treuer Erfüllung ihrer Amtspflichten auch an der allgemeinen Arbeiterbewegung nach Kräften teilnahmen. Im gleichen Jahre wurde unter tätiger Mitwirkung unserer Genossen durch Verschmelzung vieler kleinerer Krankenkassen die Allgemeine Ortskrankenkasse gegründet, in deren Verwaltung Genosse Gundermann, später Sust, Noost und andere Anstellung erhielten. Auch in die Verwaltung der freien Hilfskassen und der grösseren Vereine aller Art drangen die Parteigenossen ein. So besetzten sie 1887 trotz der wütenden Denunziationen des Chemnitzer Amtsblattes die Verwaltung des Konfirmandensparvereins mit den Genossen Albin Langer, Heinrich Noost, Karl Riemann und Robert Zeissig, später auch Emil Riemann und Ernst Naumann, und in den Händen der klassenbewussten Proletarier hat dieser Verein unter Leitung des Genossen Robert Hauschild bis heute seine nützliche Tätigkeit entfaltet und ausgedehnt. Je grösser damit die Zahl der Genossen wurde, deren Arbeitgeber Arbeiter waren, um so schwieriger war die Praxis der herrschenden Gewalten durchzuführen, die Parteibewegung durch Drohen oder Schlagen mit der Hungerpeitsche ihrer besten Kämpfer zu berauben. Auf der anderen Seite gingen freilich auch hier und da der Partei durch solche Anstellung Kämpfer verloren, da manche namentlich der Kassenbeamten nach ihrer Amtserlangung sich von den Parteiarbeiten ganz zurückzogen und nicht wie die meisten in ihrer dienstfreien Zeit für den allgemeinen Befreiungskampf des Proletariats mitschafften.

Am 25. November 1889 starb plötzlich Ernst Otto Claus, der 1887 gewählte Reichstagsabgeordnete für den 16. Kreis und 1885 gewählte Landtagsabgeordnete für Chemnitz I. In dem Stadtpark, dessen Terrain er aus Freude über den siebenundachtziger Wahlsieg der Stadt zum grössten Teile geschenkt hat, hat ihm „die dankbare Stadt Chemnitz“ ein Denkmal errichtet. Leider stellte sich nach seinem Ableben heraus, dass er in seiner Steuereinschätzung sehr vorsichtig gewesen war, etwa wie ein ostelbischer Grande, der den Landrat zum Vetter hat. Offenbar hat sich diese Praxis mit seiner Liebe zu Staat und Stadt ganz gut vertragen, wie das heutzutage auch noch vorkommen soll. Die Ersatzwahlen für ihn fielen in die beiden ersten Monate des Jahres 1890, die Reichstagsersatzwahl mit den allgemeinen Wahlen zu-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

sammen. Schon lange vorher hatte die Kandidatenfrage die Genossen des 16. Kreises eingehend beschäftigt. Geiser kam nicht mehr in Frage, nachdem er sich geweigert hatte, seinen Namen mit dem der übrigen Fraktionsmitglieder unter die Einladung zu dem St. Gallener Parteitag zu setzen und deshalb für unfähig erklärt worden war, weiterhin Ehrenämter der Partei zu bekleiden. Diesen Beschluss hatten aus den für die Gesamtheit massgebenden sachlichen Gründen auch die Chemnitzer Genossen durch ihren Delegierten Karl Riemann zugestimmt, der auch in Kopenhagen gewesen war, während für den Wydener Parteitag noch Max Kegel die Vertretung von Chemnitz gehabt hatte. Für die neue Kandidatur wurden eine ganze Reihe von Namen teils Chemnitzer, teils auswärtiger Genossen genannt. Die Entscheidung fiel Ende 1888 in einer Konferenz auf der „Zeche“ zu Hohenstein zugunsten Franz Hofmanns, gegen den sich indes eine starke Opposition auch nach der formellen Aufstellung geltend machte. Sein hauptsächlichster Mitbewerber war Max Schippel gewesen, ein Chemnitzer Kind, dem grosses Wissen und glänzende Redegabe schon in jungen Jahren — er ist am 6. Dezember 1859 hier geboren — hohes Ansehen erworben hatte. Wenn er bei der Auswahl unterlegen war, so lag das zum grossen Teile an ungünstigen Gerüchten, die über seine Zuverlässigkeit verbreitet worden waren — sein jugendliches Ungestüm hatte in manchen, die ihn nicht näher kannten, einen unter dem Ausnahmegesetz leicht auftretenden Verdacht geweckt. Seine unterlegenen Chemnitzer Freunde waren indes entschlossen, volle Klarheit zu schaffen und wandten sich an den Parteivorstand und an die Hamburger Genossen Könen und Lütjens, von denen die Verdächtigungen gegen Schippel weitergetragen worden waren, um Auskunft darüber, welches Beweismaterial gegen ihn vorliege. Wiederholte Zusammenkünfte mit den führenden Fraktionsmitgliedern in Berlin ergaben, dass zwar einige, insbesondere Frohme, ein ungünstiges Urteil über Schippels Charakter hatten, dass aber niemand irgendeine Tatsache anzuführen imstande war, die ihm in den Augen unvoreingenommener Parteigenossen ernsthaft schaden konnte. Den Ausschlag gab schliesslich ein Brief Bebels, der Schippels geistige Bedeutung mit sehr anerkennenden Worten hervorhob und den Gründen durchaus

zustimmte, aus denen Riemann, Sust, Irmscher und andere bekannte Chemnitzer Genossen einem auswärtigen Kandidaten den Vorzug gaben. Auch eine spöttische Bemerkung über Hofmanns Sangesfreudigkeit fehlte nicht. Dadurch wuchs der Widerstand gegen dessen Kandidatur bedeutend an, sodass er sich kurz vor der erwähnten Landesversammlung im Kappeler „Feldschlösschen“ am dritten Osterfeiertag des Jahres 1889 entschloss, den Chemnitzer Genossen die Freiheit der Entschliessung zurückzugeben. Auf einer ungeheuer stark besuchten Konferenz in den „Sechs Ruten“ wurde dann am Himmelfahrtstage Schippel einstimmig als Kandidat nominiert.

Nun folgten Wahlsiege der Chemnitzer Arbeiterschaft Schlag auf Schlag. Im Oktober 1889 fanden die ordentlichen Landtagsergänzungswahlen statt. In Chemnitz II war an Stelle Vollmars, der nach München verzogen war, Wilhelm Liebknecht aufgestellt worden, für den die Genossen eine ausserordentlich lebhafte Agitation entfalteten; er siegte in dem inzwischen bedeutend volkreicher gewordenen Kreise mit 4088 Stimmen gegen 2130 auf den Kartellkandidaten Justizrat Enzmann, den späteren Chemnitzer Stadtverordnetenvorsteher, und 509 eines freisinnigen Lehrers. Aber zu dieser glänzend behaupteten Position kamen eine wertvolle Rückeroberung und ein überraschender Neugewinn. Im 36. ländlichen Kreis, den 1877 Liebknecht und Freytag erobert hatten, der aber 1883 nach Freytags Verzicht auf die Wiederaufstellung von dem Musikdirektor Heinrich Stolle-Meerane nicht hatte behauptet werden können, wurde dieser jetzt mit 2273 gegen 2143 Kartellstimmen gewählt, und Chemnitz-Land, den 31. ländlichen Wahlkreis, nahm Genosse Bäckermeister Karl Otto dem bisherigen unbestimmt liberalen Abgeordneten Stadtrat Jungnickel-Limbach ab, auch hier mit einer knappen Mehrheit von 1560 gegen 1459 Stimmen. Bei der Landtagsersatzwahl für Claus endlich erhielt unser Kandidat Robert Zeissig 3174 Stimmen, während der fortschrittliche Fabrikdirektor Esche mit 3796 Stimmen, dürftig genug für diesen Innenstadtkreis, siegte; unsere Stimmenzahl hatte sich jedenfalls in den fünf Jahren seit der letzten Wahl verdoppelt.

Und das alles war nur ein Vorspiel zu dem prächtigen Reichstagswahlkampfe, der nun entbrannte. Schippel hatte

als Gegenkandidaten den Vertreter des zerplatzten Kartells, Baumeister Ancke, während die Antisemiten in Paul Förster, die letzten freisinnigen Azteken in Eugen Richter einen Zählkandidaten präsentierten. Die allgemeine politische Stimmung, Schippels jugendfrische fortreissende Beredsamkeit und das Gefühl, dass durch einen ungeheuren Wahlsieg der Sozialdemokratie das einstweilen nicht erneuerte Ausnahmegesetz endgültig zermalmt und ausgerottet werden müsse, wirkten zusammen, um eine Wahlbewegung von unvergleichlichem Schwung zu erzielen. Die wenigen Säle, die uns zur Verfügung standen, waren stets überfüllt, und die Versammlungen der Gegner wurden einfach gestürmt. Das bewirkte eine rasche Flucht der Kartellbrüder aus der Oeffentlichkeit; sie verzichteten auf alle öffentlichen Versammlungen und legten sich auf eine persönliche Bearbeitung der Wähler, die sie sich günstig gestimmt glaubten. Die Wahlarbeit mussten zum erstenmal, wie künftig stets, die kommandierten Angestellten der industriellen Grossbetriebe besorgen, die mit Hilfe des folgenden vertraulichen Rundschreibens von den Chefs ausgebeten worden waren:

„Chemnitz, den 23. Januar 1889.

Wie Ihnen bekannt, soll für die bevorstehende Reichstagswahl der Schwerpunkt auf persönliche Einwirkung gelegt werden, weshalb es gilt, eine möglichst grosse Anzahl von Obmännern und Vertrauensmännern für jeden Bezirk zu gewinnen. Da nun die Revision der Wahllisten schon bis Ende diesen Monats bewirkt sein muss, möchte eine Anzahl Herren sich schon in den allernächsten Tagen in den Dienst der Sache stellen. Sie werden deshalb zu einer morgen Freitag, abend 8 Uhr, im Saale des Restaurants „Bienenstock“ am Plan stattfindenden Versammlung höflichst eingeladen und sind um gütiges Erscheinen dringend gebeten. Wenn Sie auch nicht geneigt sind, sich persönlich an den Arbeiten zu beteiligen, würden Sie doch dadurch sehr nützen können, dass Sie uns einen oder mehrere Beamte zur Verfügung stellen, dass Sie aus Ihrem Bekanntenkreise geeignete Herren in Vorschlag bringen oder auch zu bezahlende Kräfte uns empfehlen. Sie nochmals um gütiges Erscheinen für Freitag abend bittend, zeichne ich

Hochachtungsvoll

Max Schubert

Mitglied des Wahlkomitees der vereinigten Ordnungsparteien.“

Ausserdem bildete man die Wahltechnik fort, indem man die Wählerlisten ausschrieb und mit Hilfe von 82 Adress-

büchern, die man entliehen hatte, nachprüfte; die Hauswirte sollten an der Hand des so gewonnenen Materials die Wähler bearbeiten und mit Hilfe der Militärvereine, der Bezirks- und Vergnügungsvereine zur Stimmabgabe für Ancke pressen. Gegen Schippel arbeitete man mit dem etwas unpolitischen Vorwurf, er sei nur ein weltfremder Literat, während man Ancke als Mann der praktischen Arbeit „mit der schwieligen Faust“ anpries. Darauf erwiderte unser letzes Flugblatt:

„Und nun noch ein Wort über unsern Kandidaten. Weil man gegen seinen makellosen Charakter und seine anerkannte politische Befähigung nichts einwenden k a n n, ruft man jetzt die niedrigsten Vorurteile gegen ihn zu Hilfe, indem man vor ihm als vor einem „Federhelden“ warnt und seinen Gegenkandidaten als den Mann der harten schwieligen Arbeit rühmt. Wir wollen die Schwielen des Grossunternehmers einmal nicht weiter prüfen, aber ihr, Wähler, ihr wisst — die Kartellbrüder scheinen das allerdings nicht zu wissen! —, dass im Reichstage nicht gehobelt und gezimmert wird und dass daher die Schwielen an der Hand noch nicht für die Leistungsfähigkeit im Reichstage sprechen. Hier heisst es, politische Befähigung und politisches Urteil und ein Herz für das notbedrückte Volk haben, und da hat unser Kandidat, Redakteur Max Schippel in Berlin, wohl genügenden Befähigungsnachweis erbracht.

Und nicht nur auf die niedrigsten und beschränktesten Vorurteile spekuliert dieser Angriff der Biedermänner vom Kartell, nein, in ihrem Munde ist er auch lauter Trug und Heuchelei! Denn dieselben Biedermänner, die am Schlusse ihres Flugblattes unsern Max Schippel als „einen Mann der g e i s t i g e n Arbeit“ beschimpfen, schreiben — wenn es nicht so traurig wäre, wäre es sehr zum Lachen! — sie schreiben also am Anfange d e s s e l b e n Flugblattes:

„Das ist die verderblichste Irrlehre, dass sie uns scheidet, nicht nach unserer Handlungsweise, sondern nach Beruf.

Ist es erhört, dass nur der als Arbeiter gelten soll, welcher m i t d e r H a n d sein Brot verdient? Es ist eine E h r e, Arbeiter zu sein, und diese Ehre soll sich niemand verkümmern lassen, wer überhaupt arbeitet, sei es mit der Hand, sei es mit dem Kopfe.“

Wähler, ihr seht, von diesem Kartellflugblatt gilt das Wort, das ein französischer Staatsmann von einer Denkschrift seiner Feinde gebrauchte: es ohrfeigt sich selber! Hinten die Herabwürdigung unseres Max Schippel, weil er nur ein „geistiger“ Arbeiter sei; vorn — auf derselben Seite — diese Auffassung als die

verderblichste, roheste Irrlehre in Grund und Boden hinein verurteilt. Nach dieser Probe zu schliessen, scheint es mit der Kopfarbeit unserer Gegner herzlich schwach bestellt zu sein!

Ihr seht, auf der einen Seite steht der anmassende Reichtum und die jammernswerteste geistige Armut — auf der anderen Seite ein Mann für das arme Volk und von anerkannten geistigen Fähigkeiten. Nun geht hin und wählt: Gegen das Kartell! Für die Sozialdemokratie!"

Die Mätzchen der „schwieligen Faust" verfingen denn auch nicht im mindesten. Schippel betrieb auch eine so wissenschaftlich gründliche, auch die letzten Ursachen und Ziele des Sozialismus darlegende Agitation, dass die programmlosen bürgerlichen Parteien dagegen vollkommen hilflos waren. So siegte er mit einer glatten Mehrheit von 12 000 Stimmen, mit 24 641 gegen 13 451 auf Ancke, 933 auf Richter, und 413 auf Förster. Und wie in Chemnitz, so erfocht im ganzen Bezirk die Sozialdemokratie einen glänzenden Triumph. In Mittweida-Limbach siegte Albert Schmidt, der an Stelle des ursprünglich in Aussicht genommenen Genossen Schippel verhältnismässig kurze Zeit vor der Wahl erst aufgestellt worden war, mit 1000 Stimmen, im 17. Kreis, dessen nationalliberaler Abgeordneter Leuschner auch kurz zuvor gestorben war, Auer mit 5000 Stimmen und im 19. Kreis Seifert, der bis dahin in Annaberg-Schwarzenberg kandidiert hatte, mit mehr als 3000 Stimmen Mehrheit. Fritz Geyer, der 1886 den Kreis für die Partei zurückerobert hatte, hatte inzwischen die Kandidatur in Leipzig-Land übernommen und dort einen glänzenden Wahlsieg erfochten. Im 20. Kreis brachte es Theodor Sust, zu dessen Gunsten auch Bebel in Zschopau gesprochen hatte, auf 6181 Stimmen und setzte damit den Grundstein für die spätere Eroberung des Kreises. Endlich im 21. Kreis, in dem von 1890 bis zur Gegenwart Ernst Grenz unser Kandidat wurde, brachte die Partei 3486 Stimmen auf. Alles zusammen ergab einen Fortschritt der Partei weit über das hinaus, was sie jemals vor dem Ausnahmegesetz erreicht hatte. Nun konnte sie seiner lachend spotten, nun musste selbst der verbohrteste Gegner einsehen, dass mit dem ausnahmegesetzlichen Polizeischrecken das drohende Gespenst des Sozialismus nicht zu vertreiben war. Mit dem Riesenwahlsieg vom 20. Februar 1890, den hier wie in den anderen fortgeschrittenen Bezirken des Reiches die Partei

erfocht, waren Bismarck und seine Ausnahmegesetzpolitik einfach erledigt. An diesem Tage, nicht erst am 1. Oktober, an dem sie formell abgeschlossen wurde, endet die Zeit der Arbeiterentrechtung durch ein besonderes Ausnahmegesetz des Reiches. Die Genossen, die unter ihm im Kampfe gestanden hatten, hatten sich mit seiner Ueberwindung unvergängliche Verdienste um das Proletariat aller Länder erworben, hatten sich für alle Zeit Bewunderung und Dank der Nachgeborenen gesichert. Jedem einzelnen von ihnen, auch den Ungenannten, gilt das Ibsensche Dankwort:

Ihr im Reich des Geistes wackere Roder,
Deren einer du,
Euer Tagwerk schreckte Nacht und Moder
Endlich aus der Ruh.

Sonne sank durch sturzgeweihte Tannen,
Als dein Beil erklang;
Darum grüsst dich heute Hochgesang
Dankender, die Licht durch dich gewannen.

UNTER SÄCHSISCHER AUSNAHMEPOLITIK UND POLIZEISCHIKANE

Max Schippel hat in einer seiner geistvollen Reden in einer Chemnitzer Parteiversammlung auch die Frage erörtert, wie es zu erklären sei, dass die Chemnitzer Arbeiter, deren sozialistische Erkenntnis alt, tief und reif ist, die schon Mandate erstritten, als die Genossen in Leipzig noch ein kleiner Stab von Offizieren ohne Soldaten waren, an organisatorischer Kraft so weit hinter anderen Grossstädten des Reiches zurückblieben; er hat darauf die Antwort gegeben, dass Chemnitz unter dem erzgebirgisch-böhmischen Hinterland leide, wie auf der Breslauer Arbeiterschaft der Druck des Zuzuges aus Oberschlesien laste, dass aber von einer weiteren Erstarkung des industriellen Grossbetriebes auch hierin eine Besserung zu erwarten sei. Der Hinweis auf das Erzgebirge mit seinen damals über alle Massen elenden Lebensverhältnissen trifft zweifellos das richtige. Die Scharen, die von dorther nach Chemnitz einzogen, brachten die verdammte Bedürfnislosigkeit mit, und hinderten das übrige Chemnitzer Proletariat lange Zeit hindurch, für die Verbesserung seiner Lebenslage zu kämpfen. Der Erwartung indessen, dass ein weiteres Wachsen des Grossbetriebes gleichsam automatisch ein kräftigeres Klassenkampfbewusstsein bei den Chemnitzer Arbeitern wecken würde, wurde schon in jener Versammlung von den Metallarbeitern widersprochen: sie entspringe einer schematischen Uebertragung von anderwärts gewonnenen Erkenntnissen auf Chemnitz und sei für unsere Stadt unzutreffend. Das gerade Gegenteil sei richtig: weil der Grossbetrieb in Chemnitz schon längst voll ausgebildet war, ehe die Arbeiterschaft den Organisationsgedanken hinlänglich erfasst hatte, wurde er später das schwerste Hindernis solidarischen Zusammenschlusses. Jeder Organisationsversuch wurde mit brutalster Gewalt im Keime

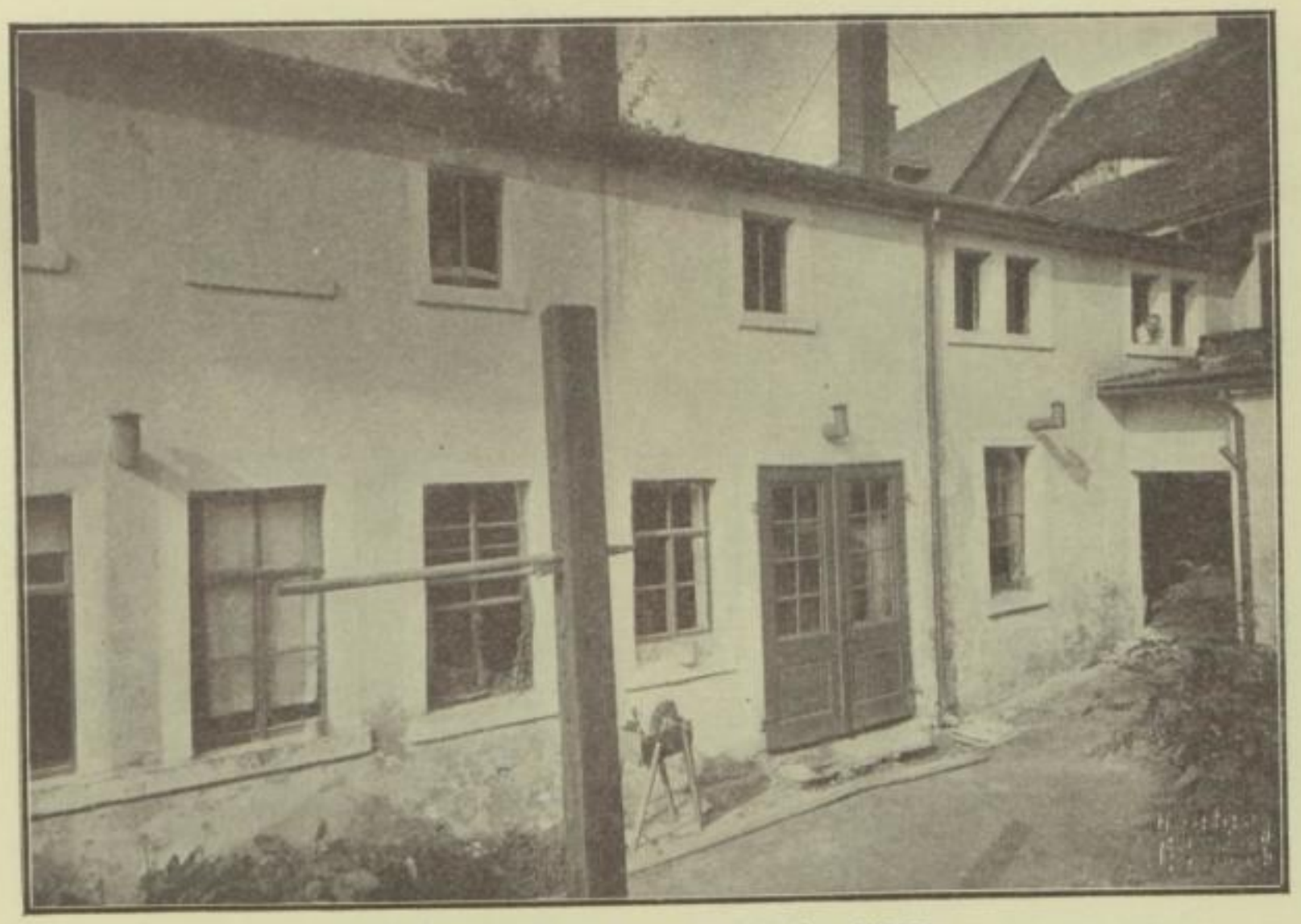
erstickt; noch an der Schwelle dieses Jahrhunderts hören wir von der Entlassung von Arbeitern, die — natürlich unorganisiert — bei ihren Kollegen in den Maschinen- oder Textilfabriken Unterschriften gesammelt haben, mit denen sie um eine Aufbesserung der Löhne — — bitten wollten. Danach versteht sich von selbst, dass tätige Agitatoren für die Partei und die Gewerkschaften die Rache des kapitalstarken und zum Ueberfluss auch frühzeitig koalierten Unternehmertums stets zu fürchten hatten. Trifft oben der Vergleich mit Breslau zu, so wäre in dieser Beziehung Chemnitz mit irgendeiner der jungen Industriegrossstädte Rheinland-Westfalens, etwa Essen oder Dortmund, in Parallele zu stellen. Aber zu diesen beiden Momenten, die den mehr als bloss ideenmässigen Zusammenschluss der Arbeiter hemmten, darf auch die Polizeischikane, die skrupellose und masslose Ungerechtigkeit der Behörden und Gerichte, unter den Faktoren nicht vergessen werden, die der praktischen Verwirklichung des Gedankens der Arbeitersolidarität hier im Wege standen. Nachdem das Ausnahmegesetz des Reiches überwunden war, versuchte man unter dem kaum gewahrten Schein des gleichen Rechts mit alten sächsischen Polizeivorschriften das Arbeiterheer am Vormarsch zu hindern. Damit empörte man zunächst die Proletarier nicht in der gleichen Weise wie durch die offen erklärte Rechtlosigkeit unter dem Schandgesetz und erschwerte ihr Vorwärtskommen mit Fussangeln und Fallgruben doch in dem gleichen Masse. Das war nun freilich kein Mittel gegen das Umsichgreifen der sozialistischen Idee; Ideen und Geister schweben hoch oben über dem Reiche der Polizeisäbel und Richtertalare. Wohl aber hemmte man dadurch den unmittelbaren Kampf der Arbeiter für ihre wirtschaftliche Besserstellung, ihre schaffende Arbeit am Bau neuer Gesellschaftsformen schon innerhalb des Klassenstaates. So folgte den zwölf harten Jahren des Ausnahmegesetzes jetzt ein weiteres Jahrzwölft der Schikanierung und Entrechtung des Proletariats. Und weil die harten Tatsachen organisatorische Arbeit auf breiterer Grundlage verhinderten, erstarb auch der Organisationsgedanke, das Verständnis für die Bedeutung und die Kraft des „Alle für einen, einer für alle“. Deshalb bleibt Chemnitz in den Jahren 1890 bis 1902 hinter der stürmischen Entwicklung von Dresden und Leipzig ein gut Stück zurück und macht sich erst danach auf, seinen

alten Ehrenplatz in der sächsischen Arbeiterbewegung wieder zu erjagen.

Zunächst nach dem Fall des Ausnahmegesetzes merkte man allerdings nichts von einer Erschlaffung, die nach der gewaltigen Kraftanstrengung der unterirdischen Wühlarbeit gegen dieses Zwinguri verständlich gewesen wäre. Woh! nahmen die herrschenden Gewalten für den grossen Wahlsieg der Partei am 20. Februar 1890 ihre übliche kleinlich-schmutzige Rache. Schippel wurde, weil er in einer seiner Wahlreden die unbestreitbare wissenschaftliche Wahrheit festgestellt hatte, dass die Arbeiterversicherungsbeiträge der Unternehmer nur ein fixierter Bestandteil des Arbeiterlohnes seien, wegen wissentlich unwahrer Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu 9 Monaten Gefängnis, Bruno Irmscher, ein Schmied, wegen einer abschätzigen Bemerkung über die sozialpolitischen Erlasse Wilhelms II. als Majestätsbeleidiger sogar zu einem Jahre verurteilt. Der Vertrauensmann der Zimmerer in Gablenz, Endesfelder, musste eine angebliche Religionsschmähung mit 9 Monaten Gefängnis büssen, eine Reihe von Genossen, die den gedungenen Schleppern des Kartells das Loch des Zimmermanns gezeigt hatten, wurden für ihre handhafte Abwehr einer neuen Wahltaktik mit je drei Monaten gebüsst. Karl Riemann musste für vier Wochen auf den Kassberg, um dort die erste Maifeier zu begehen. Sust, der Redakteur des „Beobachter", und sein Verleger Ludwig bekamen jeder vier Wochen Haft wegen groben Unfugs, weil sie in ihrem Blatte mitgeteilt hatten, dass der Besitzer des „Feldschlösschens" seinen ursprünglich zugesagten Saal wieder zurückgezogen hätte — er hat ihn dann, wie bereits dargestellt, bald wieder hergeben müssen. Aber an diese Strafen war man gewöhnt und man nahm sie als etwas Unabänderliches hin. Dadurch liess man sich nicht stören, gewerkschaftlich und politisch aufs eifrigste an die Arbeit zu gehen. Schon im Oktober 1889 hatten die Textilarbeiter bei Moritz Samuel Esche einen Lohnkampf solidarisch durchgeführt und nach 17tägigem Streik eine Lohnaufbesserung von 1 bis 5 Prozent erzielt, die allerdings recht notwendig war. Betrug doch der Durchschnittswochenlohn der Textilarbeiterinnen 1887 nach Auskunft der Handelskammer bare 5 Mark. Jetzt verschmolzen sich der Unterstützungsverein für Wirker und der Manu-

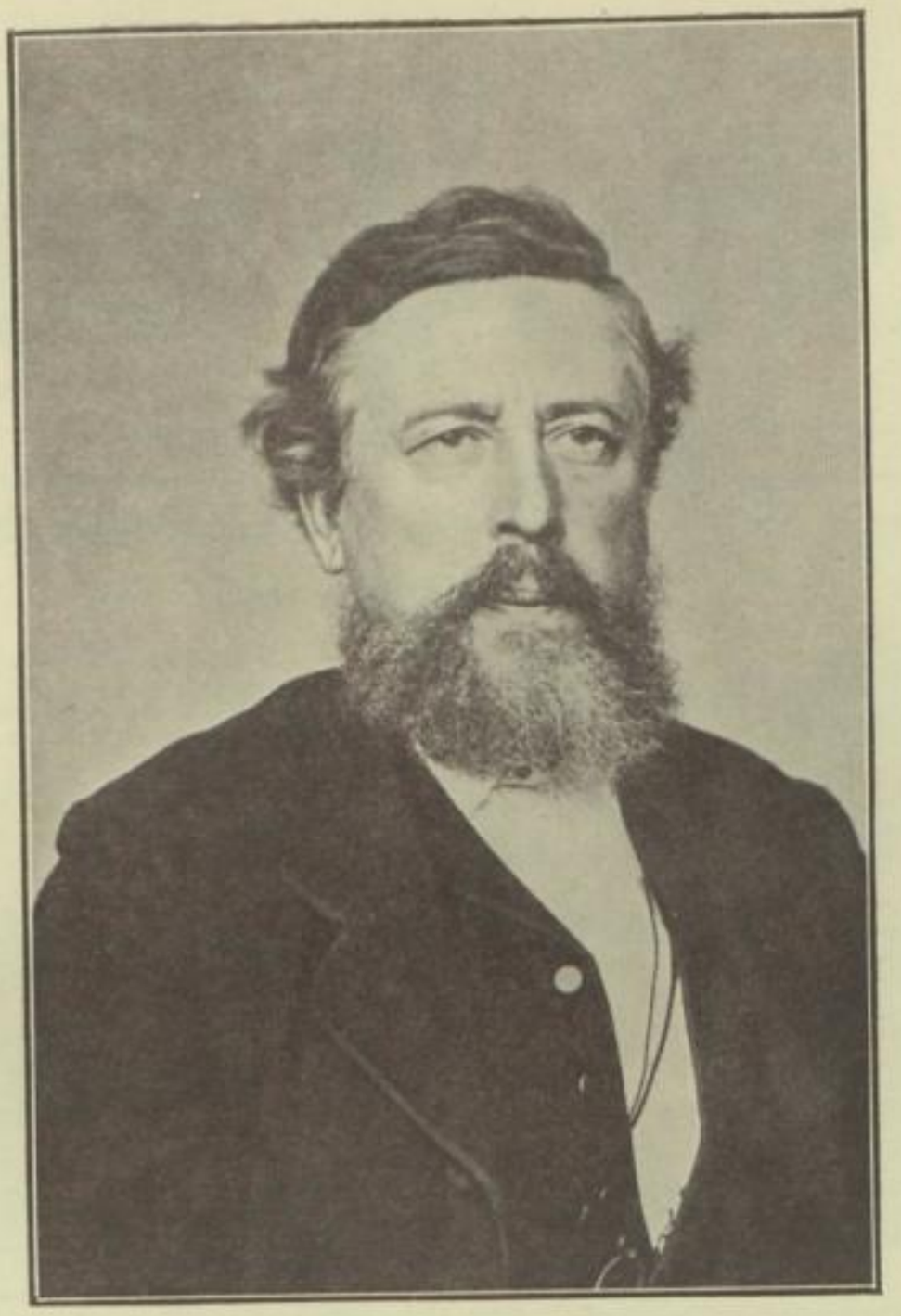
Die erſten Druckereigebäude der Burgſtädter Parteizeitung
Druck des »Sozialdemokrat«

Herrenſtraße. Von 1885 bis 1887



Marienſtraße. Von 1887 bis 1890

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ



Wilhelm Liebknecht 1889

Max Schippel

Emil Rosenow

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Die „Presse“ erscheint wöchentlich 6 Mal mit Ausnahme des Montags und der Tage nach den Festtagen.
Bestellungen nehmen die Expedition, Gartenstr. 16, sämmtliche Postanstalten die durch Plakate kenntlichen Ausgabestellen, sowie die Austräger entgegen.
Post-Katalog II Nttrg. Nr. 4940

Die Presse.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 80 Pfg., monatlich 60 Pf. pränumerando. Austrägerlohn 30 Pf. pro Quart. Durch die Post bezogen M. 2,20.
Inserate, die 5spaltene Petitzeile 15 Pfg., werden in der Expedition, sowie in sämmtlichen Annoncen-Expeditionen entgegen genommen.

Nr. 192. Chemnitz, Mittwoch, 1. Oktober 1890.

Zum 1. Oktober 1890.

So ist denn nun erschienen der langersehnte Tag,
Wo ein Stück Mittelalter dem Geist der Zeit erlag,
Wo ein „Gesetz“ erloschen, das viele Wunden schlug,
Und in das Volk statt Frieden Erbitterung nur trug.

Weit über Tausend Jahre Gefängniß ward erkannt,
Viel hundert brave Männer von Haus und Heerd verbannt,
Gehaußucht und verboten, verfehmt das freie Wort, —
Trotz alledem doch blühte der Sozialismus fort.

Der Vater des Gesetzes, ein alter Menschenfeind,
Dem die Ausbeuterklasse nur Thränen nachgeweint,
Sitzt nun in Friedrichsruhe, ohnmächtig, grollend, schwach,
Und seine Schöpfung folgte ihm sang- und klanglos nach.

Wohl wissen wir, daß künftig man uns auch drangsalirt,
Daß jedes edle Streben verhöhnt, verleumdet wird,
Daß stetig uns bedrohet ein Paragraphen-Heer,
Daß jeden kleinen Fehltritt wir büßen müssen schwer.

Wir wissen, daß vom Ziele noch weit wir sind entfernt,
Doch den Gefahren trotzen, das haben wir gelernt,
Wir hassen jede Klage, was auch die Zeit uns bringt,
Wir rasten nicht, bis endlich das große Werk gelingt.

Bis daß erlöst die Arbeit von der Lohnsklaverei,
Bis daß verstummt auf immer der Armen Hungerschrei,
Bis Freiheit, Nächstenliebe und Wahrheit, gleiches Recht
In Wirklichkeit auf Erden, nicht ferner Herr und Knecht.

Bis in der Rumpelkammer Schwert und Kanone ruht,
Bis man dem Kriegsgott opfert nicht einen Tropfen Blut,
Bis sich die Völker reichen zum Bund die Bruderhand,
Der Frieden seinen Segen streut über jedes Land. —

Und wird am heut'gen Tag: ein Rückblick noch gethan,
Befriedigt kann man scharen auf uns're Siegesbahn,
Sind auch in den zwölf Jahren der Opfer viel gebracht,
Auf's Neu ist Muth und Hoffnung in jeder Brust entfacht.

Denn wie man einen Strome nicht hemmt in seinem Lauf,
Hält keine Macht die neue Kulturbewegung auf,
Für sie spricht die Geschichte, die Wissenschaft auch zeigt
Daß doch naturnothwendig ihr Endziel sie erreicht.

Wie Nichts auf dieser Erde für immer kann bestehn,
Muß der Gesellschaftszustand von heut' zu Grunde gehn,
Einst wird man staunend fragen: wie war es möglich nur
So lange Zeit zu tragen das Joch der Unkultur?

Wohl liegen Millionen bis heute noch im Schlaf,
In deren dumpfe Hütten noch nie ein Lichtstrahl traf,
Doch immer neue Kämpfer erscheinen auf dem Feld,
Der freie Geist er schreitet begeisternd durch die Welt!

Schon tagt ein neuer Morgen, ist auch die Luft noch rauh!
Schon winket aus der Ferne der Zukunft goldner Bau!
Geschaart um's rothe Banner, unbeugsam, kampfbereit,
Trifft uns die „neue Aera“, trifft uns auch jede Zeit!

Abonnements-Einladung.

Arbeiter, Freunde, Gesinnungsgenossen!

Mit heutigem Tage beginnt ein neues Quartal und zugleich begrüßen wir mit heute den Tag, an dem das seit 12 Jahren so schwer nicht nur auf dem Arbeiterstande, sondern der ganzen geistigen Entwickelung Deutschlands lastende Sozialistengesetz sein Ende erreicht hat.

Unsere Zeitung hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem Volke ein gewissenhafter Führer zu sein in dem Kampfe der Parteien, sie wird nur das eine Ziel vor Augen haben: die Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus.

Sie will auf dem sozialpolitischen sowohl als auf dem Gebiete der Literatur und Kunst allen Anforderungen entsprechen, die man an ein freies, unabhängiges Organ zu stellen pflegt. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn ihr die allseitige Unterstützung aller für Wahrheit und Freiheit Kämpfenden zu theil wird.

Auch der Gewerkschaftsbewegung soll die ihrer hohen Wichtigkeit gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden; aber auch hierzu bedürfen wir viel mehr, als dies bis jetzt geschah, der Unterstützung der Gewerkschaftsangehörigen selbst; möge Jeder voll und ganz seine Schuldigkeit der Arbeiterpresse gegenüber erfüllen.

Die Gratisbeilage, „Der Familienfreund“, wird größere Erzählungen bringen, die, im edlen Style geschrieben, nichts mit jener demoralisirenden Lektüre gegnerischer Blätter gemein haben und welche besonders die Frauen noch mehr an unser Blatt fesseln werden. Auch unser Feuilleton wird Unterhaltungsstoff genug bieten.

Weiterhin werden wir politische Original-Leitartikel bringen und dem politischen, sowie auch dem lokalen Theil unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden.

Also Arbeiter, Ihr seht, wir thun unsere Pflicht, **thut Ihr die Eure.**

Verlag und Redaktion.

Expedition: Gartenstr. 16. Redaktion: Mühlenstr. 9.

An die geehrten Leser!

Nachdem durch den nunmehr feststehenden Wegfall des Sozialistengesetzes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wieder die Möglichkeit gegeben ist, eigene Preßorgane zu gründen oder zu unterhalten, habe ich keinen Anstoß genommen, die in meinem Verlage erscheinenden Zeitungen „Die Presse“, „Glauchauer Beobachter“, „Erzgebirgischer Beobachter“ und „Zwickauer Zeitung“ vertrauensvoll den Händen der von den hiesigen Parteigenossen zum Zwecke der Verbreitung sozialistischer Schriften gegründeten Firma **„Verlagsgesellschaft Vorwärts“** Langer & Co. zu übergeben. Von heute ab erscheinen also obengenannte Zeitungen in diesem Verlage, dagegen wird der Druck derselben auch wie vor in meiner Buchdruckerei erfolgen.

Meine Thätigkeit wird demnach auch in Zukunft, wenn auch in anderer Form, demselben Unternehmen gewidmet sein, für welches ich während der letzten fünf Jahre meine Kräfte eingesetzt. Ich darf daher wohl meinem Danke für die rege Unterstützung, deren sich die in meinem Verlage erschienenen Zeitungen zu erfreuen hatten, die Bitte anschließen, auch fernerhin mit erneutem Eifer für die weitere Verbreitung unserer Zeitungen einzutreten und dadurch mit zur Erreichung unserer Ziele, der Verbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze in immer weiteren Kreisen, beitragen zu helfen.

C. G. Ludwig.

Chemnitz, 30. September 1890.

Der 1. Oktober!

Das Jahr 1890 übt eine eigenartige Macht auf Diejenigen, welche in der nicht mehr bei Seite zu schiebenden, großen, die ganze Welt umfassenden Arbeiterbewegung ein Weltunglück erblicken.

Vor nicht vielen Monden war es der **1. Mai**, der es ihnen angethan hatte. Noch in frischer Erinnerung sind alle jene gruseligen Geschichten, welche strebsame und beflissene Leute, insbesondere diejenigen von einer sonderbar gestalteten Jeder dem leicht ins Bockshorn zu jagenden Philisterium vorerzählten und mit aller Bestimmtheit voraussagten, der erste Tag des blüthenreichen Monat Mai im laufenden Jahre werde der Anfang einer schrecklichen Zeit sein und eine Aera des furchtbarsten Treibens einleiten.

Der 1. Mai kam und ging. Die Welt blieb ruhig, und das Philisterium unbehelligt. Es konnte wieder einmal konstatirt werden, daß die Phantasie der eben bezeichneten Preßpiraten und ihrer Hintermänner thatsächlich zu groben Unfug verleitet und eine Aufregung hervorgebracht hatte, die ans Kindische grenzte.

Denn es war nichts mit den erhofften Putschen, und es bot sich jenen Menschenfreunden keine Gelegenheit, mit Hilfe des 1. Mai irgend Etwas zu konstruiren, was für den Fortbestand des von ihnen als absolut unentbehrlich bezeichneten Sozialistengesetzes sprechen mochte.

Und es kam der Sommer; es kam der Herbst. Und der Weinmonat beginnt!

Der 1. Oktober ist da! Der zweite so viel besprochene Tag dieses Jahres, von dem man ebenso, wie von dem 1. Mai, erwartet, daß er eine ganz furchtbare Schreckensperiode über die Menschheit bringen werde; denn sie sehen, daß das Sozialistengesetz seine Rechtskraft verliert und zu den Akten, d. h. in die Rumpelkammer gelegt wird und zittern und beben, weil ihnen vorgeredet worden ist, jetzt werden die Sozialdemokraten, wie sonst in Käfigen festgehaltene, nunmehr freigelassene wilde Thiere über die Menschheit herfallen, sie zerfleischen und Alles verschlingen, was ihnen bisher hinderlich gewesen und später jemals hinderlich sein könnte.

In der unverantwortlichsten Weise haben Saldschreiber eine Aufregung geschaffen, welche wieder die merkwürdigsten Phantasiegebilde hervorzauberten und die armseligen Philister und ihre Trabanten in einen delirienartigen Zustand hineingetrieben haben.

Wir wollen angesichts des großen Tages jene abgeschmackten Erfindungen heut nicht wiederholen, finden auch, nachdem an dieser Stelle neulich auf eindringliche Weise einem Menschen, dessen Handwerk in herabwürdigender Besudelung ehrlich strebender Mitglieder der Gesellschaft zu bestehen scheint, das Bisherher zu Gemüthe geführt und sein Gebahren gekennzeichnet

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

fakturarbeiterverein am 1. Juli 1890 zum Fachverein für Textilarbeiter beiderlei Geschlechts und traten mit den Berufsgenossen der anderen Städte zur ersten sächsischen Textilarbeiterkonferenz in Kappel zusammen, die von 76 Delegierten, darunter 2 weiblichen, aus 46 Orten beschickt war. Albin Reichelt-Chemnitz wurde Vertrauensmann für Sachsen. Ebenso festigten die Metallarbeiter ihre Organisation und hielten nach dem Metallarbeiterkongress in Weimar, der von elf Chemnitzer Delegierten besucht worden war, am 21. September im Restaurant „Wartburg“ unter Karl Riemanns Vorsitz den ersten sächsischen Metallarbeitertag ab, auf dem 33 Vertreter aus ebensoviel Städten erschienen waren. Mit gesunder Einsicht in das Wesen der modernen Produktion beschloss man, der Organisationszersplitterung entgegenzuarbeiten und möglichst alle Branchen der Metallarbeiter in einem einheitlichen Verbande zu vereinigen. Vorort für Sachsen wurde auch bei den Metallarbeitern Chemnitz und Landesvertrauensmann Karl Riemann. Dass der Zentralverband Deutscher Industrieller die im Einladungsschreiben zum sächsischen Metallarbeitertag enthaltene Forderung nach Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis als „eine frivole Herausforderung des Stärkeren“ bezeichnet hatte, erhöhte nur die Kampfesstimmung und den festen Entschluss, sich Kraft gegen Kraft durchzusetzen. Ebenso tagte im Juli 1890 hier der sächsische Malerkongress, und die Zimmerer und Holzarbeiter folgten im nächsten Jahre diesen Beispielen.

Auch in der politischen Organisation begann ein reges Leben, an dem besonders Karl Walther, Karl Riemann, Ernst Grenz, Franz Zuckschwerdt, Hermann Albert, Franz Hofmann, Emil Illing, Johann Karl Binneberg und Fritz Päplow lebhaften Anteil nehmen. Auch für die politische Bewegung Sachsens wurde Chemnitz zum Vorort gewählt, und Otto Leander wurde der erste „Landesvater“ nach dem Fall des Ausnahmegesetzes.

An den Auseinandersetzungen über die Taktik, die unvermeidlich waren, da die Partei sich unter neuen Rechtsverhältnissen zurechtfinden musste, nahmen die Chemnitzer einen lebhaften Anteil. Zog doch schon die Tatsache, dass Schippel ihr Reichstagsvertreter war, sie mitten in die Jungenbewegung hinein. Es ist bekannt, dass die erste Maifeier am 1. Mai 1890

zu erbitterten Streitigkeiten zwischen der Fraktion und der Jugend um die Frage der Arbeitsruhe führte. Die Reichstagsfraktion, die einstweilen noch die Parteileitung beibehalten hatte, mahnte dringend, angesichts des bevorstehenden Erlöschens des Ausnahmegesetzes und der ungünstigen wirtschaftlichen Situation, Kämpfen mit der bewaffneten Macht und Aussperrungsmassregeln des Unternehmertums aus dem Wege zu gehen, indem man die Feier auf den Sonntag verlege. Auch im Jahre 1891 hielt sie den gleichen Standpunkt fest, und bei den vielfachen Diskussionen über die Maifeier, die bis zum heutigen Tage fortgehen, mag es geschichtlich nicht uninteressant sein, den Fraktionsaufruf hierher zu setzen:

Parteigenossen!

In Ausführung des auf dem Parteitage zu Halle a. S. gefassten Beschlusses und in Rücksicht auf die Notwendigkeit, die im Jahre 1889 vom Internationalen Arbeiterkongress zu Paris beschlossene Kundgebung zugunsten des Achtstundentages zu einer einheitlichen und wirksamen zu gestalten, hat die unterzeichnete Fraktion nach eingehenden Erörterungen mit allen gegen eine Stimme beschlossen:

Den deutschen Arbeitern zu empfehlen, die Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu begehen, und weiter dahin zu wirken, dass auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird.

Als Hauptgrund für diese Entscheidung fiel ins Gewicht, dass ein Tag zu wählen sei, welcher der gesamten Arbeiterklasse die Beteiligung an der Kundgebung ermöglicht.

Hierzu erscheint nur der Sonntag geeignet. Jeder andere Tag der Woche macht es einer sehr grossen Zahl von Arbeitern unmöglich, an der Feier teilzunehmen. Einmal ist vielen Arbeitern das Feiern an einem Werktage besonders zu einer Zeit unmöglich, wo die bürgerlichen Feiertage sich häufen. Sodann hält auch die Erwägung von Konflikten mit der Unternehmerschaft viele Arbeiter von der Beteiligung ab. Hierzu kommen noch als besondere „Hinderungsgründe“ für das laufende Jahr die aussergewöhnlich lang andauernde Arbeitslosigkeit während der verflossenen harten Wintermonate und die zunehmende wirtschaftliche Krise, welche an sich schon Zehntausende von Arbeitern auf das Pflaster wirft und die gesamte Arbeiterschaft in noch höherem Grade als sonst der Willkür der Unternehmer preisgibt.

Parteigenossen! Dies sind die Erwägungen, die uns bestimmt haben, den Arbeitern Deutschlands den ersten Sonntag im Mai für die Achtstunden-Kundgebung vorzuschlagen. Wir sind überzeugt, dass ihr diesem Vorschlage mit Einmütigkeit beitreten werdet.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Es handelt sich nun darum, unverzüglich alle Vorbereitungen für die Feier zu treffen, welche insbesondere in Massenausflügen, Massenumzügen und Massenversammlungen zu bestehen haben wird.

Eure Aufgabe ist es, durch zweckentsprechende Organisationen dafür zu sorgen, dass die Kundgebung in imposanter, würdiger und ruhiger Weise verläuft.

Parteigenossen! Angesichts der Hartnäckigkeit, mit der die Regierungen und die herrschenden Klassen sich weigern, in eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für alle Arbeiter, im Interesse ihres körperlichen und geistigen Wohlbefindens, zu willigen; angesichts der Tatsache, dass das kapitalistische Produktionssystem uns eben wieder einer Krise von unabsehbarer Dauer entgegenführt, in welcher das Ueberangebot von „Händen“ und die Lohndrückerei in Permanenz gelangen, wo also eine Verkürzung und gesetzliche Festlegung des Arbeitstages das einzige Mittel ist, um den schlimmsten Wirkungen dieses Zustandes einigermassen zu begegnen, erscheint es als eine besondere Pflicht, alles aufzubieten, um die Maifeier zu einer wahrhaft grossartigen Kundgebung zu gestalten.

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Berlin, den 4. Februar 1891.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages.
Auer. Bebel. Birk. Blos. Bock. Bruhns. Dietz. Dreesbach. Förster. Frohme. Geyer. Grillenberger. Harm. Heine. Hickel. Joest. Kunert. Liebknecht. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Schippel. A. Schmidt. W. Schmidt. Schulze. Schuhmacher. Schwarz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Tutzauer. Ulrich. Vollmar. Wurm.

Die eine Stimme, die gegen diesen Beschluss abgegeben war, ist zweifellos die Schippels gewesen, und Schippel scheute sich denn auch nicht zu erklären, dass ihm mit diesem Aufruf die Hoffnung auf Durchsetzung der Arbeitsruhe am 1. Mai für absehbare Zeit vernichtet zu sein scheine. „Nun erwarte ich von der Maifeier garnichts mehr.“ Wie immer man heute über diese Frage urteilen mag, jedenfalls konnte damals an keinem anderen Orte weniger als in Chemnitz eine allgemeine Erzwingung der Arbeitsruhe am 1. Mai erwartet werden. Während 1890 trotz der Fraktionsentscheidung eine ganze Anzahl von Industrieorten an der Absicht festhielten, die Arbeitsruhe zu erzwingen, hatte man in Chemnitz von vornherein darauf verzichtet. In dem von Theodor Sust verfassten Flugblatt zur ersten Maifeier heisst es darüber:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Wenn an euch jetzt beim Beginn des Wonnemonats die Anforderung tritt, gemäss den auf dem Pariser Kongress gehegten Erwartungen euer Einverständnis mit dem dort gefassten Beschluss zu bekunden, tut es nach euren Verhältnissen, gebt euren Gefühlen Ausdruck in der euch möglichen und gebotenen Weise.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Zeigt, dass ihr den grossen Zug der Zeit verstanden habt, dass ihr in Ruhe dem grossen Ziel der Menschheit nachgeht. Niemand will, dass der Gang der Industrie aufgehalten wird, niemand will Unruhe oder die gefürchteten und von manchen vielleicht auch gewünschten blutigen Demonstrationen.

Wie die Arbeit friedlich, soll die Demonstration friedlich ausfallen, welche zugunsten der verkürzten Arbeitszeit sich in der ganzen Welt kundtun wird am 1. Mai 1890.

Die zielbewussten Arbeiter von Chemnitz und Umgegend."

Trotz dieser gemässigten Haltung und Sprache rief natürlich die erste Maifeier auch hier beim Spiessbürgertum furchtbare Revolutionsbeklemmungen hervor, die von der Regierung, dem Stadtrat und den vereinigten Unternehmerverbänden durch aufgeregte Drohnoten an den Anschlagsäulen noch verschärft wurden. Als an dem kritischen Donnerstag gar ein paar rote Fahnen lustig im prächtigen Frühlingswetter funkelten, da war der erschreckte Spiessbürger sich gewiss, dass nun die Revolution ausbrechen müsse. Die Stadtverwaltung beeilte sich, jedem Schutzmann einen Feuerwehrmann beizugeben, um das gefährliche Rot zu beseitigen; wo man die Fahne nicht herabholen konnte, wie auf dem Schönherrschen Grundstück am Fischweg, sägte man die Fahnenmasten um. Aber auch die völlig ungestörte Ordnung tagsüber konnte die Bourgeoisie von ihren Rotängsten nicht kurieren. Noch nach dem kritischen Tage konnten es die tapferen „Bliemchenbaddrioten" nicht begreifen, dass die überfüllten Abendfeiern im „Schützenhaus" und in der „Feldschlösschen"-Brauerei so vollkommen ruhig und friedlich vorübergegangen waren.

Auch sonst nahm in dem Streit mit den Jungen die Chemnitzer Parteigenossenschaft eine vernünftige und besonnene Stellung ein. Mit Ausnahme von Ernst Grenz, der diesen stürmischen Phantasten grosse Sympathien entgegenbrachte, lehnte sie die jugendlichen Illusionen der Opposition ab, missbilligte aber die zügellose Rache, die an die Jungen, z. B. mit

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

dem Ausschluss der Willeschen Schriften aus der Buchhandlung des „Vorwärts“, genommen wurde. Noch lebhaftere Parteidebatten als dieser Streit rief in Chemnitz kurz darauf die Stellungnahme zum Konsumvereinswesen hervor. Grenz hatte im Namen des Parteiprinzips eine unbedingte Absage an sie gefordert, weil ihre kleinbürgerliche Spartendenz unverträglich mit dem Kampfcharakter des Proletariats sei. In der Polemik gegen ihn gab zuerst Heinrich Lorenz, der danach zusammen mit Hermann Albert den Allgemeinen Konsumverein leitete, schöne Proben seiner hervorragenden rednerischen Gewandtheit. Mit der Besonnenheit und Klarheit seines Geistes, durch die er im nächsten Jahrzehnt der getreue Eckardt der Chemnitzer Parteibewegung wurde, wusste er darzulegen, welch gesunden Kern die Konsumvereinsidee trotz der ihr damals noch viel mehr als heute anhaftenden Kleinlichkeiten und sozialen Rückständigkeit vieler Verwaltungen hatte. Und wie sehr sie geeignet sei, dem Proletariat wirtschaftlich zu nützen und es zu grösserer wirtschaftlicher Selbständigkeit zu erziehen. So nahm denn auch der Allgemeine Konsumverein, in dessen Vorstand, bald nach dem Ausscheiden Alberts, Karl Riemann als Vorsitzender und Emil Berger als Kassierer eintraten, einen grossen Aufschwung. Er hatte 1895 5776 Mitglieder, 1¼ Millionen Mark Umsatz und 51 Angestellte, 1900 rund 12 000 Mitglieder und 3 Millionen Mark Umsatz. Aber auch die Grenzsche Kritik blieb nicht unfruchtbar. Sie gab ihm vielmehr den Anlass, vom Juli 1893 ab an der Organisation der Lagerhalter zu arbeiten und mit ihrer Hilfe die sozialen Missstände in den Konsumvereinsbetrieben energisch zu bekämpfen. Wie diese Bewegung von Chemnitz aus um sich gegriffen und wie reiche Früchte sie getragen hat, ist bekannt. Als reichlich zehn Jahre später der Reichsverband das Thema „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin“ entdeckte, war ein grosser Teil der schlimmsten in den Konsumvereinen betriebenen Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, für die die Sozialdemokratie natürlich niemals verantwortlich gewesen ist, bereits beseitigt. So nutzbringend wirkten innerparteiliche Auseinandersetzungen, solange sie nicht durch das Bestreben vergiftet wurden, eine der beiden Auffassungen als minderwertig und parteiwidrig, als disqualifizierend für Ehrenämter hinzustellen.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Unerfreulicher waren persönliche Differenzen, die sich zwischen Karl Riemann und einer Anzahl der anderen führenden Genossen herausgebildet hatten. Wie auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung, so versuchte auch auf dem der Presse mit dem Fall des Ausnahmegesetzes die Chemnitzer Parteigenossenschaft Neues und Besseres zu schaffen. Sie beauftragte die Genossen Albin Langer, Otto Leander und Eduard Zeissig, eine „Verlagsgesellschaft Vorwärts, Langer u. Ko." zu dem Zwecke zu gründen, den bisher dreimal wöchentlich erscheinenden „Beobachter" in ein täglich erscheinendes Blatt umzuwandeln. Schon unter dem 10. September 1890 wurde die Firma eingetragen, und vom 1. Oktober an erschien das Blatt unter dem Namen „Die Presse" sechsmal wöchentlich, wie bisher im Verlage von Ludwig, aber auf Rechnung der Partei. Prokurist der Handelsgesellschaft „Vorwärts" und Expedient des Blattes wurde der Genosse Karl Riemann, und die Parteiorganisation sprach den Wunsch aus, dass er seine ganze Kraft dem neuen Unternehmen widmen möge. Riemann hatte aber bereits von den Genossen des 9. Kreises, in dem er seit 1887 zum Reichstag kandidierte, ein Mandat zum Halleschen Parteitag erhalten und weigerte sich, auf dessen Ausübung zu verzichten. Das erzürnte die Chemnitzer Genossen so, dass sie ihn nicht nur seines Postens enthoben, sondern ihn auch kurzer Hand aus der Partei ausschlossen, ein übereilter und unüberlegter Beschluss, der nach Anrufung des Parteivorstandes ein Jahr darauf in aller Form wieder aufgehoben werden musste.

Das neue Presseunternehmen war die erste Aktion nach dem Ausnahmegesetz, die an den Polizeischikanen scheiterte. Systematisch bedrängten die Kriminalbeamten alle Geschäftsleute und Wirte, die in der „Presse" inserierten, drohten den Lokalinhabern mit Konzessionsbeschränkung, den Geschäftsleuten mit anderen Nachteilen, bis einer nach dem anderen seine Annoncenaufträge zurückzog. Ein Aufruf des Genossen Albert, der an Riemanns Stelle getreten war, ihm oder dem Genossen Langer das Material über diese polizeilichen Ausschreitungen zur Verfügung zu stellen, hatte zwar den Erfolg, dass Albert, der wegen Beleidigung der Polizei in Anklagezustand versetzt worden war, nach Führung des Wahrheitsbeweises freigesprochen wurde. Und auch der Versuch, seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Gustav Hoffmann-Leipzig

wegen Beleidigung der Polizei und des Gerichts zu fassen, misslang gründlich. Aber damit kamen die verlorenen Inserenten nicht zurück, damit wurde die finanzielle Lage des Blattes nicht verbessert, und so blieb denn nichts anderes übrig, als zum 1. Januar 1892 wieder auf das dreimal wöchentliche Erscheinen zurückzugehen und den Verlag an Ludwig zurückzugeben, der auch das Defizit der vorhergehenden fünfviertel Jahre übernahm, das gegen 7000 Mark betrug, und sich verpflichtete, der Kreiskasse pro Abonnent und Jahr eine Beihilfe von 5 Pf. zukommen zu lassen.

Dabei war freilich statt der erwarteten Steigerung der Abonnentenzahl ein erheblicher Rückgang eingetreten. Schuld daran trug zum Teil auch die recht unglückliche Auswahl der Redakteure des neuen Blattes. Theodor Sust war seit dem Falle des Ausnahmegesetzes in den Dienst der Ortskrankenkasse getreten, für die er bis zu seinem Tode am 26. Oktober 1904 mit ebensoviel Fleiss wie Wissen arbeitete. Auch an dem Chemnitzer Parteiblatt und der gesamten Parteibewegung nahm er weiter den regsten Anteil, und namentlich die Arbeiter-Versicherungsgesetze wurden von ihm in einer grossen Anzahl von Artikeln und Vorträgen dem Verständnis der denkenden Proletarier näher gebracht. Als er am 10. Januar 1902, von der Dankbarkeit der Genossen gefeiert, seinen 70. Geburtstag beging, rief er ihnen in den „Gedanken des Siebzigjährigen“ die Mahnung zu:

„Er soll in Zukunft unverändert bleiben!
Euch muss, die lang noch wandern in der Zeit,
Gemeinsam Tun in Bruderliebe leiten
Hinauf zur Wahrheit und Gerechtigkeit.“

In den drei stürmischen Chemnitzer Jahren, die diesem Feste folgten, wäre es wohl manchesmal am Platze gewesen, an diese Worte Susts zu erinnern, der trotz eines von ihm abgeschlossenen, für die Selbstverwaltung der Ortskrankenkasse gefährlichen Vertrages mit der Stadtgemeinde, der lebhaften Tadel fand und schliesslich auch wieder beseitigt wurde, in der Chemnitzer Parteigeschichte einer der reinsten und fleckenlosesten Charaktere ist.

An seine Stelle trat als Redakteur der „Presse“ der von W. Liebknecht warm empfohlene, mit dem Erlöschen des Ausnahmegesetzes aus Amerika zurückgekehrte A. Otto-Walster. Aber von dem glänzenden Talent, das dieser be-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

gabte Erzähler in den siebziger Jahren am „Dresdner Volksboten“ bewährt hatte, war vom Alkohol wenig übrig gelassen worden. Er war ein ausgebrannter Krater, wie Ignaz Auer mit seinem bekannten treffsicheren Spott sagte. Ausser ihm wirkte in der Redaktion mit Gustav Gladewitz, ein früherer Weber aus Mittweida, der schon seit dem Jahre 1874 mit rührendem Fleiss und grosser Opferfreudigkeit für Vahlteich den 15. Kreis bearbeitet hatte, insbesondere seinen früheren schwarzen Winkel, den Augustusburger Bezirk. Unter dem Ausnahmegesetz war er dann auf Empfehlung der Chemnitzer Genossen Bebels Privatsekretär geworden, und als er dort mit der Konstituierung eines ordentlichen Parteivorstandes und dessen Uebersiedlung nach Berlin überflüssig wurde, in die Chemnitzer Redaktion eingetreten. Da er das Blatt verantwortlich zeichnete, war ihm ein längeres Weilen in Freiheit natürlich nicht vergönnt. Schon in der 11. Nummer des neuen Blattes fand der Staatsanwalt einen Artikel, in den er eine Beleidigung des sächsischen Offizierkorps hineinlesen konnte und für den er bei Gericht 6 Monate Gefängnis durchsetzte. Einen weiteren Monat brachte eine Notiz gegen das „Chemnitzer Tageblatt“, dessen Redaktion wegen Beleidigung klagte, und als Gladewitz wieder frei kam, war die „Presse“ schon am Erlöschen; er übersiedelte nach Zwickau, wo er das neu erscheinende Blatt des sächsischen Bergarbeiterverbandes leitete. Wiederholte lange Gefängnisstrafen, häusliches Missgeschick und lange Krankheit trieben ihn dort 1904 in Schwermut und Selbstmord hinein.

Am 1. November 1891 ging die Redaktion der „Presse“ auf Walter May über. May hatte schon im letzten Jahre des Ausnahmegesetzes als junger Student an der Leipziger Universität Fühlung mit den Kreisen der Arbeiter gesucht und namentlich durch seine populär-wisenschaftlichen Vorträge aus dem Gebiet der Natur- und Gesellschaftskunde ihre Herzen im Sturm erobert. Alsbald relegiert, stürzte er sich mit Feuereifer in die Agitation, die ihm durch einige Versammlungsverbote wirksam erleichtert wurde. Dem Dreiundzwanzigjährigen die Leitung eines Parteiblattes zu übertragen, war aber jedenfalls ein höchst unglücklicher Gedanke; denn es hätte sich voraussehen lassen, dass die Feder mit ihm durchgehen würde. Ein Artikel über die Weihnachts-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

feier, der den Diebstahl aus Not rechtfertigte, trug ihm Anklagen wegen Gotteslästerung, Religionsschmähung und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze ein, und die Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jaspis verurteilte ihn am 1. März 1892 zu 15 Monaten Gefängnis und beschloss seine sofortige Verhaftung. In der Einsamkeit des Zwickauer Gefängnisses ist er dann so zermürbt worden, dass er sich von der Partei lossagte. Den Absagebrief an die Sozialdemokratie, den er aus dem Gefängnis heraus an den damaligen Vertrauensmann Albin Langer schrieb, hat er zwar später in Leipzig abzuleugnen gesucht; er konnte aber durch Vorweisung des Schriftstückes leicht überführt werden. May ist später in den Dienst der Pfaffen getreten; wo er untergegangen ist, ist unbekannt.

Nach einer kurzen Zeit, in der Genosse Otto Friedrich — jetzt leitender Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau — in die Redaktion des inzwischen zum „Beobachter“ zurückverwandelten Chemnitzer Parteiblattes eintrat, hat dann seit Mai 1892 der leider zu früh verstorbene Emil Rosenow die Leitung des Parteiorgans übernommen und bis zur Begründung der Chemnitzer „Volksstimme“, April 1899, fortgeführt. Auch er war noch ein ganz junger Mann — am 9. März 1871 in Köln geboren —, aber inzwischen hatte sich Ludwig den massgebenden Einfluss auf das Blatt in dem Masse gesichert, dass wohl kaum eine Zeile seiner überaus vorsichtigen Zensur entging. Ausserdem war Rosenow eine helle, freundliche Natur, deren Wesen jedes scharfe und verletzende Wort fremd war, sodass in den folgenden Jahren die gerichtlichen Verfolgungen des Blattes in geringem Umfange gehalten werden konnten. Trotzdem gelang es ihm, allmählich den Abonnentenstand wieder auf annähernd 7000 zu heben, was freilich nicht um allzu viel mehr war, als das Blatt schon beim Erlöschen des Ausnahmegesetzes gehabt hatte. Von der „Presse“ bleibt nur nachzutragen, dass sie auch dem Genossen Emil Illing, der kurze Zeit verantwortlich zeichnete, dem jetzigen Expedienten unseres Blattes, 11 Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Meeraner Schützenkönigs einbrachte, während der Meeraner Gewährsmann, der allerdings das Blatt in der frivolsten Weise hineingelegt hatte, sogar die doppelte Strafe erhielt. Illing wurde

in ganz besonderem Masse ein Opfer behördlicher Roheit; schämten sich doch die Vollstreckungsbeamten nicht, ihn vor den Augen seines alten Vaters mit Stricken gefesselt nach Hoheneck fortzuschleppen. Und gemäss dem einzigen Rest von Griechenkultur, den sie besitzt, liess die sächsische Justiz auf diese Dramen das Satyrspiel folgen: Fritz Päplow, im Sommer Maurer, im Winter freiwilliger Redaktionslehrling, bekam zwei Wochen Gefängnis wegen Beleidigung eines Gemeindevorstandes, der einen Genossen mit einem Strafmandat wegen groben Unfugs bedachte, weil sein Hund zu laut gebellt hatte. Ruhe ist die erste Hundepflicht.

Die Verfolgungen der „Presse“ waren indessen nur ein Vorspiel zu dem brutalen Vorgehen der Polizei gegen die Arbeiterbewegung, das nun auf der ganzen Linie einsetzte. An Versammlungsverboten und Versammlungsauflösungen hatte es in der ganzen Zeit nicht gefehlt. Wie im Reichstagswahlkampfe 1890 Franz Hofmann nicht in einer einzigen Versammlung in seinem 22. Wahlkreis sprechen durfte, weil er einmal von Kriegsschwindel und Kriegslüge im 87er Wahlkampf gesprochen hatte, wie im 21. Kreise alle Wahlversammlungen mit Ausnahme einer einzigen in Johanngeorgenstadt verboten worden waren, so war es nach dem Fall des Ausnahmegesetzes weitergegangen. Grenz wurde in dem Kreise, in dem er kandidierte, überhaupt nicht mehr zum Reden zugelassen, W. Stolles Versammlungen im 17. Kreise regelmässig aufgelöst, Karl Binneberg bekam wegen eines Hochs auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie eine Woche Gefängnis wegen groben Unfugs zudiktiert — wie in der Boykottrechtsprechung, so ging auch hierbei die Chemnitzer Justiz in der reaktionären Ausweitung des groben Unfugs-Paragraphen voran — und danach wurde ihm generell jedes Auftreten in Versammlungen untersagt, jede Versammlung, die er ankündigte oder abhielt, nach dem sächsischen Vereinsgesetz verboten oder aufgelöst. Mit dem Maurer Fritz Päplow und dem Eisendreher Emil Taubert sprang die Polizei ähnlich willkürlich um. Mit dem Jahre 1892 aber kam System in diese vereinsgesetzliche Schikane. Am 20. Januar 1892 wurde der am 12. Dezember 1890 gegründete, das heisst offen als sozialdemokratisch erklärte Sozialdemokratische Wahlverein mit der Begründung aufgelöst, dass er zu Gesetzesübertretungen oder unsittlichen Handlungen auffordere

oder geneigt mache. Die Begründung dieses Verbotes ist so klassisch, dass sie nachstehend im Wortlaut folgen mag:

Der Wahlverein verfolgt im allgemeinen den Zweck, die gemeingefährlichen, auf Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, der Monarchie, der Religion, der Ehe, der Familie, des Privateigentums gerichteten Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei zu fördern und zu vertreten. Dies ergibt sich aus dem Namen, den der Verein im Dezember 1890 angenommen hatte, aus Punkt I des Vereinsstatuts (vergl. Bl. 2 d. A.) und aus dem ganzen Auftreten der Leiter und Wortführer des Vereins. Der Wahlverein hat das Programm der sozialdemokratischen Partei vollständig zu dem seinen gemacht (vergl. Blatt 41 d. A.) und dementsprechend im August v. J. (Bl. 36 b d. A.) ein Glückwunschtelegramm an den in Brüssel tagenden sozialdemokratischen Kongress, ingleichen im Oktober v. J. (vergl. Bl. 43 b d. A.) ein Begrüssungstelegramm an den sozialdemokratischen Parteitag in Erfurt abzulassen beschlossen. Ob die obenerwähnte Beseitigung alles Bestehenden auf friedlichem und gesetzlichem Wege oder durch Gewalt bezw. Revolution herbeigeführt werden kann und soll, darüber mögen sich die meisten Sozialdemokraten selbst nicht klar sein, die Wortführer äussern sich hierüber — abgesehen von dem Programm der Partei — je nach Bedürfnis in verschiedener, meist verschleierter Weise. Die Sozialdemokraten von Chemnitz und Umgegend scheinen aber der schärferen Richtung zuzuneigen, denn von einem hervorragenden Mitglied des Wahlvereins, Binneberg (s. Bl. 14 b. d. A.), ist am 26. September 1890 am Schluss einer von ihm geleiteten öffentlichen Versammlung ein Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie ausgebracht worden, welches in der Versammlung stürmischen Widerhall gefunden hat. Die diesfallsige Auffassung des Wahlvereins ist auch dadurch gekennzeichnet, dass in der Vereinsversammlung vom 20. März v. J. (Bl. 18, 19 d. A.) die Berliner Märzrevolte vom Jahre 1848, die „gefallenen Kameraden“ und die Pariser Kommune verherrlicht worden sind. Im einzelnen ist Nachstehendes in Betracht zu ziehen. In den Versammlungen des Wahlvereins wird wiederholt (Bl. 6 b, 20 b, 31 d. A.) zur Unterstützung des hiesigen Pressorgans der sozialdemokratischen Partei („Der Beobachter“, früher „Presse“, Eigentum der Sozialdemokraten des XVI. Wahlkreises) aufgefordert. Die Presse wird (Bl. 20 b) als das erste Agitationsmittel zur Verbreitung sozialdemokratischer Ideen bezeichnet. Die Leitung dieses Pressorgans hat auch stets in den Händen hervorragender Mitglieder des Wahlvereins — Gladewitz, Päplow, Illing, Binneberg, Walther May — gelegen. In dieser periodischen Druckschrift, deren Bestrebungen der Wahlverein mit den seinigen iden-

tifiziert hat, wird das möglichste geleistet, um die Einrichtungen des Staates und der Kirche herabzuwürdigen und die Leser zum glühenden Klassenhass aufzureizen. Gladewitz, Illing und Päplow sind wegen Pressbeleidigungen bestraft worden. Das stärkste, was wohl in dieser Beziehung geleistet werden kann, ist in der am Weihnachtsheiligabend 1891 erschienenen Nummer enthalten, wo die Religion auf das gröbste geschmäht und der Diebstahl gerechtfertigt wird. Wegen des betreffenden Artikels ist gegen den 23jährigen relegierten Studenten Walter May, welcher sich als Verfasser dieser Artikel bekannt hat, das Hauptverfahren auf Grund §§ 166, 110, 111 des Strafgesetzbuches eingeleitet. Bl. 9 b, 33 d d. A. wird verlangt, dass der Grund und Boden Eigentum der Gesellschaft, Bl. 16 b dass alle Hilfsmaschinen Eigentum der Massen werden. Bl. 9 d. A. wird behauptet, dass die Besitzenden ihre Länder nicht rechtmässig haben, sei bekannt und vom Vorsitzenden hinzugefügt, er glaube nicht, dass jemand in der Versammlung sein werde, der sich an einer solchen Behauptung stosse. Ebenso äussert sich ein Redner Bl. 14 d. A., dass die Konservativen überhaupt durch Raub und Nichtstun entstanden seien, womit sich der Vorsitzende einverstanden erklärt. Bl. 13 d. A. werden die bestraften Genossen verherrlicht, obenan der wegen Majestätsbeleidigung mit einem Jahr Gefängnis bestrafte Schankwirt Bruno Irmscher, welcher Besagte, Bl. 25 d. A., bald nach verbüsster Strafe zum zweiten Vorsitzenden des Vereins gewählt worden ist. Bl. 30 wird die Annexion von Elsass-Lothringen gemissbilligt, dieses sollte bei Frankreich bleiben, dem es 200 Jahre angehört habe. Bl. 35 b d. A. äussert ein Sprecher, es möge jegliches mögliche Mittel angewendet werden, die noch fernstehenden Massen heranzuziehen, um sie mit dem sozialdemokratischen Gift zu impfen. Bl. 41 a/b d. A. erklärt ein Redner, wenn das alte gestürzt sei, werde sich das neue aufbauen, in Güte würden sie nichts bekommen, sie würden schon Mittel und Wege finden. Die Folgen der Verbreitung derartiger Lehren zeigt sich in der Bl. 43 in der Fragezetteldebatte gestellten Frage: Wann wird wohl der Sozialismus das Heft in die Hände bekommen? Seit einiger Zeit (Bl. 42 b flg. d. A.) hat der bereits erwähnte Walter May die Rolle des „aufklärenden, belehrenden“ Sprechers in den Vereinsversammlungen übernommen. Die anmassenden und aufreizenden Aeusserungen, welcher dieser junge Mann über die Beseitigung der monogamischen Ehe mit dem Aufhören der heutigen Gesellschaft (Bl. 48 b) über die Notwendigkeit der Einführung der sozialistischen Wirtschaft an Stelle der bürgerlichen Wirtschaft und der Beseitigung des Militarismus (Bl. 49) über die Verpflichtung der Frauen, gerüstet zu sein, wenn die Stunde schlage, dass an Stelle des jetzigen Staates der sozialistische trete (Bl. 49 b), über die Auflösung des Familienlebens und Sozialisierung der

Gesellschaft (Bl. 52 a/b), über die Ausnützung der Frauen durch die Kapitalisten (Bl. 52 b), die Regelung der Frauenfrage mit der sozialen Frage (Bl. 53), der Militarismus sei der Kultus der rohen Gewalt, die kirchlichen Einrichtungen der Kultus der Unwissenheit, der Staat könne nach den heutigen Verhältnissen keinen Anspruch auf einen Kulturstaat machen (Bl. 57), die Kaserne sei eine Erziehungsanstalt, aber nur zur Unterdrückung der beherrschten Klasse (Bl. 57a/b), Bezeichnung des Religionsunterrichts als überflüssig (Bl. 58 b), Religion sei Privatsache (Bl. 59), die Schulen ständen im Dienst gegen die Freiheit, so lange der Klassenstaat bestehe, werde keine Aenderung eintreten, sondern erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung (Bl. 59), die heutigen Universitäten seien herabgesunken zu Brutstätten der Roheiten und Unsittlichkeiten (Bl. 59 b), in Vereinsversammlungen, denen 40 bis 50 Frauen beiwohnten, getan hat, konnten nur noch übertroffen werden durch das, was ein seit kurzem hier aufhältlicher Apotheker (Bl. 60) vorgebracht hat. In Erwägung aller dieser aktenkundigen Umstände ist man zu der Ueberzeugung gelangt, dass der Sozialdemokratische Wahlverein seinem Wesen nach es sich zur Aufgabe macht, durch Aufreizung der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber, der besitzlosen Klassen gegen die Besitzenden, durch Schmähung und gehässige Entstellung staatlicher und kirchlicher Einrichtungen, durch Anpreisung und Verherrlichung sozialdemokratischer Lehren und Grundsätze sowie der wegen verschiedener Vergehen bestraften Parteigenossen eine Tätigkeit zu entwickeln, welche auf die Untergrabung der gesetzlichen Ordnung im Staate und die Erschütterung der rechtlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Grundlagen desselben, auf Unterdrückung des sittlichen Gefühls und der Achtung vor dem Gesetz gerichtet ist, somit aber zu Gesetzesübertretungen oder unsittlichen Handlungen aufzufordern oder dazu geneigt zu machen, und war hiernach der Verein der gesetzlichen Vorschrift gemäss zu verbieten.

Siebdrat, Polizeidirektor.

Irgendeine gesetzwidrige Handlung ist also dem Verein nicht einmal zum Vorwurfe gemacht, geschweige denn nachgewiesen. Lediglich allgemeine Redensarten über den Schutz des Eigentums und der Ehe müssen zur Begründung des Auflösungsdekret herhalten. Was das Sozialistengesetz bestimmt hatte, was später die Umsturzvorlage einführen wollte, wird hier aus der Fülle polizeilicher Machtvollkommenheit heraus zum geltenden Recht erhoben, und nachdem die übergeordneten Instanzen die Entscheidung bestätigt hatten, auf alle Arbeiterorganisationen angewandt. Vom Mai 1904 an erreicht die Hetze ihren Höhepunkt. Alle Mai-

feierversammlungen im ganzen Bezirk, auch die des neuen, am 6. Februar 1892 gegründeten „Sozialdemokratischen Vereins für Chemnitz und Umgegend“, werden verboten, alle Arbeiter-, Gesang- und Turnvereine wegen ihres politischen Charakters und unerlaubten Inverbindungtretens miteinander aufgelöst und jede Neugründung als Fortsetzung des verbotenen Vereins bestraft. Oeffentliche Versammlungen können fast überhaupt nicht mehr stattfinden, da der Partei fast alle Säle abgetrieben sind und an die wenigen, die ihr verbleiben, so hohe „sicherheitspolizeiliche“ Anforderungen gestellt werden, dass die Wirte ihnen nicht genügen können. So verlangt z. B. die Amtshauptmannschaft Chemnitz auch von den Lokalen, in denen bloss Mitgliederzusammenkünfte stattfinden sollen, einen anderthalben Meter breiten Mittelgang und befiehlt, dass alle Gäste sitzen müssen, weil das Herumstehen von Zuhörern den überwachenden Beamten die Uebersicht über den Versammlungsraum unmöglich mache. Versammlungen unter freiem Himmel werden allgemein nicht genehmigt, entweder aus sittenpolizeilichen Gründen, weil es an Toiletten fehlt, oder aus sicherheitspolizeilichen, wegen Feuersgefahr, weil Kartoffelkraut auf dem Acker liege, wegen der Nähe eines Flusses, wegen der drohenden Beschädigung anderer Felder oder aus ähnlichen Gründen mehr. Alle Vorträge und Lieder mit sozialistischer Tendenz, insbesondere der Sozialistenmarsch, werden verboten und als grober Unfug unter Strafe gestellt. Und mit diesen gehässigen Schwabenstreichen glaubt man ernsthaft die Sozialdemokratie schädigen zu können. Jubelte doch über die Auflösung der Arbeitersportvereine ein führendes Organ der Bourgeoisie, die „Kölnische Zeitung“, das sei ein Stoss ins Herz der revolutionären Bewegung, die Sozialdemokratie im Erzgebirge sei auseinandergesprengt, als ob ein Windstoss in Spreu gefahren wäre. Dabei hatte der auffrischende ausnahmegesetzliche Wind bloss die Erfahrungen wie Spreu verweht, die die Bourgeoisie in den Jahren des Ausnahmegesetzes zur Genüge hatte machen können. Sie mochte in Wahrheit wohl nicht daran glauben, dass der stählerne Widerstand der Arbeiterklasse, an dem sich die Wut des eisernen Kanzlers ohnmächtig gebrochen hatte, durch Stecknadelstiche sächsischer Polizeidummheit überwunden werden könne. Aber sie redete sich das gern ein, weil mit Hilfe

dieser Politik die Gewerkschaften tatsächlich zunächst daran gehindert wurden, von den Erträgen der neuen Hochkonjunktur einen angemessenen Anteil für die Arbeiterschaft zu erkämpfen. Und die Lahmlegung der Gewerkschaften vor allem war das Ziel, das die missbrauchte Staatsgewalt jetzt erstrebte. Unter dem Ausnahmegesetz hatten die Berufsorganisationen, soweit sie überhaupt bestehen konnten, in eng begrenzten Lokalvereinen gearbeitet. Aber seit dem Jahre 1890 machten sich die Bestrebungen nach einer Zentralisation der Kräfte immer stärker geltend, weil man nur dadurch dem riesenhaft angewachsenen Grossunternehmertum die Spitze zu bieten vermochte. Gerade diese Tendenz zum Zentralverband stiess jedoch bei den sächsischen Behörden und besonders bei den Chemnitzer Rathausgenies auf erbitterten Widerstand. Sobald ein Ortsverein mit der Zentralleitung der Berufsangehörigen in Verbindung trat, verfiel er alsbald der Auflösung, weil er das nach dem Gesetz für politische Vereine geltende Verbot des Inverbindungtretens verletzt hätte. So griff man denn zu dem System der Vertrauensmännerzentralisation, das damals ja auch für die deutsche Parteiorganisation das herrschende war. In öffentlichen Versammlungen wurde ein Komitee oder ein einzelner Vertrauensmann gewählt, der organisatorisch unabhängig vom Verein die Verbindung mit den Zentralstellen aufrecht erhielt. Schon frühzeitig hatten Polizei und Gerichte gegen die Komitees das Vereinsgesetz mobil gemacht. Zum ersten Male im Herbst 1887, soweit festgestellt werden konnte, wurde eines der aus drei Personen bestehenden Komitees, das Zentralwahlkomitee für die bevorstehenden Landtagswahlen unter Karl Riemanns Vorsitz, unter Anklage gestellt, für einen politischen Verein erklärt, wegen Nichtanmeldung oder Nichteinreichung der Statuten aufgelöst und seine Mitglieder in Strafe genommen. Das berühmte tres faciunt collegium war aus dem Studentenlied in die Gerichtspraxis übernommen worden: 3 Personen = ein Verein. Nicht ganz so leicht wurde den Gerichten das Einschreiten gegen die Vertrauensmänner. Die gewerkschaftlichen Zahlstellen und Ortsvereine konnte man ja noch zur Not nach den §§ 5 und 20 des alten sächsischen „Juwels“ als unsittlichen oder gesetzwidrigen Zwecken dienend auflösen; aber dann gingen diese eben zum System der Einzelmitgliedschaft über, das

heisst sie meldeten jedes Mitglied gesondert und unmittelbar bei der Hauptverwaltung an, und die Geschäfte erledigte teils der in öffentlicher Versammlung gewählte Vertrauensmann, teils öffentliche Versammlungen der Berufsangehörigen. Wollte man also wirklich die gewerkschaftliche Arbeit unterbinden, musste man die Versammlungen unmöglich machen und den Vertrauensmännern an den Kragen gehen. Endlich verfiel man darauf, zu deduzieren, dass die organisierten Arbeiter eines bestimmten Berufes an einem bestimmten Ort auch ohne näheren Zusammenschluss einen Verein bildeten, der mit anderen politischen Vereinen in Verbindung stehe und deshalb ungesetzlich sei. Deshalb seien alle Gewerkschaftsorganisationen für Sachsen ungesetzlich, und die Agitation für sie müsse als Aufforderung zur Begehung einer ungesetzlichen Handlung gelten. Mit Hilfe dieser juristischen Gehirnverrenkungen, die genau nach dem Urteil im Freiberger Geheimbundsprozess arbeiteten, konnte man nun endlich auch gegen das Vertrauensmännersystem das Vereinsrecht ausspielen. Ende Juni 1896 erklärte die Polizei den damaligen Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei für den 16. sächsischen Reichstagswahlkreis, Bruno Irmscher, und diese selbst für einen Verein, sein Einsammeln freiwilliger Beiträge für eine unerlaubte Kollekte und seine ganze Tätigkeit für gesetzwidrig. Dabei fand das Gericht die hübsche Erklärung, eine Kollekte sei eine Geldsammlung, eine Sammlung aber nichts weiter als die Bildung einer Einheit aus vielen Mehrheiten, also jedes Quittieren über mehrere, auch freiwillig gezahlte Beiträge eine Kollekte. Ebenso wurden in den nächsten Monaten alle gewerkschaftlichen Vertrauensmänner in der Stadt und im Landbezirk Chemnitz vorgeladen, um die Mitteilung entgegenzunehmen, dass sie aufgelöst seien. Jeder einzelne Vertrauensmann musste auf dem Polizei- oder Gemeindeamt ein Protokoll unterschreiben, dass er aufgelöst sei und von der Auflösung Kenntnis genommen habe. Eine fortlaufende Reihe von Haussuchungen und die Beschlagnahme des gesamten Verwaltungsmaterials sorgten dafür, dass ihm tatsächlich die Fortsetzung seiner Tätigkeit nahezu unmöglich gemacht wurde. Die Stufenfolge dieser polizeilichen Verfolgungen ist beim Textilarbeiterverband sehr übersichtlich zu verfolgen. Ende Mai 1896 wird die Zahlstelle aufgelöst,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

weil sie als politischer Verein — angeblich durch den Vertrauensmann — mit der Zentralinstanz in Verbindung stehe, und auch sonst gesetzwidrige Zwecke verfolge. Im Juni wird der Vertrauensmann der Textilarbeiter aufgelöst — man verzeihe den komischen Ausdruck, der aus der Polizeiphantasie stammt! — vom Juli ab alle Textilarbeiterversammlungen verboten, weil sie für Anschluss an eine ungesetzliche Organisation agitieren. Im September erlässt dann die Amtshauptmannschaft Chemnitz die allgemeine Verfügung an die Gemeindevorstände, dass sie Aufforderungen zum Beitritt in den Textilarbeiterverband nicht mehr dulden und die Redner, welche sie aussprechen, zur Anzeige bringen sollen. Lässt sich trotzdem feststellen, dass irgendwelche Textilarbeiter (oder Metallarbeiter) die Einzelmitgliedschaft bei ihren Verbänden fortsetzen, so werden sie unter Anklage gestellt und wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes verurteilt. Zwei Musterformulare dieser Gewaltpolitik mögen nachstehend ihren Platz finden. Zunächst ein Beschluss der Amtshauptmannschaft vom 28. August 1894 über die Auflösung der Einzelmitgliedschaft und des Vertrauensmannes der Metallarbeiter in Kappel:

„Der Deutsche Metallarbeiterverband befasst sich nach § 2 seiner Statuten, nach Inhalt der denselben beigedruckten Verhaltungsmassregeln bei Arbeitseinstellungen pp. sowie der vom Verbande verbreiteten Flugblätter und wie auch aus den Verhandlungen der im Juli dieses Jahres stattgefundenen Konferenz der sächsischen Metallarbeiter zu Wurzen hervorgeht, mit öffentlichen Angelegenheiten im Sinne von §§ 19, 24 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 und geht nach dem Wortlaute von § 2 des Statutes hinsichtlich seiner Zwecke über den Rahmen des § 152 der Reichs-Gewerbeordnung weit hinaus. Der Deutsche Metallarbeiterverband steht hinsichtlich seiner aus § 14 seines Statuts sowie § 2 der vom Verband aufgestellten Verhaltungmassregeln bei Arbeitseinstellung, Sperren etc. sich ergebenden Gliederung in örtliche Verwaltungsstellen bezw. Filialen oder Zahlstellen und dergleichen mit §§ 24 und 25 des Sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 in Widerspruch. Wenn nun auch die in Kappel bestehende örtliche Organisation des Verbandes die ausdrückliche Bezeichnung: „Oertliche Verwaltungsstelle“ bez. „Zahlstelle“ nicht führen sollte, so ist doch aus den vorhandenen Einrichtungen — der dauernden Vereinigung einer geschlossenen Mitgliedschaft um einen selbstgewählten Vertrauensmann, für deren lokalen Zwecke ein Drittel der am Orte eingehenden Beiträge zurückbehalten wer-

den etc. — zu entnehmen, dass auch in Kappel ein gleicher verbotener Lokalverein besteht. Diese von dem Schlosser und Expedient Hermann August Krauss in Kappel errichtete bez. geleitete örtliche Organisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird daher hiermit aufgelöst, und die am 26. d. M. durch die Gendarmerie dort weggenommenen Schriftstücke und sonstigen auf die örtliche Verwaltungsstelle in Kappel bezüglichen Gegenstände werden bis auf weiteres mit Beschlag belegt. Herr Gemeindevorstand Kühn in Kappel wird veranlasst, dem pp. Krauss Vorstehendes zu Protokoll zu eröffnen. Der Erfolg ist bei Rückgabe gegenwärtiger Aktenlage anher anzuzeigen. Die Befolgung der vorstehenden Verfügung ist zu überwachen, insbesondere sind etwaige Umgehungen derselben zu verhindern. Dr. Rumpelt."

Sodann eine Verfügung der Amtshauptmannschaft, die den Gemeindebehörden die Auflösung der Zahlstellen des Textilarbeiterverbandes mitteilt und darnach fortfährt:

„Nun ist zwar durch eine neuerliche Aenderung des Verbandsstatuts bestimmt worden, dass dort, wo einer solchen Gliederung gesetzliche Hindernisse im Wege stehen, von der Errichtung der Zahlstellen abgesehen und statt dessen nur ein Vertrauensmann bestellt werden soll. Aber auch durch diese veränderte Einrichtung, welche überdies den ausgesprochenen Charakter einer Gesetzesumgehung trägt, ist die im Königreich Sachsen verbotene Gliederung nicht beseitigt, da auch der Vertrauensmann, genau so wie die „Zahlstelle" eine Ortsverwaltung repräsentiert, welche die Mitgliederbeiträge erhebt, einen Teil derselben sogar für eigene Zwecke zurückbehält, das Vereinsorgan vertreibt etc., und hinter welcher eine „Mitgliedschaft" steht, die eigene Versammlungen abhält, Wahlen vornimmt und insbesondere den Vertrauensmann selbst ernennt. Einer solchen Organisation anzugehören, ist aber nach §§ 24 und 25 des Vereinsgesetzes gesetzlich unstatthaft, beziehentlich strafbar und die Aufforderung zum Beitritt daher eine Aufforderung zur Gesetzesübertretung, welche nach § 5 des Vereinsgesetzes das Verbot der Versammlung notwendig bedingt. Es ergibt sich aber hieraus auch die weitere Folgerung, dass die Herren Gemeindevorstände oder deren Vertreter, welche mit der Ueberwachung von öffentlichen Versammlungen oder Vereinszusammenkünften beauftragt sind, Aufforderungen, den örtlichen Organisationen des Textilarbeiterverbandes oder ähnlichen bez. anderen verbotenen Vereinen oder Vereinsorganisationen beizutreten, keinesfalls dulden dürfen."

Unsere Genossen beriefen sich vergeblich darauf, dass ihnen die Vertrauensmännerzentralisation selbst unter dem Ausnahmegesetz von der Amtshauptmannschaft ausdrücklich

erlaubt worden sei. Hatte doch damals auch das Polizeiamt der Stadt Chemnitz am 20. Januar 1885, als der Fachverein der Metallarbeiter beschlossen hatte, sich der „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“ in Mannheim anzuschliessen, diesem zu Händen des Genossen Karl Riemann folgenden Beschluss mitgeteilt:

„Da sich der hiesige Fachverein der Metallarbeiter unzweifelhaft mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt, so ist der vorstehend beschlossene Anschluss an den Verband, also an einen anderen Verein, nicht zulässig nach § 25 des Gesetzes vom 22. November 1850, da der hiesige Verein das Recht der Körperschaft nicht erworben hat. Treten die einzelnen Mitglieder des hiesigen Vereins jeder für sich dem Verbande bei, so lässt sich hiergegen nichts einwenden. Dem in § 3 vorgesehenen Zusatz zum Namen des hiesigen Vereins würde indessen entgegenzutreten sein.“

Diese Anweisung, dass gegen die Einzelmitgliedschaft beim Zentralverband nichts einzuwenden sei, ist ebenso vom Polizeidirektor Siebdrat unterschrieben, wie er jetzt die Auflösung der Einzelmitgliedschaften und Vertrauensmänner — auch des Chemnitzer Metallarbeitervertrauensmannes Franz Zuckschwerdt — unterzeichnete. Trotzdem fanden Behörden und Gerichte bis in die Höchstinstanz an dem neuen Gewaltstreich gegen die Gewerkschaftsbewegung nicht das mindeste auszusetzen. Und dieselben Gerichte hatten schon vier Jahre vor dieser zweiten brutalen Zertrümmerung der Gewerkschaftsorganisationen ihre Statuten aufs genaueste geprüft und sogar die Zahlstellen für rechtlich zulässig erklärt. Damals, kurz nach dem Fall des Ausnahmegesetzes, hatte nämlich die Polizei die Mitgliederlisten der Zahlstellen eingefordert, und obwohl das sächsische Vereinsrecht einen solchen Anspruch nicht rechtfertigte, doch vom Gericht das Recht dazu wegen der allgemeinen Auskunftspflicht der Polizei gegenüber zugesprochen erhalten. Vier Jahre lang hatte also die Polizei mit den „gesetzwidrigen“ Verbänden offiziellen Verkehr unterhalten!

Ihren Abschluss erreichte diese Gewaltpolitik zunächst mit der Auflösung des Gewerkschaftskartells. Eine Konferenz der Gewerkschaftsführer der verschiedenen Berufe in Dresden im September 1890 hatte den örtlichen Zahlstellen auch den Zusammenschluss aller Gewerkschaften am Orte

zur Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere zur Regelung des Herbergs- und Arbeitsnachweiswesens anempfohlen. Von Chemnitz hatte damals der Zigarrenmacher Florenz Graupner, der ohnedies an einer gleichzeitigen Tabakarbeiterkonferenz teilnahm, auch dieser Besprechung beigewohnt, und nach seiner Rückkehr nach Chemnitz hier die Bildung eines örtlichen Zentralvereins angeregt, der im Oktober 1890 unter dem Namen Gewerkschaftskartell ins Leben trat. Es scheint jedoch der Zusammenhalt in den nächsten Jahren wieder verloren gegangen zu sein; denn erst nach dem Halberstädter Gewerkschaftskongress finden sich auf Vorschlag von Ernst Grenz die Metallarbeiter, Textilarbeiter, Buchdrucker, Steindrucker und Töpfer wieder zu einem lokalen Verbande zusammen, der sich bald zum Gewerkschaftskartell erweitert. Vertreter aller Berufsorganisationen oder Einzelmitgliedschaften, in öffentlichen Versammlungen gewählt, gehörten ihm an und leisteten Beiträge je nach der Stärke der von ihnen vertretenen Organisation. Vorsitzender war bis zur Mitte des Jahres 1893 der Maler Emil Haubold, nach ihm Florenz Graupner und zum Schlusse der Tischler Paul Kaps. Eine ganz besonders eifrige und reiche Tätigkeit für das Gewerkschaftskartell entfaltete der Schneider Paul Enders, der leider im Mai 1901 im jugendlichen Alter von 34 Jahren an der Schwindsucht starb. Unter dem Namen eines, natürlich unbesoldeten, Gewerkschaftssekretärs hat er in den paar Jahren des Bestehens des Kartells den grössten Teil seiner Geschäfte fortlaufend geführt. Als die Auflösung erfolgte, war das Kartell gerade im Begriff, einem am 6. Juni 1903 gefassten Entschluss entsprechend eine erste Statistik über die Stärke der Gewerkschaftsorganisationen am Orte aufzunehmen. Die Auflösung des Kartells hatte zur Folge, dass dieses Material uns nicht erhalten geblieben ist. Wir wissen daher nur, dass der Metallarbeiterverband rund 1000 Einzelmitglieder umfasste, und können die gewerkschaftlich Organisierten der anderen Berufe auf dieselbe oder eine etwas höhere Zahl schätzen. Eine genauere Aufstellung über die Stärke der Gewerkschaftsorganisationen kann erst für später vom Jahre 1906 gegeben werden. Das gegen das Gewerkschaftskartell geschleuderte Auflösungsdekret hat folgenden Wortlaut:

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Herrn Tischler Paul Kaps, hier, Untere Aktienstrasse 1, IV.

Der von Ihnen geleitete Verein „Gewerkschaftskartell“ wird, da dessen Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht und der Verein sich mit dem Verein der Einzelmitglieder des Verbandes der Deutschen Metallarbeiter, welcher derselben Beurteilung unterliegt, in Verbindung gesetzt hat, ohne das Recht der Körperschaft erlangt zu haben, auf Grund der §§ 24 und 25 des Gesetzes vom 22. November 1850 hiermit aufgelöst und solches Ihnen als Vorstand des Vereins zur Nachachtung andurch bekannt gemacht.

Chemnitz, am 8. September 1894. Das Polizeiamt.
Siebdrat.

Zugleich erhielten die Mitglieder des Gewerkschaftskartells die üblichen Strafmandate über 15 oder 30 Mark, und nur einige wenige konnten die Freisprechung erzielen. Die höchste Strafe von 60 Mark erhielt Karl Riemann, weil er in das Gewerkschaftskartell niemals gewählt oder kooptiert worden war; sein Verbrechen bestand nur darin, dass er in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung die Wahl eines Vertreters zum Kartell eingeleitet, und als der überwachende Polizeibeamte sie hinderte, erwidert hatte, wenn es hier nicht möglich sei, den Delegierten zu wählen, werde man es anderswo tun.

Um die Liste der Verfolgungen vollständig zu machen, muss endlich noch angeführt werden, dass alle organisierten Ausländer ausgewiesen wurden, darunter die Oesterreicher Gorreis und Grill, die Bevollmächtigten der Maurer und Maler, dass die Verbreiter sozialdemokratischer oder gewerkschaftlicher Flugblätter sistiert, wegen groben Unfugs und Hausfriedensbruchs bestraft und mit Namen im Amtsblatt bekannt gegeben wurden, natürlich um sie wieder ihren Arbeitgebern zu wohlwollender Berücksichtigung zu empfehlen. Es bedurfte erst langer Verhandlungen der Zentralleitungen der betroffenen Gewerkschaften mit dem Ministerium, ehe eine neue Grundlage für die gewerkschaftliche Organisation geschaffen werden konnte; erst nach langem Sträuben gab Herr von Metzsch die Erklärung ab, die Einzelmitgliedschaften nicht weiter verfolgen zu wollen, wenn sie von der Wahl von Bevollmächtigten absähen. Daraufhin setzten die Verbandsvorstände ihrerseits Vertrauensleute oder Bevollmächtigte für Chemnitz, Gablenz, Kappel und Hilbersdorf ein, die sich nur nach den Weisungen des

Verbandsvorstandes zu richten hätten. In dieser Form ist lange Jahre weitergearbeitet worden, auch später, als das Verbot des Inverbindungtretens gemäss der vom Reichskanzler Fürst Hohenlohe bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches abgegebenen Erklärung in allen deutschen Einzelstaaten fiel. Denn gleichzeitig führten der sächsische Landtag und die Regierung die Bestimmung ein, dass Minderjährige Vereinen nicht angehören dürften, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen — eine gleiche Bestimmung für Frauen wurde nur mit geringer Mehrheit abgelehnt — und da die Gewerkschaften auf die Arbeiter unter 21 Jahren natürlich nicht verzichten konnten, zogen sie es vor, von der „Wohltat" des neuen Gesetzes keinen Gebrauch zu machen. Erst nach der Reichstagswahl von 1903, als die Nadelstichpolitik auch in Sachsen allmählich aufgegeben wurde, trat an die Stelle des Systems der Einzelmitgliedschaft auch hier wieder die festere Verbindungsform der Zweigvereine. Bis dahin behalf man sich, so gut es eben ging. Die verbotenen Sammlungen, die bei der damals üblichen Geringfügigkeit der Beiträge bei jedem grösseren Lohnkampf notwendig wurden, wurden den behördlichen Verfolgungen zum Trotz durchgeführt unter der getreuen Befolgung des einzigen Gebotes: Lass dich nicht erwischen! Fiel doch einmal eine Sammelliste in die Hände der Polizei, so musste der, dem das Missgeschick zugestossen war, die Strafe eben auf sich nehmen. Aber selten genug konnte die Justiz einem der Sammler die Arbeitergroschen wieder rauben. Sie fand sich schliesslich mit der Unwirksamkeit ihrer Verbote so ruhig ab, dass einmal bei Verweigerung der Erlaubnis zu einer neuen Sammlung ein höherer Beamter den Protest der Genossen mit den vielsagenden Worten abwies: Sie sammeln ja doch! Zur Veranstaltung der Vergnügungen und Ausflüge, die den Einzelmitgliedschaften natürlich nicht gestattet wurden, bildete man besondere Vergnügungsvereine nur für organisierte Arbeiter mit ganz geringfügigem Beitrag oder liess die alten Fachvereine aus der Zeit des Ausnahmegesetzes wieder aufleben. An die Stelle des Gewerkschaftskartells endlich trat der Verein zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung, in dem jeder Gewerkschaftsvertreter persönlich die Mitgliedschaft erwarb und die Beiträge seiner Organisation als persönliche Beiträge

zahlte. Aus seinen Statistiken ersehen wir, wie ausserordentlich langsam es in diesen Jahren mit der Gewerkschaftsbewegung vor sich ging. Für das Jahr 1896 wird folgende, auch die Vororte Gablenz, Hilbersdorf, Kappel und Altendorf umfassende Statistik aufgemacht:

Berufe	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Organisierten	Prozent
Bäcker	275	25	9,1
Brauer	—	—	—
Buchdrucker	392	135	34,5
Bureauangestellte und Kaufleute	5000	30	0,6
Dachdecker	70	56	80,0
Former	2292	307	13,4
Glaser	92	42	45,6
Handelshilfsarbeiter	4900	50	1,0
Holzarbeiter	4000	452	11,3
Hutmacher	26	15	58,0
Kupferschmiede	150	110	73,3
Lithographen und Steindrucker	149	68	45,7
Maler	600	83	13,8
Maurer	—	—	—
Metallarbeiter	13745	1303	9,5
Schneider	900	84	9,3
Schuhmacher	269	67	25,0
Steinsetzer	—	—	—
Tabakarbeiter	—	—	—
Tapezierer	110	45	40,9
Textilarbeiter	25000	500	2,0
Töpfer	80	50	62,5

Insgesamt sind von 58 090 Beschäftigten 3422 oder 5,9 Prozent organisiert. Die Angaben der Gewerkschaftsmitglieder bei den Steinsetzern und einigen anderen kleinen Verbänden fehlen, bei anderen dürften die abgerundeten Mitgliederzahlen noch zu hoch angenommen sein. Im Jahre 1897 steigt die Zahl der Organisierten von 5,9 auf 6,4 Prozent der Beschäftigten, für das Jahr 1898 werden 4643 Organisierte oder 6,53 Prozent der Gesamtarbeiterzahl angegeben, für das Jahr 1899 4845 Organisierte bei einer Gesamtzahl von 52 200

Beschäftigten. Von da an haben wir die ausführlichen Statistiken des Gewerkschaftskartells, wie es seit dem Fall des Verbindungsverbotes anstatt des „Vereins mit dem langen Namen“ — so hiess im Volksmund der V. z. F. d. G. B. — wieder genannt wird. Seine Aufgaben erblickte der Verein zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung und später das Gewerkschaftskartell in der Wahrnehmung der allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft durch Eigenhilfe und gegenüber den Behörden. In hervorragendem Masse war das Kartell für die Errichtung eines Gewerbegerichts am Orte tätig; aber trotzdem dem Rat eine mit vielen Tausenden von Unterschriften versehene Eingabe überreicht wurde, entschloss er sich erst 1893, dem Antrage stattzugeben, nachdem die Errichtung eines Gewerbegerichts für die Amtshauptmannschaft Chemnitz schon vorhergegangen war. Auch später liess sich der Rat nur sehr schwer im Interesse der Arbeiterschaft in Bewegung setzen. Da schon seit dem Jahre 1891 der Bezirksverband Chemnitz des Verbandes Sächsischer Metallindustrieller einen Arbeitsnachweis errichtet hatte, der nicht nur ein ausgewachsenes Massregelungsbureau war, sondern auch durch seine Methoden der Arbeitsvermittlung die Arbeitsuchenden aufs tiefste demütigte und entwürdigte, hatte die Forderung eines kommunalen Arbeitsnachweises, bei dem die Arbeiter ein Mitwirkungsrecht hätten, schon von jeher auf dem Programm des Kartells gestanden. Aber die städtischen Behörden warteten zunächst noch ab, bis auch die Textilindustriellen 1899 ihren eigenen Arbeitsnachweis als Zwangsnachweis für sämtliche Textilfabriken und Textilarbeiter in Chemnitz durchsetzten — die Anregung zur Aufrichtung dieses neuen kaudinischen Joches war von den Behörden selbst ausgegangen —, dann endlich wurde der städtische Arbeitsnachweis gegründet, während man zugleich die Industriellen- und Innungsnachweise fortbestehen liess. Selbstverständlich hat es danach der städtische Arbeitsnachweis zu irgendwelcher Bedeutung für die gewerblichen Arbeiter nicht bringen können. Ebensowenig war in der Fürsorge für die Arbeitslosen bei der schwerfälligen und rückständigen Stadtverwaltung ein bedeutungsvoller Fortschritt durchzusetzen. Selbst als der Bauausschuss in den Krisenjahren zu Anfang dieses Jahrhunderts seine Zustimmung dazu gegeben hatte, die Unternehmer bei städtischen Bauten zu

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

verpflichten, dass sie die einheimischen Arbeitskräfte zuerst anstellten, verweigerte der Rat seine Zustimmung zu diesem „Eingriff in die Freiheit des Privatunternehmers“ und stellte diese Berücksichtigung der Chemnitzer Arbeitslosen nur für die eigenen Regiebauten in Aussicht; dieses Entgegenkommen war allerdings um so schätzbarer, als die Stadt Bauten in eigener Regie garnicht ausgeführt hat.

Auch auf dem Gebiete der Selbsthilfe türmten sich die Hindernisse dem Kartell zahllos entgegen. Notdürftig nur konnte die Herbergsfrage gelöst werden, indem man zuerst im (bürgerlichen) Arbeitervereinshause und dann in der Herberge von „Stadt Meissen“ in der Rochlitzer Strasse den wandernden Arbeitern ein Unterkommen schuf; beide Verkehrslokale haben auch den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen können.

Seit dem Fall des Verbindungsverbots leitete das Gewerkschaftskartell auch die Wahlen zu den Sozialversicherungskörpern, bei denen vorher der Chemnitzer Krankenkassenverband die Interessen der werktätigen Bevölkerung wahrgenommen hatte. Dabei kam es gelegentlich zwischen den Textilarbeitern und Metallarbeitern zu Meinungsverschiedenheiten und zur Aufstellung von Querlisten; doch wurden die Differenzen schliesslich durch die Vermittlung der Redaktion des Parteiblattes beigelegt. Selbstverständlich ernannte das Gewerkschaftskartell auch die Kandidaten für die Posten der Gewerbegerichtsbeisitzer, und solange diese Gewerbegerichte Chemnitz-Land und Chemnitz-Stadt bestehen, sind stets als Arbeitnehmer nur die vom Kartell vorgeschlagenen freiorganisierten Kandidaten gewählt worden. Selbst zu dem städtischen Arbeitsnachweis, so wenig Wert das ganze Institut hatte, bestimmte das Kartell zwei seiner Gewerbegerichtsbeisitzer zu Verwaltungsmitgliedern und zwei weitere zu Ersatzleuten.

Frühzeitig wandte das Kartell seine Aufmerksamkeit auch der Erteilung von Auskunft über Rechtsfragen an die Arbeiter zu. Ein regelmässiges Bureau zur Auskunftserteilung, das an allen Wochenabenden geöffnet war, trat mit dem 1. Februar 1897 in Tätigkeit. Nach dem ersten „Jahresbericht des Auskunfts- und Gewerkschaftsbureaus zu Chemnitz“ ist es in den ersten 11 Monaten seines Bestehens an 271 Bureautagen von 585 Personen aufgesucht worden, die insgesamt

594 Gegenstände vorbrachten. Ausser der mündlichen Auskunft wurden 10 Schriftstücke und 27 Eingaben angefertigt. Auch in den nächsten Jahren ist der Umfang der Auskunftstätigkeit bescheiden geblieben, wie das durch die nebenamtliche Verwaltung der Auskunftsstelle bedingt war. Die Auskunft erteilten zunächst, wöchentlich abwechselnd, die Gewerbegerichtsbeisitzer in einem kleinen Parterrezimmer des Restaurants „Wartburg“ an der Hainstrasse, das der Wirt, Genosse Rieger, ohne Entschädigung zur Verfügung gestellt hatte. Eine Zeitlang verwaltete dann Florenz Graupner die Auskunftsstelle allein. Später ging sie, nachdem sie nach „Stadt Meissen“ verlegt worden war, an Max Jentzsch, und als auch dieser nicht mehr die zwei Stunden an jedem Abend aufbringen konnte, an die Redaktion des Parteiblattes über, die zuerst in den eigenen Räumen, später im Bureau des Metallarbeiterverbandes an der Bernsbachstrasse (jetzt Fritz-Reuter-Strasse 9) mehrere Jahre hindurch eine Art Arbeitersekretariat unterhielt. Beteiligt an der Auskunftserteilung waren von hier aus zuerst für kurze Zeit die Genossen Otto Rühle und Georg Schöpflin, später Oskar Fröhlich und der Redakteur des „Textilarbeiters“, Paul Wagener. Im Jahre 1899 steht die Zahl der Besucher erst auf 611 mit 622 Angelegenheiten, die Zahl der Eingänge auf 529, der Ausgänge auf 969. Schon im Jahre 1900 beschäftigt sich das Kartell mit der Frage, ob nicht die feste Anstellung eines Arbeitersekretärs durchführbar sei. Eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der Organisationen, die dem Kartell angeschlossen waren, ergab zwar eine grosse Mehrheit zugunsten dieses Gedankens, aber bei den vielen Stimmenthaltungen und angesichts der drohenden Krise zog sich die Ausführung des Planes doch noch jahrelang hinaus.

Im übrigen liess es sich das Gewerkschaftskartell angelegen sein, die Agitation für die Gewerkschaften nach Möglichkeit zu fördern. Es nahm die Referentenvermittlung in die Hand, und die Lösung dieser Aufgabe wurde ihm allerdings sehr dadurch erleichtert, dass Jahre hindurch im ganzen Stadtbezirk kein grösseres Lokal zur Verfügung stand. Nur ganz vorübergehend, jeweils für wenige Wochen, hatte man das „Wiesental“, das „Elysium“ oder den „Hohenzollern“ zur Verfügung, und solche Gelegenheiten wurden eifrig zur Abhaltung von Agitationsversammlungen ausge-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

nutzt. So sprach z. B. Bebel am 26. Oktober 1897 in einer vom Kartell einberufenen Versammlung über den Arbeiterschutz und schloss mit der sehr notwendigen Mahnung an die Chemnitzer Arbeiterschaft, sich zu organisieren, fester zu organisieren und immer wieder zu organisieren. In grösserem Umfang hat sie dieser Aufforderung erst im neuen Jahrhundert Folge geleistet.

War die Gewerkschaftsbewegung somit über die schlimmsten Polizeischikanen einigermassen hinaus, so dauerten sie gegen die Partei noch eine geraume Zeit hindurch fort. Da erleben wir noch immer die bekannten komischen Versammlungsverbote, die bei jeder vereinsrechtlichen Debatte im Reichstage die allgemeine Heiterkeit hervorriefen. Da wird verboten, vom Zukunftsstaat zu sprechen, weil der Polizei ein gesetzlicher Weg, der dazu führe, nicht ersichtlich sei — Versammlungsverbot aus Hartha 1893. Da darf Klara Zetkin über Arbeiterinnenschutz im „Feldschlösschen“ nicht reden, weil die Tür der Garderobe sich nach innen und nicht nach aussen öffnet — Mai 1895. Da wird eine Versammlung der Genossin Agnes Wabnitz in Meerane untersagt, weil die Referentin der Polizei nicht bekannt sei und man auch nicht für möglich halte, sich binnen zwei Tagen über sie genügend zu erkundigen. Da wird eine Versammlung am 1. April 1895 untersagt, weil sie wahrscheinlich Bismarck aus Anlass seines 80. Geburtstages beleidigen solle und somit auf Unsittlichkeit oder Gesetzesübertretung abziele. Und was dergleichen hervorragende Begründungen, die zum Teil ja allgemein bekannt sind, sonst noch an geistreichen Gedanken bieten. Das Unverschämteste war jedenfalls die Motivierung, mit der der Bürgermeister von Meerane die Bebel-Versammlung verbot, die von den dortigen Genossen zur Feier des Tages geplant war, an dem vor 30 Jahren der 27jährige zum erstenmal zu den Meeraner Webern gesprochen hatte. Das Verbot erörterte erst breit und lang, dass die Räume des „Kuchengartens“ unmöglich ausreichen könnten, um die vielen Tausende aufzunehmen, die zweifellos zusammenströmen würden, um Bebel zu hören, und endet dann folgendermassen:

Schliesslich kommt noch hinzu, dass Bebel wahrscheinlich seine politische Rede und seine Festrede benutzen würde, um seinen Zuhörern seine vaterlandslose Gesinnung mit

glatten Worten einzuimpfen und sie zu Handlungen geneigt zu machen, die vom Volksgewissen verurteilt werden. Die Vorgänge in Lille, wo die Führer der deutschen Sozialdemokratie, die sich mit ihrer Vaterlandslosigkeit brüsteten, von der Vaterlandsliebe und dem nationalen Empfinden der französischen Sozialdemokratie sich beschämen lassen mussten, die Ausweisung Bebels aus der französischen Republik lassen erkennen, welchen beklagenswerten Standpunkt die Führer der Sozialdemokratie einnehmen. Solche Leute, die mit unserer Stadt und unserer Bevölkerung gar keine Berührung haben, hier reden zu lassen, erscheint nicht im Interesse unseres monarchischen Staates und der staatstreuen Bürgerschaft. Der Hauptgrund für das Verbot der beiden sozialdemokratischen Veranstaltungen sind die oben angeführten räumlichen Verhältnisse und die Rücksicht auf Ruhe und Ordnung.

Meerane, den 23. September 1896.

Der Stadtrat.
Dr. Ebeling, Bürgermeister.

So setzte man damals unter schmutzige Verleumdungen den amtlichen Stempel, und die Arbeiterbevölkerung hatte kein gesetzliches Mittel, sich dagegen zu wehren. Ein gleich ungeheuerlicher Exzess war die Ausweisung des Burgstädter Parteiredakteurs Peter Braun, eines gebürtigen Preussen, aus Sachsen, ohne dass gegen ihn auch nur die geringste Untersuchung anhängig gemacht oder Strafe rechtskräftig geworden wäre. Seine Eingabe an den preussischen Gesandten in Dresden und sein Protest an den Bundesrat wegen Justizverweigerung sind unberücksichtigt geblieben. Eine neue Nuance in das Einerlei der Polizeialbernheiten brachte weiterhin die Internierung Emil Rosenows in Chemnitz. Rosenow hatte 1896 wegen angeblicher Verächtlichmachung von behördlichen Anordnungen — er hatte die amerikanischen Zollerhöhungen auf die schikanöse Erschwerung der amerikanischen Fleischeinfuhr durch die deutschen Zollbehörden zurückgeführt, und dieses „schikanös“ sollte die wider besseres Wissen ausgesprochene Verleumdung der Behörden sein — eine dreimonatige Gefängnisstrafe verbüsst; bei seiner Freilassung wurde ihm folgender Polizeiukas überreicht:

Die unterzeichnete Königliche Amtshauptmannschaft hat beschlossen, Ihnen, nachdem Sie am 18. d. M. wegen Vergehens gegen § 131 des Reichsstrafgesetzbuches eine dreimonatige Gefäng-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

nisstrafe verbüsst haben, auf Grund von §§ 1, 2, Z. 1. des Gesetzes vom 15. April 1886 den Aufenthalt in den Orten Gablenz bei Chemnitz, Niederhermersdorf, Hilbersdorf, Borna, Altendorf, Kappel, Markersdorf, Neukirchen, Grüna, Thalheim und Lugau auf die Dauer von zwei Jahren zu versagen, da mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die bisher bei Ihrem öffentlichen Auftreten und während Ihrer Leitung des „Beobachter“ zu machen gewesen sind, zu befürchten ist, dass Ihnen der Aufenthalt in den genannten Orten, in welchen entweder sozialdemokratische Vereine bestehen oder bis in die letzte Zeit sozialdemokratische Versammlungen abgehalten worden sind, in besonderem Grade die Gelegenheit zur Wiederholung von Rechtsverletzungen in der durch die vorausgegangene strafbare Handlung angezeigten Richtung darbieten und dadurch Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verursachen werde.

Im Falle der Zuwiderhandlung gegen vorstehendes Verbot haben Sie die zwangsweise Hinausbringung aus dem betreffenden Orte sowie achttägige Haftstrafe zu gewärtigen.

Chemnitz, den 6. Juli 1896.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Rumpelt.

An den Redakteur Herrn Emil Rosenow, hier.

Diese Mundtotmachung Rosenows in der näheren Umgebung von Chemnitz musste natürlich zur Folge haben, dass er sich in den Jahren 1896 bis 1898 ausschliesslich der Agitation im oberen Erzgebirge widmete — mit welchem Erfolg, zeigten später die Reichstagswahlen des Jahres 1898. Auch im 15. Kreise gab sich die Polizeiverwaltung alle Mühe, im Wettbewerb um die grösste Lächerlichkeit nicht zurückzubleiben. Sie hielt am längsten an der Auffassung fest, dass die sozialdemokratische Partei ein ungesetzlicher Verein sei und untersagte noch bis zum Jahre 1898 mit Siebdratscher Hilfe jede Parteiversammlung im 15. Kreise, gleichviel ob der Kreisvertrauensmann Genosse Gustav Semmler in Limbach oder ein anderer hilfreicher Genosse aus dem 15. oder 16. Kreise als Einberufer zeichnete.

Die Antwort, die auf alle diese Schikanen das arbeitende Volk bei den Reichstagswahlen gab, fiel leider nicht so kräftig aus, wie das zu wünschen gewesen wäre. Nach der gewaltigen Kraftanstrengung von 1890 war eine Erhöhung der Stimmenzahl zunächst nicht zu erzielen, wenigstens nicht in den alten Parteibezirken, die schon unter dem erlöschenden Ausnahmegesetz ihre volle Kraft hatten entfalten können.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Man musste sich damit zufrieden geben, dass bei der Reichstagsauflösung 1893 nach Ablehnung der Militärvorlage alle vorher eingenommenen Positionen behauptet, und auch nicht ein Fussbreit politischen Machtgebietes den Gegnern preisgegeben wurde. Im allgemeinen verlief der Wahlkampf von 1893 in Sachsen und besonders im Chemnitzer Bezirk recht ruhig und ohne besondere Zwischenfälle. Alsbald nach der Reichstagsauflösung trat am 11. Mai der Landesparteitag wiederum in Kappel zusammen und organisierte nach Auers Referat den Wahlkampf. Das Wahlkomitee für Chemnitz bildeten die Genossen Langer, Lorenz und Robert Zeissig, das Agitationskomitee für den Bezirk Langer, Lorenz und Albert. Als Gegenkandidat gegen Schippel hatten die Bürgerlichen, noch immer im Kartell vereinigt, den persönlich beliebten Oberbürgermeister André aufgestellt, der sich allen Ernstes einbildete, auf seine blosse Eigenschaft als Ehrenmann hin gewählt zu werden. Einen besonderen Kandidaten brachten von bürgerlicher Seite sonst nur die Antisemiten in dem Reformparteiler Klemm und ein geringer Teil der Fortschrittler in dem Kaufmann Protze. Schippel sprach infolge des Saalmangels wiederholt sehr eindrucksvoll unter freiem Himmel, so in der „Bahrmühle“ in Borna, wo sich unter der Aufsicht von 17 Gendarmen an 10 000 Wähler versammelt hatten, und auf dem Geiersberg, wo man seine Rede scherzend als neue Bergpredigt rühmte. Das Stimmenverhältnis war gegenüber 1890 nur ganz unwesentlich verschoben; Schippel bekam 23 296, André 9321, Klemm 4955 und der Volksparteiler 735 Stimmen. Ebenso behauptete Albert Schmidt den 15. Wahlkreis gegen den Chemnitzer Antisemitenführer Ulrich, der als konservativer Kandidat auftrat; doch war die Mehrheit noch etwas knapper als drei Jahre zuvor, 12 817 gegen 12 532 Stimmen. Ulrichs parteipolitische Vielseitigkeit verblasste indessen gegenüber der von Auers Gegenkandidat, Maschinenfabrikant Schubert, dem sogenannten Manometer-Schubert, der in den Zeiten zwischen den Wahlen als Reformparteiler die Konservativen und Nationalliberalen aufs heftigste angriff, jetzt aber Auer als nationalliberaler Kandidat gegenübertrat und zugleich in einem aussersächsischen Kreis sich als Konservativer um den Reichstagssitz bewarb. Bei einer etwas schwächeren Wahlbeteiligung fiel er geradezu kläglich mit 8184 gegen

15 234 sozialdemokratische Stimmen durch. Einen vollen Erfolg hatte auch Seifert im 19. Kreise, der noch 1000 Stimmen mehr für uns aufbrachte als bei der Wahl vor drei Jahren; als Gegenkandidat hatte er den Chemnitzer Amtshauptmann Dr. Rumpelt gehabt, den Erfinder aller möglichen Polizeiungeheuerlichkeiten und Gesetzesverdrehungen, dem eine gründliche Niederlage zu bereiten, den Genossen natürlich Lust und Ehrenpflicht war. Bedeutsamer aber waren die Fortschritte im 20. und 21. Kreise. Zwar siegte in Zschopau-Marienberg der konservative Rittergutsbesitzer v. Herder mit 10 291 Stimmen, aber der Parteiveteran Colditz aus Crimmitschau brachte es schon auf 8144 Wähler, sodass nunmehr die Eroberung dieses Wahlkreises auch in greifbare Nähe rückte. Im 21. Kreise, wo der Nationalliberale Dr. Böhme in der Stichwahl siegte, war Grenz im ersten Wahlgange mit 6918 Stimmen an die erste Stelle gerückt und in der Stichwahl mit 8760 Stimmen ebenfalls nur um etwas über 2000 hinter dem siegreichen Gegner zurückgeblieben. Franz Hofmann hatte den 22. Kreis, den er in einer Nachwahl am 15. März 1902 zuerst erobert hatte, mit leichter Mühe und 2000 Stimmen Vorsprung vor dem Konservativen Opitz behauptet. Die Partei hatte jedenfalls fleissige und ernste Arbeit geleistet. Nach dem Bericht des Agitationskomitees waren im Chemnitzer Bezirk insgesamt 227 Wahlversammlungen abgehalten worden, davon 67 von Hofmann, 60 von Grenz, 53 von Rosenow und 47 von Albert. Die gesamten Wahlausgaben des 16. Kreises erreichten 2000 Mark nicht.

Ein ähnliches Bild wie diese Reichstagswahlen zeigten auch die Landtagsnach- und Ersatzwahlen, die im Spätherbst des gleichen Jahres notwendig wurden. In Chemnitz I hatte 1893 der Fortschrittler Esche sein Mandat niedergelegt und die bürgerlichen Parteien in grosse Sorge versetzt, wie sie den Wahlkreis gegen den Ansturm der Sozialdemokratie verteidigen könnten. Bei einer Stimmenzersplitterung war nach dem Prinzip der relativen Majorität die Wahl des Genossen Robert Zeissig gewiss, und so begannen denn im bürgerlichen Lager lange Verhandlungen um die Aufstellung eines gemeinsamen Kompromisskandidaten. Den Sieg bei dieser Vorwahl trug schliesslich die frechste Gruppe davon, die Reformparteiler, die, ohne das Ergebnis der Beratungen abzuwarten, mit ihrem Kandidaten, dem Patentanwalt Teuer-

korn, ins Feld rückten und laut verkündeten, dass sie unter keinen Umständen auf einen Mann ihres Vertrauens verzichten würden. Wütend und schimpfend traten nun die anderen Parteien in der gemeinsamen Angst vor der Sozialdemokratie zurück und der Antisemit wurde mit 3573 gegen 3270 sozialdemokratische Stimmen gewählt; 470 Stimmen hatten sich auf einen fortschrittlichen Zählkandidaten abgesplittert. Zur gleichen Zeit musste auch in Chemnitz II eine Nachwahl stattfinden. Als der Parteivorstand nach Berlin übersiedelte, hatte Bebel sein sächsisches Landtagsmandat niedergelegt, aber Wilhelm Liebknecht, der Chefredakteur des „Vorwärts" wurde, hatte seinen Wohnsitz in Leipzig und seinen Landtagssitz beibehalten. Selbstverständlich konnte er an den Landtagsverhandlungen nur in geringem Umfange teilnehmen, aber seine Wähler waren nicht so kleinlich, an dieser Schwierigkeit oder an dem Doppelmandat Anstoss zu nehmen. Ganz mit Recht urteilten sie, dass die gelegentliche Anwesenheit eines Genossen wie Liebknecht in der Landesstube wertvoller sei als die dauernde Anwesenheit eines weniger hervorragenden Arbeitervertreters. Und so hatten sie denn zu Ostern 1891 einstimmig entschieden, dass Liebknecht unter allen Umständen sein Mandat beibehalten solle. Ueber seine Wirksamkeit urteilten aber die Gegner der Partei genau so wie die Chemnitzer Arbeiter, und deshalb gaben sie sich unter Führung des Hofrats Mehnert die grösste Mühe, Liebknechts Wohnsitz in Leipzig als nicht genügend zur Erfüllung der Voraussetzungen der Wählbarkeit anzusehen, und kamen endlich 1893 dazu, sein Mandat für ungültig zu erklären. Es wurde vom Genossen Seifert-Zwickau in der Nachwahl mit 3682 gegen 1919 antisemitische und 271 fortschrittliche Stimmen und 1895 bei der ordentlichen Wahl mit 3917 gegen 2887 konservativ-antisemitische Stimmen ohne besondere Mühe behauptet. Die Landtagswahlen von 1895 brachten auch den Gewinn eines neuen Kreises, des 31. ländlichen Kreises, den Franz Hofmann, auch ein Doppelmandatar, mit 1817 gegen 1195 konservative und 881 reformerische Stimmen holte. Anfang 1896 endlich, als schon der Wahlrechtsraub im Gange war, siegte Karl Grünberg-Hartha mit relativer Majorität im 14. städtischen Wahlkreise Meerane, Limbach und Hohenstein. Dieses Anwachsen unserer Landtagsfraktion auf 15 Mitglieder gab der ängstlichen Landtags-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

mehrheit Veranlassung zu dem Wahlrechtsraub, zur Einführung des Dreiklassenwahlrechts, das in der Zweiten wie in der Ersten Kammer, abgesehen von unseren Stimmen, einstimmig angenommen wurde. In der Ersten Kammer hatte die gesamte Beratung der ungeheuerlichen Entrechtungsvorlage ganze 40 Minuten in Anspruch genommen. Die Gegenaktion des arbeitenden Volkes setzte spät und nicht entfernt stark genug ein, um dieses Attentat auf ein wichtiges Volksrecht zu vereiteln. Eine ganze Reihe von Protestversammlungen gegen die Wahlrechtsverschlechterung, darunter z. B. die von Geyer für Glauchau und Hohenstein angekündigten, waren übrigens von der Polizei wegen der angeblichen Gefährdung der Staatssicherheit von vornherein verboten worden. Der proletarische Verteidigungsfeldzug für das Wahlrecht endete wegen seines völligen Misserfolges mit einem wilden Streit in den eigenen Reihen der Partei, als Schönlank die sofortige Mandatsniederlegung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und das Verbot der Wahlbeteiligung für die Zukunft als letzten Protest forderte. Zwar entschied die Landesversammlung am 8. April 1896 mit 63 gegen 34 Stimmen für die Beibehaltung der Mandate und die Beteiligung an den Wahlen auch unter dem Dreiklassenwahlrecht. Aber zunächst war der Kampf um das sächsische Wahlrecht mit einem bedeutenden politischen Verlust und durchaus ohne einen entsprechenden agitatorischen Gewinn abgeschlossen worden. Die Chemnitzer Parteigenossenschaft hatte sich von vornherein für die Wahlbeteiligung erklärt und hat von vornherein auch unter dem Dreiklassenwahlrecht den Kampf um die Landtagssitze aufgenommen. Die Resultate, die sie bei den Landtagsnachwahlen 1897 und 1899 erzielte, waren nicht gerade entmutigend, aber auch nicht politisch wirkungsvoll. Es gingen kaum mehr als die Hälfte der Arbeiterwähler zur Urne, und wenn auch z. B. 1901 5254 sozialdemokratische gegen 1180 bürgerliche Urwähler standen, so gelangte sie doch nicht erheblich über die Beherrschung der dritten Klasse hinaus. Der 39. ländliche Kreis, der auch unter dem Dreiklassenwahlrecht Hermann Goldstein als einzigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten nach Dresden entsandte, liegt nur zum Teil im Chemnitzer, zum Teil im Zwickauer Agitationsbezirk — die Landeskonferenz von 1891 hatte die Einteilung von Sachsen

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

in vier Agitationsbezirke beschlossen, und sie ist bis heute unverändert geblieben. Der entscheidende Stoss gegen das Dreiklassenwahlrecht wurde jedenfalls nicht bei den Landtagswahlen, sondern bei den Reichstagswahlen von 1903 geführt; trotzdem bezweifelt heute wohl kaum noch jemand, dass damals die „rückständigen" Bezirke mit dem Beschluss der Landtagswahlbeteiligung gegenüber den „fortgeschritteнen" und „prinzipiell aufgeklärten" das Richtige getroffen haben.

Dabei lässt sich garnicht einmal bestreiten, dass Schönlanks Bemerkung von den „rückständigen Erzgebirgswinkeln", die Leipzig überstimmt hätten, organisatorisch eine gewisse Berechtigung hatte. Der Sozialdemokratische Verein in Chemnitz war damals noch von einem recht bescheidenen Umfange. Er zählte im Jahre 1892: 1116, 1893: 1801 und 1894 wieder 1591 Mitglieder. Auch in den folgenden Jahren schwanken die Zahlen aufwärts und abwärts, ohne das zweite Tausend jemals voll zu machen. Um 2000 Mark schwankt auch die Jahreseinnahme, die allerdings in den Wahljahren bedeutend in die Höhe geht. Die Gesamtausgaben für die Landtagswahl 1891 werden für ganz Sachsen im Bericht des Landesvorstandes auf nur 8000 Mark angegeben. Chemnitz verfügte aber noch immer über verhältnismässig sehr reichliche Mittel im Vergleich besonders mit dem 17. und den beiden Obererzgebirgskreisen, die beide fast restlos auf die vom Chemnitzer Agitationskomitee aufgebrachten Mittel angewiesen waren. Als ein charakteristisches Beispiel mag erwähnt werden, dass ein so alter Parteibesitz wie der 17. Kreis drei Jahre hintereinander nicht die Mittel aufbringen konnte, um einen Delegierten zum Parteitag zu entsenden. Fast schien es, als ob die sächsische Sozialdemokratie auf einem toten Punkt angelangt sei, als ob es den staatlichen Gewalten geglückt wäre, ihrem Wachstum Einhalt zu gebieten.

Besonders der ungünstige Ausfall der Reichstagswahlen von 1898 musste diesen Eindruck ausserordentlich verstärken. Sie boten, soweit der Chemnitzer Bezirk in Betracht kam, nur einen einzigen Lichtblick, den schönen Sieg Rosenows im 20. Wahlkreise. Zur Hauptwahl standen sich dort der bisherige konservative Abgeordnete v. Herder, der Dresdner antisemitische Baumeister Hartwig und Rosenow

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

gegenüber. Herder hatte sich in Berlin durch grosse Geldaufwendungen für antisemitische Agitatoren in den geldgierigen Streit dieser Hyänen des politisch-wirtschaftlichen Schlachtfeldes hineinziehen lassen und durch allerlei andere seltsame Berliner Abenteuer viel an persönlicher Achtung verloren; politisch kam hinzu, dass er mit den extremsten Agrariern durch dick und dünn ging und zum schweren Schaden der armen Grenzbevölkerung allen Verschärfungen der Grenzsperre zustimmte. Rosenow hingegen hatte sich durch sein liebenswürdiges Wesen und seine einschmeichelnde Art zu reden bei der politisch damals noch naiven Gebirgsbevölkerung begeisterte Anhänger und persönliche Freunde in grosser Zahl erworben. Er erhielt im ersten Wahlgange 8999 Stimmen, Herder 6066 und Hartwig 4336 und siegte in der engeren Wahl mit 10 262 Stimmen, mit genau 100 Stimmen Vorsprung über den konservativen Rittergutsbesitzer.

Sonst aber war der Wahlausfall nirgends befriedigend. Im 21. Kreis war Grenz mit 8394 Stimmen noch immer um 1250 Stimmen hinter dem Nationalliberalen zurück. Im 16. Kreis stand unsere Stimmenzahl trotz des erheblichen Bevölkerungszuwachses wie angenagelt still, und das einzige Gute war noch, dass auch der bürgerliche Kompromisskandidat, der Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Enzmann, nicht vorwärts gekommen war. Unerfreulicher waren der 17. und 19. Kreis, in denen Seifert und Auer Stimmenverluste zu verzeichnen hatten, und eine schwere Niederlage erlitten die Genossen im 15. Kreis, den Pinkau um 1000 Stimmen an seinen bürgerlichen Gegenkandidaten verlor, einen Friedensrichter Uhlemann, der vor seiner Wahl buchstäblich nicht einmal die Namen der Parteien gekannt hatte und sich deshalb erst nachträglich nationalliberal nennen konnte. Diese Wahlflauheit, die mit den politischen Enttäuschungen des Proletariats nach der Ueberwindung des Ausnahmegesetzes und den günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhing, ermutigte die Reaktion zu neuen Attacken auf die übrigen noch wenigen Rechte der Arbeiter. An den Stadtverordnetenwahlen hatten unsere Genossen seit dem Fall des Ausnahmegesetzes mit erhöhtem Eifer teilgenommen. Schon 1892 hatten sie sich ein von Walther und Rosenow entworfenes Kommunalprogramm mit Hilfe der Genossen Mehnert, Langer und Päplow geschaffen, das folgenden Wortlaut hatte:

In Erwägung, dass es eine Lebensfrage für die arbeitende Bevölkerung ist, in allen öffentlichen Körperschaften des Reiches, des Landes und der Gemeinden vertreten zu sein,

dass es für die stufenweise Sozialisierung der Gesellschaft besonders wichtig ist, dass die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen auch in den Gemeinden und Stadtvertretungen verlangt wird, tritt die sozialdemokratische Partei in Chemnitz in die Agitation für die Stadtverordnetenwahlen ein.

In fernerer Erwägung, dass heute die Gemeinden unfrei und abhängig sind, erstrebt die sozialdemokratische Partei durch die Gesetzgebung: das volle unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht für die Gemeinden,

das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Wahlen und Abstimmungen in den Gemeinden,

die Uebernahme der Armenpflege durch den Staat,

die vollständige Erhaltung der Schulen und Erziehungsanstalten durch den Staat, um die Gemeinden von den dadurch verursachten drückenden Lasten zu befreien.

II.

Auf diesem Boden stehend, verlangt die sozialdemokratische Partei in Chemnitz die allmähliche Durchführung des folgenden

Minimum-Programms:

1. Aufhebung der untersten drei Steuerstufen und stärker progressive Heranziehung der grossen Einkommen.
2. Uebernahme aller öffentlichen Betriebe (Verkehrsmittel etc.) durch die Stadt.
3. Abschaffung aller Aufwendungen aus städtischen Mitteln zu religiösen und parteipolitischen Zwecken.
4. Flussbettregulierung der Chemnitz, Abstellung des gegenwärtigen gesundheitswidrigen Zustandes.
5. Abschaffung der kommunalen Biersteuer.
6. Abschaffung der Wohnungsmeldegelder.
7. Abschaffung des Submissionswesens bei Vergebung öffentlicher Arbeiten, Ausschluss der städtischen Vertreter bei Lieferungen an die Stadt. Ausführung der Arbeiten durch die Stadt selbst unter Leitung fachtechnischer Personen.
8. Festsetzung eines Maximalarbeitstages und eines Minimallohnes für die Arbeiter im städtischen Dienste nach Uebereinkunft mit den Arbeitergewerkschaften.
9. Errichtung eines Gewerbegerichts nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes, Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises und einer Arbeitsstatistik.
10. Schleunigste Inangriffnahme aller notwendigen öffentlichen Arbeiten, um der Arbeitslosigkeit des Winters und der Verelendung der Arbeiterbevölkerung zu steuern.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

11. Genaue Kontrolle über gesundheitsschädliche Arbeitsräume und Wohnungen.
12. Errichtung von Schulkantinen. Erweiterung und Einrichtung von Ferienkolonien und Milchkuren für die schwächlichen Kinder der Arbeiter.
13. Unentgeltliche öffentliche Bäder zu allen Jahreszeiten.
14. Unentgeltliche Totenbestattung.

Erst zehn Jahre später hat die sächsische Sozialdemokratie sich ein allgemeines Gemeindewahlprogramm von gleichem Werte geschaffen. Das Chemnitzer Kommunalwahlprogramm bewährte seine Zugkraft auch bei den Stadtverordnetenwahlen, bei denen unsere Genossen der bürgerlichen Stimmenzahl Schritt für Schritt näher kamen. 1890 hatten sie es auf 1100 Stimmen, 1891 auf 1300, 1892 auf 2000, 1894 auf 3000 und 1896 auf 3300 Stimmen gebracht, womit sie an die zweite Stelle rückten und die Ersatzmänner zu stellen hatten. 1897 gingen nun die bürgerlichen Parteien mit drei getrennten Listen des Kartells, der Antisemiten und der Freisinnigen vor, sodass bei der nicht sehr starken Wahlbeteiligung von 66 Prozent die ganze sozialdemokratische Liste mit 15 Mann gewählt wurde. Nur zwei bürgerliche Kandidaten, Justizrat Enzmann und Kaufmann Rüdiger, die auf allen bürgerlichen Listen gestanden hatten, waren mit durchgedrungen. Die ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten, die am 1. Januar 1898 in die Versammlung eintraten, waren von den Ansässigen Genosse Robert Hauschild, der Vorsitzende des Konfirmandensparvereins, der Schellenbergschen Krankenkasse und der Ortskrankenkasse, Landtagsabgeordneter Bäckermeister Otto, der Verleger des „Beobachter", Ludwig, der Monteur M. G. Kändler, der Gastwirt Bruno Irmscher, der Kaufmann Robert Zeissig und der Eisendreher Emil Oehme, bei den Unansässigen die leitenden Beamten des Allgemeinen Konsumvereins Karl Riemann, Heinrich Lorenz und Emil Berger, Buchhändler Albin Langer, Schneider Paul Enders, Steinmetz Adolph Schmidt, Lagerhalter Oswald Otto und Kassenbeamter Bruno Mehnert. Da unsere Genossen auch die Ersatzmänner zu stellen hatten, erhöhte sich beim Ausscheiden zweier bürgerlicher Unansässiger ihre Zahl noch durch die Genossen Karl Walther und Werner (Altchemnitz), von denen der erstere freilich im nächsten Jahre starb und von den dankbaren Chemnitzer Proletariern in

feierlichem Zuge zu Grabe geleitet wurde. Riemann konnte wegen einer kleinen politischen Freiheitsstrafe sein Amt nicht übernehmen; an seine Stelle trat Genosse Hermann Hafner. Im nächsten Jahre, als ein weiteres Drittel der Stadtvertretung zu wählen war, hatten die Bürgerlichen ihre Listen restlos wieder vereinigt und siegten mit 6054 gegen 4134 sozialdemokratische Stimmen. Aber nun fanden sie auch, dass sie sich genug geängstigt hatten, und dass sie bei diesem Listenwahlverfahren willenloses Spielzeug in der Hand der antisemitischen Gruppe waren, die eine immer höhere Zahl von Stadtverordnetenmandaten und Stadtratssitzen verlangte, widrigenfalls sie mit einer Sonderliste aufwarten würde. Ausserdem glaubte man nach dem Ausfall der Reichstagswahlen von 1898 annehmen zu dürfen, dass das arbeitende Volk sich eine Wahlentrechtung sozusagen widerstandslos und ohne jede nachhaltige Erbitterung gefallen lassen würde und nahm sich an der glatt verlaufenen Entrechtung der Leipziger Kommunalwähler ein schlechtes Beispiel. Nachdem am 1. November 1898 die Gemeindewahlen gewesen waren, lief bereits am 10. November 1898 ein Antrag des Rechtsanwalts Gaitzsch auf Einführung des berufsständischen Wahlrechts ein und fand auch hier trotz des erbitterten Protestes der Arbeitervertreter in beschleunigter Beratung einstimmig Annahme durch alle bürgerlichen Stadtverordneten. Das neue Wahlrecht ist die dreisteste Beleidigung einer politisch mündigen Arbeiterschaft, die man sich denken kann. Es stopft zunächst die gesamte invalidenversicherungspflichtige Arbeiterklasse in eine besondere Abteilung mit neun Vertretern (Abteilung B). Es gibt sodann in den Abteilungen C, D und E den Beamten, Kaufleuten und Gewerbetreibenden und gelehrten Berufen eine an Zahl von vornherein ausschlaggebende Vertretung, die für die Bürgerlichen noch dadurch besonders gesichert ist, dass man wahlberechtigt erst von 2500 Mark Einkommen an wird. Endlich werden alle übrigen Gemeindebürger, die weder zur Klasse B gehören noch in den privilegierten Klassen mit über 2500 Mark Einkommen stecken, wahlberechtigt in einer Abteilung A, die auch noch in zwei Unterabteilungen, Klasse A1 mit einem Einkommen bis zu 1900 Mark und Klasse A2 mit einem Einkommen bis zu 2500 Mark, getrennt ist. Zum Ueberfluss müssen in jeder Klasse mindestens die Hälfte der Ge-

wählten Hausbesitzer sein, und auch die Geheimhaltung des Wahlrechts ist nicht gesichert, da Wahlzettel von jeder beliebigen Grösse und Form zugelassen werden. Mit dieser Wahlrechtsänderung war denn allerdings die Chemnitzer Arbeiterschaft gründlich entrechtet, auf 9 Mandate kaserniert wie Dirnen in einem verrufenen Stadtviertel, und ohne jede Aussicht, in der nächsten Zeit irgendwelchen weitergehenden Einfluss auf die städtische Verwaltung zu erlangen.

Fügen wir noch hinzu, dass auf Antrag des „Mittelstandsretters“ Biener, jetzt leider Landtagsabgeordneten für Chemnitz I, die Stadtverordnetenversammlung beschloss, durch den Rat der Stadt den städtischen Beamten erklären zu lassen, dass es unvereinbar mit ihrem Beamteneid sei, einem Konsumverein anzugehören, dass eine ganze Reihe von Polizeiverwaltungen im Erzgebirge sogar die Mitgliederlisten der Konsumvereine einforderte, indem sie sie für politische Vereine erklärte, dass man im Staat und in der Gemeinde fortwährend mit Umsatzsteuerplänen die Genossenschaftsbewegung zu erdrosseln versuchte, so haben wir das Bild der Arbeiterentrechtung in Sachsen am Jahrhundertende in seinen wesentlichen Umrissen gezeichnet. Die politische Gesamtlage wird beherrscht durch den Zusammenschluss aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterbewegung in massloser Sozialistenfurcht. In blindem Schrecken vor der roten Farbe — sogar orangefarbene und rosa Taschentücher oder Fähnchen wurden als revolutionäre Abzeichen angesehen und an ihren Trägern geahndet — hatten die Industriellen und Kaufleute auf jede Vertretung ihrer eigenen Interessen verzichtet und über sich im Landtage eine gewaltige konservativ-agrarische Mehrheit, in der Stadtvertretung ein zünftlerisches Antisemitenregiment und im ganzen öffentlichen Leben eine zügellose Polizeiwirtschaft gesetzt. Der Furcht vor dem Näherkommen einer Lebensgefahr hatte die sächsische Bourgeoisie den raschen Tod durch eigene Hand vorgezogen. Schon 1890 hatte der freisinnige Verein in Chemnitz mit 22 gegen 20 Stimmen von seinen 42 Mitgliedern den Eintritt ins liberal-konservative Kartell beschlossen, gegen das im übrigen Deutschland gerade die Richterianer den leidenschaftlichsten Kampf führten. Diese Kartellpolitik hatte das ganze Bürgertum immer ausnahmsloser in ihren Bann gezogen, und Bureaukratie und Reaktion zur unumschränkten Herrschaft gebracht. Und ein

paar Jahre mochte es wirklich scheinen, als ob das Bürgertum mit seiner Abdankung zugleich die Arbeiter schachmatt gesetzt hätte. Namentlich in dem Erzgebirgsbezirk war das organisatorische Leben jetzt flauer als zehn Jahre zuvor unter dem Ausnahmegesetz, die parlamentarisch-politische Macht der Arbeiterklasse kaum grösser. Aber wie rasch wurde die ruhebedürftige Bourgeoisie unsanft aus ihrem Wahn aufgescheucht! Bald gab das Proletariat wieder seine revolutionäre Kampfeslosung: „Ich werde sein und wiederum voraus den Völkern werd' ich gehn! Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich stehn!"

»DRUM VORWÄRTS! WIR MARSCHIEREN«

Nur chronikartig kann im allgemeinen die Darstellung der jüngsten Vergangenheit der ChemnitzerArbeiterbewegung sein. Seit dem Siege des Fabriksystems in Chemnitz hat irgendeine qualitative Veränderung der wirtschaftlichen Grundlagen der Entwicklung im Stadt- und Landgebiet nicht stattgefunden. Der interessante Kampf zwischen Finanzkapital und Industriekapital, Handelspolitik oder Produktionspolitik, der in Hamburg oder Frankfurt a. M. die Geschichte der letzten Jahrzehnte belebt und in reizvollen Untersuchungen den Wert der ökonomischen Methode der Geschichtsschreibung bekräftigt, fehlt hier vollständig. Nur eine leise Verschiebung der Wirtschaftsgrundlage tritt dadurch ein, dass der Hammer das Uebergewicht über die Spindel erlangt. Traf man vor einer grösseren Reihe von Jahren einen reichgewordenen Chemnitzer, so genügte, um den Quell seines Wohlstandes zu erfahren in der Regel die Frage: Trikot oder Strümpfe? Für die weitere Umgebung von Chemnitz, insbesondere für den 15. und 17. Kreis, ist das im allgemeinen auch heute noch richtig. Im 16. Kreise ist aber die Metallindustrie und der Maschinenbau gegenwärtig weit über die Textilindustrie hinausgewachsen. Dabei ist die Textilindustrie immer mehr ein Frauenerwerb geworden, während die Männer der Metallverarbeitung zuströmten. Die Mitarbeit der Frauen, vielfach auch der verheirateten, im Erwerb des Unterhalts für die Familie hat eine ganz ausserordentlich starke Ausdehnung erfahren. Nicht weniger als 19 376 Fabrikarbeiterinnen, 3516 Arbeiterinnen im Handel, Verkehr und Schankgewerbe und 1372 weibliche Angestellte wurden schon bei der letzten Gewerbezählung in Chemnitz ermittelt. Dazu dürften von den 6000 „selbständigen“ Frauen im Chemnitzer Erwerbsleben noch mindestens ¾ ihrer Lebenshaltung nach glattweg zum Proletariat zu rechnen sein.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Sowohl die Textil- wie die Maschinenindustrie von Chemnitz sind Ausfuhrindustrien, aber während die Textilindustrie unter den Einfuhrerschwerungen des Auslandes und dem Aufkommen neuer Konkurrenzländer ausserordentlich zu leiden hatte, bot gerade die industrielle Entwicklung auch fremder Staaten dem Maschinenbau die Gelegenheit zur Erringung immer neuer Absatzgebiete. Und wenn die verkehrte Handelspolitik des Reiches ihm z. B. den russischen Markt verschloss, entschädigte sich wenigstens ein Teil der Kapitalisten dafür durch Gründung neuer Zweigfabriken im Zarenreiche. Bei der letzten Gewerbezählung am 12. Juni 1907 weist Chemnitz 18 029 Hauptbetriebe mit 113 367 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen auf. Genau die Hälfte dieser Arbeiterbevölkerung findet sich in den Betrieben der Textilindustrie und Maschinenindustrie, einschliesslich der Metallverarbeitung; die letztere umfasst 941 Betriebe mit 34 032 Arbeitskräften, die Textilindustrie 1310 Betriebe mit 22 382 Arbeitskräften. Noch im Jahre 1897 ist das Stärkeverhältnis der beiden Industrien zueinander nahezu umgekehrt gewesen. Dass sie exportieren musste, machte die Chemnitzer Bourgeoisie keineswegs freihändlerisch. Im Gegenteil, je schwieriger die Behauptung der Stellung auf dem Weltmarkte wurde — und die Ausfuhr von Strümpfen, Handschuhen und Strickwaren aller Art ging besonders infolge der Mac Kinley-Bill und des Payne-Aldrich-Tarifs ständig zurück —, desto mehr Wert legte sie auf die unumschränkte Beherrschung des Inlandmarktes. Dabei erzeugten die Zollerhöhung und Zollschikanen des Auslandes bei den Chemnitzer Unternehmern einen masslosen Hass gegen alle fremden Staaten. Je mehr eine Zeitung oder eine Partei das Ausland und die Ausländer beschimpft, desto sicherer kann sie auf uneingeschränkten Beifall und die Unterstützung aller derer rechnen, die im Gedankenkreise des Chemnitzer Geldbürgertums leben. Mit dieser papiernen Wutpolitik rächt sich die Unternehmerseele für die harten Bedingungen, die sie beim Verkauf an das Ausland vielfach hinnehmen muss.

Selbstverständlich ist der Grossbetrieb weit entwickelt, man kann sagen, nach der Bedeutung der hergestellten Waren alleinherrschend. Die Arbeiterzählung vom 1. Mai 1909 ergab für Chemnitz 52 Betriebe mit mehr als 200 Arbeitern,

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

35 Betriebe mit 200 bis 500 Arbeitern, 12 Betriebe mit 500 bis 1000 Arbeitern, 5 Betriebe mit mehr als 1000 Arbeitern. Die Industriearbeiterschaft in Chemnitz weist nächst Plauen den höchsten Anteil an der gesamten Bevölkerungszahl auf, die Arbeiterschaft überhaupt ist hier prozentual zahlreicher als in Rixdorf, Gelsenkirchen oder Bochum und sämtlichen deutschen Städten überhaupt, ausser Nürnberg. Aber neben der Grossindustrie in den führenden Berufszweigen hat sich in den kleineren Gewerben, besonders in der Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie, im Handelsgewerbe und in der Schankwirtschaft ein sehr zahlreicher Mittelstand erhalten, der, wenn man einmal die Arbeiter entrechtete, weitaus die grösste Zahl von Angehörigen stellte. Er wurde die Grundlage der antisemitischen Bewegung, die 20 Jahre hindurch etwa von der Mitte des neunten Jahrzehnts an starke Verbreitung gewann. Eine antisemitische Politik hat das Kleinbürgertum natürlich deswegen doch nicht treiben können, weil es etwas Derartiges ja nicht gibt. Die Interessen der Mittelständler waren dazu viel zu verschiedenartig. Während die einen ganz von den Aufträgen und Vorschüssen abhingen, die ihnen ein Grossindustrieller zukommen liess, suchten die anderen noch immer den verzweifelten Konkurrenzkampf gegen ihn durchzuführen. Als Arbeitgeber war ihnen allen jede selbständige Regung der Arbeiterschaft bis in den Tod verhasst, aber ein grosser Teil von ihnen war doch von der Arbeiterkundschaft, von der Kaufkraft des Proletariats vollständig abhängig. Praktisch lief also die antisemitische Bewegung auf ein paar Schikanen gegen Grossunternehmer und Arbeiterklasse hinaus, die sie beide wenigstens von dem Einfluss im Staate auszuschalten suchte. Im übrigen war dieser sächsische Antisemitismus weniger ein Sozialismus der dummen Kerls, als ein Anarchismus der rohen. Wehe dem Ausländer, Arbeiter oder Juden, der nichtsahnend in den „Deutschen Krug“ eintrat. Mit Hepp-hepp, Anrempelungen und Prügeln wurde er hinausgetrieben und neuer teutscher Männerstolz tobte sich ob dieser Heldentat im Massenkonsum von Tschechenbier aus. Allmählich dämmerte es auch der sächsischen Bourgeoisie, dass die politische Herrschaft rückständiger und beschränkter Antisemitencliquen sie selbst viel schwerer schädige als die Arbeiterklasse. So haben sie denn seit 1902 mit Hilfe des Verbandes Sächsischer

Industrieller und seines Organisators Dr. Stresemann den Kampf um die Staatsgewalt wieder aufgenommen, immer ängstlich bemüht, Agrar-Antisemiten und klassenbewusste Proletarier in einem gewissen Gleichgewicht zu halten und sich als Zünglein an der Wage die ausschlaggebende Stellung zu sichern. Die unentbehrlichen Wählerscharen suchen sie dabei, jungliberal verkleidet, in den Kreisen der rasch anwachsenden Schicht der Privatbeamten und Handlungsgehilfen und bei den „nationalen" Arbeitern. Ihr grösster politischer Erfolg war die sächsische Landtagswahlreform von 1908, deren Pluralwahlrecht ganz auf die Bevorzugung der liberalen Wählerkreise zugeschnitten ist. Ihr nächstes Ziel ist eine gleichartige Reform der Ersten Kammer, zu der freilich bisher weder die konservative noch die sozialdemokratische Partei die Hand geboten hat. Auch die schwere Niederlage im jüngsten Reichstagswahlkampf hat die sächsischen Industriellen keineswegs entmutigt; sie arbeiten nach wie vor aufs eifrigste an der Verstärkung ihres politischen Einflusses.

Das ist der allgemeine wirtschaftliche und politische Rahmen, in dem sich hier die Arbeiterbewegung der letzten anderthalb Jahrzehnte abgespielt hat. Die Wahlniederlage von 1898 drängte sie mit aller Macht auf die notwendigen organisatorischen Reformen hin. Die Besserung begann zuerst auf dem Gebiete des Pressewesens, wo es allerdings höchste Zeit war. Während der „Beobachter" noch immer dreimal täglich im bescheidenen Umfange und in geringer Auflage erschien, waren grosse kapitalistische Tageszeitungen entstanden, zuerst die sozusagen linksliberalen „Neuesten Nachrichten", dann von 1898 an die „Allgemeine Zeitung", die zu billigen Preisen grosse Auflagenziffern erreichten und sich zu fruchtbaren Inseratenplantagen auswuchsen. Sollte die Arbeiterpresse nicht ganz ins Hintertreffen geraten, so muste rasch etwas Durchgreifendes geschehen. Die Misstimmung über den „Beobachter" hatte denn unter den Genossen auch bereits einen gewaltigen Umfang angenommen. Verständlicherweise richtete sie sich zunächst gegen Emil Rosenow, dem man zum Vorwurf machte, dass er um des 20. Kreises willen das Blatt vollkommen vernachlässigte. Wie aus den alten Jahrgängen des „Beobachter" sich jeder überzeugen kann, ist dieser Vorwurf unbegründet. Rosenow, der

seine Artikel zu signieren pflegte, hat ausserordentlich viel über alle möglichen Gebiete des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens geschrieben. Gedanklich gehen seine Artikel nicht sehr tief, aber sie sind glatt, drastisch und leicht verständlich. Die herbe Kritik, die er erfuhr, lud ihm die Mängel des technischen Betriebes auf. Dass tatsächlich das Blatt vollkommen unzureichend geworden war, mag der nachstehende Brief Auers an die Presskommission bezeugen:

Berlin SW., den 6. 2. 1899.

Werter Genosse!

Unter Kreuzband sende ich Ihnen einige Parteiblätter, in denen Berichte über die Reichstagsverhandlungen vom vorigen Mittwoch abgedruckt sind.

Veranlassung dazu gibt mir die Art und Weise, in der über diese Verhandlung im „Beobachter“ berichtet wird. Während unsere gesamte Parteipresse der Frage der Wahlfreiheit und des Schutzes des Wahlgeheimnisses von jeher ein besonderes Interesse gewidmet hat, speist der „Beobachter“ meine diesbezüglichen Ausführungen mit ein paar nichtssagenden Zeilen ab. Das, was der „Beobachter“ von meinen Ausführungen, die sich speziell auch mit sächsischen Vorgängen und Ereignissen im 17. Wahlkreis beschäftigten — gebracht hat, stand auch in der „Leipziger Zeitung“ und im „Vogtländischen Anzeiger“. Da brauchen unsere Genossen den „Beobachter“ nicht zu lesen, sondern können ihr örtliches Klatschblatt abonnieren, wenn das Parteiblatt den Abgeordneten des eigenen Kreises doch auch ignoriert.

Es ist zwar nicht das erstemal, dass der „Beobachter“ einfach tut, als wenn ihn meine Person und der 17. Kreis garnichts anginge, im Gegenteil, auch Rosenow hat grundsätzlich in derselben Weise verfahren. Ich habe mich nie darüber geäussert, weil es mir ein bisschen albern klingt, gewissermassen pro domo zu reden.

Jetzt kommt aber ein anderer Grund dazu, der mich zwingt, die Sache zur Sprache zu bringen. In Zwickau ist man recht wenig erbaut über die Hilfe, die dem Chemnitzer Unternehmen von Parteiwegen wird. Man fürchtet dort die Konkurrenz und frägt, ob sich nach der Fusion von Burgstädt und Chemnitz nicht eine Neueinteilung der Jagdbezirke, d. h. die Abtretung des 17. Bezirkes an Zwickau empfehle?

Diese Frage kann unter Umständen sehr akut werden und es dürfte Euch auch in Chemnitz nicht unbekannt sein, dass in Meerane und Glauchau sehr viel Verständnis dafür vorhanden ist.

Mir kann die Sache gleichgültig sein, denn weniger Unterstützung, wie mir der „Beobachter“ bisher in meinem Kreis geleistet hat, kann mir das „Volksblatt“ auch nicht leisten.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Schliesslich ist es nicht meine Art, mich in der Partei hervorzudrängen oder für mich Reklame zu machen. Ich stehe auch im Reichstage gern zurück und lasse andere sich zeigen. Aber systematisch totgeschwiegen zu werden vom Parteiorgan des eigenen Kreises, das geht doch über das Bohnenlied. Ihr werdet also machen, wie Ihr es am besten haltet, aber Ihr solltet nicht vergessen, dass in Zwickau Erben lauern.

Mit besten Grüssen

Ihr J. Auer.

Die von den Chemnitzer Genossen eingesetzte Presskommission, an deren Spitze Eduard Zeissig stand, suchte zunächst Besserung zu schaffen, indem sie den Verleger Ludwig zur Einstellung eines zweiten Redakteurs veranlasste. Die Wahl fiel auf Ludwig Salomon-Lessen. Aber selbstverständlich vermochte auch dieser auf der gegebenen Grundlage des dreimal wöchentlichen Erscheinens bei vier- bis sechsseitigem Umfange des Blattes nichts Zufriedenstellendes zu schaffen. Die Einführung einer täglichen Erscheinungsweise lehnte Ludwig als zu riskant ab, erklärte sich aber bereit, das Blatt und die Druckerei an die Parteigenossen zu verkaufen. Während noch die Verhandlungen über den Preis schwebten, die zu einer Einigung nicht führten, bot sich den Chemnitzer Genossen eine verlockendere Aussicht, die Verschmelzung des Blattes mit der Burgstädter „Volksstimme". Als 1890 das Ausnahmegesetz gefallen war, hatten die Vertrauensleute des 10., 14. und 15. sächsischen Kreises, Gustav Semmler-Limbach, Ernst Streune-Lunzenau und Karl Geilert-Döbeln mit dem Genossen Walther, dem Verleger der obenerwähnten „Burgstädter Zeitung" Verhandlungen wegen der Uebernahme des Blattes in Parteiregie angeknüpft. Die „Burgstädter Zeitung" hat ihnen unter dem Ausnahmegesetz treffliche Dienste geleistet, insbesondere so lange noch Dr. Max Vogler in Lunzenau die Redaktion für das fürstliche Honorar von 10 Talern im Monat geführt hatte. Vogler war politisch wie literarisch gleich unterrichtet und erfreute sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung höchster Achtung. Sein Roman „Der Herr Kommerzienrat" hatte einen grossen Leserkreis entzückt, und als der Kommerzienrat Hermann Vogel-Lunzenau sich durch die Schilderung eines hartherzigen Kapitalisten getroffen fühlte und wegen Beleidigung klagte, erzielte er zwar eine Verurteilung einiger Kolporteure des Ro-

mans — Voglers „Straftat“ war bereits verjährt —, aber dadurch wurde das gerichtlich eingezogene Werk um so eifriger heimlich verbreitet und gelesen. Kurz vor dem Erlöschen des Ausnahmegesetzes war aber Dr. Vogler gestorben, und die „Burgstädter Zeitung“ nun verwaist. Voglers Name ist im Streit mit den Jungen noch einmal in merkwürdigem Zusammenhang mit Chemnitz genannt worden. Einige persönliche Freunde des verstorbenen Dichters hatten einen Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für ihn erlassen, und die „Magdeburger Volksstimme“ diesen als einen Beweis für die Versumpfung der Sozialdemokratie und den kleinbürgerlichen Geist aufgegriffen, der angeblich in weiten Parteikreisen herrschen sollte. Dem damals unter Leitung von Kampffmeyer und Hans Müller stehenden Jungen-Organ hatte der Leipziger „Wähler“, der Vorläufer der „Leipziger Volkszeitung“, zornig erwidert, Vogler sei eines armen Webers Sohn und zeitlebens ein echter Proletarier gewesen; im übrigen brauche sich niemand um das Klassenbewusstsein der Chemnitzer Arbeiter zu kümmern, für deren Prinzipientreue könne sich ein jeder verbürgen. Das Denkmal für Vogler ist einige Jahre später enthüllt worden und manche andere seither, ohne dass in der Tat die Arbeiter zu Kleinbürgern geworden wären.

Voglers Stellung in der „Burgstädter Zeitung“ wurde nicht wieder ausgefüllt. Die Erfahrung, die fast allerwärts gemacht worden ist, dass die alten Verleger der Parteiblätter nicht einzusehen vermögen, wann der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um abzutreten und der Arbeiterschaft das Eigentum am eigenen Blatt zu übertragen, erfüllte sich auch an ihr und an Walther, der während des Ausnahmegesetzes in hervorragendstem Masse Ueberzeugungstreue, Energie, Mannesmut und Opferfähigkeit für die Partei bewiesen hatte. Jetzt verkaufte er, gereizt über die Angebote der Genossen, die ihm zu gering erschienen, sein Blatt gegen eine Baranzahlung von 50 Mark an einen ausgesprochenen politischen Gegner und zog sich verärgert von dem ganzen Unternehmen zurück. Er ist später nach dem Bankrott der „Burgstädter Zeitung“ ruhelos von Burgstädt nach Zschopau, von Zschopau nach Chemnitz und von hier nach Zwickau gegangen und schliesslich verwirrten Geistes und im Elend am 29. Juli 1898 gestorben. Die Genossen der drei Kreise aber gingen unter der Leitung von Albert Schmidt, der von der „Wurzener

Zeitung“ herübergekommen war, mutig an die Gründung einer eigenen Druckerei und eines neuen Organs. Zum 1. Januar 1891 erschien die „Volksstimme“, zunächst freilich noch zwei volle Monate in Leipzig in der Druckerei des „Wählers“ gedruckt. Am 1. März 1891 wurde der eigene Betrieb in Burgstädt, Augustusstrasse 411, eröffnet. So bescheiden das Unternehmen auch anfangs eingerichtet worden war, hatte es doch immerhin eine Ausgabe von 14 000 Mark erfordert, von denen 8000 Mark durch verzinsliche Obligationen aus den Kreisen der Genossen aufgebracht worden waren. Es waren sauer verdiente Groschen braver Parteigenossen, die im Vertrauen auf die gute Sache und die leitenden Genossen bereitwillig hergegeben wurden. So erschien eines Sonntags ein alter Arbeiter aus der Papierfabrik in Penig, zog sein rotes Taschentuch unter der Weste hervor und gab die darin eingeschlagenen 1000 Mark ohne alle Förmlichkeiten mit den Worten her: „Mein Freund und Genosse Streune in Lunzenau hat mich ersucht, meine Ersparnisse der Parteidruckerei zur Verfügung zu stellen.“ So opferwillig trugen viele bei, und sie gaben ihre Sparpfennige in gute Hände. Unter dauernder Mitwirkung der drei genannten Genossen — Semmler war Vorsitzender der Presskommission der Burgstädter „Volksstimme“, solange sie bestand — leitete Genosse Emil Landgraf als Geschäftsführer und Expedient das Blatt so geschickt und sparsam, dass schon im Jahre 1895 alle finanziellen Verpflichtungen erfüllt waren. 1898 war die Druckerei, deren Wert inzwischen auf 35 000 Mark erhöht war, wiederum schuldenfrei. Diese Leistung war um so grösser, als im Gegensatz zum „Beobachter“ die neue Parteizeitung kein Blatt vor den Mund nahm und infolgedessen in den 7 Jahren ihres Bestehens mit 5 Jahren 10 Monaten 3 Wochen Gefängnis und 1186 Mark Geldstrafe beglückt wurde. Davon waren auf Albert Schmidt 15 Monate, auf Oskar Fröhlich 25 Monate 2 Wochen, auf Oskar Heinig 2 Monate, auf Albert Krahl 7 Monate, auf August Diehl, einen früheren Offizier, 16 Monate, auf Paul Starke und Georg Schöpflin je 1 Monat und auf Emil Landgraf 3 Wochen Gefängnis entfallen. Schmidt als Reichstagsabgeordneter und Landgraf als Verleger wurden allerdings durch das Reichsgericht von der gesetzwidrig verhängten Strafe befreit. Im Jahre 1898 musste das Blatt seine bisherigen Räume verlassen und

Burgstädter Volksstimme 1891 bis 1898

Redaktion und Verlag der Burgstädter »Volksstimme« 1891 bis 1899

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

war gerade im Begriff, mit Hilfe des Parteivorstandes ein eigenes Grundstück in Burgstädt zu erwerben, als die Chemnitzer Genossen den schon von der Landeskonferenz in Zwickau 1892 empfohlenen Plan einer Verschmelzung der „Volksstimme“ und des „Beobachter“, der beiden dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter, zu einem Tageblatt wieder aufnahmen.

Wie Walther, zeigte sich nun auch der bisherige Verleger des „Beobachter“, Ludwig, unzugänglich für die Anforderungen des gegenwärtigen Augenblickes. Er stellte für die Abtretung seines Verlages Forderungen, die die Chemnitzer Parteigenossenschaft nicht zu erfüllen in der Lage war, und ging schliesslich, als die Einigung nicht erfolgte, mit seinen Klagen und Beschwerden an die Oeffentlichkeit. Auch in diesem Falle erfolgte der notwendige Ausbau der Parteipresse unter recht hässlichen Begleiterscheinungen, ohne dass doch dadurch die Entwicklung der neuen Arbeiterzeitung gehemmt worden wäre. Am 1. April 1899 erschien die erste Nummer der Chemnitzer „Volksstimme“, einstweilen noch in Burgstädt gedruckt, bis die neue Druckerei in Chemnitz, Uferstrasse 14, fertiggestellt war. Alle 8 Kreise, der 10., 14., 15., 16., 17., 19., 20. und 21., und die beiden Presskommissionen hatten der Verschmelzung zugestimmt und die notwendigen Vereinbarungen getroffen. Geschäftsführer der offenen Handelsgesellschaft wurde Landgraf, ausserdem traten in die Handelsgesellschaft Emil Berger und Eduard Zeissig von Chemnitz, Gustav Semmler von Limbach und Albin Reichelt-Chemnitz als Vertreter des Textilarbeiterverbandes ein. Der geschäftliche Erfolg der Burgstädter „Volksstimme“ beruhte nämlich zu einem nicht geringen Teil darauf, dass dort auch der „Textilarbeiter“ gedruckt wurde, den Walther 1889 gegründet und der Verband 1891 als sein Organ übernommen hatte. Jetzt machte auch dieses Organ den Umzug nach Chemnitz mit und blieb hier, bis die Redaktion Ende 1906 an den Sitz des Hauptvorstandes nach Berlin verlegt wurde. An die Stelle des „Textilarbeiters“ trat dann für ein Jahr der Druck des „Arbeiter-Radfahrers“, des Organs des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“, der indessen bald durch Polizeischikanen nach dem hessischen Offenbach gedrängt wurde. Trotzdem hat sich das Blatt geschäftlich sehr günstig entwickelt, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN DER »VOLKSSTIMME«

	Abonnement	Inseraten	Drucksachen
	Mark	Mark	Mark
Vom 1. April 1899 bis 30. Juni 1900	70000.—	48280.—	57100.—
„ 1. Juli 1900 „ 30. „ 1901	72650.—	48600.—	59200.—
„ 1. „ 1901 „ 30. „ 1902	78700.—	49600.—	59800.—
„ 1. „ 1902 „ 30. „ 1903	97000.—	73300.—	62700.—
„ 1. „ 1903 „ 30. „ 1904	138200.—	101200.—	88650.—
„ 1. „ 1904 „ 30. „ 1905	134800.—	104200.—	85500.—
„ 1. „ 1905 „ 30. „ 1906	140000.—	114000.—	100500.—
„ 1. „ 1906 „ 30. „ 1907	170800.—	146300.—	130000.—
„ 1. „ 1907 „ 30. „ 1908	187600.—	158300.—	97000.—[1]
„ 1. „ 1908 „ 30. „ 1909	184500.—	170300.—	54500.—[2]
„ 1. „ 1909 „ 30. „ 1910	200400.—	197650.—	64270.—
„ 1. „ 1910 „ 30. „ 1911	265000.—	238800.—	63000.—
„ 1. „ 1911 „ 30. „ 1912	319250.—	273200.—	89150.—

[1] Der Rückgang an Einnahmen für Drucksachen ist durch den Weggang des »Textilarbeiter« begründet. //
[2] Der Rückgang an Einnahmen für Drucksachen ist durch den Weggang des »Arbeiterradfahrer« begründet.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Grosse Schwierigkeiten machte die Wahl der Redaktion für das neue Parteiblatt. Vom „Beobachter“ wurde Ludwig Lessen übernommen, der wegen der Angriffe Ludwigs auf die Partei schon vorher dort ausgetreten war, von der Burgstädter „Volksstimme“ Georg Schöpflin. Den leitenden Redakteur suchte man lange vergeblich weit und breit. Adolph Geck und mehrere andere, an die man sich gewandt hatte, lehnten schliesslich ab. Bebel, der bei der Verschmelzung der beiden Blätter zusammen mit Auer in hervorragendem Masse mitgewirkt hatte, schlug Konrad Hänisch vor, der für Ludwigshafen, wo er damals wirkte, zu scharf sei. Aber die Wahl fiel auf den von Ignaz Auer empfohlenen Redakteur des „Vorwärts“, August Enders, einen Buchdrucker von Beruf, der unter dem Ausnahmegesetz Geschäftsführer des Leipziger „Wähler“ gewesen war und danach das Erfurter Parteiblatt geleitet hatte. Die ersten Redaktionsräume lagen, bis der Neubau an der Uferstrasse fertiggestellt war, in dem vom Genossen Bruno Irmscher 1890 gegründeten Restaurant „Hoffnung“ in der Unteren Georgstrasse, in dem die Partei seit nunmehr 20 Jahren fast alle wichtigen vertraulichen Besprechungen und Sitzungen abgehalten hat. Von den ersten Redakteuren des Blattes leitet heute noch Kollege Enders das Feuilleton. Lessen ging schon Anfang 1901 an die „Neue Welt“, und an seine Stelle trat Otto Rühle, der 1902 zusammen mit Schöpflin die Redaktion verliess. Schöpflin übernahm die Leitung der neugegründeten „Volkszeitung für das Muldental“, an die die „Volksstimme“ den 14. Kreis abtrat, Rühle zunächst die Leitung des „Harburger Volksblattes“. An ihre Stelle traten Max Schneider, ein gebürtiger Chemnitzer, jetzt Redakteur in Nürnberg, und Gustav Noske aus Brandenburg, der in den 5 Jahren zuvor die „Königsberger Volkszeitung“ redigiert hatte. Im Jahre 1905 war Ernst Kreowski, 1906 Hermann Wendel und von 1908 bis 1911 Ludwig Bartels im Blatte tätig. Die gegenwärtige Redaktion besteht aus den Genossen Aug. Enders (seit 1899), Gustav Noske (seit 1. Juli 1902), Max Müller (seit 1. April 1906), Karl A. Meyer (seit 1. März 1907), Hermann Müller (seit 1. Januar 1909), E. Heilmann (seit 1. Februar 1909) und Hermann Seyfarth (seit 1. Oktober 1911). Das Wachstum der Leserzahl des Blattes in den einzelnen Kreisen veranschaulicht die nachstehende Uebersicht:

ABONNENTENSTAND DER »VOLKSSTIMME«

	10. Kreis	14. Kreis	15. Kreis	16. Kreis	17. Kreis	19. Kreis	20. Kreis	21. Kreis	Auflage
1899	2200	875	2670	3825	1450	2250	520	480	13270
1900	2250	850	2790	5250	1900	1700	630	600	15970
1901	2150	820	2750	5300	2000	2000	670	630	16320
1902	2400	790	2900	5750	2350	2150	700	730	17770
1903	2800	—	5000	10000	4000	3500	1700	1650	28650
1904	2900	—	4900	10550	4200	3820	1570	1650	29590
1905	2850	—	4500	9700	3950	3500	1350	1525	27375
1906	2900	—	4800	11300	4200	3650	1400	1660	29910
1907	3700	—	6250	14400	5550	4970	2150	2670	39690
1908	3500	—	5950	13200	5300	4900	2250	2900	38000
1909	3350	—	5900	14500	5250	4900	2050	2975	38925
1910	3400	—	6300	16450	5650	5900	2600	3425	43725
1911	3550	—	6950	20800	5900	6200	3125	3600	50125
1912	4160	—	8490	25280	6250	7350	3920	5330	60780

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Gerichtliche Verfolgungen sind selbstverständlich auch der „Volksstimme“ nicht erspart geblieben. Allein in den letzten drei Jahren sind gegen ihre Redakteure 20 Monate und 3 Wochen Gefängnis verhängt worden, und die Anzahl der Geldstrafen ist Legion. Diese Liebenswürdigkeiten der staatlichen Gewalt sind aber dem Blatte ausgezeichnet bekommen, und namentlich der 16. Kreis hat mit 60 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler als Abonnenten des Parteiblattes einstweilen den Rekord für Sachsen erreicht.

Genau in derselben Weise wie die Arbeiterpresse wurde auch die Parteiorganisation auf neuen, gesünderen Grundlagen mächtig entwickelt. Am 1. Oktober 1899 wurde der erste Kreiswahlverein für den 16. sächsischen Reichstagswahlkreis gegründet. Den ersten Vorstand bildeten Karl Riemann und Albin Langer als Vorsitzende, Robert Zeissig, Heinrich Lorenz und Bruno Irmscher als Beisitzer. Nach dem Vorbild dieser Gründung wurde am 4. März 1900 der Wahlverein für den 20. Kreis, am 1. Juli 1900 der für den 21. Kreis konstituiert, während der 19., 17. und 15. Kreis schon kurz nach dem Falle des Ausnahmegesetzes sich ähnliche Organisationen geschaffen hatte. Aber die volle Leistungsfähigkeit erreichte die Organisation im 16. Kreise erst seit der Reorganisation des Kreiswahlvereins am 1. Februar 1903. Wiederum erhielten Karl Riemann und Albin Langer den Vorsitz, Beisitzer waren Bruno Irmscher, Emil Berger und Schmidt-Gablenz. In der damals geschaffenen Form ist der Verein im wesentlichen bis heute geblieben. Sie beruht auf der Gliederung in ursprünglich 20, jetzt 32 Bezirksvereinen, in denen möglichst alle Parteiarbeit erledigt wird, sodass das Parteileben so dezentralisiert wie nur irgend möglich ist. Wo es notwendig ist, sind die Bezirke in Abteilungen und Gruppen für eine Anzahl von Häusern eingeteilt. Ueber ihnen steht die Zentralorganisation, die seit einem Jahre in dem Genossen Bernhard Kuhnt, vorher Beamter des Metallarbeiterverbandes in Kiel, einen Parteisekretär hat. Dem in der Kreisversammlung gewählten Vorstand steht ein Ausschuss zur Seite, in den jeder Bezirksverein seine Vertreter entsendet. Das namentlich in der letzten Zeit ausserordentlich rasche Anwachsen der Mitgliederzahlen und der Gesamteinnahme des 16. Kreises ist aus den nachstehenden Tabellen zu ersehen:

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

MITGLIEDERZAHL DER PARTEIORGANISATION

Bezirksvereine	Mitgliederzahl zu Anfang des Jahres									
	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912 (30. Juni)
1. Chemnitz-Oft	118	315	451	563	690	759	823	873	991	1423
2. „ Nord	70	225	292	355	420	520	614	679	703	1020
3. „ Schloß	76	341	553	638	731	783	824	852	984	1988
4. „ Süd	56	277	363	468	477	613	827	865	1104	1870
5. „ Gablenz	256	385	550	640	730	780	760	791	817	1062
6. „ Altchemnitz	33	157	237	282	420	390	435	420	543	1006
7. „ Kappel	100	204	228	262	413	414	333	356	437	670
8. „ Altendorf mit Rottluff	80	110	128	135	184	219	260	281	313	642
9. „ Hilbersdorf	54	115	160	205	254	264	320	322	410	548
10. „ Bernsdorf	24	64	96	101	142	161	184	165	160	237
11. „ Helbersdorf	20	50	67	69	79	92	110	88	100	117
12. Furth, Glöfa mit Draisdorf	32	57	54	72	82	94	106	113	122	175
13. Borna mit Heinersdorf	42	56	63	83	80	81	119	115	130	179
14. Reichenbrand	54	80	97	116	121	193	165	165	139	261
15. Grüna	66	70	87	93	108	118	147	174	178	251
16. Markersdorf	69	94	101	135	128	140	188	197	180	231
17. Neukirchen	39	98	130	128	157	161	173	185	244	309
Transport	1189	2698	3657	4345	5216	5782	6388	6641	7555	11989

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Bezirksvereine	Mitgliederzahl zu Anfang des Jahres									
	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912 (30. Juni)
Uebertrag	1189	2698	3657	4345	5216	5782	6388	6641	7555	11989
18. Einsiedel	66	115	115	102	91	105	194	232	275	281
19. Reichenhain	45	90	98	83	79	92	110	120	137	110
20. Ober- und Niederhermersdorf	46	73	100	107	109	115	122	107	134	97
21. Rabenstein [1]	—	—	—	101	90	91	100	111	112	164
22. Adorf i. Erzg. [2]	—	—	—	48	32	23	26	53	63	80
23. Klaffenbach [3]	—	—	—	—	—	37	48	58	55	90
24. Harthau [4]	—	—	—	—	—	198	246	293	388	711
25. Mittelbach [5]	—	—	—	—	—	49	54	50	50	72
26. Leukersdorf [6]	—	—	—	—	—	—	43	47	46	50
27. Schönau mit Neustadt [7]	—	—	—	—	—	—	153	138	138	205
28. Siegmar [8]	—	—	—	—	—	—	—	—	99	138
29. Eibenberg mit Berbisdorf [9]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95
30. Stelzendorf [10]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55
31. Kleinolbersdorf mit Altenhain [11]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62
32. Erfenschlag [12]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121
Gesamtzahl der Organisierten	1346	2976	3970	4786	5617	6492	7484	7850	9052	14320

[1] Seit Juli 1905 von Chemnitz-Altendorf abgezweigt. [2] Gegründet Juli 1905. [3] Seit 1. Januar 1907 von Altchemnitz abgezweigt. [4] Seit 1. Januar 1907 von Altchemnitz abgezweigt. [5] Seit 1. Januar 1907 von Reichenbrand abgezweigt. [6] Seit 1908 von Neukirchen abgezweigt. [7] Seit 1908 von Chemnitz-Kappel abgezweigt. [8] Seit 1. Juli 1910 von Reichenbrand abgezweigt. [9] Seit 1. Juli 1911 von Einsiedel abgezweigt. [10] Seit 1. Juli 1911 von Neukirchen abgezweigt. [11] Seit 1. Juli 1911 von Hermersdorf abgezweigt. [12] Seit 1. Juli 1911 von Reichenhain abgezweigt.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

GESAMTEINNAHME DER PARTEIORGANISATION IM 16. REICHSTAGSWAHLKREIS

(einschließlich des Kassenbestandes)

1903	13600.41	Mk.
1904	14525.26	„
1905	22451.34	„
1906	28645.75	„
1907	45891.93	„
1908/09 (18 Monate)	53061.66	„
1909/10	58611.41	„
1910/11	55797.42	„
1911/12	79282.24	„

Selbstverständlich war dieses Wachstum nur dadurch möglich, dass die Saalnot gründlich beseitigt worden war. Nachdem die Partei in den neunziger Jahren unausgesetzt aufs schwerste unter dem Mangel an Versammlungslokalen gelitten hatte, entschloss sie sich zum Beginn des neuen Jahrhunderts, alles daranzusetzen, um diesen unwürdigen Zustand der Obdachlosigkeit ein Ende zu machen. Auf Antrag des Genossen August Enders setzte die Parteiversammlung am 22. März 1901 ein Lokalkomitee mit dem Auftrag ein, kein Mittel unversucht zu lassen, um die Freigabe der Säle zu erzwingen. Nachdem die ersten friedlichen Versuche vergeblich gewesen waren, beschloss das Komitee, die Vorbereitungen zur Gründung einer Volkshausbaugenossenschaft zu treffen. Schon nach wenigen Wochen hatten sich 500 Genossenschafter gefunden, die 3000 Mark bar einzahlten und Geschäftsanteile im fünffachen Betrage zeichneten. Am 30. Mai 1902 konnte sich der „Verein Volkshaus“ als Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht konstituieren. Den ersten Vorstand bildeten die Metallarbeiter Karl Riemann und Robert Krause, der Textilarbeiter Albin Reichelt, der Gauverwalter der Buchdrucker Friedrich Otto Dähnel und der Gastwirt Wilhelm Exner, an dessen Stelle als Geschäftsführer des Volkshauses später Genosse Bauer-Sonneberg

trat. Die Entscheidung über den Ankauf eines Grundstückes zog sich lange hinaus. Eine ganze Reihe von Projekten wurde in Angriff genommen, untersucht und verworfen. Der schon beschlossene Ankauf des „Waldschlösschens“ in Hilbersdorf scheiterte im letzten Augenblick an allerlei Winkelzügen und Quertreibereien des Vorbesitzers. Endlich erwarb die Genossenschaft am 1. April 1904 das Lokal „Kolosseum“ in Kappel für 300 000 Mark, und schon wenige Tage nach dem Kaufe fand dort die sächsische Landeskonferenz für 1904 statt. Der Wunsch, eine grössere Zahl von Gewerkschaftsbureaus unterzubringen, und vor allem die unabweisbare Notwendigkeit der Regelung der Herbergsfrage führten zu umfassenden Erweiterungsbauten, die Anfang des Jahres 1909 zum Abschluss gelangten. Der Neubau hat insgesamt über eine halbe Million Mark an Ausgaben verursacht. Die Metallarbeiter, Textilarbeiter, Buchbinder, Zimmerer etc. und die Zentralorgane der Chemnitzer Gewerkschaftsbewegung haben jetzt ihre Bureaus im Volkshause, während die Bauarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter und Fabrikarbeiter ihre Geschäftsstellen im Hause der „Volksstimme“, Dresdner Strasse 38, eingerichtet haben. Das Bureau der Buchdrucker ist noch in gemieteten Privaträumen, doch hat diese Organisation sich vor kurzem das Haus Pestalozzistrasse 7 für ihre Bureauzwecke angekauft.

Schon die blosse Ankündigung von der bevorstehenden Errichtung eines Volkshauses, verbunden mit der Drohung, ähnliche Gebäude in allen Stadtteilen zu schaffen, um den Boykott über die saalverweigernden Wirte rücksichtslos durchzuführen, genügte, um den Widerstand der Saalbesitzer endlich zu brechen. Schon im Laufe des Jahres 1902 standen der Partei einige grosse Säle offen, und gegenwärtig ist es nur eine verschwindende Zahl von Etablissements in der Innenstadt, die ihre Räume der organisierten Arbeiterschaft verschliesst.

Schon bei der Reichstagswahl von 1903 kam der Agitation die vergrösserte Anzahl von Versammlungslokalen sehr zu statten. Auch sonst wurden diese Wahlen bekanntlich unter den günstigsten Zeichen ausgefochten. In Sachsen hatte der Kronprinzessinskandal den Respekt vor den monarchischen Einrichtungen auf ein Mindestmass herabgedrückt; die Auflehnung der „tiefgefallenen Frau“ gegen un-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

erträgliche Lebensbedingungen hatte Sympathien bei allen nicht völlig vermuckerten Menschen gefunden. Die rücksichtslos eigennützige Interessenherrschaft der Agrar-Konservativen hatte infolge der zahllosen Bahnbauten aus Gefälligkeit, der Rübenbahnen, zu einem wahren finanziellen Zusammenbruch, zur schimpflichen Fortjagung des Finanzministers von Watzdorf und zu einem allgemeinen Steuerzuschlag von 25 Prozent geführt. Im Reiche waren die Zollkämpfe geschlagen und der neue Wuchertarif mit Gewalt und Rechtsbruch durchgedrückt worden. Und zu all dem kam der leidenschaftliche Wunsch des sächsischen Proletariats, die Schlappe, die es 1898 erlitten hatte, gründlich wieder auszuwetzen. Im 16. Kreise traten dem einstimmig wieder aufgestellten Genossen Schippel ein freisinniger und ein Kartellkandidat gegenüber. Die antisemitische Flut hatte ihren Höchststand längst überschritten. Die Reformparteiler wagten nicht mehr, unter eigener Flagge in die Schlacht zu ziehen, sondern tauchten ihre Ohnmacht unter in den allgemeinen bürgerlichen Ordnungsbrei. Der gemeinsame Kandidat des Honoratiorenklüngels, von dem millionenreichen Grossindustriellen bis herunter zum aufgeblähten spiesserlichen Innungsmeister, war ein politisches Chamäleon, der Tapetenfabrikant Max Langhammer, der 1890 als Deutsch-Freisinniger im 20. Kreise politisch debutiert, dann als Ortskrankenkassenvorsitzender mit der Partei geliebäugelt hatte und jetzt sozialistenfresserischer Kartellkandidat geworden war, sicherlich mehr von einem urteilslosen Ehrgeiz als von einer ehrlichen Ueberzeugung getrieben. Augenblicklich ist der ehrenwerte Herr linksnationalliberaler Landtagsabgeordneter für Chemnitz II und sucht, einstweilen vergeblich, wieder Anschluss an die Fortschrittliche Volkspartei. On revient toujours à ses premières amours. Aus Aerger über diesen sonderbaren Ordnungskandidaten stellten die Fortschrittler in dem alten Professor Kellerbauer einen eigenen Kandidaten ins Feld. Zwischen ihm und Schippel gab es anregende Diskussionen in reicher Zahl, während die Kartellparteien sich in wohlbegründetem Angstgefühl hinter verschlossenen Türen bargen. Das Ergebnis war eine Mehrheit von fast 18 000 Stimmen für Schippel. 34 266 sozialistische Voten gegen 13 078 Stimmen für Langhammer und 3703 für Kellerbauer.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Beinahe noch glänzender war die Rückeroberung des 15. Kreises für die Partei. Unser Kandidat war hier, nachdem Genosse Pinkau wegen seiner angegriffenen Gesundheit verzichtet hatte, der ehemalige Pastor Paul Göhre geworden. Als Kandidat der Theologie hatte Göhre drei Monate in der Kappeler Maschinenfabrik gearbeitet und ganz als Proletarier gelebt, um die Lage und Denkweise der Arbeiter aus genauester Anschauung kennen zu lernen. Schon damals war im Sozialdemokratischen Bezirksverein Kappel der junge Handarbeiter, der im letzten Jahre des Ausnahmegesetzes so pünktlich zu jeder Versammlung erschien und bei Rendlers den Fensterplatz einnahm, wegen seiner sonst von den Arbeitern ja nicht getragenen goldenen Brille aufgefallen. Als dann seine „Drei Monate Fabrikarbeiter“ erschienen, hatten in einer Unzahl von Versammlungen die Chemnitzer Genossen sich mit dem Bilde des Arbeiterlebens beschäftigt, wie es sich durch die Brille eines modernen Theologen gesehen dargestellt hatte. Welch grossen Sensationserfolg das Buch beim Bürgertum gehabt hat und wie es eine Reihe minderwertiger Nachahmungen hervorrief — auch eine Frau Dr. Wettstein-Adelt hatte kurz darauf einige Wochen in Chemnitzer Textilfabriken gearbeitet und ihre minder gewissenhaften Beobachtungen veröffentlicht —, ist allgemein bekannt. Göhre war später Sekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses geworden, hatte dort eine umfassende Landarbeiter-Enquete aufgenommen und dort wie bei den Nationalsozialen stets auf dem äussersten linken Flügel gestanden. Je mehr die Nationalsoziale Partei den proletarischen Einschlag verlor und verbürgerlichte, desto stärker entfremdete sich ihr Göhre, bis er nach langen inneren Kämpfen am 16. Mai 1900 den Uebertritt zur Sozialdemokratie formell vollzog. In zwei grossen auf Anregung seines Mentors in der Partei, des Genossen Georg Schöpflin, einberufenen Versammlungen im „Schützenhaus“ und in der „Feldschlösschen-Brauerei“ hielt an diesem Tage Göhre seinen später als Broschüre weit verbreiteten Vortrag: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde“. Auf Einladung der Genossen des 15. Kreises hat er ihn dann dort in einer Anzahl von Versammlungen wiederholt und bei der vielfach noch in religiösen Vorurteilen befangenen Bevölkerung des Erzgebirges zweifellos in hohem Masse aufklärend gewirkt. Seine

Agitation veranlasste die Geistlichen der Hartmannsdorfer Ephorie zu dem folgenden Protest der Angst und Verlegenheit:

In unseren Gemeinden ist in der letzten Woche, ob mit oder ohne Wissen des Verfassers, bleibe dahingestellt, zu sozialdemokratischen Agitationszwecken eine Rede von Paul Göhre, Pfarrer ausser Dienst, als Flugblatt verbreitet worden, die die Ueberschrift trägt: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde". Obwohl der Verfasser als Sozialdemokrat sich nur politisch betätigen will und von seinen religiösen Anschauungen nur dann zu reden gedenkt, wenn er entweder angegriffen oder direkt dazu aufgefordert wird, beschäftigt er sich doch im Widerspruch damit auf drei Seiten dieser Agitationsschrift mit dem Thema: „Christentum und Sozialdemokratie" und sucht in diesem Abschnitt zu beweisen, dass, „wer ein ganzer und ehrlicher Jünger Jesu" sein will, unter den heutigen Verhältnissen Sozialdemokrat werden müsse. Herr Göhre erklärt demgemäss, dass unter den vier Hauptgründen, die ihn zum Uebertritt zur Sozialdemokratie bewogen haben, der erste „sein christlicher Glaube" sei, und dass er auch als Sozialdemokrat „sein evangelisches Christentum" — allerdings mit der Einschränkung: „so wie er es verstehe" — nicht aufzugeben gesonnen sei. Die Vertreter des geistlichen Amtes hiesiger Gegend halten es nicht für ihre Aufgabe, in eine Erörterung über parteipolitische Dinge einzutreten, erachten es aber für ihre unbedingte Pflicht, eine religiöse Irreführung ihrer Gemeinden zu verhindern. Sie möchten auch mit aller Energie dagegen protestieren, dass man an der Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe derer zweifle, die als Christen nicht Sozialdemokraten werden. Auf Grund der genannten Agitationsschrift sehen sie sich deshalb zu folgender Erklärung veranlasst:

„Die Ausführungen des Herrn Göhre über die christliche Nächstenliebe können nur die volle Zustimmung jedes Christen finden. Aber wenn gefolgert wird, dass jemand um der christlichen Nächstenliebe willen Sozialdemokrat werden müsse, so müssen wir uns gegen einen solchen Trugschluss verwahren. Denn der Klassenkampf, den die Sozialdemokratie will, führt zum Gegensatz, Zwiespalt, gegenseitigem Misstrauen und Verfeindung der einzelnen Volksklassen — verträgt sich also mit dem Christentum, der Religion der Liebe, wie Wasser mit Feuer. Die christlichen Sätze des Herrn Göhre rechtfertigen aber den Eintritt in die Sozialdemokratie erst recht nicht, wenn sie in Zusammenhang mit dem ganzen evangelischen Christentum gestellt werden. Sie sind ganz willkürlich und einseitig nach rein persönlichem Ermessen aus der Schrift, der einzigen Quelle des evangelischen Glaubens, herausgerissen, enthalten also nicht das ganze evangelische Christentum

und bedeuten, will Herr Göhre sie allein als solches gelten lassen, eine Entstellung und Fälschung des evangelischen Christentums.

Ueberhaupt machen es die in dem Flugblatt gegebenen Ausführungen des Herrn Göhre über die christliche Religion wahrscheinlich, dass das evangelische Christentum desselben nicht das volle und wahre Evangelium von Jesus Christus, dem Menschen- und Gottessohn, dem Sünderheiland und Welterlöser, ist. Wir müssen deshalb bezweifeln, dass Herrn Göhres evangelisches Christentum überhaupt noch diesen Namen verdient und ihm das Recht absprechen, auch im Namen evangelischen Christentums zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei aufzufordern."

Als Göhre in der „Volksstimme" den anmasslichen Vertretern des beamteten und bezahlten Christentums erwiderte, nahmen sich seiner die staatlichen Behörden mit dem Wohlwollen an, das sie allen echten Parteigenossen entgegenbrachten, und der Frankenberger Stadtrat drückte durch folgenden Beschluss vom 15. November 1900 die amtliche Bestätigung in Göhres Parteimitgliedsbuch:

„Die Abhaltung der von Herrn Walter Frenzel für Sonntag, den 18. November dieses Jahres, nachmittag 4 Uhr, im Saale des „Stadtparkes" hierselbst anberaumten öffentlichen Volksversammlung, in welcher das Thema: „Christentum und Sozialdemokratie" erörtert werden soll, wird hiermit v e r b o t e n.

Die angekündigte Versammlung ist veranlasst worden durch die im hiesigen Bezirke verbreitete Flugschrift Paul Göhres: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde" und durch eine im „Frankenberger Tageblatt" veröffentlichte Erklärung der Frankenberger Pastoralkonferenz, worin diese gegen jene Flugschrift Stellung nimmt. Wie die Person des Einberufers und die bereits früher in der Zeitschrift „Volksstimme" erfolgte Ankündigung unzweifelhaft dartun, ist die Versammlung eine Veranstaltung der sozialdemokratischen Partei. Die sozialdemokratische Partei aber hat sich gegen das Christentum stets ablehnend, zumeist sogar feindlich verhalten. Wenn daher diese Partei in einer für ihre Zwecke veranstalteten Versammlung das Christentum zur Erörterung stellt, kann es ihr nur darum zu tun sein, entweder das Christentum als ein ihren Zielen feindliches Element anzugreifen oder aber dasselbe mittels einseitiger Darstellung einzelner Lehren als Agitationsmittel zu benutzen. Diese Annahme wird durch die bereits erwähnten Vorgänge, welche die angekündigte Versammlung veranlasst haben, bestätigt. Während Paul Göhre sich in der genannten Flugschrift als sozialdemokratischen Parteigänger bekennt und als solcher durch einseitige Darstellung einzelner christlicher Lehren

zu wirken sucht, greift die „Volksstimme“ die Mitglieder der Frankenberger Pastoralkonferenz persönlich an und verhöhnt diese und alle christlich Gesinnten durch Schimpfworte, wie „Schäfchen“, „Hurra-Christen“, ohne sich auf eine sachliche Erörterung einzulassen. Hiernach ist es ausgeschlossen, dass die angemeldete Versammlung eine ernsthafte Prüfung des Verhältnisses zwischen Christentum und Sozialdemokratie bezweckte. In einer öffentlichen Volksversammlung aber das Christentum zum Gegenstand von Angriffen zu machen, würde das sittliche und religiöse Gefühl weiter Kreise der Bevölkerung aufs tiefste verletzen. Wegen § 50 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 in der Fassung des Gesetzes vom 21. Juni 1898 war daher die Versammlung zu verbieten.

Dieser Beschluss ist dem Einberufer zuzustellen.

Dr. Mettig, Bürgermeister.“

So war Göhre den Genossen des 15. Kreises nahegetreten, und es war so wunderbar nicht, dass sie ihm am 17. März 1901 einmütig die Reichstagskandidatur für ihren Kreis übertrugen. Auf der anderen Seite war es ebenso leicht zu begreifen, dass die alten und unter dem Ausnahmegesetz erprobten Kämpfer mit einigem Misstrauen auf die rasche Karriere des Parteigenossen seit 10 Monaten blickten, und dass sich über seine Aufstellung auf der nächsten Landeskonferenz eine lebhafte Debatte entspann, in der namentlich Geyer und Kaden mit dem neuen Mandatsbewerber nicht eben freundlich umsprangen. Der 15. Kreis hielt indessen mit Bestimmtheit an dem einmal erwählten Kandidaten fest, und die Genossen gingen für ihn und mit ihm begeistert an die Wahlarbeit. Der 1898 mit einer Minderheit von 1000 Stimmen verlorene Kreis wurde jetzt mit einer Mehrheit von nahezu 8000 zurückgeholt, obwohl der liberale Kandidat, Kaufmann Rüdiger aus Mittweida, zu den achtbareren und befähigteren Persönlichkeiten im bürgerlichen Lager gehörte.

Im 17. Kreis hatten die bürgerlichen Parteien als ihren Bannerträger wieder einmal den Amtshauptmann Dr. Rumpelt ins Feld geschickt der sich indessen mit Recht als ganz aussichtslosen Zählkandidaten betrachtete und vor den Anstrengungen der Agitation bis in ein englisches Seebad flüchtete. Ungefähr so weit blieb er vom Siege entfernt: Auer behauptete, trotzdem er schon erkrankt war, den Kreis mit 18 349 gegen 7392 Stimmen. Statt mit dem Amtshauptmann hatten es im 19. Kreise die Bürgerlichen diesmal mit einem

„königstreuen Arbeiter“, dem konservativen Bergmann Hähnel versucht. Er schnitt ebenso kläglich ab. Hermann Goldstein, der Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau, dem an Stelle des kränkelnden und mit Arbeit überlasteten Genossen Seifert die Kandidatur übertragen worden war, siegte mit 20 096 gegen 9246 Stimmen. Daneben vereinigte der nationalsoziale Führer Naumann volle 291 Wähler auf seine Person. Naumann, Gerlach und die anderen nationalsozialen Redner hatten um das Jahr 1900 die grössten Anstrengungen gemacht, hier in Naumanns erzgebirgischer Heimat festen Fuss zu fassen und sich besonders auf den 17. Kreis gestürzt, den zu bearbeiten Auer schon durch seine Krankheit verhindert war. Aber gleich in den ersten Versammlungen waren ihnen Schöpflin und Stücklen-Altenburg entgegengetreten und hatten sie mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Nahezu einstimmig nahmen riesige Arbeiterversammlungen die eine von Schöpflin ausgearbeitete Resolution an, die Naumann als einen politischen Machtstreber ohne feste Ueberzeugungsgrundlage mit den härtesten Worten verurteilte, und die andere, von Stücklen ausgehende, die den Imperialismus als eine Politik auf Kosten der Arbeiterklasse zur Profiterhöhung der Kapitalisten nachdrücklichst ablehnte. Der Wahlausfall vom 16. Juni 1903 war eine unerschütterliche Bestätigung der Tatsache, dass mit der neudeutschen Illusionspolitik die sozialdemokratischen Arbeitermassen ebensowenig wie die liberalen Industrieherren zu gewinnen waren.

Ein Mann nach dem Herzen der letzteren war vielmehr der Kartellkandidat im 20. Kreise, Kommerzienrat Jencke, ein früherer Mitdirektor von Krupp und Vorstandsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Einen so ausgesprochenen Scharfmacher kräftig aufs Haupt zu schlagen, strengten die Genossen alle Kräfte an, und auch Bebel verschmähte es nicht, wiederum nach Zschopau zu kommen und in einem gigantischen Massenmeeting die Kampfparole gegen einen der Väter des verscharrten Zuchthausgesetzprojektes auszugeben. Mit fast 4000 Stimmen Mehrheit holte Rosenow den Kreis im ersten Wahlgange. Mit über 3000 Stimmen Mehrheit aber siegte auch Grenz im 21. Kreise über den Freikonservativen Dr. Rehwoldt, und wie dieser langumworbene Kreis, so war auch der 10. Kreis Döbeln-Waldheim nunmehr im Besitz der Partei, nachdem Grünberg, ein Kriegsveteran

von 1870 und überaus liebenswerter Mensch, ihn ein Jahr zuvor nach dem Tode des Alldeutschen Lehr mit der knappen Mehrheit von 400 Stimmen erobert hatte; diese Majorität war jetzt auf über 2000 Stimmen gestiegen.

Alle sieben Wahlkreise des Chemnitzer Agitationsbezirkes waren somit glänzend im ersten Wahlgange für die Partei erobert worden, ein beispielloser Triumph, der die kühnsten Hoffnungen in der Brust jedes Proletariers wecken musste. Mit Hilfe der Stichwahlen gelang es auch im übrigen Sachsen 22 Mandate für die Sozialdemokratie aus den 23 Wahlkreisen herauszuholen. Das „rote Königreich“ war konstituiert, der König kam in die Stimmung „an seinem Volke zu zweifeln“, und der gesamten Reaktion fuhr ein gewaltiger Schreck in die Glieder. Die Ankündigung einer Reform des Dreiklassenwahlrechts war der unmittelbare politische Gewinn aus dem herrlichen Wahlsieg. Ehe freilich die Wahlreformkämpfe ausgefochten wurden, brachen noch peinliche Zeiten des inneren Streites über die Partei herein. Jene Meinungsverschiedenheiten sind noch zu sehr Gegenwart, als dass mehr wie ein subjektives Urteil über sie möglich wäre. Uns genügt festzustellen, dass in Chemnitz die ganzen Auseinandersetzungen, die sich an Eduard Bernsteins Schriften anknüpften, stets im Sinne der weitestgehenden Duldsamkeit und reinsten Brüderlichkeit behandelt worden waren. Wie sollte es auch in einer Stadt anders sein, die nacheinander Most und Vahlteich, den jugendlich ungestümen und den skeptisch entnüchterten Schippel als geistige Führer verehrt hatte! Schon Rosenow, der im Hinblick auf das garnicht relative, sondern sehr absolute Elend im Erzgebirge der Tatsachendarstellung Bernsteins durchaus widersprach, hatte doch den „Beobachter“ ganz im Sinne der bekannten von ihm oft zitierten Erklärung in der „Neuen Zeit“ geleitet:

> Es unterliegt kaum einem Zweifel, dass unser ökonomisches und politisches Leben in den letzten zwei Jahrzehnten angefangen hat, Züge zu entwickeln, die zur Zeit der Abfassung unserer grundlegenden Schriften, vor allem des „Kommunistischen Manifestes“ und des „Kapital“ noch verborgen waren. Eine Neuprüfung, eine Revision unserer Vorstellungen ist durch diese neuen Tatsachen notwendig geworden.

Berlin, 3. November 1898.

K. Kautsky.

Genau den gleichen Standpunkt hatte dann die „Volksstimme“ unter August Enders in Uebereinstimmung mit den Genossen vor allem des 17. Kreises (Auer!) und des 16. Kreises eingenommen. Vor dem Hannoverschen Parteitag von 1899 hatte die Parteiversammlung nach Referaten von Karl Riemann und dem ebenso besonnenen wie klardenkenden Heinrich Lorenz ihren Standpunkt in der folgenden von Riemann entworfenen Resolution niedergelegt:

„Die von einzelnen Genossen herbeigeführten theoretischen Erörterungen können für die Partei nicht schädigend wirken, im Gegenteil ist die freieste Meinungsäusserung in der sozialdemokratischen Partei eine Notwendigkeit. Die Partei hat, auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, weiter ihr Endziel im Auge zu behalten, die politische Situation zugunsten der Arbeiterklasse auszunützen, an allen praktischen Aufgaben auf den Gebieten des politischen Lebens mitzuwirken, selbstverständlich ohne Verleugnung unserer prinzipiellen Grundsätze.

Die Parteiversammlung erkennt die Zugehörigkeit des Genossen Bernstein zur Partei nach wie vor an. Bezüglich des Militarismus wünscht die Versammlung, dass der Parteitag an Punkt 3 unseres Programms festhält.“

Auch Eichhorn und Schippel, die später über die taktischen Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie hier referierten, erkannten Wissenschaft und freie Forschung als unerlässliche Grundlagen einer gesunden Arbeiterpolitik an, wie Eichhorn es einmal in den Worten ausdrückte: „Wenn Bernstein geirrt hat, so werden wir ihm nicht folgen, aber wir werden ihn deswegen auch nicht brandmarken und die unbedingte Freiheit der Kritik auch am Programm und Prinzip hochhalten.“ So zurückhaltend sprachen die alten Chemnitzer Kämpfer aus den Zeiten des Ausnahmegesetzes über alle auftauchenden Streitfragen. Albin Langer und Emil Berger traten in den Parteiversammlungen wiederholt für die Verlegung der Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai ein, da die tatsächlichen Verhältnisse in der Chemnitzer Metall- und Textilindustrie die Erzwingung der Arbeitsruhe für die nächste Zeit aussichtslos machten. Zuweilen stimmte ihnen die Mehrheit zu, zuweilen wurde ihr Antrag auch abgelehnt, aber ein gehässiger Streit ist um diese Fragen in Chemnitz damals nie ausgebrochen. Jetzt nach dem Dresdner Parteitag wurde der Chemnitzer Bezirk gewaltsam in den wildesten Strudel des erbitterten Parteizwistes hineingezogen. Der

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Chemnitzer Antrag zum Dresdner Parteitag, der von Noske ausging, eine Parteischule zu errichten, um einem etwa drohenden Uebergewicht der akademischen Zuzügler in der Partei vorzubeugen, wurde in jenen aufgeregten Tagen garnicht erst in Beratung gezogen. Um so ausgedehnter und verletzender war die Debatte über die Mitarbeit an Hardens „Zukunft", an der Göhre einer der vier Hauptbeteiligten war. Ihr Endergebnis war folgender Brief Göhres vom 1. Oktober 1903:

An den Vertrauensmann des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises,
Herrn Alban Landgraf, Limbach.

Werter Genosse!

Ich bin gezwungen, Ihnen eine für mich entscheidungsvolle Mitteilung zu machen. Ich habe heute mein Mandat zum Reichstag niedergelegt.

Der Anlass dazu ist nicht der bekannte Angriff Bebels auf mich in Dresden. Diesen habe ich schon dort energisch zurückgewiesen, und auch Bebel hat dann sofort gründlich eingelenkt. Auch die Verdächtigungen meiner Person durch Herrn Maximilian Harden in der „Zukunft" vom 26. September dieses Jahres sind nicht das Motiv. Ich habe alle diese Verdächtigungen als Fälschungen entlarvt. Anlass zu meinem Schritte ist vielmehr das Misstrauen, dem ich, wie ich glaube, ohne meine Schuld, schon seit Jahren in Parteikreisen begegnet bin und das auf dem Parteitag in Dresden sowie nach demselben, zuletzt aber in geradezu ehrverletzendster Weise in den am Dienstag den 29. September stattgefundenen Berliner Parteiversammlungen gegen mich geschürt worden ist. Die Ursache dieses Misstrauens liegt ausgesprochenermassen darin, dass ich zu bald nach meinem Eintritt in die Partei, und ohne mir angeblich genügende Verdienste um sie erworben zu haben, Abgeordneter geworden bin. Ich halte es in diesem Augenblick für unter meiner Würde, auch nur noch den Versuch zu machen, diese angeblichen Ursachen zu widerlegen. Ich habe heute nur noch die Konsequenz aus einer vorliegenden Tatsache zu ziehen. Ich tue den Schritt in dem Bewusstsein, der Partei mit meinen besten Absichten und Kräften gedient zu haben, ohne eigene Vorteile für mich dabei zu suchen.

Dass Ihnen, den Genossen des 15. sächsischen Wahlkreises, dadurch schwere Ungelegenheiten entstehen, ist mir dabei allein schmerzlich. Denn das Verhältnis zwischen uns ist bis zu diesem Augenblick ein gänzlich ungetrübtes gewesen. Aber ich weiss, auch auf Sie wäre vielleicht später ein Makel gefallen, hätte ich heute die Niederlegung meines Mandats unterlassen.

Mit herzlichsten Grüssen

Ihr ergebener Paul Göhre.

Das Urteil über diesen Schritt Göhres war und ist einstimmig: es war eine unglaubliche Torheit und ein Mangel an Kenntnis der Partei, so weitgehende Konsequenzen aus einigen heftigen und harten Worten zu ziehen. Es war zugleich eine schwere Rücksichtslosigkeit gegenüber den Genossen des 15. Kreises, die noch nicht im mindesten zum Dresdner Parteitag hatten Stellung nehmen können, ihnen brüsk das Mandat vor die Füsse zu werfen. Die Absichten, die Göhre mit diesem Schritt verfolgte, mochte er nun an die Möglichkeit seiner Wiederaufstellung denken oder nur beweisen wollen, dass ein Reichstagsmandat ihm nicht das wertvollste Gut sei, um das Misstrauen zu überwinden, wurden nicht erreicht. Am 25. Oktober nahm der 15. Wahlkreis Stellung zu der neugeschaffenen Lage, in die er versetzt worden war, und wenn auch eine grössere Anzahl von Genossen in Mittweida und Frankenberg anfangs für Göhres Wiederaufstellung eintraten, so entschied doch, wie selbstverständlich, die Generalversammlung fast einstimmig unter Missbilligung der persönlichen Angriffe auf Göhre über seinen jähzornigen Schritt durch Annahme folgender Resolution:

„Die Parteiversammlung des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Mandatsniederlegung des Genossen Paul Göhre.

Die Gründe, mit denen Genosse Göhre die Mandatsniederlegung motiviert, kann die Parteiversammlung nicht als genügend für einen so folgenschweren Schritt erachten, um so weniger, als Genosse Göhre wusste, dass die Parteigenossen des 15. Kreises die Angriffe auf seine Person nicht billigten, und dass er, trotz sachlicher Meinungsverschiedenheit, das Vertrauen derselben nach wie vor besass.

Die Parteiversammlung spricht deshalb dem Genossen Göhre ihre Missbilligung aus.“

Als Kandidat für die Neuwahl wurde ebenfalls nahezu einstimmig Genosse Daniel Stücklen in Altenburg aufgestellt. Der Kampf war selbstverständlich nach dem vorausgegangenen Zwist mit all seinen Begleiterscheinungen nicht leicht, wurde aber doch von den Genossen des 15. Kreises und ihrem Kandidaten durch eine ausserordentlich fleissige Agitation zu einem verhältnismässig guten Ende geführt. Mit 16 039 Stimmen gegen 10 509 des wiederaufgestellten Nationalliberalen Rüdiger wurde das Mandat behauptet.

Aber damit war der Fall Göhre nicht erledigt, er lebte kurz danach mit grösserer Schärfe und schlimmeren Folgen wieder auf. Am 7. Februar 1904 starb plötzlich im jugendlichen Alter von 32 Jahren Emil Rosenow, der Abgeordnete des 20. Kreises. Er war nach seiner Chemnitzer Zeit als Redakteur an die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung" in Dortmund gegangen, lebte aber seit 1901 als freier Schriftsteller in Berlin. Ein hoffnungsreiches dramatisches Talent, nahm er aus dem Erzgebirge den Stoff zu seiner Komödie „Kater Lampe", aus dem Bergwerksdistrikt die Gestalten seines Dramas „Die im Schatten leben", seiner beiden reifsten Werke, die nach seinem Tode in immer höherem Masse den Beifall der Arbeiterschaft und der Kunstsachverständigen gefunden haben. Aber während nach den ersten Aufführungen des „Kater Lampe" seine lange gedrückte wirtschaftliche Lage sich endlich besserte und ihm Freiheit zum Schaffen gab, raffte ihn viel zu früh ein Gelenkrheumatismus fort, dessen Keim vielleicht durch die Anstrengungen der unermüdlichen Agitation im Erzgebirge in ihn gelegt worden war. Als seinen Nachfolger erkoren die Genossen des 20. Kreises wiederum Paul Göhre, und sie waren im Begriff in die Wahlagitation einzutreten, als an der Spitze der „Volksstimme" folgende Erklärung erschien:

Nachdem sich die unterzeichneten Komitees heute in einer gemeinschaftlichen Sitzung in Leipzig eingehend mit der Reichstagskandidatenfrage beschäftigt haben, erklären sie:

Die von den Genossen des 20. Kreises beschlossene Kandidatur Göhre widerspricht nach den bekannten Vorgängen mit dem Genossen Göhre allen Grundsätzen der Parteidisziplin und Parteitradition nach allen Richtungen hin. Sie ist deshalb im höchsten Grade geeignet, Zwist, Uneinigkeit in die Reihen nicht nur der sächsischen, sondern auch der deutschen Parteigenossen hineinzutragen. Ein Parteiskandal erscheint als nächste Folge nach Lage der Sache als absolut sicher. Dass ein solcher aber das Ansehen unserer Partei ausserordentlich schädigen würde, ist ohne weiteres klar. Die einzige Möglichkeit, diese Dinge zu vermeiden, erblicken die Unterzeichneten in der Ablehnung der Kandidatur durch den Genossen Göhre. Sie rechnen daher bestimmt darauf, dass Genosse Göhre auf die ihm vom 20. Kreise angetragene Kandidatur verzichtet. Sollte er wider Erwarten zu diesem im Interesse der Gesamtpartei dringend gebotenen Schritte sich nicht veranlasst fühlen, so werden die Unterzeichneten die weiteren Konsequenzen

ihrer hier niedergelegten Anschauungen unter allen Umständen ziehen und diese Anschauungen auch in der Oeffentlichkeit vertreten.

Leipzig, den 23. Februar 1904.

Zentralagitationskomitee für Sachsen.
Karl Sindermann. Karl Schulze. E. Braun.
Agitationskomitee zu Chemnitz.
Emil Haubold. Karl Riemann.
Agitationskomitee zu Dresden.
Hermann Fleissner. Karl Reichelt. Thieme.
Agitationskomitee zu Leipzig.
Beyer. Dietze. Meissner. Orbel.
Agitationskomitee zu Zwickau.
Hermann Schmidt.

Auf diese Bekanntmachung antwortete der Vorstand des 20. Kreises unmittelbar mit dem folgenden Inserat:

An die Partengenossen des 20. sächsischen Reichstagswahlkreises!

Die für Freitag, Sonnabend und Sonntag bereits bekanntgemachten drei Volks- und Wählerversammlungen mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl“ (Referent: Genosse Reichstagskandidat Paul Göhre) können leider noch nicht stattfinden.

Die Parteileitung des 16. Wahlkreises, die einzelnen Agitationskomitees sowie das Zentralkomitee Sachsens haben — ein bisher einzig dastehender Fall in der langen Geschichte der Partei — einstimmig gegen eure fast einstimmige Aufstellung des Genossen Göhre als Reichstagskandidaten Protest erhoben. Unter dem Vorwand der Erhaltung der Parteidisziplin und Parteitradition greifen hiermit vor aller Welt die offiziellen Instanzen die obersten Grundrechte unserer auf demokratischen Grundsätzen aufgebauten Partei, nämlich die freie Selbstbestimmung der einzelnen Wahlkreise, an. Angesichts dieser neugeschaffenen Lage, die ganz neue Konsequenzen bringt, müssen wir, auch auf Wunsch unseres Kandidaten, eine neue gründliche Aussprache unter uns herbeiführen.

Wir berufen deshalb eine abermalige

Kreis-Parteiversammlung

für Sonntag den 28. Februar, mittag 12 Uhr, nach Königs Gasthof, Gelenau.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. (Referent: Genosse Paul Göhre.) 2. Diskussion.

Die Versammlung beginnt pünktlich.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Diesem vor der Oeffentlichkeit ausgefochtenen Kandidatenstreit lag zugrunde, dass die Aufstellung Göhres ohne

sein Verschulden erfolgt und bekanntgegeben worden war, ehe die Agitationskomitees oder der Parteivorstand Gelegenheit gehabt hatten, dazu Stellung zu nehmen. Sie hatten dann an Göhre in einer Sitzung in der „Hoffnung“ die Aufforderung gerichtet, sofort auf die Kandidatur zu verzichten, widrigenfalls sie öffentlich gegen ihn Stellung nehmen und dem armen Wahlkreise jede Unterstützung im Wahlkampfe verweigern würden. Göhre lehnte das plötzlich auf ihn einstürmende Ansinnen ab, worauf sofort die oben wiedergegebene Bekanntmachung erfolgte, ohne dass der Beschluss des Komitees, ihm eine Bedenkzeit zu gewähren, ausgeführt worden war. Wer an dieser Uebereilung, dem zweiten verhängnisvollen Fehler in der peinlichen Frage, die Schuld trägt, ist niemals ganz klargestellt worden. Sachlich argumentierte das Komitee, dass Göhre durch seine Mandatsniederlegung seine Unreife zur Bekleidung eines Reichstagsmandats der Partei bewiesen habe, während die Genossen des 20. Kreises sich darauf beriefen, dass Göhre der geeignetste Kandidat zur Behauptung des Sitzes sei und das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Kreise einen Eingriff nicht dulde. In der neuen Kreisgeneralversammlung verzichtete Göhre auf die Kandidatur und schlug selbst den Genossen Karl Pinkau vor, der vom 20. Kreise nach lebhaften Protesten und zornigen Einwendungen schliesslich auch nominiert wurde. Der bei der eindrucksfähigen Bevölkerung angerichtete Schaden war indessen nicht wieder gut zu machen. Während im Hauptwahlkampf Pinkau noch dicht an die absolute Mehrheit herankam, siegte in der Stichwahl bei starker Wahlbeteiligung der Antisemit Zimmermann mit 1000 Stimmen Mehrheit. Die Zwistigkeiten hatten ein doppeltes Nachspiel, einmal auf der Landesversammlung, die gegen 9 Stimmen das Vorgehen der Komitees gut hiess, sodann in Chemnitz, wo das aus den Genossen Hähle, Riemann und Haubold bestehende Agitationskomitee nicht wieder gewählt wurde; an seine Stelle traten die Genossen Emil Landgraf, Bruno Irmscher und Bruno Mehnert, von denen die beiden letzteren noch gegenwärtig dem Chemnitzer Agitationskomitee angehören. Besondere Entrüstung hatte die Aeusserung eines Genossen aus dem alten Agitationskomitee geweckt, dass, wenn der 20. Kreis an Göhres Kandidatur festhielte, ihm kein Pfennig Wahlgeld zur Verfügung

gestellt würde. Recht und Unrecht auch in diesem Falle verteilen zu wollen, wäre ein allzu kühnes Unterfangen. Nur soviel kann tatsächlich festgestellt werden, dass das formelle Recht der Landesinstanzen, die aufgestellten Kandidaturen zu bestätigen, in Sachsen von jeher gegolten hatte, und dass andererseits manche Vorwürfe, die gegen Göhre erhoben wurden, unberechtigt waren. So waren z. B. seine angeblichen Aeusserungen erfunden, dass er für die Partei nicht mehr arbeiten könne, wenn man ihm Mandat auf Mandat entzöge, und dass er auf die Parteidisziplin pfeife; erfunden war auch, dass er schon bei seinem Eintritt in die Partei geäussert hätte, er wolle eine Kandidatur übernehmen. Erfunden war die Mitteilung, dass die Genossen des 15. Kreises froh seien, ihn losgeworden zu sein. Endlich waren auch die Anwürfe auf die „Volksstimme“ hinfällig, der man die Veröffentlichung des Protestes der Komitees zur Last legen wollte, obwohl sie nur ihrer dringenden und unzweideutigen Aufforderung dazu gefolgt war. War auf der Landesversammlung eine Verteidigung der „Volksstimme“ nicht möglich, da weder die Redaktion noch der Verlag dort vertreten war, so wurde nachträglich durch eine eingehende Darstellung dieser Sachverhalt unanfechtbar bewiesen. Am 21. Mai 1905 wurde auf der Generalversammlung des 20. Kreises in Gelenau mitgeteilt, dass der Wiederaufstellung Göhres nichts mehr im Wege stände, und der Zankapfel damit aus der Welt geschafft.

Aber kaum war dieser Konflikt beigelegt, als ein neuer ausbrach, der den 16. Kreis unmittelbar aufs tiefste berührte. Anfang Februar 1904 hatte Schippel in einer Mitgliederversammlung des dritten Berliner Reichstagswahlkreises einen Vortrag über die Zollfrage gehalten, in dem er mit einigen bürgerlichen Freihandelsargumenten unsanft umgesprungen war. Ein wohl mit Hilfe von Kurt Eisner sensationell aufgeputzter Bericht darüber im „Vorwärts“ führte zu einer erregten Debatte in der Parteipresse und zu einem Beschluss der Fraktion, dass Schippel seine zweideutige Haltung zur Zollfrage ausführlich klarlegen solle. Das tat Schippel in einer umfangreichen Artikelserie von insgesamt 47 Spalten in der „Volksstimme”, in denen er die Parteigenossen, die sich prinzipiell zum Freihandel bekennen, mit Kübeln von Spott und Unmengen von Zitaten aus den klassischen Parteischrif-

ten übergoss. Erst zum Schluss kam die nunmehr überraschende Wendung, dass er nie für Agrarzölle gewesen sei und sie nicht im mindesten zu befürworten gedenke. Die Genossen des 16. Kreises deckten Schippel durch folgende Resolution vom Februar 1904:

„Den Parteigenossen des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises sind die theoretisch-schutzzöllnerischen Neigungen ihres Abgeordneten Schippel seit langem bekannt, und sie haben daran niemals Anstoss genommen, so wenig wie das der Stuttgarter Parteitag 1898 anlässlich des Schippelschen Referats und die Masse der Parteigenossen anlässlich des Schippelschen Buches seit 1901 tat.

Ein Vorwurf würde gegen den Genossen Schippel dann zu erheben sein, wenn er Mehrheitsbeschlüssen der Partei in Zollfragen zuwiderhandelte oder wenn er in ostentativer Weise die einheitliche Aktion der Partei zu durchkreuzen suchte. Davon kann jedoch angesichts der ganzen Haltung Schippels und nach näherer Kenntnisnahme der letzten Vorgänge im dritten Berliner Wahlkreise so wenig die Rede sein, dass eigentlich jedes weitere Wort in dieser Frage für die Oeffentlichkeit überflüssig erscheint.

Die Parteigenossen des 16. Wahlkreises verwahren sich deshalb mit aller Entschiedenheit dagegen, dass fortgesetzt in der Partei neue Streitfälle künstlich geschaffen werden, die jedes parteigenössische Zusammenwirken verekeln und schliesslich jede solidarische Parteiarbeit überhaupt unmöglich machen müssen."

In einer weiteren Versammlung am 30. August des gleichen Jahres unterstrich die Chemnitzer Parteigenossenschaft diese Erklärung noch einmal. Waren in der ersten Versammlung nur 2 Stimmen gegen diese Resolution abgegeben worden, so waren es in der zweiten, trotzdem unter anderen Noske und Castan gegen Schippel sprachen, nicht mehr als 20 geworden.

Ganz anders entschied der Bremer Parteitag am 20. und 21. September. Er nahm nach einer heftigen Debatte, in der besonders Sindermann und Schöpflin schroff gegen Schippel Front machten, mit 234 gegen 44 Stimmen eine Resolution Bebel an, die Schippels Unklarheit und Zweideutigkeit in der Frage der Lebensmittelzölle ebenso wie den hässlichen, hochfahrenden Ton seiner Polemik aufs entschiedenste missbilligte. Mit 150 gegen 126 Stimmen wurde weiter ein Zusatzantrag von Berliner Genossen angenommen, der erklärte, dass das zur Bekleidung von Vertrauensämtern nötige Ver-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

trauen in Schippel schwer erschüttert sei, und dass, wenn er weiter wie bisher zum Schaden der Partei wirke, man ihn zwingen müsse, die Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen. Die Chemnitzer Genossen besassen selbstverständlich genug Disziplin, um sich gegen diese Entscheidung der obersten Parteiinstanz nicht aufzulehnen. Die Affäre wurde für sie durch die fast einstimmige Annahme folgender Resolution in der nächsten Parteiversammlung erledigt:

Die Parteiversammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Parteitage in Bremen einverstanden.

Zu den gegen Genossen Schippel auf dem Parteitag angenommenen Resolution erklärt die Parteiversammlung, dass keine Veranlassung vorliegt, Konsequenzen daraus zu ziehen, welche das Reichstagsmandat Schippels berühren.

Zu bemerken ist dabei, dass von den Chemnitzer Delegierten in Bremen Genosse Albin Langer scharf gegen die Resolution Bebel gesprochen, und auch der andere Delegierte, Genosse Mothes, dagegen gestimmt hatte. Das Vertrauensvotum des Kreises für Schippel vermochte indessen die rollende Kugel nicht mehr aufzuhalten. Am 18. November 1905 legte Schippel sein Mandat mit folgendem Schreiben an den Parteivorstand nieder:

An den Parteivorstand in Berlin.

Dem Parteivorstand teile ich hierdurch mit, dass ich mein Reichstagsmandat für den Chemnitzer Kreis niedergelegt habe. Bereits seit langem zwang mich mein Gesundheitszustand zu einer immer stärkeren Einschränkung meiner öffentlichen Tätigkeit. Die letzten Wochen haben meine Hoffnung auf Besserung derart herabgemindert, dass ich im Verzicht auf das Mandat den einzigen Ausweg sehe, um bei kommenden wichtigen parlamentarischen Entscheidungen den Chemnitzer Arbeitern wieder eine aktivere Vertretung im Reichstage zu sichern.

Nach der Resolution (Freythaler) des Bremer Parteitages und nach der ihr in Bremen seitens des Fraktionsreferenten gegebenen Interpretation glaube ich, meine endgültige Entscheidung treffen zu dürfen, ohne vorher mit dem Fraktions- oder Parteivorstand die Rücksprache zu nehmen, die ich sonst ganz gern gesucht haben würde. Selbstverständlich soll durch meine Mandatsniederlegung meine Parteizugehörigkeit in keiner Weise berührt werden.

Für die Parteifreunde im 16. Kreise setzte Schippel diesem Schreiben noch hinzu:

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Der Chemnitzer Wahlkreis stand, wie Sie wissen, bereits im Vorjahre an der Schwelle einer Neuwahl. Kurz nach dem Bremer Parteitag richtete ich, unter Ablehnung jedes eigenen Eingreifens in eine etwaige Debatte, nach Chemnitz die Anfrage, welche Folgerungen man dort aus dem Bremer Beschluss zu ziehen gedenke. Die Chemnitzer Parteiversammlung sprach sich damals, mit allen gegen 6 Stimmen, ihrerseits dahin aus, dass „keine Veranlassung vorliege, Konsequenzen zu ziehen, welche das Reichstagsmandat berühren".

Wenn auch mir die Neuwahlfrage im Augenblick damit erledigt schien, so habe ich nicht voraussehen könen, wie empfindlich mit der Zeit mein schon damals sehr angegriffener Gesundheitszustand werden würde. Ich halte es daher, nach langem Zögern und Schwanken, nunmehr selber für geboten, den Schritt zu vollziehen, der mir von anderer Seite und aus anderen Gründen bereits vor einem Jahre nahegelegt wurde.

Dass ich das nicht leichten Herzens tue, brauche ich kaum erst zu versichern. Aber ich hoffe, dass wenigstens die vielen persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen, die mich mit der Chemnitzer Arbeiterschaft nach so langer Zeit gemeinsamen Wirkens und Strebens verbinden, unverändert fortdauern werden, auch nachdem das vertrauensamtliche Verhältnis zu den Wählern meiner alten Heimat und Vaterstadt nunmehr, nach fast 16jährigem Bestande, endgültig aufgehört hat.

Mit altem parteigenössischem Grusse

Ihr Max Schippel.

Ausschlaggebend für Schippels Mandatsverzicht war, wie aus anderen Aeusserungen von seiner Seite hervorgeht, die schwere wirtschaftliche Schädigung, die er als wissenschaftlicher Arbeiter durch die fortwährende Beteiligung an den Parteidiskussionen erlitt. Die Streitfrage, die damals die Gemüter bewegte, ist durch das Steigen aller Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkte inzwischen längst erledigt worden und hat heute kaum mehr als geschichtliches Interesse. Ueber Schippels damalige Stellungnahme werden die Meinungen auch heute noch weit auseinandergehen. Es darf aber vielleicht zum besseren Verständnis seines Vorgehens von jemandem, der an den früheren Debatten keinerlei Anteil hat und Schippel persönlich so fern wie möglich steht, folgendes bemerkt werden: Wie jetzt in der Frage des Imperialismus einige Genossen die auch von bürgerlichen Friedensfreunden geteilte Forderung der Rüstungseinschränkung nicht zu billigen vermögen, diese vielmehr als einen

unmöglichen Unsinn verhöhnen, so hat Schippel für die bürgerliche Freihandelslehre nur Hohn und Widerwillen gehabt. Wie diese Genossen gegenüber dem Imperialismus ein Heilmittel nur im Sozialismus erblicken, so hat Schippel geglaubt, dass gegen die Agrarkrise — und wohl auch gegen die Lebensmittelteuerung — nur sozialistische Mittel helfen können. Ein Unterschied besteht nur darin, dass die Genossen, die in der Frage des Imperialismus eine abweichende Stellung einnehmen, den Zeitpunkt n a h e glauben, an dem der Sozialismus die Lösung bringen wird, während Schippel ihn nur i n w e i t e r F e r n e sah. Darum erklärte er immer wieder die Zölle, die Industrie- und Agrarzölle, für eine Notwendigkeit der kapitalistischen Staaten unter bestimmten Voraussetzungen, ohne dass er deshalb doch verwarf, wenn aus dem Gegensatz des Proletariats zum kapitalistischen Staat heraus der ihm unmöglich erscheinende aber agitatorisch wirksame Freihandel propagiert wurde. Schippels Anschauung trägt also die Zweideutigkeit und Unklarheit in sich, während die grosse Mehrzahl der Parteigenossen ausserhalb von Chemnitz sie damals auf seinen Charakter, auf mangelnden Mut zum Bekenntnis zu den Agrarzöllen zurückführte. Jedenfalls rief Schippels Mandatsniederlegung bei den Chemnitzer Genossen, die schon ein Jahrfünft zuvor den unbedingten Freihandel in Industrieerzeugnissen mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt hatten, ein lebhaftes Bedauern hervor, das den Vorstand der Parteiorganisation schleunigst zu folgender Erklärung veranlasste:

Obgleich uns der ungünstige Gesundheitszustand unseres bisherigen Reichstagsabgeordneten Schippel bekannt war, sind wir doch ausserordentlich überrascht, dass dieser und andere Gründe seine plötzliche Mandatsniederlegung verursacht haben.

Wir bedauern dies und erklären ausdrücklich, dass die Haltung des Genossen Schippel — wie dies auch in verschiedenen früher gefassten Resolutionen von Parteiversammlungen des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises zum Ausdruck gebracht worden ist — von hier aus keinerlei Kritik erfahren hat, die seine Mandatsniederlegung hätte zur Folge haben müssen.

C h e m n i t z, den 20. November 1905.

Der Zentralvorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den 16. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Der Vorstand hätte dieser Erklärung noch hinzufügen können, dass Schippel, als kurz nach seiner ersten Wahl

Gerüchte umgingen, dass er wegen seines Streites mit Bebel sein Mandat niederlegen werde, am 6. Juli 1890 einen offenen Brief an seine Chemnitzer Wähler gesandt hatte, in dem es hiess: „Ich werde für alle Zukunft den Chemnitzer Wählern treu bleiben, solange sie mir ihr Vertrauen erhalten." Schippel hätte besser getan, trotz aller Kränkungen und Schädigungen auch nach 15 Jahren dieses Wort stehen zu lassen. Zu seinem Nachfolger im Mandat schlugen Vorstand und Ausschuss des 16. Kreises den altverdienten Genossen Karl Riemann vor, der indessen durch eine gewisse Schroffheit seines Wesens und durch seine Stellung zur Kandidatenfrage im 20. Kreise viele Genossen vor den Kopf gestossen hatte. So entschied die Parteiversammlung mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit für die Aufstellung Noskes, der in der Nachwahl mit 31 629 Stimmen gegen 10 397 konservative und 9056 freisinnige das Mandat errang. Die grosse fortschrittliche Stimmenzahl findet ihre Erklärung durch die Person des Kandidaten, des Landtagsabgeordneten Oskar Günther-Plauen, der sich damals sehr volksfreundlich gebärdete und den Freisinn auf ganz neuer Grundlage aufzubauen verhiess. Heute würde er Mühe haben, in Chemnitz den fünften Teil der damaligen Stimmenzahl aufzubringen. Der konservative Kartellkandidat war Kommerzienrat Hermsdorf gewesen, der die Diamantschwarzfärberei erfunden oder doch von einem proletarischen Erfinder um billiges Geld gekauft hatte. Den Sitz in der Ersten Kammer, den man ihm zur Belohnung für die Uebernahme der aussichtslosen Zählkandidatur versprochen hatte, hatte er niemals erhalten.

Immerhin zeigen alle diese Nachwahlen wie viele andere in Deutschland, dass die Stimmung der Massen der Partei nicht mehr so günstig war wie 1903. Nachwahlergebnisse sind für uns ein ausgezeichnetes Barometer zur Beurteilung unserer allgemeinen Wahlaussichten und können garnicht sorgfältig genug beachtet werden. Die Richtigkeit dieser These muss einem jeden einleuchten, der die Nachwahlresultate vor 1903, vor 1907 und vor 1912 miteinander vergleicht. Die Besorgnisse, die einige einsichtige Genossen deshalb hatten, als Fürst Bülow am 12. Dezember 1906 den Reichstag auflöste, erwiesen sich als überaus begründet. Die Kolonialparole und das trügerische Kampfgeschrei gegen die Jesuiten peitschten das sächsische Bürgertum auf und führ-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

ten zu empfindlichen Verlusten für die Sozialdemokratie. Nur im 16. Kreise stieg die Stimmenzahl der Partei ein wenig über den Stand von 1903 hinaus, Noske siegte mit 34 547 gegen 18 645 des liberalen Fleischermeisters Kickelhayn und 4869 des Konservativen Dr. Limmer. In allen übrigen Wahlkreisen ging die Stimmenzahl der Partei erheblich zurück, und was das schlimmste war, es gingen dadurch drei Wahlkreise verloren, der 10., den nach Grünbergs frühem Tode 1906 Karl Pinkau noch mit knapper Mehrheit behauptet hatte, an den nationalliberalen Sekretär des Evangelischen Bundes, Everling, der 20. an den Antisemiten Zimmermann, der nun auch Göhre schon im ersten Wahlgang mit 3500 Stimmen Mehrheit schlug, und der 21., den Dr. Stresemann in der Stichwahl ebenfalls mit einer bedeutenden Mehrheit von 2500 Stimmen dem Genossen Grenz abnahm. So schmerzlich diese Verluste waren — sie waren wirklich nur eine vorübergehende Erscheinung. Nubicula est, transibit — es ist nur ein Wölkchen, es wird vorüberziehen, wie auf Liliencrons Sonnenuhr stand.

Die Wahlniederlage hinderte die Partei nicht, den Wahlrechtskampf in Sachsen mit aller Schärfe fortzuführen. In wiederholten gewaltigen Massendemonstrationen, in Versammlungen und auf der Strasse, erhob das Proletariat seine Forderung nach dem gerechten, dem gleichen Wahlrecht. Riesige Strassenumzüge, wie sie der Art nach Chemnitz seit Mosts Zeiten, dem Umfange nach noch nie gesehen hatte, gaben dem festen Willen der Arbeitermassen Ausdruck, sich die vollkommene Entrechtung im Staate nicht länger bieten zu lassen. Blutige Zusammenstösse wurden dabei glücklich vermieden, weil die Schutzmannschaft strengen Befehl hatte, nicht zu provozieren, und deshalb trotz der geliehenen Pferde inmitten der Zehntausende hartfäustiger Arbeiter eine ziemlich hilflose Rolle spielte. Militär wagte die Regierung angesichts der besonnenen und ruhigen Haltung der Genossen nicht aufzubieten. Das neue Landtagswahlrecht ein Pluralwahlrecht, das den Besitzenden bis zu vier Stimmen gibt, war darauf zugeschnitten, der Arbeiterklasse weiter die Vertretung vorzuenthalten, auf die sie nach ihrer Bedeutung für das moderne Leben Anspruch hat, konnte aber doch nicht verhindern, dass bei der Landtagsneuwahl im Herbst 1909 25 (jetzt 26) Sozialdemokraten in den Land-

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

tag einzogen, davon 12 aus den 29 Landtagswahlkreisen, an denen der Chemnitzer Agitationsbezirk beteiligt war. Insbesondere im 16. Kreise wurden im 3. und 4. städtischen Wahlkreise die Genossen Langer und Castan, im 30. und 31. ländlichen Kreise der Gewerkschaftssekretär Max Heldt und Bruno Mehnert im ersten Wahlgange mit gewaltigen Mehrheiten gewählt, während wir in Chemnitz I und II in der Stichwahl dem Kartell aller bürgerlichen Parteien unterlagen, nachdem wir in der Hauptwahl auch dort an erster Stelle gestanden hatten. Eine grosse Mehrheit der Wähler hatte in allen Wahlkreisen für die Sozialdemokratie gestimmt und nur die Pluralstimmen den Sieg im Innenstadtkreise und im Villenviertel verhindert.

Vor allem aber zeigt sich der gewaltige Fortschritt, den die Chemnitzer Arbeiterbewegung im letzten Jahrzehnt gemacht hat auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung. Vorauszunehmen sind hier die Buchdrucker, die stets ziemlich unabhängig von den anderen Gewerkschaften ihren eigenen Weg gegangen sind und rascher als alle übrigen zu einem starken Verband gelangten. Die Wiederbegründung des Ortsvereins Chemnitz des Buchdruckerverbandes datiert bereits vom 4. September 1881. Ihren grossen Kampf bestanden sie zehn Jahre später; an der Wende der Jahre 1891/1892 standen rund 100 Buchdrucker zehn Wochen lang im Streik zur Erkämpfung des Neunstundentages. Nach der schweren Niederlage brauchte die Organisation einige Zeit, um wieder zu Kräften zu kommen, aber 1896 hatte sie ihre nächsten Ziele, den Tariflohn, die Arbeitszeitverkürzung und den gemeinsamen Arbeitsnachweis wenigstens im allgemeinen durchgesetzt. Von da an entwickelte sich die Buchdruckerorganisation gleichmässig in Stärke und Klarheit über ihren Platz in der allgemeinen Arbeiterbewegung. Aber seit der Zeit um die Jahrhundertwende wetterleuchtete es auch in den anderen Berufen rings um Chemnitz; wir erinnern nur kurz an den glücklichen Meeraner Weberstreik und die schweren und doch vorwärtsbringenden Niederlagen im sächsischen Bergbau und in Crimmitschau. Nun zog am Bassgeigenhimmel der Chemnitzer Profitschlucker die Wolke der Arbeiterorganisationen gewitterschwanger auf. Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über das ununterbrochene und gesunde Wachstum der Chemnitzer Gewerkschaften seit 1900:

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

MITGLIEDERZAHL DER GEWERKSCHAFTEN

Berufe	1896	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
Metallarbeiter	1610	2045	2170	3082	4680	5237	6820	9407	11280	11114	11840	15061	17502
Textilarbeiter	500	605	652	978	601	1400	1375	2000	2800	2523	2689	3360	6078
Bauarbeiter	—	108	110	185	1165	1092	1028	1494	1904	1677	2454	2435	3317
Holzarbeiter	452	500	430	500	620	790	990	1154	1195	1183	1344	1555	1912
Fabrikarbeiter	—	—	—	—	—	—	70	80	173	198	263	1076	1616
Transportarbeiter . . .	50	130	73	140	235	350	277	320	450	435	673	869	1232
Maler	83	130	128	148	263	346	449	556	651	735	796	946	1026
Zimmerer	—	78	50	96	424	285	315	490	684	616	955	1058	1135
Gemeindearbeiter . . .	—	—	50	45	95	130	136	160	230	236	288	388	574
Buchdrucker	135	218	193	219	255	261	303	376	387	421	497	479	514
Buchbinder	—	60	40	50	100	90	183	165	193	165	216	248	492
Brauer	–	39	42	64	165	170	359	351	503	509	541	610	702
Schmiede u Kupferschmiede	110	226	185	188	242	347	482	537	592	558	596	645	697
Andere Berufe	482	1037	1018	1309	1671	1798	1986	2390	2611	2493	2730	2898	3291
Insgesamt freiorganisiert .	3422	5176	5141	7004	10516	12296	14773	19480	23633	22863	25842	31628	40088

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Schon im Jahre 1900 hatte der Metallarbeiterverband seinen ersten Beamten fest angestellt. Seitdem nahm die Zahl der Gewerkschaftsbeamten entsprechend dem Steigen der Mitgliederziffern rasch zu. Am 1. April 1905 wurde das Arbeitersekretariat eröffnet, das Genosse Robert Straube verwaltet, 1907 das Gewerkschaftssekretariat, dem Max Heldt vorsteht. Gegenwärtig sind von 12 Gewerkschaften Bureaus mit 26 Angestellten und einer Maschinenschreiberin tätig, ausserdem der Gewerkschaftssekretär, 2 Arbeitersekretäre und auch dort eine Maschinenschreiberin; endlich befinden sich am Orte 4 Gauleitungen mit 5 Beamten. Die Stärke der Gewerkschaften hat es ihnen endlich auch ermöglicht, unmittelbar den Lohnkampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen. Die ersten grösseren Streiks finden wir in Chemnitz nach fast einem Menschenalter Pause im Jahre 1904. Die Zimmerer führten vom 8. bis 30. Juli einen Generalstreik mit dem Erfolge durch, dass sie eine Lohnerhöhung von 4½ bis 5 Pfennigen und eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich einer halben Stunde erzielten. Gleichzeitig beunruhigten die Bauarbeiter die Unternehmer durch eine Reihe von Plänkeleien und holten hier und da ebenfalls Verbesserungen der Arbeitsbedingungen heraus. In den folgenden Jahren nahmen dann die Kämpfe stetig zu; so führte z. B. 1906 die Chemnitzer Arbeiterschaft einen scharfen Bierkrieg erfolgreich durch. Im Jahre 1907 wurde ein wütender Angriff eines Klüngels aller unternehmerfreundlichen und harmoniegläubigen Berufsvereinigungen auf die Ortskrankenkasse, der die Unterstützung des Stadtrates gefunden hatte, überlegen abgewiesen. — Die Hirsch-Dunckerschen, die christlichen Gewerkschaften und die evangelischen Arbeitervereine haben in Chemnitz nie einen nennenswerten Einfluss erlangt, und die „gelbe Pest“ ist erst seit allerjüngster Zeit in die Hartmannsche Fabrik eingedrungen. Auch die Krise, die 1907 eintrat, vermochte die feste Stellung der Chemnitzer organisierten Arbeiterschaft nicht mehr zu erschüttern. Im Jahre 1909 erzielten besonders die Bauarbeiter durch Verhandlungen mit den Unternehmern erhebliche Vorteile. Aber der gewaltige Umschwung, der sich in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen in Chemnitz vollzogen hatte, fand seinen vollen Ausdruck erst in den grossen Metallarbeiteraussperrungen des Jahres 1911. Anfang März

traten die Former und Giessereiarbeiter in den Streik, um Lohnaufbesserungen durchzusetzen, die an anderen Orten längst errungen waren. Die Unternehmer lehnten alle Verhandlungen ab und sperrten, um die Streikenden niederzuzwingen, insgesamt 5929 Arbeiter aus. Von der Streikleitung wurden zur wirksamen Durchführung des Kampfes aus einzelnen Betriebszweigen nach und nach noch 1451 Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben herausgezogen, sodass insgesamt 10 412 Personen am Kampfe beteiligt waren. Die Aussperrung dauerte sechs Wochen, und die Chemnitzer Unternehmer versuchten wiederholt, sie auf ganz Deutschland auszudehnen, fanden jedoch bei den übrigen Metallindustriellen keine Geneigtheit für diesen Plan und mussten trotz heftigen Widerstrebens endlich mit dem Metallarbeiterverband verhandeln, wenn sie diese Tatsache auch durch allerlei seltsame Zeremonien zu verschleiern suchten. Die mitausgesperrten Kupferschmiede, Modell- und Fabriktischler führten den Kampf sogar noch weiter und zwangen die Unternehmer zu neuen Zugeständnissen.

Eine zweite dreiwöchige Aussperrung nahmen die Chemnitzer Unternehmer im August-September vor, um den Leipziger Metallindustriellen beim Streik in der Gelbmetallindustrie zur Hilfe zu kommen. Die Aussperrung nahm einen noch etwas grösseren Umfang an als die erste, endete dafür aber auch noch blamabler; sie wurde am 14. September aufgehoben, noch ehe in Leipzig eine Einigung erfolgt war. Die Chemnitzer organisierte Arbeiterschaft hatte eine gewaltige Belastungsprobe ausgehalten und hatte sich dem Unternehmertum auf wirtschaftlichem Felde ebenbürtig erwiesen. Der ungeheure Fortschritt, den seit diesem Kampfe alle Zweige der Arbeiterbewegung in Chemnitz gemacht haben, beweist, von welchem Wert die Erkenntnis war, dass durch die feste Solidarität der Arbeitenden bei kluger Taktik das rücksichtslos brutal aussperrende Unternehmertum auch hier im Lohnkampfe überwunden werden kann.

Ausser diesen beiden Aussperrungen fanden im Jahre 1911 noch 136 Lohnbewegungen statt, von denen 77 ohne Arbeitseinstellung erledigt wurden. In 56 Fällen kam es zu Streiks, von denen 39 Angriffs- und 17 Abwehrstreiks waren. 78 Lohnbewegungen hatten einen vollen Erfolg, 55 einen teilweisen und nur 9 verliefen ergebnislos. Auch diese Zahlen

geben einen festen Anhalt für die Revolution, die in der wirtschaftlichen Machtverteilung seit anderthalb Jahren hier zutage getreten ist. Neben diesen Kämpfen leisteten auch die Chemnitzer Gewerkschaften umfassende Kulturarbeit. Unterstützungen wurden im Jahre 1911 in folgendem Umfange ausgezahlt:

	Arbeitslosen-Unterstützung	Kranken-Unterstützung	Reisegeld	Unterstützung in besond. Notfällen
Hauptkasse	62495.19	139918.03	9930.78	3630.89
Lokalkasse	13226.27	1009.34	1320.45	3457.45
	75721.46	140927.37	11251.23	7088.34

Streik-Unterstützung	Maßregelungs-Unterstützung	Umzugsgeld	Sterbegeld	Rechtsschutz	Gesamtzahl der ausgez. Unterstützungen aus der Haupt- und Lokalkasse
996122.45	18721.10	4030.75	8567.50	3101.66	1246518.35
201298.86	3961.39	164.—	3552.—	168.65	228158.41
1197421.31	22682.49	4194.75	12119.50	3270.31	1474676.76

Das von den Chemnitzer Gewerkschaften unterhaltene Arbeitersekretariat hat die Zahl der von ihm erteilten Auskünfte im Jahre 1911 auf 10 748 gesteigert. Schriftsätze wurden nicht weniger als 2041 angefertigt. Von den 10 420 Besuchern waren 9058 gleich 86,93 Prozent gewerkschaftlich, ausserdem 134 gleich 1,28 Prozent nur politisch organisiert. Von den Auskunftsuchenden waren aus Chemnitz 9105, die restlichen 1315 aus 211 verschiedenen Orten. Vertretungen vor Gericht wurden 45 übernommen, Eingänge 545 und Ausgänge 514 erledigt. Dem Kartell sind weiter die Verbände der Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer sowie eine grosse Anzahl sozialer Kommissionen angeschlossen. Für die Bauarbeiter ist seit einer Anzahl von Jahren eine Bauarbeiterschutzkommission tätig, die unermüdlich bei den Behörden auf Verbesserung des Bauarbeiterschutzes wirkt; der rückständige Geist, der in der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung herrscht, hat freilich noch im letzten

Jahre die Berufung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande vereitelt. Auch Kinderschutzkommissionen sind seit 1907 fleissig am Werke. Zu dem seit 1905 eingerichteten Kaufmannsgericht haben die im Zentralverband organisierten Handlungsgehilfen, unterstützt von der ganzen klassenbewussten Arbeiterschaft, vier Vertreter entsenden können.

Die Frauenbewegung hat seit dem Jahre 1902 einen prächtigen Aufschwung genommen. Im Anschluss an die Beschlüsse des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses wurde in Chemnitz eine Frauenagitationskommision eingesetzt, an der die Genossinnen Berta Riemann, Ida Köhler und Helene Wagner hervorragend mitwirkten. Frauenunterrichtsabende, in denen sich als Lehrer besonders der Genosse Oskar Fröhlich auszeichnete, haben seitdem regelmässig stattgefunden und zur Ausbildung mittätiger Genossinnen in hohem Masse beigetragen. Ueber das Wachstum der weiblichen Mitglieder in der Partei und in den Gewerkschaften unterrichtet die nachstehende Uebersicht:

Jahr	Weibliche Mitglieder	
	in den Gewerkschaften	in der Partei
1904	?	180
1905	?	267
1906	920	298
1907	?	311
1908	?	420
1909	1354	418
1910	1758	521
1911	4021	1341

Die Bildungsarbeit wird von einem Partei- und Gewerkschaftsvertreter umfassenden paritätischen Bildungsausschuss gefördert. An Stelle der alten Bildungskurse, die in mehr bürgerlichem Geiste Schönschreiben, fremde Sprachen, Stenographie und dergleichen lehrten, sind jetzt Vortragszyklen getreten, die zur Aufklärung über die wichtigsten sozialen und rechtlichen Fragen dienen. Ein grosser Teil dieser Kurse, an denen als Vortragende bisher besonders die Genossen Dr. Duncker, Rühle, Dr. Harnisch und Bartels beteiligt waren, hat bei sehr starker Besucherzahl ausgezeichneten Erfolg gehabt. Selbständig veranstaltet das Kartell in jedem Winter eine grosse Anzahl von Volksvorstellungen im „Thaliatheater“, die fast stets ausverkauft sind.

Auch in der Jugendorganisation sind die Gewerkschaften nicht müssig gewesen; sie zählen Tausende jugendlicher Mitglieder und unterhalten eine grosse Anzahl von Jugendheimen.

Gerade bei dieser weiten Ausdehnung der Organisationen ist es ausserordentlich wunderbar, dass der Allgemeine Konsumverein bisher nicht den grossen Aufschwung erreicht hat, der seinem Alter und der Stärke der Arbeiterbewegung in Chemnitz entspricht. Sein Wachstum ist bisher verhältnismässig langsam geblieben. Der Abschluss für sein 48. Geschäftsjahr 1911/12 wird 13 841 Mitglieder und 4 389 235,85 Mark Umsatz aufweisen. Die gegenwärtige Leitung des Allgemeinen Konsumvereins besteht aus den Genossen Bienert, Haubold und Mauersberger. Ein wichtiger Grund für das unbefriedigende Mass der von der Genossenschaft erreichten Fortschritte ist zweifellos der Umstand, dass neben dem Allgemeinen Konsumverein in den teils eingemeindeten, teils sonst wirtschaftlich zu Chemnitz gehörigen Vororten noch eine ganze Anzahl von besonderen Konsumvereinen bestehen, deren Verschmelzung mit dem Hauptverein bisher nicht gelungen ist. Auch hat sich möglicherweise der Allgemeine Konsumverein früher im Erwerb von Grundstücken und in der Errichtung von Baulichkeiten etwas stark engagiert, ein Fehler, wenn es einer war, der mit dem Wachstum des Vereins ein immer grösserer Vorteil werden muss.

Die Notwendigkeit der Errichtung grösserer Baulichkeiten stellte sich im Laufe der Jahre auch immer dringlicher für die „Volksstimme“ heraus, deren alte Räumlichkeiten in der Uferstrasse seit langem viel zu eng geworden waren. Am 12. Februar 1910 erwarb sie das Dresdner Strasse 38 gelegene Wohnhaus mit Gartengrundstück, umfassend 27,7 Ar Flächeninhalt zu einem Preise von 130 000 Mark. Auf diesem günstig gelegenen, lichtreichen Grundstück wurde dann von Juli 1910 bis Juli 1911 der Neubau nach den Plänen des Architekten Bruno Beier errichtet. Unter seiner Leitung und unter Mitwirkung des Bauausschusses, der aus den Handelsgesellschaftern Emil Landgraf, Eduard Zeissig und Emil Haubold, dem technischen Leiter der Druckerei Otto Reimer, den Presskommissionsmitgliedern Emil Riemann und Robert Krause und dem Personalvertreter C. W. Stoy bestand, ist die Bauarbeit und der Umzug glatt, ohne den geringsten Unfall oder

Streit, in der vorgesehenen Zeit und ohne wesentliche Ueberschreitungen der Bausumme ausgeführt worden. Die Kosten des Neubaues waren auf 256 130 Mark veranschlagt, davon 215 200 Mark für das Betriebsgebäude, 10 020 Mark für die Wagenremise, 18 360 Mark für die Einfriedigung, 3950 Mark für die Telephonanlage und 8600 Mark als Entschädigung für die Bauleitung. Nach endgültiger Abrechnung haben die gesamten Baukosten 256 765 Mark betragen. Ausserdem waren Neuanschaffungen für Maschinen im Betrage von rund 79 000 Mark, für Schriften von 9000 Mark und Inventar von 25 000 Mark notwendig. Die hierzu erforderlichen Summen von annähernd einer halben Million wurden aufgebracht durch zwei Hypotheken von 80 000 und 100 000 Mark, durch ein Darlehn der beteiligten Kreise in Höhe von 30 000 Mark, ein Darlehn von 60 000 Mark seitens des Parteivorstandes und Baugelder von 100 000 Mark aus Privathand, von denen gegenwärtig ein grösserer Teil bereits zurückgezahlt worden ist, nachdem das letzte Geschäftsjahr mit einem Ueberschuss von 43 866,97 Mark abgeschlossen hat. Die übrigen Gelder konnten aus den laufenden Mitteln des Geschäfts entnommen werden. Die bisherige Entwicklung der „Volksstimme“ lässt hoffen, dass ihre Entwicklung im neuen Heime erst recht günstig und segensreich für die Arbeiterklasse sein wird.

Die Verwaltung führt noch heute die Handelsgesellschaft, der die Genossen Landgraf, Zeissig und Semmler auch gegenwärtig angehören, während an Stelle des in den Dienst der Grosseinkaufsgesellschaft in Hamburg getretenen Genossen Berger Emil Haubold - Chemnitz, der gegenwärtige Vorsitzende der Handelsgesellschaft, an Stelle des in den Hauptvorstand des Textilarbeiterverbandes berufenen Genossen Reichelt Cl. Vieweg-Döbeln getreten ist.

Endlich hat auch auf dem Gebiete der Wahlen die Chemnitzer Parteiorganisation in den letzten Jahren nur Erfolge zu verzeichnen gehabt. Bei den Stadtverordnetenwahlen haben beim letzten Mal im Herbst 1911 die bürgerlichen Parteien in der Arbeiterklasse auf die Aufstellung von Kandidaten verzichtet, während auf unsere Vertreter 7356 Stimmen = 75,31 Prozent der Wahlberechtigten entfielen. Aber auch in der allgemeinen Wählerabteilung — Klasse A 1 — ist unsere Stimmenzahl ständig gestiegen, von 24,7 Prozent

der abgegebenen Stimmen im Jahre 1899 auf 45,5 Prozent im Jahre 1911. War in dieser Klasse die Wahlbeteiligung auch noch ziemlich schwach, so besteht doch wohlbegründete Aussicht, dass wir in absehbarer Zeit auch diese Wählerklasse erobern, in der wir nur noch rund 200 Stimmen hinter dem bürgerlich-mittelständlerischen Kandidaten zurück sind.

Ihren sichtbarsten Ausdruck und ihre Krönung fanden die Fortschritte der organisierten Arbeiterschaft im Chemnitzer Bezirk jedoch in den Nachwahlen der letzten Jahre und in den Reichstagsneuwahlen im Januar 1912. Im Jahre 1909 war der 19. Kreis durch den Verlust Hermann Goldsteins verwaist. In der Nachwahl siegte Genosse Schöpflin überlegen mit 21 190 Stimmen gegen 9414 des nationalliberalen Schuldirektors Vorwerk. Ein Jahr darauf starb der Antisemit Zimmermann, und Paul Göhre eroberte endlich seinen Kreis mit der trotz hochgespannter Erwartung überraschenden Stimmenzahl von 14 831 gegen 4706 freisinnig-nationalliberale und 4641 antisemitische Stimmen, also mit 5500 Stimmen Vorsprung. Das war der Auftakt zu dem grossen Wahlsieg am 12. Januar, der endlich wieder die Eroberung unserer sieben Reichstagswahlkreise im ersten Gange brachte. Aber diesmal gründet sich der Sieg auf starke Organisationen und festgegründete Ueberzeugungen. Und wie überlegen wurde er erfochten! Im 10. Kreis betrug die Mehrheit von Karl Pinkau über 1500, im 15. Kreis die von Stücklen über 6500, im 16. Kreis die von Noske nicht weit unter 20 000, im 17. Kreis die von Molkenbuhr über 8000, im 19. Kreis die von Schöpflin nahezu 10 000, die von Göhre im 20. Kreise über 3000 und endlich die von Grenz gegen Stresemann noch etwas mehr. Es ist vorwärts und aufwärts gegangen, und die Arbeiterbewegung in Chemnitz und im Erzgebirge nimmt heute eine starke Machtstellung auf gesunder Grundlage ein. Ex humili potens — aus der Erniedrigung zur Macht hat sie ihr dornenvoller und ehrenvoller Weg geführt und mit den Versen des Horaz kann sie fortfahren: sume superbiam quaesitam meritis — gönn' uns den Stolz, der sich auf wackere Taten gründet. Mit diesem freudigen Stolz auf das Erreichte und mit dem heiligen Gelöbnis, mit aller Kraft weiterzuarbeiten bis zur völligen Befreiung der gesamten Arbeiterklasse, heisst die Chemnitzer und erzgebirgische Arbeiterschaft im September 1912 zum ersten Male das Arbeiterparlament von Deutschland in ihrer Mitte willkommen.

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Volkshaus

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

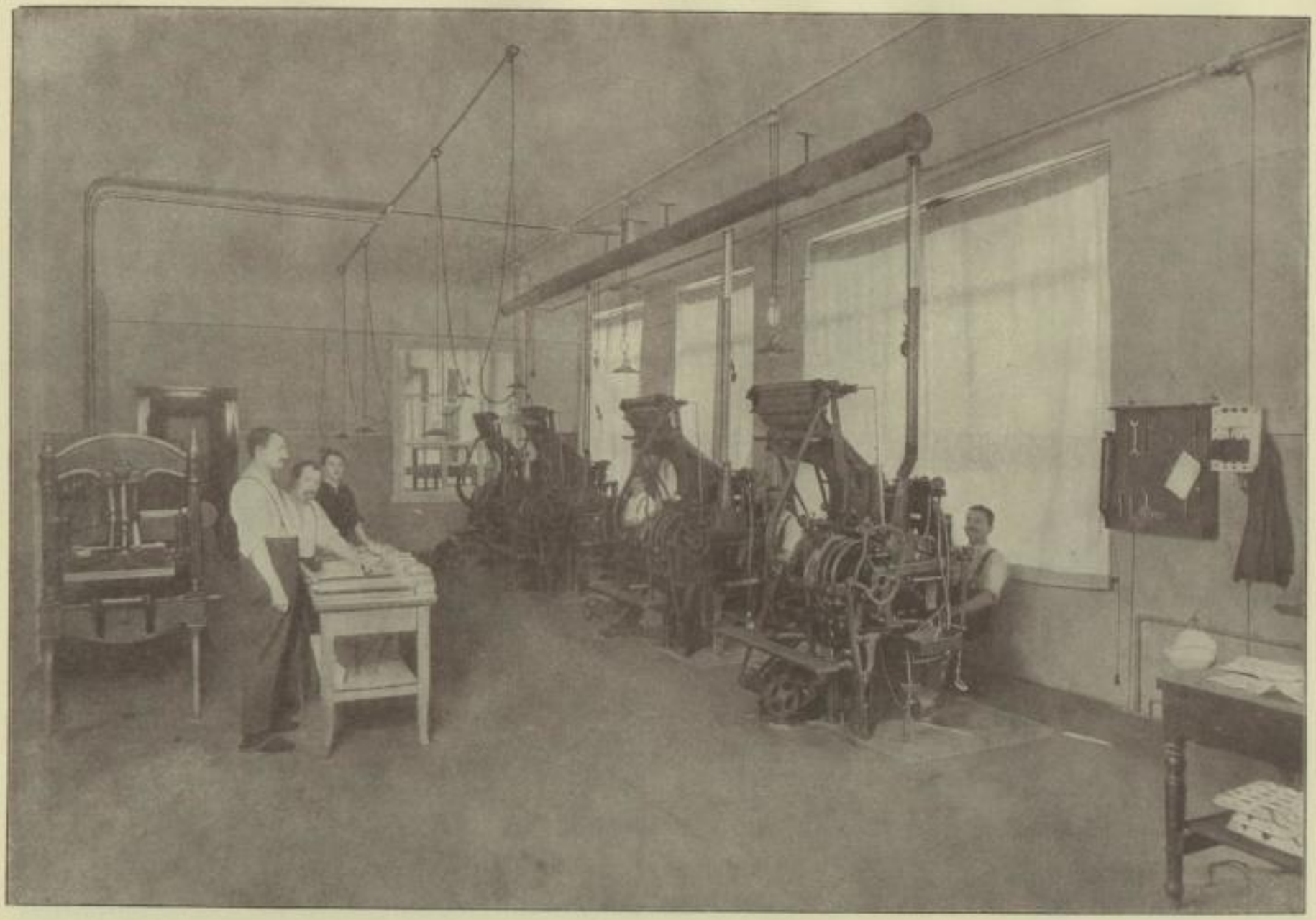
Volksstimme-Landgraf & Co-Buchdruckerei und Verlagsgeschäft

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Aus der Partei-Druckerei: Expedition

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ



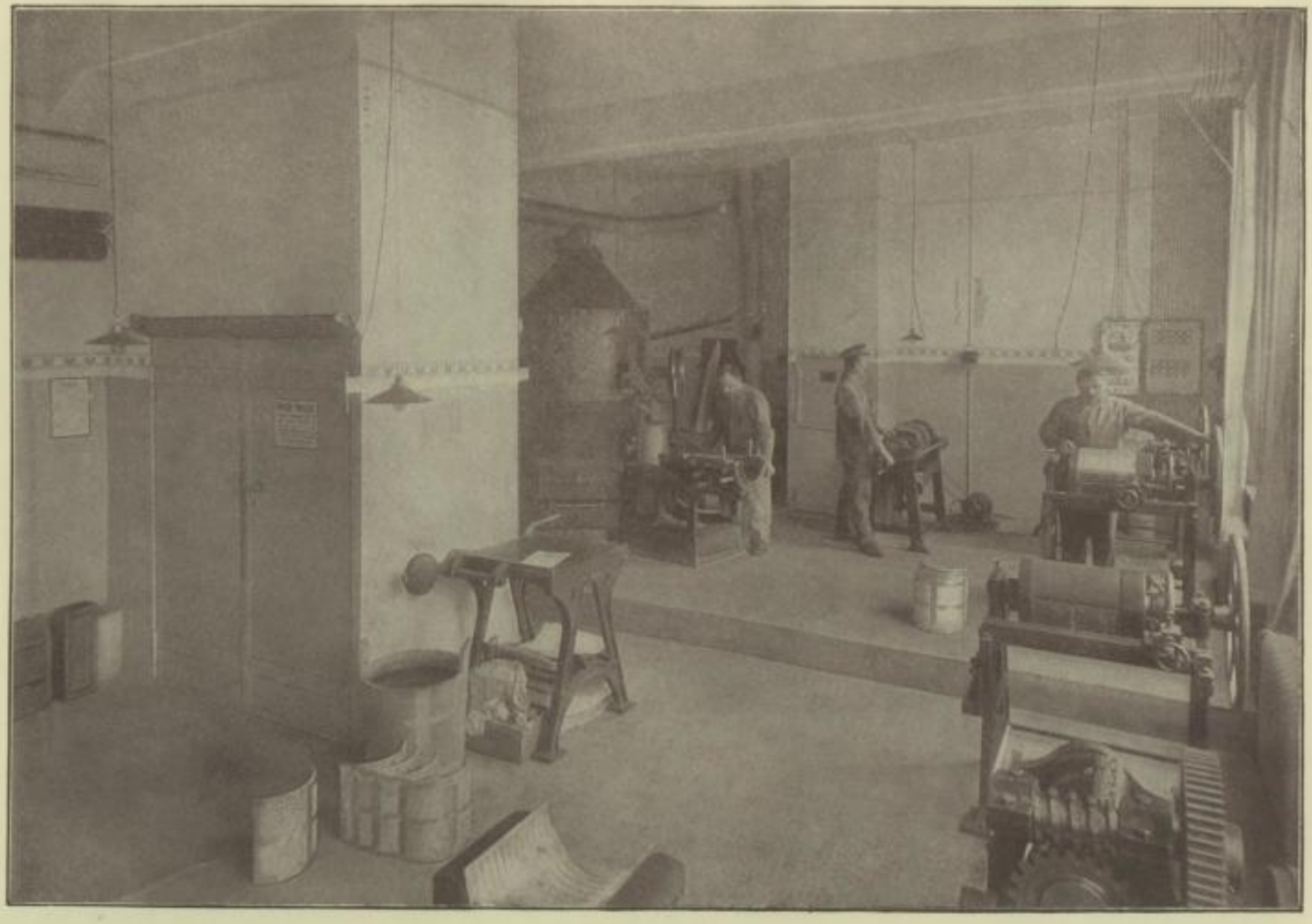
Aus der Partei-Druckerei: Setzmaschinen

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

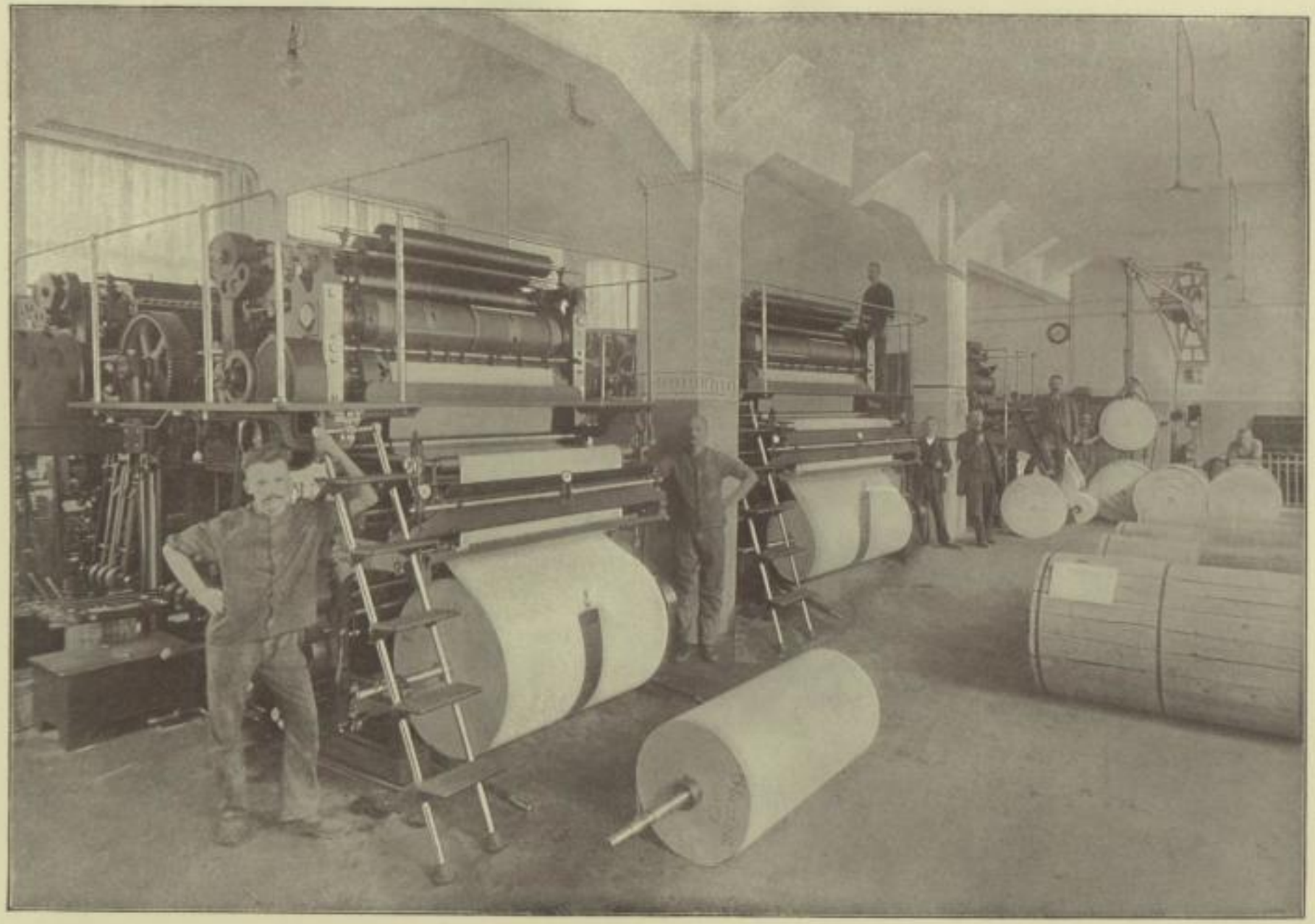
Aus der Partei-Druckerei: Setzersaal

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ



Aus der Partei-Druckerei: Stereotypie

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ



Aus der Partei-Druckerei: Rotations-druck

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Aus der Partei-Druckerei: Speisesaal

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ

Stadtbibliothek Chemnitz
A 166712 9

A 166712 9

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK CHEMNITZ